

„Hie Bayern, hie Preußen“?
**Die Bayerische Patriotenpartei / Bayerische Zentrums-
partei und die
Konsolidierung des Deutschen Kaiserreiches bis 1889**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität
München

vorgelegt von
Freya Amann
aus
München

veröffentlicht in elektronischer Form
bei der Universitätsbibliothek München,
München 2013

Referent: Prof. Dr. Wolfram Siemann

Korreferent: Prof. Dr. Hans-Michael Körner

Tag der mündlichen Prüfung: 17. Februar 2011

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist die geringfügig überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die unter dem Titel „*Hie Bayern, hie Preußen*“? *Die Bayerische Patriotenpartei und Bayerische Zentrums- und die Konsolidierung des Deutschen Kaiserreiches bis 1889* im Wintersemester 2010/2011 von der Philosophischen Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München angenommen wurde.

Der Hanns-Seidel-Stiftung und ihren Mitarbeitern danke ich für die finanzielle Ermöglichung der Studie, darüber hinaus für die vielfältige Förderung in wie nach der Stipendiatenzeit. Für die Sorge um diese Finanzierung sowie für die Anregung zur Promotion bin ich meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Wolfram Siemann, zu Dank verpflichtet. Herr Prof. Dr. Hans-Michael Körner übernahm das Korreferat, gab wertvolle stilistische Hinweise und begleitete mich gerade in der letzten Phase mit großer Menschlichkeit und Fairness. Ihm gilt mein besonderer Dank, ein herzliches Vergelt's Gott dafür.

Ohne Einsichtnahme in Quellen, die sich in Privatbesitz befinden, hätte diese Arbeit nicht geschrieben werden können. So ist es mir ein großes Anliegen, Familie Graf von Soden-Fraunhofen, Familie Graf von Arco-Zinneberg, Herrn Dr. Leonhard Lenk, Familie Freiherr von Aretin und Familie Freiherr von und zu Franckenstein meinen Dank auszusprechen. Da sich der Nachlass von Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein nicht als Leihgabe in einem staatlichen Archiv, sondern auf Schloss Ullstadt befindet, danke ich Familie Freiherr von und zu Franckenstein zudem herzlich für die Aufnahme im Schloss. Den Kontakt zur Familie stellte dankenswerter Weise Herr Prof. Dr. Karl Otmar Freiherr von Aretin her, der zudem die Strapaze der Archivreise nach Schloss Ullstadt auf sich nahm, um mich zu begleiten. Ihm verdanke ich darüber hinaus manch gutes Gespräch über seinen Ahnherrn.

Dank geht auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Archive für ihre Unterstützung und die gute Arbeitsatmosphäre. Letzteres gilt auch für meine Doktorandenzirkel in den Archiven und für meine Gastgeberin in Berlin, Frau Ellen Eisemann, die die Tage so lebenswert machten.

Für die mühevollen Aufgabe des Korrekturlesens gilt mein Dank vielen Freundinnen und Freunden: Frau Heidi Senger, Frau Andrea Wende, Frau Kathrin Resch, Frau Kathrin Kürzinger, Frau Elisabeth Sedlick, Herr Frank Stetter, Herr Christian Ehrenhardt und Herr Dr. Bernhard Glasauer.

Den herzlichsten Dank will ich aussprechen meiner Mutter, Großmutter, Tante, meinem Bruder und Isolde sowie meinem Freund Frank und meinen Freundinnen Andrea und Heidi für die stete, großartige Unterstützung!

München, im März 2013

Freya Amann

INHALTSVERZEICHNIS

<u>Einleitung</u>	1
I. Forschungsgegenstand	1
II. Zentrale Fragestellungen	4
III. Methodik	5
IV. Quellen- und Forschungslage	7
 <u>Die Bayerische Patriotenpartei und die Bayerische Zentrums- partei und die Konsolidierung des Deutschen Kaiserreiches bis 1889</u>	 14
I. Konfessionelle, wirtschaftliche, soziale und politische Situation in Bayern in der Mitte des 19. Jahrhunderts	14
1. Konfessionelle Spaltung der Bevölkerung und kirchliche Streitfrage	15
a) Konfessionelle Spaltung	15
b) Die kirchliche Streitfrage	16
2. Soziale und wirtschaftliche Situation in Bayern in den 1860er Jahren	17
a) Allgemeine Wirtschafts- und Soziallage in Bayern in den 1860er Jahren	17
b) Wirtschaftliche und soziale Situation der Konfessionsgruppen	19
3. Politische Machtverteilung vor Gründung der Bayerischen Patriotenpartei und die nationale Frage	20
a) Die politische Machtverteilung vor Gründung der Bayerischen Patriotenpartei und ihre Bedeutung für die Innenpolitik	20
b) Die nationale Frage	22
4. Zusammenspiel der drei entscheidenden Faktoren für die Gründung der Bayerischen Patriotenpartei	24
 II. Partizipation als Bayer am Reich? – Hintergrund und Rahmen für das Handeln der Patrioten	 26
 III. Entstehung und Erscheinungsbild der Partei	 32
1. Adressbewegung, Sammlungsbewegung – Politisierung	32
2. Die erste Herausforderung: Zollparlamentswahlen 1868	37
3. Wähler, Wahlergebnisse, Abgeordnete	40
a) Politische und soziale Struktur der Patriotenpartei – eine Annäherung an Landtags- und Reichstagsfraktion	41
b) Wähler und Wählerpotential	60
4. Exkurs: Ultramontane, Klerikale, Katholiken, Föderalisten, Partikularisten, Separatisten? Definition – Fremdbezeichnung – Selbstbezeichnung – Verwendung in der Forschung	64
a) Ultramontan – klerikal – katholisch	65
b) Separatismus – Partikularismus – Föderalismus	83
5. Zusammenfassung	86

IV.	Verfassungsorgane und Zugangsmöglichkeiten	89
1.	Einfluss im Zollverein ab 1868?	89
2.	Der Zugang der Patrioten zu den bayerischen Verfassungsorganen	90
3.	Der Zugang der Patrioten zu den Verfassungsorganen des Deutschen Kaiserreiches	94
4.	Der Parlamentarismus im Bismarckreich: Die Funktionsweise des Parlamentarismus und die Beteiligung von Patrioten und Zentrum	98
5.	Zusammenfassung	115
V.	Deutsches Kaiserreich – unter Mitwirkung der bayerischen Patrioten oder mit Gegenwehr? Die konkrete politische Arbeit der Bayerischen Patriotenpartei im Zollparlament und im bayerischen Landtag	115
1.	Die konkrete politische Arbeit der Patrioten im Deutschen Zollparlament	116
2.	Die konkrete politische Arbeit der Patrioten im bayerischen Landtag	122
	a) „Sr. Majestät allergetreueste Opposition“	122
	b) Die patriotische Landtagsfraktion und die deutsche Einheit	129
VI.	Deutsches Kaiserreich – unter Mitwirkung der bayerischen Patrioten oder mit Gegenwehr? Die konkrete politische Arbeit der Patrioten im Reichstag	149
1.	„...daß vom föderalistischen Standpunkte aus jeder Nation im großen deutschen Reich ihre besondere Eigenthümlichkeit gewahrt werden müsse.“ – Diskussionen um die Rechtseinheit	153
2.	Bismarcks Reichseisenbahnpläne	160
3.	Eine Aktivierung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten über den Reichstag?	164
4.	Bismarcks Stellvertretergesetz	166
5.	Sanierung des Staatshaushaltes, Schutzzollpolitik und – die Franckensteinsche Klausel	172
6.	„...und ich glaube in der That, daß die Vorlage wesentlich verbessert und nunmehr annehmbar geworden ist.“ Tabaksteuer und Tabakmonopol	185
7.	Eine Preisgabe des bayerischen Branntweinreservates?	189
8.	Militärpolitik	200
	a) Ein bayerischer Auftakt	200
	b) Die Reichsmilitärgesetze	203
	c) Die Reichsmilitärgesetze von 1886 und 1887	207
	d) Die Entscheidung für Stimmenthaltung im März 1887	218
	e) Die bayerischen Abweichler oder: Ein Exkurs zu Konrad Graf von Preysing	220
	f) Zusammenfassung und Bewertung	224
9.	Sozialversicherungsgesetze und Gräben in der Fraktion	227
	a) Die Anfänge der Sozialpolitik von Patrioten und Zentrumsfraktion	229
	b) Krankenversicherung und Unfallversicherung	233
	c) Das Gesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung und Trennlinien in der Fraktion	242
	d) Trennlinien und Sozialversicherungspolitik – Ergebnisse und weiterführende Thesen	270
10.	Ergebnisse: Motive, Phasen der Politik, Haltung gegenüber dem Reich und Bayern, Ergebnis des Vergleichs zur Reichspolitik anderer politischer Kräfte	275

VII. Bayerische Patriotenpartei und Zentrumspariei	292
1. Die wissenschaftliche Benennung der Reichstagsabgeordneten und die komplexe Realität der Bayerischen Patriotenpartei als Partei des 19. Jahrhunderts	292
2. Die bayerischen Patrioten und die Zentrumsfraktion des Reichstages. Anteil, Binnengliederung, Entwicklung	305
<u>Resümee</u>	333
Anhang	345
Liste der Reichstagsabgeordneten der Bayerischen Patriotenpartei, ab 1887	
Bayerischen Zentrumspariei, von 1871 bis zum Ende der siebten	
Legislaturperiode 1890	345
Abkürzungsverzeichnis	355
Quellen- und Literaturverzeichnis	357
I. Ungedruckte Quellen	357
II. Zeitungen	359
III. Gedruckte Quellen	359
IV. Literatur	362

Einleitung

I. Forschungsgegenstand

„Hie Bayern, hie Preußen!“¹ lautete die Parole, die sich die Bayerische Patriotenpartei für die Wahlen zum Zollparlament (1868) auf ihre Fahnen schrieb. Als erste bayerische Volkspartei formierte sie sich im Wahlkampf zu dieser „echte[n] Volksvertretung“², die die Repräsentanten des Norddeutschen Bundes und der vier süddeutschen Staaten umfasste – also zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die deutsche Frage in Richtung kleindeutsche Lösung zuspitzte. Der Name „Bayerische Patriotenpartei“ war in Anbetracht dessen Programm. Weitere Eckpunkte der Partei sind die Bildung einer Fraktion mit dem Zentrum im deutschen Reichstag seit 1871, die von 1878 bis 1887 eine Schlüsselposition im Reichstag innehatte, und die Umbenennung der Partei in Bayerisches Zentrum im Jahre 1887. Wurde das Zentrum und mit ihm die bayerischen Patrioten im Kaiserreich binnen kurzem zu Reichsfeinden deklariert, so charakterisiert die heutige Forschung die Zentrumspartei vor allem anhand ihres „Eintreten[s] für Rechtsstaatlichkeit und kirchliche Freiheiten“³. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Politik des Zentrums unter dem Aspekt der Reichsfeindschaft für die frühen Jahre des Deutschen Kaiserreiches eingehend untersucht wäre. Die Kombination aus eindeutiger Ablehnung eines preußisch dominierten Reiches zur Gründungszeit der Bayerischen Patriotenpartei einerseits und der partiellen Namensübernahme einer reichsweit vertretenen Partei andererseits fordert geradezu heraus zur Erforschung einer vermuteten Entwicklung der Partei in Hinblick auf ihre Politik und Haltung gegenüber der kleindeutschen Lösung bzw. ihrer Verwirklichung: dem Deutschen Kaiserreich. Im Rahmen der Parteiengeschichte des Deutschen Kaiserreiches soll die Behandlung dieses Themas in der vorliegenden Studie sowohl einen Beitrag zur Geschichte der Bayerischen Patriotenpartei als auch zu Politik und Binnengliederung der Zentrumsfraktion im deutschen Reichstag leisten. Die Ergebnisse zur konkreten politischen Arbeit, zur politischen Linie sowie zur Haltung der Politiker gegenüber dem Reich und gegenüber Bayern sollen zudem eine Basis für neue Erkenntnisse in der Nationalismusforschung bieten.

Eine Partei wird vor allem nach der Politik, die sie betreibt, beurteilt. Diese Aussage klingt selbstverständlich, sie ist es jedoch nicht, denn das Urteil der Forschung über die Bayerische

¹ AP 34 vom 8.2.1868, S. 259.

² Wolfram Siemann, *Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849-1871* (Moderne deutsche Geschichte Bd. 6), Frankfurt a. M. 1990, S. 290.

³ Rudolf Morsey, *Zentrumspartei (bis 1933)*, in: Winfried Becker u. a. (Hg.), *Lexikon der christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn u. a. 2002, S. 694-699, hier: S. 695.

Patriotenpartei fußt nicht auf der Untersuchung ihrer Politik, sondern vielmehr auf Stereotypen, die aus dem 19. Jahrhundert ungeprüft übernommen wurden.

Die Politik der Bayerischen Patriotenpartei ab 1871 wurde von der Forschung in Hinblick auf die Gestaltung und Konsolidierung des Reiches bislang äußerst kursorisch behandelt oder im Rahmen anderer Schwerpunkte ausschnittsweise und wenig tiefgehend beleuchtet. Darüber hinaus wurde sie nie durch einen Vergleich mit den Entscheidungen und Motiven anderer politischer Kräfte objektiv in den Kontext ihrer Zeit gestellt. Bis zur Entstehung des Reiches können Einstellung und Politik der Partei zur deutschen Frage hingegen als gut erforscht gelten. Aufbauend auf diesen Resultaten bietet es sich folglich an, Ergebnisse für die Zeit nach der Reichsgründung zu erarbeiten um letztlich Antwort auf die Frage der Entwicklung von Politik und Einstellung geben zu können.

Für die Untersuchung der Reichspolitik der Bayerischen Patriotenpartei unter dem Aspekt von eventuellem Separatismus, einseitiger Forderung nach bayerischem Einfluss oder Föderalismus ist eine Konzentration auf den Reichstag sinnvoll, da dies der Ort war, an dem die Patrioten die Geschehnisse des Reiches mitbestimmen konnten. Obwohl das bayerische Parlament kein Mitspracherecht bei den Beschlüssen der Reichsorgane hatte,⁴ können die patriotischen⁵ Äußerungen und Entscheidungen im bayerischen Landtag zur Ergänzung dienen, da die Abgeordneten auch hier ihre Meinung zu reichspolitischen Themen kundtaten und versuchten das bayerische Ministerium und den bayerischen König in ihrem Urteil zu beeinflussen.

Zeitlich begrenzt wird das Thema nicht durch die Namensänderung 1887, sondern durch eine Schwellenzeit die sich an sie anschließt: Mit (Peter) Karl Freiherr von Aretin 1887 und Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein Anfang 1890 starben zwei namhafte Reichstagsabgeordnete der Partei, deren Tod sowohl aus Sicht des Reichszentrums als auch aus Sicht der bayerischen Zentrumsmitglieder das Ende einer Epoche darstellte. Zudem änderte sich die Zusammensetzung der gesamten Fraktion, indem nach den Reichstagswahlen im Februar 1890 nur noch ein gutes Viertel der Zentrumsabgeordneten aus den Legislaturperioden vor 1890 dem Reichstag angehörte.⁶ Ein neues, auch nicht mehr in die Untersuchung einzubeziehendes Zeitalter brach durch den Tod des Hannoveraners Ludwig

⁴ Strittig war das Mitspracherecht des bayerischen Landtages, wenn bayerische Reservatrechte durch die Reichsgesetzgebung tangiert oder abgeschafft werden sollten.

⁵ Das Adjektiv „patriotisch“ wird in dieser Arbeit nicht im Sinne von „vaterländisch“ verwendet, sondern dient als Ersatz für die Genitivkonstruktion „der Bayerischen Patriotenpartei“ und für Partizipialkonstruktionen wie „der bayerischen Patriotenpartei angehörnd“.

⁶ Ulrich von Hehl, Vom Honoratioren- zum Berufspolitiker? Das Zentrum im Kaiserreich, in: Lothar Gall (Hg.), Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks. Politikstile im Wandel, Paderborn u. a. 2003, S. 151-183, hier: S. 178.

Windthorst 1891, den Tod des Rheinländers Peter Reichensperger 1892 und die Mandatsniederlegung des Westfalen Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst Ende 1890 an. Diese Reihe von tiefen Einschnitten für die Bayerische Zentrumsparlei und die Zentrumsfraktion des Reichstages lässt sich mit einer Wendung des Blicks Richtung Regierungsbank fortsetzen: Der knapp zwei Jahrzehntelang bestimmende Mann der bayerischen Politik, Minister Johann Freiherr von Lutz, trat am 30. Mai 1890 aus gesundheitlichen Gründen zurück und Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck wurde in einer innenpolitischen Krisenlage von Kaiser Wilhelm II. 1890 entlassen. Der Einschnitt für die eingehende Untersuchung der Politik wird daher mit der wichtigen innenpolitischen Weichenstellungen des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz 1889 gesetzt. Was die Binnengliederung betrifft wird ein kurzer Ausblick auf die weitere Entwicklung der bayerischen Gruppe im Machtgefüge der Zentrumsfraktion gewagt.

Der Kulturkampf als eines der wichtigen Probleme des Bismarckreiches ist für diese Untersuchung der patriotischen Reichspolitik in zweierlei Hinsicht bedeutsam: erstens als Rahmen, der sowohl im Allgemeinen als auch im Besonderen für die Bayerische Patriotenparlei als eine Parlei vor allem katholischer Wähler mitbedacht werden muss; und zweitens, insofern er direkten Einfluss auf einen der politischen Beschlüsse hatte, der für die Argumentation dieser Arbeit maßgeblich ist.⁷ Obwohl dem Kulturkampf für die Politiker wie Wähler der Bayerischen Patriotenparlei eine hohe Bedeutung zuzumessen ist, ist er selbst nicht Gegenstand der Untersuchung. Weshalb? Zunächst ist festzuhalten, dass zwischen dem bayerischen, dem preußischen und dem Kulturkampf auf Reichsebene differenziert werden muss. Die Wähler der Bayerischen Patriotenparlei waren vom bayerischen Kulturkampf betroffen, der eine andere Prägung als in den übrigen Einzelstaaten aufwies und nicht als reichsspezifisch gelten kann; die Umsetzung der Reichsgesetze erfolgte – gemäß der den Ländern vorbehaltenen Kirchenhoheit – in Bayern in anderem Maße als in Preußen und die bayerische Regierung musste auf Grund der patriotischen Landtagsopposition auf den Verordnungsweg ausweichen; selbst zeitlich ist der bayerische Kulturkampf abzugrenzen. Des Weiteren bedeutet der Widerstand von Katholiken gegen den ‚konfessionellen‘ Konflikt nicht zugleich Kampf gegen das Reich an sich: Auch wenn dieser Konflikt ein Konflikt um das Verhältnis von Staat und Kirche, um die Gestaltung der Gesellschaft sowie ein Präventivkrieg gegen die Katholiken und die von ihnen gewählten Parteien war, konnten

⁷ Körner vermutet eine Verbindung zwischen dem Kampf der Bayerischen Patriotenparlei „gegen die Bedrohung des Kulturkampfes“ und ihrer „Opposition gegen den Reichsunitarismus“, muss diese Frage jedoch im Rahmen seiner Untersuchung offen lassen: Hans-Michael Körner, Staat und Geschichte in Bayern im 19. Jahrhundert (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte Bd. 96), München 1992, S. 320.

Katholiken loyale Reichsbürger sein. Letztlich würde eine Betrachtung der patriotischen Politik und Haltung gegenüber dem Kulturkampf nichts zur Frage beitragen, in welchem Maße die Bayerische Patrioten- und Zentrumsparlei gegenüber dem Reich bayerische Belange geltend machen wollte. Die Betrachtung der konkreten politischen Arbeit der Partei außerhalb ihrer Gegenwehr gegen den Kulturkampf verspricht hingegen Erkenntnisse zu ihrer reichsbezogene Politik.

II. Zentrale Fragestellungen

Das Interesse dieser Arbeit richtet sich zunächst auf die konkrete politische Arbeit der Bayerischen Patriotenparlei beziehungsweise Bayerischen Zentrumsparlei: Welche Politik in Bezug auf die deutsche Frage kennzeichnet die Bayerische Patriotenparlei vor der Reichsgründung? Verfolgten die Patrioten gegenüber dem Deutschen Kaiserreich separatistische Bestrebungen? Blockierten sie ein Zusammenwachsen des Reiches? Oder leisteten sie vielmehr positive Mitarbeit am Reich? Da anhand dieser Fragen ein Zeitraum von gut zwanzig Jahren beleuchtet wird, gilt das Interesse auch einer möglichen Entwicklung der patriotischen Politik gegenüber der kleindeutschen Lösung beziehungsweise ihrer Verwirklichung, dem Deutschen Kaiserreich. Hinter jeder politischen Entscheidung stehen Motive und Kriterien: Welche leiteten die Partei bei ihren Entscheidungen zu innenpolitischen Weichenstellungen, die das neu gegründeten Kaiserreiches prägten? Spielten dabei die bayerischen Reservat- und Sonderrechte sowie der Kulturkampf eine Rolle? Abgeschlossen wird der politische Fragenkomplex mit der Suche nach der Einstellung und einem eventuellen Einstellungswandel der Politiker gegenüber Bayern und dem Reich.

Der zweite Fragenkomplex bezieht sich auf das bayerisch-patriotische Reichstagskontingent, das ein Drittel der Zentrumsfraktion ausmachte: Wie hoch war sein Anteil an der politischen Arbeit der Fraktion? Wer von den Bayern gehörte dem Führungspersonal der Fraktion an? Und wie entwickelte sich die bayerische Gruppe innerhalb der Reichstagsfraktion?

III. Methodik

Um die zentralen Fragen beantworten zu können, ist es notwendig, zunächst die Voraussetzungen für die Entstehung der Bayerischen Patriotenpartei aufzuzeigen. Dies leistet das erste Kapitel mit der Darstellung der konfessionellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation in Bayern im 19. Jahrhundert, dessen Schwerpunkt auf der zweiten Hälfte der 1860er Jahre liegt. Das sich daran anschließende Kapitel befasst sich mit dem Bismarckreich, wie es sich für Bayern und Katholiken darstellte. Damit zeigt es auf, innerhalb welchen Rahmens die Reichspolitik der Patriotenpartei als einer bayerischen Volkspartei ab 1871 zu sehen ist. Auf diesen Grundlagen kann die Partei selbst untersucht werden: Aus und in welchen politischen Aktivitäten formierte sich die Partei? So lautet die einleitende Frage des dritten Abschnittes. In diesem gilt es die Bayerische Patriotenpartei zu charakterisieren mit ihrer Entstehungsgeschichte, ihrem Grundkonsens, den Facetten der in ihr vereinten politischen Überzeugungen, der Sozialstruktur ihrer Abgeordneten und schließlich mit ihrem Rückhalt im Volk.⁸ Über die bisherige Forschung geht dabei die Analyse des Reichstagskontingents hinaus: Eine Untersuchung der Abgeordneten pro Legislaturperiode nach politischen Flügeln und Schattierungen zielt darauf ab, eventuelle Unterschiede der Zusammensetzung später in Abgleich bringen zu können mit den Ergebnissen der „Politikkapitel“ und der Entwicklung des bayerischen Kontingents innerhalb der Zentrumsfraktion. Der anschließende Exkurs zu den Begriffen ultramontan, klerikal, katholisch, föderalistisch, partikularistisch und separatistisch erarbeitet ihre zeitgenössische wie heutige Verwendung und legt die diesbezüglichen *Termini technici* für die vorliegende Arbeit fest; gleichzeitig leistet der Exkurs einen Beitrag zur aktuellen Forschungsdiskussion. Da Aussagen zur Politik der Bayerischen Patriotenpartei zufrieden stellend nur dann möglich sind, wenn Kenntnis der Staatsorgane sowie Kenntnis des Zugangs der Patrioten zu diesen besteht, versucht Kapitel IV einen Überblick bereitzustellen. Gemäß der Schwerpunktsetzung auf die Politik der Partei im Reichstag widmet sich eines der Unterkapitel dem Parlamentarismus auf Reichsebene: Seine Funktionsweise und die grundlegende – bislang jedoch unerforschte – Beteiligung von Patrioten und Zentrum rücken in das Blickfeld. Ausgehend von diesen Fakten liegt das Augenmerk in einem nächsten Abschnitt zunächst auf der politischen Arbeit der bayerischen Patrioten im Zollparlament und im Bayerischen Landtag, wobei der Fragenkomplex zur reichsbezogenen Politik der Bayerischen Patrioten-

⁸ Die Bayerische Patriotenpartei war unter diesem Namen nur im rechtsrheinischen Bayern vertreten. Zur Sonderentwicklung in der Pfalz siehe: Friedrich Hartmannsgruber, Die Bayerische Patriotenpartei 1868-1887 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 82), München 1986, S. 4f.

und Zentrumsparlei leitend ist. Um die patriotische Partei zu charakterisieren, gerade auch in Bezug auf eventuell extreme Positionen, wird nicht nur die Politik gegenüber dem kleindeutschen Reich untersucht, sondern auch ein kurzer Einblick in die Politik der Landtagsfraktion innerhalb des bayerischen Machtgefüges gegeben. Mit seiner Darstellung sowie in Zusammenschau mit dem siebten Kapitel bietet Kapitel VI nebenbei einen Einblick in die bislang von der Forschung wenig erhellte Zusammenarbeit zwischen Landtagsabgeordneten, Reichsräten und Zollparlaments- beziehungsweise Reichstagsabgeordneten. Wie das vorangegangene Kapitel widmet sich Kapitel VI der konkreten politischen Arbeit, den Entscheidungen und der Haltung der Politiker. Außer dass zentrale Weichenstellungen für das Reich unter der Fragestellung dieser Arbeit und damit auch unter der Perspektive des kontinuierlich stattfindenden Ausbaus der Reichskompetenz beleuchtet werden, wird nach spezifisch bayerischen Aspekten in der Reichstagspolitik gesucht. Um zu einer objektiven Beurteilung der patriotischen Entscheidungen zu gelangen, begleitet ein Vergleich zu den Entscheidungen der anderen politischen Kräfte im Reich kontinuierlich den Gang der Untersuchung. Redebeiträge sowie Korrespondenz der Abgeordneten eröffnen immer wieder Einblicke in ihre Haltung. Diese werden im letzten Unterkapitel ebenso zusammengeführt wie die Ergebnisse aus der Analyse der konkreten politischen Arbeit der Reichstagsabgeordneten. Können jene Reichstagsabgeordneten bis 1887 als Mitglieder der Bayerischen Patriotenparlei bezeichnet werden? Diese Frage beantwortet der erste Teil des siebten Kapitels mit einer Darstellung der komplexen Realität einer Partei des 19. Jahrhunderts, um die divergierenden Bezeichnungen in der Literatur überein zu bringen und um mit der vorgelegten Skizze für die Forschung eine Anregung zu geben für eine weitergehende Behandlung und Darstellung der Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der Partei in verschiedenen Staatsorganen. Abschließend nimmt der zweite Teil des siebten Kapitels die Hinweise zur Binnengliederung der Reichstagsfraktion aus den Politikkapiteln auf, ergänzt sie durch weitere Untersuchungen und gibt somit die Antworten auf die Fragen nach der Entwicklung der bayerischen Gruppe innerhalb der Fraktion, nach dem Anteil der bayerischen Abgeordneten an der konkreten politischen Arbeit der Zentrumsfraktion sowie nach ihrem Anteil am Führungszirkel der Fraktion, der für die politische Linie und den Zusammenhalt der Fraktion verantwortlich zeichnete.

IV. Quellen- und Forschungslage

Die *Stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages*⁹ stellen eine unerlässliche Quelle dar für die Erforschung der konkreten politischen Arbeit sowie der politischen Linie der Bayerischen Patrioten- und Zentrumspartei in Hinblick auf Konsolidierung, Auf- und Ausbau des Kaiserreiches, da Reden, Anträge und die teilweise namentlich vorgenommenen Abstimmungen weitgehend Aufschluss über Motive und Entscheidungen geben. In den ersten Jahren des Untersuchungszeitraumes lassen sich anhand der Redebeiträge der Abgeordneten auch ihre Einstellungen gegenüber dem Reich und Bayern ablesen. Teilweise geben die Berichte Auskunft über das Engagement der einzelnen Politiker, indem sie Redetätigkeit¹⁰, Kommissionszugehörigkeit¹¹ und zum Teil die Anwesenheit der einzelnen Abgeordneten dokumentieren. Eine Annäherung an letztere gewährt auch die Übersicht über die namentlichen Abstimmungen der einzelnen Abgeordneten im 1896 erstellten *Generalregister*.¹² Abhilfe für den aufwendigen Zugriff auf die Kommissionszugehörigkeit will ein von der DFG gefördertes Handbuch schaffen, das bislang allerdings nur in einer Kurzfassung im Internet zur Verfügung steht und nicht fehlerfrei alle Kommissionszugehörigkeiten der Abgeordneten auflistet, dennoch aber einen sehr guten und schnellen Überblick für den, auch fraktionsübergreifenden, Vergleich des Abgeordnetenengagements bietet.¹³

⁹ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages 1871-1889, Berlin 1871-1889. Die angegebenen Bandzahlen richten sich nach der Nummerierung der Bayerischen Staatsbibliothek, die die digitalisierten Bände im Internet sowie im Internet als PDF-Datei zur Verfügung stellt.

¹⁰ Einen zuverlässigen, aber aufwendigen Zugriff auf die Sprechregister der einzelnen Bände der Stenographischen Berichte. Einfach, aber nicht fehlerfrei ist die Online-Suche in den verschiedenen Registern, die die Bayerische Staatsbibliothek zur Verfügung stellt: Bayerische Staatsbibliothek, Verhandlungen des Deutschen Reichstags und seiner Vorläufer. Suche in den Registern und Anlagen der Reichstagsprotokolle, <http://www.reichstagsprotokolle.de/suche.html>; letzter Zugriff: 28. September 2010.

¹¹ Die Kommissionszugehörigkeit der Abgeordneten wechselte und wurde jahrelang nicht anders als durch die Stenographischen Berichte der einzelnen Sitzungen dokumentiert. Georg Hirth (Hg.), Deutscher Parlaments-Almanach, kann nur unzureichend Auskunft geben, indem er zwar häufig und regelmäßig, aber dennoch zu selten erschien, um den Wechsel der Kommissionsmitglieder zu erfassen. Die im Bundesarchiv in Berlin Lichterfelde vorhandenen Kommissionsakten entsprechen in ihrer Dokumentationssystematik der eines Parlamentarismus, der noch in den Anfängen steckte.

¹² Generalregister zu den stenographischen Berichten über die Verhandlungen und den amtlichen Drucksachen des konstituierenden Reichstages, des Reichstages des Norddeutschen Bundes, des Deutschen Zollparlaments und des Deutschen Reichstages vom Jahre 1867 bis einschließlich der am 24. Mai 1895 geschlossenen III. Session 1894/95. Nebst Anlagen: A. Uebersicht über die Etatverhandlungen. B. Namentliche Abstimmungen, hg. v. Reichstagsbureau, Berlin 1896.

¹³ Best, Heinrich/Wilhelm Heinz Schröder, Biographisches Handbuch der Abgeordneten des Norddeutschen Reichstages, des Zollparlaments und der Deutschen Reichstage 1867-1918. Köln: Zentrum für Historische Sozialforschung 1992 (Mimeo). Online-Kurzfassung für die Zeit des Deutschen Kaiserreiches: http://biosop.zhsf.uni-koeln.de/ParlamentarierPortal/biorabkr_db/biorabkrrecherche.php; letzter Zugriff: 26. September 2010.

Die, wenn auch nicht vollständig, doch umfangreich überlieferten Kommissionsakten des Reichstages sind eine von der Forschung häufig übersehene Quelle.¹⁴ Hervorragend ediert wurden große Teile der Kommissionsakten der Sozialpolitik des Kaiserreiches in der Reihe Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, in die über die Kommissionsakten hinaus eine Vielfalt an Quellengattungen aufgenommen wurde. Die entsprechenden Bände wurden sowohl qualitativ wie auch quantitativ für diese Arbeit ausgewertet und sind – wie auch die Spezialliteratur – im jeweiligen Kapitel aufgeführt. Ein Teil der Kommissionsakten des Reichstages im Bundesarchiv in Berlin wurde auf die Anwesenheitsgewohnheiten der bayerischen Patrioten in Vergleich zu den nicht-bayerischen Zentrumsabgeordneten sowie den übrigen Reichstagsabgeordneten überprüft, ebenso die Häufigkeit und Konstruktivität ihrer Redebeiträge.¹⁵

Sitzungsprotokolle der Zentrumsfraktion existieren für den Untersuchungszeitraum nicht, so dass vor allem Egodokumente für den Blick hinter die Kulissen sorgen müssen. Ziel der Auswertung sind Motive und Entscheidungskriterien, die in den Parlamenten eventuell nicht geäußert wurden, interne Entscheidungsprozesse, Meinungsbildung, Arbeitsengagement, Einstellungen, Verbindungen und auch Gräben zwischen Politikern. Es interessieren folglich Fraktions- und Parteiinterna jeglicher Art, die Antworten auf Fragen der einzelnen Kapitel dieser Arbeit geben können. Der Umfang der Nachlässe von Maximilian Maria Freiherr, später Graf, von Soden-Fraunhofen und Ludwig Graf von Arco-Zinneberg im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München sowie von Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein im Privatarhiv auf Schloss Ullstadt in Mittelfranken¹⁶ und von Konrad Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos im Staatsarchiv Landshut ist groß¹⁷. Von Karl Freiherr von Aretin ist hingegen nur noch ein Teilnachlass erhalten, der seit kurzem im Bayerischen

¹⁴ Eine Ausnahme stellt die Arbeit Arsenscheks dar, der die Wahlprüfungskommission ab 1876 mit Hilfe der vorhandenen Akten beleuchtet: Robert Arsenschek, Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich. Zur parlamentarischen Wahlprüfung und politischen Realität der Reichstagswahlen 1871-1914 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 136), Düsseldorf 2003.

Die Kommissionsakten sind teilweise in Auflösung begriffen. Die von ihnen existierenden Filme sind teils sehr gut lesbar oder lesbar, teils geben sie auf Grund ihres Alters jedoch keinerlei Abbild der Schrift wider und sind folglich unbrauchbar. Ohne Restauration der Originale, erneute Verfilmung oder Digitalisierung droht hier ein unersetzlicher Verlust für die Erforschung des Parlamentarismus' der Bismarckzeit.

¹⁵ Da die greifbaren Kommissionsakten mehrheitlich zu anderen Materien als zu den hier behandelten Weichenstellungen des Reiches vorlagen, wurde von einer weitergehenden inhaltlichen Auswertung abgesehen. Darüber hinaus bietet die Fülle des Materials Stoff für zahlreiche Studien.

¹⁶ Ausgenommen von der Einsicht war die Privatkorrespondenz Franckensteins und seiner Frau Marie, der der Fraktionsvorsitzende und bayerische Reichsrat täglich mehrseitige Briefe schrieb und dabei die Politik nicht aussparte. Verwendung fanden diese in: Karl Otmar Freiherr von Aretin, Franckenstein. Eine politische Karriere zwischen Bismarck und Ludwig II., Stuttgart 2003.

¹⁷ Im Staatsarchiv Landshut befindet sich zwar das Schlossarchiv Kronwinkl, aber kein politischer Nachlass des jüngeren Bruders von Konrad von Preysing, des Reichstagsabgeordneten Kaspar Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos.

In dieser Studie ist zumeist von dem älteren Bruder die Rede. Falls der jüngere Bruder gemeint ist, macht die volle Namensnennung dies deutlich.

Hauptstaatsarchiv – wie bei allen genannten Nachlässen – mit Genehmigung der Familie eingesehen werden kann. Der Nachlass des 1882 verstorbenen bayerisch-patriotischen Politikers Arco, der seinen Einfluss außerhalb von Parlamenten und Reichsrat ausübte, gewährt vor allem Einsicht in den extremen Flügel der Bayerischen Patriotenpartei und seine sich über die Jahre verändernde Verbindung zu den anderen Flügeln. Aufschluss über Fraktionsinterna kann er nicht geben. Der kleine Teilnachlass Aretin enthält sowohl Briefe von hohem Aussagewert als auch seltene gedruckte Dokumente wie die Geschäftsordnung des Reichstages von 1874 oder das erste Parteiprogramm der Zentrumsfraktion von 1871, das in seiner föderalistischen Aussage von der Forschung teils falsch zitiert wird. Alle Nachlässe enthalten zur ersten Hälfte der 1870er Jahre nur zu einem geringen Teil aussagekräftiges Material über den Gang der politischen Verhandlungen in Berlin.¹⁸ Mit steigender Jahreszahl nimmt die Zahl der Briefe und in geringerem Maße anderer Egodokumente in den Nachlässen Soden, Franckenstein und Preysing zu, ebenso die Zahl der Egodokumente mit hoher Aussagekraft für die verschiedenen Untersuchungsgegenstände, so dass ab Ende der 1870er Jahre eine Fülle an Informationen zur Verfügung stehen. Wie die Quellengattung Brief sind auch Memoiren Sodens mit subjektivem Blick ausgestattet; sie sind eine gute Quelle für den Parlamentarismus des Bismarckreiches, für Fraktionsabläufe und Fraktionsleben sowie für Sodens politische Schwerpunktsetzung.¹⁹ Als außergewöhnlich gute Quelle für Entscheidungsprozesse innerhalb der Fraktion sowie für die Binnengliederung der Fraktion ab Mitte der 1880er Jahre stellten sich die in Privatbesitz befindlichen Kalendernotizen von Georg (Ritter von) Orterer heraus.²⁰ Denselben Mangel an Egodokumenten aus den frühen 1870er Jahren weisen die edierten Briefe auf. Dennoch bieten auch sie punktuell hervorragende Einblicke in die Frühzeit, aus denen sich letztlich ein Bild der Fraktionsarbeit der Reichstagsfraktion und der komplexen Realität der Bayerischen Patriotenpartei ergibt.²¹

¹⁸ Eine Ursache für die geringe Briefdichte in der Frühzeit und die häufigen Aufforderungen zu persönlichen Treffen in den Briefen war das praktisch nicht existierende Briefgeheimnis. Zur Brief-Affäre und Windthorsts Interpellation im preußischen Abgeordnetenhaus im Frühjahr 1872 siehe: Margaret Lavinia Anderson, Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 14), Düsseldorf 1988 S. 164f.

¹⁹ Bay HStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 316, „Für meinen lieben Sohn Karl Alfred“ [masch.], 1919.

²⁰ Private Sammlung Dr. Leonhard Lenk, Kalendernotizen Orterer, Januar 1881 bis Dezember 1902, masch. Abschrift „Arbeitsexemplar“.

²¹ Joseph Edmund Jörg, Briefwechsel 1846-1901 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 41), bearb. v. Dieter Albrecht, Mainz 1988; Ludwig Windthorst, Briefe 1834 – 1880 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 45), bearb. v. Hans Georg Aschoff/Heinz-Jörg Heinrich, Mainz 1995; Ludwig Windthorst, Briefe 1881 – 1891 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 47), bearb. v. Hans Georg Aschoff u. Mitwirkung v. Heinz-Jörg Heinrich, Mainz 2002.

Mosaiksteine fügen auch die Memoiren von Georg Freiherr von Hertling und die Memoiren des Linksliberalen Eugen Richter hinzu.²²

Für die Politik der Patrioten vor der Reichsgründung wurden vor allem die *Stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Zollparlaments* sowie *Stenographischen Berichte über die Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtages* herangezogen.²³ Sie geben einen hervorragenden Eindruck von Politik und Haltung der Partei. Für diesen Zeitraum vermag auch der Briefwechsel Jörgs zahlreiche Details hinzuzufügen. Die Landtagsverhandlungen sind zudem Grundlage für die Untersuchung der Zeit während wie nach der Reichsgründung.

Zur Ergänzung wurde in Auswahl die patriotische Presse ausgewertet, in deren Spektrum sich die verschiedenen Richtungen der Partei widerspiegeln. Um Parteiorgane handelte es sich bei keinem der Blätter der damaligen Zeit. Unter den Tageszeitungen zu nennen sind insbesondere die überregionale und äußerst gemäßigte *Augsburger Postzeitung*, als eines der Sprachrohre der Fraktionsmehrheit der Zweiten Kammer der *Bayerische Kurier* und die in ihrer Meinung stets eigenwillige *Donau-Zeitung*. Letztere zählt trotz ihrer Eigenwilligkeit zu den Wegbereitern der Partei. Teils tiefgehende und zuverlässige Informationen sowie geistig hochstehende Analysen bieten die Zeitläufe Joseph Edmund Jörgs in den vierzehntägig erscheinenden *Historisch-Politischen Blättern für das katholische Deutschland*. Die ebenfalls deutschlandweit verbreitete *Germania*, die als das Zentrumsblatt galt, fand gleichfalls Verwendung.

Vor- wie nachdem Thomas Nipperdey die moderne Parteiengeschichtsschreibung vorantrieb, führte die Bayerische Patriotenpartei im Spektrum historischer Aufmerksamkeit lange Zeit ein Schattendasein. Mit Friedrich Hartmannsgrubers Standardwerk²⁴ hat sich das entschieden gewandelt. Hartmannsgruber legt den Schwerpunkt auf die Organisationsstruktur der Partei. Erst in zweiter Linie behandelt er die Politik der Partei, richtet seine Augenmerk allerdings auf eine Standortbestimmung der Patriotenpartei in der bayerischen Politik.²⁵ Diese Tatsache

²² Georg Graf von Hertling, *Erinnerungen aus meinem Leben*, 2. Bde., hg. v. Karl Graf von Hertling, Kempten/München 1919/1920.; Eugen Richter, *Im alten Reichstag. Erinnerungen*, Berlin 1894.

²³ *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Zollparlaments in den Jahren 1868-1870*, 3 Bde., Berlin 1868-1870; LV KdA; *Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtages in den Jahren 1868 bis 1886*, München 1868-1887.

²⁴ Friedrich Hartmannsgruber, *Die Bayerische Patriotenpartei 1868-1887* (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 82), München 1986. Rezension: David Blackbourn, Friedrich Hartmannsgruber, *Die Bayerische Patriotenpartei 1868-1887*. (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte, Bd. 82.), in: HZ 247, 1988, 449f. Auf Hartmannsgrubers ausführliche Darstellung der Forschungslage für die von ihm gesetzten Schwerpunkte sei an dieser Stelle ausdrücklich verwiesen.

²⁵ Hartmannsgrubers Kapitel „Bayern im Reich“ hat für die Reichspolitik der Patriotenpartei kaum mehr als einen Aufzählungscharakter, auch wenn er die in der Literatur zur Verfügung stehenden Bruchstücke zum Teil

verweist zugleich auf das grundlegende Manko der älteren und neueren Forschung, die den Blick vor allem auf die bayerischen Belange und den Landtag beschränkt.²⁶ Die einzige Arbeit, die sich explizit mit der reichsbezogenen Politik der Patriotenpartei befasst und dabei den Reichstag einbezieht, ist die detailreiche, aber wenig differenzierte und analytisch nicht sehr tief reichende ungedruckte Dissertation Heinrich Brauns zum bayerischen Reichsverhältnis.²⁷ Diese 1930 fertig gestellte Studie entspricht nicht dem Standard der heutigen Forschung. Bei seiner Auseinandersetzung mit den politischen Kräften Bayerns in ihrer Beziehung zum Reich verfährt Braun überdies stark wertend: Vor allem erscheinen Bismarcks Bestrebungen sowie ein zentralistisch geprägter Nationalstaat grundsätzlich positiv. Folglich zeichnet Braun ein negatives Bild der Bayerischen Patriotenpartei. Eine ausgewogene Gesamtbeurteilung von Zusammenhängen vermag diese Arbeit mithin nicht zu leisten. Die Forschungslücke veranschaulicht ein Aufsatz von Wilhelm Volkert mit dem Titel „Die Bayerische Patriotenpartei und das Zentrum 1871-1898“, der mit der Gründung der Zentrumsfraktion im Reichstag beginnt, im Anschluss zur Umbenennung der Patriotenpartei 1887 und danach zum Reichsmilitärgesetz von 1893/94 springt.²⁸ Das Bild, das die Forschung mit Aussagen wie „gegen den Reichsunitarismus“²⁹ und „keine eigentlichen ‚Reichsfeinde‘“³⁰ über die Bayerische Patriotenpartei und ihre konkrete politische Arbeit gegenüber dem Deutschen Reich ab 1871 zeichnet, muss folglich überprüft, spezifiziert und empirisch untermauert werden. Die Entstehungsgeschichte der Patriotenpartei³¹ und ihre

mit gutem Gespür bewertet. Ähnliches gilt für das Kapitel „Verhältnis zur Zentrumspartei“, das die bekannten überlieferten Thesen mit wenigen neuen Details zusammenführt.

²⁶ Exemplarisch für die ältere Forschung seien genannt: Michael Doeberl, Ein Jahrhundert bayerischen Verfassungslebens, München 1918; Fritz Freiherr von Rummel, Das Ministerium Lutz und seine Gegner 1871-1882. Ein Kampf um Staatskirchentum, Reichstreue und Parlamentsherrschaft in Bayern (Münchner Historische Abhandlungen 9), München 1935.

Für die neuere Forschung liegen ebenfalls nur Beiträge zur bayerischen Politik vor: Karl Möckl, Die Prinzregentenzeit. Gesellschaft und Politik während der Ära des Prinzregenten Luitpold in Bayern, München/Wien 1972; Gilbert E. Southern, The Bavarian Kulturkampf. A Chapter in Government, Church and Society in the Early Bismarckreich, Ann Arbor/Michigan 1977 sowie im neu aufgelegten Handbuch der bayerischen Geschichte: Wilhelm Volkert, Die politische Entwicklung von 1848 bis 1871, in: Alois Schmid (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. VI/1, 2. überarb. Aufl., München 2003, S. 237-317; Dieter Albrecht, Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1871-1918), in: Ebd., S. 318-438.

²⁷ Heinrich Braun, Die parlamentarische Entwicklung des bayerischen Reichsverhältnisses. Nach den Verhandlungen des bayerischen Landtages und des deutschen Reichstages von 1871-1890, phil. Diss. [masch.] Darmstadt 1930.

²⁸ Wilhelm Volkert, Die Bayerische Patriotenpartei und das Zentrum 1871-1898. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Bayerischen Volkspartei, in: Klaus Hildebrand/Udo Wengst/Andreas Wirsching (Hg.), Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller, München 2008, S. 83-98.

²⁹ Körner, Staat und Geschichte, 320; ähnlich: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 373.

³⁰ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 372.

³¹ Zu nennen sind hier: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 18-48; Christa Stache, Bürgerlicher Liberalismus und katholischer Konservatismus in Bayern 1867-1871. Kulturkämpferische Auseinandersetzungen vor dem Hintergrund von nationaler Einigung und wirtschaftlich-sozialem Wandel (Europäische Hochschulschriften III

Politik vor Eintritt in das Kaiserreich gerade im Hinblick auf die deutsche Frage³² dürfen hingegen als gut erforscht gelten.

Das allgemein bestehende Forschungsdefizit zur Bayerischen Patriotenpartei nach 1871 schließt auch die Beschäftigung mit ihren führenden Persönlichkeiten ein. Nur zu dem langjährigen Fraktionsvorsitzenden des Zentrums im Reichstag, langjährigem Vizepräsidenten des Reichstags und erblichem Reichsrat der bayerischen Krone, Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein, liegt für den Untersuchungszeitraum eine neue politische Biographie vor.³³ Ihr Verdienst liegt unter anderem darin, den Anteil Franckensteins an der Zentrums politik im Reichstag grundsätzlich dargelegt zu haben, wonach einige bislang Windhorst zugeschriebene Erfolge dem bayerischen Abgeordneten zuzuordnen sind, sowie sein Verhältnis zu Bismarck zu erörtern. Dabei liegt jedoch der Fokus eindeutig auf der Zeit ab 1879, immer wieder auf der Beilegung des preußischen Kulturkampfs sowie auch auf der bayerischen Königstragödie. Bis auf Franckensteins Biographie stehen zu Politikern der Patriotenpartei nur ältere Kurzwürdigungen zur Verfügung,³⁴ außerdem Löfflers knappe, aber abgewogene politische Profile der bayerischen Reichsräte, unter denen sich auch Landtags- oder Reichstagsabgeordnete der Patrioten befanden,³⁵ sowie der Lebensabriss Joseph Edmund Jörgs, der als führender Kopf der

148), Frankfurt a. M./Bern 1981; Frank Deedmyr Wright, *The Bavarian Patriotic Party 1868-1871*, Urbana-Champaign, Illinois 1975, Ann Arbor, Michigan 1976.

³² Zur politischen Arbeit der Partei im Zollparlament: Jochen Schmidt, *Bayern und das Zollparlament. Politik und Wirtschaft in den letzten Jahren vor der Reichsgründung 1866/67 – 1870. Zur Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter*, phil. Diss. [masch.] München 1873. Zu den Landtagsverhandlungen einschließlich der Debatte um die Versailler Verträge: Hartmannsgruber, *Patriotenpartei*, 362-372; Kläre Kraus, *Der Kampf in der bayerischen Abgeordnetenversammlung um die Versailler-Verträge. 11.-21. Januar 1871*, phil. Diss. [masch.] Köln 1935.

³³ Aretin, *Franckenstein*.

³⁴ Einen einfachen und aktuellen Zugriff auf die Literatur zu den patriotischen Reichstagsabgeordneten einschließlich knapper biographischer Überblicke bietet: Bernd Haunfelder, *Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871-1933. Biographisches Handbuch und historische Biographien*, Düsseldorf 1999. Eine Liste der Reichstagsabgeordneten von 1871 bis zur Reichstagswahl 1890 findet sich im Anhang dieser Arbeit. Hartmannsgrubers bis 1887 reichende MdR-Liste fehlen die Abgeordneten Maximilian Freiherr von Gravenreuth und Ludwig Philipp Reichert. Hartmannsgruber weist bei seiner Darstellung der Abgeordneten auf die teils bestehenden älteren Würdigungen der Politiker hin, zudem bietet er neben der Liste der Reichstagsabgeordneten eine Liste der Landtagsabgeordneten im Anhang: Hartmannsgruber, *Patriotenpartei*, S. 121-135 und S. 405-419. Zu herausragenden Persönlichkeiten wie Jörg siehe auch: Winfried Becker u. a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn u. a. 2002. Zu dem altkonservativen Urgestein der Partei, Anton Ruland, der die Partei nur im Landtag vertrat, existiert eine neue Biographie: Thomas Sauer, *Anton Ruland (1809-1874). Ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Restauration in Bayern (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 103)*, München 1995.

³⁵ Zu nennen sind: Konrad Graf von Preysing (MdR 1871-1893, 1900-1903), Maximilian Maria Graf von Soden-Fraunhofen (MdR 1874-84, MdL 1875-893, bayerischer Innenminister 1912-1916). Bernhard Löffler, *Die Bayerische Kammer der Reichsräte 1848 bis 1918. Grundlagen, Zusammensetzung, Politik (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 108)*, München 1996, S. 167-180.

Landtagsfraktion bis 1881 gilt und neben Görres als bedeutendster Publizist des deutschen Katholizismus im 19. Jahrhundert bezeichnet werden darf.³⁶

Es wird deutlich, dass die reichsbezogene Politik der Bayerischen Patriotenpartei nach 1871 weder als ganze noch biographisch als erforscht gelten kann. Ähnliches gilt für die Politik der Zentrumsfraktion insgesamt, die außerhalb des Kulturkampfes liegt.³⁷ Relevant für diese Arbeit sind: Thomas Nipperdeys Werk über die Organisation der deutschen Parteien³⁸ sowie der Abschnitt über das Zentrum im zweiten Band seiner Deutschen Geschichte³⁹, Ursula Mittmanns Vergleich zwischen Zentrum und Sozialdemokratie⁴⁰, Winfried Beckers Reflexionen über die Thesen zum Wesen des Zentrums⁴¹, David Blackbourns Aufsatz zum Zentrum als Sonderfall unter den Parteien⁴² und Ulrich von Hehls Beitrag zu den Führungsgruppen des Zentrums⁴³. Hervorragend, aber nicht frei von einer Überzeichnung Windthorsts Rolle ist die Biographie Margaret Andersons über den Zentrumsführer.⁴⁴ Karl Bachems neunbändige Zentrums Geschichte ist, wie auch Anderson findet, eine Fundgrube.⁴⁵ Allerdings hat das Werk die klare Tendenz, das Zentrum in den Augen von Bachems Zeitgenossen positiv darzustellen und zeichnet insofern Konflikte mit Bismarck weicher oder entschuldigt föderalistische Entscheidungen des Reichszentrums mit dem Hinweis auf die Bayern in der Fraktion.

Für einen allgemeinen Überblick und die Vergleiche zum politischen Willen der anderen politischen Kräfte hilfreich sind zur Politik des Reiches Otto Pflanzes Biographie über

³⁶ Joseph Edmund Jörg, Briefwechsel 1846-1901 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 41), bearb. v. Dieter Albrecht, Mainz 1988, XXIV-XXXVII.

³⁷ Einen Überblick über die Literatur bietet: Hehl, Vom Honoratioren- zum Berufspolitiker.

³⁸ Thomas Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien von 1918 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 18), Düsseldorf 1961.

³⁹ Dort befindet sich auch ein knapper Vergleich zwischen der Patriotenpartei und den katholischen Parteien der anderen deutschen Bundesstaaten: Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, 3., durchges. Aufl., München 1995, S. 337-351.

⁴⁰ So grundlegend Mittmanns Ergebnisse zum Zentrum sind, haftet ihnen streckenweise doch der Mangel an, dass häufig zeitlich spät liegende Quellenfunde auf die Frühzeit der Partei inhaltlich übertragen werden: Ursula Mittmann Fraktion und Partei. Ein Vergleich von Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserreich (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 59), Düsseldorf 1976.

⁴¹ Becker, Winfried, Die Zentrumspartei im Bismarckreich, in: ders. (Hg.), Die Minderheit als Mitte. Die Deutsche Zentrumspartei in der Innenpolitik des Reiches 1871-1933, Paderborn u. a. 1986, S. 9-45.

⁴² David Blackbourn, Die Zentrumspartei und die deutschen Katholiken während des Kulturkampfes und danach, in: Otto Pflanze/Elisabeth Müller-Luckner (Hg.), Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 2), München/Wien 1983, S. 73-94.

⁴³ Ausgeklammert ist bei ihm die bayerische Komponente des Zentrums vor 1887: Hehl, Vom Honoratioren- zum Berufspolitiker. In Arbeit befindlich ist eine Habilitationsschrift von Markus Raasch zum Zentrumsadel.

⁴⁴ Margaret Lavinia Anderson, Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 14), Düsseldorf 1988.

⁴⁵ Karl Bachem: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrums Partei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung, sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815-1914, 9 Bde., Köln 1927-1932, ND Aalen 1968.

Bismarck,⁴⁶ in Bezug auf das Verhältnis der einzelstaatlichen Regierungen zum Reich Hans Otto Binders Studie⁴⁷ sowie Siegfried Weichleins Habilitationsschrift⁴⁸ und zur bayerischen Politik Karl Möckls einschlägige Arbeit über die Prinzregentenzeit.⁴⁹

Die Bayerische Patriotenpartei und die Bayerische Zentrums- und Reichspartei im Kontext der Reichsgründung und des Bismarckreiches

I. Konfessionelle, wirtschaftliche, soziale und politische Situation in Bayern in der Mitte des 19. Jahrhunderts

Weshalb ließen sich die politisch inaktiven Massen vor allem der Landbevölkerung Bayerns in der zweiten Hälfte der 1860er Jahre plötzlich politisch motivieren?⁵⁰

Die Forschung konnte drei Faktoren für diese Entwicklung ausmachen, die im Bewusstsein der damaligen Bevölkerung untrennbar miteinander verbunden waren: ein sozioökonomischer Interessengegensatz, die kirchliche Streitfrage und die nationale Frage.⁵¹

In einem ersten Schritt wird auf die konfessionelle Spaltung der bayerischen Bevölkerung und den Konflikt zwischen Staat und Kirche eingegangen, in einem zweiten auf die wirtschaftliche und soziale Situation und in einem dritten auf das innen- wie außenpolitische Spannungsfeld. Abgesehen von der innerhalb dieser Kapitel bereits deutlich werdenden Vernetzung der drei Beweggründe fasst der folgende Überblick die Verbindungen noch einmal zusammen.

⁴⁶ Otto Pflanze, Bismarck. Der Reichskanzler, 2 Bde., München 1997/98.

⁴⁷ Hans-Otto Binder, Reich und Einzelstaaten während der Kanzlerschaft Bismarcks 1871-1890. Eine Untersuchung zum Problem der bundesstaatlichen Organisation (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 29), Tübingen 1871.

⁴⁸ Siegfried Weichlein, Nation und Region. Integrationsprozesse im Bismarckreich (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 137), Düsseldorf 2004.

⁴⁹ Karl Möckl, Die Prinzregentenzeit. Gesellschaft und Politik während der Ära des Prinzregenten Luitpold in Bayern, München/Wien 1972.

⁵⁰ Teilweise war die Bevölkerung – auch die Landbevölkerung – Bayerns 1848 schon einmal politisiert worden. Dies zeigen laut dankenswerter Auskunft von Hrn. Klaus Seidl die im BayHStA befindlichen Petitionen.

⁵¹ Ausführlich zu den drei Faktoren: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 10-17; Stache, Liberalismus – Konservatismus, v. a. S. 20-32, 40-42, 81-85, 109-117. Zur Sozialgesetzgebung: Horst Hesse, Die sogenannte Sozialgesetzgebung Bayerns Ende der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Strukturanalyse der bürgerlichen Gesellschaft (Miscellanea Bavarica Monacensia 33), München 1971. Zur Innenpolitik siehe auch: Volkert in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, S. 258-272. Als erster wies Gall diese Dreieit für den badischen Katholischen Volksverein nach: Lothar Gall, Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung, Wiesbaden 1868; ders., Die partei- und sozialgeschichtliche Problematik des badischen Kulturkampfes, in: ZGO 113, 1965, S. 151-196.

1. Konfessionelle Spaltung der Bevölkerung und kirchliche Streitfrage

a) Konfessionelle Spaltung

Für die politische Entwicklung des Landes sollte seine konfessionelle Gliederung Bedeutung erringen: Oberbayern, Niederbayern und die Oberpfalz waren katholisch geprägt. In Schwaben und Unterfranken war die Bevölkerung konfessionell gemischt – aber überwiegend katholisch. Umgekehrt in der Pfalz, die einen leichten protestantischen Überhang aufwies.⁵² Als Signum der Pfalz lässt sich herausstellen, dass sie anders als die übrigen gemischten Regionen Bayerns keine protestantischen oder katholischen Enklaven besaß, sondern die Konfessionen direkt nebeneinander beziehungsweise miteinander lebten. Mittelfranken war bis auf die katholische Region Eichstätt mehrheitlich protestantisch, Oberfranken bis auf die Region Bamberg vollkommen protestantisch. Die Mehrheit der Bevölkerung des gesamten Königreiches war katholisch.⁵³

Auch wenn es auf Grund weiterer Einflussfaktoren, unter anderem auch auf Grund des Eintretens des katholischen Klerus für die Konservativen, zur Polarisierung der Bevölkerung und damit Spaltung in konfessionell bestimmte Lager kam, kann von einer vollständigen weltanschaulichen und politischen Trennung der Bayern entlang der ‚Konfessionslinie‘ nicht gesprochen werden. Dementsprechend erarbeitete Becker drei Gruppen innerhalb der Katholiken:⁵⁴ Den weitaus größten Teil, das einfache Volk, zeichnete seit den 1840er Jahren die sogenannte Volksfrömmigkeit aus, die ihren gebildeten Glaubensgenossen „abergläubisch und infantil erschien“. Die Minderheit der höher gestellten Katholiken stand zu ihren Glaubensbrüdern und teilte ihre politischen Anschauungen. Der größere Teil der katholischen Intellektuellen aber lehnte sich – Liberalismus und Nationalismus vertretend – an die protestantische Elite an und folgte dieser um so mehr, als in den 60er Jahren politische Konflikte zwischen auf der einen Seite katholischem Klerus, einfachem Volk und einigen katholischen Gebildeten und auf der anderen Seite der bayerischen Regierung auftraten.

⁵² Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 146 Tabelle 8 und S. 148 Anm. a.

⁵³ 1871 lag der katholische Anteil bei 71,2 %, 1880 bei 70,9 %: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 146 Tabelle 8 und S. 148 Anm. a.

⁵⁴ Becker, Konfessionelle Nationsbilder, S. 400f. Hier auch das folgende Zitat.

b) Die kirchliche Streitfrage

Im Mittelpunkt des kirchlichen Konfliktes der Zeit stand die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und katholischer Kirche – womit sich die Auseinandersetzungen zum Teil aus der wittelsbachischen Staatskirchenpolitik erklären.⁵⁵ Vergessen werden dürfen aber auch nicht die Veränderungen in der katholischen Kirche während des 19. Jahrhunderts. Neu war für den Staat, dass er seit Beginn des Konfliktes Mitte der 1860er nicht nur den Klerus zum Gegenspieler hatte, sondern die Mehrheit des bayerischen Volkes – zudem mit einer politischen Vertretung an der Spitze, die sich nach und nach zur Bayerischen Patriotenpartei formierte.

Der starke, neu auf die politische Bühne getretene Gegner war zumindest für das fortschrittliche Lager der bayerischen Abgeordnetenversammlung der Grund dafür, den Streit in die extremen Bahnen des bayerischen Kulturkampfes zu führen.⁵⁶ Allgemein stellte für den Liberalismus die katholische Kirche oder auch – nach dem Schlagwort der Zeit – der „Ultramontanismus“ den Feind der politischen, geistigen und sittlichen Freiheit dar.⁵⁷ Dass ein grundlegender weltanschaulicher Gegensatz zwischen dem Liberalismus und der (katholischen) Kirche bestand, ist nicht zu übersehen.⁵⁸ Im Kulturkampf steigerten sich die Vorwürfe der Liberalen letztlich zur Unterstellung, die katholische Kirche erstrebe über den Weg der Bevormundung von Staaten, Monarchen und Völkern die Weltherrschaft.⁵⁹

Ins Rollen brachten die Auseinandersetzungen in der bayerischen Öffentlichkeit und dem bayerischen Landtag die Reformideen, die von bayerischer Regierung und liberaler Kammermehrheit getragen wurden. Ihre Intention war es, die Kirche als soziale Institution zurückzudrängen und sie auf den Status einer religiösen Instanz zu beschränken. Dies bedeutete die Übertragung von Befugnissen, die bislang von der Kirche ausgeübt wurden, an

⁵⁵ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 14-16, auch 388; Rall in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, 1974, S. 262f., 265f.; Volkert in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, S. 270f.; Stache, Liberalismus – Konservatismus, S. 109-117.

⁵⁶ Stache, Liberalismus – Konservatismus, S. 112. Der bayerische Kulturkampf nahm nicht die Ausmaße des preußischen an, dauerte dafür über die achtziger Jahre hinaus, da der Kompetenzstreit noch nicht beigelegt war. Ab 1869 griff die bayerische Regierung zu ihren Maßnahmen erstens auf den Verordnungsweg (1873) zurück und zweitens auf die Reichsgesetzgebung, da ihr durch die patriotische Kammermehrheit der Gesetzesweg versperrt war.

⁵⁷ So in einem Artikel der liberalen Kemptener Zeitung: Kemptener Zeitung 186 vom 9.8.1866. Nach: Stache, Liberalismus – Konservatismus, S. 113.

⁵⁸ Die orthodoxen Lutheraner standen ebenso im Kreuzfeuer der Liberalen; besonders betroffen davon war aus nachvollziehbaren Gründen der protestantische Reichsrat und Mitbegründer der Patriotenpartei Freiherr von Thüngen. Dass die katholische Kirche so viel mehr Kritik von liberaler Seite traf, liegt jedoch auch in der ‚fehlenden‘ Agitation des protestantischen Klerus und dem proliberalen Wahlverhalten der protestantischen Bevölkerung. Stache, Liberalismus – Konservatismus, S. 116f.

⁵⁹ Stache, Liberalismus – Konservatismus, S. 113.

weltliche Träger.⁶⁰ Für die Landbevölkerung – tief im Glauben verwurzelt – waren diese einschneidenden Änderungen ihrer Alltagswelt unvorstellbar und sie lehnten diese ab.⁶¹ Aber auch weiten Teilen der Aristokratie und naturgemäß dem Klerus missfiel die zunehmende Säkularisierung.

Aus Sicht der Gläubigen passte eine Zikulardepesche des bayerischen Ministerpräsidenten Hohenlohe als unangebrachte Einmischung in kirchliche Angelegenheiten sehr gut zu dem Bild, das die Regierung mit den Reformvorhaben abgab. Diese Depesche vom 9. April 1869 rief die europäischen Regierungen zur Verhinderung des Vatikanischen Konzils auf, von dem die Verkündung eines Unfehlbarkeitsdogmas befürchtet wurde. Die Verurteilung des missglückten Versuchs Hohenlohes ist jedoch nicht gleichzusetzen mit einer Befürwortung des Dogmas – Jörg, der damals bereits konservativer Abgeordneter im bayerischen Landtag war, und eine der herausragenden Figuren des Zentrums, Peter Reichensperger, initiierten unter anderem das Berliner Laienkonzil und eine Adresse an die deutschen Bischöfe, um eine Verkündung des bindenden Glaubenssatzes abzuwenden.⁶²

Für den Argumentationsstrang des übergeordneten Kapitels bleibt festzuhalten, dass die Mehrheit der bayerischen Bevölkerung ihre Wünsche in Bezug auf die Stellung der Kirche im Königreich von liberaler Kammermehrheit und bayerischer Regierung nicht repräsentiert sah.

2. Soziale und wirtschaftliche Situation in Bayern in den 1860er Jahren

a) Allgemeine Wirtschafts- und Soziallage in Bayern in den 1860er Jahren

Als einer der drei Gründe für die Politisierbarkeit der Landbevölkerung Ende der 1860er Jahre ist die wirtschaftliche und soziale Lage anzusehen: Ab ca. 1860 schritt die Industrialisierung in Bayern schneller voran. Insgesamt war das Königreich Bayern zur damaligen Zeit jedoch

⁶⁰ Als Beispiel möge gelten: Die lange umkämpfte Schulgesetzreform übertrug die Schulaufsicht der Volksschulen, die bislang nebenamtlich von Geistlichen übernommen worden war, auf hauptamtliche weltliche Bezirksschulinspektoren. Nicht verwirklicht wurden Überlegungen anlässlich des Gesetzes betreffend die öffentliche Armen- und Krankenpflege, Pfarrer aus dem Armenpflegschaftsrat der Gemeinden auszuschließen und ihnen die Nutzung der Gemeindegründe zu versagen. Ein von der liberalen Mittelpartei abgelehnter fortschrittlicher Vorstoß war der Antrag auf obligatorische Zivilehe vom 29.2.1868.

⁶¹ Werner K. Blessing, Umwelt und Mentalität im ländlichen Bayern. Eine Skizze zum Alltagswandel im 19. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 19, 1979, S. 1-42, hier: S. 13f. und 18; Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 15.

⁶² Mehrere Briefe von und an Jörg: Jörg, Briefwechsel, S. 316-325. Dazu auch Jörg vorsichtig in den Zeitläufen: „Wir selber haben heute noch die Meinung, daß der gegenwärtigen Welt mit Dogmatisiren [sic!] wenig gedient sei; wir hätten andere Thaten vom heiligen Concil lieber gesehen.“. HPB 65, 1870, S. 557 Eingehend zum Berliner Laienkonzil: Anderson, Windthorst, S. 120-129.

noch agrarisch geprägt und hinkte dem Fortschritt hinterher.⁶³ Dabei taten sich innerhalb Bayerns allerdings starke regionale Unterschiede auf:⁶⁴ In den neubayerischen Gebieten waren durchschnittlich bereits knapp 50 % der Bevölkerung außerhalb der Landwirtschaft tätig. Zu diesen sind nicht nur die in industrieller Fertigung Beschäftigten, sondern beispielsweise auch die Nürnberger Handwerker zu zählen, die durch Einsatz und gemeinsame Nutzung moderner Maschinen konkurrenzfähig blieben. Zudem bestand zwischen diesen und dem norddeutschen Wirtschaftsraum eine bessere Verknüpfung. In Ober- und Niederbayern hingegen verdienten noch 60-70 % der Erwerbstätigen ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft.⁶⁵ Selbst in dieser fanden aber – anders als in den ‚Neuerwerbungen‘ – moderne Methoden keinen Eingang.⁶⁶

Die beginnende Industrialisierung hinterließ im Entstehungsjahrzehnt der Bayerischen Patriotenpartei bereits erste Spuren wirtschaftlicher wie sozialer Art:⁶⁷ Vor allem die negativen Auswirkungen des sozialen Wandels waren es, mit denen sich die ländliche Bevölkerung konfrontiert sah. Die bislang familiäre Bindung zwischen Herren auf der einen Seite und Lehrlingen, Gesellen und Dienstboten auf der anderen Seite war langsam dabei, sich zu einem reinen Arbeitsverhältnis zu entwickeln. Als Folge veränderte sich das sittliche Verhalten letzterer, da die überbrachten Werte von vielen nicht mehr als bindend angesehen wurden. Dies ging einher mit einer wachsenden Rate an Kriminalität, Gewalttätigkeit, Eigentumsdelikten und Bettlertum. Außerdem machte sich die – wenn auch zu dieser Zeit noch nicht als Landflucht zu bezeichnende – Abwanderung aus den ländlichen Gebieten bereits in einem Arbeitskräftemangel bemerkbar – was die wirtschaftliche sowie die soziale Lage beeinträchtigte. Des Weiteren stand das Arbeitsethos des traditionellen Handwerks den Prinzipien der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung, wie Expansion und Gewinnstreben, konträr gegenüber. Mit dem Aufstieg der Bourgeoisie ging der soziale

⁶³ Dies gilt nicht für alle Wirtschaftszweige gleichermaßen; allerdings größtenteils für die für den Grad der Industrialisierung als Indikatoren geltenden Zweige. Die Brauereiwirtschaft war beispielsweise sehr fortschrittlich in Bayern. Siehe zur wirtschaftlichen Entwicklung: Dirk Götschmann, *Wirtschaftsgeschichte Bayerns. 19. und 20. Jahrhundert*, Regensburg 2010.

⁶⁴ Als Industriegebiete sind Nürnberg-Fürth, Augsburg-Kempten-Kaufbeuren, die Pfalz und das Vogtland zu nennen. Detaillierte Darstellung bei: Stache, *Liberalismus – Konservatismus*, S. 22-32; wichtigste Grundlagen auch bei: Hartmannsgruber, *Patriotenpartei*, S. 9.

⁶⁵ Vereinzelt gab es auch in Altbayern Industriebetriebe, so zum Beispiel in der Landeshauptstadt. Einen erheblichen Unterschied weisen die Angaben Staches und Hartmannsgrubers zum Anteil der von der Landwirtschaft Lebenden an der Gesamtbevölkerung auf: Stache nennt einen Wert von 51,6 % und gliedert diese Zahl noch geographisch auf; Hartmannsgruber, der unter anderem auf Stache verweist, gibt den Bevölkerungsanteil mit zwei Drittel an. Vermutlich übertrug er die altbayerischen Daten auf ganz Bayern: Stache, *Liberalismus – Konservatismus*, S. 22; Hartmannsgruber, *Patriotenpartei*, S. 9.

⁶⁶ Stache, *Liberalismus – Konservatismus*, S. 30f.

⁶⁷ Ebd. 83. Die folgenden Zusammenhänge siehe: Ebd. S. 82f.

Abstieg des Bauerntums, des Kleingewerbes und des Handwerks einher.⁶⁸ Aber auch die wirtschaftliche und soziale Stellung des Adels wurde durch den Aufstieg des Bürgertums und die Industrialisierung bedroht.

Wie die Wirtschaft zu allen Zeiten Konjunkturschwankungen unterlegen ist, war dies auch in den 1860er Jahren der Fall. In den fünfziger Jahren hatte man die „erste vollständig durchlaufene Konjunkturkrise modernen Typs“⁶⁹ erlebt – und auch wenn die Wachstumskurve im folgenden Jahrzehnt in Deutschland insgesamt anstieg, so schwankte das Konjunkturklima in diesem Jahrzehnt doch erheblich und die Bevölkerung war diesen Schwankungen zum Teil stark ausgesetzt. Die gesamtdeutsche wie bayerische Landwirtschaft hatte nach einem Aufschwung in den fünfziger Jahren mit einer strukturell bedingten Krise auf Grund der beginnenden Industrialisierung in den sechziger Jahren zu kämpfen. Die Krise wurde verstärkt durch die für die bayerischen Landwirte zum ersten Mal auftretende Konkurrenzsituation mit ausländischen Erzeugern und durch fehlende Kredite.⁷⁰ Im Gegensatz zu den schwer betroffenen Getreidebauern, die in Altbayern zahlreich waren, erlebten die Weinbauern der Neubayerischen Gebiete in den 60er Jahren einen Aufschwung. Erschwerend kam für den Standort Bayern in dieser Zeit der Rohstoffmangel in der Baumwollindustrie hinzu, der durch den amerikanischen Bürgerkrieg verursacht wurde.⁷¹

b) Wirtschaftliche und soziale Situation der Konfessionsgruppen

Eine eindeutige Übereinstimmung von Wirtschaftsstruktur und Konfessionszugehörigkeit der Bevölkerung lässt sich für Bayern nicht feststellen.⁷² So sind z. B. Gebirgsregionen wie Spessart und Fichtelgebirge, ob protestantisch oder katholisch, schlicht durch die regionalen Bedingungen meist Armutsgebiete. In der gemischt konfessionellen Pfalz wiederum tritt als ein einschneidender Faktor für den wirtschaftlich-sozialen Bereich hinzu, dass die Gesetzgebung, die unter französischer Herrschaft in der Pfalz eingesetzt wurde und auch unter bayerischer Herrschaft fast uneingeschränkt in Kraft blieb, ganz andere Voraussetzungen schuf.⁷³ Dennoch kann festgestellt werden, dass im eindeutig katholisch dominierten Altbayern traditionelle Produktion und Produktionszweige vorherrschten, in Neubayern, das

⁶⁸ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 9.

⁶⁹ Siemann, Gesellschaft, S. 121. Zur Konjunktur der sechziger Jahre siehe: Ebd. S. 121-123.

⁷⁰ Stache, Liberalismus – Konservatismus, S. 31.

⁷¹ Ebd. S. 26.

⁷² Ebd. S. 31.

⁷³ Ebd. S. 20.

zum Teil mehrheitlich protestantische Bewohner aufwies, hatte der Fortschritt, wenn auch langsam, Einzug gehalten.

Die Vermögensverteilung auf die Konfessionsgruppen liefert jedoch dieselben Ergebnisse wie in ganz Deutschland: Auch in Bayern waren Katholiken insgesamt ärmer als Protestanten. Ihre im Traditionalismus begründete Unbeweglichkeit⁷⁴ ist dann auch als Grund für die ungleiche Verteilung von Protestanten und Katholiken auf die verschiedenen Berufssparten zu sehen. Katholiken waren überrepräsentiert bei der Landbevölkerung sowie den kleinen städtischen Selbständigen. Hingegen waren sie in der Schicht der Gebildeten unterrepräsentiert. Zu der allgemeinen Konjunkturflaute trat bei den Katholiken folglich größere Armut und – dank der zahlreichen kleinen Selbständigen – eine starke Abhängigkeit von Konjunkturschwankungen hinzu. Gerade die deutschlandweite Krise der Landwirtschaft, von der die Getreideproduktion, die in Ober- und Niederbayern vorherrschend war, besonders betroffen war, suchte die Katholiken mehr heim als die Protestanten.

In dieser für die Mehrheit der Bevölkerung schwierigen Lage drängten die liberalen Kräfte Bayerns auf eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung ohne dabei ein abfederndes Konzept für die traditionellen Betriebe vorzulegen.

3. Politische Machtverteilung vor Gründung der Bayerischen Patriotenpartei und die nationale Frage

a) Die politische Machtverteilung vor Gründung der Bayerischen Patriotenpartei und ihre Bedeutung für die Innenpolitik

Die politische Situation, die die Konservativen vorfanden und die zur Entstehung der Bayerischen Patriotenpartei beigetragen hatte, kann in einem Satz umrissen werden: Die Liberalen bestimmten beinahe unangefochten die Geschicke des Landes, da die von König Ludwig II. eingesetzten maßgebenden Minister von 1867 bis 1869 liberaler Prägung waren⁷⁵ und die Zweite Kammer, der die Erste zu dieser Zeit bei zwei der drei brennenden Themen bedingungslos zu folgen schien,⁷⁶ seit 1848 von liberalen Abgeordneten dominiert wurde. Die

⁷⁴ Anderson, Windthorst, 229, weist zusätzlich auf die Katholiken treffende religiöse Diskriminierung hin; diese ist auf das mehrheitlich katholische Bayern mit seinem katholischen Herrscherhaus nicht übertragbar.

⁷⁵ Eine Analyse der Berufung der leitenden Minister sowie der Ministerkristen 1872 und 1875 bietet: Botzenhart, Ludwig II., S. 74-100.

⁷⁶ Es gab in der Ersten Kammer konservative Stimmen gegen die Sozialpolitik und die Nationalpolitik der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, doch diese konnten sich in beiden Politikfeldern nicht durchsetzen: Löffler, Reichsräte, S. 350f. und 417. Nur bei der Schulpolitik stoppten die Reichsräte die liberalen Entwürfe: Ebd. S. 453-472.

erst 1863 gegründete, sich 1866 auf die kleindeutsche Lösung festgelegte linksliberale „Deutsche Fortschrittspartei in Bayern“⁷⁷ hatte die gemäßigte, sehr heterogene liberale Mehrheits- oder auch Mittelfraktion in der Abgeordnetenversammlung stark zurückgedrängt und sich mit den Pfälzischen Abgeordneten zur Fraktion der Vereinigten Linken zusammengeschlossen. Sie bildete die treibende Kraft des Parlamentes.⁷⁸

„Konkurrenzlos“ bedeutet in diesem Falle nicht, dass es keine Abgeordneten von konservativer Einstellung gab – aber es existierte weder eine sie vereinende Partei, noch ein Wahlvolk, das diese en masse gewählt hätte. Ursache für die fehlenden Wählerstimmen war, dass weite Teile der Bevölkerung zunächst noch als unpolitisch zu gelten haben.

Die liberalen Kräfte Bayerns gestalteten sowohl die innere wie die äußere Politik gemäß ihrer Vorstellungen. Konkret wirkten in der zweiten Hälfte der 60er Jahre Regierung und Abgeordnetenversammlung zusammen, um liberale Gesetzesvorhaben umzusetzen,⁷⁹ die Reichsratsversammlung schwenkte zum größten Teil ein. Ergebnis war eine Vielzahl an Gesetzen, die tief in die gewohnten Strukturen von Staat und Gesellschaft eingriffen. Zu ihnen ist die am 30. Januar 1868 beschlossene Wehrverfassung zu zählen, die von Preußen gewünscht wurde und für die Bevölkerung unangenehme Neuerungen brachte,⁸⁰ des Weiteren vier Sozialgesetze: die am 30. Januar 1868 verabschiedete Gewerbeordnung, das Gesetz über Heimat, Verheiratung und Aufenthalt vom 25. April 1868, das am 29. April 1869 beschlossene Gesetz betreffend die öffentliche Armen- und Krankenpflege und die am selben Tag angenommene Gemeindeordnung. Dieses Gesetzespaket, das den Weg für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung ebnen sollte und folglich die bestehende Ordnung aus den Angeln zu heben drohte, rief Widerspruch in der Bevölkerung hervor.

An zwei Beispielen sollen die Auswirkungen der Gesetzesvorhaben erläutert werden:

⁷⁷ Zu den Anfängen der Partei: Theodor Schieder, Die kleindeutsche Partei in Bayern in ihren Kämpfen um die nationale Einheit 1863-1871 (Münchner Historische Abhandlungen I, 12), München 1936, 26f. (Gründung und Gründungszusammensetzung); Gerhard Eisfeld, Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland 1858-1870, Hannover 1969, S. 30-33 und 125-137. Da das Ministerium in Bayern vom König eingesetzt und nur diesem verantwortlich war, kann nicht von einer liberalen Regierungspartei gesprochen werden – auch wenn das Ministerium gerade unter Chlodwig Fürst von Hohenlohe liberal geprägt war und mit der Zweiten Kammer gut zusammenarbeitete.

⁷⁸ Einen guten Überblick über die verschiedenen Gruppierungen der Zweiten Kammer in den 60er Jahren liefert: Stache, Liberalismus – Konservatismus, S. 32-39. Hartmannsgruber geht etwas ausführlicher auf die konservativen Abgeordneten ein: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 10.

⁷⁹ Folgendes siehe Staches Kapitel „Die innere Reformgesetzgebung“: Stache, Liberalismus – Konservatismus, S. 40-42.

⁸⁰ So zum Beispiel die Erhöhung der Zeit in der aktiven Armee auf drei Jahre und der Wegfall der Regelung, sich beim Wehrdienst vertreten lassen zu können. Genauer siehe: Rall in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, 1974, S. 264. Siehe ausführlich zu den Reformen auf militärischen Gebiet auch: Ingrid Mayershofer, Bevölkerung und Militär in Bamberg 1860-1923. Eine bayerische Stadt und der preußisch-deutsche Militarismus, Paderborn u.a. 2010.

Die für den Liberalismus eine zentrale Rolle einnehmende geplante Schulreform bedeutete für die in den 1860er Jahren sowieso schon von Rezession betroffenen Erwerbszweige, Landwirtschaft und Kleingewerbe, und damit gerade für die in der Tradition verhafteten Katholiken eine Bedrohung der Arbeitsgemeinschaft Familie: Sie stellte den Verlust von kindlichen Arbeitskräften und Arbeitskräftemangel durch folgende Abwanderung sowie erhöhte Erwartungen bei den Kindern in Aussicht.⁸¹ Außerdem ist zu betonen, dass der kirchenpolitische Aspekt bei der Opposition gegen das liberale Schulgesetz eine gewichtige Rolle spielte: Der Angriff auf die Stellung der Kirche im Schulwesen stellte für das katholische Volk einen Angriff auf die göttliche Weltordnung dar.⁸²

Für das Handwerk insbesondere die selbständigen Handwerksmeister bedeutete das Konzessionssystem Schutz vor übermäßiger Konkurrenz und den Erhalt der erworbenen Realrechte. Dieses Wirtschafts- und Wertesystem war durch die aufkommende Industrialisierung bereits unterlaufen – die vom Liberalismus angestrebte Gewerbefreiheit drohte das lang bewährte System abzuschaffen und durch ein neues, von dessen Funktionalität man nicht überzeugt war, zu ersetzen.⁸³ Zudem wurde z. B. selbst ein steuerlicher Ausgleich für die Realrechte schlichtweg abgelehnt.

Summa summarum bedeutete die liberale Gesetzgebung für die alten Sozialschichten keine Konsolidierung ihrer bedrohten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, sondern einen weiteren und beschleunigenden Faktor in ihrer Beseitigung.

b) Die nationale Frage

Durch den Krieg 1866 wurde der Dualismus zwischen Österreich und Preußen zugunsten der norddeutschen Macht entschieden. Mit der Gründung des Norddeutschen Bundes ergab sich für den Kriegsgewinner Preußen die Möglichkeit, den süddeutschen Staaten eine nach seinen Vorstellungen vorgenommene Neuordnung des Zollvereins unter Ausschluss Österreichs zu oktroyieren.⁸⁴ Die Lösung der nationalen Frage trieb – auch für die bayerische Öffentlichkeit

⁸¹ Blackbourn, Zentrumspartei und Katholiken, 90. Stache weist neben dem Arbeitskräftemangel vor allem darauf hin, dass die Bevölkerung keinen Nutzen in erhöhter Bildung erkennen konnte: Stache, Liberalismus – Konservatismus, S. 85.

⁸² Stache, Liberalismus – Konservatismus, S. 85.

⁸³ Ebd. S. 83f.

⁸⁴ Zu beachten ist, dass nicht nur Preußen seit Jahrzehnten Österreich versuchte auszugrenzen, sondern dass – so zeigen neue Forschungsergebnisse – Österreich sich von den anderen deutschen Staaten auch selbst entfernt hatte. Nur ein Beispiel aus vielen ist die sehr späte Einführung einer Konstitution. Wolfram Siemann, Reichsgründung 1871: die Schaffung des ersten deutschen Nationalstaates, in: Alexander Gallus, Deutsche

sichtbar – in Richtung kleindeutsche Lösung. Die Forcierung des Themas drängte nun im Grunde jeden Politiker, zumindest aber alle Parteien und Gruppierungen zur Stellungnahme in Bezug auf kleindeutsche beziehungsweise großdeutsche Lösung. Der Spielraum, den der Prager Frieden den süddeutschen Staaten offiziell bot, erstreckte sich von der freien Festlegung ihres Verhältnisses zu Preußen beziehungsweise zum preußisch dominierten Nordbund bis hin zur Gründung eines Südbundes.⁸⁵ Die zunächst geheimen Schutz- und Trutzbündnisse, auf die die süddeutschen Staaten unter dem Druck der französischen Forderung nach deutschen Gebieten eingingen, stellten eine erste Anbindung der Südstaaten an den Norden dar.⁸⁶ Einen weiteren Schritt der Annäherung an den Nordbund bedeutete der in Bayern heftig umstrittene neue Zollvereinsvertrag.⁸⁷ Dieser sah ein Zollparlament vor und die Wahlen dazu gaben der Bevölkerung Bayerns die Möglichkeit, ihre Meinung über die Geschehnisse der jüngsten Vergangenheit kund zu tun.

Wie stellten sich die machthabenden Akteure in Bayern zur nationalen Frage?

Der bayerische Ministerpräsident, Chlodwig Fürst von Hohenlohe, fuhr einen lavierenden Kurs. Er sprach zwar von der Wahrung der bayerischen Souveränitätsrechte, sah aber in der Anlehnung an Preußen die einzige realpolitische Lösung.⁸⁸ In seinen Reden lehnte Hohenlohe einen Südbund, der unter dem Schutz einer nicht deutschen Macht stünde, ab. Bei den von ihm immer wieder angeregten Verhandlungen zu diesem ging er dem württembergischen Ministerpräsidenten Varnbüler zu weit in Richtung einer letztendlichen Angliederung an den Nordbund – Hohenlohe sah in einem Südbund eindeutig nur eine Übergangsphase.⁸⁹ Wie weit des Ministerpräsidenten persönliche Überzeugung für einen Eintritt in den Norddeutschen Bund ging, ist schwer abzuschätzen. Seine auch auf den bayerischen König abgestimmte

Zäsuren. Systemwechsel vom Alten Reich bis zum wiedervereinigten Deutschland, München 2006, S. 105-130 hier: S. 108-111.

⁸⁵ Druck: Huber, Dokumente II, S. 217-220. Siehe zum Südbundprojekt: Rolf Wilhelm, Das Verhältnis der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund, 1867 – 1870 (Historische Studien, Bd. 431), Husum 1978.

⁸⁶ Nach der Veröffentlichung der Schutz- und Trutzbündnisse am 19. März 1867 durch den preußischen Staatsanzeiger wurden in der konservativen bayerischen Bevölkerung vor allem Stimmen gegen den Oberbefehl des preußischen Königs über die bayerischen Truppen im Bündnisfall laut. Der Druck, der auf Bayern als Kriegsverlierer lastete, wird bei Rall gut deutlich: Rall in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, 1974, S. 260f. In der Neuauflage des Spindler wird dieser Aspekt im Beitrag Volkerts (S. 298f.) wesentlich weniger eingestreut.

⁸⁷ Ludwig II. unterzeichnete den Vertrag am 8. Juli 1867. Die Ratifizierung durch die beiden Kammern erfolgte am 31.10.1867, sodass der Zollbund am 1.1.1868 in Kraft treten konnte.

⁸⁸ LV KdA 1866/67, Bd. I.

⁸⁹ Nach längerem Hinziehen und in der Schlussphase halbherzigen Verhandlungen von Seiten Hohenlohes scheiterten die Südbundpläne letztlich an den unterschiedlichen Vorstellungen. Der bayerische Ministerrat hatte sich bereits im Februar 1868 mehrheitlich gegen den Südbund ausgesprochen. Schmidt, Zollparlament, S. 258-265; Hermann-Joseph Busley, Bayern und die deutsche Einigung 1870/71 (Ausstellungskataloge der bayerischen staatlichen Archive 6), Neustadt a. d. Aisch 1971, S. 125-135.

politische Linie zielte auf einen stark föderalistischen kleindeutschen Staat, in dem die bayerische Souveränität so weit als möglich gewahrt blieb.

Der König selbst hätte 1866 lieber den Verlust der Pfalz hingenommen, als ein Jota der bayerischen Souveränität preiszugeben – bekanntlich ließ er sich in seinen Entscheidungen jedoch stark vom Ministerium beeinflussen.

Die Haltung der bayerischen Fortschrittspartei, der tonangebenden Kraft des Landtages, war eindeutig: Sie legte sich gegen einen Südbund und für einen Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund fest.⁹⁰ Beinahe die gesamte Abgeordnetenkammer folgte ihr in diese Richtung: Mit 124:11 Stimmen wurde am 30. August 1866 eine Resolution beschlossen, die für einen „engeren Anschluß an Preußen“ plädierte.⁹¹

Weite Teile der Bevölkerung hingegen lehnten den eingeschlagenen Kurs ab. Außer einer negativen Haltung gegenüber – wie man es empfand – der preußischen Lebensart, der engen Verbundenheit mit Österreich und der Angst vor einem dynamischen Vorantreiben des Wirtschaftsprozesses unter preußischer Führung⁹² trat aus psychologischer Sicht hinzu, dass der Krieg von 1866 das „Gefühl einer allseitigen Gefährdung der bestehenden Ordnung“⁹³ verstärkte.

4. Zusammenspiel der drei entscheidenden Faktoren für die Gründung der Bayerischen Patriotenpartei

Es wird deutlich, dass Unzufriedenheit als Grundstimmung weite Teile der bayerischen Bevölkerung in den 1860er Jahren bestimmte – und dass drei Faktoren, die zum Teil von politischer Seite hervorgerufen, zum Teil von ihr nur verstärkt wurden, als Grund dafür anzuführen sind, dass sich die Mehrzahl der Bayern politisch nicht repräsentiert fühlte: Es handelt sich um die sozioökonomische Situation verbunden mit der Frage nach der aktuellen Gesellschaftspolitik, die nationale Streitfrage und den kirchlich-konfessionellen Konflikt. Für die meisten Zeitgenossen verschmolzen die drei Motive zu einem untrennbaren Komplex; tatsächlich sind Verbindungen und Abhängigkeiten zahlreich vorhanden: Die liberale

⁹⁰ Erklärung der Fortschrittspartei am 28. August 1866 in der Kammer der Abgeordneten: Stache, Liberalismus – Konservativismus, 42f. Ausführlich: Schieder, Fortschrittspartei, S. 93-139.

⁹¹ LV KdA 1866/67, Bd. I, S. 134-154; vgl.: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 13; Schmidt, Zollparlament, S. 29-31.

⁹² Letzteres siehe: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 14.

⁹³ Stache, Liberalismus – Konservativismus, S. 84.

Innenpolitik drohte die auf Grund der Industrialisierung bröckelnde wirtschaftliche und soziale Ordnung noch schneller auseinanderzubrechen. Das Ziel der Liberalen, ihre bürgerlichen Werte jedem einzelnen Bürger nahe zu bringen und die Gesellschaft durch diese zu prägen, führte von dem ursprünglichen Gegner (der katholische Kirche und dem orthodoxen Luthertum) in Verbindung mit der konfessionellen Spaltung und der vor allem seitens der katholischen Bevölkerung erfolgenden Gegenwehr in den Kulturkampf.⁹⁴ Der sich für die Mehrheit der Bayern herauskristallisierende politische Antagonist favorisierte zudem einen engen Anschluss an das als Militärstaat und als fortschrittlich verschriene Preußen, was die Aufgabe der bayerischen Staatssouveränität für die Eingliederung in ein mehrheitlich protestantisches Reich bedeutet hätte.⁹⁵

Wie beurteilt die Forschung das Verhältnis der drei Faktoren, die bei weiten Teilen des einfachen Volkes und der alten Führungselite Bayerns sowie bei den Geistlichen zur politisch organisierten Opposition gegen den Liberalismus führte?

Für Stache spielen in der Auseinandersetzung der konservativen mit den liberalen Kräften Bayerns „die grundlegenden Veränderungen im wirtschaftlich-sozialen Bereich und die Einschränkung der partikularstaatlichen Souveränität durch die kleindeutsche Einigung eine ebenso bedeutende Rolle“ wie die Frage nach der zukünftigen Stellung der Kirche in Staat und Gesellschaft.⁹⁶ Das Zusammenspiel erfasst eindeutig Hartmannsgruber besser, der sich auf einen Rezensenten Staches, Ziegler, bezieht: „Zweifellos bildete [...] der wirtschaftlich-soziale Interessengegensatz die Grundvoraussetzung, ohne welche weder die kirchliche noch die deutsche Frage noch beide zusammen eine ähnlich elementare Bewegung ausgelöst hätten. [...] Jedoch ist ebenso wahr, dass die kirchlich-konfessionelle und die

⁹⁴ Nipperdey, Deutsche Geschichte II, S. 345, beschreibt das Verhalten des liberalen Bürgertums aus der Sicht des Großteils der katholischen Bevölkerung: „es waren die Störer, Beweger und Macher, die mit der Arroganz der Modernisten den zurückgebliebenen Hinterwäldlern immer entgegen und auf die Füße traten, die mit der olympischen Selbstsicherheit des Establishments in die heimatlich katholische Welt einfielen“. Nipperdey spricht anschließend – gut nachvollziehbar – von „emotionale Grundlage für den Populismus der Zentrumsparterie gegen den progressiven Modernismus wie den konservativen Gouvernamentalismus“.

⁹⁵ Das Gros der konservativen Presse referierte – mehr oder weniger strukturiert und auf unterschiedlichem Niveau – den Komplex der Beweggründe, die zur Politisierung der noch unpolitischen Massen führen sollte. Das sich ergebende Bild zeigt Variationen, besitzt dabei aber einen gemeinsamen Grundkonsens, dessen politische Marschrichtung klar gegen den Liberalismus gerichtet war: Die liberale Reformgesetzgebung verfolge das Ziel, das spezifische Wesen und die diesem entsprechende Lebensform des bayerischen Volkes zu verändern und zu zerstören; die liberale Nationalpolitik erstrebe die Aufgabe der bayerischen Staatssouveränität: Stache, Liberalismus – Konservatismus, S. 80f.

⁹⁶ So an prominenter Stelle: Stache, Liberalismus – Konservatismus, S. 11. (Hartmannsgrubers Seitenangabe zur Formulierung der These bei Stache ist nicht korrekt: Hartmannsgruber, Patriotenparterie, S. 17 Anm. 45.) Anderen Ortes bezeichnet Stache das sozioökonomische Movens als Hauptgrund für die antiliberalen Stimmung in der Landbevölkerung: Stache, Liberalismus – Konservatismus, beispielsweise S. 85.

nationalpolitische Problematik den sozialen Gegensatz nicht nur in seiner Breitenwirkung verstärkt, sondern auch in vielfältiger Weise überlagert und umgeformt haben.“⁹⁷

II. Partizipation als Bayer am Reich? – Hintergrund und Rahmen für das Handeln der Patrioten

Um eine eventuelle Entwicklung in der Haltung gegenüber der kleindeutschen Lösung festzustellen, interessiert als Ausgangspunkt für die spätere Untersuchung auch, was hinter der Ablehnung eines preußisch dominierten Reiches am Anfang des Untersuchungszeitraumes steckte : Mit welchen Inhalten und Gründen sind Parolen der jungen Partei wie „Hie Bayern, hie Preußen!“⁹⁸ gefüllt? Zudem soll anschließend an die eben geschilderte bayerische Situation der weitere Rahmen skizziert werden, innerhalb dessen die Reichspolitik der Patriotenpartei als bayerische Volkspartei und Vertreterin fast ausschließlich katholischer Wähler ab 1871 zu sehen ist.

Die Ablehnungshaltung gegenüber einem preußisch dominierten Reich, die in weiten Teilen der bayerischen Bevölkerung sowie in der sich aus ihrer Mitte erhebenden Bayerischen Patriotenpartei vorhanden war, basierte auf einem Motivbündel, teilweise gespeist aus den drei beschriebenen Faktoren. Es bestanden Ängste vor wirtschaftlicher Benachteiligung durch liberale Gesetzgebung – und im preußischen Abgeordnetenhaus stellten die Nationalliberalen die stärkste Kraft; ihre und ebenfalls Bismarcks Politik lehnten die Patrioten ab.⁹⁹ Außerdem hegten Partei und Wahlvolk konfessionell bedingte Befürchtungen gegenüber einem mehrheitlich protestantischen Reich.¹⁰⁰ Als weiterer entscheidender Punkt trat

⁹⁷ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 17; die Rezension von Walter Ziegler zu Stache: Mainfränkisches Jahrbuch 34, 1982, S. 254f.

⁹⁸ AP 34 vom 8.2.1868, S. 259.

⁹⁹ ZUM BEISPIEL HPB 67, 1871, S. 481 f.

¹⁰⁰ Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 konnte die Bedenken nur mehren; als Beispiel sei Jörgs Aufsatz „Das confessionelle Moment im jüngsten Krieg“ genannt: HPB 67, 1871, S. 480-484. Allerdings entbrannte als es um die Annahme der Versailler Bündnisverträge ging, in der Öffentlichkeit wie auch innerhalb der bayerischen Patriotenpartei eine Diskussion darüber, ob die durch Grundrechtsartikel gesicherte bessere Stellung der Kirchen in Preußen nicht für das Reich hoffen lasse. Zur Aufnahme dieser Grundrechtsartikel in die Verfassung des Deutschen Reiches kam es jedoch nicht. Der schon zu seiner Zeit geachtete Mainzer Bischof Wilhelm Emanuel Freiherr von Ketteler hatte bereits am 1. Oktober 1870, noch während des Krieges mit Frankreich, einen Vorschlag an Bismarck übermittelt zur „Aufnahme von Grund- und Freiheitsrechten für alle Deutschen, und zwar durch Übernahme der entsprechenden Abschnitte der preußischen Verfassung“ in eine eventuelle Reichsverfassung; er blieb ohne Antwort: Rudolf Morsey, Bischof Ketteler und der politische Katholizismus, in: Werner Pöls (Hg.), Staat und Gesellschaft im politischen Wandel, Stuttgart 1879, S. 203-223, hier: S. 214. Der zu Beginn des Kaiserreiches dann von Peter Reichensperger und Bischof Ketteler dazu im Reichstag gestellte Antrag wurde von der liberalen Mehrheit abgelehnt.

Antiborussismus¹⁰¹ und die Verbundenheit mit Österreich hinzu: Man empfand einen großen Gegensatz zwischen der norddeutschen und der als genügsam und gemütlich empfundenen süddeutschen Lebensart und befürchtete die preußische mit einer Aufnahme in den „Militärstaat“¹⁰², den man ebenfalls ablehnte, oktroyiert zu bekommen. Großdeutschland war in der deutschen Tradition – und somit erst Recht in der Tradition des Südens – tief verwurzelt, was Kloeber an einem einfachen Beispiel bewusst macht: „Wir werden diese Selbstverständlichkeit dann ganz verstehen, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß in jedem vor 1871 gedruckten geographischen Atlas der Begriff ‚Deutschland‘ ebenso Steiermark, Kärnten und Istrien wie Oldenburg und Hannover, ebenso Triest wie Hamburg, ebenso Böhmen, Mähren und österreichisch Schlesien wie die Rheinlande umfaßte“¹⁰³. Auch die Deutschland- und damit Nationsbilder des gesamten 19. Jahrhunderts, die die heutige Forschung zeichnet, zeigen, dass die Patrioten im Grunde in einer älteren Tradition standen, die auch in der Revolution von 1848 noch als starke föderative Tendenz greifbar war.¹⁰⁴ Berücksichtigt werden muss zudem, dass – wie Hanisch zeigen konnte – die bayerische Bevölkerung über

¹⁰¹ Der Landtagsabgeordnete Dr. Balthasar Daller bekannte in einem Brief gegenüber dem Reichsrat und Reichstagsabgeordneten Karl Freiherr von Aretin 1872 freimütig seine drastische Haltung: „Ich gestehe gerne, daß seit ich die Geschichte kenne, ich Preußen gehaßt habe“ BayHStA, FamA Aretin, vorl. Nr. 49/30/I, Brief Daller an Aretin vom 4. Juli 1872.

¹⁰² Der Begriff des ‚Militärstaates‘ war gängig. Beispielsweise: Ullstadt, FamA Franckenstein, Blaue Handakten 5, Briefmanuskript Franckenstein an Domkapitular Wolfsteiner vom 18. Mai 1868 (Bericht an seine Wähler in Eichstätt); siehe: Aretin, Franckenstein, S. 26.

¹⁰³ Wilhelm von Kloeber, Die Entwicklung der deutschen Frage 1859-1971 in großdeutscher und antiliberaler Beurteilung. Die Zeitläufe Dr. Jörgs in den Historisch-Politischen Blättern für das katholische Deutschland, München 1932, S. 19 (ähnlich: S. 178).

¹⁰⁴ Langewiesche formuliert zu den Vorstellungen über die deutsche Nation: „Was die allermeisten nicht wollten, läßt sich am leichtesten feststellen: einen Zentralstaat wie in Frankreich oder auch England. [...] In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die staatliche und kulturelle Vielfalt selber als fortschrittlich eingeschätzt, man war stolz darauf, verteidigte sie, wollte innerhalb dieser Vielfalt eine Nation sein. [...] Große Teile der frühen Nationalbewegung teilten diese Haltung. Man wollte eine einheitliche deutsche Nation, aber zusammengesetzt aus den bestehenden deutschen Staaten.“ Dieter Langewiesche, Kulturelle Nationsbildung im Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: Manfred Hettling/Paul Nolte, Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays, München 1996, S. 46-64, hier: S. 47f. Sellin zeigt unter anderem an dem Beispiel der Walhalla sehr überzeugend, dass eine Förderung des deutschen Nationalbewusstseins nicht gleichbedeutend mit dem Bedürfnis nach Gründung eines deutschen Nationalstaates war: Volker Sellin, Nationalbewußtsein und Partikularismus in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Jan Assmann/Tonio Hölscher (Hg.), Kultur und Gedächtnis, Frankfurt a. M. 1988, S. 241-264, hier: S. 250.

Ebenfalls plastisch – und die Zeit bis 1866 umfassend – wird die ältere Tradition, in der die Patrioten standen, aus einem anderen geographischen Blickwinkel heraus: „Wie lange und in welchem Maße war Österreich – die Habsburgermonarchie – deutsch? Es gilt, den Gedanken ernst zu nehmen, dass die Zugehörigkeit zu ‚Deutschland‘ auch für einen Österreicher bis 1866, sofern er der deutschsprachigen Elite angehörte, selbstverständlich war, mochten es der Böhme Felix Fürst zu Schwarzenberg sein, der gebürtige Tscheche Joseph Graf Radetzky oder der Rheinländer, ehemalige Reichsritter und österreichische Staatskanzler Fürst Metternich.“ Wolfram Siemann, Das ‚lange‘ 19. Jahrhundert. Alte Fragen und neue Perspektiven, in: Nils Freytag/Dominik Petzold (Hg.), Das ‚lange‘ 19. Jahrhundert. Alte Fragen und neue Perspektiven, München 2007, S. 9-26, hier S. 22. Siemann belegt seine These im weiteren Verlauf mit Aussagen von Zeitgenossen.

Jahre hinweg von König und Regierung in Richtung Erhaltung der bayerischen Souveränität beeinflusst wurde.¹⁰⁵

Einige der Befürchtungen konnten dann an den Versailler Bündnisverträgen festgemacht werden.¹⁰⁶ Es waren dies im Einzelnen: „die zu schwach ausgebildete föderalistische Komponente“, „die schwache Position des Reichstags“, „die fehlende Verantwortlichkeit der Reichsregierung gegenüber dem Parlament“ (was schon nach den ersten Eindrücken der Patriotenpartei in der bayerischen Politik als inakzeptabel angesehen werden musste), das politische „Übergewicht Preußens im Bundesrat“, das sich auf die Stimmen Preußens sowie der dem Norddeutschen Bund angehörenden Staaten stützte, die „starke Einschränkung der bayerischen Militärhoheit“ zusammen mit einem für den Anfang zumindest bereits feststehenden Militärbudget, das nicht vom Landtag bewilligt werden musste, die aktive Militärdienstzeit von drei anstelle von zwei Jahren, der indirekte Zensus durch Diätenlosigkeit der Reichstagsabgeordneten und letztlich „das Fehlen eines Grundrechtskatalogs“. Um in der chronologischen Darstellung noch einen Schritt voran zu gehen: In Anbetracht dessen, dass man sowohl die allgemeinen Rechte der Gliedstaaten als auch die Sonder- und Reservatrechte Bayerns als bloße Fassade vor der Tendenz der Reichsverfassung zum Einheitsstaat betrachtete,¹⁰⁷ waren die königstreuen Patrioten zunächst einheitlich enttäuscht über die nachgiebige Haltung der bayerischen Regierung bei den Verhandlungen mit Bismarck –

¹⁰⁵ Manfred Hanisch, Für Fürst und Vaterland. Legitimitätsstiftung in Bayern zwischen Revolution 1848 und deutscher Einheit, München 1991. „Gleichwohl versuchten sie [= bayerischer König und Minister] – immer im Interesse größtmöglicher Unabhängigkeit für die bayerische Monarchie – auf die öffentliche Meinung einzuwirken. So standen denn in der offiziellen „Neuen Münchener Zeitung“ Artikel, die ihrer Argumentation nach doppelgleisig angelegt waren: im Namen Deutschlands gegen die deutsche Einheit, für deutsche Macht in der Welt und deshalb für Bayerns Unabhängigkeit. Diese doppelbödige und auf den ersten Blick widersinnige Argumentation läßt sich in der NMZ während der gesamten Regierungszeit Maximilians nachweisen, von der Revolution bis zum Vorabend des deutschen Bruderkrieges.“ Ebd. S. 155 (Zeitungszitate ohne Angaben von Erscheinungsdatum und Bandzahl). Sellin, Nationalbewußtsein und Partikularismus, S. 259, bezeichnet den seiner Meinung nach starken föderativen Charakter des Bismarckreiches als Zeugnis für den Erfolg der „partikularen“ Nationsbildungen in den Einzelstaaten nach der territorialen Neuordnung 1814/15. Die Aussage ist in Bezug auf die Verfassung des Kaiserreiches sicherlich zutreffend, für die Verfassungswirklichkeit scheint der föderative Charakter überbewertet.

¹⁰⁶ Folgende Zitate: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 367. Siehe zu Folgendem auch: Reden der verfassungstreuen Patrioten in der bayerischen Kammer über die Versailler Verträge. Getreu nach stenographischen Berichten nebst Vorwort und Anhang, München 1871. ND unter dem Titel: Wider Kaiser und Reich, hg. v. Elmar Roeder, München 1977; Kläre Kraus, Der Kampf in der bayerischen Abgeordnetenversammlung um die Versailler-Verträge. 11.-21. Januar 1871, phil. Diss. [masch.] Köln 1935, zur Verfassung besonders S. 30-33; Frank Deedmyr Wright, The Bavarian Patriotic Party 1868-1871, Diss. Urbana-Campaign/Ill. 1975, Ann Arbor/Mich. 1976, S. 186-193; Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 366-372.

¹⁰⁷ Gegen diesen richteten sich bereits die ersten Wahlprogramme der Patriotenpartei: Salomon, Parteiprogramme, S. 102. Unter zunehmendem Druck 1870 schrieb Jörg: „Aber es leuchtet doch auf den ersten Blick ein, daß sie *Selbstständigkeit* in Bezug auf die Verbündeten im politischen Sinne nur eine leere Phrase wäre, und daß somit das neue Staatenhaus vielmehr den Hauptzweck haben würde, eine feste Burg zu bilden für den preußischen Partikularismus gegen den Andrang des Liberalismus und der Demokratie [...] den süddeutschen Partikularisten aber wäre das Todesurtheil gesprochen. Nachdem ihre Staaten den politischen Selbstzweck verloren hätten, wäre ihnen die Basis ihrer Existenz unter den Füßen weggezogen“. HPB 66, 1870, 710. Für die Zeit der Reichsentscheidung: HPB 67, 1871, S. 479.

obwohl die Möglichkeiten der bayerischen Seite nach den Entwicklungen der letzten Jahre begrenzt waren.¹⁰⁸ Angesichts der deutschen Siege und des Meinungsumschwungs der bayerischen Bevölkerung zeigte sich die junge Partei gelähmt und verunsichert.¹⁰⁹

Einige Jahre nach Gründung des Reiches konnten die Patrioten darauf aufmerksam machen, dass sich ihre Befürchtungen zur Auslegung der Reichsverfassung bewahrheitet hatten. Ihre Abneigung gegen den preußischen Militarismus sollte sich erst im zwanzigsten Jahrhundert als begründet herausstellen.

Die Situation im Reich stellte sich für die bayerischen Katholiken dann folgendermaßen dar: Wie in Bayern so spitzte sich auch in anderen deutschen und europäischen Ländern um 1870 der Kulturkampf als weltanschaulicher Gegensatz, Kompetenzstreit und Trennungsprozess zwischen Staat und Kirche unter Involvierung des Volkes zu. Auch das Deutsche Kaiserreich bildete darin keine Ausnahme. Als Reichsgesetze sind zu nennen der sogenannte Kanzelparagraph von 1871 – nach dem Initiator, dem bayerischen Ministerpräsidenten Johann Freiherr von Lutz, Lex Lutziana genannt –, das Jesuitengesetz (1872), das Expatriierungsgesetz (1874) und das Reichszivilehegesetz (1875).¹¹⁰ Für den bis in die

¹⁰⁸ In Anbetracht der früheren Beteuerungen der bayerischen Regierung erwarteten die Patrioten, diese werde sich einer Vereinigung Deutschlands unter den gegebenen Umständen widersetzen und die Partei – falls „diplomatischer Widerstand allein nicht ausreicht(e)“ – rechtzeitig um Hilfe bitten. Zitat: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 364. Der eben beschriebene Gedanke der Patrioten findet sich zum Beispiel in HPB 66, 1870, S. 716f.

¹⁰⁹ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 364. Wie sehr diese Untätigkeit auch auf Jörg zurückzuführen ist, zeigt der von Albrecht herausgegebene Briefwechsel. Jörg war im Landtag eindeutig der herausragendste Redner der Fraktion und für die Partei die zentrale Führungspersönlichkeit. Von ihm kamen jedoch keine Impulse, als die Ereignisse sich überschlugen. Da vor 1876 die Fraktionsarbeit der patriotischen Landtagsfraktion zwischen den Sessionen des Landtags brachlag und es keine festen Organisationsmuster gab, mussten aber einzelne Personen von sich aus aktiv werden. So drängten andere Patrioten in der Sommerpause des Jahres 1870 zu Meinungsaustausch, Versammlungen und Beschlussfassungen; zum Beispiel der Brief Ludwig v. Weis an Jörg 11. Sept. 1870: Jörg, Briefwechsel, S. 346 f. Nr. 240.

¹¹⁰ Für die bayerische Patriotenpartei war zunächst wichtig, wie diese Gesetze in Bayern unter Leitung der dortigen Regierung umgesetzt wurden. Egodokumente der Politiker zeigen aber auch, dass sie nach Lösungen sogar für Preußen suchten und auch aktiv an den Versuchen zur Beilegung des preußischen Kulturkampfes mitwirkten oder eigene Versuche unternahmen.

Zu den Grundpositionen der Patriotenpartei im Kulturkampf und einem kurzen Abriss der patriotischen Aktivitäten gegen den Kulturkampf siehe: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 388-393. Zum bayerischen Kulturkampf: Albrecht in: Spindler IV/1, S. 321-329; Hans-Michael Körner, Staat und Kirche in Bayern 1886-1918 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte B 20), Mainz 1977, S. 14-18. Zum Kulturkampf im Reich und in Preußen: Winfried Becker, Bismarck, Windthorst und der Kulturkampf, in: Die personale Struktur des gesellschaftlichen Lebens. Festschrift für Anton Rauscher, Norbert Glatzel/Eugen Kleindienst (Hg.), Berlin 1993, S. 489-509; ders., Otto von Bismarcks Rolle bei Ausbruch, Verschärfung und Beilegung des preußischen Kulturkampfes, in: Rudolf Lill/Francesco Traniello (Hg.), Der Kulturkampf in Italien und den deutschsprachigen Ländern (Schriftenreihe des Italienisch-Deutschen Historischen Institutes in Trient 5), Berlin 1993, S. 57-85; Rudolf Lill, Die Wende im Kulturkampf, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 50, 1971, S. 227-283, und 52, 1972, S. 657-730; Erich Schmidt-Volkmar, Der Kulturkampf in Deutschland 1871-1890, Göttingen u. a. 1962. Quelleneditionen: Vatikanische Akten zur Geschichte des deutschen Kulturkampfes, Rudolf Lill (Hg.), Tübingen 1970; Rudolf Lill (Hg.), Der Kulturkampf (Beiträge zur Katholizismusforschung A 10), Paderborn u. a. 1997.

achtziger Jahre dauernden Kulturkampf im Reich zeichneten Bismarck, die liberalen Parteien und die hohe preußische Beamtenschaft, die regelmäßig Gesetze für Preußen und das Reich ausarbeitete, hauptsächlich verantwortlich.¹¹¹ Die Härte der Auseinandersetzungen in Preußen wurde auf Reichsebene nicht erreicht, dennoch konnte man vielfach dieselben Personen dafür verantwortlich machen, was die Einstellung ihnen gegenüber bei der sich betroffen fühlenden Bevölkerung beeinflusste.

Becker nennt vier gesellschaftlich und politisch bedingte Ursachen für die Dominierung des katholischen Bevölkerungsteils auf dem Weg ins Reich und im Reich selbst, von denen als letzte eine ideologische steht:¹¹²

1. Die Katholiken stellten – grob betrachtet – ein Drittel der Bevölkerung des kleindeutschen Reiches, die Protestanten zwei Drittel.
2. Die politische Hegemonie im Reich lag in der Hand des protestantisch geprägten Preußen, wodurch die protestantische Bevölkerungsmehrheit in Reichsregierung und Reichsverwaltung den Ton angab.
3. Der Anteil der Katholiken am Bildungsbürgertum, das sich als Trägerschicht des Nationalismus etablierte, war gering. Hinzu kam, dass sich die katholischen Akademiker in zwei Teile dividierten: Der größere Teil orientierte sich weltanschaulich an den protestantischen Standesgenossen – auch wenn für Sie zunächst noch die großdeutsche Lösung die „Krönung aller Einigungsbestrebungen“¹¹³ blieb. Nur die Minorität versuchte ein großdeutsches oder bayerisch-souveränes Gegenbild aufrecht zu erhalten beziehungsweise aufzubauen.¹¹⁴
4. Bei der Ausgestaltung der Nationalkultur besetzte das (protestantische) Bildungsbürgertum erfolgreich nationalpolitisch bedeutsame Themen, wie den Deutsch-

¹¹¹ Aber auch die konservativen Parteien im Reichstag und in Preußen fügten einen größeren Stimmenanteil für die Verabschiedung der Kulturkampfgesetze bei. Hinzuweisen ist noch einmal darauf, dass der Konflikt zwischen Staat und Kirche bis nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland andauerte.

¹¹² Becker, Konfessionelle Nationsbilder, S. 391f. und 416.

¹¹³ Becker, Konfessionelle Nationsbilder, S. 402. In Bezug auf die Anlehnung des größeren Teils der katholischen Akademiker an ihre protestantischen Standesgenossen weist Becker auf die Forschungsergebnisse Schloßmachers hin, der nachweisen konnte, dass den Kulturkampfvereinen im Rheinland eine nicht geringe Zahl an Katholiken angehörte: Norbert Schloßmacher, Entkirchlichung, Antiultramontanismus und „nationalreligiöse Orientierungen“ im Liberalismus der Kulturkampffära. Der Deutsche Verein für die Rheinprovinz, in: Olaf Blaschke/Frank-Michael Kuhlemann (Hg.), Religion im Kaiserreich. Milieus – Mentalitäten – Krisen, Gütersloh 1996, S. 474-502, hier: S. 500.

¹¹⁴ In diesem Zusammenhang sei auch auf die Dissertation von Dowe verwiesen, die sich gegen das Milieukonzept von Lepsius beziehungsweise Rohe wendet: Christopher Dowe, Auch Bildungsbürger. Katholische Studierende und Akademiker im Kaiserreich, Göttingen 2006.

Französischen Krieg. Die Merkmale der Nation bestimmten sie und waren damit folglich selbst Inbegriff dieser Nation.¹¹⁵

Der Mehrheit der bayerischen Bevölkerung wurde der Weg ins Reich jedoch nicht nur auf Grund ihrer katholischen Konfession erschwert, sondern auch aus ihrer bayerischen Tradition heraus. Dies zeigt Körners These der preußischen Usurpation der deutschen Geschichte,¹¹⁶ die in Verbindung mit letztgenannter Ursache für die Dominierung der Katholiken im Reich steht. Demnach liest sich die „Liste der Bestimmungsfaktoren für die öffentliche Erinnerung an die deutsche Geschichte im Kaiserreich [...] wie ein Katalog von Antithesen eines bayerisch-eigenstaatlichen Selbstverständnisses.“¹¹⁷ Von einer Einbindung der bayerischen Geschichte in ein föderatives Bild kann folglich nicht die Rede sein. Vielmehr gehörte das bisherige bayerische Geschichtsbild, das von den bayerischen Monarchen bis einschließlich Maximilian II. gezielt befördert wurde,¹¹⁸ zu dem als überwunden betrachteten negativ konnotierten Zustand der Zersplitterung Deutschlands.

Wie dargestellt, wurde die Identifikation mit dem Reich den Bayern sowohl als Katholiken als auch als Bayern zumindest bis zum Ende des von Bismarck geführten Kulturkampfes nicht leicht gemacht.¹¹⁹ Kulturkampf und Nationsbild müssen als Rahmen für die auf die Reichseinheit bezogene Politik einer Partei gesehen werden, deren Abgeordnete und Wähler bayerisch-patriotisch fühlten und bis auf wenige Ausnahmen katholischen Glaubens waren.

¹¹⁵ Aufmerksame Zeitgenossen wie Jörg bemerkten die Instrumentalisierung des Deutsch-Französischen Krieges für liberale Zwecke; so zum Beispiel HPB 67, 1871, 480f.: „wir meinen zunächst nur die confessionelle Hetzerei, welche auf national-liberaler Seite abermals mit infernalischer Bosheit betrieben worden ist; und zwar hat man sich abermals nicht gescheut, ein zweizüngiges Doppelspiel ohne Gleichen vor aller Welt aufzuführen./ Einerseits hat man die deutschen Fahnen ohne weiters als protestantisch getauft. [...] und es war bereits sprüchwörtlich als den Feind nicht etwa die Franzosen als solche zu bezeichnen, sondern mit dem Kollektivbegriff „Frankreich und Rom. Während aber auf der Einen [!] Seite die confessionelle Tendenz des Kampfes als etwas ganz Selbstverständliches hervorgekehrt wurde, hat man andererseits die sogenannten „Ultramontanen“ beschuldigt, daß *sie* die Religion mit der Politik vermischen, und aus confessionellen Rücksichten von französischen Sympathien erfüllt seien. Durch dieses einfach Manöver hat man die katholische Sache in Deutschland zu einem schweren Verbrechen gegen die nationale Ehre gestempelt.“

¹¹⁶ Körner, Staat und Geschichte, S. 277-283.

¹¹⁷ Ebd. S. 283.

¹¹⁸ Manfred Hanisch, Für Fürst und Vaterland. Legitimitätsstiftung in Bayern zwischen Revolution 1848 und deutscher Einheit, München 1991.

¹¹⁹ Über (eher preußische) Einzelpersonen hinaus, für die folgendes auch zu Beginn des Deutschen Kaiserreiches galt, ist gegen Ende der 1880er Jahre die Entstehung eines selbstbewussten katholischen Bürgertums zu datieren, das seine Konfessionszugehörigkeit mit einer positiven Einstellung zur Nation verband und über seine Stellung in der Öffentlichkeit Einfluss auf die Haltung der Katholiken gewann: Becker, Konfessionelle Nationsbilder, S. 411; Adolf M. Birke, Nation und Konfession. Varianten des politischen Katholizismus im Europa des 19. Jahrhunderts, in: Historisches Jahrbuch 116/2, 1996, S. 395-416, hier: S. 412; Ernst Deuerlein, Die Bekehrung des Zentrums zur nationalen Idee, in: Hochland 62, 1970, 432 ff.; Rudolf Morsey, Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg, in: Historisches Jahrbuch 90, 1970, S. 31-64, hier: S. 44.

Auf die zahlreichen Gruppen, die das Schicksal des „Reichsfeindes“ mit der Mehrheit der bayerischen Bevölkerung teilten, ist hier nicht einzugehen.

III. Entstehung und Erscheinungsbild der Bayerischen Patriotenpartei

Welche politischen Aktivitäten kanalisieren die in den 1860er Jahren bestehende Unruhe in weiten Teilen der bayerischen Bevölkerung und begründeten die Bayerische Patriotenpartei? Welches Meinungsspektrum umfasste die Partei in Hinblick auf verschiedene Aspekte des politischen Lebens und welche Sozialstruktur wies sie auf? Wie groß war ihr Rückhalt in der Bevölkerung? Auf diese Fragen über Entstehungsgeschichte und Charakter der Bayerischen Patriotenpartei geben die folgenden Kapitel Antwort und bereiten damit die Analysegrundlage für die weitere Untersuchung. Dabei liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Untersuchung der Zusammensetzung des bayerisch-patriotischen Reichstagskontingents, das – im Gegensatz zu den anderen Inhalten dieses Kapitels – bis dato ein Stiefkind der Forschung darstellte. In einem Exkurs werden im Anschluss Bezeichnungen erläutert, die in Bezug auf die Bayerische Patriotenpartei sowie die Zentrums- und die Zentrumspartei bei Zeitgenossen und Historikern zu finden sind, sowie die Verwendung von diesbezüglichen Termini technici für diese Untersuchung festgelegt.

1. Adressbewegung, Sammlungsbewegung – Politisierung

Wie konnte aus einer kleinen Gruppe von konservativen Abgeordneten des bayerischen Landtags die erste bayerische Volkspartei werden?

Die Bayerische Patriotenpartei verdankte ihren sensationellen Aufstieg zwei Adressbewegungen. Diese politisierten die Landbevölkerung mit Hilfe vor allem des niederen bayerischen Klerus und einiger konservativer Zeitungen.¹²⁰ Die Adressbewegungen von 1867/68, die der Unzufriedenheit der konservativen Mehrheit des Volkes Ausdruck verlieh,

¹²⁰ Diese Politisierung spiegelte sich ab 1868 in der Entfaltung des bayerisch-patriotischen Vereinswesens nieder, auf das hier nicht näher einzugehen ist, da eine Betrachtung des Vereinswesens zur Thematik nichts Entscheidendes beitragen kann. Ausführlich zu diesem: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 48-83.

Später nahm der Einfluss und die Unterstützung des höheren Klerus für einige Jahre zu, wie Hartmannsgruber erhellt: „Zahlreiche Hinweise sprechen etwa für die Wahlen von 1875 davon, daß den Katholiken die Wahlbeteiligung als religiöse Pflicht vorgestellt und also ein Gewissensdruck ausgeübt wurde [...] In den frühen siebziger Jahren hatte der Episkopat auch häufig Wahlhirtenbriefe erlassen, von denen er aber nach 1875, auch um sich nicht in die innerparteilichen Auseinandersetzungen verwickeln zu lassen, wieder abkam.“ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 155 Anm. 41, bezieht sich dabei auf: Wahlbericht des Innenministeriums an Ludwig II. 9.9.1875, MInn 47 316, sowie die Wochenberichte in MInn 38 968.

Zum Politisierungsgrad der Bevölkerung: Stache, Liberalismus – Konservatismus, S. 64f. Zur späteren Politisierung der Bevölkerung durch den Kulturkampf siehe: Gilbert E. Southern, The Bavarian Kulturkampf. A Chapter in Government, Church and Society in the Early Bismarckreich, Ann Arbor/Michigan 1977.

befassten sich mit den drei aktuellen Streitfragen:¹²¹ Die Adressen der ersten Bewegung formulierten zum einen ihr Ziel, den König, der Adressat war, zur Auflösung des Landtages und zur Ausschreibung von Neuwahlen zu bewegen. Hintergrund war der Wunsch, die liberale Mehrheit in der Zweiten Kammer abzuwählen, da sie den vom König bereits eingegangenen Zollvereinsvertrag mit ihren Stimmen in Kraft setzen würde. Einige Adressen verbanden jedoch die Forderung in Bezug auf die nationale Frage sogleich mit der Warnung vor der liberalen Sozialgesetzgebung – also mit der Frage nach der künftigen bayerischen Gesellschaftspolitik. Mit dem Sturm gegen das geplante Schulgesetz in Form einer Adressbewegung an die Kammer der Reichsräte reihte sich die Frage nach dem Verhältnis von Staat und katholischer Kirche als drittes Movens ein.¹²² In Formulierung und Inhalt wichen sowohl die Adressen zur Landtagsauflösung wie die der Schuladressbewegung voneinander ab, was die fehlende einheitliche Organisation dokumentiert.¹²³

Erste Anläufe der Presse zur Sensibilisierung und zur Organisation eines großangelegten Protestes gegen die Nordbundorientierung Bayerns verhallten Anfang des Jahres 1867 noch ergebnislos. Erst die Luxemburgkrise und die in diesem Zusammenhang am 19. März 1867 veröffentlichten Schutz- und Trutzbündnisse, die dem preußischen König im Kriegsfall den Oberbefehl über die bayerischen Truppen zusicherten, mobilisierte die konservative Bevölkerung zu einigen antipreußischen Volksversammlungen. Aber erst die Unterzeichnung der Zollvereinsverträge am 8. Juli 1867 war letztlich das ausschlaggebende Moment zur Adressbewegung für eine Landtagsauflösung. Außer der Presse traten als Organisatoren und Initiatoren in den Städten katholische Vereine (die zu diesem Zeitpunkt noch wenig zahlreich waren) und als Pendant auf dem Land der Kuratklerus auf. Nachdem König Ludwig II. nicht daran dachte einzulenken, verfolgten die zuletzt eingehenden Adressen das Ziel, den konservativen Elementen im Reichsrat durch die anhaltende Meinungsbekundung den Rücken zu stärken. Trotz der anfänglich ablehnenden Haltung der meisten Reichsräte fiel die

¹²¹ Zum folgenden siehe: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 10-33; Stache, Liberalismus – Konservatismus, S. 51-58; zum Schulgesetz, zur Schulgesetzbewegung und der Verhandlungen in der Kammer der Reichsräte siehe auch: Löffler, Reichsräte, S. 454-470; zur Debatte um den Zollvereinsvertrag im Reichsrat: Ebd. S. 414-418.

Stache weist darauf hin, dass zusätzlich einige fortschrittliche Gesetzesvorlagen die Gemüter erhitzen, die als unmoralisch galten: Stache, Liberalismus – Konservatismus, S. 41.

¹²² Interessant in Bezug auf das Empfinden der Zeitgenossen ist, dass aus der Bevölkerung Vorwürfe an liberale Abgeordnete ergingen, gerade in so einer unsicheren Zeit auch noch die Kirche betreffende Fragen aufzuwerfen.

¹²³ Adressen zur Landtagsauflösung: AP 209 vom 5.9.1867 (auch: DoZ 244 vom 5.9.1867) (Dachau und Friedberg); DoZ 249 vom 10.9.1867 (Schleierth/Ufr., Auszug); RM 207 vom 12.9.1867 (Regensburg); VB 208 vom 7.9.1867 (Oberbayern); AP 213 vom 10.9.1867 (Oberpfalz); vgl. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 20 Anm. 12 und S. 21 Anm. 19.

Entscheidung letztlich mit 35 zu 12 Stimmen für die Zollvereinsverträge aus.¹²⁴ Den Ausschlag gaben – außer der Erfolglosigkeit von Unternehmen wie einer Vermittlungsreise zur Durchsetzung eines bayerischen Vetorechts im Zollbundesrat – Adressen von Unternehmern und Gemeindegremien für den Beitritt zum Zollverein und der enorme außenpolitische Druck durch die Annahme der Verträge in anderen Ländern.¹²⁵ Die erste Adresse der konservativen Massen hatte folglich ihr Ziel nicht erreicht. Dafür konnte jedoch die erreichte Politisierung für die bevorstehenden Zollparlamentswahlen genutzt werden.

Die zweite Adressbewegung, die sogenannte Schulgesetzbewegung, hingegen war in ihrem Anliegen erfolgreich. Ihr Adressat war von Anfang an die Kammer der Reichsräte. Sie lehnte den Gesetzentwurf, der der Zweiten Kammer von Kultusminister Gresser am 31. Oktober 1867 vorgelegt und von deren liberaler Mehrheit in weiten Teilen verschärft worden war, in dieser Form am 23. April 1869 ab.¹²⁶

Auf Drängen der Liberalen im Landtag 1866 und Anfang 1867 erarbeitete die Regierung einen Schulgesetzentwurf, der – wenn auch in seinen Zielen verschleiert – mit der Beschränkung des Klerus auf den Religionsunterricht eine radikale Verdrängung des religiösen Elementes aus dem Volksschulwesen bedeutete und damit dem liberalen Zeitgeist entsprach. Bereits im Februar 1867, also auf die liberale Bitte im Landtag und weit vor der Veröffentlichung der lange unter Verschluss gehaltenen Gesetzesvorlage, gab es die ersten Versuche der konservativen Presse, gegen die Reform mobil zu machen, die tief in die Alltagswelt der Mehrheit der Bevölkerung eingreifen sollte. Die konservative Presse zeichnet maßgeblich verantwortlich für die Politisierung der Massen, sie führte während der

¹²⁴ Siehe zur Debatte in der Ersten Kammer: Löffler, Reichsräte, S. 414-418. Ausführlich zum Zustandekommen der Verträge: Schmidt, Zollparlament, S. 34-124. Die späteren patriotischen Reichstagsabgeordneten Löwenstein-Wertheim-Rosenberg und Franckenstein befanden sich unter den Gegenstimmen; der Mitbegründer der bayerischen Patriotenpartei Thüngen, der mit Hohenlohe die Vermittlungsreise nach Berlin angetreten hatte, gab seine ablehnende Haltung letztlich auf. Franckensteins Rede gegen die Annahme des Vertrages: LV KdR 1867/68, Bd. III, S. 119. Abstimmung: Ebd. S. 133.

Von der Zweiten Kammer hatte die Öffentlichkeit zu Recht die Ratifizierung des Zollvereinsvertrages erwartet. Dennoch kämpften auch hier die Konservativen und Großdeutschen in einer dreitägigen Redeschlacht (21.-23.10.1867) – allen voran Joseph Edmund Jörg, dessen kommende Führungsrolle sich bei der kleinen Gruppe von Konservativen bereits anbahnte.

¹²⁵ Rall erwähnt zudem ein Telegramm Ludwigs II., das sich gegenüber dem Reichsrat für die Annahme der Verträge aussprach: Rall in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, 1974, S. 272. Ob das Telegramm Reichsräte beeinflusste, ist unklar; Löffler, dem das Telegramm vermutlich nicht entgangen ist, erwähnt den Wunsch des Königs nicht. – Zumindest die Patrioten Franckenstein und Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, aber beispielsweise auch die Prinzen Leopold, Adalbert und Karl und die Bischöfe konnte das Telegramm nicht zur Zustimmung bewegen. Siehe zur öffentlichen Meinung bis 1870/71: Spielhofer, Hans, Bayerische Parteien und Parteienpublizistik in ihrer Stellung zur deutschen Frage 1866-1870, in: Oberbayerisches Archiv für vaterländische Geschichte 63, 1922, S. 143-233, hier: S. 191-206; Schieder, Fortschrittspartei, S. 166-171.

¹²⁶ Gressers Entwurf mit Motivation: LV KdA 1866/68, Beil.-Bd. III, S. 1ff. Die verschärfte Fassung, die aus der Landtagskommission hervorging: LV KdA 1866/69, Beil.-Bd. V, S. 41-66 (Entwurf mit Motivation).

Die Reichsräte beschlossen eine von ihnen nach konservativen Vorstellungen veränderte Fassung: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 32; siehe auch: Löffler, Reichsräte, S. 461-470; Kistler, Landtag, S. 95-99.

Adressbewegung ab Januar 1868 Organisationsfäden zusammen und setzte mit ihrem Engagement die Bischöfe unter Handlungsdruck. Des Weiteren kam – wie bei der ersten Adresse – gerade dem Pfarrklerus große Bedeutung zu. Er setzte seine Position in den Gemeinden ein, um die Bevölkerung zu mobilisieren. Außerdem stand als Organisation die kirchliche Infrastruktur zur Verfügung. Dies war auch der Erlaubnis der Bischöfe zu verdanken, die sich mit Ausnahme Senestreys insgesamt wenig aktiv zeigten.

Die Schulbewegung kam erst ins Rollen, als die Bemühungen des Episkopates sich auch für die Öffentlichkeit als wirkungslos erwiesen hatten¹²⁷ und der Adressensturm an die Erste Kammer als Beweis für die Haltung des Volkes die Zustimmung des Episkopates fand, der zuvor seinem Klerus teilweise jegliche Aktivitäten verboten hatte.¹²⁸ Der niedere Klerus erblickte anlässlich der Schulfrage die Chance, den weltanschaulichen Gegensatz zwischen dem Liberalismus und der Kirche auszutragen. Außerdem rührte die Schulfrage „wie kaum eine andere an den Nerv der öffentlichen Stellung der Kirche“¹²⁹.

Auch einige Gemeinden wurden aktiv, da es nicht nur galt, kirchliche Interessen zu verteidigen oder die sozioökonomischen Auswirkungen des Gesetzentwurfes für traditionelle Betriebe zu verhindern, sondern weil der Staat durch die Vorlage zur Reform des Schulwesens mit beinahe universellem Machtanspruch in die von den Gemeinden vertretene Selbstverwaltung eingriff.¹³⁰ Dieser Zusammenhang, der laut Hartmannsgruber „der

¹²⁷ Die erste kirchliche Aktivität ging von dem Amberger Stadtpfarrer Michael Helmberger aus: Er organisierte eine Priesterversammlung und die daraus hervorgehende sogenannte Schwandorfer Adresse an den Regensburger Bischof Senestrey, die um eine Generalpetition des bayerischen Episkopates und Klerus' an den König bat: Druck: DoZ 251 vom 12.9.1867; Teildruck: Schultheß, Geschichtskalender 1867, S. 220; vgl. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 23 Anm. 31. Nach anfänglichem Zögern und viel Überzeugungsarbeit Senestreys konnten sich der bayerischen Episkopat zu einer Adresse (nur der Bischöfe) an den König durchringen; in dieser verwahrte er sich gegen den Ausschluss kirchlicher Vertreter aus den Gesetzesberatungen und gegen die geplante Verdrängung der Kirche aus der Volksschule. Als trotz dieser Adresse vom 28.9.1867 nicht einmal das Versprechen des Kultusministers eingehalten wurde, den Bischöfen vor den Beratungen im Landtag Einblick zu gewähren, und auch eine Denkschriften an das Ministerium (24.11.1867) wirkungslos verhallte, erklärten alle Bischöfe ihr Einverständnis mit einer Adressbewegung. Druck: AKKR 19, 1868, S. 124-131; Teildruck: Schultheß, Geschichtskalender 1867, S. 219; vgl. Stache, Liberalismus – Konservatismus, S. 55 Anm. 11 und Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 25 Anm. 45. Zu Senestreys Engagement: Herde, Heiliger Stuhl und Bayern, S. 601 Anm. 40.

¹²⁸ Die Bischöfe von München, Bamberg und Passau empfanden vor der Jahreswende 1867/68 eine Adressbewegung als verfrüht und hatten außerdem Angst, die Aktivitäten ihres Klerus könnten sich ihrer bischöflichen Kontrolle entziehen. Hinzu trat noch eine Adresse für den Kirchenstaat, die nicht gestört werden sollte.

Auch in diesen Diözesen fanden jedoch Priesterversammlungen statt, die allerdings bemüht waren, offiziell ihre Treue gegenüber dem Episkopat zu betonen: AP 228 vom 27.9.1867, S. 1628; AP 235 vom 5.10.1867, S. 1671; vgl. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 25 Anm. 44. Verbote der Bischöfe: AP 222 vom 20.9.1867, S. 1584 (Erlass des Passauer Bischofs Höfstätter); AP 231 vom 1.10.1867, S. 1647; AZ 267 vom 24.9.1867, Beil. S. 4281; AZ 273 vom 30.9.1867, S. 4372; vgl. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 24 Anm. 40.

¹²⁹ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 28.

¹³⁰ Es ist zu bedenken, dass zu dieser Zeit von der liberalen Kammermehrheit auch die neue Gewerbefreiheit, das neue Heimatrecht und gelockerte Ehebestimmungen beschlossen wurden; diese Kombination weckte in den finanzschwachen Gemeinden Furcht vor schlecht abgesicherten Existenzgründungen, Bedrohung des bereits ortsansässigen Gewerbes und letztlich Überlastung der Armenkassen.

Schulgesetzbewegung in Bayern jene immense Durchschlagkraft verlieh(en)¹³¹, war auch in Regierungskreisen nicht unbekannt.¹³²

Welches Ausmaß erreichten die Adressbewegungen und welche geographische Verteilung lässt sich feststellen?

Für die Adressbewegung zur Landtagsauflösung sandte ein knappes Viertel der bayerischen Gemeinden Adressen nach München (beinahe 1900 Adressen).¹³³ Die in ihren Anfängen zeitlich überlappende Schulgesetzbewegung überbot diese Zahlen bei weitem: Insgesamt erreichten die Kammer 3376 Adressen gegen und 1301 für die Schulreform. In der geographischen Verteilung von Zustimmung und Ablehnung spiegelte sich bereits der Wählerstamm der Patriotenpartei wider: In der Pfalz, Ober- und Mittelfranken – also den mehrheitlich protestantischen Neubayerischen Gebieten – überwogen die Befürworter, deren Gunst auch in den zukünftigen Wahlen dem Liberalismus gehörte. In den katholisch geprägten Kreisen Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Unterfranken und Schwaben dominierten mit starkem Übergewicht die konservativen Gegner.¹³⁴

Für die sich Anfang 1868 formierende Patriotenpartei war die Schulgesetzbewegung – wie die Adressbewegung zur Landtagsauflösung – von mehrfacher Bedeutung:

Ihr Wählerstamm bildete sich heraus, wobei aus zeitlichen Gründen nur die Politisierung der ersten Initiativen gegen den Schulgesetzentwurf, aber nicht der gesamten zweiten Adressbewegung in der Zollparlamentswahl zum Tragen kommen konnte. Deren Ergebnis zeigte jedoch, dass die erste Adressbewegung und die Anfänge der zweiten das politische Klima bereits radikal gegen den Liberalismus gewendet hatten.¹³⁵ Außer der Bedeutung für den Wählerstamm sicherte die zweite Adressbewegung der entstehenden bayerischen Volkspartei den Klerus als „organisatorische[s] Rückgrat“¹³⁶. Als zwiespältig für die Zukunft

¹³¹ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 30.

¹³² Bericht des Regierungspräsidenten von Schwaben, Ernst von Lerchenfeld, an das Innenministerium: Ernst von Lerchenfeld an Innenministerium 28.2.1868, MInn 46 042. Nach Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 30 Anm. 74.

¹³³ Pro Adresse ist je nach Gemeindegröße durchschnittlich mit 50-100 Unterschriften zu rechnen.

¹³⁴ Dies geht aus der Tabelle hervor, die der Augsburger Bischof Dinkel in seiner Funktion als Referent zum Schulgesetzentwurf am 9. März 1869 seinen Kollegen im Reichsrat vorstellte; Referat: LV KdR 1868/69; Beil.-Bd. VII, 1-247; siehe auch Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 31 Tabelle 1.

Für die erste Adresse liegt nur spärliches Quellenmaterial vor; beste Daten sind die konservativen Zeitungen, deren Parteinahme berücksichtigt werden muss. Die Berichte über den jeweiligen Stand der Adressbewegung geben auch Auskunft über die Absender. Geographisch ergibt sich dabei dasselbe Bild wie bei der zweiten Aktion: Nur spärlich kamen Adressen zur Landtagsauflösung aus den Regionen Pfalz, Ober- und Mittelfranken.

¹³⁵ Hartmannsgruber übersieht in seiner Schlussbetrachtung der Schulgesetzbewegung, dass dieses Reformthema zur Zeit der Wahlen stark präsent war; so legten die Liberalen am 3.2.1868, also sieben Tage vor der Zollparlamentswahl, ihre verschärfte Fassung des Gesetzesentwurfs der Zweiten Kammer vor. Sicherlich trug auch dies zur Mobilisierung für die Zollparlamentswahl bei. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 32f.

¹³⁶ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 32.

erwies sich der durch die Verschmelzung der drei Movens verursachte, folglich aus einer Antihaltung gegen den Liberalismus entstandene Sammlungscharakter, der einerseits der Partei eine Massenbasis sicherte, andererseits zu ihrer Uneinigkeit im Landtag führte. Ähnlich ist es um das Aufblühen der konservativen Presse im Zuge von Adressbewegungen und Zollparlamentswahl bestellt: Einesteils führte sie der Partei Wähler zu und bot Unterstützung in vielen Bereichen – andernteils baute sie durch ihren Anteil an der Entstehung der Partei ein starkes Eigengewicht auf und beanspruchte ein Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen, das von der Partei durch Informationsstopp sanktionierte wurde.¹³⁷

2. Die erste Herausforderung: Zollparlamentswahlen 1868

„Hie Bayern, hie Preußen! – das ist die Parole am Tage des Wahlkampfes. Wer die staatliche Selbstständigkeit Bayerns nicht an Preußen weggeworfen wissen will, der stimme für die Kandidaten der bayerischen Partei und lasse sich nicht irre machen durch die Versicherungen der Fortschrittler, wenn sie sagen: daß sie ja auch die Erhaltung der bayerischen Selbstständigkeit wollen, und jetzt auf einmal so viel vom lieben Bayernlande reden. Sie haben vor einem Monat ganz anders geredet und kein Hehl daraus gemacht, daß sie es auf den Eintritt Bayerns in den Nordbund abgesehen haben.

Sie wissen, daß ihr, bayerische Männer, hievon nichts wissen wollt, daher plötzlich ihre Versicherung daß sie euch beileibe nicht preußisch machen wollen.“¹³⁸

Dies ist die Antwort der als gemäßigt geltenden konservativen *Augsburger Postzeitung* (der einzigen überregionalen der konservativen Tageszeitungen) auf ihre selbstgestellte Frage

¹³⁷ Dies hatte zur Folge, dass die patriotische Presse der liberalen häufig an Detailwissen in aktuellen Fragen (auch über die Vorgänge in der patriotischen Fraktion) unterlegen war.

¹³⁸ AP 34 vom 8.2.1868, S. 259f. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 37 Anm. 23, gibt Hieronymus von Bayer (Professor und Reichsrat) als Autor an und bezeichnet den Artikel als ein Wahlprogramm. (Ein offizielle Wahlprogramm existierte damals aus Zeitmangel nicht; aber auch später hatten die Patrioten Probleme, sich auf Wahlprogramme zu einigen.) Vor allem stellt der Artikel eine Aufforderung zum Wahlgang und zu einer patriotischen Wahl dar. Er enthält aber auch eine Abgrenzung zur Fortschrittspartei und ist in Konsequenz dazu ein Wahlprogramm der Patrioten.

Andere Wahlprogramme erweisen sich als ebenso eindeutig gegen die Aufgabe der bayerischen Staatssouveränität und den Eintritt in den Norddeutschen Bund: „Die patriotische Partei will die Selbstständigkeit Bayerns auf das entschiedenste gewahrt wissen und verwirft jeden wie immer gearteten Anschluß, jede Anlehnung an den sogenannten norddeutschen Bund.“ AP 175/177/180 vom 28./30.7./3.8.1869 und DoZ 177 vom 28.7.1869; Felix Salomon, Die deutschen Parteiprogramme I, Leipzig/Berlin ¹1907, S. 95-103, hier: S. 95f. Vermuteter Autor ist der Münchner Gymnasialprofessor Paul LaRoche (1830-1906): Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 106.

„Wie wählt man am 10. Februar?“¹³⁹. Sie zeigt das herausragendste Element des von den Konservativen nur ganz knapp vor den Wahlen begonnenen Wahlkampfes: Erhaltung der Souveränität des bayerischen Staates mit den Konservativen – Unterordnung unter Preußen mit den (National-) Liberalen. Die späteren Patrioten „verwarfen den neuen Zollverein [folglich] wegen seiner Funktion als Vehikel der preußisch-kleindeutschen Einigung“¹⁴⁰ und wollten die von den Nationalliberalen geplante Erweiterung des wirtschaftspolitischen Zollparlaments zum politischen Vollparlament verhindern. Das heißt nicht, dass die künftigen patriotischen Abgeordneten die Situation des Mittelstaates Bayern völlig verkannten, denn auch sie erkannten, dass es sich bei ihrer ‚engeren Heimat‘ zu dieser Zeit bereits nicht mehr um eine unabhängige Macht handelte. Trotzdem wollten sie eine dominierende Rolle Preußens so weit wie möglich verhindern. Dieser Weg führte zunächst gegen ein kleindeutsch-liberal geprägtes Zollparlament. Insgesamt stellten sich die konservativen Kräfte als antipreußisch, interkonfessionell und politisch offen dar.

Die ‚Weckrufe‘ der konservativen Presse zu den Wahlen sowie die übrigen Wahlaktivitäten wie Wahlversammlungen erwachten erst im Januar 1868 (Wahltag: 10. Februar 1868) als Reaktion auf den eindeutig auf ein Vollparlament zielenden nationalliberalen Wahlkampf. Die Fortschrittspartei forderte nämlich, Politiker in das Zollparlament zu schicken – nicht etwa Wirtschaftsfachleute, wie man es für ein Organ hätte erwarten können, das vor der großen Aufgabe stand, aus den Einzelstaaten eine wirtschaftliche Einheit mit gemeinsamen indirekten Steuern, Außenhandelszöllen und Außenhandelsverträgen zu schmieden. Nach diesem Grundsatz stellten sie auch ihre Kandidaten auf und machten damit deutlich, dass das Zollparlament für sie mehr werden sollte als ein Parlament für Wirtschaftsfragen. Die liberalen Parteien hatten ihre Wahlaktivitäten sowohl rechtzeitig begonnen, als auch sorgfältig vorbereitet und nur mit der organisatorischen Umstellung zu kämpfen, die das zum ersten Mal verwendete allgemeine, direkte und geheime Männerwahlrecht aufwarf.¹⁴¹ Im Gegensatz dazu ergaben sich für den erst einen Monat vor der Wahl langsam begonnenen Wahlkampf der konservativen Kräfte Bayerns zwei miteinander verbundene Hauptprobleme: Erstens

¹³⁹ AP 34 vom 8.2.1868, S. 259.

¹⁴⁰ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 14. Folgendes (wie ausführlicher zum Wahlkampf, den Problemen der fehlenden parteimäßigen oder vereinsmäßigen Organisation der Konservativen, Ergebnissen und Reaktionen auf diese) siehe: Ebd. S. 33-48; Stache, Liberalismus – Konservatismus, S. 59-66.

¹⁴¹ Dieser Wahlmodus galt nur (in Angleichung an den Norddeutschen Bund) für das Zollparlament, nicht aber für die Wahlen zum bayerischen Landtag. Das bayerische Wahlgesetz zum Zollparlament vom 16.11.1867: Gbl. 1867, Sp. 237-246. Da die Formulierung des bayerischen Zollparlamentwahlgesetzes geringfügig von der des Norddeutschen Reichstages abwich, wurde die Wahl im Zollparlament von liberaler Seite angezweifelt. Zu einer Änderung kam es jedoch nicht. Dies ist vor allem der vermittelnden Rede des bereits am 1.3.1871 verstorbenen bayerischen Reichsrates und Gründungsmitglieds der Patriotenpartei, Wilhelm August von Thüngen, zu verdanken, der die Überlegungen des Reichsrates zur Formulierung des Gesetzes wiedergab und damit deutlich machen konnte, dass durch die wörtliche Abweichung keine inhaltliche geschaffen sei: ZV 1868, I, S. 18.

existierte bis zu diesem Zeitpunkt keine konservative Partei in Bayern – zwar eine kleine Gruppe von konservativen Abgeordneten, die die parlamentarischen Kämpfe mit den Liberalen insbesondere die Debatte um die Ratifizierung des Zollvertrages enger zusammengeschweißt hatte, die jedoch über keinerlei Parteiorganisation verfügte. Zweitens konnte man nicht wie die liberalen Parteien auf genügend bisherige Abgeordnete als Kandidaten zurückgreifen. Wer sollte vor Ort Kandidaten suchen? Wer entschied über die Eignung eines Mannes, der sich zur Kandidatur bereit erklärte? Wer organisierte Wahlveranstaltungen? Wer forderte die Berechtigten zum Wahlgang auf? Hartmannsgruber konnte mit seiner detaillierten Untersuchung einige Unklarheiten und Unwahrheiten zum konservativen Wahlkampf beseitigen.¹⁴² Aus seiner Darstellung kristallisieren sich drei Agitatoren heraus: Die Presse stellte Informationen z. B. über Wahlmodus und Wahltag oder mögliche Organisationsstrategien zur Verfügung und versuchte das Organisationschaos zumindest regional zu ordnen. Die Geistlichen übernahmen sehr still und leise organisatorische Aufgaben vor Ort und gaben die Informationen aus der Presse an die Bevölkerung weiter. Dem Liberalismus öffentlich entgegenzutreten, dazu wurden sie vielfach von ihrer Gemeinde gedrängt. Viele Adlige engagierten sich ebenfalls für die Konservativen und ließen sich als Kandidaten aufstellen. Ein adliger oder ein aus dem Beamtenstand stammender Kandidat war auch zumeist die einzige Möglichkeit, da es sich auf Grund der Diätenlosigkeit um finanziell unabhängige Personen handeln musste. Das gängige Bild über den Wahlkampf der konservativen Kräfte, die Kandidaturen absichtlich bis kurz vor der Wahl verheimlicht hätten,¹⁴³ muss seit Hartmannsgruber und Schmidt revidiert werden. Außerdem ist die Beurteilung der liberalen Zeitgenossen, die z. B. auch nicht von Innenminister Hörmann geteilt wurde,¹⁴⁴ über das Eingreifen des Klerus abzulehnen: Der Geistliche war – wie in Baden – nicht Verführer sondern Wortführer des konservativen Volkes.¹⁴⁵

Die Politisierung der Landbevölkerung durch die erste Adressbewegung, die gegen den Zollverein mobil gemacht hatte, und durch die Anfänge der zweiten, die die antiliberale Stimmung auf einen ersten Höhepunkt brachte, war Gold wert für die Aktivierung zur Wahl.

¹⁴² Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 36-45.

¹⁴³ So Schmidt, Zollparlament, S. 136. Ein einziger ähnlicher Fall von Irreführung, nämlich dass vorübergehend der Rücktritt des ins Auge gefasste Kandidat verschwiegen wurde, ist zu belegen: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 42 Anm. 64.

¹⁴⁴ Bericht des Innenministeriums über die Wahlen: Hörmann an Ludwig II. 22.4.1868, MInn 46 042. Nach Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 45. Ähnlich der Regierungspräsident von Schwaben, Lerchenfeld: RP Schw. An Innenministerium 28.3.1868, MInn 46 042. Nach Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 44 Anm. 80.

¹⁴⁵ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 44. Für Baden: Gall, Partei- und sozialgeschichtliche Problematik, S. 172.

Als eindeutiger Sieger aus den Zollparlamentswahlen ging die Partei hervor, die sich erst in diesem Wahlkampf formiert hatte: die bayerisch-patriotische Partei.¹⁴⁶

Die Wahl zum kleindeutsch angelegten Zollparlament gab folglich den Ausschlag dafür, dass zu diesem Zeitpunkt aus der politischen Bewegtheit und den ersten umfangreichen politischen Aktivitäten der alten Sozialschichten eine politische Partei entstand.¹⁴⁷ Mit dem Wahlausgang für die Patriotenpartei tat der größte Teil der bayerischen Wähler unmissverständlich gemäß der oben zitierten patriotischen Wahlkampfparole „Hie Bayern, hie Preußen!“ seine Einstellung kund.

3. Wähler, Wahlergebnisse, Abgeordnete

Ziel dieses Kapitels ist es, einen Einblick in die Heterogenität der Bayerischen Patriotenpartei zu geben und somit ein Grundverständnis für einen großen Teil der Probleme der Partei im Landtag zu wecken.

Gleichzeitig, da der Blick dieser Arbeit erheblich mehr auf die Patrioten im Reichstag gerichtet ist, macht es die – politischen wie sozialen – Unterschiede zwischen dem Personal des Reichstages zu dem des Landtages deutlich. In diesem Punkt geht die vorliegende Studie über Hartmannsgrubers Ergebnisse zu Parteiflügeln und Sozialstruktur der Abgeordneten hinaus, indem sie die Zusammensetzung der Reichstagsfraktion Legislaturperiode für Legislaturperiode daraufhin untersucht, ob und in welcher Höhe Personen, die für die Heterogenität der Landtagsfraktion verantwortlich zeichneten, Reichstagsabgeordnete waren und gegebenenfalls der Zentrumsfraktion beitraten. Anders ausgedrückt geht es um die Frage nach der Bedeutung der bayerisch-patriotischen Parteiflügel für die Reichstagsfraktion.

Schlaglichter auf Personen dienen in diesem Kapitel sowohl dazu, Teile des Personals der Landtags- und der Reichstagsfraktionen vorzustellen, als auch dazu, die Partei und ihre Flügel insgesamt greifbar zu machen.

Darüber hinaus rückt die Wählerbasis der Partei in das Blickfeld.

¹⁴⁶ Die genaue Zahl der Abgeordneten ist in der Forschung umstritten. Einen Überblick bietet: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 46. Vermutlich lag die Zahl bei zunächst 27 dann 28 der 48 Abgeordneten.

Der Bezeichnung „bayerisch-patriotische Partei“ wurde an den meisten Orten benutzt.

¹⁴⁷ Ein Gründungsdatum oder eine konstituierende Sitzung zur Gründung existierten nicht.

a) Politische und soziale Struktur der Patriotenpartei – eine Annäherung an Landtags- und Reichstagsfraktion

Die Bayerische Patriotenpartei war „mehr Sammlungsbewegung denn Partei“¹⁴⁸, welcher Umstand von Anfang an auch Anlass zu Kritik aus den eigenen Reihen gab. Die verschiedenen Parteiflügel werden teilweise bereits in Quellen benannt: In Privatkorrespondenz und Publizistik findet sich die Unterscheidung zwischen „extrem“ und „gemäßigt“, die nicht „immer einen exakt gleichen Sachverhalt meinte[n]“, wie Hartmannsgruber richtig bemerkt.¹⁴⁹ „Extrem“ konnte sich auf einen harten Oppositionskurs beziehen, bezeichnete aber „auch und vor allem jene Richtung [...], die den ‚katholischen Staat‘ anstrebte, folglich auch die Umwandlung der Patriotischen in eine konfessionelle Partei propagierte und deswegen 1876/77 die Parteispaltung herbeiführte“. An Stelle von „extrem“ wird im Untersuchungszeitraum zudem häufig „entschieden“ verwendet.¹⁵⁰ Altkonservative, bürokratische und altliberale Elemente in Fraktion und Partei, die seiner Meinung nach ausgesondert werden sollten, machte der Journalist Dr. Johann Baptist Sigl 1870 aus.¹⁵¹ Der von Hartmannsgruber anhand der Angaben in den Quellen, eigener Recherchen und Schlussfolgerungen vorgelegte Flügeleinteilung kann grundsätzlich gefolgt werden, auch wenn der Standpunkt eines Abgeordneten in Bezug auf taktisches Verhalten im Landtag – welcher in Hartmannsgrubers Ergebnis unter anderem einfließt – nicht gleichgesetzt werden kann mit seinen diesbezüglichen Überlegungen zum Reichstag:¹⁵²

1. Die kleine Gruppe der Altkonservativen, die Verfassungsfortschritte bremste, da sie „am Staat des Vormärz orientiert“ und für ein „starkes, regierendes Königtum“¹⁵³ war. Ihr gehörten vor allem einflussreiche Vertreter der Aristokratie an, darunter drei ehemaligen

¹⁴⁸ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 322f.

¹⁴⁹ Dieses und das folgende Zitat sowie Verweise auf publizistische Quellen: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 121.

¹⁵⁰ Beispielsweise: „Wird es Schäffler nicht gelingen, die entschieden Elemente aus der patriotischen Fraktion herauszuziehen und zu einer besonderen Fraktion zu formieren.“ BayHStA, FamA Ludwig Graf v. Arco-Zinneberg, vorl. Nr. 108 [3.3.14], Brief Felix Freiherr von Loë-Terporten an Arco vom 23. Juli 1879.

¹⁵¹ BV 152 und 153 vom 9. und 10. Juli 1870. Siehe: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 323 und Anm. 4. Johann Baptist Sigl (1839-1902), 1893–1899 MdR (Bayerischer Bauernbund/bei keiner Fraktion), 1898–1899 MdL (Bayerischer Bauernbund), war eines der *enfants terribles* der Bayerischen Patriotenpartei, bemühte sich im Untersuchungszeitraum erfolglos um ein Mandat, war jedoch sehr einflussreich mit seinen populistischen und im Ton häufig derben Blättern wie dem *Bayerischen Vaterland* oder der *Bremse*.

¹⁵² Zu folgender Flügeleinteilung sowie zu Literaturangaben zu den einzelnen Persönlichkeiten – falls vorhanden – siehe: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 122-135. Zu den unterschiedlichen Tendenzen innerhalb der katholisch-konservativen Opposition für die Anfangszeit siehe auch: Stache: Liberalismus – Konservatismus, S. 99-108. Zu Personendaten und weiterführender Literatur siehe auch: Haunfelder, Reichstagsabgeordnete.

¹⁵³ Beide Zitate: Ebd. S. 122.

Minister, die den patriotischen Klub nach kurzem wieder verließen: Eduard von Bomhard, Max von Neumayr, Karl Freiherr von Schrenck von Notzing (letzterer zudem Reichsrat der Krone Bayerns) und mit Wilhelm von Thüngen eine der herausragendsten Persönlichkeiten der bayerischen Ersten Kammer (Thüngen starb bereits am 1. März 1871). Als Vertreter gelten auch die Reichsräte Konrad Graf von Preysing und Karl Freiherr von Ow, der später jedoch zu den Gemäßigten zu rechnen ist.¹⁵⁴ Außerdem der Würzburger Universitätsbibliothekar und Geistliche Dr. Anton Ruland, der als einziger Abgeordneter alle Sozialgesetze der 1860er Jahre und zudem als einziger den Friedensvertrag mit Preußen 1866 ablehnte.¹⁵⁵

2. Die Konservativen, die zur Durchsetzung des politischen Willens der konservativen Mehrheit der Bevölkerung – trotz Monarchismus und klarem Bekenntnis zur königlichen Prärogative – „Verfassungsfortschritte wie Wahlrechtsreform und Parlamentarisierung“¹⁵⁶ zu forcieren versuchten und zum größten Teil – falls sie zu diesem Zeitpunkt im Landtag saßen – gegen den Eintritt in das Deutsche Kaiserreich stimmten. Diese Richtung vertrat der größte Teil der patriotischen Abgeordneten. Unter ihnen befanden sich zum Beispiel: Der Archivar Dr. Joseph Edmund Jörg, der ein halbes Jahrhundert die geistig hochstehenden *Historisch-Politischen Blätter für das katholische Deutschland* redigierte, die Berliner Laienadresse formulierte, zu den „frühen Wegbereitern d. kath. Soziallehre“ gehörte und bis 1881 der geistige Kopf der Patriotischen Fraktion im Landtag war;¹⁵⁷ der Gutsbesitzer,

¹⁵⁴ Ows Zugehörigkeit zu den Gemäßigten: Hartmannsgruber, *Patriotenpartei*, 123 Anm. 11.

Konrad Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos (1843-1903), Gutsbesitzer, MdR 1871-1893 und 1900 bis 3. Dezember 1903 (Tod), offiziell erst 1890-1893 im Vorstand der Reichstagsfraktion, 1892/93 Stellvertretender Vorsitzender der Reichstagsfraktion, erbliches MdRR ab 1881. Wie einige seiner adeligen Kollegen war er Ritter des königlich bayerischen Hausritter-Ordens vom heiligen Georg und wie zahlreiche von ihnen Mitglied in der deutschlandweiten Genossenschaft katholischer Edelleute. Bischof Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler war ein Onkel von Preysing, mit dem Preysing während seiner Gymnasialzeit in Mainz in engem Kontakt stand. Preysing war verwandtschaftlich und freundschaftlich mit dem Hause Wittelsbach verbunden. Außer bei Hartmannsgruber: *Patriotenpartei*, finden sich in den seine politische Aktivität und deren zeitlichen Rahmen betreffenden Standardwerken zahlreiche Nennungen: Aretin: *Franckenstein*; Löffler: *Reichsräte*; Möckl: *Prinzregentenzeit*. Entsprechend ihrer zeitlichen Entstehung nutzbare Würdigung Preysings: Conrad Graf von Preysing. Ein Lebensbild aus Bayerns Gegenwart, in: HPB 131, 1903, S. 926-942.

Karl Freiherr von Ow-Felldorf(-Landshut) (1818-1898), Regierungsrat, ab 1882 Regierungsdirektor bei der Kreisregierung von Niederbayern zu Landshut, 1888 Direktor des Verwaltungsgerichtshofs in München, MdZP 1868-1871 (Süddeutsche Fraktion), MdR 1871 bis 6.6.1882 (Verzicht auf Wiederwahl nach Beförderung), MdL 1863-1893, Präsident der Abgeordnetenkammer 1871-1873 und 1875-1893, ab 1893 MdRR. Wie einige seiner Kollegen (die einen mit mehr, die anderen mit weniger Begeisterung) wurde er auch einmal in das Präsidium der Katholikentage gewählt: 1895 war er 2. Präsident des Katholikentags in München. Entsprechend seines Engagements tritt bei ihm als Standardwerk hinzu: Jochen Schmidt: *Bayern und das Zollparlament. Politik und Wirtschaft in den letzten Jahren vor der Reichsgründung 1866/67-1870*. Zur Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, phil. Diss. [masch.] München 1873.

¹⁵⁵ Anton Ruland (1809-1874), MdL 1847 bis 8. Januar 1874 (Tod). Er gehört zu den wenigen Patrioten, zu denen eine ausführliche Biographie vorliegt: Sauer, Ruland.

¹⁵⁶ Hartmannsgruber, *Patriotenpartei*, S. 123.

¹⁵⁷ Joseph Edmund Jörg (1819-1901), Staatsarchivkonservator auf der Burg Trausnitz ob Landshut, MdZP 1868-1871, MdR 1874-1878, während seines Reichstagsmandates auch Mitglied im Vorstand der

Reichsrat der Krone Bayern, langjährige Fraktionsvorsitzende des Zentrums im Reichstag und langjähriger Reichstagsvizepräsident Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein;¹⁵⁸ der Advokat Dr. Andreas Freytag, der ebenfalls dem Vorstand der Reichstagsfraktion angehörte und zudem in der Abgeordnetenkommission lange Fraktionsvorsitzender war;¹⁵⁹ der Gutsbesitzer und Reichsrat (Peter) Karl Freiherr von Aretin;¹⁶⁰ der Gutsbesitzer und spätere bayerische Innenminister Maximilian Maria Freiherr (seit 1916: Graf) von Soden-Fraunhofen;¹⁶¹ der Landwirt Franz Burger, der noch

Zentrumsfraktion, MdL 1865-1881, Fraktionsvorsitzender von 1877-1881 (mit einer sehr kurzen Unterbrechung). Zitat: Haunfelder: Reichstagsabgeordnete, S. 188. Eine andere Formulierung Haunfelders ist hingegen äußerst unglücklich: Im Gegensatz zu anderen Abgeordneten, die beispielsweise ebenfalls gegen den Eintritt Bayerns ins Reich stimmten und die er – in jedem einzelnen Fall Hartmannsgruber folgend – mit Attributen wie beispielsweise „gemäßigt-konservativ“ und „konservativ“ versieht, bezeichnet er Jörg als „klerikal-partikularistisch“: Ebd.

¹⁵⁸ Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein (1825-1890), MdZP (süddeutsche Fraktion) 1868-1871, MdR 1872 bis 22. Januar 1890, seit Savignys Erkrankung 1874 stellvertretend Fraktionsvorsitzender, nach Savignys Tod 1875 Fraktionsvorsitzender bis zu seinem eigenen Tod, 1. Reichstagsvizepräsident von 1879-1887, erbliches MdRR ab 1847, ab 1881 bis zu seinem Tod Präsident der Kammer der Reichsräte. Franckenstein stimmte in der Reichsratskommission mit nur zwei weiteren Reichsräten, seinem Schwiegervater Karl Friedrich Fürst Öttingen-Wallerstein und Clemens Graf von Schönborn, gegen den Eintritt Bayerns ins Deutsche Kaiserreich. 1872 war er Präsident des deutschen Katholikentages in Breslau. Franckensteins Tod bildete den Anlass für das erste kaiserliche Beileidsschreiben in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus.

Wie zahlreiche seiner Parteikollegen war Franckenstein neben seinen politischen Ämtern auch in katholischen Laienorganisationen aktiv; er bekleidete auch in diesem Einflussbereich hohe Funktionen: So wurde er beispielsweise zum Präsidenten der 22. Generalversammlung der deutschen Katholiken und zum Vizepräsident des von Löwenstein initiierten und von Felix Freiherr von Loë-Terporten präsidierten Vereins der deutschen Katholiken gewählt, der von 1872 bis 1876 Bestand hatte. Siehe dazu: Buchheim, Ultramontanismus, S. 261-263 und 266. Siehe zu Franckenstein: Aretin, Franckenstein; Leonhard Lenk, Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein (1825-1890), in: Sigmund von Pölnitz (Hg.), Lebensbilder aus Franken, Bd. 4, Würzburg, 1960, S. 171-196. Zu einem besonders gewichtigen Teil der Vernetzung von katholischen Laienorganisationen und Politikern siehe: Marie-Emmanuelle Reytier: Die zeremonielle Gestaltung der Katholikentage als Herbstparaden des Zentrums, in: Andreas Biefang (Hg.), Das politische Zeremoniell im deutschen Kaiserreich 1871-1918, Düsseldorf 2008, S. 305-325.

¹⁵⁹ Andreas Freytag (1818-1905), MdZP 1868-1871, MdR 1871-1874 und 1878-1884, MdL 1869-1881. Freytag war „bis 1879 Fraktionsvorsitzender“ im Landtag, wie es bei Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 125 Anm. 23, heisst; der Beginn seiner Amtsführung dürfte um die Jahreswende 1871 liegen, da der erste Fraktionsvorsitzende der patriotischen Fraktion Dr. Ludwig Weis, sich noch vor der Abstimmung über die Versailler Verträge von der Fraktion lossagte: Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 126f. und S. 312. Freytag stand in frühen Jahren unter anderem durch seine Mitgliedschaft im Zentralkomitee der katholischen Vereine Deutschlands 1868 und durch Münchner Vereinstätigkeiten mit Graf Ludwig Arco-Zinneberg und teilweise auch mit Karl Fürst zu Löwenstein in engem Kontakt. Gut befreundet war er in späteren Jahren mit Georg Freiherr von Hertling: Hertling, Erinnerungen, S. 332. Hertlings retrospektives Urteil über Freytags Bedeutung (Ebd., S. 333) ist entweder missverständlich ausgedrückt und bezieht sich nur auf die Häufigkeit von Freytags Redebeiträgen im Reichstag oder Hertling übersieht Freytags Bedeutung für die Reichstagsfraktion und die außerhalb des Plenums liegende Abgeordnetentätigkeit Freytags – oder er versucht, wie bei Franckenstein, absichtlich die Geschichte umzuschreiben; nicht umsonst saß Freytag von 1871-1874 und von 1878-1884 im Vorstand der Zentrumsfraktion. Siehe zu Freytags Rolle in den Fraktionen und zu seiner Verbindung zu Arco: Amann: Ratzinger.

¹⁶⁰ Karl Frhr. von Aretin (-Ingolstadt) (1814-1887), Gutsbesitzer auf Haidenburg in Niederbayern, MdZP 1868-1871, MdR 1871 bis 24. April 1887 (Tod), MdRR auf Lebenszeit ab 1845. Aretin engagierte sich bereits in der Frühzeit der bayerisch-patriotischen Bewegung: 1868 Mitbegründer des Patriotischen Vereins in München, 1869 Mitbegründer des Bayerisch Patriotischen Bauernvereins in Aidenbach bei Vilshofen, der sich noch 1869 dem überregionalen Deggendorfer Bauernverein anschloss. Während seines Reichstagsmandates gehörte er zum Vorstand der Zentrumsfraktion.

¹⁶¹ Max Frhr. von Soden-Fraunhofen (1844-1922), Gutsbesitzer in Neufraunhofen bei Vilsbiburg, 1912-1916 bayerischer Innenminister, MdR 1874-1884, MdL 1875-1893, MdRR auf Lebenszeit von 1895-1918. Im Laufe

vor der Gründung des Deutschen Kaiserreiches in den Landtag eintrat und dort bis zu dessen Ende 1918 sein Mandat wahrnahm.¹⁶² Einflussreiche Vertreter der späten Jahre sowie der Jahre unter dem Namen Bayerische Zentrumsparlei waren der Gymnasiallehrer Dr. Georg (von) Orterer¹⁶³ und der langjährige Vorsitzende der bayerischen Zentrumsfraktion Dr. Balthasar (von) Daller, der nie ein Reichstagsmandat inne hatte.¹⁶⁴

3. Der Flügel, dessen Vertreter sich zum Teil vorübergehend, zum Teil endgültig von der Mehrheitsfraktion im Landtag beziehungsweise von der Partei abspalteten und 1875 beinahe vollständig abgewählt wurden: der liberal-konservative Flügel. Er trat für eine maßvolle Liberalisierung und einen (groß-)deutschen Nationalstaat ein; die ihm zuzurechnenden Abgeordneten hatten folglich für den Eintritt Bayerns ins Reich gestimmt und galten demnach bei Fraktionskollegen und in der Presse ab 1870 als ‚Wackelmänner‘ und ‚Umfaller‘. Zu ihnen zählten der Ministerialrat Dr. Ludwig Weis, der Protestant und ursprünglich altliberal und großdeutsch gesinnt war, der Verleger Dr. Max Huttler und der Redakteur des satirischen ‚Münchner Punsch‘, Dr. Martin Schleich.

der Jahre vereinten sich in seiner Person zahlreiche „Ämter in landwirtschaftlichen Verbänden und Kreditorganisationen, die ihn wohl zum einflussreichsten Agrarpolitiker seiner Zeit machten“: Löffler: Reichsräte, 176. Soden war eng mit dem neunzehn Jahre älteren Franckenstein befreundet, der seine politische Karriere von Anfang an förderte: „Dadurch, daß mein Gönner Frankenstein mich vorschlug, kam ich als Schriftführer in das B ü r o und so – meine Freunde nannten mich deshalb scherzhaft ‚Oberkollegen‘ – in den persönlichen Verkehr auch mit den anderen Parteien, zumal mit dem Präsidenten und Vizepräsidenten, dem Questor und den anderen Schriftführern der übrigen Fraktionen.“ (Hervorhebungen im Original. Diese werden im weiteren Verlauf nicht kommentiert; im Gegensatz dazu werden Hervorhebungen durch F. A. gekennzeichnet.) Sodens Lebenserinnerungen: Bay HStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 316: „Für meinen lieben Sohn Karl Alfred“ [masch.], 1919. Eine ebenfalls enge Freundschaft verband Soden seit der gemeinsamen Studienzeit mit Kronprinz Ludwig, dem späteren König Ludwig III. von Bayern; beide sind zudem als „enge politische Weggefährten“ zu bezeichnen: Löffler: Reichsräte, S. 174.

¹⁶² Franz Burger (1836-1920), Ökonom und Bürgermeister in Zeil am Main, MdR 1884-1890 und 1893-1998, MdL Mai 1869-1918, 1882-1918 Mitglied im Vorstand der Landtagsfraktion, 1886 Wahl in den „Zwölf-Männer-Ausschuß“ des bayerischen Landtags zur Begutachtung der Entmündigung König Ludwigs II. Burger erhielt im Laufe der Zeit kommunale und landwirtschaftliche Ehrenämter, unter anderem war er Mitglied im bayerischen Landwirtschaftsrat. Siehe zu ihm auch: Leonhard Lenk: Bauern im bayerischen Landtag 1819-1970, in: Günther Franz (Hg.): Bauernstand und Bauernstand 1500-1970. Bündinger Vorträge 1871-1972, Limburg 1975, S. 245-264.

¹⁶³ Georg (von) Orterer (1849-1916), Studienlehrer in München, ab 1886 Gymnasialprofessor in Freising, ab 1892 Gymnasialrektor in München, 1901 Erhebung in den persönlichen Adelsstand, MdR Januar 1884 bis September 1892 (N infolge Ernennung zum Gymnasialrektor), MdL März 1883 bis 6. Oktober 1916 (Tod), 1883-1899 Vorstandsmitglied der Landtagsfraktion, 1891-1899 stellvertretender Fraktionsvorsitzender, 1893-1899 Vorsitzender des Finanzausschusses im Bayerischen Landtag. Auch außerhalb der Parlamente war Orterer aktiv: Er war 2. Präsident des Deutschen Katholikentages 1890, 1894 und 1903 dessen Präsident, ab 1882 Landrat von Oberbayern, Mitarbeiter verschiedener historischer Zeitschriften, verantwortete aber auch zahlreiche politische Artikel in Zeitungen, wie seine Kalendernotizen verraten: KN Orterer.

¹⁶⁴ Balthasar (von) Daller (1835-1911), Priester und Lyzelaprofessor für Kirchengeschichte, Kirchenrecht und Patrologie in Freising, 1901 Erhebung in den persönlichen Adelsstand, MdL 14. Februar 1871-1911 (Tod), ab 1891 Vorsitzender der Landtagsfraktion, 1885-1899 Kultusreferent im Finanzausschuß, 1899-1911 dessen Vorsitzender. 1893-1911 Staatsschuldentilgungskommissär. Mit Ludwig Graf Arco-Zinneberg Gründer des Bauernvereins Tutenhausen und ebenfalls Mitbegründer des Freisinger Katholischen Casinos.

4. Die vierte Richtung bezeichnete sich selbst als klerikal-demokratisch, was empfiehlt, die Benennung zu übernehmen:¹⁶⁵ Sie war demokratischer und damit radikaler in ihren Methoden als die konservative Gruppe. Ihre Vertreter strebten nach einer staatsfreien, von unten her neubelebten ‚Volkskirche‘. Nachdem sich ihre Vorstellungen weder in der Partei noch in der Politik durchsetzen ließen, kam es schon im Mai 1870 zu vereinzelt Mandatsniederlegungen, Resignation und einem Rückzug auf kirchenpolitische Belange. Ausnahmen hiervon bildeten der Bezirksgerichtsrat August Schels, der seine linksliberalen, in Bayern wie im Reich oppositionellen, politischen Standpunkte bewahrte, ebenso wie der Münchner Stadtpfarrer Adalbert Huhn, der mit Arco und Löwenstein¹⁶⁶ zusammenarbeitete und auch in den 1890er Jahren noch dem linken Flügel angehörte. Des Weiteren gehörten zunächst Joseph Bucher (Verleger der Donauzeitung), der ab seiner Rückkehr in den Landtag 1881 dem ministeriellen Lager zuzurechnen ist, und Joseph Lukas (Militärkurat und Mitarbeiter der Donauzeitung) an, die beide ihr Landtagsmandat 1870 niederlegten. Bis zu seinem Anschluss an den gemäßigten Flügel 1875 vertrat auch der im Deggendorfer Bauernverein stark engagierte Geistliche Johann Baptist Hennemann den klerikal-demokratischen Standpunkt.
5. Die fünfte Strömung innerhalb der Patriotenpartei nennt Hartmannsgruber Klerikale oder auch reaktionäre Minorität. Da „klerikal“ negativ konnotiert und „reaktionär“ ebenfalls tendenzbehaftet ist, bietet sich die Benennung „konfessionell ausgerichtete Minderheit“ an: Dieser Parteiflügel trat für eine konfessionelle Partei ein und lehnte den Liberalismus und „das gesamte auf ihm aufbauende staatsrechtliche Ordnungsgefüge“¹⁶⁷ ab. „Die ihr [= der konfessionell ausgerichteten Minderheit] angehörenden Kreise sammelten sich seit März 1877 in der Katholischen Volkspartei, nach 1881 zum Teil in der Äußersten Rechten.“¹⁶⁸ Augenscheinlich ist der Radikalismus des Flügels, der sowohl inhaltlicher Natur wie methodisch-taktischer Natur war. Als Vertreter zu nennen sind der politisch unzuverlässige Geistliche und Redakteur Dr. Alois Rittler, der spätestens 1882 zum ministeriellen Lager zu zählen ist und dem zu Recht kein lauterer Ruf anhing, des Weiteren der Geistliche und Redakteur Dr. Joseph Schäfler sowie der Gutsbesitzer Eduard

¹⁶⁵ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 130, weist darauf hin, dass Bucher und Lukas die Bezeichnung „klerikale Demokraten“ kreiert hätten, gibt jedoch keine Quelle an.

¹⁶⁶ Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 130 Anm. 54, weist auf seine Zusammenarbeit mit Löwenstein hin; außer, dass Huhn die Gedächtnisrede auf Arco hielt, offenbart der NL Arco die Zusammenarbeit der beiden. Gedächtnisrede: Bay HStA, FamA Ludwig Graf v. Arco-Zinneberg, vorl. Nr. 15 [1.8.1], Adalbert Huhn, Dem Andenken des hochgeborenen Herrn Grafen Ludwig zu Arco-Zinneberg, München 1883; Lang, Katholische Männer, 109.

¹⁶⁷ Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 134.

¹⁶⁸ Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 131.

Freiherr von Sazenhofen, die an ihren Grundsätzen auch im Reichstag festhielten.¹⁶⁹ Dr. Johann Baptist Sigl ist dem Flügel seiner Überzeugung nach nur bedingt zuzuordnen, nutzte die Gelegenheit der lauten Kritik des Flügels allerdings, um sich aus persönlichen Motiven 1876/77 an die Spitze der Bewegung zu setzen und betrieb die Gründung der ‚Katholischen Volkspartei‘.¹⁷⁰

Es drängen sich jedoch auch Modifikationen von Hartmannsgrubers Flügeleinteilung auf. Da es sich nicht um eines der Hauptanliegen dieser Arbeit handelt, die gesamte patriotische Partei in ihre Schattierungen zu unterteilen und die einzelnen Akteure – ob nun Publizisten, Abgeordnete, Vereinsvorstände oder Honoratioren – so gut wie möglich den einzelnen Flügel zuzuordnen, werden die Kritikpunkte und ihre Lösungen nur skizziert. Genauer hingesehen wird jedoch bei Personen, die entweder zum Bild der Gesamtpartei Aussagen hinzufügen können oder, und für diese Studie noch gewichtiger, für die Reichstagsfraktion von Bedeutung waren.

¹⁶⁹ Dr. Joseph Schäfler (1843-1891), Pfarrer in Ramspau/Oberpfalz, MdR 14. Juli 1879 (für Lindner) bis Februar 1884 (Mandatsniederlegung), MdL 25. Juli 1879 (für Lindner) bis 7. März 1882 (Mandatsniederlegung); Schäfler blieb im Reichstag fraktionslos.

Eduard Frhr. v. Sa(t)zenhofen (1831-1907), Gutbesitzer auf Rothenstadt bei Weiden/Oberpfalz, MdR 1871-1874. Sazenhofens Zugehörigkeit zum Zentrum bleibt fraglich; wahrscheinlich ist ein verzögerter, mehr als halbherziger Beitritt zur Fraktion, da Windthorst Sazenhofen kannte und Sazenhofen sich brieflich bemüht fühlte, Windthorst in sein Vorhaben einer Abspaltung der Bayern vom Zentrum einzuweihen: Jörg, Briefwechsel, S. 403 Nr. 287, Brief Windthorst an Jörg vom 2. Dezember 1873. Bisherige Forschungspositionen: Nach Hartmannsgrubers Angaben waren Schäfler und Sazenhofen die einzigen Patrioten, die sich nicht der Zentrumsfraktion anschlossen: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 165 Anm. 58 (Schäfler), S. 336 (Sazenhofen). Der Hinweis auf Sazenhofen findet sich auch in Hartmannsgrubers Tabelle zu den Zollparlaments- und Reichstagswahlen; ein Hinweis auf Schäfler fehlt hier jedoch: Ebd. 172 Tabelle 21 Anm. c. Hirth, Parlaments-Almanach, 9. Mai 1871, S. 252, der auf richtige Auskünfte von Parlamentariern sowie des Reichstagsbüros angewiesen war und daher gerade in der Frühphase durchaus Fehler aufweist, führt Sazenhofen als Zentrumsmitglied. Schäfler hingegen als fraktionslos: Hirth, Parlaments-Almanach, November 1881, S. 208. Haunfelder, Reichstagsabgeordnete, S. 250, fügt als Information zur Partei- beziehungsweise Fraktionszugehörigkeit bei Sazenhofen „Bayerische Patriotenpartei/Zentrum“ bei Schäfler „bkf/klerikal/Kath. Volkspartei“ an. Bei Abgeordneten, die dem Zentrum sofort beitraten und ihm bis zum Ausscheiden aus dem Reichstag angehörten läßt Haunfelder den Hinweis auf die Fraktionszugehörigkeit weg; der Hinweis „Bayerische Patriotenpartei/Zentrum“, stellt nicht eine zeitliche Abfolge dar, sondern die Unentscheidbarkeit. Werner Chrobak: Politische Parteien, Verbände und Vereine in Regensburg 1869-1914, Regensburg 1982, S. 243-245, geht auf die Zugehörigkeitsfrage beider Abgeordneter nicht ein. Peter Hattenkofer, Regierende und Regierte, Wähler und Gewählte in der Oberpfalz 1870-1914. Eine Strukturanalyse der öffentlichen Meinung dargestellt anhand der Wochenberichte der Regierungspräsidenten der Oberpfalz und von Regensburg (Miscellanea Bavarica Monacensia 81), München 1879, S. 47 und 95, folgt in seinen Aussagen zu Sazenhofen den in Bezug auf Schels nachweislich irrenden Wochenberichten der Regierungspräsidenten und kann keine verlässlichen Hinweise zur Fraktionszugehörigkeit geben.

¹⁷⁰ Brauns Einschätzung von Sigls Wirken ist zu positiv gehalten, da die Partei (wie auch er sagt) keine große Anhängerschaft für sich gewinnen konnte, sie folglich mit nur wenigen Mandaten vertreten und auf die Zusammenarbeit mit der Patriotenpartei angewiesen war: Braun, Bayerisches Reichsverhältnis, 94.

Jörg urteilte schon 1869 anlässlich des bevorstehenden Wahlkampfes negativ über Sigls Aktivitäten: „Leider ist das pöblehafte Wüthen des ‚Volksboten‘ ein schweres Hinderniß. Wenn doch nur Zander diesen rabiaten Sigl entfernt hätte. Ich besorge von Tag zu Tag einen öffentlichen Eklat.“ Brief Jörg an A. Reichensperger 20. Februar 1869: Jörg, Briefwechsel, 309 Anm. 4.

Ein Mangel, der vielen derartigen Unterteilung anhaftet, ist die Zuordnung von Einzelpersonen, die zum Beispiel Merkmale verschiedener Flügel tragen oder die über die Jahre hinweg ihre Einstellungen änderten – letzteres merkt Hartmannsgruber bis auf eine Ausnahme ausschließlich in seinen Fußnoten an, die auf diesen Seiten sehr umfangreich sind. In den Fußnoten drohen die Hinweise der Flügelwechsel zumindest in ihrer Häufigkeit insgesamt übersehen zu werden. Das aber würde beim Leser ein schiefes Bild von der Partei produzieren.

Folglich wirken auch Hartmannsgrubers Flügelzuordnungen und –unterteilungen zu starr: Im Grunde ist seine sehr übersichtliche Graphik „Die patriotische Fraktion 1869-1887. Flügelbildung und Abspaltungen“¹⁷¹ noch mehr in das Schema seiner fünf „Richtungen und Flügel“ einzuarbeiten – so dass Züge von Abgeordneten, Einzelpersonen oder Flügeln weg von oder hin zur Parteimehrheit bewusst gemacht werden.

Der einzige Zug von Abgeordneten, bei dem Hartmannsgruber nicht starr verfährt, stellt der von ihm benannte liberal-konservative Flügel dar, indem er hier nicht nur die den Flügel kenntlich machende Abspaltung hervorhebt, sondern auch eine spätere Annäherung an den Flügel andeutet: Der Flügel beinhaltete durchaus unterschiedliche Richtungen, kann aber zusammengefasst werden, weil er zum Beispiel 1870/71 „für die Kriegskredite und für den Eintritt Bayerns ins Reich“¹⁷² votierte. Er stellte auch das Personal für die größte Abspaltung von etwa 30 patriotischen Abgeordneten und deren Zusammenschluss Ende Januar 1871 im sogenannten „Centrum“ in der Abgeordnetenversammlung. Auch wenn 24 Abgeordnete bis zum Jahresende 1871 wieder zur patriotischen Fraktion zurückkehrten, macht die Abspaltung den Flügel um 1870/71 leicht erkennbar. Ein weiteres Unterscheidungskriterium für den Flügel ist, dass die Landtagsabgeordneten „ihre Person von allen Maßnahmen einer energischen Opposition“¹⁷³ ausnahmen. Als die liberal-konservative Gruppe aus der Zweiten Kammer 1875 beinahe ganz abgewählt wurde, fand sie „was ihre ausgleichende, kompromißbereite Funktion [gegenüber dem Ministerium] anbelangte [...] eine Fortsetzung in der [...] Juristengruppe um Hauck, Kurz, Kopp, und Bonn“¹⁷⁴ – dies ist ein Hinweis, der ein starres System zu einem flexibleren System macht. Dem Leser stellt sich allerdings zugleich eine Frage, die Hartmannsgruber nicht beantwortet: Auch wenn Hauck und Kurz, die anders als

¹⁷¹ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 311. Die Graphik bezieht sich nur auf den Landtag, nicht auf den bayerischen Reichsrat oder den deutschen Reichstag. Sie enthält jedoch die wichtigsten Zeitpunkte der Parteaueinandersetzungen, verweist mit der geringen Anzahl von wandernden Einzelpersonen auf die Bedeutung der Bewegungen aber auch auf die Personen selbst und ist damit für die Gesamtpartei von Bedeutung. Die Graphik macht deutlich, dass es bis 1875 ausschließlich in die liberale Richtung gehende Abspaltungen gab, nach 1875 überwiegend extrem rechte Sezessionen zu verzeichnen waren.

¹⁷² Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 128.

¹⁷³ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 128.

¹⁷⁴ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 129.

Kopp und Bonn bereits 1870/71 der Kammer angehörten, den Versailler Verträgen nicht zugestimmt hatten – könnte ihre „kompromißbereite Funktion“ als Annäherung an den oder sogar als Übertritt zum liberal-konservativen Flügel gewertet werden? Als Manko erscheint, wenn Hartmannsgruber – in seinem mit Verweisen sonst gut bestückten Werk – einen Verweis auf die Annäherung an den liberal-konservativen Flügel bei der Hauptvorstellung der vier Abgeordneten nicht vornimmt.¹⁷⁵

Hartmannsgrubers strikte Abgrenzung der konfessionell ausgerichteten Minderheit von den anderen vier Flügeln, welche er daher auch als die konservative Majorität zusammenfasst, ist nicht überzeugend. Die stärksten Berührungspunkte der konfessionell ausgerichteten Minderheit sind mit den Klerikal-Demokraten zu sehen, weil diese in den „Jahren des Kulturkampfes [...] zu einer wesensmäßig kirchenpolitischen Bewegung“¹⁷⁶ wurden und weil sich ihre Vertreter wie die Klerikalen methodisch-taktisch eher gegen die Treue zur bayerischen Verfassung entschieden. Fraglich erscheint gleichzeitig, dass die Klerikal-Demokraten zu der großen Gruppe der Konservativen zu zählen sein sollen. In Anbetracht der zahlreichen Rückzüge beziehungsweise Abwahlen aus den Parlamenten, die die Altkonservativen sowie die Altliberalen mindestens dort auf Einzelpersonen minimierten, stehen eher die Konservativen auf der einen Seite den Klerikal-Demokraten und der konfessionell ausgerichteten Minderheit auf der anderen Seite gegenüber. Diese Einteilung fände ihre Entsprechung in der Situation der bayerischen Abgeordnetenkammer 1881. Bei der Betrachtung der Partei über ca. zwanzig Jahre sollten jedoch alle fünf Flügel einbezogen werden: Die Unterschiede zwischen ihnen sind so zahlreich wie sie zum Teil groß sind, so dass eine Unterteilung in die vorgestellten fünf Flügel, zwischen denen die Abgeordneten und Akteure teilweise stehen oder wechseln, sich anbietet.

Bei der Zuordnung des Personals zum konfessionell ausgerichteten vielleicht auch zum klerikal-demokratischen Flügel scheint Hartmannsgruber die Puzzlestücke seiner eigenen Recherche nicht in jedem Fall zusammengeführt zu haben.¹⁷⁷ Allzu sehr scheint er geneigt, sich an der Grenze zu orientieren, die der offizielle Übertritt zur Katholischen Volkspartei

¹⁷⁵ Die Hauptvorstellung der Abgeordneten, die im Register grundsätzlich kursiv hervorgehoben ist, bezeichnet sie als dem konservativen Flügel zugehörig, führt eine Bereitschaft „zu einer partiellen Zusammenarbeit mit dem Ministerium“ (Zitat: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 125) auf, aber weist nicht hin auf die Bedeutung dieser Tatsache ab 1875.

¹⁷⁶ Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 131.

¹⁷⁷ Als Puzzlestücke zu verbinden wären hier die von Hartmannsgruber, Patriotenpartei, in folgenden Kapiteln präsentierten Forschungsergebnisse: III.2 Die unterschiedlichen Richtungen und Flügel: S. 121-135; V.1 Die Organisation der Wahlen: S. 173-191; V.4 Die Landtagsfraktion: S. 306-321; VI.1 Politische oder kirchlich-konfessionelle Partei?: S. 322-335. Auch wenn die Nachlässe Arco und Soden noch Puzzlestücke hinzufügen, sind Hartmannsgrubers Erkenntnisse vor allem aus dem Nachlass Löwenstein ausreichend.

1877 vermeintlich schuf sowie an der Radikalität dieses Personenkreises. Der Übertritt im Landtag zur Äußersten Rechten 1881, die sich auf das auf einen christlichen Staat ausgerichtete Regensburger Programm festlegte, ist für Hartmannsgruber offenbar jedoch kein hinreichendes Moment – auch wenn er die Äußerste Rechte in der Profilbeschreibung des konfessionell ausgerichteten Flügels ausdrücklich nennt und auch wenn das Regensburger Programm und die Beschreibung der Kriterien für die Zugehörigkeit zur konfessionell ausgerichteten Minderheit bestens zusammenpassen. „Große Affinität zur Idee der Katholischen Volkspartei“ sieht er bei Fürst Karl zu Löwenstein¹⁷⁸ sowie bei Dr. Georg Ratzinger,¹⁷⁹ betont, dass sich beide nicht in „ihre Agitation ein[zu]spannen“ ließen und scheint sie damit diesem Flügel nicht eindeutig zuordnen zu wollen, tut es mit der Erwähnung in dem Abschnitt der konfessionell ausgerichteten Minderheit letztlich doch. Letzterem ist zuzustimmen. Ratzinger und Löwenstein können eindeutig dem Flügel zugerechnet werden: Ratzinger steht beispielsweise mit seiner Artikelserie aus dem Jahre 1876¹⁸⁰ und Löwenstein – ebenfalls nur als eines von mehreren Exempeln – mit den von ihm abgesegneten Programmen¹⁸¹ ganz auf der Grundlage des konfessionell ausgerichteten Flügels.

Ebenso auf der Grundlage des Flügels stand der mit den beiden durch steten Kontakt sowie gute Zusammenarbeit verbundene Graf Ludwig Arco-Zinneberg, der ein einflussreicher außerparlamentarischer Akteur war.¹⁸² Er stand zwar mit zahlreichen bayerischen Patrioten

¹⁷⁸ Fürst Karl zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg (1834-1921): 1868-1898 Präsident des Zentralkomitees beziehungsweise Kommissar der Generalversammlungen des Vereins der deutschen Katholiken. Hervorzuheben ist seine erbliche Mitgliedschaft in der bayerischen, badischen, hessisch-darmstädtischen und württembergischen Ersten Kammer. Als Witwer trat er 1907 dem Dominikanerorden mit dem Ordensnamen Raymundus bei. Zu Löwenstein: Siebertz, Löwenstein; LANG, Katholische Männer, 86-98; GBBE, Bd. II, 1204. Zahlreiche Nennungen bei: Karl Otmar Freiherr von Aretin, Franckenstein. Eine politische Karriere zwischen Bismarck und Ludwig II, Stuttgart 2003; Hartmannsgruber, Patriotenpartei (hier auch weitere Literatur).

¹⁷⁹ Dr. Georg Ratzinger (1844-1899): Priester, Publizist, Politiker. MdR: 1877-1878 (22. Februar 1877 bis 6. März 1878 Zentrum, 6. März bis zur Reichstagsauflösung am 11. Juni 1878 fraktionslos), 1898 bis 3. Dezember 1899 (Tod) (Zentrum); MdL: 1875-1877 (1875 bis 26. September 1877 Bayerische Patriotenpartei, 26. September 1877 bis zur Mandatsniederlegung am 7. November 1877 fraktionslos), 1893 bis 3. Dezember 1899 (Tod) (bis Juli 1894 Bayerischer Bauernbund; dann fraktionslos). Zu Ratzinger: Johann Kirchinger/Ernst Schütz (Hg.): Georg Ratzinger (1844-1899). Ein Leben zwischen Politik, Geschichte und Seelsorge, Regensburg 2008; Ludwig Fränkel, Ratzinger, Georg, in: ADB, Bd. 53, Leipzig 1907, S. 215-218; Anton Hochberger, Dr. Georg Ratzinger: Priester, Sozialtheoretiker und Politiker (1844-1899), in: Winfried Becker/Werner Chrobak (Hg.), Staat, Kultur, Politik. Beiträge zur Geschichte Bayerns und des Katholizismus, München 1992, 249-256; GBBE, Bd. 3, München 2005, S. 1465 f.

¹⁸⁰ Der Volksfreund 246-281 vom 19. November 1876-10. Dezember 1876. Auch wenn Ratzinger scharf schoss und für Veränderungen eintrat, so wünschte er doch eine starke Patriotenpartei und auch ein starkes Zentrum, wie ein Brief an Jörg und seine Veröffentlichung des Zentrumswahlprogrammes im großen Prinzipienstreit 1876/77 zeigen: Brief Ratzinger an Jörg vom 2. Oktober 1876: Jörg, Briefwechsel, S. 433f. Nr. 308.; Der Volksfreund 287 vom 17. Dezember 1876, 2077 (Zentrumswahlprogramm). Vgl: Amann, Ratzinger, S. 144.

¹⁸¹ Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 177-179.

¹⁸² Arco und Löwenstein waren zudem Cousins. Ludwig Graf von Arco-Zinneberg (1840-1882): bayerischer Hochadel, Gutsbesitzer auf Maxlrain bei Rosenheim, Mitglied des Landrats von Oberbayern, 1869 mit dem späteren führenden Mann der Bayerischen Zentrumsparlei Balthasar Daller Gründer des überregional Bedeutung erlangenden Bauernvereins Tuntenhäuser (Ziel war die Erhaltung des Bauernstandes und die religiös-sittliche

und Zentrumsleuten in ganz Deutschland in Kontakt, seine Kontakte zu denjenigen, die für entschiedene Opposition gegen die liberale bayerische Regierung und gegen Bismarck, für konfessionelle Partei und christlichen Staat und somit teilweise auch gegen den Parlamentarismus eingestellt waren, waren jedoch besonders eng.

Zu ihnen zählten z. B. Sazenhofen, Rudolf Freiherr von Oberkamp und auch Schäfler, der 1879 für den verstorbenen Joseph Lindner in Landtag – und Reichstag – gewählt wurde und Arco schrieb, dass er im Landtag sein Bestes geben werde.¹⁸³ Welchen Plan man mit Schäfler verfolgte, entrollt ein Brief des Westfalen Felix Freiherr von Loë-Terporten,¹⁸⁴ der zudem Schlüsselbegriffe des fünften Flügels aufweist, wie „extrem“ und „entschieden“, welches als Abkürzung für „entschieden katholisch“ stand:

„In der Frage, in Betreff der Haltung des Centrums, ist jetzt doch einige Bewegung gekommen. Die deutsche Reichszeitung in Bonn steht auch auf unserer Seite; die Centrumsblätter sind entrüstet. Die Wahl Schäffler's hat sehr günstig gewirkt und ist auch deshalb für uns ein Glück, weil er so tadellos dasteht. Wenn er nur fest bleibt. [...] Könntest Du es indirekt erreichen, daß Sigl sich jetzt aller persönlichen Beleidigungen und zu scharfen Angriffe enthalte [...] so wäre damit viel gewonnen; im entgegengesetzten Falle würden Manche, welche sonst mit uns übereinstimmen möchten, wieder zurückgestoßen werden. Wird es Schäffler nicht gelingen, die entschiedenen Elemente aus der patriotischen Fraktion herauszuziehen und zu einer besonderen Fraktion zu formieren [!]. In No 164 des Vaterlandes wird aus dem Wahlkreise Wasserburg geschrieben, dort würde heute ein Centrums kandidat kaum 1500 Stimmen erhalten. Was gibt es dort für extreme Leute, denen ich einige Probenummern der St. [?] Ztg. schicken lassen könnte?“¹⁸⁵

Erziehung des Landvolkes), ab 1880 erster Vorstand des geistig hochstehenden Katholischen Kasinos München, Ritter des königlich bayerischen Hausritter-Ordens vom heiligen Georg, Commandeur des päpstlichen Gregorius-Ordens. Die beiden letzten Informationen: Todesanzeige Ludwig Graf Arco-Zinneberg: Bay HStA, FamA Ludwig Graf v. Arco-Zinneberg, vorl. Nr. 9 [1.7.2]. Zu Arco sowie zur Zusammenarbeit mit Ratzinger: Amann, Ratzinger. Zu Arco und teilweise zu seiner Zusammenarbeit mit Löwenstein: Albert HUHNS: Dem Andenken des hochgeborenen Herrn Grafen Ludwig zu Arco-Zinneberg. Rede gehalten im katholischen Kasino in München am 30. November Abends 8 Uhr, München 1883; GBBE, Bd.1, 58; Berthold LANG: Katholische Männer. Eine Apologie in Lebensbildern, München 1834; Paul Siebertz, Karl Fürst zu Löwenstein. Ein Bild seines Lebens und Wirkens nach Briefen, Akten und Dokumenten, München – Kempten 1924, (speziell zu Arco: S. 173-175).

¹⁸³ Bay HStA, FamA Ludwig Graf v. Arco-Zinneberg, vorl. Nr. 108 [3.3.14], Brief Joseph Schäfler an Arco vom 25. August 1879.

¹⁸⁴ Felix Freiherr von Loë-Terporten (1825-1896): westfälischer Uradel, großdeutsch gesinnt, Bauernvereinspräsident, im Spektrum der Zentrumsparteien dem kleinen konfessionell gestimmten Lager zuzurechnen. MdZP 1867-1871 (fraktionslos), Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses 1870-1876, 1890-1896. Ferdinand Jacobs, Deutsche Bauernführer, Düsseldorf 1958, S. 58-71; Max Schwarz, MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965, S. 390.

¹⁸⁵ Bay HStA, FamA Ludwig Graf v. Arco-Zinneberg, vorl. Nr. 108 [3.3.14], Brief Felix Freiherr von Loë-Terporten an Arco vom 23. Juli 1879. Weitere Belege: Ebd. vorl. Nr. 107 [3.3.13], Brief Schierstaedt (Sekretär

Hartmannsgrubers Zuordnung von Arco zum Altkonservativen Flügel kann demgemäß nicht gefolgt werden.¹⁸⁶

Fraglich erscheint auch die einfache Zuordnung zum konservativen Flügel von Adam Haus,¹⁸⁷ der in Löwensteins Aktivitäten 1881 mindestens eng eingebunden war.¹⁸⁸ Nach Hartmannsgruber spielte er zeitlich nach diesen Aktivitäten eine „wichtige Schrittmacherrolle“¹⁸⁹ für seine unterfränkischen Landtagskollegen, als er 1881 mit Erfolg den gemeinsamen Beitritt von Konzessionen im Fraktionsprogramm im Sinne des Regensburger Programmes abhängig machte. Nach Haunfelder „wandelte [er] sich nach seiner Wahl in den bayer. Landtag zum gemäßigt Konservativen“¹⁹⁰. Seine ursprüngliche Flügelzugehörigkeit war dies jedoch nicht. Ebenso wenig die von Franz Xaver von

beziehungsweise Domänenverwalter von Löwenstein) an Arco vom 21. Juni 1878, aus dem hervorgeht, dass Arco einen Brief an Löwenstein schrieb, in dem er die Bildung einer „bairischen oder rein katholischen Partei“ vorschlug. Ebd. Brief Rudolf von Oberkamp an Arco vom 21. Oktober 1878: „Würde ich mich irren u doch ein Kathol. Blatt in München von unserer Gesinnung projectirt werden, so bitte ich ganz ergebenst, mir zu sagen [...]“. Ebd. Brief Schierstaedt an Arco vom 3. November 1878: „Wegen Wahlvereinen würde ich mich nie sehr erhitzen, da ich vollkommen Ihre Ansicht theile. daß der ganze Parlamentarismus ad absurdum geworden ist und je eher je lieber würde ich ihm einen Fußtritt versetzen, um ihn in die Rumpelkammer der Vergessenheit zu stürzen.“

Auch ein Programm von 1876, auf das Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 327 Anm. 22, verweist und es paraphrasiert, möge als Beleg gelten.

¹⁸⁶ Einordnung als altkonservativ: Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 122. Der einfachen Zuordnung zum Flügel ist hinzuzufügen: Arco, Löwenstein und Ratzinger wollten mit dem populistisch-derben Sigl nichts zu tun haben, der seit den Anfängen der patriotischen Bewegung für Zwist sowie unkluge Taktik stand und seinem eigenen Journalisten-Geldbeutel in jedem Fall enger verbundenen war als der katholischen Sache. Wenn Löwenstein und Arco nach oder mitten in ihren Vorstößen für eine konfessionelle Partei und für einen mehr katholischen denn christlichen Staat einen Rückzieher machten, ihre Vorhaben abschwächten, oder der eine den anderen versuchte zu bremsen, so liegt der Grund in keinem Fall in der Abkehr von ihren Vorstellungen, sondern jedes Mal in der Einsicht, dass das Vorhaben keine Aussicht auf Erfolg habe oder dass die Einigkeit von Patrioten beziehungsweise Zentrum doch wichtiger sei. Alle drei zeichnete tiefe Religiosität aus, in der die Grundlage für ihre politische Einstellung und auch für ihr caritatives beziehungsweise sozialpolitisches Engagement zu sehen ist. Hervorzuheben ist, dass es Arco, Ratzinger und Löwenstein immer um die Sache ging, sie daher dem gemäßigten Großteil der Bayerischen Patriotenpartei versöhnlich gegenüberstanden und von ihnen keine Angriffe auf der persönlichen Ebene vorgenommen wurden.

Zu Realitätssinn, Einigkeitsbestrebungen und Versöhnlichkeit bei Arco und Löwenstein siehe zum Beispiel die geschilderten Geschehnisse bei: Buchheim, Ultramontanismus, 272- 275; Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 178, 182, 337. Mit dem politischen Gegner ging Arco jedoch nicht versöhnlich um: Als Landrat lehnte er die Zustimmung zu liberalen Vorhaben ebenso ab, wie einen Platz an ein und demselben Tisch mit dem jeweiligen Regierungsvertreter im Landrat einzunehmen: Bay HStA, FamA Ludwig Graf v. Arco-Zinneberg, vorl. Nr. 32 [2.2.5], in einem Brief des Verlegers Adolf Krätzer an Arco vom 23. Oktober 1882 befindlicher, nicht eindeutig zuordenbarer Zeitungsausschnitt mit Verweis auf den 19. Oktober in München. Vgl. Amann, Ratzinger, S. 127 und Anm. 11.

¹⁸⁷ Einordnung als konservativ: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 126. Adam Haus (1836-1895), Pfarrer in Wörth/Main, MdR 1886 bis 17. März 1895 (Tod), MdL 1881 bis 17. März 1895 (Tod).

¹⁸⁸ Zu seiner Aktivität 1881: Ebd. S. 177-179.

¹⁸⁹ Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 314 Anm. 47.

¹⁹⁰ Haunfelder: Reichstagsabgeordnete, S. 175. Haus war ab seinem Beitritt zum Landtag und zur Mehrheitsfraktion der Patrioten auch im Fraktionsvorstand. Es gelang den führenden Männern 1881 folglich, mit Haus eine extremere Gruppe einzubinden.

Hafenbrädl, der 1882/83 Vorsitzender der Äußersten Rechten in der bayerischen Kammer der Abgeordneten war, von dem allerdings kein Flügelwechsel bekundet ist.¹⁹¹

Bekanntermaßen erschwerte das Vorhandensein der Parteiflügel den Patrioten im Landtag die Arbeit erheblich. Ebenso bekannt ist die Geschlossenheit der Zentrumsfraktion des Reichstages nach außen.¹⁹² Die Frage nach der Bedeutung der bayerischen Parteiflügel für die Reichstagsfraktion drängt sich auf. In diesem Kapitel soll sich ihr vor allem mit der Zusammensetzung des bayerisch-patriotischen Kontingents und der zahlenmäßigen Bedeutung der Bayern in der Zentrumsfraktion genähert werden, auch wenn dies – ebenso wie bei Hartmannsgrubers Flügeleinteilung – über die Jahre des Untersuchungszeitraumes hinweg Probleme bereitet, da Biographien und somit verlässliche Daten für viele Abgeordnete fehlen.

Außer, dass das immer wieder vorkommende Auseinanderbrechen der patriotischen Mehrheit in der Zweiten Kammer sowie Aktivitäten von außerparlamentarischen Akteuren für die Reichstagsfraktion von Interesse waren, gehörten zahlreiche Personen Reichstag und Landtag an und waren folglich direkt betroffen: Von den 87 patriotischen Reichstagsabgeordneten zwischen 1871 und 1887 gehörten in diesem Zeitraum – aber nicht unbedingt gleichzeitig – 53 als Abgeordnete der Zweiten Kammer des Bayerischen Landtages an. Das sind 60,9 %.¹⁹³ Gleichzeitig mit ihrem Reichstagsmandat waren sechs Abgeordnete auch bayerische Reichsräte, zwei wurden Jahre später in die Reichsratskammer berufen.¹⁹⁴ Umgekehrt betrachtet, waren diese 53 Landtags-/Reichstagsabgeordneten 22,6 % von den insgesamt 234 patriotischen Landtagsabgeordneten. Die Bayern stellten immer ungefähr ein Drittel der Zentrumsfraktion; der Rest der Fraktion kam nicht nur, aber vor allem aus Preußen.¹⁹⁵ Bei der ersten Reichstagswahl 1871 errangen die bayerischen Patrioten von den

¹⁹¹ Einordnung als konservativ: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 124; zur Äußersten Rechten: Ebd. S. 314f.

¹⁹² Die Landtagsabgeordneten wurden in Bayern von 1848 bis 1881 auf Grund eines gleichen, indirekten und öffentlichen Männerwahlrechts gewählt; ab 1881 waren die Wahlen geheim. Wie schon für das Zollparlament galt für den Reichstag das gleiche, direkte und geheime Männerwahlrecht. Ausführlich zu den Details der Wahlgesetze siehe: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 136-142.

¹⁹³ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 165, gibt abweichend 54 Reichstag-/Landtagsabgeordnete an.

¹⁹⁴ Die Zahlen für andere Parteien sind geringer. Siehe: Löffler, Reichsräte, S. 441f. Die Zahlen für die Landtagsabgeordneten und für die Reichstagsabgeordneten ergeben sich aus der „Liste der patriotischen Landtagsabgeordneten 1871-1887“ und der „Liste der patriotischen Reichstagsabgeordneten 1871-1887“ bei Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 405-415 und S. 416-419, sowie – für die von Hartmannsgruber übersehenen zwei Abgeordneten – aus den jeweiligen Jahrgängen von Hirth, Parlaments-Almanach.

¹⁹⁵ Außer in Bayern hatte das Zentrum seine Hochburgen in Westfalen, Schlesien und im Rheinland. Eine übersichtliche graphische Darstellung für die Reichstagswahlen 1874 bietet: Gerhard A. Ritter u. Mitarbeit v. Merith Niehuss: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918, München 1980, S. 44f. Die folgenden Mandatszahlen der Patrioten nach: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 172 Tabelle 21. Die Mandatszahlen der Gesamtfraktion beziehungsweise die aus Preußen stammenden Mandate

48 bayerischen Mandaten nicht wie für das Zollparlament 28 Mandate,¹⁹⁶ sondern geschwächt durch die Reichsbegeisterung der Bevölkerung 18 Mandate (das Zentrum einschließlich Patrioten 63, davon 40 in Preußen).¹⁹⁷ 1874 war die Reichsbegeisterung auf Grund des Kulturkampfes gewichen und die Zahl der bayerisch-patriotischen Mandate stieg auf 32 (Zentrum: 91; davon in Preußen: 52). Die weiteren Mandatszahlen lauten: 1877: 31 bayerisch-patriotische Mandate (Zentrum: 93; in Preußen: 56); 1878: 31 bayerisch-patriotische Mandate¹⁹⁸ (Zentrum: 94; in Preußen: 55); 1881: 32 bayerisch-patriotische Mandate¹⁹⁹ (Zentrum: 100; in Preußen: 60); 1884: 33 bayerisch-patriotische Mandate (Zentrum: 99; in Preußen: 56); 1887: 33 bayerisch-patriotische Mandate (Zentrum: 98; in Preußen: 57).²⁰⁰

Wenn man unter den Bayern nun nach Extremen forscht, nach Abgeordneten also, die eindeutig den Klerikal-Demokraten oder der konfessionell ausgerichteten Minderheit zuzurechnen sind oder zumindest als ihnen nahe stehend betrachtet werden müssen, kommt man auf folgende Zahlen und Personen: In der ersten Legislaturperiode von März 1871 bis Ende 1873 hatten vier bayerische Extreme Reichstagsmandate erhalten: August Schels, der sich in den ersten beiden Sessionen mit Redebeiträgen einbrachte, aber in der dritten Session verstummte.²⁰¹ Eduard Freiherr von Sazenhofen, dessen Zugehörigkeit(szeitraum) zur

nach: Ritter/Niehuss: Arbeitsbuch, S. 38-40 und 83. Außer mit dem konfessionell bedingten Wahlverhalten hängt die Zusammensetzung der Reichstagsfraktion auch an der Größe der Einzelstaaten: Bayern war nach Preußen der größte Einzelstaat des Deutschen Kaiserreiches. In Preußen lebten zwei Drittel der Bevölkerung und seine Fläche stellte zwei Drittel der Gesamtfläche des Reiches dar.

¹⁹⁶ Die genaue Zahl der patriotischen Zollparlamentsabgeordneten ist in der Forschung umstritten. Einen Überblick bietet: Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 46.

¹⁹⁷ Der Reichstag zählte 1871 insgesamt 382 Abgeordnete, ab 1874 zählte er 397. Ein bayerisch-patriotischer Mandatsträger trat vermutlich nicht zu Beginn der Legislaturperiode der Zentrumsfraktion bei, eventuell auch gar nicht. Die bayerisch-patriotischen Mandatszahlen nach: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 172 Tabelle 21.

¹⁹⁸ Ein bayerisch-patriotischer Mandatsträger, der 1879 per Nachwahl gewählt wurde, trat der Zentrumsfraktion nicht bei.

¹⁹⁹ Ein bayerisch-patriotischer Mandatsträger trat der Zentrumsfraktion nicht bei.

²⁰⁰ Die gleichbleibende Wahlkreiseinteilung begünstigte Patrioten und Zentrum in den späteren Jahren, da sie die Bevölkerungszunahme in den Städten nicht berücksichtigte. Bei den Patrioten kann ein Einbruch des Stimmenanteils allerdings erst 1887 ausgemacht werden: 1871: 38,0 %, 1874: 59,7 %, 1877: 54,3 %, 1878: 53,8 %, 1881: 55,1 %, 1884: 55,3 %, 1887: 49,9 %. Für die Zollparlamentswahl von 1868 liegen keine Zahlen vor. Hartmannsgruber errechnete anhand des Stimmenanteils fiktive Mandatszahlen, die die Entwicklung für die Patrioten ebenfalls verdeutlichen: 1871: 18 Mandate; 1874: 29; 1877: 26; 1878: 26; 1881: 27; 1884: 27; 1887: 24. Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 151 Tabelle 10.

²⁰¹ August Schels (1829-1886), klerikal-demokratischer Flügel, MdR 1871-1874, MdL 1875 bis 4. März 1886 (Tod). Hattenkofer übernahm die Behauptung des Wochenberichts des Regierungspräsidenten der Oberpfalz und von Regensburg vom 31. März 1873, Schels habe (ebenso wie Sazenhofen) seinen Sitz im Reichstag noch nicht eingenommen, was die Sprechregister der Stenographischen Berichte für Schels widerlegen. Hattenkofer: Oberpfalz, S. 95; Staatsarchiv Amberg, Nr. 13 751, Tagebuchnummer 592 vom 31. März 1873. Haunfelder: Reichstagsabgeordnete, S. 253, formuliert: „hatte bis März 1873 sein Reichstagsmandat nur unzureichend wahrgenommen“. Fraglich bleibt, ob dieses Urteil, das nicht in die Tatsache der allgemein hohen Abwesenheitsquote im Reichstag eingebettet ist, gerechtfertigt ist; wahrscheinlich ist, dass Schels mitarbeitete, wenn er anwesend war – und seine Abwesenheit nach anfänglicher Euphorie stark abnahm, worauf die Verteilung der Redebeiträge hinweisen würde:

RV 1871, Bd. 19, S. 233 (Wahlprüfung Schüttinger), 243 (persönlich), 260 (Wahlprüfung bzgl. Wahlbezirkseinteilung in Unterfranken), 267 (persönlich), 425 (Etat für 1871).

RV 1871, Bd. 19, S. 123 (Gesetz, betreffend die Bildung eines Kriegsschatzes).

Zentrumsfraktion nicht geklärt werden kann²⁰² und der im Wahlkampf Ende 1873 Windthorst schrieb, eine „eigene bayerische Partei [...] im Reichstag“²⁰³ bilden zu wollen, also eine Separation der Bayern von dem Rest der Zentrumsfraktion wünschte; er fehlte vermutlich an zahlreichen Sitzungstagen. Aloys Freiherr von Hafenbrädl, dessen zahlreiche namentliche Abstimmungen aus dieser Legislaturperiode Anwesenheit verraten, und über den es bei Haunfelder – vorsichtig in Bezug auf sein Reichstagsverhalten – heißt: „gehörte zeitweise d. extremen Flügel der Patriotenpartei im bayer. Landtag an“²⁰⁴. Als vierter ist bis zu seiner Mandatsniederlegung vom März 1872 Löwenstein zu nennen.²⁰⁵ Es handelte sich folglich um zunächst vier, dann drei Extreme unter den 18 Bayern, die aber in ihren Intentionen und ihrem taktischen (und persönlichen) Verhalten nicht als geschlossene Gruppe gesehen werden dürfen. In der zweiten Legislaturperiode blieb von ihnen trotz des Zuwachses auf insgesamt 32 Mandate nur Hafenbrädl übrig. In der dritten Legislaturperiode von 1877 bis zur Reichstagsauflösung 1878 kam zu Hafenbrädl Ratzinger hinzu, wobei er durch das Verhalten der Reichstagsfraktion ihm gegenüber zur Untätigkeit im Reichstag verurteilt war. Der ebenfalls hinzukommende Domkapitular und Lyzealprofessor Dr. Albert Stöckl²⁰⁶ stand zwar einer „Katholisch-Patriotische[n] Volkspartei“²⁰⁷ nicht abgeneigt gegenüber, gab jedoch zu dieser Zeit im Eichstätter „Kasino den Ton an“²⁰⁸, welches den damaligen Behörden als unbedenklich galt; Stöckl hatte folglich die Tendenz zu einer klareren katholisch-christlichen Profilbildung, war jedoch in seinen Aktivitäten allem Anschein nach Realpolitiker. Die vierte Legislaturperiode brachte mit der Nachwahl für den verstorbenen Joseph Lindner zu Hafenbrädl einen zweiten extremen Bayern in den Reichstag: den in der Korrespondenz

RV 1872, Bd. 25, S. 603 (Gesetzentwurf der Abgeordneten Lasker und Genossen, betreffend die Abänderung der Nummer 13 des Artikels 4 der Verfassung des deutschen Reichs, Nr. 63 der Drucksachen).

²⁰² Eduard Freiherr von Sazenhofen war 1877 Vorstand der Siglschen Katholischen Volkspartei, MdR 1871-1874. Dass Sazenhofen wie Schels sein Reichstagsmandat, wie immer wieder behauptet, im März 1873 noch nicht angetreten hatte, ist auch für ihn anhand einiger namentlicher Abstimmungen in der zweiten Session (16. Oktober 1871 bis 1. Dezember 1871) leicht zu entkräften: Generalregister B S. 195. Da er allerdings bei zahlreichen namentlichen Abstimmungen fehlte, dürfte er häufig abwesend gewesen sein. In den Sprechregistern der ersten Legislaturperiode wird er nicht geführt. Dies läßt jedoch keinen Rückschluss auf seine Aktivität innerhalb der Fraktion zu, wenn er anwesend war oder sich mit dem Mittel der Korrespondenz einschaltete.

²⁰³ Jörg, Briefwechsel, S. 403 Nr. 287: Brief Windthorst an Jörg vom 2. Dezember 1873. Vgl. Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 336 und Anm. 65.

²⁰⁴ Haunfelder: Reichstagsabgeordnete, S. 172. Aloys Freiherr von Hafenbrädl (1817-1883) bildete mit sieben weiteren Kollegen im Landtag am 6. Juli 1878 die Abspaltung von der patriotischen Fraktion namens „Freie Vereinigung“, MdR 1871-1881, MdL 1869-1881. Namentliche Abstimmungen: Generalregister B S. 112.

²⁰⁵ Löwenstein hatte seine Mandatsniederlegung erst durchgeführt, als er von Franckenstein eine Zusage zur Aufstellung in der Nachwahl erreicht hatte: Aretin, Franckenstein, S. 38. Löwenstein wurde folglich durch einen Konservativen ersetzt.

²⁰⁶ Albert Stöckl (1823-1895), MdR 1877-1881.

²⁰⁷ Dieser Ausdruck stammt von Stöckl selbst: Ingolstädter Zeitung vom 22. und 24. Januar 1877 sowie AP 21 und 22 vom 24. und 25. Januar 1877; zitiert nach: Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 330 (siehe hier auch zu seiner Ablehnung eines Beitritts zur Sigelschen Katholischen Volkspartei).

²⁰⁸ Zitat: Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 237; zum Eichstätter Kasino: Ebd. S. 236f.

Arcos erwähnten Joseph Schäfler. Er trat im Reichstag der Zentrumsfraktion nicht bei und konnte insofern – anders als der beigetretene Ratzinger – keine Unruhe in Fraktionssitzungen bringen; der Zentrumsfraktion und den Bayern in ihr kostete dieser Schritt jedoch auch ein aktives Mitglied.²⁰⁹ Mit den Wahlen 1881 verließ der Bauernbaron Hafenbrädl siebenundsechzigjährig das deutsche Parlament. Schäfler wurde für die fünfte Legislaturperiode wiedergewählt und blieb bis zu seinem Ausscheiden 1884 fraktionslos.²¹⁰ Johann Evangelist Diendorfer, der mit Hafenbrädl 1878 der „Freien Vereinigung“ im Landtag beigetreten war, kam 1882 per Nachwahl in den Reichstag und wurde zum einzigen extremen Bayern in der Zentrumsfraktion zu diesem Zeitpunkt.²¹¹ In der sechsten und siebten Legislaturperiode traten zu Diendorfer dann Georg Haberland, ein ehemaliges Mitglied von Sigls Katholischer Volkspartei, und Michael Wildegger hinzu.²¹²

Aus der Übersicht, die die Zuordnung von bayerisch-patriotischen Reichstagsabgeordneten zu einer extrem kirchlichen Richtung und zudem eventuell zu einer stark oppositionellen und reichsfeindlichen Richtung vornimmt, kann geschlossen werden, dass die Reichstagsfraktion nicht frei von diesen Überzeugungen war. Ihr Anteil beziehungsweise ihre Anzahl waren aber bis auf die erste Legislaturperiode gering.²¹³

Wie sah es mit den Altliberalen, mittelparteilich Orientierten und den übrigen als ‚Umfallern‘ Bezeichneten der Kammer der Abgeordneten aus? Von den als liberal-konservativ Einzuschätzenden saßen nur Franz Joseph Freiherr von Gruben und Ferdinand von Miller im Reichstag. Miller war auch Landtagsabgeordneter und stimmte mit 31 patriotischen Kollegen am 21. Januar 1871 für den Beitritt Bayerns zum Reich.²¹⁴ Vier weitere Patrioten, auf die

²⁰⁹ Schäfler erhob im Reichstag nicht das Wort; das Generalregister weist allerdings Beteiligungen an namentlichen Abstimmungen aus.

²¹⁰ Im März 1882 hatte er bereits sein Landtagsmandat mit der Begründung niedergelegt, dass „zur Stunde auf parlamentarischem Wege Nichts zu erreichen“ sei: BV 72 vom 14. März 1882; zitiert nach: Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 134. Sein Nichtwiederantritt 1884 wurde in der Presse mit dem Fazit kommentiert, dass im Reichstag für seine „gut gemeinten Schrullen“ kein Platz sei: AZ 272 vom 30. September 1884, 2. Beil.; zitiert nach: Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 135 Anm. 79.

²¹¹ Johann Evangelist Diendorfer (1833-1909), Priester und Lyzealprofessor in Passau, MdR 1882-1890, MdL Februar 1872 bis 1881. Karl von Ows Urteil lautete 1885: „daß er im Herzen Demokrat zu den Extremsten geschworen /wie auch Diendorfer“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 10, Brief Karl von Ow an Soden vom 1. Januar 1885. Diendorfer gehörte dem 1877 aus Extremen und Gemäßigten gebildeten Gesamtvorstand der Landtagsfraktion an: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 317.

²¹² Georg Haberland ((1830-1910), Maler und Vergolder in Eggenfelden, MdR 1884-1893, MdL 1886-1893. Michael Wildegger (1826-1912), Bischöflicher Dekan und Stadtpfarrer in Nördlingen, MdR 1884-1898, MdL 1875-1881 und 1885-1899. Nach Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 247, nahm Wildegger seit Mitte der siebziger Jahre einen extrem kirchlichen Standpunkt ein.

²¹³ Zu bedenken ist, dass auch die Nicht-Bayern der Zentrumsfraktion keine homogene Masse darstellten.

²¹⁴ Franz Joseph Frhr. von Gruben (1829-1888), ab 1871 Chef der Fürstlich Thurn und Taxisschen Gesamtverwaltung in Regensburg, ab 1877 Gutsbesitzer, MdR 1881 bis 23. Oktober 1888 (Tod).

Ferdinand von Miller (1813-1887), Bildhauer, 1844 Inspektor der kgl. Erzgießerei in München, 1873 Eigentümer der kgl. Erzgießerei-Anstalt in München, MdR 1874-1881, MdL Mai 1869-1875. Er ist beispielsweise der Erzgießer der Bavaria in München und des Goethe-Schiller-Denkmal in Weimar.

letztere beiden Merkmale zutreffen und die somit – wie zu lesen ist – die realpolitische Wende mit ihrer Zustimmung vollzogen, gehörten ebenfalls zeitweise dem deutschen Parlament an: Der Bruder des Regensburger Bischofs Ignatius (von) Senestrey, Karl Josef Senestrey,²¹⁵ der Geistliche Rudolf Weiß,²¹⁶ Rudolf Freiherr von Freyberg-Eisenberg,²¹⁷ der 1871 sein Landtagsmandat niederlegte, und Georg Ponschab,²¹⁸ der für den 1887 verstorbenen (Peter) Karl Freiherr von Aretin in den Reichstag nachrückte. Von der Juristengruppe, die zwar 1871 den Beitritt zum Reich ablehnte, nach 1875 zur Kompromissbereitschaft in der Kammer der Abgeordneten tendierte, trat nur Hauck²¹⁹ dem Reichstag bei. Es ist unklar, ob Haucks Kompromissbereitschaft in Bayern ab 1875 mehr als Charakterzug gewehrtet werden muss, der auf die veränderte Zusammensetzung der Abgeordnetenkammer 1875 entsprechend reagierte, ob die Kompromissbereitschaft nur im bayerischen Kräftesystem bestand oder ob es sich um ein allgemeines Umdenken handelte, das weder strikte Opposition noch positive Mitarbeit, sondern eine kompromissbereite Zusammenarbeit mit Regierungen – also auch auf Reichsebene – als sinnvoll empfahl. Klar ist, dass für alle Akteure das Deutsche Kaiserreich und das bayerische Königreich unterschiedliche Komplexe waren und die Handlungsweise der Abgeordneten und Reichsräte nicht von einem Komplex in den anderen einfach übertragbar ist. Dennoch lässt sich – wenn es um Heterogenität oder Homogenität der Reichstagsfraktion geht – konstatieren, dass die Gruppe der Altliberalen, der 1871 Realpolitischen oder ab 1875 Kompromissbereiteren der Zentrumsfraktion des Reichstags in den Legislaturperioden bis 1890 zwei bis vier Abgeordnete beisteuerte; nur in der ersten Legislaturperiode wurde keiner von den – bis 1873 – Auffallenden in den Reichstag gewählt.²²⁰

Aus der kleinen Gruppe der Altkonservativen traten zwei Vertreter bereits 1871 Reichstag und Zentrumsfraktion bei: Der langjährige Präsident der Abgeordnetenkammer und 1893 zum Reichsrat auf Lebenszeit ernannte Karl Freiherr von Ow, der 1869 im Landtag das direkte,

²¹⁵ Ignatius von Senestrey war in Bezug auf die Abstimmung im Landtag der Meinung seines Bruders: Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 371. Karl Josef (auch: Joseph Johann Karl) Senestrey (1820-1901), Kgl. Bezirksgerichtsrat in Traunstein, MdR 1874-1890, MdL 1855-1858, 1869-1881. Zu Senestrey liegen sowohl edierte Quellen als auch Nachlässe vor: Bischöfliches Zentralarchiv Regensburg: Familiennachlass Senestrey, Nachlass Bischof Ignatius Senestrey; Anton Doeberl: Aus Senestrey's Familienbriefen, in: HPB 167, 1920, S. 471-483 und S. 550-559.

²¹⁶ Rudolf Weiß (1823-1903), Pfarrer, Dekan des Landkapitles Wallerstein, MdR 1874-1877 und 1890-1893, MdL 1869-1875.

²¹⁷ Rudolf Freiherr von Freyberg-Eisenberg (1817-1887), Gutsbesitzer, MdR 1883-1887, MdL 1869-1871 (N).

²¹⁸ Georg Ponschab (1829-1890), Brauerei- und Gutsbesitzer, MdR 1887-1890, MdL 1869 bis 29.12.1890 (Tod).

²¹⁹ Thomas Hauck (1823-1905), Bezirksamtman, 1879 Oberstaatsanwalt am Verwaltungsgerichtshof, MdR 1871 bis 13. Dezember 1879 (Verzicht auf Wiederwahl nach Beförderung), MdL 1869 bis September 1879 (Verzicht auf Wiederwahl nach Beförderung) und 1887-1893.

²²⁰ 1874, mit dem besseren Wahlergebnis der Partei, zogen drei Abgeordnete in den Reichstag ein, die 1871 für die Versailler Verträge gestimmt hatten: Miller, Senestrey, Weiß.

allgemeine, und geheime Wahlrecht ablehnte, der allerdings sehr bald der taktisch gemäßigten Gruppe im Landtag angehörte.²²¹ Und Konrad Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos, der mit Franckenstein und Arco eng befreundet war, nach dem Tod seines Vaters 1881 ebenfalls Reichsrat der Krone Bayerns wurde und dem Vorstand der Reichstagsfraktion offiziell erst ab 1890 angehörte.²²² Preysing entstammte einer „wittelsbachischen Hofadelsfamilie“²²³ und lässt sich im Grunde nur schwer in die Gruppierungen einordnen. Über ihn schrieb Laura Freifrau von Ow charakterisierend: „Er geht seine eigenen Wege!“²²⁴

Zur Heterogenität der Patriotenpartei insgesamt und auch im Reichstag steuerten die Reichsräte grundsätzlich ihren Teil bei.²²⁵ Im bayerischen Reichsrat zeigten sich die den Patrioten Zuzurechnenden häufig erstaunlich reformfreudig. Löffler zieht allgemein und den Zeitraum von 1871 bis 1918 betreffend den Schluss, dass sich die Reichsräte der Bayerischen Patriotenpartei beziehungsweise Bayerischen Zentrums- und Reichspartei nicht zuletzt deshalb um Ausgleich und Kooperation mit dem Deutschen Reich bemühten, um weitergehende Demokratisierungstendenzen zu verhindern.²²⁶ Franckenstein sah allerdings gerade in dem Kurs der bayerischen und der übrigen Regierungen eine Bedrohung für die monarchische Staatsverfassung²²⁷ und versuchte mit verschiedenen Mitteln gegenzusteuern. Wie die Reichsräte auf dem Parkett des Reichstages agierten, wird noch zu untersuchen sein.

Die Reihe der bislang vorgestellten Patrioten vermag es nicht zu leisten, die Zusammensetzung der Abgeordneten aus sozialen Gruppen wiederzugeben. Hartmannsgruber nimmt eine Aufteilung in sozial annähernd gleich definierte Erwerbssparten vor; für den direkten

²²¹ MdR 1871 bis 6.6.1882 (Verzicht auf Wiederwahl nach Beförderung).

²²² MdR 1871-1893 und 1900 bis 3. Dezember 1903 (Tod). Preysing übernahm nach Arcos Tod 1882 den Vorsitz im renommierten Katholischen Kasino München.

²²³ Löffler: Reichsräte, S. 169.

²²⁴ Brief Laura Freifrau von Ow an Jörg 4. Februar 1890: Jörg, Briefwechsel, 510 Nr. 369. Möckl urteilt, Preysing (und auch Hertling) hätten sich mit der Regierung vielfach vom politischen Willen der Mehrheit der Bevölkerung entfernt: Möckl, Prinzregentenzeit, 426-430.

²²⁵ In der Sozialpolitik gingen die Meinungen zum Beispiel weit auseinander: Soden galt als Anhänger der modernen Sozialreform, Löwenstein-Wertheim-Rosenberg hing dem altständischen Traditionalismus an und Preysing vertrat gutsherrlichen Patriarchalismus: Löffler, Reichsräte, 566 Anm. 8.

²²⁶ Löffler, Reichsräte, 452. Inwieweit Löffler hier zwischen Demokratisierung und Parlamentarisierung unterscheidet oder nicht, ist nicht ersichtlich.

²²⁷ „Möge es endlich den verbündeten Regierungen belieben den Weg zu verlassen, den sie aus Angst oder aus Unverstand seit dem Bestehen des Reiches oder vielleicht besser seit Versailles zu gehen blieben und der zum Untergang aller und ich darf es wohl sagen zur nicht-monarchischen Staatsverfassung für Deutschland führen muß./Das Centrum und im Centrum die sogenannten ultramontanen Bayern haben noch einmal das rollende Rad zum Stillstehen gebracht, – mögen nun jene, die sich Regenten der deutschen Bundesstaaten nennen, dafür Sorge tragen, daß es nicht neuerdings in's Rollen gerathe!“ Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein, Aufzeichnung über die Verhandlungen, die wirthschaftlichen Gesetze im Reichstage im Frühjahr 1879 betreffend, datiert Ullstadt 18.7.1879, ed. bei Wolfram Pyta, Landwirtschaftliche Interessenpolitik im deutschen Kaiserreich. Der Einfluß agrarischer Interessen auf die Neuordnung der Finanz- und Wirtschaftspolitik am Ende der 1870er Jahre am Beispiel von Rheinland und Westfalen, Stuttgart 1991, 125-143, hier 143.

Vergleich zwischen Landtagsabgeordneten und Reichstagsabgeordneten wählt er das Jahr 1875.²²⁸ Auch wenn der Prozentsatz an Fabrikanten im Jahr 1875 zwischen 0,42 % im Landtag und 1,17 % im Reichstag leicht differierte²²⁹ und Bayern in den als maßgeblich erachteten Industriezweigen zurückstand, kann man dieser Zahl entnehmen, dass die Bayerische Patriotenpartei nicht die Partei der aufstrebenden Industriellen war. Des Weiteren lässt sich an den Prozentzahlen gut feststellen, dass die Diätenlosigkeit der Reichstagsmandate wie ein Zensus wirkte, so dass sich im Reichstag sozusagen die Elite der Abgeordneten wiederfand, da es sich um die Berufsgruppen handelte, die sich Absenzen besser leisten konnten: Im Vergleich zum Landtag ist 1875 ein leichter Unterschied bei den insgesamt gut vertretenen Beamten zu verzeichnen: 17,94 % im Landtag zu 18,83 % im Reichstag; ein stärkerer Unterschied bestand bei den Geistlichen von 21,37 % im Landtag zu 25,88 % im Reichstag. Die Geistlichen sprangen wie im Landtag bis auf wenige Ausnahmen nur kurz als Lückenbüßer ein, so dass die Fluktuation mitbedacht werden muss – gerade bei der Prozentzahl von 25,88 des Jahres 1875, die im Vergleich mit anderen Jahren zwischen 1871 bis 1887 die höchste Prozentzahl ist.²³⁰ Am stärksten nahmen im Vergleich zwischen Landtagskontingent und Reichstagskontingent die Gutsbesitzer zu (von 7,26 % auf 27,06 %); sie waren bis auf zwei Ausnahmen adlig und sorgten durch ihre häufig langjährige Abgeordnetentätigkeit für Kontinuität in der Fraktionszusammensetzung. Alle anderen Berufs- und Sozialgruppen, konkret kleinere und mittlere Bauern (5,88 %), Kauf- und Handelsleute (2,35 %), Handwerk und Gewerbe (9,41 %), freie Berufe und Privatisers (gemeinsam 8,24 %), stellten im Vergleich zum Landtag erheblich weniger Abgeordnete.²³¹ Den Zahlen zu entnehmen ist auch, dass der kleinstädtische und ländliche alte Mittelstand unterrepräsentiert war, der Adel stark überrepräsentiert. Die Analyse verdeutlicht, weshalb es gerechtfertigt ist, von der Bayerischen Patriotenpartei als einer Honoratiorenpartei zu

²²⁸ Alle folgenden bei Hartmannsgruber zu findenden Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1875; falls die Abgeordnetendaten sich auf den Zeitraum zwischen 1871 und 1887 beziehen, wird extra darauf hingewiesen. Daten bei: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 155-169, insbes. S. 168 Tabelle 19. Hier auch die Zahlen für Landtagsabgeordnete und Wahlmänner.

²²⁹ Hinter diesen Zahlen versteckt sich jeweils nur ein Abgeordneter. Da Hartmannsgrubers Berechnung auf dem Zeitraum von 1871 bis 1887 beruht, muss es sich um folgende zwei Personen handeln: Johann Georg Landes (1831-1894), Fabrikbesitzer in München, MdR 1887-1890, MdL 1881-1887. Engelbert Buxbaum (1831-1911), Fabrikant in Augsburg, MdR 1884-1890, MdL 1887-1893.

²³⁰ Für die einzelnen Legislaturperioden errechnet Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 167 Tabelle 18, folgende Prozentzahlen für die katholischen Geistlichen: 1871-1874: 20 %, 1874-1877: 23,5 %, 1877-1878: 25,8 %, 1878-1881: 20,6 %, 1881-1884: 17,6 %, 1884-1887: 17,6 %. Die Zahlen Hartmannsgrubers beziehen alle Zentrumsabgeordneten mit ein, das heißt dass erstens die nach seinem Kenntnisstand außerhalb der Fraktion bleibenden nicht enthalten sind und dass zweitens die durch Nachwahlen hinzugekommenen berücksichtigt sind.

²³¹ Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 164, macht darauf aufmerksam, dass „vor 1887 weder die patriotische noch auch die anderen Landtagsfraktionen“ einen Arbeiter kannten. Der einzige Arbeiter der Reichstagsfraktion, Gerhard Stötzel, wurde 1877 in Essen gewählt: Haunfelder: Reichstagsabgeordnete, S. 267.

sprechen.²³² Die dennoch nicht einseitige Zusammensetzung der Fraktionen gewährleistete die Vertretung unterschiedlicher Wählerinteressen.

Die in dieser Studie leicht überarbeitete Flügeleinteilung Hartmannsgrubers kann, wie gesehen, für die Reichstagsfraktion nutzbar gemacht werden: Die politisch sehr heterogene Zusammensetzung der Landtagsfraktion, die diese spaltbar machte, kann in dem bayerisch-patriotischen Kontingent der Reichstagsfraktion so nicht wiedergefunden werden:

Die überwiegende Mehrheit der Bayern in der Zentrumsfraktion gehörte dem konservativen Flügel der Patriotenpartei an. Es wurden jedoch Anhänger aller Flügel in den Reichstag gewählt. Ihre Zahl variierte von Legislaturperiode zu Legislaturperiode, manchmal auch von Jahr zu Jahr, wenn es Todesfälle oder Mandatsniederlegungen gab. Die summierte Anzahl der Mandate des klerikal-demokratischen Flügels und der konfessionell ausgerichteten Minderheit lag pro Legislaturperiode bei ein bis vier – wobei ihr prozentualer Anteil in der ersten Legislaturperiode wesentlich höher als in den folgenden Legislaturperioden war. Die Anzahl der bewusst weit gefassten Gruppe von Altliberalen, sich diesen Annähernden sowie den zwar zur konservativen Mehrheit Zählenden, aber 1871 für den Eintritt Bayerns ins Reichs Stimmenden schwankte zwischen null und vier; null betrug ihre Anzahl in der ersten Legislaturperiode. Summiert man in den einzelnen Legislaturperioden all diese Flügel und rechnet zudem die beiden in ihrer (ursprünglichen) Ausrichtung Altkonservativen hinzu, liegt die Höchstzahl bei sieben Mandatsträgern während einer Legislaturperiode.

Die These liegt nahe, dass neben anderen Faktoren wie persönlichen Führungsqualitäten, die im Vergleich zur patriotischen Landtagsfraktion homogenere soziale wie politische Struktur der Reichstagsabgeordneten zu einem besseren Zusammenhalt der Reichstagsfraktion führte. Außerdem fehlten zahlreiche oder auch langjährige Querulanten der Landtagsfraktion. Des Weiteren spielten die gänzlich andere Machtkonstellation im Reich sowie die anders gelagerten Mehrheitsverhältnisse im Reichstag eine Rolle.

In Bezug auf die gesamte Zentrumsfraktion des Reichstages ist immer wieder festgestellt worden, dass sie bis in die frühen 1880er Jahre eine geschlossen wirkenden Fassade aufwies, was durch die ebenfalls viel zitierte Klammer des Kulturkampfes mitbedingt war. Flügel konnten Zeitgenossen und Forscher eher ab den 1880er Jahren ausmachen, besonders deutlich am Ende des Jahrzehnts – die Trennlinien sowie ihre eventuellen Auswirkungen auf die Politik gilt es in der vorliegenden Arbeit aus bayerischer Sicht zu untersuchen. Eine

²³² Für die soziale Herkunft der gesamten Zentrumsfraktion des Reichstages gilt Ähnliches: Hans Fenske: Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn/München/Wien 1994, S. 129; Willy Kremer: Der soziale Aufbau der Parteien des Deutschen Reichstages von 1871-1918, Emsdetten 1934.

zahlreiche Abgeordnete miteinbeziehende Analyse der Flügel und Trennlinien wie die von Hartmannsgruber existiert für die Reichstagsfraktion nicht. Es wird von einem politisch linken und einem rechten Flügel gesprochen, von Bürgerlichen und Adeligen und von der Trennlinie „demokratisch“, die nach Andersons These weniger einen politischen Standpunkt darstellte, sondern mehr als soziale Kategorie zu verstehen ist.²³³ Im Tagebuch der Baronin Spitzemberg heißt es anlässlich Franckensteins Tod: „Die konservativen Elemente insbesondere verlieren ihren Führer, nachdem Schorlemer ausgetreten.“²³⁴ Der bayerisch-patriotische Blick auf diese Flügel in der Zentrumsfraktion wird in Egodokumenten der Abgeordneten ausschnittsweise deutlich und lässt ebenso wie Abstimmungen im Reichstag Schlüsse auf ihre eigene Einordnung zu.

b) Wähler und Wählerpotential

Die Politik der Patrioten richtete sich in Bayern wie später im Reich gegen den Liberalismus des Groß- und Bildungsbürgertums. Die Partei sammelte folglich die alten Sozialschichten, denn die wirtschaftliche Entwicklung, forciert durch die liberale Gesetzgebung, benachteiligte sie;²³⁵ zudem missfiel diesen tief im Glauben verwurzelten Gruppen die zunehmende Säkularisierung. Es wurde teilweise versucht, die Arbeiterschaft ebenfalls in das Vereinsleben einzubinden und sie als Wählerschicht zu gewinnen. Weder die Bayerische Patriotenpartei noch das Reichszentrum insgesamt repräsentierten folglich die gesellschaftliche Zusammensetzung ihrer Wählerschaft oder des katholischen Bevölkerungsteils. Ein Teil der Partei sah als Ideal einen Staat an, dem zwar kein geburtsständisches Ordnungsmodell zugrunde liegt, der aber nach Berufsständen gegliedert sein sollte, wobei auch die Arbeiterschaft als gleichberechtigt einbezogen werden sollte; des Weiteren sollte das Gemeinwesen christlich geprägt sein, aber dennoch alle gesellschaftlichen und geistigen Strömungen integrieren und ihnen ihre korporative Freiheit gewähren.²³⁶ Dabei stand die

²³³ Anderson: Windthorst, S. 383 (These), S. 382-385 (zu den Flügeln Ende der 1880er Jahre). Zu den Flügeln siehe beispielsweise auch: Nipperdey: Deutsche Geschichte II, S. 345f.

²³⁴ Hildegard Baronin von Spitzemberg: Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg, geb. Freiin v. Varnbüler. Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Hohenzollernreiches, hg. v. Rudolf Vierhaus, 5. Auflage, Göttingen 1989, S. 268. Vgl. Aretin: Franckenstein, S. 292.

²³⁵ Eine ausführliche Analyse der patriotischen Wählerschaft bei: Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 142-155.

²³⁶ Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 115f. Zu Positionen, Gegenpositionen und ihren Vertretern innerhalb der Zentrumspartei siehe: Nipperdey, Deutsche Geschichte I, S. 458f.

Treue zur Monarchie wie zum Hause Wittelsbach weder bei den Abgeordneten noch bei den Wählern in Frage.²³⁷

In den Jahren ihrer Existenz hatte die Patriotenpartei das Wahlvolk bis auf die kurze reichsbegeisterte Phase 1871 hinter sich.²³⁸ Dies zeigen nicht nur die oben genannten Reichstags-, sondern auch die Landtagswahlergebnisse. Für den bayerischen Landtag liegen ihre Mandatszahlen im Untersuchungszeitraum bei: Landtagswahl Mai 1869: 78 Sitze (von insgesamt 154 Sitzen); November 1869: 80 beziehungsweise 83 nach Nachwahlen (von 154); 1875: 79 (156); 1881: 89 (159); 1887: 81 (158).²³⁹ Diese Ergebnisse stellten immer die Mehrheit an Stimmen der Zweiten Kammer dar.²⁴⁰ Die Stimmenmehrheit fiel allerdings häufig sehr dünn aus; auf Grund der Heterogenität der Fraktion bedeutete das eine beinahe stets wackelige Mehrheit. Das in den Augen des heutigen Betrachters bereits sehr gut klingende Ergebnis der Landtagswahlen gibt jedoch nicht einmal den tatsächlichen Rückhalt der Partei im Volk wieder: Das indirekte Wahlrecht und die Wahlkreismanipulationen (‚Wahlkreisgeometrie‘ lautete der Begriff der Zeit) der liberalen Regierung verzerren das Ergebnis teils stark; ein Beispiel kann die Tatsache verdeutlichen: Bei der Landtagswahl im Juli 1875 wurden 2,8 Millionen Stimmen für die Patrioten abgegeben und sie erhielten 79 Landtagsmandate – die 1,9 Millionen Stimmen für die Liberalen ergaben 76 Mandate.²⁴¹

Geographisch hat Hartmannsgruber folgende Analyse vorgelegt, die wiederum Aussagen über die Stärke der konfessionellen Bindung sowie konfessionelle und soziale Schlüsse auf die Wählerschaft zulässt: „Die Hochburgen der Patriotenpartei lassen sich demzufolge nach ihrer Rangordnung unterscheiden: 1. Das katholische Altbayern, 2. Die katholischen Regionen Neubayerns, 3. Generell das Land mehr als die Städte und 4. Die kleineren Städte mehr als die großen“.²⁴² Dies zeigt eines ganz deutlich: Ausschlaggebend für die Wahlentscheidung der

²³⁷ Die Rede, die Jörg am 29. Januar 1870 im Landtag hielt, zeigt eindrucksvoll seine Ehrfurcht vor dem König – aber auch, dass er seine politische Stellung selbst gegen dessen Wünsche zum Ausdruck bringt. LV KdA 1870, Bd. I, S. 11; vgl. Schmidt: Zollparlament, S. 320

²³⁸ Wie kurz diese Phase war, zeigt ein Brief Dallers an Karl Aretin vom 4. Juli 1872: „Der nächste Wahlsieg wird sicher wieder ein viel glänzender werden. Wie sehr sich z. B. in Freising die Stimmung wieder zu unsern Gunsten gewendet hat, dürfte meine Wahl zum Gemeindebevollmächtigten beweisen. Ich wurde mit 174 gegen 56 Stimmen in das Collegium gewählt.“ HStA, Familienarchiv Aretin, Peter Karl von Aretin (1814-1887), Nr. 49/30/I.

²³⁹ Zahlen siehe: Spindler, bayerischen Geschichte IV/2, S. 739f.; Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 170f. Tabelle 20.

²⁴⁰ Da es keine Wahlen zum bayerischen Landtag in der kurzen Phase der Reichsbegeisterung gab, zeichnet sich dieser zeitweilige Abfall in der Wählergunst in den Landtagsmehrheiten nicht ab.

²⁴¹ Bereits für die Landtagswahlen von 1869 kreidet Jörg der Regierung an, dass die Volksstimmung sich nicht in der Zusammensetzung der Abgeordnetenkammer widerspiegle, da keine „völlig freie und durch den Druck von oben nicht beeinflusste Landtagswahl stattfinden würde.“ HPB 65, 1870, S. 480.

²⁴² Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 151.

Die Konfessionen verteilten sich in Bayern wie folgt: Oberbayern, Niederbayern und die Oberpfalz waren katholisch geprägt; in Schwaben und Unterfranken war die Bevölkerung konfessionell gemischt – aber überwiegend katholisch; die Pfalz war mit 43,3 % katholischem Bevölkerungsanteil Untersuchungszeitraum

bayerischen Bevölkerung war zur Zeit der Patriotenpartei die Konfession. Warum erfolgte eine so starke Polarisierung der Bevölkerung nach Konfessionszugehörigkeit? Zunächst muss darauf hingewiesen werden, dass es sich um einen Prozess handelt, der aus Aktion und Reaktion sowohl der protestantischen als auch der katholischen Seite bestand. Geht man in der Geschichte Bayerns zeitlich etwas zurück, erscheint die konfessionelle Spaltung erstaunlich: Regionale und soziale Gründe waren es bis zur Jahrhundertmitte, die den zwischen Alt- und Neubayern feststellbaren Unterschied in der Ausprägung des nationalen Bewußtseins und der nationalen Bewegung ebenso wie die Unterschiede im Gemeinschaftsgefühl und in der Haltung gegenüber dem bayerischen Staat ausmachten.²⁴³ Blessing legt bei seiner Beschreibung der allgemein anerkannten Tatsache, daß sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das einstig vor allem regionale Gemeinschaftsgefühl der Bevölkerung innerhalb Alt- und Neubayerns konfessionell aufspaltete, Wert darauf, dass dies im Zuge der „konfessionellen Verengung der liberalen Weltanschauung“²⁴⁴ geschah. Als Gründe für diese gibt er zum einen die drei Movers, die auch als Ursache der patriotische Bewegung gelten, an, zum anderen greift er noch weiter zurück: Er nennt die religiöse Erneuerung der ersten Jahrhunderthälfte und das weitgehende Einlassen der bayerischen Regierung unter Ludwig I. auf die katholische Erneuerung. Begreiflich machen können den Prozess der Polarisierung gerade der einfachen Bevölkerung weitere Details: Das politische Engagement des katholischen Klerus erklärt sich unter anderem daraus, dass sowohl sein Glaube als auch er selbst Zielscheibe liberalen Spottes waren.²⁴⁵ Mit der Aktivität der

gemischt; Mittelfranken war bis auf die katholische Region Eichstätt mindestens zu 80 % protestantisch; Oberfranken bis auf die Region Bamberg mehrheitlich protestantisch.

²⁴³ Zur den Versuchen der bayerischen Monarchen, Neubayern einzubinden: Hanisch, Fürst und Vaterland. Zur Einschätzung der tatsächlichen Integration in der neueren Forschung: Werner K. Blessing, Konfession und Nation. Zur politischen Identität in Bayern vor der Reichsgründung, in: Joseph Schröder/Rainer Salzmänn (Hg.), Beiträge zu Kirche, Staat und Geistesleben. Festschrift für Günter Christ zum 65. Geburtstag am 20. März 1994 (Beiträge zur Geschichte der Reichskirche in der Neuzeit 14), Stuttgart 1994, 209-226. Zur Geschichte und Integration des Sonderfalles Pfalz siehe: Hans-Jürgen Wünschel: Anmerkungen zum pfälzische-bayerischen Verhältnis 1866-1914, in: Hans Fenske (Hg.), Die Pfalz und Bayern 1816-1956, Speyer 1998, 131-161; Hannes Ziegler: Das pfälzisch-bayerische Verhältnis zwischen Revolution 1849 und Reichsgründung, in: Die Pfalz und Bayern 1816-1956, Hans Fenske (Hg.), Speyer 1998, S. 113-130. Auf eine eklatante Lücken in der Forschung gerade in Bezug auf eine Vernetzung der pfälzischen und der bayerischen Geschichte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts weist Wünschel hin, dessen Aufsatz sich auf das späte 19. und frühe 20. Jahrhundert konzentriert.

Dass der Nations- beziehungsweise Reichsgedanke bei den Pfälzern in den 70er und 80er Jahren ausgeprägter war als das bayerische Heimatgefühl beziehungsweise die Verehrung des bayerischen Herrscherhauses, erklärt sich nicht nur aus der pfälzischen Geschichte, sondern steht m. E. auch in starker Abhängigkeit von der Herrscherpersönlichkeit: Ludwig II. weigerte sich, der Pfalz einen Besuch abzustatten – dies machte eine Identifikation mit dem „eigenen“ Monarchen für die Pfälzer schwer. Luitpolds positive Haltung dagegen, die er auch nach außen trug, äußerte sich in Verehrung seiner Person durch die Pfälzer und in einem weiteren Heranrücken an Bayern.

²⁴⁴ Blessing, Konfession und Nation, 215.

²⁴⁵ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 43f, fügt noch hinzu, daß ebenfalls eine bayerisch-patriotische Gesinnung vorgelegen haben muß.

katholischen Pfarrer, die meist der einfachen Bevölkerung entstammten, konnte die Spaltung der Bevölkerung nur weitere Kreise ziehen: Die katholische Landbevölkerung mobilisierten die Pfarrer – bei der protestantischen Landbevölkerung, die vielfach die sozioökonomische Lage mit der katholischen Landbevölkerung teilte, fehlte dieses Element.²⁴⁶ Zudem bekam der Antiliberalismus bald eine katholische Prägung und gerade auf dem Land war Konfessionszugehörigkeit von Bedeutung.²⁴⁷

Der Protestantismus war also an die kleindeutsche Lösung beziehungsweise den verwirklichten kleindeutschen Nationalstaat und an Liberalismus geknüpft.²⁴⁸ Katholiken waren zumeist großdeutsch beziehungsweise von bayerischem Patriotismus geprägt und setzten sich folglich für die bayerische Eigenstaatlichkeit oder Föderalismus ein; ihre Wahlentscheidung fiel in der Regel zugunsten der Patrioten aus. Am unantastbarsten für andere (auch konservative) Parteien beziehungsweise Parteiideen waren die Wähler der Patrioten übrigens „vor allem in denjenigen Regionen [...], in denen Modernisierungstendenzen, wie Urbanisierung, Industrialisierung, und Konfessionsvermischung noch vergleichsweise wenig gegriffen hatten.“²⁴⁹ Das katholische Bildungsbürgertum neigte – wie bereits beschrieben – eher dem Liberalismus zu. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass sich Protestanten wie Katholiken in Regionen, die von der jeweils anderen Glaubensrichtung dominiert waren, wohl in Anbetracht der sicheren Niederlage ‚ihrer‘ Partei den Gang zur Wahlurne ersparten.²⁵⁰

Inwieweit reagierten die Patrioten auf diese ihnen präsentierte Situation? Auch wenn die Bayerische Paatriotenpartei sich – wie das Zentrum – insgesamt als konfessionell offen darstellte und dies dank protestantischer Mitglieder und der Zusammenarbeit mit den wenigen konservativen protestantischen Abgeordneten im bayerischen Landtag tatsächlich war, gab es anscheinend keine Bemühungen der Patrioten, speziell protestantische Wähler zu mobilisieren beziehungsweise zu überzeugen. Dies schien und scheint auch im Rückblick nicht aussichtsreich zu sein. Aussagekräftig in diesem Zusammenhang ist Hartmannsgrubers

²⁴⁶ Stache, Liberalismus – Konservatismus, 117f.

²⁴⁷ Ebd.

²⁴⁸ Dies gilt nicht für jedes Individuum Blessing weist darauf hin, dass sich 1872 im rechtrheinischen Bayern eine konservative evangelische Partei in kirchlichen und kirchennahen Kreisen bildete: Blessing, Konfession und Nation, 216.

²⁴⁹ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 155.

²⁵⁰ Zu beachten ist hierbei, dass bis einschließlich 1875 die Stimmabgabe bei der Landtagswahl nicht geheim war. Ausnahmen zu diesen Regeln im Wahlverhalten gibt es zweifellos. Zu den Einzelheiten siehe: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 142-155. Außerdem schloss die Patriotenpartei selbst protestantische Mitglieder ein, wenn auch eine verschwindend geringe Zahl. Ab 1881 kooperierten protestantische Konservative des bayerischen Landtags mit der patriotischen Fraktion in der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft „Vereinigte Rechte“.

Feststellung: „Die Wahlkreisorganisation erstreckte sich schon damals [1874] auf alle katholischen, das heißt auf alle überhaupt mobilisierbaren Regionen, und wurde in den folgenden Jahren nur punktuell, aber kaum mehr in der Breite ausgebaut. Folglich stagnierte, weil man im Gegensatz zur Sozialdemokratie keinen Wert auf bloße Zählkandidaturen legte, auch die Zahl der Bewerber: Stellte sich [die Bayerische Patriotenpartei beziehungsweise] das Zentrum 1874 in 47 [bayerischen] Wahlkreisen zur Wahl, so 1912 nur noch in 40.“²⁵¹ Für die Rheinpfalz lässt sich feststellen, dass keiner der patriotischen Kandidaten von den pfälzischen Wählern ins Parlament geschickt wurde.²⁵² Das heißt jedoch nicht, dass der Prozentsatz der Urwählerstimmen bei der Landtagswahl beziehungsweise der Wählerstimmen bei der Reichstagswahl in manchen Kreisen nicht zwischen 40% und 50% lag, sondern die Wahlmännerstimmen übertrafen die der liberalen Kandidaten nicht.²⁵³ Dennoch gab es rheinpfälzische Abgeordnete: Entweder lebten sie, wie Dr. Ludwig Weis,²⁵⁴ schon länger in einem anderen Teil Bayerns, oder sie verschafften sich auf einem Umweg Mandat und Einfluss: Sie suchten sich rechtsrheinische Wahlkreise.²⁵⁵

4. Exkurs: Ultramontane, Klerikale, Katholiken, Föderalisten, Partikularisten, Separatisten?

Definition – Fremdbezeichnung – Selbstbezeichnung – Verwendung in der Forschung

Die in diesem Kapitel zu untersuchenden Begriffe beziehungsweise Begriffsfelder stehen in enger Verbindung zur zentralen Fragestellung und zu Nebenfragestellungen. Die Begriffe fanden auf die Bayerische Patriotenpartei und die Zentrumsparlei im Bismarckreich und finden in der Forschung teilweise Verwendung, ohne dass die Begriffe definiert oder reflektiert wurden.

Das Zentrum rückt wiederum mit in das Blickfeld, weil die Patrioten im Reichstag Teil der Zentrumsfraktion waren und weil die Forschung das Zentrum häufiger ins Visier nimmt.

Das abschließende Urteil über die Reichspolitik der Bayerischen Patriotenpartei in Bezug auf die Inhalte der hier zu klärenden Bezeichnungen wird dieses Kapitel jedoch nicht fällen –

²⁵¹ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 153.

²⁵² Wünschel, Pfalz, 141f.; Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 143 Tabelle 7, S. 146 Tabelle 8.

²⁵³ Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 143 Tabelle 7, S. 146 Tabelle 8. Höchste Werte, die in den teilweise nur Ausschnitte präsentierenden Tabellen: Landtagswahl 1875, Wahlkreis Zweibrücken-Primasens, Urwählerstimmenanteil: 50,4 %; Reichstagswahl 1874, Wahlkreis Zweibrücken, Stimmenanteil: 48,0 %.

²⁵⁴ Ludwig Weis (geboren in Zweibrücken) mußte – wie alle Pfälzer, die studieren wollten – die Pfalz zum Studium verlassen, da dort keine Hochschule existierte. Von 1846 bis Juni 1871 (Verzicht auf Wiederwahl nach Beförderung) zählte er zu den konservativen Landtagsabgeordneten beziehungsweise den Patrioten. Er gehörte zum liberal-konservativen Flügel der Patrioten, führte mit Huttler die Gruppe von patriotischen Abgeordneten an, die sich für die Versailler Verträge entschieden und sich daher als „Centrum“ im Dezember 1870 abgespaltete.

²⁵⁵ So geschehen erst nach ein paar Jahren Erfolglosigkeit der Patriotenpartei in der Pfalz.

dieses Urteil fällt erst nach der Beleuchtung der konkreten politischen Arbeit und ihrer Ergebnisse am Ende der Studie. Das Kapitel soll die Begriffe einführen und ihre grundsätzliche Anwendbarkeit auf das Forschungsobjekt unter Berücksichtigung der Fragestellung dieser Arbeit prüfen und damit auch die weitere Verwendung in der Arbeit begründen und vorstellen. Dabei sind sowohl Beispiele für Verwendung durch die Zeitgenossen beziehungsweise die damalige Bedeutung als auch Beispiele aus der Forschung zur Begriffsverwendung unerlässlich. Insbesondere bei dem lange Zeit als Kampfbegriff verwendeten „Ultramontane“ interessiert auch die bislang von der Forschung noch nicht eingehend untersuchte Verwendung durch die Patrioten selbst. Da sich die Untersuchung zur Selbstbezeichnung vor allem auf unveröffentlichtes Quellenmaterial aus Privatsammlungen stützt, soll die Chance genutzt werden, den Wortlaut zu veröffentlichen und dadurch der Forschung zur Verfügung zu stellen.

a) Ultramontan – klerikal – katholisch

Ultramontan

Der am 7. März 1870 auf Druck der Bayerischen Patriotenpartei entlassene bayerische Ministerratsvorsitzende, spätere Reichstagsvizepräsident (1871-1874) und Reichskanzler (1894-1900) Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingfürst notierte unter dem 23. April 1870 seine am Berliner Hof geäußerte Erläuterung, „daß es in Frankreich nur Ultramontane und Atheisten gebe, der eigentlich wohldenkende, ruhige Katholik gemäßigter Gesinnung schwach vertreten sei.“²⁵⁶ Hohenlohe beschrieb das für ihn positiv konnotierte Gegenteil des „Ultramontanen“ und verwendete damit das Schlagwort seiner Zeit eindeutig abwertend; freilich bleibt die Bedeutung des Begriffes „Ultramontane“ dabei schwammig.

Welche Bedeutungen umfasste der für Patrioten und Zentrum so häufig verwendete Begriff nun genau? Und welche kirchenhistorische und historische Entwicklung spiegelt er wider? Das Lexikon für Theologie und Kirche bietet den prägnantesten, wenn auch nicht als Konsens der Forschung²⁵⁷ zu bezeichnenden Abriss zu Entstehung und Bedeutung des Begriffes: Zunächst weist es auf den geographischen Ursprung des Wortes „jenseits der Alpen“ hin,

²⁵⁶ Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingfürst, Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingfürst, hg. v. Friedrich Curtius, Bd. 2 (2 Bde), Stuttgart/Leipzig 1907, S. 4.

²⁵⁷ Eine wenn auch ergänzbare und in sich nicht ganz stimmige, dennoch aber eindrucksvolle Zusammenstellung und Beurteilung divergierender Forschungsmeinungen bietet: Gisela Fleckenstein/Joachim Schmiedl: Ultramontanismus in der Diskussion. Zur Neupositionierung eines Forschungsbegriffs, in: Dies. (Hg.): Ultramontanismus. Tendenzen der Forschung (Einblicke. Ergebnisse – Berichte – Reflexionen aus Tagungen der Katholischen Akademie Schwerte, Bd. 8), Paderborn 2005, S. 7-19.

dann auf die 1763 zum ersten Mal verwendete negativ konnotierte Richtungs-Bezeichnung „für die Vertreter der römisch-päpstl. Ekklesiologie“, um anschließend zur entscheidenden Umdeutung zu kommen: Der Begriff „setze sich im 19. Jh. als Negativbegriff bei liberalen Katholiken [...] bes. in Dtl. [...] durch, seit Ende des 19. Jh. bis in die Zeit des Nationalsozialismus auch generell für die Katholiken (im Sinn v. undeutsch, national unzuverlässig).“²⁵⁸ Die Eingrenzung „bei liberalen Katholiken“ muss dahingehend erweitert werden, dass man dem negativen Schlagwort „Ultramontanismus“ in Quellen des 19. Jahrhunderts allenthalben, also auch von protestantischer Hand,²⁵⁹ begegnet und nachweislich bereits 1871 im Stab des protestantischen Reichskanzler Bismarck sowie durch ihn selbst das Wort „ultramontan“ in Bezug auf die neu gegründete Zentrumsfraktion des Reichstages mit negativer Bedeutung verwendet wurde.²⁶⁰ Zu diesem Zeitpunkt war die Bezeichnung auch schon in aller Munde. Das Schimpfwort „Ultramontaner“ ist wie angedeutet das Nebenprodukt erstens einer innerkirchlichen Entwicklung der katholischen Kirche: Im Verlauf des 19. Jahrhunderts unterlagen die liberalen Katholiken der innerkirchlichen Partei, „die die Kirche zentralistisch und absolutistisch auf Rom und den Papst, auf Scholastik und Gegenreformation ausrichten, klerikalisieren und aggressiv von aller Moderne abgrenzen wollte.“²⁶¹ Zweitens war das Schimpfwort das Produkt eines Kampfes um das Verhältnis von Staat und Kirche, der vom Staat, von der katholischen Kirche und von Laien verschiedener Konfessionen ausgetragen wurde. Damit verbunden aber auch darüber hinaus war die abwertende Bezeichnung drittens, das Produkt des Ringens um den künftigen Zuschnitt der Gesellschaft. Diese Auseinandersetzungen fungieren bekanntermaßen unter dem Schlagwort

²⁵⁸ Klaus Schatz: Ultramontanismus, ultramontan, in: LThK, hg. v. Walter Kasper u.a., Bd. 10, 3., völlig neu bearb. Aufl. Freiburg i. Br. 2001, Sp. 360-362, hier: Sp. 360.

²⁵⁹ Heinrich Gottlieb Tzschirner: Briefe eines Deutschen an die Herren Chateaubriand, de la Mennais und Montlosie über Gegenstände der Religion und Politik, Wilhelm Traugott Krug (Hg.), Leipzig 1828, S. 172f., zitiert bei: Klaus von Beyme: Partei, Fraktion, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), Bd. 5, 1. Aufl. der Studienausg. mit beigef. Korrigenda, Stuttgart 2004, S. 677-733, hier: S. 700. „[D]as Treiben der Demokraten und Ultramontanen“ hieß es in den amtlichen Schreiben des gemischtkonfessionellen Württemberg nach der Revolution von 1848/1849: Siemann, Gesellschaft im Aufbruch, S. 61.

²⁶⁰ Otto Fürst von Bismarck: Werke in Auswahl. Jahrbuchausgabe zum 23. September 1862, hg. v. Gustav Adolf Rein u. a., 5. Bd. (9 Bde.), Darmstadt 1962, ND hg. v. Alfred Milatz, Darmstadt 2001, S. 14: Erlass an Werthern-München vom 17. April 1871: Zur Haltung des Zentrums im Reichstag; Konzept Abeken mit eigenhändigen Zusätzen Bismarcks. Siehe zur überkonfessionelle Verwendung sowie zur zeitlichen Einordnung: Klaus Unterburger: Ultramontanismus, in: RGG, hg. v. Hans Dieter Bertz u.a., Bd. 8 (9 Bde.), vierte, völlig neu bearb. Aufl., Tübingen 2005, Sp. 705- 708, hier S. 705. Zu einer Bedeutungsverschiebung des Wortfeldes und zum allgemeinen Gebrauch seit spätestens der Gründung des kleindeutschen Reiches siehe auch: Armin Müller-Dreier: Konfession in Politik, Gesellschaft und Kultur des Kaiserreiches. Der Evangelische Bund 1866-1914 (Religiöse Kulturen der Moderne, Bd. 7), Gütersloh 1998; Otto Weiß: Ultramontanismus als Lebensforschungsprojekt, in: Gisela Fleckenstein/Joachim Schmiedl (Hg.): Ultramontanismus. Tendenzen der Forschung (Einblicke. Ergebnisse – Berichte – Reflexionen aus Tagungen der Katholischen Akademie Schwerte, Bd. 8), Paderborn 2005, S. 47-73.

²⁶¹ Nipperdey: Deutsche Geschichte I, S. 428.

Kulturkampf. Im Zusammenhang mit dem innerkirchlichen Sieg, aber auch mit dem Kampf gegen liberale Politik sind das Dogma der Unbefleckten Empfängnis Mariens (1854), die „geballte[n] Verdammung aller modernen Grundsätze und Institutionen im ‚Syllabus errorum‘“²⁶² (1864) und das Dogma der Unfehlbarkeit des Papstes (1870) zu sehen. Greift man auf einen Vorgänger des zitierten aktuellen Lexikonartikels zurück, finden sich dort Synonyme für ultramontan, die sowohl den kirchengeschichtlichen als auch den politischen Konflikt umfassen: „kurialistisch, hierokratisch, jesuitisch, aufklärungsfeindlich, bigott, antipatriotisch u. reichsfeindlich“²⁶³. Zentral ist die über die Lexikonartikel hinausgehende Feststellung von Weiß, dass bei dem Bedeutungswandel, den das Wortfeld nach 1850 spätestens aber mit dem Beginn des Deutschen Kaiserreiches erlebte, die Bedeutung „Missbrauch der Religion zu politischen Zwecken“ hinzukam.²⁶⁴ Wenn man nach Mentalitäten innerhalb des Ultramontanismus fragen möchte, kann man zwischen der rationalistischen Neuscholastik und einer starken Frömmigkeitshaltung, die bis zur Wundersucht gehen konnte, unterscheiden. Allerdings gab es auch Vertreter, die beide Haltungen in sich vereinten.²⁶⁵

Wie gingen nun die bayerischen Patrioten mit diesem Schlagwort ihrer Zeit um? Wie vorstellbar ist, ging jeder Wähler und jeder Gewählte mit diesem Begriff anders um und es mag auch Vertreter der Partei gegeben haben, die den Begriff bewusst nicht in den Mund nahmen beziehungsweise nicht zu Papier brachten. Dies ist naturgemäß schwerer nachzuweisen als die in Zeitungen, Privatbriefen und in öffentlichen Reden vorkommenden Auseinandersetzungen mit der Fremdbezeichnung sowie die – und dies ist noch interessanter – Verwendung der negativen Fremdbezeichnung als einer Selbstbezeichnung. Die folgenden Beispiele aus verschiedenen Jahren, unterschiedlichen Anlässen und von verschiedenen Akteuren sollen die Benutzung deutlich machen.

Frühe publizistische Beispiele des Priesters und Döllinger-Schülers Georg Ratzinger, der der konfessionell ausgerichteten Minderheit der Bayerischen Patriotenpartei zuzurechnen ist und später als Abgeordneter tätig war, waren von ihm für das einfache Volk geschrieben und spiegeln die Auseinandersetzung mit der negativen Fremdbezeichnung wieder.²⁶⁶ Ratzinger

²⁶² Ebd.

²⁶³ Heribert Raab: Ultramontan, in: LThK, Bd. 10, Freiburg i.Br. 1965, Sp. 460; zitiert nach: Thomas Sauer: Anton Ruland (1809-1874). Ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Restauration in Bayern (SBLG Bd. 103), München 1995, S. 262, Anm. 54.

²⁶⁴ Weiß, Ultramontanismus, S. 61.

²⁶⁵ Weiß, Ultramontanismus, S. 64f.

²⁶⁶ Vgl. zu Folgendem: Amann, Ratzinger, S. 131f.

gab seinen Lesern Aufklärung über die Etymologie des Wortes²⁶⁷ und definierte die Fremdbezeichnung häufig – beinahe immer nur einen Ausschnitt aus der Palette der Bedeutungen wählend, aber stets mit spöttischem und vielfach auch mit abwehrendem Unterton: „Ultramontan heißen nämlich jetzt Alle, welche bayerisch bleiben und von Preußen nichts wissen wollen.“²⁶⁸ In dieselbe politische Richtung zielte: „Alles, was nicht Bismark [!] anbetet heißt dann Ultramontan“²⁶⁹. Beide Erklärungen ließen bemerkenswerter Weise den kirchlichen Aspekt außen vor und stellten allein den Wunsch nach einer Erhaltung der Souveränität Bayerns als konstitutives Merkmal des Begriffes heraus. Anders die folgende Erläuterung:

*„Die fortschrittlichen Blätter schimpfen jetzt fürchterlich über die Ultramontanen. Ultramontane sind bei diesen Blättern alle Leute, welche bayerisch bleiben wollen, dann Alle, die etwas auf den Glauben halten, besonders aber die Geistlichen, überhaupt Alle, welche nicht so denken und so glauben, wie die fortschrittlichen Blätter selbst, das sind lauter Ultramontane. In Bayern giebt’s also solche Ultramontane noch sehr viele, und im Landvolke gar giebt’s lauter solche Ultramontane bis auf ein paar Ausnahmen.“*²⁷⁰

Sicherlich entsprechen all diese Definitionen Ratzingers Auffassung, sie sind aber auch aufzufassen als Belehrung und Beeinflussung des Volkes sowie als Polemik gegen liberale Katholiken und – damit verbunden – den politisch liberalen Gegner in der bayerischen Regierung und im bayerischen Parlament, wie die folgende Spitze deutlich macht: „ordentliche Katholiken, Ultramontane heißt man diese Katholiken“²⁷¹. Anhand dieser Beispiele sind die intensive Auseinandersetzung mit der Fremdbezeichnung „ultramontan“ auf patriotischer Seite sowie die Presseschlacht zwischen politisch liberal ausgerichteten Blättern und der neuen patriotischen Bewegung leicht erkennbar. Noch spannender jedoch ist zu bemerken, wie Ratzinger als Redakteur des *Münchener Wochenblattes für das katholische Volk* langsam dazu überging, die Bezeichnung „ultramontan“ ohne Erläuterung selbst zu benutzen²⁷² – und sogar, wenn auch selten, als Eigenbezeichnung verwendete. Dies gipfelte

²⁶⁷ Münchener Wochenblatt für das katholische Volk 8 vom 18. Februar 1869, S. 65.

²⁶⁸ Münchener Wochenblatt für das katholische Volk 20 vom 14. November 1868, S. 171.

²⁶⁹ Münchener Wochenblatt für das katholische Volk 11 vom 11. März 1869, S. 89.

²⁷⁰ Münchener Wochenblatt für das katholische Volk 20 vom 14. November 1868, S. 174.

²⁷¹ Münchener Wochenblatt für das katholische Volk 24 vom 12. Dezember 1868, S. 210. Eine umfassenderen religiöse, katholisch-kirchliche Definition findet sich in: Münchener Wochenblatt für das katholische Volk 8 vom 18. Februar 1869, S. 65 f.

²⁷² „Da wurde wieder losgefahren gegen die Ultramontanen, weil sie den Schulgesetzentwurf nicht für besonders weise und gut hielten“: Münchener Wochenblatt für das katholische Volk 9 vom 25. Februar 1869, S. 71.

im Februar 1869, als der Kulturkampf in Bayern längst tobte, in dem trotzigem Zuruf an seine Leser: „Seien wir stolz auf den Schimpfnamen ‚Ultramontane‘ und setzen ihn als unsern Ehrennamen auf unser Kreuzesbanner!“²⁷³.

Gehen wir weg von der frühen Publizistik eines bayerisch-patriotischen Priesters hin zu dem Manuskript einer Wahlrede des Abgeordneten Max Freiherr von Soden, die er vermutlich anlässlich der bayerischen Landtagswahl 1875 in Felden hielt:

*„Ich kann die Furcht nicht theilen, die unser Minister zu haben scheint, daß die Ultramontanen die größten Feinde unseres Landes sind, wer ein Freund der Religion kann kein Feind seines Vaterlandes sein, [Streichung] ich glaube [unleserlich] daß ein Ultramontaner der beste Berather der Krone ist, dass sein Fortschritt [unleserlich] der Fortschritt mit der Religion, denn wer von uns wollte nicht fortschreiten das Land glücklicher macht [!], als ein ungestümes [?] Jagen nach ~~£~~ absoluter Freiheit, die auf diesem Weg [unleserlich] nimmer zu erreichen ist. Wer diese Ansicht für die richtige hält, er wird wissen wie er zu wählen hat. Für Gott, König & Vaterland.“*²⁷⁴

Wie der spätere bayerische Innenminister am Anfang seiner politischen Tätigkeit „Ultramontaner“ für sich selbst und in Verbindung mit dem Schlussruf „Für Gott, König & Vaterland“ verwendete, so gebrauchte er das von liberaler Seite und Reichsleitung weiterhin als Schimpfwort gemeinte „ultramontan“ auch Jahre später in einem Privatbrief ohne Hemmungen für ein fiktives Ministerium seiner Parteirichtung:

*„Was ich in München erfuhr, lautete denn nicht rosig, doch wunderte es mich gar nicht, zu toll war mir lediglich zu hören, daß seid einigen Monaten Trost Beichtvater des Regenten sei! Wenn so was ein ultrmontanes Ministerium gethan hätte, wie würde man über den Einfluß des Jesuiten durch den Beichtstuhl reden – nun es paßt alles zusammen – aber Illusionen sollte man denn fahren lassen.“*²⁷⁵

²⁷³ Münchener Wochenblatt für das katholische Volk 8 vom 18. Februar 1869, S. 66. Es lassen sich auch Beispiele ohne Anführungszeichen um das Wort „Ultramontane“ finden: „So dumm dürft ihr uns Ultramontane nicht ansehen“: Münchener Wochenblatt für das katholische Volk 24 vom 12. Dezember 1868, S. 210.

²⁷⁴ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 356, Handschriftliches Konzept Sodens von einem Vortrag in Felden in einer Wahlversammlung o.D.

²⁷⁵ Ullstadt, FamA Franckenstein, Korrespondenz „Reichstag“ 1879 – 1889, Brief Max Soden an Franckenstein vom 2. Dezember 1886. Soden zielt bei seiner Äußerung nicht auf einen tatsächlich bestehenden Einfluss der Jesuiten auf den Monarchen, sondern auf die Tatsache, dass ein liberales Ministerium es beförderte, dass liberal denkende Geistliche, die zudem in Verbindung mit dem Altkatholiken Ignatz von Döllinger standen, zum engsten Kreis um den König gehörten. Wobei es nicht ganz klar ist, ob Soden den Stiftskanonikus Ludwig (Ritter von) Trost meinte, der schon seit Jahren Beichtvater Ludwigs II. war, oder ob er sich verschrieb und den

Es gibt auch Hinweise, dass manche Patrioten einen Flügel der Partei zur Kennzeichnung eines Unterschiedes mit dem Wort belegten; doch sind diese – wie der folgende zeigt – auch auffassbar als eine selbstverständliche Selbstbezeichnung der gesamten Partei:

„Euer Hochwohlgeboren

werden sich erinnern, daß ich Ihnen für den Fall einer Neuwahl in Regensburg unsere Aussichten als sehr trübe geschildert habe. Dieselben haben sich seitdem nicht gebessert, so lautet einstimmig das Urtheil aller Regensburger Patrioten. Der Abg. [= Abgeordnete] Schels, welchem ich gestern diese Mittheilung machte, besteht gleichwohl unerbittlich auf Vernichtung der Wahl nach dem Grundsatz „Fiat justitia pereat mundus!“ und profezeit uns in Bälde eine Neuwahl. Wenn nun diese, woran Niemand zweifelt, zu Ungunsten der Ultramontanen ausfällt, dann wird unser Stand bei der Reichtagswahl ein unendlich schwerer sein u. letztere möglicher Weise ebenfalls liberal ausfallen.

Alle aufrichtigen Patrioten sehen daher mit Schrecken einer Neuwahl zum Landtage entgegen, weil wir eben Nichts zu gewinnen, aber sehr Viel zu verlieren haben.“²⁷⁶

Wie man dieses Zitat auch interpretiert, es belegt ein weiteres Mal, dass sich die Eigenbezeichnung „Ultramontaner“ bei manchen Parteiangehörigen und damit also innerhalb der Patriotenpartei zunehmend eingebürgert hatte. Allerdings sind die Belege gerade in Privatbriefen spärlich, sodass von einer allgemeinen oder häufigen Verwendung des Begriffes als Eigenbezeichnung nicht gesprochen werden kann.

Joseph Edmund Jörg verwendete das Wortfeld um „ultramontan“ so gut wie nie in seinen Privatbriefen. Wenn er sich dessen bediente, dann blieb stets die Fremdbezeichnung an dem Begriff haften.²⁷⁷

Außer der offensichtlich abweichenden Verwendung durch verschiedene Parteivertreter kann ein Unterschied zwischen privatem und öffentlichem Gebrauch bei manchen Persönlichkeiten

erst 1885 zum Beichvater des Regenten gewordenen Jakob Türk meinte. Zur Gruppe der Hofgeistlichen und zu deren Einfluss auf die Politik siehe: Möckl: Prinzregentenzeit, S. 117-121.

²⁷⁶ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 503, Brief H. Frhr. v. Aufseß an Max von Soden vom 10. Juli 1876 (aus Regensburg). August Schels wird von Hartmannsgruber als „[d]ie allein nennenswerte Ausnahme“ des klerikaldemokratischen Flügels bezeichnet, die sich weder aus dem parlamentarischen Leben nach 1870 zurückzog, noch seine Grundsätze fallen ließ. Er war „erklärter katholischer Demokrat, mit Verbindungen zum Linksliberalismus, immer auch ein Befürworter der entschiedensten Opposition [gegen das liberale bayerische Ministerium] und ein Gegner des Bismarckreiches“. Beide Zitate: Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 131.

²⁷⁷ Jörg, Briefwechsel, S. 374, Nr. 262: Brief Jörg an Max Graf Seinsheim vom 30. März 1871. In einem der wenigen anderen Briefe, setzte Jörg den Begriff in Anführungszeichen, um ihn als Fremdbezeichnung zu kennzeichnen: Ebd. S. 379, Nr. 266: Brief Jörg an Onno Klopp vom 25. Juni 1871.

zumindest vermutet werden. Ob dies bei folgender Quelle eine Rolle spielte oder ob Befürworter der Selbstbezeichnung beziehungsweise der Benutzung des Begriffes als Kampfbegriff den Text – ohne große Abstimmung im Vorfeld – vorlegten oder sich durchsetzten, muss offen bleiben. Der Auszug aus einem gedruckten Dokument im Nachlass des bayerischen Reichsrates und Zentrumsmitglieds Karl Freiherr von Aretin zeigt eine nicht nur auf die Patrioten begrenzte, sondern die reichsweite Zentrumsbewegung umfassende Verwendung des Begriffes „ultramontan“ als Kampfbegriff, als den ihn Ratzinger bereits vor der kleindeutschen Reichsgründung erbst vorschlug. Es handelt sich um ein Lied, das im Jahre 1882 aus Anlass von Windthorsts 70. Geburtstag in Essen angestimmt wurde:

*„Und muthig deckt Euch überall
Der treuen Wähler Schaar;
Denn es leuchtet auf unserer Fahne:
,Wir bleiben Ultramontane,
Trotz Wetter, Sturm und Gefahr!’
Wir fürchten nicht der Feinde Hohn,
Nicht der Widersacher Spott!
Und wenn sie auch schreien sich heiser,
Wir sind treu unserm König und Kaiser!
Und treu dem lieben Gott!“²⁷⁸*

Wie dieses Zitat erahnen lässt, waren bayerisch-patriotische Politiker und Publizisten mit der Benutzung der ehemaligen Fremdbezeichnung als Eigenbezeichnung nicht alleine: Nachweise, auch bereits frühe Nachweise, können für maßgebliche Zentrums Politiker wie August Reichensperger, Windthorst und Franz Graf von Ballestrem gefunden werden.²⁷⁹

²⁷⁸ BayHStA, FamA Aretin, vorl. Nr. 49/33, gedrucktes Dokument „Excellenz Dr. Windthorst zum 70. Geburtstage. (Festlied für die Windthorst-Feier in Essen.) Melodie: Schier 30 Jahre ec.“.

²⁷⁹ August Reichensperger 1871: „Auf dem Gebiete der Presse machen also unsere Gegner keinen Unterschied zwischen katholisch und ultramontan, ein Beweis mehr, daß es in der Wirklichkeit auch keinen giebt“ Germania 143 vom 28. Juni 1871. Windthorst 1879: „Es gibt keinen Unterschied zwischen Ultramontanismus und Katholizismus.“ Verhandlungen der XXXVI. Generalversammlung der deutschen Katholiken, Aachen 1879, S. 354ff.; zitiert nach: Buchheim, Ultramontanismus, S. 280. Franz Graf von Ballestrem (1834-1910; Rittmeister a. D., MdR 1872-1893 und 1898-1907) spricht auf der Generalversammlung 1887 über die Notwendigkeit, dass das Zentrum auch nach dem Kulturkampf weiter bestehen müsse, denn bei jedem Heer sei nach einem Krieg das Retablissement und nicht die Auflösung notwendig. Dabei verwendete auch er den Begriff: „ultramontanes Retablissement“. Diese Kombination wurde zum Schlagwort der Tagung. Siehe: Buchheim, Ultramontanismus, S. 309.

Herauszustreichen ist aber, dass „ultramontan“ zur offiziellen Bezeichnung der politischen Richtung oder der Partei in Bayern fast ausnahmslos nicht verwendet wurde: Als es 1881 darum ging, für ein Parlamentshandbuch zum Landtag die Parteistellung anzugeben, bezeichneten sich nur zwei Abgeordnete (Aichbichler und Geiger) als „Ultramontan“, 67 bezeichnen sich als „Katholisch-bayerisch“, 14 als „Katholisch-Extrem“, einer (Bucher) als „Conservativ“ und ebenfalls einer (Daßler) als „Katholisch-Conservativ“.²⁸⁰ Bis auf einen „Conservativen“ und die beiden „Ultramontanen“ führten alle „Katholisch“ in ihrer Parteirichtung als wichtige Komponente auf. Dies macht gleichzeitig die Ablehnung der Bezeichnung „ultramontan“ als eine politische deutlich und verweist darauf, dass die überwiegende Mehrheit der Landtags- wie der Reichstagsabgeordneten sowohl in Bayern als auch im Reich vermitteln wollte, dass Patrioten und Zentrum in politischen Belangen nicht romhörig seien, wie ihnen oftmals unterstellt wurde. Zudem durfte für 67 der 85 Abgeordneten als Erkennungszeichen und ebenso wichtige Aussage „bayerisch“ nicht fehlen. Im Gegensatz zu dieser reichsweiten Aussage, bezog sich „extrem“ – außer seines Bezuges auf „katholisch“ – in diesem Zusammenhang auf die innerbayerischen Verhältnisse, also auf eine kompromisslose Opposition gegen das liberale bayerische Ministerium.

Dass die polemische Rhetorik der Zeit einen Beitrag zur Abgrenzung der Lager gegeneinander und damit auch zur Parteibildung leistete, ist bekannt. Dass es auch zu einer Selbstfindung mit dem Begriff „ultramontan“ bei Patrioten und Zentrum kam, ist anhand der Quellenzusammenstellung nun offenkundig.

Eine griffige, konsequente oder passende Verwendung für die Forschung lässt sich aus der Verwendung des Wortfeldes um „ultramontan“ durch die betroffene politische Partei jedoch nicht ableiten. Wie geht die Forschung selbst aber mit der bis 1945 als Schimpfwort verwendeten Bezeichnung um?

Sauer stellt in seiner Biographie zu Anton Ruland zutreffend fest, dass sich „Ultramontanismus“ und der von ihm zudem untersuchte Begriff „Konservativismus“

²⁸⁰ Die „Uebersicht der Abgeordneten mit Angabe der Parteistellung“ wurde weitestgehend nach den eigenen Angaben der Abgeordneten erstellt; Abgeordnete die keine Angaben machten, wurden von Luthardt mit einem Sternchen versehen: Christoph Luthardt: Almanach für den Bayerischen Landtag, München 1881.

Die unterschiedlichen Angaben der Patrioten weisen erkennbar auch auf die zersplitterte Landtagsfraktion und die über die Jahre hinweg divergierenden Meinungen hin. 1881 gehörten nach Hartmannsgruber 70 Abgeordnete der „Fraktion der Rechten“ an, 15 fanden sich unter dem Namen „Äußerste Rechte“ zusammen: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 311 und 314.

Die Beobachtung, dass Katholiken – die sich eventuell sogar zu unrecht als Ultramontane bezeichnet fühlten – die Selbstbezeichnung verwendeten, findet sich verstreut auch in der Forschung, vgl. beispielsweise: Sauer, Ruland, S. 263f.; Weiß, Ultramontanismus, S. 69.

„klaren, eindeutigen und in der Forschung allgemein anerkannten Definitionen“²⁸¹ entziehen. Auch der zehn Jahre später erschienene Tagungsband *Ultramontanismus* von Fleckenstein und Schmiedl kommt für sein Untersuchungsobjekt zu diesem Ergebnis und bietet einen Überblick über die beeindruckend unterschiedlichen Forschungsmeinungen.²⁸² In dem Standardwerk *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland* sucht man vergeblich nach einem geschichtlichen Abriss oder einer Lösung des Definitionsproblems. Sauer, der Ruland gerecht werden möchte und dem dies auch gelingt, zeigt Definitionen auf und geht differenziert mit dem hier auf seine Anwendbarkeit zu untersuchenden Begriff um. So heißt es bei Sauer zur zeitgenössischen Sichtweise: „In der geschilderten liberalen Perspektive mußte Ruland als das Urbild des Ultramontanen schlechthin erscheinen.“²⁸³ Weiter unten betrachtet Sauer Ruland aus heutiger Sicht und unterteilt hier, im Grunde genommen, in einen politischen, einen kirchenpolitischen und in einen innerkirchlichen Bereich: „[D]ie Einordnung seiner Haltung zur geistesgeschichtlichen Strömung Ultramontanismus [ist] schwieriger zu bestimmen [...] Ruland teilte aus konservativer Grundüberzeugung mit vielen Katholiken seiner Zeit die oben dargestellte Furcht von einer weiteren Säkularisierung der Gesellschaft, vor dem liberalen Wirtschaftssystem und der weitergehenden Auflösung der althergebrachten Ordnung. [...] Die Entwicklung hin zur strikt römisch-zentralistischen Papstkirche vollzog er theologisch und kirchenpolitisch jedoch nicht mit.“²⁸⁴ Letztlich kommt Sauer zu dem Schluss: „Im Grunde waren nämlich Rulands theologische Anschauungen ebenso konservativ wie seine politischen.“²⁸⁵

„Ultramontanismus“ selbst nicht definierend, aber eine Differenzierung im Auge habend, urteilt Aretin über Franckenstein und gleichzeitig Ludwig II.: „Seine [= Des Königs] Wahl war auf Franckenstein gefallen, von dem er sich die Bildung eines konservativ-bayerischen, nicht aber eines ultramontanen Kabinetts erhoffte.“²⁸⁶ Zwei Seiten zuvor bezeichnet Aretin die Bayerische Patriotenpartei als „antiliberal, konservative, klerikale“ Partei und auf der

²⁸¹ Sauer: Ruland, S. 255.

²⁸² Gisela Fleckenstein/Joachim Schmiedl (Hg.): *Ultramontanismus. Tendenzen der Forschung* (Einblicke. Ergebnisse – Berichte – Reflexionen aus Tagungen der Katholischen Akademie Schwerte, Bd. 8), Paderborn 2005. Besonders erwähnenswert in Bezug auf den Forschungsüberblick sind folgende drei Beiträge: Dies.: *Ultramontanismus in der Diskussion. Zur Neupositionierung eines Forschungsbegriffs*, in: ebd. S. 7-19; Victor Conzemius: *Vom liberalen zum ultramontanen Katholizismus – Weg der Forschung*. Roger Aubert zum 90. Geburtstag, in: ebd. S. 23-45; Otto Weiß: *Ultramontanismus als Lebensforschungsprojekt*, in: ebd. S. 47-73.

²⁸³ Sauer: Ruland, S. 263.

²⁸⁴ Ebd. S. 264.

²⁸⁵ Ebd. S. 264f.

²⁸⁶ Aretin: Franckenstein, S. 49. Nebenbei kann angemerkt werden, dass dies auch die Einschätzung eines preußischen Gesandtschaftsberichts vom April 1875 war: Fritz Frhr. von Rummel, *Das Ministerium Lutz und seine Gegner 1871-1882. Ein Kampf um Staatskirchentum, Reichstreue und Parlamentsherrschaft in Bayern* (Münchner Historische Abhandlungen 9), München 1935, S. 74.

Seite zwischen diesen, spricht er von Bayern als einem „klerikal-konservativen Land“ und davon, dass Franckenstein „die Hoffnung aller konservativ-klerikalen Kräfte Bayerns war.“²⁸⁷

Aretin verwendet „klerikal“ und „ultramontan“ eventuell als Synonyme – was vielfach geschieht – und weist beide indirekt für den bayerisch-patriotischen Franckenstein zurück.

Kotowski stellt für die polnische Bevölkerung und speziell die von ihm untersuchten polnischen Politiker des Deutschen Reichstages fest, dass sie „in zwei politische Richtungen“²⁸⁸ zu unterteilen seien: eine „liberale“ und eine „ultramontane“. Beide „bevorzugten den legalen Kampf um die Rechte der polnischen Bevölkerung“, aber die „Ultramontanen [...] stellten das kirchliche Interesse über das nationale, die Liberalen dagegen befürworteten die Priorität der Nation“²⁸⁹. Die gegenseitige Unterstützung der Zentrumsfraktion und der Fraktion der Polen ist bekannt. Eine Übertragung von Kotowskis Kriterien auf die bayerischen Verhältnisse und Politiker ist jedoch nicht möglich.

Die drei Beispiele zeigen, dass von einem einheitlichen Gebrauch der Bezeichnung „ultramontan“ selbst in der Forschung zur Bayerischen Patriotenpartei, zum Zentrum und zu der zweifelsohne politisch weiter entfernt stehenden, aber aus Katholiken bestehenden Polnischen Fraktion nicht gesprochen werden kann. Weiter zeigen sie, dass eine so differenzierte Auseinandersetzung mit den Begriffen und deren Anwendbarkeit auf das Untersuchungsobjekt wie bei Sauer durchaus gewinnbringend sein kann. Im Übrigen erweisen sie, dass man zwei namhaften Politikern der Bayerischen Patriotenpartei mit dem Attribut „ultramontan“ nicht gerecht würde.

In Forschungsarbeiten, die sich nicht dezidiert mit einem betroffenen Politiker oder den Parteien befassen, die überwiegend von Katholiken gewählt wurden und deren Personal fast zu hundert Prozent aus Katholiken bestand, ist allgemein die Neigung groß, das Wortfeld „ultramontan“ undefiniert zu verwenden. Der undefinierte und zudem unterschiedliche Gebrauch in der Literatur führt letztlich zu unklaren Aussagen. Wie sehr zahlreiche Forscher das Wortfeld „ultramontan“ zudem dazu verwenden, Pauschalurteile zu fällen, zeigt folgender Ausschnitt: „Der Tenor dieses letzten Urteils wird ihn [= Windthorst] durch seine gesamte Reichstagslaufbahn begleiten – neben dem Vorwurf des Partikularismus (der im wesentlichen Zutreffendes beschrieb) und dem des Ultramontanismus, der gerade auf Windthorst sehr viel weniger zutraf als auf alle anderen katholischen Politiker, denn er hatte mit seinen politischen

²⁸⁷ Zitate: Ebd. S. 47 und zweimal S. 48.

²⁸⁸ Dieses sowie das folgende Zitat: Albert S. Kotowski: Zwischen Staatsräson und Vaterlandsliebe. Die Polnische Fraktion im Deutschen Reichstag 1871-1918 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 150), Düsseldorf 2007, S. 48.

²⁸⁹ Ebd. S. 49. Hier auch weitere Literatur.

Konzepten den Pontifex in der Regel gegen sich.“²⁹⁰ Das erste Urteil, Partikularismus, bettet der Autor, Goldberg, wenigstens für sein Beschreibungsobjekt, Windthorst, immer wieder in Aussagen ein wie: „die Überzeugung [Windthorsts], geboren aus seiner persönlichen Geschichte, seinem Partikularismus und einem kleinräumigen Heimatbegriff“²⁹¹. Das undefinierte Pauschalurteil „Ultramontanismus“, das Goldberg in Bezug auf „alle anderen katholischen Politiker“²⁹² fällt, erstaunt angesichts der Güte seines Werkes; es fordert geradezu heraus zu fragen: Stimmte Windthorst folglich im Reichstag ständig anders als seine Fraktion? Und: Folgten die Bayerischen Patrioten und das Zentrum – im Gegensatz zu Windthorst – stets dem politischen Willen des Papstes? Oder hat ein Mann, Windthorst, eine ganze Partei – Wähler wie Gewählte – jahrelang davon überzeugt, gegen ihre eigentliche politische Überzeugung zu handeln?

Die ebenfalls „sehr verdienstvolle Studie“²⁹³ Weichleins zu Integrationsprozessen im Bismarckreich definiert „ultramontan“ ebenfalls nicht. In der Einleitung spricht Weichlein von dem Konflikt „zwischen dem standardisierenden Staat und den mit historischen Privilegien versehenen Kirchen.“ Einige Zeilen darunter heißt es: „Nicht nur die nationalliberalen Reichsgründer, die einzelstaatlichen Bürokratien, die selbstbewusste, einem abstrakten Staatsgedanken verpflichtete Bürokratie und ihre ultramontanen Gegner, sondern auch das städtische Bürgertum, die ländlich-agrarische Bevölkerung, die Unternehmerschaft und die Arbeiterbewegung zählten zu den Akteuren der Nationsbildung.“²⁹⁴ Unklar bleibt, ob Weichlein mit „ultramontanen Gegner“ die zuvor genannten Kirchen oder einen noch nicht angesprochenen Akteur meint, wie beispielsweise die politische Bewegung der konservativen Katholiken – oder letztere im Verbund mit der katholischen Kirche. Einige Seiten zuvor, bei einer kurzen Darstellung der innerbayerischer Integrationsaufgabe²⁹⁵ sowie bei seiner Einführung in innerbayerische politische Konflikte, insbesondere in den Kulturkampf,²⁹⁶ verzichtet er jedoch auf die Einführung und Verwendung der Begriffe „Ultramontanismus“ und „ultramontan“; die Bayerische Patriotenpartei belegt er mit den Attributen oppositionell

²⁹⁰ Goldberg: Rhetorik, S. 258.

²⁹¹ Goldberg: Rhetorik, S. 269. Ähnlich für die Zeit vor 1866: „Entsprechend dem internen Partikularismus jener hannoverschen Monarchie favorisierte er die kleinräumige, lokal begrenzte Ständegesellschaft, verteidigte er ständische Privilegien stärker, als etwa ein Liberaler es hätte gutheißen können [...]“: Ebd. S. 254.

²⁹² Goldberg: Rhetorik, S. 258.

²⁹³ Thomas Mergel: Rezension von: Siegfried Weichlein: Nation und Region. Integrationsprozesse im Bismarckreich (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 137), Düsseldorf 2004, in: sehepunkte 6 (2006), Nr. 1 [15.01.2006], ULR: <http://www.sehepunkte.de/2006/01/4972.html>, letzter Zugriff: 30.06.2009.

²⁹⁴ Beide Zitate: Weichlein, Nation, S. 25.

²⁹⁵ Ebd. S. 17f.

²⁹⁶ Ebd. S. 19.

und katholisch.²⁹⁷ Gut zweihundert Seiten später, unter der Überschrift „Der Kanzelparagraph und das Strafrecht“, betitelt Weichlein die Partei zwar wieder als „katholisch“, spricht aber von „klerikaler Agitation“²⁹⁸ als er ihr Drängen auf Neuwahlen thematisiert; weiter unten heißt es dann: „Gerade für Preußen bedeuteten strengere Strafbestimmungen schärfere Waffen gegen die Agitation der Ultramontanen.“ Es bleibt dem Leser überlassen herauszufinden, ob Weichlein durch die Begriffe „katholisch“, „klerikal“ und „ultramontan“ dasselbe ausdrücken möchte oder ob er vielmehr Bedeutungsunterschiede sieht und diese bewusst – aber für den Leser nicht eindeutig entschlüsselbar – einsetzt.

Ein anderer Umgang mit der umstrittenen Bezeichnung lässt sich teilweise in Standardwerken zur deutschen oder bayerischen Geschichte feststellen:

Nipperdey erläutert in seinem ersten Band des Werkes *Deutsche Geschichte 1866-1918* die Entwicklung der katholischen Kirche im neunzehnten Jahrhundert eingehend und führt dabei das Begriffsfeld „Ultramontanismus“ ein.²⁹⁹ Auch differenziert er: Zur Bischofswahl heißt es bei ihm beispielsweise, dass „Wortführer des ultramontanen oppositionellen Katholizismus“ zum Beispiel in Trier, Würzburg, Eichstätt und Mainz gewählt wurden, aber auch „romtreue Ultramontane [...], die nicht radikal regierungsfeindlich waren, sondern ruhiger und kooperationsbereiter.“³⁰⁰ Da eine Grundstele des „Ultramontanismus“ die „Romzentriertheit“ und damit auch die „Romtreue“ ist, handelt es sich bei Nipperdeys Kombination „romtreue Ultramontane“ um eine Tautologie – es zeigt hier einmal mehr, wie schwierig es ist, mit dem Wortfeld „ultramontan“ umzugehen, wenn Nipperdey zur Verständlichmachung seiner Aussage „romtreue“ hinzufügt. Zur Kategorie der kooperationsbereiteren Romtreuen führt Nipperdey als Beispiel Bischof Korum aus Trier an und fügt hinzu: „Streitgenosse des Zentrumsführers Windthorst“. In seinem Kapitel über die Zentrumspartei im zweiten Band seiner *Deutschen Geschichte* stellt er nicht die Frage, ob die Zentrumspartei ultramontan war; er wirft vielmehr die Frage: „War das Zentrum eine ‚klerikale‘ Partei?“³⁰¹ Fleckenstein und Schmiedl nennen Nipperdeys Ansatz deskriptiv-phänomenologisch und vertreten die Meinung, dass sich in „den neueren Publikationen zum Ultramontanismus [...] diese deskriptive Sicht Nipperdeys weitgehend durchgesetzt“ hat.³⁰²

²⁹⁷ Ebd.

²⁹⁸ Dieses sowie folgendes Zitat: Ebd. S. 233.

²⁹⁹ Nipperdey: *Deutsche Geschichte* I, S. 428. Im zweiten Band geht Nipperdey in seinem Kapitel über das Zentrum dann auf das katholische Milieu ein und erwähnt die „ultramontane Neuformierung der katholischen Kirche“ nochmals: Nipperdey: *Deutsche Geschichte* II, S. 339.

³⁰⁰ Beide Zitate sowie das folgende: Nipperdey: *Deutsche Geschichte* I, S. 429.

³⁰¹ Nipperdey: *Deutsche Geschichte* II, S. 346.

³⁰² Fleckenstein/Schmiedl: *Ultramontanismus*, S. 12f., Zitat S. 13.

Im *Handbuch für bayerische Geschichte* verwendet Albrecht in seinem Beitrag *Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1871-1918)* das Wortfeld „ultramontan“ weder in seinem Kapitel über die Bayerische Patriotenpartei respektive Bayerischen Zentrumspariei noch in seinem Kapitel über den bayerischen Kulturkampf. Die „Strömung im Lande“, aus welcher die Bayerische Patriotenpartei Ende der 1860er Jahre erwuchs, nennt Albrecht „katholisch-konservativ-großdeutsch[en]“.³⁰³ Möckl hingegen erwähnt in seinem Standardwerk zur bayerischen Prinzregentenzeit das Schlagwort – weist es aber weit von der Partei: „Wenn das kirchenpolitische Element diese divergierenden Bestandteile [der Bayerischen Patriotenpartei] weitgehend einigte, so bedeutete dieser Vorgang am wenigsten, wie es von den Gegnern gern propagiert wurde und allein schon in dem Begriff ‚ultramontan‘ zum Ausdruck kam, die Verwirklichung politischer Ziele des Papsttums im Deutschen Reich oder in Bayern, ja nicht einmal Kampf für die institutionelle Kirche oder Zweckformalismus, sondern hier kam eine sozialrevolutionäre Tendenz zum Tragen, die dem Christentum von Anbeginn innewohnt.“³⁰⁴

Ein Teil der Forschung versucht die Bezeichnung „Ultramontane“ wertneutral zu verwenden oder auch als wertneutrales Synonym für (alle) Wähler und Gewählten der patriotischen Partei beziehungsweise der Zentrumspariei zu benutzen. Dem stehen jedoch gute Argumente entgegen:

- Der Begriff wird von der heutigen Forschung in abweichenden Bedeutungen gebraucht und kann daher überhaupt erst nach einer Definition für eine wissenschaftliche Arbeit aussagewert besitzen.
- Die negative Konnotation des Begriffes, die seine Begriffsgeschichte entscheidend prägte, ist in Quellen und in Forschungsbeiträgen – zum Teil auch in aktuellen – vorhanden und schwingt für viele Leser folglich mit.

³⁰³ Albrecht: *Reichsgründung*, S. 336-345 (Patriotenpartei – Zentrumspariei); S. 369-376 (Der Kulturkampf in Bayern); Zitat: Ebd. S. 336. Körner stuft die Bayerische Patriotenpartei ebenfalls als „katholisch-konservative Partei“ ein: Hans-Michael Körner: *Ministerium und Landtag im Königreich Bayern seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, in: Walter Ziegler (Hg.), *Der Bayerische Landtag vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Probleme und Desiderate historischer Forschung*, Kolloquium des Instituts für Bayerische Geschichte am 20. Januar 1995 im Maximilianeum in München (Beiträge zum Parlamentarismus, Bd. 8), München 1995, S. 165-170, hier: S. 166.

³⁰⁴ Möckl: *Prinzregentenzeit*, S. 201. Anzumerken ist, dass Möckl zu den Forschern gehört, die das sozialrevolutionäre Element in der Bayerischen Patriotenpartei stark einschätzen. Hartmannsgruber vertritt die These, dass die Patriotenpartei nicht systemüberwindend aber auch nicht systemkonform war und bietet einen guten Forschungsüberblick zu dieser Frage in Bezug auf Zentrum und Patrioten: Hartmannsgruber: *Patriotenpartei*, S. 394-402.

- Auch wenn es interessant ist, ob und wie die bayerischen Patrioten die negative Fremdbezeichnung als Selbstbezeichnung benutzten, so hält der festgestellte uneinheitliche Umgang keine Lösung für den Gebrauch durch die Forschung bereit.
- Die biographischen Beispiele zu Ruland oder Franckenstein verweisen auf die Notwendigkeit der Differenzierung für jede einzelne und bei jeder einzelnen Persönlichkeit, ob nun Politiker oder Priester.³⁰⁵
- Ein weiterer Punkt tritt hinzu: Wenn man Protestanten als konservativ bezeichnet, die beispielsweise bei einer Neuordnung der Gewerbeordnung liberalen Regelungen ablehnend oder mit Vorbehalt gegenüberstanden, ist die Verwendung des Begriffes „ultramontan“ für Katholiken, die dieselbe Haltung einnahmen, zumindest fraglich. Innerhalb der Schar, die diese und jene Neuerung ablehnten, mag der eine Katholik ein Kirchenbild ultramontaner Überzeugung gehabt haben; der andere Katholik mag jedoch versucht haben, das Unfehlbarkeitsdogma zu verhindern, und beugte sich ihm nur widerwillig.³⁰⁶ Für beide Katholiken die Bezeichnung „Ultramontaner“ sowohl für ihren innerkirchlichen als auch für ihren weltlich-politischen Standpunkt zu wählen ist undifferenziert und folglich aussagearm. Gehen wir in der Auswahl des politischen Beispiels noch einen Schritt weiter: Freihandel versus Schutzzoll – nicht-ultramontan versus ultramontan? Die Kategorie „ultramontan“ verliert hier gänzlich ihren Wert. Sie ist schlicht nicht anwendbar auf diesen wichtigen Punkt – wie auch auf andere grundlegende Entscheidungen – in der Reichspolitik. Bekanntermaßen verliefen die Trennlinien bei diesem Thema nicht entlang der Parteigrenzen, sondern quer durch einige Parteien, so auch mitten durch die Zentrumsfraktion.

Summa summarum: Das aus Briefen, Redemanuskripten, einem Geburtstagslied für Windthorst und Zeitungsartikeln zusammengestellte Quellenmaterial macht offenkundig, dass die polemische Rhetorik der Zeit letztlich einen Beitrag zur Selbstfindung auch über den

³⁰⁵ Insbesondere auch die Arbeiten von Otto Weiß sowie seine kurze Forscherautobiographie unterstützen diese Forderung, wenn er bekennt: „Es wurde mir klar, dass es nicht nur, was eigentlich selbstverständlich ist, graduelle Unterschiede im ‚Ultramontanismus‘ gab, nicht nur ‚Ultramontane‘ und ‚Extrem-Ultramontane‘, sondern durchaus auch Anti-Ultramontane mit ultramontanen Zügen und Ultramontane mit antiultramontanen Zügen“: Weiß, Ultramontanismus, S. 63. Auch wenn seit Hartmannsgruber die Unterteilung der Bayerischen Patriotenpartei in fünf verschiedene Flügel existiert, beruht diese doch auf einer breiten Basis von konkreter Politik und Einstellungen und ist nicht fixiert darauf, ein Urteil über die Partei entlang einer Messlatte „protestantisch – katholisch – ultramontan“ fällen zu können.

³⁰⁶ Die bayerischen Patrioten Jörg und Freytag gehörten beispielsweise dem engeren Komitee des sogenannten Berliner Laienkonzils an, in dem sich zahlreiche katholische Abgeordnete des Zollparlaments zusammenfanden und sich zu einer vertraulichen Mitteilung an die in Fulda versammelten Bischöfe gegen ein Unfehlbarkeitsdogma entschlossen: Bachem: Zentrum III, S. 30. Eingehend zum Berliner Laienkonzil siehe auch: Anderson: Windthorst, 120-129.

Begriff „ultramontan“ bei Patrioten und Zentrum leistete. Der Gebrauch des Begriffsfeldes „ultramontan“ als Forschungsbegriff ist jedoch aus verschiedensten Gründen als schwierig zu bezeichnen. Für die Kirchengeschichte sind eine Definition und damit auch ein Wert des Begriffes vor- und feststellbar. In Bezug auf Kirchenpolitik und noch mehr auf die einzelnen Persönlichkeiten, die Kirchenpolitik betrieben, verschwimmen bereits mögliche Abgrenzungskriterien und die negative Konnotation der Begriffe scheint schwer zurückdrängbar. Für nicht-kirchenpolitische Belange sind die Bezeichnungen „ultramontan“ und „Ultramontanismus“ gänzlich ungeeignet. Ein Nutzen würde in diesem Fall nur dann bestehen, wenn es ein gut definierbares, allgemein anerkanntes und wertneutrales Begriffsfeld „ultramontan“ gäbe und sich zudem bei einer Studie wie dieser, die sich mit Politik und konkreter politischer Arbeit in Bezug auf die Konsolidierung des neu geschaffenen Deutschen Kaiserreiches befasst, ein steter oder punktuell wiederkehrender Einfluss des Papstes auf die nicht-kirchliche Politik nachweisen ließe.³⁰⁷ Folglich wird von einer Verwendung des Begriffsfeldes in dieser Arbeit abgesehen.

Klerikal

Schlägt man in Lexika den Begriff „Klerikalismus“, der mit der Bezeichnung von Patrioten und Zentrum als „Klerikale“ untrennbar verbunden ist, nach, fällt zunächst auf, dass dort von einer kritischen oder auch abwertenden Bezeichnung gesprochen wird.³⁰⁸ Dies ist keine gute Voraussetzung für einen *Terminus technicus* der historischen Forschung. Die *Brockhaus Enzyklopädie* definiert „Klerikalismus“ als eine „krit.[ische] Bez. für eine v. a. vom (kath.) Klerus bestimmte [!] Politik, die vorrangig die Interessen der (kath.) Kirche in Staat und Gesellschaft durchzusetzen sucht.“ Und weiter heißt es: „Der Begriff K. wurde im 19. Jh. in den Auseinandersetzungen zw. Staat und Kirche geprägt; [...] auf Kräfte angewandt, die ihrer Auffassung nach Weisungen und Dogmen der (kath.) Amtskirche im politisch-gesellschaftl. Raum umzusetzen suchten, z. B. auf das Zentrum im Dt. Reich.“ In Abgrenzung gegen den Begriff „Ultramontanismus“ stellt das Lexikon fest: „In der Zeit des Kulturkampfes wurde diese Partei darüber hinaus des Ultramontanismus, das heißt der direkten Abhängigkeit von den Weisungen des Papstes beschuldigt.“ Kann man nun über die Anwendbarkeit der

³⁰⁷ Auch wenn letzteres noch eingehend zu untersuchen sein wird, gelten die Bayerische Patriotenpartei und die Zentrumsfraktion des Reichstages schon heute nicht als romhörig.

³⁰⁸ Beispielsweise: Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 12 (24 Bde.), 19. völlig neu barb. Aufl., Mannheim 1990, S. 80; hier auch die folgenden Zitate. Meyers enzyklopädisches Lexikon, Bd. 13 (25 Bde.), Mannheim 1975, S. 777.

integrativen Bestandteile des Begriffes nach dieser Definition auf die Patriotenpartei, ihre einzelnen Flügel, ihre Abgeordneten, auf die Zentrumsfraktion des Reichstages sowie auf beider Politik streiten, so weichen die Definitionen anderer Lexika zudem leicht ab.³⁰⁹ Nipperdey stellt in seiner *Deutschen Geschichte* dezidiert die Frage „War das Zentrum eine ‚klerikale‘ Partei?“ und beantwortet sie mit „Nein und Ja.“³¹⁰ Dies darf sehr wohl aufgefasst werden als eine Absage an die Bezeichnung des Zentrums als „ultramontan“ – zumal Nipperdey sich auf denselben Seiten nicht scheut, dieses Attribut einem Teil des Klerus zuzuschreiben. Wie fasst Nipperdey nun den Begriff „klerikal“ auf und auf welche Argumente stützen sich sein „Nein“ und sein „Ja“? Für sein „Nein“ ist erstens zentral, dass das Zentrum „sich nicht als verlängerter Arm der [kirchlichen] Hierarchie“ verstand; zweitens zählt er zur Untermauerung des „Neins“ Beispiele für die „Unabhängigkeit“ auf, die sich das Zentrum in „nicht-kirchenpolitischen Fragen“ bewahren wollte;³¹¹ damit verbunden führt er drittens Spannungen zwischen Partei und Kirche sowie innerparteiliche Spannungen auf, die als Auseinandersetzungen um die Unabhängigkeit der Partei gelesen werden können; und viertens weist er darauf hin, dass das Zentrum zwar „einige Kleriker einschloß“, aber eine „Laienpartei“ war. Nipperdeys „Ja“ wird durch zwei Argumente begründet: Die Zentrumsparlei war bei der Wahlorganisation auf den Klerus angewiesen; zudem „waren Partei und Kirche“ für „Wähler, Aktivisten und die Basis [...] beinahe eins“. Dreh- und Angelpunkt des Begriffs „klerikal“ ist für Nipperdey folglich Abhängigkeit beziehungsweise Unabhängigkeit von der Kirche. In seinem Resümee hebt er darüber hinaus die damit teilweise verbundene Übereinstimmung hervor: „Es gab also Unabhängigkeit der Partei von der Kirche und Abhängigkeit, beides war miteinander verflochten und miteinander in Spannung, einstweilen war die Abhängigkeit und Übereinstimmung noch größer. Aber eine Emanzipation von kirchlicher Leitung war im Gange, das hatte auf Dauer weitreichende Folgen.“ Unabhängig davon, ob man Nipperdey in seinem Urteil beipflichtet: Bis auf die

³⁰⁹ Im Gegensatz zur zitierten Brockhaus Enzyklopädie weist Meyers enzyklopädisches Lexikon, Bd. 13 (25 Bde.), Mannheim 1975, S. 777, zwei verschiedene Bedeutungen auf, von denen die zweite die auf die politischen Parteien angewandte wird: „Abwertende Bez. für 1. eine Prädominanz des Klerus im innerkirchl. Bereich auf Gebieten, für die wenigstens eine gleichberechtigte Kompetenz der Laien gegeben ist; 2. eine Vormachtposition beziehungsweise einen direkten oder indirekten Machtanspruch des Klerus im polit.-sozialen Bereich, der die plurale Gesellschaftsstruktur negiert“. Das Fremdwörterbuch des Duden, bedingt durch den geringen Platz, verengt den Akteur beziehungsweise die beteiligten Akteure ganz auf die Kirche und spricht von „ausdehnen“, also noch weniger von einem bewahrenden Element als die anderen Definitionen: „Klerikalismus [...] das Bestreben der [katholischen] Kirche, ihren Einflussbereich auf Staat u. Gesellschaft auszudehnen.“ Duden. Fremdwörterbuch, 6., überarb. und erw. Aufl., Mannheim 1997, S. 418 (Die eckige Klammer um „katholischen“ im Original). Wenn die Definition bei Brockhaus eine einfach klingende Steigerung als Unterschied zwischen Klerikalismus und Ultramontanismus konstatiert, scheinen für Weiß zwischen beiden Welten zu liegen: „[D]er Ultramontanismus war kein Klerikalismus!“ Weiß: Ultramontanismus, S. 54.

³¹⁰ Zitat: Nipperdey: *Deutsche Geschichte II*, S. 346. Zu folgenden Zitaten und Erläuterungen Nipperdeys: Ebd. 346f.

³¹¹ Beispielsweise das Ringen um die Septennatsentscheidung 1887.

fehlende Definition zeigt Nipperdey, wie man den Begriff nutzbar machen könnte – nämlich indem man versucht, seine Bestandteile auf die Partei anzuwenden, Beispiele und Gegenbeispiele in der Geschichte sucht und eventuell findet. Doch dazu ist der negativ konnotierte Begriff selbst im Grunde nicht notwendig. Man kann ihn leicht durch „Abhängigkeit“ und „Übereinstimmung in der Meinung“ ersetzen und zusätzlich die Frage stellen, ob Kleriker, die Amtskirche oder der Papst selbst Einfluss auf die Entscheidungen einer Partei hatten. Letzteres erscheint mir zudem erheblich gewichtiger als die Frage, nach der organisatorischen Abhängigkeit vom Wohlwollen und von der Tätigkeit des Klerus.³¹² Konsens herrscht in der Forschung darüber, dass sich die Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses und des Reichstages in kirchenpolitischen Entscheidungen, wenn sie keine andere Wahl hatte, nach dem Wunsch des Papstes richtete – auch wenn sie die taktische Überzeugung des Papstes nicht teilte. Hier kommt ins Spiel, dass – wie Nipperdey es formulierte – „Partei und Kirche“ für „Wähler, Aktivisten und die Basis [...] beinahe eins“ waren und in Folge dessen das Image der Partei sowie ihr Wählerrückhalt bei einem Auseinandertreten von Kirche und Zentrum in kirchenpolitischen Entscheidungen vermutlich Schaden erlitten hätten.

Wie für das Begriffsfeld „ultramontan“ lässt sich für das Begriffsfeld „klerikal“ feststellen, dass eine negative Konnotation vorliegt, Definitionen und Gebrauch in der Forschung differieren und dass „klerikal“ zudem undefiniert und damit für den Leser vielfach undefinierbar Verwendung findet. Auch wenn der Gebrauch der historischen Bezeichnung „klerikale Demokraten“ für einen der fünf Flügel der Bayerischen Patriotenpartei zu übernehmen ist, wird in dieser Arbeit ansonsten von der Verwendung der häufig unreflektiert gebrauchten Bezeichnung abgesehen. Falls es notwendig sein sollte, tritt an ihre Stelle eine Beschreibung wie die in Bezug auf die Kirchenpolitik.

Katholisch

Wie bei den Bezeichnungen „Ultramontane“ und „Klerikale“ handelt es sich bei der Frage um die Verwendbarkeit und den Mehrwert der Begriffe „katholisch“ und „Katholiken“ auch um die Fragen: Was versteht der Sprecher respektive Autor unter den Begriffen, was möchte er mit ihnen folglich an Informationen transportieren und welche Information kommt beim

³¹² Zur Wahlorganisation der Bayerischen Patriotenpartei, die regional unterschiedlich gehandhabt wurde und von zahlreichen Akteuren abhängig war, teilweise auch vom Klerus: Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 173-192, S. 188 (zum Klerus auf dem Land).

Adressaten letztlich an? Diese Fragen sind schwer zu beantworten, wenn man Absender und Empfänger nicht befragen kann. Man kann sich beiden jedoch nähern:

Katholisch war die überwiegende Mehrheit der Wähler von Patrioten und Zentrum, die Gewählten waren fast ausschließlich Katholiken und die Partei verteidigte unter anderem Rechte der katholischen Kirche; dies regt viele Forscher dazu an, zur genaueren Beschreibung der Parteien dieser Richtung oder um den Schreibstil abwechslungsreicher zu gestalten, von „der katholischen Partei“, „der Partei der Katholiken“ oder einfach von „den Katholiken“ zu sprechen. Die Synonymisierung von Katholiken und Patrioten beziehungsweise Zentrum ist ungenau und birgt die Gefahr, dass das Bild der Zeit bei manchem Leser verzerrt wird; gerade für Bayern, aber auch für die württembergische Landesebene oder auch den Reichstag – weil es auch in anderen Fraktionen auf Landes- wie auf Bundesebenen sowie unter deren Wählern Katholiken gab. Zu demselben Zerrbild kann der Terminus „Partei der Katholiken“ führen, wenn man den Leser auf die Vereinfachung nicht hinweist. Anders gelagert ist der Fall bei der Bezeichnung „katholische Partei“, der weniger die Katholiken außerhalb der Mehrheitsparteien der Katholiken vergessen lässt, sondern vielmehr den Inhalt zu transportieren droht, dass die Parteien nur Parteien für Katholiken sein wollten und dass ihre Politik vor allem von kirchenpolitischen Zielen bestimmt war. Dass ersteres nicht der Fall war, streicht die Forschung gerade in Bezug auf die Zentrumsfraktion des Reichstages immer wieder heraus.³¹³ Zweiteres hingegen ist ein Vorwurf der Zeitgenossen, der durch die langjährige Konzentration der Forschung auf den Kulturkampf nicht abgebaut wurde. Diesen gilt es in der vorliegenden Arbeit unter anderem genauer zu untersuchen. Grundsätzlich spricht nichts gegen die Verwendung der Bezeichnungen „katholische Partei“, „Partei der Katholiken“ und die Synonymisierung „Katholiken“, wenn der Leser gleichzeitig ein komplexeres Bild der Katholiken sowie von Patrioten und Zentrum an die Hand bekommt. Der Terminus „politischer Katholizismus“ wird in dieser Arbeit gemäß Morseys Definition ganz allgemein und weit gefasst als „die organisierte Vertretung des katholischen Volksdrittels“³¹⁴ verwendet.

³¹³ Der NL Arco beispielsweise zeigt, dass es am Rande der Patriotenpartei einzelne Personen gab, die eine Konzentration auf die katholische Bevölkerung bevorzugt hätten. Hierbei handelt es sich jedoch um eine Meinung, die alles andere als mehrheitsfähig war.

³¹⁴ Morsey, Rudolf: Ernst Lieber (1838-1902), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 4, Mainz 1980, S. 64-78, hier S. 64. Lönne betont die Zugehörigkeit auch von „Einzelgänger[n]“: Karl-Egon Lönne, Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1986, S. 11f. (Definition), S. 12 (Zitat). Zu Definition und Literaturübersicht siehe auch Steffen, die anschließend an ihre Definition den Begriff mit den Begriffen Milieu und Lager in Abgleich bringt: Dorothea Steffen, Bürgerliche Rechtseinheit und Politischer Katholizismus, Paderborn u. a. 2008, S. 19f.

b) Separatismus – Partikularismus – Föderalismus

Der zweite Komplex an Begriffen betrifft eine mindestens ebenso starke Wurzel der Bayerischen Patriotenpartei: Partikularismus, Föderalismus und Separatismus. Für ihn bedarf es ebenfalls der Definition und der Prüfung der Anwendbarkeit, um in den Analysen der Politik der bayerischen Patrioten gegenüber dem Kaiserreich zu aussagekräftigen Ergebnissen kommen zu können. Die Bayerische Patriotenpartei und andere Parteien und Gruppierungen, die ähnliche politische Ziele verfolgten, wurden in der Reichsgründungsphase und im Bismarckreich schnell als Reichsfeinde und Partikularisten bezeichnet. Die Forschung verwendet für diese Akteure üblicherweise vor allem die Bezeichnungen „partikularistisch“ und „föderalistisch“, nicht jedoch „separatistisch“. Auch bei ersteren beiden Begriffen ergibt sich das Problem, dass sie durchaus unterschiedlich verwendet werden. Dazu Beispiele, die sich direkt auf die Patriotenpartei beziehen: Löffler verwendet für Wilhelm von Thüngen, der im Zollparlament, wenn er nicht beurlaubt war, jede Tarifvorlage verneinte, den Ausdruck „Föderalist[en]“ – ebenso wie für die anderen Reichsräte, die als patriotische Abgeordnete im Zollparlament oder im Reichstag tätig waren. Ebenfalls zur Zeit der Reichsgründung verwendet Hartmannsgruber für die Patrioten den Begriff „Partikularisten“. Später spricht er – und das ist durchaus im Zusammenhang zu sehen – von ihnen als „keine[n] eigentlichen Reichsfeinde[n]“³¹⁵.

Bei dem Terminus „Partikularismus“ handelte es sich um ein politisches Schlagwort, dessen Kernbedeutung in der Zeit der Patriotenpartei von Veit-Brause in „antipreußischer Affekt und dynastische Eigensucht“³¹⁶ zusammengefaßt wird – ursprünglich stellte „Partikularismus“ folglich keine Selbstbezeichnung dar.³¹⁷ Der Schlüssel zum Verständnis der sogenannten

³¹⁵ Thüngen starb bereits am 1.3.1871, so dass bei ihm Haltung und Politik im Deutschen Kaiserreich leider nicht weiterverfolgt werden können. Löffler: Reichsräte, S. 427 (zu Thüngen); Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 363 („Partikularisten“); S. 372 („keine eigentlichen Reichsfeinde“).

³¹⁶ Irmeline Veit-Brause, Partikularismus, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 735-766, S. 761. Zusammenfassend zur Begriffsbedeutung im Zeitraum der Existenz der Patriotenpartei: „In den Auseinandersetzungen um den deutschen Bundesstaat neigen die ‚Partikularisten‘ zur Verteidigung staatenbündischer Verfassungselemente, während sie später die bundesstaatliche Organisation der deutschen Reichsverfassung gegen zentralistische, unitarische Tendenzen verteidigten.“ Ebd. S. 735.

Den Wandel der Begriffsbedeutungen im 19. Jahrhundert macht Langewiesche leicht fassbar: „Man wollte eine einheitliche deutsche Nation, aber zusammengesetzt aus den bestehenden deutschen Staaten. Ich nenne diese Haltung ‚föderatives Nationalbewußtsein‘. Föderativ hat in der deutschen Sprache einen positiven Klang. Deshalb pflegt man in Deutschland seit 1871 bis heute dieses frühe Nationalbewußtsein nicht föderativ zu nennen, sondern partikularistisch. Die Wortwahl fällt ein Werturteil.“ Dieter Langewiesche, Kulturelle Nationsbildung, 48.

³¹⁷ Vertreter der Patrioten und ähnlicher Parteien gebrauchten das Wort sehr wohl. Auch von Parteien anderer Couleur wurde erstaunlicher Weise ab und zu von berechtigtem Partikularismus für einzelstaatliche Interessen gesprochen. Für die Selbstbezeichnung dürfte Veit-Brauses Definition insofern nicht zu übernehmen sein, als „Eigensucht“ die negative Komponente des Schlagwortes der Zeit einfängt, die bei der Selbstbezeichnung

Partikularisten und des Charakters dieser Fremdbezeichnung muss in der Tatsache gesehen werden, dass in den Augen der sogenannten Partikularisten die Vertreter der kleindeutschen Lösung als die wahren Partikularisten erschienen, deren dynastische Eigensucht große Teile Deutschlands aus der gemeinsamen Staatenbildung ausschlossen. Trotz dieser Erkenntnis und neutralen Definitionsversuchen ist das Begriffsfeld um Partikularismus auch heute in weiten Teilen der Literatur negativ konnotiert.³¹⁸ Daher erscheint es sinnvoll, wertneutrale und besser definierbare Bezeichnungen und Umschreibungen zu verwenden:

Auch wenn weder die historische Forschung noch die meisten Zeitgenossen der Patriotenpartei „Separatismus“ vorwarfen, ist die Einführung des genau definierbaren Begriffs zur Abgrenzung gegen den schwammigen „Partikularismus“ und damit zur Standortbestimmung der Partei gewinnbringend. Der Terminus „Separatismus“ bezeichnet im politischen Bereich das Streben nach Gebietsabtrennung mit dem Ziel, einen separaten Staat zu gründen. Unter diesem Aspekt ist die Bayerische Patriotenpartei folglich nur für die Zeit des bestehenden Deutschen Reiches zu untersuchen. Für die Zeit vor der Reichsgründung

naturgemäß wegfällt. Hierzu einige Beispiele von Politikern: „Samstag hat der Schwabe Payer eine partikularistische Rede gehalten, um die ihn sogar Windthorst beneidet.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 609, Brief Peter Karl Aretin an Soden vom 7. Mai 1883. Bei der Rede handelt es sich um eine Reichstagsrede des evangelischen, württembergischen Abgeordneten der DVP Friedrich von Payer vom 5. Mai 1883; er wies die Bezeichnung der kaiserlichen Botschaft als „landesväterlichen Mahnung“ zurück, da es sich bei dem Kaiser nicht um den Landesvater handle; ebenso lehnte er die Bezeichnung „parlamentarische Regierung“ für das deutsche Reich ab – insbesondere bei einer Gegenüberstellung von „parlamentarischer Regierung“ und „Kaiserlicher Regierung“, wie vom Finanzminister zuvor geschehen: „wo bleiben denn dann die verbündeten Regierungen?“ fragte Payer: RV 1882/83, Bd. 71, S. 2344. Soden kandidierte 1884 nicht mehr für den Reichstag. Anlässlich dessen streute die Augsburger Postzeitung Gerüchte. Soden wies diese zurück (BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 508, Konzept Soden an die Augsburger Abendzeitung; 1884; Bezugnahme auf Nr. 279 der Ztg.) und schrieb an Franckenstein: „Vielleicht hast Du die Güte, in einer Wählerversammlung dieses Treiben zu charakterisieren und zu constatieren, daß mir das Centrum nicht zu wenig partikularistisch ist!! Daß gerade ich den Vorwurf erheben sollte, ist wirklich zu ungeschickt erfunden.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Rote Hand-Acten des Freiherrn zu Franckenstein. Betreff Reichstagswahlen 1884 II, Brief Soden an Franckenstein vom 13. Oktober 1884. 1888 schreibt Konrad Preysing an Franckenstein: „Es ist grundfalsch – u. ich spreche da ganz objectiv – zu wähen, W. [= Windthorst] – seine Inspiration – könne München leiten. – Bayern, Altbayern zumal – ist eine Sache ganz für sich – u. – incredible dictu – ein gewisser ‚Particularismus‘ macht sich gelten – der weit über unsern Kreise hinausreicht.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1887-1890 – vornehmlich Graf Konrad Preysing, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 27. September 1888.

³¹⁸ Die Übernahme der kleindeutschen Haltung und damit die Übernahme des wertenden Begriffes prägte die Forschung bis 1945. Erst ab diesem Zeitpunkt begann die Forschung die unter der Bezeichnung ‚Partikularisten‘ laufenden gesellschaftlichen Gruppen, Vereine, Parteien in ihren Motiven differenzierter zu betrachten. Es sei verwiesen auf Begriffe wie „Föderalismus“, „Regionalismus“ und „Pluralismus“ (Hartmannsgruber, Patriotenpartei, geht zwar ausführlich auf die Forschungslage zur Patriotenpartei ein – mit der historischen Theoriebildung in Bezug auf eine Differenzierung in der Partikularismusforschung befasst er sich allerdings nicht.). Ein Teil der neuesten Forschung zum 1871 gegründeten deutschen Nationalstaat weist die Tendenz auf, die negative Konnotation des Begriffes ‚Partikularismus‘ abzuschütteln, für die bislang als partikularistisch bezeichneten Bestrebungen eine stabilisierende Wirkung für das Reich nachzuweisen (allen voran Langewiesche mit seiner These der „föderativen Nation“) oder die Begriffe ‚Föderalismus‘ und ‚Partikularismus‘ gleichwertig zu verwenden. Hingewiesen sei stellvertretend für zahlreiche Forschungsbeiträge auf: Langewiesche, Föderativer Nationalismus, 215-242; Meiken Umbach, Reich, Region und Föderalismus als Denkfiguren in politischen Diskursen der Frühen und der Späten Neuzeit, in: Dieter Langewiesche/Georg Schmidt (Hg.), Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg, München 2000, 191-214; Sellin, Nationalbewußtsein und Partikularismus.

werden die drei Aspekte „kleindeutsche“ und „großdeutsche Lösung“ sowie das Streben nach „Bewahrung der bayerischen Souveränität“ Verwendung finden.³¹⁹ Zur Beurteilung von politischer Arbeit nach der Realisierung der deutschen Einheit werden weitere Begriffe und Umschreibungen benötigt. Der Ausdruck „Föderalismus“ bildet mit „Unitarismus“ und „Zentralismus“ Gegensatzpaare.³²⁰ Ersterer hat in dieser Arbeit weder Begriffsbedeutung noch ihren Wandel im Untersuchungszeitraum im Auge, sondern bezeichnet das Eintreten für eine bundesstaatliche Ordnung beziehungsweise das Vorhandensein einer solchen. Zweiterer „das Bestreben, innerhalb eines Bundesstaates die Befugnisse der Bundesbehörden gegenüber den Ländern zu erweitern und damit die Zentralgewalt zu stärken“³²¹; darüber hinaus, kann mit „Unitarismus“ auch Einheitlichkeit in der Regelung gemeint sein, ohne dass dadurch die Zentralgewalt mehr Kompetenz erhält.³²² Der dritte Begriff, „Zentralismus“, bezeichnet „das Bestreben, Politik und Verwaltung eines Staates zusammenzuziehen u. nur eine Stelle mit der Entscheidung zu betrauen“³²³ oder ebenfalls das Vorhandensein einer derartigen Prägung eines Staates. „Unitarismus“ und „Zentralismus“ wurden häufig in ihrer Verwendung nicht klar unterschieden und dies ist im Detail auch nicht immer möglich; ein Schlagwort zur Zeit der Patriotenpartei, das dasselbe meinte, ist der „Einheitsstaat“.³²⁴ Die genannten Antonyme

³¹⁹ Bei Nipperdey findet sich im Gegensatz dazu die bewusste Verwendung von „Partikularismus“ vor der Reichsgründung und „Föderalismus“ nach der Reichsgründung, was allerdings nicht auf die Definition der Begriffe, sondern auf die Entwicklung zurückzuführen ist, die er konstatiert: „Die großdeutsche Nationalidee war 1866 vergangen, wenn man von ein paar Nostalgie-Erfüllten absieht. Für ihre Erben blieb die Wendung in den Partikularismus, gerade im Süden und besonders in Bayern. Jörg wurde [...] zum Wortführer der bayerischen Patrioten. Oder sie mündete in eine reine Antihaltung, die antiborussische Opposition [...] Der großdeutsche Nationalismus und der Partikularismus verbanden sich zum betonten Föderalismus und Antizentralismus im werdenden Nationalstaat“ Nipperdey, Deutsche Geschichte I, S. 455. Für die Zeit des Zollparlaments schreibt Nipperdey: „Schließlich gab es den popular katholischen, partikularistischen Anti-Borussismus im Süden, in Baden und Bayern, aber auch in Württemberg, mit mehr konservativen oder mehr demokratischen Tendenzen.“ Nipperdey, Deutsche Geschichte II, S. 340. Im Kapitel zum Zentrum schreibt er: „Die Tatsache, daß die Zentrumsfraktion im Reichstag dann den Minderheiten – Welfen, Elsässern, Polen – ein Haus bot, hat das föderalistische Element verstärkt und natürlich auch den Ruf der ‚Reichsfeindschaft‘“ Nipperdey, Deutsche Geschichte II, S. 342.

³²⁰ Ausführlich zur langen Geschichte des Terminus „Föderalismus“ siehe: Reinhart Koselleck: Bund. Bündnis, Föderalismus, Bundesstaat, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), Bd. 1, Stuttgart 1972, 582-671, beispielsweise S. 662. Zur Wandlung des Begriffes Föderalismus im politischen Katholizismus siehe jetzt auch eingehend: Steffen, Bürgerliche Rechtseinheit.

³²¹ Duden. Fremdwörterbuch, S. 835f.

³²² Ein Beispiel zur Veranschaulichung: „Selbst die Verfechter von Reichseisenbahnen vertraten einen mehr oder weniger ausgeprägten Unitarismus, aber keinen Zentralismus. Der Unitarismus hatte die Einheitlichkeit im Bahnverkehr im Blick, nicht aber die Vision eines Top-Down-Managements aus einer straff geführten Zentrale. Nationalliberale Eisenbahnexperten wie Otto Elben waren zwar Unitarier, den Zentralismus lehnten sie jedoch ab.“ Weichlein: Nation, S. 53.

³²³ Duden. Fremdwörterbuch, S. 858.

³²⁴ Für den Vorgang hin zum diesem Einheitsstaat wurde im Untersuchungszeitraum auch das Wort „Unifizierung“ verwendet: „Was oft unbewußt immerhin aber thatsächlich in den Hintergrund getreten das ist die ‚partikularistische‘ Empfindung. [...] Und so führt die wirthschaftl. Lage – Angesichts eines sich selbst Preisgebenden, impotenten Satrappenthums gewisser Einzelende[?] der Unifizierung des ‚Reiches‘ viel rascher zu, als eine Anzahl Gesetzes-Paragraphen es bewirken konnten.“ NL Franckstein, Politische Korrespondenz 1884-1886, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 5. Juni 1884.

beschreiben folglich das Ringen um die Kompetenzverteilung zwischen Reich und Einzelstaaten. Das Kompetenzverhältnis wurde im Bismarckreich mehr und mehr zugunsten des Reiches verschoben. Um Feinheiten erfassen zu können, ist es vonnöten, zu unterscheiden zwischen dem Eintreten für die Interessen des eigenen Einzelstaates und dem Eintreten für einzelstaatliche Interessen, das alle oder die meisten Einzelstaaten gegenüber dem Reich begünstige. Auch das Eintreten für die Interessen des eigenen Einzelstaates, dessen Einwohner oder die eigene Wählerschaft bedeutet eindeutig nicht eine Forderung nach Separation, sondern wird in der Forschung meist als starker oder ausgeprägter Föderalismus bezeichnet. Inwieweit die Bayerische Patriotenpartei sich eindeutig dem einen oder anderen Begriff zuordnen lässt, wird die Untersuchung ihrer konkreten politischen Arbeit zeigen.

5. Zusammenfassung

Die Bayerische Patriotenpartei verdankte ihren sensationellen Aufstieg zwei Adressbewegungen. Diese politisierten die Landbevölkerung mit Hilfe vor allem des niederen bayerischen Klerus und einiger konservativer Zeitungen. Die Adressbewegungen von 1867/68, die der Unzufriedenheit der konservativen Mehrheit des Volkes Ausdruck verlieh, befassten sich mit den drei aktuellen Streitfragen: der deutschen Frage, der Frage nach dem Verhältnis von Staat und katholischer Kirche und der künftigen bayerischen Gesellschaftspolitik, die eng miteinander verzahnt waren. Diese Politisierung fand in der von konservativer Seite ad hoc und dezentral organisierten Zollparlamentswahl 1868 zum ersten Mal ihren Niederschlag und zeigte, dass sich das politische Klima in Bayern radikal gegen den Liberalismus gewendet hatte. Wie bei diesen Wahlen hatte die Patriotenpartei den Großteil der Bevölkerung in den Jahren ihrer Existenz (einschließlich der Zentrumsjahre bis 1919) mit Ausnahme von 1871 hinter sich. Allein durch die Wahlkreismanipulationen und das indirekte Wahlrecht erreichte sie nur knappe Mehrheiten im Landtag. Durch das direkte Wahlrecht brachten jedoch die Majoritätsverhältnisse zwischen bayerischen Liberalen und Patrioten im Reichstag die Stimmung im Volk zum Ausdruck. Der Wählerstamm der Partei rekrutierte sich auf Grund der konfessionellen Spaltung aus dem katholische Bevölkerungsteil Bayerns; und zwar vor allem in den Kleinstädten und auf dem Land, folglich also aus den Regionen, in denen die Modernisierungstendenzen noch wenig gegriffen hatten.

Ganz im Sinne der Definition von Partei zu dieser Zeit, nach der Partei „nicht eine Organisation, sondern die Anhängerschaft einer durch Programme mehr oder minder scharf

definierten politischen Richtung“³²⁵ meinte, zeichnet sich das Bild der Bayerischen Patriotenpartei. Besonders hervorzuheben ist ihre stark heterogene Zusammensetzung, die durch ihr Zusammenfinden aus Negation erklärbar wird – und die sie mit den anderen Parteien der Katholiken gemeinsam hatte. Neben der tonangebenden konservativen Mehrheit vereinigte die erste bayerische Volkspartei zur Gründungszeit in ihren Reihen Altkonservative, Liberal-Konservative, Klerikal-Demokraten und eine konfessionell ausgerichteten Minderheit. Für den Zusammenhalt der Abgeordneten in der Abgeordnetenkammer des bayerischen Landtages kam dieser Heterogenität große Bedeutung zu.

Die in dieser Studie leicht überarbeitete Flügeleinteilung Hartmannsgrubers kann, wie gesehen, für die Reichstagsfraktion nutzbar gemacht werden: Die politisch sehr heterogene Zusammensetzung der Landtagsfraktion, die diese spaltbar machte, kann in dem bayerisch-patriotischen Kontingent der Reichstagsfraktion so nicht wiedergefunden werden:

Die überwiegende Mehrheit der Bayern in der Zentrumsfraktion gehörte dem konservativen Flügel an. Es wurden jedoch Anhänger aller Flügel in den Reichstag gewählt. Ihre Zahl variierte von Legislaturperiode zu Legislaturperiode, manchmal auch von Jahr zu Jahr, wenn es Todesfälle oder Mandatsniederlegungen gab. Die summierte Anzahl der Mandate des klerikal-demokratischen Flügels und der konfessionell ausgerichteten Minderheit lag pro Legislaturperiode bei ein bis vier – wobei ihr prozentualer Anteil in der ersten Legislaturperiode wesentlich höher als in den folgenden Legislaturperioden war. Die Anzahl der für diese Studie bewusst weit gefassten Gruppe von Altliberalen, sich diesen Annähernden sowie den zwar zur konservativen Mehrheit Zählenden, aber 1871 für den Eintritt Bayerns ins Reichs Stimmenden schwankte zwischen null und vier. Summiert man in den einzelnen Legislaturperioden all diese Flügel und rechnet zudem die beiden in ihrer (ursprünglichen) Ausrichtung Altkonservativen hinzu, liegt die Höchstzahl bei sieben Mandatsträgern während einer Legislaturperiode.

Die These liegt nahe und soll hier formuliert werden, dass das Zusammenspiel mehrerer Faktoren zu dem besseren Zusammenhalt des bayerisch-patriotischen Kontingents und damit der Reichstagsfraktion gegenüber der Landtagsfraktion führten: Neben den persönlichen Führungsqualitäten einzelner Abgeordneter beförderte die im Vergleich zur patriotischen Landtagsfraktion homogenere soziale und vor allem politische Struktur der Reichstagsabgeordneten den Zusammenhalt. Außerdem fehlten zahlreiche oder auch

³²⁵ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 8.

langjährige Querulanten der Landtagsfraktion. Auch diese Feststellung ist von großer Bedeutung, zeigt doch die Angelegenheit Ratzinger, wie viel Unruhe ein einziger Abgeordneter respektive die Affäre um ihn auch in die Zentrumsfraktion bringen konnte. Des Weiteren spielten die gänzlich andere Machtkonstellation im Reich sowie die anders gelagerten Mehrheitsverhältnisse im Reichstag eine Rolle.

Zusammen mit den Ergebnissen aus den Politikkapiteln tragen die Ergebnisse zu den einzelnen Legislaturperioden Wesentliches zu der Einteilung der bayerisch-patriotischen Reichstagspolitik in Phasen bei.

Der für die Definition von *Termini technici* notwendige Exkurs machte deutlich, dass für das Begriffsfeld „ultramontan“ wie für das Begriffsfeld „klerikal“ eine negative Konnotation vorliegt, Definitionen und Gebrauch in der Forschung differieren und dass beide Bezeichnungen zudem undefiniert und damit für den Leser vielfach undefinierbar Verwendung findet. Auch wenn der Gebrauch der historischen Bezeichnung „klerikale Demokraten“ für einen der fünf Flügel der Bayerischen Patriotenpartei zu übernehmen ist, wird in dieser Arbeit ansonsten von der Verwendung der Bezeichnungen als Forschungsbegriffe abgesehen. Für die Zeit vor der Reichsgründung werden die drei Aspekte „kleindeutsche“ und „großdeutsche Lösung“ sowie das Streben nach „Bewahrung der bayerischen Souveränität“ Verwendung finden. An die Stelle des schwammigen und negativ behafteten Begriffes „Partikularismus“ tritt für die Zeit nach der Reichsgründung der Begriff Föderalismus und ein differenzierter Blick in Bezug auf einzelstaatliche Interessen, Reichsinteressen – und Wählerinteressen.

Mit einer Zusammenstellung von zum Teil unveröffentlichten Briefausschnitten, Redemanuskripten, einem Geburtstagslied für Windthorst und Zeitungsartikeln der Politiker fördert der Exkurs ferner zu Tage, dass die polemische Rhetorik der Zeit letztlich einen Beitrag zur Selbstfindung auch über den Begriff „ultramontan“ bei Patrioten und Zentrum leistete.

IV. Verfassungsorgane und Zugangsmöglichkeiten

Aussagen zur Politik der Bayerischen Patriotenpartei sind zufriedenstellend nur dann möglich, wenn man die institutionellen Möglichkeiten der Partei im Machtgefüge ihrer Zeit als Grundlage sieht. Daher soll ein knapper Überblick über die Staatsorgane geschaffen werden, der die institutionellen Möglichkeiten der Partei eröffnet. Zudem wird die Frage nach der Funktionsweise des Reichstages, seinen Entscheidungswegen und Ämtern mit Ausrichtung auf die Beteiligung der Zentrumsfraktion und der Bayern in ihr beantwortet.

Erste Aussagen über das Gewicht der Patrioten in Fraktion, Reichstag und im Machtgefüge der Zeit werden möglich.

1. Einfluss im Zollverein ab 1868?

Auf die Frage, welche institutionellen Möglichkeiten der patriotischen Partei zur Einflußnahme auf den Verlauf der „deutschen“ Politik zur Verfügung standen, müssen für die Zeit vor der kleindeutschen Einigung 1871 in einem ersten Schritt die Organe des Zollvereins beleuchtet werden.

Im Rahmen des Zollvereins – und damit auf der damals einzig bestehenden „gesamt-deutschen“ politischen Bühne – existierten zwei Entscheidungsgremien: der Zoll-Bundesrat und das Zollparlament. In den Zoll-Bundesrat wurden die Mitglieder von den Regierungen entsandt;³²⁶ da die bayerische liberal besetzt war, entzog sich der Zoll-Bundesrat als Wirkungsbereich den übrigen politischen Überzeugungen. Das Zollparlament hingegen bot mit der allgemeinen, gleichen und direkten Wahl seiner Abgeordneten den politischen Kräften die Chance, dank entsprechenden Wahlkampfes und Abschneidens in der Wahl die Entscheidungen dieser „echte[n] Volksvertretung“³²⁷ zu beeinflussen.³²⁸ Diesen für sie ersten Auftritt auf dem Parkett der Politik meisterte die spätere Bayerische Patriotenpartei mit einem

³²⁶ „Die 58 Stimmen verteilten sich wie folgt: der Norddeutsche Bund 42, davon Preußen 17; Bayern 6; Württemberg 4; Baden und Hessen je 3.“: Schmidt: Zollparlament, 79. Preußen wurde eindeutig eine vorrangige Stellung eingeräumt, indem es erstens das Präsidium im Bundesrat inne hatte; dieses Exekutivorgan war dem preußischen König vorbehalten und überwachte nicht nur die Ausführung der Zoll- und Handelsverträge, sondern bereitete sie auch vor: Wolfram Siemann: Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849-1871 (Moderne deutsche Geschichte Bd. 6), Frankfurt a. M. 1990, 290. Zweitens verfügte Preußen als einziger Staat über ein Vetorecht: Angelika Fox: Die wirtschaftliche Integration Bayerns in das Zweite Deutsche Kaiserreich. Studien zu den wirtschaftspolitischen Spielräumen eines deutschen Mittelstaates zwischen 1862 und 1875 (SBLG 131), München 2001, S. 164; Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 14.

³²⁷ Siemann, Gesellschaft, S. 290.

³²⁸ Die Kompetenzen des Zollparlamentes umfaßten Tariffestsetzungen, Grenzregulierungen, Abschluß von Handels- und Schiffsverträgen (als Gegenzeichnung zum Zollbundesrat) und Regelung der indirekten Steuern für Salz und Tabak. Dabei besaß es auch das Gesetzesinitiativrecht: Schmidt: Zollparlament, S. 80.

aufsehenerregenden Wahlsieg gegen die bayerischen Liberalen. Bayern war im Zollparlament mit 48 Stimmen vertreten, die süddeutschen Staaten zusammen mit 85 und der Norddeutsche Bund durch seine 297 Mitglieder des Norddeutschen Reichstages (235 davon entfielen auf Preußen und die von ihm bereits annektierten Territorien; 23 auf Sachsen).³²⁹ Die zunächst 27 dann 28 patriotischen Abgeordneten³³⁰ bildeten mit württembergischen, badischen und sächsischen Abgeordneten, zu denen sich z. B. auch der Hannoveraner Ludwig Windthorst gesellte, die sogenannte Süddeutsche Fraktion. Ihr Ziel war die Verhinderung der Entwicklung des Zollparlaments zu einem politischen Vollparlament. Auf wirtschaftlicher Ebene kam es durch die Tätigkeit des Zollparlamentes zu wichtigen Weichenstellungen für das deutsche Reich, so dass dieses 1871 auf einer „fundierten Wirtschaftseinheit aufbauen konnte“.³³¹

2. Der Zugang der Patrioten zu den bayerischen Verfassungsorganen

Die bayerische Verfassung vom 26. Mai 1818³³² sah ein Zweikammersystem vor, das kraft des Landtagswahlgesetzes vom 4. Juni 1848 von einem ständischen in ein Repräsentativsystem entscheidend geändert wurde.³³³

Die Erste Kammer, die Kammer der Reichsräte, setzte sich aus den Prinzen von Bayern, den obersten Kronbeamten, Vertretern der Kirchen, den Vertretern der standesherrlichen und nichtstandesherrlichen erblichen Reichsrats-Familien und einer wechselnden Zahl von vom König auf Lebenszeit ernannten Reichsräten zusammen.³³⁴ Zur Zeit der Patriotenpartei neigte sich das politische Gewicht dieser Kammer in die liberale Richtung: König Ludwig II. wählte

³²⁹ Die Anzahl der Mandate richtete sich nach der Einwohnerzahl der Staaten.

³³⁰ Über die patriotischen Wahlergebnisse macht die Forschung unterschiedliche Angaben. Hartmannsgrubers Darstellung ist am überzeugendsten: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 46 (mit Forschungsüberblick).

³³¹ Siemann, Aufbruch, S. 291 (Zitat). Fox: wirtschaftliche Integration, 365; Schmidt: Zollparlament, S. 384.

³³² Gbl. 1818, Sp. 101, 141ff. (die zehn Edikte der Verfassung). Druck: Ernst Rudolf Huber (Hg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1 (3 Bde.), Stuttgart 1961, S. 141-156. Ausführlich zu dieser: Eberhard Weis, Die Begründung des modernen bayerischen Staates unter König Max I. (1799-1825), in: Alois Schmid (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/1: Das neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart. Staat und Politik, begr. v. Max Spindler, 2., völlig neu bearb. Aufl., München 2003, S. 3-126, hier: S. 117-123; Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 341-344.

³³³ Gbl. 1848, Sp. 77ff. Abdruck im Anhang sowie ausführlich zum Landtagswahlrecht: Ludwig Hubbauer, Die geschichtliche Entwicklung des bayerischen Landtagswahlrechts mit Beschränkung auf die Kammer der Abgeordneten, Erlangen/Leipzig 1908, S. 18-22, 36-40; Michael Doeberl, Ein Jahrhundert bayerischen Verfassungslebens, München 1918; Max von Seydel/Josef Graßmann/Robert Piloty, Bayerisches Staatsrecht, 2 Bde., Tübingen 1913; siehe auch das Kapitel „Das Wahlrecht“ bei Hartmannsgruber: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 136-142. Zur Entwicklung der Wahlrechtsfrage in der Patriotenpartei: Ebd. S. 380-387. Mit der Wahlgesetznovelle vom 21. März 1881 wurde bestehende Mängel beseitigt sowie die geheime Wahl an die Stelle der Pflicht zur Unterzeichnung des Wahlzettels gestellt: GVbl. 1881, Sp. 103ff.

³³⁴ Löffler: Reichsräte, S. 28-65. Der König konnte auch neue erbliche Reichsräte ernennen.

als erblich oder lebenslänglich neu berufene Reichsräte vermehrt Vertreter mit liberaler Gesinnung. Ab der Debatte um den bayerischen Kriegseintritt im Juli 1870 darf man die Kammer der Reichsräte als liberal bezeichnen – Löffler spricht von der „realpolitischen“ Wende der Kammer der Reichsräte.³³⁵ Ab 1881 war die Stimmung in der Reichsratskammer den Patrioten zumindest wieder gewogener; ein Grund dürfte die Präsidentschaft Franckensteins gewesen sein, auch wenn er sein Amt „möglichst überparteilich[er]“³³⁶ ausführte.

Wirken im Sinne der Patrioten konnte folglich nur jeder Reichsrat selbst – was die zumeist konservativen alten Stände, die die Minderheit bildeten, teilweise taten; die übrigen Reichsräte entzogen sich aber gänzlich einem, wenn überhaupt, nur nicht-konstitutionellen Einfluß der Volkspartei.

Wie die Erste Kammer so besaß auch die Zweite Kammer, die Kammer der Abgeordneten, kein Absetzungs- oder Mitspracherecht in Bezug auf die bayerische Regierung. Eine Ministerverantwortlichkeit bestand nur im staatsrechtlichen, nicht im politischen Sinne.³³⁷ Die Volksvertretung, in der ab den Wahlen im Mai 1869 die Patriotenpartei eine – oft wackelnde, häufig knappe oder auch im Laufe der Legislaturperiode gebrochene³³⁸ –

³³⁵ Löffler: Reichsräte, S. 428.

³³⁶ Löffler, Reichsräte, S. 147. Möckl weist auf den Schwenk des königlichen Oberstallmeisters Graf Max von Holnstein und in Reichsratskreisen ab 1881 hin und führt dies auf die immer mehr in der Luft liegende Regentschaft von Prinz Luitpold oder Prinz Ludwig zurück, die beide als „antiliberal und katholisch“ galten: Möckl, Prinzregentenzeit, S. 53.

³³⁷ Zudem mußte sich der Gesamtlandtag (also beide Kammern) über die Ministerklage einig sein: Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 343.

³³⁸ Landtagswahlergebnisse der Patrioten: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 170f., 142 Anm. 24 (Belegangaben). Ergebnisse aller Parteien: Alois Schmid (Hg.): Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/2: Das neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart. Die innere und kulturelle Entwicklung, begr. v. Max Spindler, 2., völlig neu bearb. Aufl., München 2007, S. 742-744. Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 141 Anm. 15, weist auf die Ausführung Innenminister Hörmanns über die Grundsätze der Wahlkreiseinteilung hin: Hörmann an die Regierungspräsidenten 20.3.1869, MInn 44 379; sowie seine Rechtfertigungen in: Ebd. und MInn 44 383, 44 384, 44 388, 44 3537. Einstimmig werden in der Literatur die Auswirkungen der Manipulation der Stimmenanteile für Liberale beziehungsweise Patrioten durch das liberale Ministerium betont; die bayerische Patriotenpartei versuchte vergeblich dagegen vorzugehen. Albrecht erläuterte 1874 aussagekräftig: „Dabei bestand für das Ministerium (je nach Zielen) die Möglichkeit, Stadt und Land in Wahlbezirken zu mischen oder zu trennen, sowie bei den städtischen Wahlbezirken möglichst unter die Normzahl [von 31500 Einwohnern pro Abgeordnetem], bei den ländlichen möglichst darüber zu gehen (oder umgekehrt) und hierdurch sowie in Ausnützung des indirekten Wahlverfahrens das Verhältnis von Wählerstimmen und gewählten Kandidaten zu manipulieren („Wahlkreisgeometrie“).“ Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, Bd. VI/1: Das neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart. Staat und Politik, München 1974, S. 283-386, hier S. 318. Hartmannsgruber erwähnt in diesem Zusammenhang außer dem indirekten Wahlrecht – auf der Ebene des Wahlrechts – zusätzlich das absolute Mehrheitswahlrecht als grundlegenden Faktor, der „beträchtliche Minderheiten um ihre Vertretung“ brachte; des Weiteren erläutert er in Bezug auf die sogenannte Wahlkreisgeometrie, dass man, um disponible Einheiten zur Verfügung zu haben, auf die ältere Einteilung in Landgerichte zurückgriff und daß man mit den kompakten Großwahlkreisen nicht nur versuchte, eine Einigung der Wahlmänner durch Kirchturminteressen zu erschweren, sondern auch in Verbindung mit der Festlegung der Wahltage auf Werktage, der katholischen und überwiegend patriotisch gesinnten Landbevölkerung den weiten Weg zum Wahllokal zu verleiden: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 140f. Hartmannsgruber verdeutlicht das Ausmaß der Manipulation anhand der Ergebnisse der Landtagswahl 1875: „Landesweit repräsentierten die 77 liberalen Abgeordneten des Jahres 1875 1 967 000 Wähler, die 79 patriotischen dagegen 2 806 000“: Ebd. S.

Mehrzahl der Abgeordneten stellte, bekundete dennoch ihre Meinung: Denn ein allgemeines Petitions- und Beschwerderecht besaß die Kammer der Abgeordneten. Wie sah es mit der Wirksamkeit der übrigen der Zweiten Kammer beziehungsweise dem Gesamtlandtag von der Verfassungsurkunde zugesprochenen Befugnissen aus? Eine effektive, in ihrem Sinne gestaltete Mitwirkung an der Gesetzgebung wurde der Volksvertretung trotz des gewährten Initiativrechts erschwert, indem ihr Votum mit dem der Ersten Kammer übereinstimmen musste. Über das Budgetrecht (auch Steuerbewilligungsrecht) konnte der Landtag, so fasst Hartmannsgruber zusammen, „eine Regierung knapp halten, aber nicht finanziell aushungern und auch nicht [...] die faktische Parlamentarisierung ertrotzen“³³⁹. Immerhin widersetzen sich 1870 die beiden Kammern gemeinsam den militärpolitischen Wünschen Preußens mit Wehretatkürzung.³⁴⁰ Bei bestehender Einigkeit innerhalb der patriotischen Fraktion und zudem mit der Kammer der Reichsräte konnten also Erfolge erzielt werden. Am Landtag scheiterte es denn auch, einen Kulturkampf wie auf Reichsebene oder in Preußen zu führen: Der bayerische Ministerpräsident Lutz sah früh ein, dass auf Grund der Mehrheitsverhältnisse in der Zweiten Kammer der Weg über Gesetze versperrt war und damit die einzige Möglichkeit innerhalb Bayerns für einen Kulturkampf in Verordnungen bestand – auf Reichsebene jedoch instruierte das Ministerium die bayerischen Bundesratsstimmen bei der Gesetzgebung und allen anderen Aufgaben unabhängig vom Landtag im Sinne des Kulturkampfes.³⁴¹ Wie die Forschung bis dato bereits feststellte, konnte der Landtag durch die ihm verliehenen Rechte zwar Druck ausüben, er besaß im Grunde aber keine Handhabe gegen ein ihm missliebiges Ministerium. Im Falle der Patriotenpartei kommt hinzu, dass sich dieses Verfassungsorgan dem Einfluss der noch jungen Volkspartei bis zu den Landtagswahlen 1869 entzog.³⁴²

Die Diskussion über das politische Gewicht des Landtages einmal ausblendend können die Tätigkeiten des Landtages – um das Bild abzurunden – gerade im Hinblick auf

142. Zu den ersten Wahlkreismanipulationen 1869 und den Reaktionen der Parteien und der Presse: Ebd. S. 90-92.

³³⁹ Ebd. S. 343. Hartmannsgruber weist auf dieser und auf der vorhergehenden Seite auf alle Verfassungsgrundlagen hin: Verfassungsurkunde vom 26. Mai 1818 Tit. VII § 9; Tit. VII § 19 (siehe Anm. 16); „Verfassungsverständnis“ von 1843; Gesetz über die Finanzperiode vom 10. Juli 1865, Art. 1 (Druck: Gbl. 1865, S. 137ff.; Karl Weber, Neue Gesetz- und Verordnungen-Sammlung für das Königreich Bayern mit Einschluß der Reichsgesetzgebung, Band 6 (42 Bde.), München/Nördlingen 1880-1919, 496.).

³⁴⁰ Hans Rall, Die politische Entwicklung von 1848 bis zur Reichsgründung 1871, in: Max Spindler (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/1, München 1974, S. 228-282, hier: S. 268; Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 347f.

³⁴¹ Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, 373f..

³⁴² Ohne Erfolg versuchten die Patrioten nach ihrem Wahlerfolg bei den Zollparlamentswahlen die Regierung zu Neuwahlen zu bewegen. Dadurch konnte vor dem Ende der regulären Legislaturperiode das liberale Reformwerk der Sozialgesetzgebung beschlossen werden: Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 83. Zu den Sozialgesetzen siehe auch: Volkert, in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, S. 261.

Reichsangelegenheiten wie folgt ergänzt werden: „In ihm werden Reden gehalten, die unmittelbar an das Reich gerichtet sind, besonders dann, wenn die eine oder die andere Partei im Reichstag mit ihren Wünschen nicht durchdringen konnte. Es werden Interpellationen eingebracht, die reichspolitische Pläne oder Maßnahmen mit klarer Entschiedenheit verneinen, oder sie auch bejahen. Mit mehr oder weniger Erfolg sind mal die Patrioten, ein andermal die Liberalen bemüht, die Staatsregierung für ihre Reichspolitik zu gewinnen und auf die Mitglieder des Bundesrates einzuwirken.“³⁴³

Entscheidend für den von mir formulierten Schluss über die reale Macht des Landtages ist, dass zu der Regierungszeit Ludwigs II. und der Regentschaftszeit Prinzregent Luitpolds die eigentliche Macht im bayerischen Staate in der Hand des Ministeriums lag³⁴⁴ und dieses nur vom König angreifbar war. Ein patriotisches Ministerium rückte mindestens zwei Mal in greifbare Nähe – mindestens einmal scheiterte es vor allem am Wankelmut Ludwigs II., aber auch an dem für ihn durch Bürokratie und versierte Minister engen Handlungsspielraum; einmal scheiterte es an der Absage seines Kandidaten Franckenstein.³⁴⁵ Erkennbar wird, dass „sich monarchischer Antiparlamentarismus, liberaler Machterhaltungswille und preußische Reichspolitik“ zur Abwehr von Parlamentarisierungstendenzen und einem patriotischen Ministerium verbanden.³⁴⁶

³⁴³ Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 16.

³⁴⁴ Politik spielte im Leben König Ludwigs II. von Bayern eine „wesentlich größere Bedeutung“ als jahrzehntelang von der Forschung angenommen, wie Botzenhart in seiner Dissertation eindrucksvoll zeigt: Christof Botzenhart: „Ein Schattenkönig ohne Macht will ich nicht sein“. Die Regierungstätigkeit König Ludwigs II. von Bayern (SBLG 142), München 2004, S. 200 (Zitat). Dennoch zog sich Ludwig II. sukzessive selbst aus dem Handlungsspielraum zurück, den ihm das konstitutionelle System und die Zeitumstände beließen, da er seine absolutistische Auffassung der Monarchie nicht den diesen überein bringen konnte. Als offensichtlicher Verlust der außenpolitischen Macht 1871 stellte „die entscheidende Zäsur in der Regierungszeit Ludwigs II.“ dar. „[A]b Beginn der achtziger Jahre [zog er sich] fast völlig von der Politik zurück“. Zitate: Botzenhart, Ludwig II., S. 202, S. 100. Auch unter Max II. spricht man bereits von einer Ministerherrschaft: Körner, Ministerium, S. 165 und S. 168.

³⁴⁵ 1872 erging an den „betont bayerisch-patriotischen Gesandten in Stuttgart, Rudolf Frhr. v. Gasser (1829-1904)“ vom König der Auftrag, daß Ministerium neu zu bilden; als dieser seine Ministerliste vorlegte, lehnte Ludwig II. diese ab: Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, S. 378. Den zweiten Auftrag an einen Patrioten erhielt 1875 Georg Arbogast Frhr. von und zu Franckenstein, der aber in Anbetracht der damit vermutlich ausgelösten feindlichen Stellung des Reiches gegenüber Bayern ablehnte. Nach seiner Absage drängte Franckenstein Ludwig wohl in Richtung Gasser; unwahrscheinlicher ist, dass Ludwig auf Gasser zuing. Siehe hierzu die Schilderungen bei Aretin, Franckenstein, S. 47-61, und bei Botzenhart, Ludwig II., S. 82-100, die diesen Schluss nahe legen. 1881/82 lag der Gedanke an ein Ministerium Franckenstein nach Meinung der Zeitgenossen in der Luft; bisher ging die Forschung davon aus, dass es der König war, der – diesmal allerdings ohne zuvor offiziell ausgesprochene Meinungsbekundung – eine Kehrtwende machte: Ebd. 331-334. Botzenhart, Ludwig II., S. 97f. und Anm. 218, widerspricht dieser Auffassung, da sich weder im GHA noch im Ullstadt, FamA Franckenstein Anzeichen für einen diesbezüglicher Wunsch Ludwigs oder eine Kontaktaufnahme finden lassen. Ein sächsisches Gesandtschaftsgutachten stützt diese Interpretation laut Botzenhart zudem. Zur Verwirklichung eines „Zentrumsministeriums“ kam es erst 1912 mit der Ernennung Hertlings zum Vorsitzenden des bayerischen Ministerrates. Einschränkend muß hinzugefügt werden, dass dieser sein Amt nicht als Parteiregierung verstand – davon wäre aber auch bei Franckenstein auszugehen gewesen.

³⁴⁶ Hans-Michael Körner: Parlamentarisierung und Eigenstaatlichkeit. Gibt es um 1900 eine Wende in der bayerischen Politik?, in: Winfried Becker/Werner Chrobak (Hg.), Staat, Kultur, Politik. Beiträge zur Geschichte Bayerns und des Katholizismus. Festschrift zum 65. Geburtstag von Dieter Albrecht, Kallmünz/Opf. 1992, S.

3. Der Zugang der Patrioten zu den Verfassungsorganen des Deutschen Kaiserreiches

Als politischer Aktionsraum standen die bayerischen Verfassungsorgane der Patriotenpartei nach der deutschen Einigung wie vor dieser zur Verfügung. Allerdings stellte der Bayerische Landtag kein Organ des Deutschen Reiches dar und besaß damit auf Reichsebene keine Entscheidungskompetenz; als bayerisches Entscheidungsorgan versuchte er jedoch, ein Mitspracherecht bei den Entscheidungen der bayerischen Regierung (in Reichsangelegenheiten) und das Recht, die bayerischen Bundesratsstimmen zu instruieren,³⁴⁷ zu erlangen.

Mit dem Bundesrat des Deutschen Reiches ist bereits eines der vier Reichsorgane, die in der Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871³⁴⁸ verankert sind, angesprochen. Über das Wesen der Bismarckschen Reichsverfassung und ihre praktische Umsetzung diskutieren Historiker und Verfassungsrechtler bis heute: Böckenförde ist überzeugt, „daß die Verbindung von monarchischem und demokratisch-repräsentativem Prinzip in einem sogenannten konstitutionellen System keine eigene politische Form begründet, sondern [...] nur den Übergang zur demokratischen Ordnung [...] regeln konnte.“³⁴⁹ Huber hingegen vertritt die Ansicht, „daß das in der Bismarckschen Reichsverfassung entwickelte konstitutionelle System eine eigenständige Form der Staats- und Verfassungsgestaltung bedeutete.“³⁵⁰ W. J. Mommsen schließt sich in seinem Urteil Max Weber an und bezeichnet das System nicht als ein konstitutionelles, sondern als ein halbkonstitutionelles.³⁵¹ Ebenso wie der Charakter der Herrschaftstechnik Bismarcks³⁵² wird die an die einzelnen Reichsinstitutionen entfallende Teilhabe an der Macht erörtert; die Frage der Teilhabe stellt

287-299, S. 293 (Zitat). Ähnlich Löffler, wenn er formuliert: „Gerade die Monarchien und Regierungen in Süddeutschland waren aus Sorge um den Bestand des monarchischen Systems eher bereit, sich mit nationalliberalen, ja mit Preußen zu verbünden als mit den Demokraten in Württemberg oder den Ultramontanen in Bayern.“ Löffler: Reichsräte, S. 424.

³⁴⁷ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 373-375.

³⁴⁸ Druck: Huber, Dokumente II, S. 289-305.

³⁴⁹ Ernst Wolfgang Böckenförde, Der Verfassungstyp der deutschen Konstitutionellen Monarchie im 19. Jahrhundert, in: ders./Rainer Wahl (Hg.), Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815-1918), Köln 1972, 147-170., hier: S. 161.

³⁵⁰ Huber, Bismarcksche Reichsverfassung, 191. Einen guten Überblick über die Forschungsdiskussion bietet Mommsen in seinem Kapitel „Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 als dilatorischer Herrschaftskompromiß“: Mommsen, Verfassung, S. 39-65.

³⁵¹ Ebd. S. 62, S. 65.

³⁵² Siehe die prägnante Übersicht in Siemanns Kapitel „Bonapartismus, Cäsarismus oder Kanzlerdiktatur?“ und dessen überzeugende Synthese, die sich nahe an Wehlers Ergebnis anschließt: Siemann: Aufbruch, S. 294-297. Hans-Ulrich Wehler: Bonapartismus oder charismatische Herrschaft? Zur Herrschaftstypologie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Der Aquädukt, S. 455-469, S. 463.

sich auf Grund der bestehenden Disparität zwischen dem von der Verfassung erweckten Anschein und der realen Machtverteilung.³⁵³

An der „Spitze des Staates“ stand der Kaiser, „[G]edacht nur als Inhaber der Bundespräsidialgewalt“³⁵⁴. Der Bundesrat stellte – so formuliert es Albrecht – „jedenfalls verfassungsrechtlich das oberste Organ des Reiches dar“³⁵⁵. Die Zustimmung dieses föderativen Reichsorgans zu Reichsgesetzen war obligatorisch.³⁵⁶ Für eine Änderung der Reichsverfassung waren 45 der 58 Stimmen von Nöten; damit konnten Bayern, Sachsen und Württemberg Verfassungsänderungen mit ihren 14 Stimmen verhindern. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Exekutive „über die von ihr zu instruierenden preußischen Bevollmächtigten sowie über die Bevollmächtigten der Zwergstaaten den Bundesrat weitgehend zu kontrollieren“³⁵⁷ vermochte. Das Vetorecht Preußens im Bundesrat stellte für die übrigen Einzelstaaten sowie für Föderalisten einen Stein des Anstoßes dar. Sellin behauptet das Vorhandensein eines starken föderativen Charakters des Reiches.³⁵⁸ Zwar kann der Aufbau des Deutschen Kaiserreiches nicht mit einem zentralistisch organisierten Staat wie dem damaligen Frankreich verglichen werden; auch kann die

³⁵³ In diesem Zusammenhang ist auf „die große Spielräume innerhalb der Verfassung“ hinzuweisen: Mommsen, Verfassung, 58.

³⁵⁴ Beide Zitate: Hans-Peter Ullmann: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Frankfurt am Main 1997, S. 33.

³⁵⁵ Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, S. 320. Die verfassungsmäßige Höherstellung des Bundesrates gegenüber dem Parlament war auch an der Geschäftsordnung des Reichstages abzulesen: „§. 40. Die Mitglieder des Bundesrathes und die zu ihrer Vertretung abgeordneten Kommissarien müssen auf ihr Verlangen zu jeder Zeit gehört werden.“ Geschäfts-Ordnung für den Deutschen Reichstag, Berlin 1874, S. 23. Gleich lautend: Geschäfts-Ordnung für den Deutschen Reichstag, Berlin 1878, S. 24, § 43 Satz 1. Vgl. Hans-Peter Goldberg: Bismarck und seine Gegner. Die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 112), Düsseldorf 1998, S. 80. Nicht explizit geregelt war die Frage, ob sich die Ordnungsgewalt des Reichstagspräsidenten auch auf die Bundesratsbevollmächtigten bezieht. De facto aber wurde Bismarcks Interpretation, die er zum ersten Mal am 26. Februar 1863 als preußische Ministerpräsident gegenüber dem preußischen Abgeordnetenhaus äußerte, anerkannt, demnach er nicht Mitglied der Versammlung sei, die Geschäftsordnung nicht gemacht habe, den Präsidenten nicht gewählt habe und nicht „dem disziplinarischen Einfluß der Kammer“ unterliege. Zitat: Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3: Bismarck und das Reich, 3. Aufl. Stuttgart u.a. 1988, S. 312. Hans-Peter Goldberg: Bismarck und seine Gegner. Die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 112), Düsseldorf 1998, S. 80, weist zu recht darauf hin, dass die Praxis allenfalls indirekt den Ordnungsparagraphen der Geschäftsordnung entnehmbar war, die zumindest in § 57 (Fassung von 1874. Fassung von 1878: § 60) als Objekt des Ordnungsrechts das „Mitglied“ bezeichnete.

³⁵⁶ Außer den legislativen Befugnissen besaß der Bundesrat Verwaltungs- und Aufsichtsrechte; wie für die Gesetzgebung so war auch für die Verabschiedung des Budgets ein „Kompromiß“ (wie es Huber ausdrückt) zwischen Bundesrat und Reichstag zu finden; Huber diagnostiziert, daß die „Fähigkeit zum Kompromiß [sic] bei den rivalisierenden Verfassungsfaktoren, aufs Ganze gesehen, nicht abnahm, sondern wuchs“: Huber, Bismarcksche Reichsverfassung, S. 192.

³⁵⁷ Mommsen, Verfassung, S. 62. Wichtig ist auch folgender Aspekt der Verfassungskonstruktion: „Föderalismus erscheint hier als Parlamentarisierungsbremse, eingeschrieben in die Reichsverfassung, faßbar vor allem an der Institution des Bundesrates, der derart konstruiert war, daß die Reichsgewalt in einem föderalistischen Verantwortungsnebel dem Zugriff des Reichsparlaments entzogen blieb.“ Dieter Langewiesche, Föderativer Nationalismus als Erbe der deutschen Reichsnation. Über Föderalismus und Zentralismus in der deutschen Nationalgeschichte, in: ders./Georg Schmidt (Hg.), Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg, München 2000, S. 215-242, hier: S. 226.

³⁵⁸ Sellin, Nationalbewußtsein und Partikularismus, S. 259.

föderalistische Prägung, wie Sellin konstatiert, Zeugnis geben über den Erfolg der Nationsbildungen in den Einzelstaaten nach der territorialen Neuordnung 1814/15 – doch trifft die Behauptung eines starken föderativen Charakters nur auf das geschriebene Wort der Verfassung des Kaiserreiches zu, nicht aber auf die von den Einzelstaaten in der Verfassungswirklichkeit wahrgenommene Stellung. Diese Feststellung ist im Rahmen dieser Studie auch deshalb wichtig, weil ein zentrales Anliegen der Patrioten ein föderalistisch gestaltetes Kaiserreich war.

Was die Ebene der konkreten Politik des Bundesrates betrifft, wurden die sechs Vertreter Bayerns im Bundesrat vom Ministerium instruiert und entzogen sich hiermit sowohl Erster als auch Zweiter Kammer – und folglich auch dem patriotischen Einfluß.³⁵⁹

Konsens herrscht in der Forschung darüber, dass der mit Budgetrecht, Gesetzesinitiativrecht und Gesetzgebungsrecht versehene Reichstag stärker als geplant war: Zur Verabschiedung von Gesetzen und zur Bewilligung des – sich im Laufe der Jahre immer höher schraubenden – Budgets, insbesondere auch des Heeres, zeigte sich der Kanzler in steigendem Maße angewiesen auf die Fraktionen beziehungsweise auf Mehrheitsbildung in diesem Staatsorgan.³⁶⁰ Dennoch sieht Mommsen ein „außerordentliches Übergewicht“ der Exekutive über den Reichstag gegeben;³⁶¹ dies führte seiner Ansicht nach zur Beschränkung der Reichstagsaktivitäten auf negative Politik³⁶² – was für die Zeit Bismarcks, und somit auch die Zeit der Patriotenpartei, unumstritten ist. Die patriotischen Abgeordneten reihten sich von Anfang an fast ausnahmslos in die Fraktion des Zentrums ein und gestalteten dort die Reichspolitik mit – und bekannterweise nutzte das Zentrum die durch die Verfassung gegebenen Möglichkeiten am effektivsten für seine Ziele.³⁶³ Über die Jahre hinweg läßt sich ein Machtzuwachs des Parlaments beobachten, der nicht nur, aber auch durch die

³⁵⁹ Zu den Versuchen der patriotischen Landtagsfraktion dies zu ändern – da Lutz bei den Verhandlungen über den Beitritt Bayerns zum Deutschen Reich Mitspracherecht der beiden Kammern zugesichert hatte – siehe: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 373-375. Das Versprechen Lutz vom 28.12.1870: LV KdA 1870/71, Beil.-Bd. IV, S. 100.

³⁶⁰ Huber, dessen Sicht m. E. in Bezug auf Fortschrittlichkeit und Reformfähigkeit des Systems zu positiv ausfällt, urteilt sogar: „Sein [= Des Reichstags] Recht zur Finanzkontrolle wurde der Ansatzpunkt für eine universale Regierungskontrolle.“ Huber, Bismarcksche Reichsverfassung, S. 185. Hingewiesen sei auf die Schmälerung des Budgetrechtes durch die mehrjährige Festlegung der Heeresausgaben, die einen großen Teil des Budgets ausmachten. Unter Wilhelm II. gesellten sich zu diesen noch die langfristige Festlegungen durch Marineausgaben (Flottenvorlagen) sowie Bauprogramme. Ritter sieht daher das Budgetrecht als „faktisch ausgehebelt“ an: Gerhard A. Ritter: Föderalismus und Parlamentarismus in Deutschland in Geschichte und Gegenwart (Bayerische Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-historische Klasse. Sitzungsberichte Jg. 2005 H. 4), München 2005, S. 23.

³⁶¹ Mommsen, Verfassung, S. 62.

³⁶² Ebd. 63. Die Handlungseinschränkung, die auch Beschneidung der Verantwortung bedeutet, wirkte sich im übrigen negativ auf die einzelnen Parlamentarier sowie auf die Entwicklung der deutschen Parteien aus.

³⁶³ Die Abgeordneten des deutschen Reichstages wurden in allgemeiner, gleicher, geheimer und direkter Wahl vom Volk bestimmt.

Politisierung der Bevölkerung und die Entwicklung der (Massen-)Parteien verursacht war. Dies schwächte die föderalistischen Elemente, die Bismarck bewußt gegen eine Parlamentarisierung in der Verfassung verankert hatte.

Die Verfassung des Deutschen Reiches gewährte Bayern – um dieses zum Beitritt zu veranlassen – besondere Mitgliedschaftsrechte (Sonderrechte) im Rahmen des Bundesrates und seiner Ausschüsse sowie sogenannte Reservatrechte – besondere Hoheitsrechte –, die Ausnahmen von der Reichsgesetzgebung und der Reichsaufsicht bedeuteten.³⁶⁴ Mit diesen Zugeständnissen an Bayern wollte Bismarck dem gewichtigen Mittelstaat den Eintritt ins Reich erleichtern. Vorteile für die bayerische Bevölkerung beziehungsweise Schutzfunktionen für die bayerische Wirtschaft hatten die Reservatrechte teilweise durchaus. Ein nennenswert größerer Einfluss Bayerns auf die Politik des Reiches ergab sich aus diesen Rechten nicht – aus Prestigegründen, aus Rücksichtnahme auf den hohen Stellenwert, den das Gros der Bevölkerung den Reservatrechten zumaß,³⁶⁵ auf wirtschaftspolitischen Erwägungen, auf Grund der Einstellung König Ludwigs II., auf Grund des immensen allgemeinen Drucks der Bayerischen Patriotenpartei in Landtag und Reichstag, aber auch, weil Reservatrechte zumindest dabei behilflich sein konnten, dem Reich eine erneute Machtansammlung vorzuenthalten,³⁶⁶ kämpfte auch die bayerische Regierung um sie. Zu besonderer Berühmtheit gelangte das Sonderrecht des ständigen Vorsitzes in dem Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten – da dieser in der Zeit der Patriotenpartei ganz nach Bismarcks Wünschen keinerlei Bedeutung errang.

Wie die angedeutete Einflussnahme der Patriotenpartei aus dem bayerischen Landtag auf die Politik des Reiches zeigt, ergeben sich zahlreiche Überschneidungen und Beeinflussungen der Politik auf Landes- beziehungsweise Reichsebene. Zu diesen Überschneidungen zählt auch das Einwirken Bismarcks auf die innerbayerischen Verhältnisse.³⁶⁷

³⁶⁴ Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, S. 320f. und 325f. Um die Sonder- und Reservatrechte zu ändern oder abzuschaffen, bedurfte es nach Artikel 78 der Reichsverfassung der ausdrücklichen Zustimmung Bayerns: Huber, Dokumente II, 305.

³⁶⁵ Siehe dazu die unveröffentlichte Magisterarbeit: Matthias Eggert, Die bayerischen Reservatrechte im Spannungsfeld zwischen bundesstaatlichem Föderalismus und nationalstaatlichem Zentralismus, phil. Magisterarbeit [masch.] München 2002.

³⁶⁶ Diesen Aspekt übersieht Eggert, Reservatrechte, in seiner Beurteilung. Er wird jedoch zum Beispiel am Eisenbahnreservat deutlich. Zur Bedeutung der Reservatrechte jüngst überzeugend: Weichlein, Nation.

³⁶⁷ Ludwig II. brachte Bismarck Hochachtung, vermutlich Bewunderung entgegen und vertraute auf ihn in Bezug auf die Erhaltung des Föderalismus im Deutschen Kaiserreich; dies öffnete Bismarck – abgesehen von realen politischen Druckmitteln – einen Zugang bei Ludwig. Bismarck wiederum arbeitete mit verschiedensten Mitteln: Subsidien, Ausübung von Druck und geschicktem Taktieren in Bezug auf die Psyche Ludwigs II und sein Selbstverständnis als Monarch. Auch gibt es Äußerungen Bismarcks für das Ministeriums Lutz oder gegen ein bayerisch-patriotisch gesinntes Ministerium – wobei die negativen unter letzteren nicht zu ernst genommen

Dreh- und Angelpunkt des fragilen Gleichgewichtssystems, das die Verfassung und Bismarck versuchten zu schaffen, war Bismarck durch seine Persönlichkeit und die Ämterkumulation von Reichskanzleramt, dem verfassungsrechtlich mit diesem verbundenen Vorsitz im Bundesrat, dem verfassungsrechtlich davon unabhängigen preußischen Ministerpräsidentenamt sowie dem preußischen Außenministeramt.³⁶⁸ Dass Bismarcks Stellung stärker war, als in der Verfassung vorgesehen, ist unumstritten; dem Umstand wird in der Forschung mit Begriffen wie „Kanzlerdiktatur“³⁶⁹ Rechnung getragen. Eine Besetzung dieser Schlüsselposition durch die Bayerische Patriotenpartei war undenkbar. Dies verdeutlicht ihre Entfernung vom Zentrum der Macht.

4. Der Parlamentarismus im Bismarckreich: Die Funktionsweise des Parlamentarismus und die Beteiligung von Patrioten und Zentrum

Um die Aktionsweise der Patrioten auf Bundesebene verstehen zu können, sind tiefere Einblicke in die Funktionsweise von Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit der Bismarckzeit notwendig.³⁷⁰ Es bietet sich an, die Funktionsweise am Beispiel von Patrioten und Zentrumsfraktion zu konkretisieren. Dadurch wird das Bild des Parlamentarismus’ plastischer. Ferner steuern Informationen über die tatsächliche Beteiligung von Patrioten und Zentrum am politischen Geschehen auf Reichsebene gleichzeitig Teilantworten auf die Hauptfragestellung der vorliegenden Studie bei, da eine Untersuchung über ihre Beteiligung, beispielsweise am Präsidium des Reichstages oder ihre Präsenzgewohnheiten, bislang nicht vorliegt. Im Gegenteil: Das Stereotyp der nie anwesenden, als Stimmvieh zu betrachtenden

werden dürfen. Äußerungen Bismarcks zu bayerischen Ministerien beziehungsweise ihre Einschätzungen in der Forschung: Botzenhart, Ludwig II., S. 98f. und Anm. 227; Aretin, Franckenstein, S. 59-61; Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, 379-382; Hans-Otto Binder, Reich und Einzelstaaten während der Kanzlerschaft Bismarcks 1871-1890. Eine Untersuchung zum Problem der bundesstaatlichen Organisation (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 29), Tübingen 1871, 175f.; Möckl, Prinzregentenzeit, S. 55-60 (insbes. auch die von Bismarck zugelassene Pressekampagne für Lutz 1881: S. 59).

³⁶⁸ Eine Ausnahme stellte ein Zeitraum zwischen Ende 1872 und Oktober 1873, in denen Bismarck nicht preußischer Ministerpräsident war. Bismarck entschied sich zur Niederlegung des Amtes, um eine Demission des preußischen Kriegsministers Roon zu verhindern und „um seine Energie ganz auf die Geschäfte des Reichs konzentrieren zu können. [...] Obwohl er das Amt des Ministerpräsidenten abgegeben hatte, war es ihm nicht gelungen, sich die Last der preußischen Staatsgeschäfte vom Hals zu schaffen. Seiner Bitte, auch von den Pflichten des preußischen Ministers des Auswärtigen entbunden zu werden, hatte der König nicht entsprochen. [...] Daß die Trennung der Kanzlerschaft von der Ministerpräsidentenschaft keine gute Idee gewesen war, hatte sich während des knappen Jahres, in dem Roon das Amt ausgeübt hatte, so deutlich gezeigt, daß Bismarck nun nicht anderes übrig blieb, als auch im preußischen Ministerium wieder den Vorsitz zu übernehmen.“ Pflanze: Bismarck I, S. 728f.

³⁶⁹ Hans-Ulrich Wehler, Bonapartismus oder charismatische Herrschaft? Zur Herrschaftstypologie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Der Aquädukt, S. 455-469, S. 463.

³⁷⁰ Eine thematisch anders zugeschnittene Auswahl zum Parlamentarismus der Bismarckzeit, die insgesamt jedoch wesentlich umfangreicher ist bietet: Goldberg, Rhetorik, bes. S. 43-98.

bayerischen Zentrumsabgeordneten wurde von der Forschung immer wieder ungeprüft übernommen.

Der Reichstag hatte für die Öffentlichkeit des Kaiserreiches eine hohe Bedeutung, was schon alleine daran deutlich wird, dass die Parlamentsreden als Leitartikel in den Zeitungen der jeweiligen politischen Couleur erschienen. Insofern nimmt es nicht wunder, dass die Reden teilweise mehr für die Anhängerschaft außerhalb des Parlaments gehalten wurden als für die Meinungsbildung innerhalb desselben. Bei auseinandergehenden Meinungen innerhalb der Zentrumsfraktion motivierten beide Seiten ihre Abstimmung durch zumeist einen Redner. Die Redesituation selbst unterschied sich für die damaligen Parlamentarier von der heutigen vor allem durch das Fehlen eines Mikrophons, wodurch auch der Begriff der Hinterbänkler eine zusätzliche Bedeutung erhält.³⁷¹ Redner durften jedoch auch von ihrem Platz aus sprechen und man darf sich den Deutschen Reichstag nicht immer bis zum letzten Platz besetzt vorstellen – die Anwesenheitsquote ließ häufig derart zu wünschen übrig, dass das Parlament beschlussunfähig war beziehungsweise gewesen wäre: Denn bei „Routineangelegenheiten und parteipolitisch wenig brisanten Gesetzentwürfen“ wurde es Usus, dass kein Abgeordneter die Beschlussfähigkeit des Reichstag auszählen ließ.³⁷²

Nach Art. 12 der Reichsverfassung berief der Kaiser den Reichstag ein und eröffnete ihn.³⁷³ Er entschied auch über den Schluss der Sessionen innerhalb der dreijährigen Legislaturperiode und, gemeinsam mit dem Bundesrat, gegebenenfalls über die Auflösung des Reichstages. Außer, dass es auch bei einem eingespielten, voll ausgeprägten parlamentarischen System inoffizielle Wege gibt, die nicht anhand offizieller Akten für den Historiker nachzuvollziehen sind, steckte der Parlamentarismus zu Bismarcks Zeiten noch in den Kinderschuhen. Demgemäß gab es beispielsweise eine Geschäftsordnung für den Reichstag, die aber nicht immer eingehalten wurde. Für die Wahlprüfung beispielsweise konnte Arsenschek Verstöße nachweisen.³⁷⁴ Des Weiteren sind zahlreiche staatliche wie eine

³⁷¹ Aufgrund der schlechten Akustik kam es auch dazu, dass sich Abgeordnete um den Redner versammelten, was wiederum zu Beschwerden anderer Parlamentarier und somit zum Eingreifen des Reichstagspräsidenten führen konnte.

³⁷² Die Beschlussfähigkeit des Reichstag war gegeben bei einer Anwesenheit von mindestens 199 der – nach dem Hinzukommen der Elsässer und Lothringer – 397 Abgeordneten: Gerhard A. Ritter: Der Reichstag in der politischen Kultur des Kaiserreiches, in: Richard H. Helmholz u.a. (Hg.), Grundlagen des Rechts. FS für Peter Landau zum 65. Geburtstag, München u.a. 2000 (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Neue Folge, Bd. 91), S. 901-921, hier: S. 913.

³⁷³ Goldberg schildert amüsant die „leicht obskure Note“, die die Eröffnung des Reichstages erhielt, wenn der Kaiser ihn nicht persönlich eröffnete: Goldberg: Rhetorik, S. 60.

³⁷⁴ Robert Arsenschek: Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich. Zur parlamentarischen Wahlprüfung und politischen Realität der Reichstagswahlen 1871-1914 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und

Unzahl privater Quellen zum Parlamentarismus des Bismarckreiches verloren.³⁷⁵ Ablehnung, Zustimmung, Entstehungsgeschichte und Mehrheitsbildung sind folglich nicht für jedes Gesetz auf jeder Ebene nachvollziehbar.

Wie kann man sich aber das Zustandekommen eines Gesetzes allgemein vorstellen? Wer war an ihm beteiligt? Grundsätzlich waren an der Entstehung des Gesetzes der Reichskanzler, der gleichzeitig Vorsitzender des Bundesrates war, der Bundesrat beziehungsweise die Vertreter der verbündeten Regierungen, der Reichstag sowie die Bürokratie beteiligt.³⁷⁶ Laut Verfassung mussten der Reichstag und der Bundesrat einem Gesetz zustimmen; der Kaiser trat als ausführendes Organ hinzu.³⁷⁷ Gesetzesinitiativen konnten gemäß der Reichsverfassung aus dem Reichstag kommen (Art. 23), d.h. von einzelnen Fraktionen vorgelegt und vom Reichstag verändert und beschlossen werden, oder aus dem Bundesrat kommen (Art. 7), d.h. von einem Bundesratsmitglied im Bundesrat eingebracht, dort gegebenenfalls verändert und beschlossen werden. Gesetzesinitiativen konnten aber auch – was der üblichere Weg war – von Bismarck und den ihm zur Verfügung stehenden Beamten erarbeitet werden und als Präsidialvorlage in den Bundesrat eingebracht werden, dort beraten und abgeändert, abgelehnt oder beschlossen und dem Reichstag anschließend vorgelegt werden.³⁷⁸ Der Reichstag befand über Gesetzesanträge in drei Beratungen und gegebenenfalls durch die zwischenzeitliche Überweisung an eine Kommission; nach der dritten Beratung erfolgte die Abstimmung, die auf Antrag eine namentliche sein konnte.³⁷⁹

In der Praxis gab es Besprechungen zwischen einzelnen Parlamentariern, Bismarck, Ressortsleitern und Vertretern des Bundesrates zur Mehrheitsfindung und zur Abfassung von

der politischen Parteien 136), Düsseldorf 2003. Die vorliegende Studie arbeitet mit zwei Geschäftsordnungen: Geschäftsordnung für den Deutschen Reichstag, Berlin 1874 (Bay HStA, FamA Aretin, Nr. 49/30/I), Geschäftsordnung für den Deutschen Reichstag. Berichtigt am 10. Februar 1876, Berlin 1878 (Bestand der Bayerischen Staatsbibliothek). Ausführlich zur Geschäftsordnung: Julius Hatschek: Das Parlamentsrecht des Deutschen Reiches. Im Auftrag des Deutschen Reichstages, 1. Teil [mehr nicht erschienen], Berlin/Leipzig 1915, S. 30-83.

³⁷⁵ So sind zum Beispiel die Akten des Seniorenkonvents des Reichstages inzwischen verloren. Eine Veröffentlichung, der diese noch vorlagen, ist: Hatschek: Parlamentsrecht., Vgl. Arsenschek: Wahlfreiheit, S. 61 Anm. 99. Zum Seniorenkonvent siehe außer Hatschek: Harald Franke: Vom Seniorenkonvent des Reichstages zum Ältestenrat des Bundestages, Berlin 1987.

³⁷⁶ Außer der Bismarck als Reichskanzler unterstehenden Bürokratie ist allen voran der preußische Beamtenapparat zu nennen.

³⁷⁷ Den Kaiser als Sanktionsorgan weist die Verfassung nicht ausdrücklich aus. Zur Rolle des Kaisers und einem nie gebrauchten und umstrittenen Vetorecht des Kaisers siehe: Norbert Ullrich, Gesetzgebungsverfahren und Reichstag in der Bismarck-Zeit unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Fraktionen (Beiträge zum Parlamentsrecht 35), Berlin 1996, S. 107f.

³⁷⁸ Zu den sogenannten Präsidialvorlagen aus juristischer Sicht und weiteren Literaturangaben siehe: Ullrich, Gesetzgebungsverfahren, S. 101.

³⁷⁹ Zur Behandlung von Vorlagen, Anträgen und Petitionen: Geschäftsordnung, 1878, §§ 17-31. Zur Abstimmung: Geschäftsordnung, 1878, §§ 54-59. Wenn das Gesetz nach der zweiten Beratung in allen Teilen abgelehnt worden war, erfolgte keine dritte Beratung.

Gesetzen. Dieses Vorgehen war durch die Verfassung nicht institutionalisiert. Mittlerweile ist von der Forschung zumindest für das Jahr 1889 sogar eine „freie oder Verständigungskommission“ im Zuge der Entstehungsgeschichte des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes nachgewiesen.³⁸⁰ Von jeher bekannt ist hingegen die inoffizielle Einrichtung der parlamentarischen Soireen, zu denen Bismarck jahrelang einlud und bei denen neben angenehmer Konversation auch politisch entscheidende Gespräche geführt wurden. Bismarck brach mit dem Brauch der Soireen Ende 1881 unter anderem, weil Windthorst und die gerade in Berlin weilenden Zentrumsmitglieder auf Grund eines Zwists mit Bismarck und der offizösen *Norddeutschen Allgemeinen* den Soireen fernblieben.³⁸¹ Weniger bekannt sind andere Festlichkeiten, wie die Einladung der Parlamentarier zu Festen am Hofe des Kaisers oder beim Kronprinz. Soden spricht davon, dass sie – wie Bismarcks Soireen – „hochinteressanten Charakters“ waren.³⁸² Zum parlamentarischen Alltag gehörte der Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren, den Fraktionsführern oder den mehr oder weniger autorisierten Vertretern der Fraktionen im Foyer des Reichstages,³⁸³ auf dem Gang oder an entlegeneren Orten, wie beispielsweise bei einer offiziellen Fahrt von Reichstag und Bundesrat nach Kiel. Solche Gelegenheiten wurden auch dazu benutzt, sich besser kennenzulernen und gegenseitig im Gedächtnis zu bleiben, wie der folgende Briefausschnitt illustriert:

„Ew. Hochwohlgeboren habe ich die Ehre auf das hochgeehrte Schreiben vom 29. d. Mts ganz gehorsamst anzuzeigen, daß von den Herren, welche an der Fahrt nach Kiel theil

³⁸⁰ Ulrike Haerendel, Die Anfänge der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland. Die Invaliditäts- und Altersversicherung von 1889 im Spannungsfeld von Reichsverwaltung, Bundesrat und Parlament (Speyerer Forschungsbericht 217), Speyer 2001, S. 87f. Dies. u. Mitarb. v. Margit Peterle (Bearb.): Die Gesetzliche Invaliditäts- und Altersversicherung und die Alternativen auf gewerkschaftlicher und betrieblicher Grundlage (Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, II. Abt, Bd. 6), Mainz, 2004, S. 456f. Haerendel, Anfänge, S. 3, macht auf die Quellenproblematik aufmerksam: „Diese informelle Kooperation wie überhaupt die Arbeitsweise von Bundesrat und Reichstag jenseits der parlamentarischen Tribüne erschließt sich kaum aus den gedruckten Quellen; erst die Auswertung von Berichten der Bundesratsvertreter und der ungedruckten Protokolle der zuständigen Reichstagskommission konnte hier zu neuen Erkenntnissen beitragen.“ Zu erwähnen sind zudem Privatbriefe aller Beteiligten, die in die Quellensammlung daher ebenfalls Einzug fanden.

³⁸¹ Aretin: Franckenstein, S. 152f.

³⁸² Bay HStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 316: „Für meinen lieben Sohn Karl Alfred“ [masch.], 1919, S. 3.

³⁸³ Zur Geselligkeit des an die Restauration des Gebäudes angrenzenden Foyers im provisorischen Reichstagsgebäude, das ab der zweiten Session 1871 bis ins Jahr 1894 Verwendung fand: August Stein, Unsere Volksvertretung wie sie ißt und trinkt, in: ders.: Es war alles ganz anders. Aus der Werkstatt eines politischen Journalisten 1891-1914, 2. verm. Aufl. Frankfurt a.M. 1922 [August Stein, Irenaeus, ¹1921], S. 95-103, hier S. 100; Hans-Peter Goldberg: Bismarck und seine Gegner. Die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 112), Düsseldorf 1998, S. 47f. Zum Quellenproblem, das diese inoffiziellen Abstimmungsprozesse mit sich bringen, treffend: Hartwin Spenkuch: Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages 1854-1918 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 110), Düsseldorf 1998, S. 32.

genommen haben bisher erst 8 Mitglieder des Reichtags und 5 Mitglieder des Bundesraths ihre Photographien an mich eingesandt haben.“³⁸⁴

Es gab also neben dem Privatleben, wie beispielsweise Theaterbesuchen mit Fraktionskollegen, ein offiziell organisiertes Leben neben den Parlamentsgeschäften, das viel zum Netzwerk und zur Kompromissfindung beitrug. Bei der „Fahrt nach Kiel“ handelte es sich um einen Besuch des Kriegshafens anlässlich des Stapellaufs einer Panzerkorvette durch eine Deputation von Reichstag und Bundesrat auf Einladung des Generals der Admiralität. Die Anzahl sowie die Auswahl der Teilnehmer überließ das Präsidium des Reichstages, das selbst durch den Präsidenten sowie zwei Schriftführer vertreten war, dem außerhalb von Geschäftsordnung und Verfassung liegenden Seniorenkonvents des Reichstages.³⁸⁵

Das harmonische Miteinander ist jedoch nur ein Ausschnitt des Parlamentarismus der Bismarckzeit. Das junge System war zwar noch nicht eingespielt, aber die Symptome dafür müssen teilweise auch anders interpretiert werden, nämlich als Ausdruck der Höherstellung des Bundesrates und als Maßnahme gegen das Gewicht des Reichstages: Die *Stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages* bekunden mehrmals, dass der Reichstag vom Bundesrat Mitteilung zu erhalten suchte über den Stand von Beschlüssen und Anträgen, die der Reichstag an den Bundesrat verwiesen hatte. Auch der folgende Vorgang zeigt die Problematik des Informationsflusses vom Bundesrat zum Reichstag: Soden bat am 3. Juli 1877 schriftlich um ein Exemplar der Beschlüsse des Bundesrates über die Reichsstempelsteuer; der Unterzeichner des Antwortbriefes aus dem Büro des Reichstages, Happel, forderte die Beschlüsse beim Reichskanzleramt an – das allerdings kein Exemplar lieferte, mit der Begründung, dass „die Beschlüsse noch secretirt werden müssten“; Happel versprach Soden deshalb ein Exemplar, sobald er selbst eines in Händen halte.³⁸⁶ Auch sind öffentliche Klagen der Parlamentarier darüber zahlreich, dass die Vorlagen des Bundesrates häufig zu spät in die laufende Session eingebracht wurden.³⁸⁷ Aretin senior spricht von „fortwährenden Überraschungen“ und der „perfidesten Übereilung“³⁸⁸. In Ihren Privatbriefen vermuteten die Abgeordneten auch politische Absicht

³⁸⁴ Bay HStA, FamA Soden-Fraunhofen, Nr. 505, Brief Happel (Büro des Reichstags) an Soden vom 31. Juli 1878.

³⁸⁵ RV 1878, Bd. 48, S. 942f.; Hatschek: Parlamentsrecht, S. 185.

³⁸⁶ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, Nr. 504, Brief Bureau des Deutschen Reichstages an Soden vom 5. Juli 1877.

³⁸⁷ Vgl. Goldberg: Reichstag, S. 62-64 und 66, .

³⁸⁸ Beide Zitate: Rote Hand-Acten des Freiherrn zu Franckenstein Betreff Reichstagswahl I, II, III 1872-1877, Brief Aretin an Franckenstein vom 5. Juni 1872. Zur Geschwindigkeit siehe auch: Westermayer, Mohl, S. 308.

hinter späten Vorlagen und mangelnder Information über Zeitplan sowie geplante Vorlagen. Es ist anzunehmen, dass im Mindesten einige Fälle taktischer Natur waren.³⁸⁹ Für bayerische Militäretats war eine späte Einbringung in die Kammer als taktischer Trick bekannt.³⁹⁰

Von Seiten der Parlamentarier wurde schon damals die jährlich notwendige Etatdebatte zu Angriffen auf die Regierung genutzt. Auch Anfragen wurden während der normalen Debatten an die Bundesratsbevollmächtigten spontan und formlos gestellt und diese antworteten vor dem Plenum.³⁹¹ Die Bundesratsbevollmächtigten konnten ihrerseits zu jeder Zeit im Reichstag das Wort ergreifen.

Der sich harmonisch gebende Delegationsausflug nach Kiel darf auch nicht darüber hinweg täuschen, dass die Fraktionen im Reichstag mit harten Bandagen kämpften und der Umgang vor allem mit der vom Reichskanzler als Reichsfeind gebrandtmerkten Zentrumsfraktion (zeitweise) weder fair noch freundschaftlich war. Dazu gehört auch die Ausgrenzung des Zentrums in den Anfangsjahren: Soden beschreibt in seinen Erinnerungen, dass Zentrumsleute von den Mitgliedern anderer Parteien nicht begrüßt wurden.³⁹² In besonders anschauliche Worte fasst diese Isolierung sowie die teils explosive Stimmung im Reichstag ein Brief von Ludwig Freiherr von Aretin, dem früh verstorbenen Sohn Karl Freiherr von Aretins:

*„Unsere Stellung hier ist trotz unserer größeren Zahl eine ganz isolierte. Wer nicht mit uns ist, ist unser grimmigster Feind und die Spannung eine so große, daß die Gegensätze schon in den ersten Sitzungen aufeinander platzen müssen.“*³⁹³

Die Beantragung des Antrags auf Schluss der Debatte gehörte zu den parlamentarischen Kniffen von Seiten der Mehrheit des Hauses und diese wurde bis zur Reichstagswahl am 30. Juli 1878 vom Großteil der Liberalen,³⁹⁴ allen voran den Nationalliberalen, im Verbund mit

³⁸⁹ Dies vermutet auch Goldberg: Reichstag, S. 64.

³⁹⁰ Detlef Vogel, Der Stellenwert des Militärischen in Bayern (1849-1875). Eine Analyse des militär-zivilen Verhältnisses am Beispiel des Militäretats, der Heeresstärke und des Militärjustizwesens (Militärgeschichtliche Studien 28), Boppard 1981, S. 49.

³⁹¹ Es gab auch die stark formalisierte Möglichkeit der Interpellation an den Bundesrat: Geschäftsordnung, 1874, §§ 30 und 31; Geschäftsordnung, 1878, §§ 32 und 33.

³⁹² Bay HStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 316, „Für meinen lieben Sohn Karl Alfred“ [masch.], 1919, S. 3.

³⁹³ BayHStA, FamA Ludwig Graf v. Arco-Zinneberg, vorl. Nr. 103 [3.3.9], Brief Ludwig von Aretin an Arco vom 9. Februar 1874.

³⁹⁴ Vergessen wird häufig die nur in der ersten Legislaturperiode bestehende Liberale Reichspartei, der Fürst Chlodwig Hohenlohe-Schillingfürst angehörte und die sich vor allem im Vorantreiben des Kulturkampfes einig war. Siehe zu dieser: Winfried Grohs: Die Liberale Reichspartei 1871-1874. Liberale Katholiken und föderalistische Protestanten im ersten Deutschen Reichstag, Frankfurt am Main u.a. 1990.

den Konservativen gestellt. Dieser Antrag wurde dazu verwendet, unliebsame Redebeiträge durch seine Annahme zu verhindern und brachte somit regelmäßig Oppositionsredner um ihre Redebeiträge. Dies ging nicht nur den kleinen Fraktionen wie beispielsweise der Polnischen Fraktion³⁹⁵ oder den Sozialdemokraten so, sondern betraf auch die Zentrumsfraktion – und selbst Windthorst.³⁹⁶ Eine Verwahrung gegen die Praxis und Veröffentlichung derselben konnten die Oppositionsredner vor allem mit knappen „Persönliche[n] Bemerkungen“³⁹⁷ erreichen.

Das Vorgehen der Mehrheitsparteien konnte auf diese Weise nur funktionieren, da es im Reichstag keine Rednerliste gab. Hohenlohe, der in der ersten Legislaturperiode I. Vizepräsident war, bemerkte in seinen Lebenserinnerungen hierzu, dass die Geschäftsordnung des Reichstages eine Rednerliste verbiete und der Präsident dem das Wort geben solle, der sich zuerst melde – und fügte hinzu: „was natürlich nicht möglich ist.“³⁹⁸ In der Realität wurde folglich eine sicherlich recht flexible Rednerliste vom Reichstagspräsidenten beziehungsweise dem gesamten Vorstand des Reichstages geführt, die teilweise im Benehmen mit namhaften Vertretern der Fraktionen entstand; welche hohe Bedeutung die vorkommende Parteilichkeit des Präsidenten beim Fehlen einer offiziellen Rednerliste in Verbindung mit der Möglichkeit des Schlussantrages hatte, ist leicht vorstellbar.³⁹⁹

Die Fraktion, die von Goldberg treffend als „einzig wirkungsmächtige Untergliederung der Parlamentarier“⁴⁰⁰ bezeichnet wird, kommt in der Geschäftsordnung des Reichstages und in der Verfassung des Reiches nicht vor. Die Fraktionsarbeit, die sich in der Zentrumsfraktion erst einspielen musste, ist fast ausschließlich durch Egodokumente erschließbar. Grund dafür ist, dass die Zentrumsfraktion in dieser frühen Phase des Kaiserreiches keine Protokolle ihrer Fraktionssitzungen anfertigte. Hinzu kommt, dass indiskrete oder offiziöse Zeitungsartikel, die Aussagen über die Fraktionsarbeit zulassen, im Unterschied zur patriotischen Landtagsfraktion so gut wie nicht vorhanden sind.

³⁹⁵ Kotowski: Polnische Fraktion, S. 93 und S. 95f.

³⁹⁶ Siehe zum Antrag des Zentrums auf Einführung einer Rednerliste sowie eingehend zur „Vergabe des Wortes“: Goldberg: Reichstag, S. 70-74.

³⁹⁷ Geschäftsordnung, 1878, § 44.

³⁹⁸ Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingfürst, Alexander zu Hohenlohe-Schillingfürst (Hg.), 2. Band, Stuttgart und Leipzig 1907, S. 51 (Eintrag vom 30. April 1870).

³⁹⁹ Der insgesamt sehr guten Studie von Franke ist in Bezug auf die Redeordnung nicht in jedem Punkt zu folgen: Harald Franke, Vom Seniorenkonvent des Reichstages zum Ältestenrat des Bundestages (Beiträge zum Parlamentsrecht 11), Berlin 1987, S. 60-62.

⁴⁰⁰ Goldberg: Rhetorik, S. 61.

Aussagekräftig für das Alltagsleben eines Zentrumsmannes allgemein und eines bayerisch-patriotischen Parlamentariers im Besonderen sind Sodens Memoiren:⁴⁰¹ Täglich gingen die Fraktionskollegen gemeinsam zu Tisch, darunter auch Windthorst, von dem Soden bemerkte, dass er sich „regelmäßig [...] zugesellte“. An diesen Zusammenkünften wie an den Fraktionssitzungen schätzte Soden vor allem den „persönliche[n] Verkehr“, den er rückblickend als sehr lehrreich für seine weitere Karriere beurteilte.

Über die gemeinsamen Essen heißt es bei Anderson: „Sitzungsschluß im Reichstag war selten vor drei Uhr, oft erst um fünf. Dann begab er [= Windthorst] sich zum gemeinsamen Essen mit seinem Stammtisch in den ‚Kaiserhof‘: mit Konrad Graf Preysing, Graf Ballestrem, mit den Aachener Abgeordneten Lingens und Adam Bock sowie in späteren Jahren mit dem jungen Karl Bachem.“⁴⁰² Der Eindruck, der entsteht, ist ein gänzlich anderer als bei Soden. Zudem erwähnt Anderson von den Bayern nur Preysing. Der Historiker Aretin hingegen schreibt über die Zusammensetzung von gemeinsamen Mittagessen, dass Windthorst es liebte, sich mit den adligen Fraktionsangehörigen zu umgeben und das Mittagessen „vornehmlich mit Franckenstein, Preysing, Hertling, Soden oder Ballestrem“⁴⁰³ eingenommen habe. Weiter heißt es bei ihm: „Abends geleitete einer dieser Herren, bevorzugt Franckenstein, den halb blinden Windthorst in sein Quartier“⁴⁰⁴ und ergänzt, dass die Erscheinung des sehr großen Franckenstein mit dem außergewöhnlich kleinen Windthorst am Arm in Berlin für viel Amusement gesorgt habe. Ein Brief Preysings von 1885 ist ebenfalls aufschlussreich für die Gewohnheiten des Mittagstisches: Windthorst „dauerte mich wirklich, als er heute Leipzigerstrasse 4 eintrat u. ich sagte: ‚Wie geht es Ihnen?‘ – ‚Schlecht.‘ – ‚Essen Sie heute im Kaiserhof?‘ – W. sagte ja. – ‚Dann fahren wir beide nach Tisch allein im Thiergarten spazieren.“⁴⁰⁵ Preysings Brief sowie die unterschiedlichen Angaben in Quellen und Literatur zeigen, dass es beim Mittagstisch ebenso wie abends sicher Gewohnheiten gab, dass die Zusammensetzung aber durchaus wechselte – und auch wechseln musste: durch die unterschiedliche Fraktionszusammensetzung über die Jahre hinweg, zur Beförderung junger Talente, für Absprachen und für Ausgrenzungen. Das Egodokument Sodens sowie die Nachlässe Sodens, Franckensteins und Preysings insgesamt zeigen jedoch, dass Anderson die bayerischen Zentrumsabgeordneten als Konstante im täglichen Umgang Windthorsts und somit im Führungszirkel der Zentrumsfraktion stark unterschätzte.

⁴⁰¹ Bay HStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 316, „Für meinen lieben Sohn Karl Alfred“ [masch.], 1919, S. 3.

⁴⁰² Anderson, Windthorst, S. 246.

⁴⁰³ Aretin: Franckenstein, S. 300.

⁴⁰⁴ Aretin: Franckenstein, S. 300.

⁴⁰⁵ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1884-1886, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 25. April 1885.

Das Schriftführeramt im Reichstag, das der Bayer Soden inne hatte, bedeutete für den Inhaber des Amtes eine herausgehobene Stellung und Einfluss. Zwischen den Fraktionen beförderte es den Austausch sowie die Verständigung, indem dem Präsidium Einzelpersönlichkeiten verschiedener Fraktionen angehörten. Vor dem Hintergrund der Parteilichkeiten, die bei den Wortmeldungen der Parlamentarier vorkamen, nimmt es nicht wunder, dass das Zentrum bemüht war, dass zumindest immer einer ihrer Schriftführer anwesend war, um Parteilichkeit an dieser Stelle zu verhindern.⁴⁰⁶

Aufgabe der Schriftführer war es nämlich, die Korrektheit des Protokolls und letztlich der *Stenographischen Berichte* sicher zu stellen. Zudem lasen sie in den Sitzungen Schriftstücke vor, führten den Namens-Aufruf durch, vermerkten die Stimmen und unterstützten zudem „den Präsidenten in der Besorgung der äußeren Angelegenheiten des Reichstages.“⁴⁰⁷

Noch bedeutender als die Schriftführer aus ihren Reihen war für den Einfluss der Zentrumsfraktion im Parlament sowie für die Außenwirkung die Erste Vizepräsidentschaft Franckensteins von 1879-1887. Als Erster Vizepräsident vertrat Franckenstein den Präsidenten in all seinen Aufgaben: in der Leitung der Verhandlungen, in der Durchsetzung der Ordnung und in der Außenvertretung des Reichstages.⁴⁰⁸ Als das Zentrum die stärkste Fraktion stellte, hätte es vermutlich auch die Präsidentschaft innehaben können; Franckenstein lehnte dies jedoch für sich wiederholt ab.⁴⁰⁹

Die Präsidenten- und Vizepräsidentenwahl erfolgte wie vieles im Reichstag nach Absprachen hinter den Kulissen; im Herbst 1878 hatte die Reichspartei auf diese Weise dem Zentrum mitgeteilt, dass sie „an der Praxis festhalten wollen, das Zentrum bei den I. Vizepräsidentenwahlen nicht zu berücksichtigen.“⁴¹⁰ Franckenstein fiel daraufhin, „wie er meinte, geradezu glanzvoll durch“⁴¹¹; die Reichstagsakten verraten ein ansehnliches Ergebnis: Es waren drei Wahlgänge notwendig; erst im dritten konnte sich Freiherr Schenk von Stauffenberg mit 177 Stimmen gegen Franckenstein mit 142 Stimmen durchsetzen.⁴¹²

Schon zuvor hatte die Zentrumsfraktion angesehene Männer aus ihren Reihen für die Vizepräsidentenstellen aufgestellt: Der bayerische Abgeordnete Karl Freiherr von Aretin

⁴⁰⁶ BayHStA FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 505, Brief Bernard an Soden vom 2. April 1878.

⁴⁰⁷ Geschäftsordnung, 1878, § 15.

⁴⁰⁸ Geschäftsordnung, 1878, § 13.

⁴⁰⁹ Siehe: Aretin: Franckenstein, S. 151f.

⁴¹⁰ Aretin: Franckenstein, S. 89 und Anm. 52. Als Quelle gibt Aretin einen im Familienarchiv auf Ullstadt liegenden Brief Franckensteins an seine Frau Marie vom 11. September 1878 an.

⁴¹¹ Ebd.

⁴¹² RV 1878, Bd. 51, S. 9.

wurde 1871 für die Erste Vizepräsidentschaft nominiert. Er erhielt jedoch nur 60 Stimmen, Hohenlohe-Schillingfürst 222 und Ujest 2. Bei der Wahl zum Zweiten Vizepräsidenten fiel in derselben Sitzung der Rheinländer August Reichensperger mit 65 Stimmen durch.⁴¹³

Auch wenn die Fraktionen in der Geschäftsordnung nicht vorkamen, orientierte sich die Sitzverteilung an den Fraktionen. „Orientierte“ deshalb, weil durchaus auch andere Kriterien in die Entscheidung hineinspielten: politische und auch historische. Der Sitzungssaal war ähnlich gestaltet wie die heutigen. Das Halbrund der Parlamentarierplätze war durch Gänge in sieben Teile untergliedert, die von Präsidium und Rednertribüne ausgehend wie Strahlen durch den Raum führten.⁴¹⁴ Diese sieben Teile hatten vorne jeweils nur zwei Sitzplätze, in den hinteren Reihen bis zu acht Sitzplätze. Wenn man einen Sitzungsplan der dritten Legislaturperiode ansieht,⁴¹⁵ fällt auf, dass das Zentrum, das zu diesem Zeitpunkt knapp ein Viertel der Abgeordneten stellte, nur bei einer der sieben Teile die vordersten Plätze (Windthorst und Franckenstein) innehatte – dafür belegte sie dann in der fünften Reihe nicht nur die Sitze eines der sieben Teile, sondern bereits zwei (der dort fünf) Plätze eines zweiten Teiles und zwei Reihen weiter, in der siebten Reihe, belegten sie zweieinhalb Teile. Wie ein Brief in Sodens Nachlass aus dem Jahr 1878 belegt,⁴¹⁶ dürfte dies darauf zurückgehen, dass das Zentrum 1871 nur 63 Sitzplätze benötigte, ab 1874 aber erheblich mehr, dass Parteigrößen anderer Fraktionen ihre vorderen Sitzplätze nicht zu räumen bereit waren und zudem dürfte es politischem Kalkül geschuldet gewesen sein. In den hintersten Reihen saßen entsprechend auch die ethnischen Minderheitsparteien sowie die Sozialdemokratie.

Der Brief aus dem Reichstagsbüro an den Schriftführer Soden illustriert den Kampf um die vorderen Plätze hervorragend:

„E. Hochwohlgeboren hochgeehrtem Auftrage wegen Belegung eines besseren Platzes werde ich unbedingt ausführen, wenn sich dazu eine Gelegenheit darbietet. Soviel indessen bis jetzt zu übersehen ist, werden die bisherigen Inhaber der vorderen Plätze, dieselben wieder einnehmen. So gerne ich für das Centrum die vorderen Bänke einer zweiten Abtheilung in

⁴¹³ Beide Wahlen: RV 1871, Bd. 19, S. 8. Zu letzterer siehe auch: Eugen Richter, Im alten Reichstag. Erinnerungen, Berlin 1894, S. 3f.

⁴¹⁴ Absichtlich ist hier von „Teilen“ und nicht von „Abteilungen“ die Rede, da zwar die sieben in der Geschäftsordnung vorkommenden „Abteilungen“ ihren Namen und ihre Anzahl von der Sitzaufteilung hatten, eine Verwechslung der „Teile“ mit den noch genauer zu beschreibenden „Abteilungen“ jedoch ausgeschlossen werden soll.

⁴¹⁵ BayHStA, FamA Aretin, vorl. Nr. 49/30/I. Die Sitzungsperiode ist daran zu erkennen, dass Ratzinger einen Sitzplatz innehatte. Ein Sitzungsplan aus den achtziger Jahren befindet sich in: StaLa, Schlossarchiv Moos, Nr. 740.

⁴¹⁶ BayHStA, FamA Soden, vorl. Nr. 505, Brief Happel (Büro des Reichstags) an Soden vom 31. Juli 1878.

Besitz nehmen möchte, so darf ich es doch nicht wagen, weil dadurch ältere und hervorragende Mitglieder anderer Fraktionen ihre bisherigen Sitze verlassen müssten was sie sich erfahrungsmäßig unter keinen Umständen gefallen lassen.

Die Besetzung der Plätze, welche ich nunmehr ca. 30 Jahre besorge, hat mir da ich den Wünschen der Herrn hiebei nicht überall entsprechen kann, was ich doch so gerne möchte, schon viel Herzeleid gemacht. Auch gegenwärtig habe ich bereits eine ganze Reihe von Aufträgen erhalten, welche sämtlich auf Belegung von Erstplätzen in den vorderen Reihen gerichtet sind.“⁴¹⁷

Ob der aktive Soden im Auftrag der Fraktion versuchte, einen weiteren vorderen Platz zu ergattern, oder ob er im Alleingang vorging, muss dahingestellt bleiben. Wahrscheinlich ist allerdings, dass der Rest des Führungszirkels informiert und einverstanden war.

Um auf den oben bereits thematisierten Gang der Meinungsbildung und den Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren zurück zu kommen: Verwoben sind in Bezug auf die Meinungsbildung aber auch die Arbeitsteilung im Reichstag drei Gremientypen, von denen zwei in der Geschäftsordnung vorgesehen waren, einer nicht: Es handelt sich um die Abteilungen, die Kommissionen (auch Ausschüsse genannt) und – als dritten unregelmäßigen Typ um die freien Kommissionen, die freien Besprechungen, Delegiertenversammlungen, Delegiertenkonferenzen und das Seniorenkonvent.

Grob gesprochen war das Seniorenkonvent ein sich im Reichstag immer mehr institutionalisierendes Treffen von hervorragenden Vertretern der wichtigsten Parteien zu unverbindlichem Austausch und zu Beschlüssen. Ab 1874 handelte es sich insgesamt um fünf bis zehn Mitglieder. Im preußischen Abgeordnetenhaus hatte sich bereits in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts ein Seniorenkonvent zur Berücksichtigung der „Minderheit des Hauses“⁴¹⁸ bei der Kommissionsbesetzung gebildet. Die Absegnung der Sitzaufteilung in den Kommissionen tritt auch im Seniorenkonvent des Reichstages in Erscheinung, allerdings war die Berücksichtigung der Minderheiten, die unter fünfzehn Abgeordneten lagen, kein großes Anliegen.

Bis auf die freien Kommissionen, die er nicht ausdrücklich erwähnt, behandelt Hatschek den dritten Typ insgesamt unter dem Begriff Seniorenkonvent und neigt dazu zu verallgemeinern, indem er Aussagen zu freien Besprechungen, Delegiertenversammlungen, Delegiertenkonferenzen und dem Seniorenkonvent als Aussagen zum Seniorenkonvent

⁴¹⁷ BayHStA, FamA Soden, vorl. Nr. 505, Brief Happel (Büro des Reichstags) an Soden vom 31. Juli 1878.

⁴¹⁸ Hatschek: Parlamentsrecht, S. 175.

deutet;⁴¹⁹ zudem neigt er zu allgemeingültigen Thesen, die er mit Beispielen aus den achtziger oder neunziger Jahren oder aber aus dem frühen 20. Jahrhundert belegt. Sein in Zitatangaben sehr verlässliches Werk stellt jedoch ein wertvolles Kompendium aus Redebeiträgen im Reichstag sowie im Seniorenkonvent dar. Die Protokolle des Seniorenkonvents, die nach Angaben Hatscheks seit 1874 geführt wurden, sind heute verloren, so dass Hatscheks Abhandlung gleichzeitig eine wichtige Quelle darstellt. Eine Analyse von Hatscheks zahlreichen Zitaten aus verschiedenen Jahrzehnten ergibt folgendes Bild: Ein Seniorenkonvent, der diesen Namen auch führte, etablierte sich einerseits immer mehr.⁴²⁰ Meinungsbildung und Austausch lassen sich andererseits nicht gänzlich institutionalisieren. Daher gab es von Anfang an, aber auch als sich das Seniorenkonvent zu stark etabliert hatte als dass es Flexibilität in der Zusammensetzung gewährleistete hätte, Besprechungen, von denen Parteien ausgeschlossen waren, die die tagenden Parteien nicht zur Mehrheitsbildung brauchten beziehungsweise die zu Meinungsaustausch und gegebenenfalls Beschlussfassung nicht erwünscht waren. Dass das Zentrum zu diesen Parteien gehören konnte, wenn es keine Schlüsselstellung im Reichstag einnahm, ist leicht vorstellbar und für die Kulturkampfzeit sind Fälle belegbar.⁴²¹ Ebenso belegbar ist jedoch auch, dass Vertreter der Zentrumsfraktion schon in der ersten Legislaturperiode in außerhalb der Geschäftsordnung liegende Besprechungen einbezogen wurden: „Diese Delegiertenversammlung hat keineswegs“ äußerte August Reichensperger im Juni 1873, „irgendeinen offiziellen Charakter gehabt, sie hat nur die präsumptiven Ansichten des Hauses zu konstatieren gesucht in der Absicht, dieselben demnächst im Hause zur Geltung zu bringen.“⁴²² Davon, dass die Zentrumsfraktion ab 1874 an den Beratungen des Seniorenkonventes teilnahm, ist auszugehen, da Hatschek ein Fehlen des Zentrums in den Seniorenkonventprotokollen vermutlich bemerkt und überliefert hätte. 1881, als das Seniorenkonvent zunehmend formalisiert wurde und das Zentrum nicht mehr *Persona non grata* war, sondern die stärkste Fraktion, an der nicht mehr vorbeizuregieren war, wurde Franckenstein Vorsitzender des Seniorenkonvents. Ab dem 23. November 1884 wurde zum Vorsitzenden des

⁴¹⁹ Hatschek: Parlamentsrecht, S. 175-195.. Franke argumentiert überzeugend, dass die Diskussionen im Reichstag vom 16. und 17. Juni 1873 über eine stattgefundene „Delegiertenversammlung“ beziehungsweise „Delegiertenkonferenz“, die Aufnahme des Protokolls 1874 und eine Aussage des Abgeordneten Braun am 9. April 1874 über das Gremium dafür sprächen, „daß sich das Seniorenkonvent als Einrichtung Anfang des Jahres 1874 endgültig durchgesetzt haben muß.“ Zu folgen ist ihm ebenfalls in seiner Vermutung, nach der der Disput im Juni 1873 „zur endgültigen Etablierung“ des Gremiums beitrug. Franke, Seniorenkonvent, S. 52.

⁴²⁰ Zum Umgang mit dem Namen im Plenum siehe: Franke, Seniorenkonvent, S. 52.

⁴²¹ Windthorst beschwert sich über „Konferenzen“ und „Verhandlungen“, in die auch das Präsidium einbezogen war: RV 1874, Bd. 32, S. 814. Siehe auch die erbosten Äußerungen Windthorsts über „freie Kommissionen“, die den Ausschluss der Zentrumsfraktion aus mehrmals tagenden inoffiziellen Kommissionen zu konkreten Gesetzen nahe legen: RV 1873/75, Bd. 34, S. 36.

⁴²² RV 1873, Bd. 28, S. 1184.

Seniorenkonvents grundsätzlich der Erste Vizepräsident des Reichstages gewählt, was Franckenstein bis 1887 war.⁴²³ All diesen informellen Zusammenkünften der Abgeordneten konnten, wenn die Abgeordneten dies wünschten, auch andere Akteure der politischen Bühne beiwohnen.

Für die Kommissionsbesetzung waren eigentlich weder die Fraktionen noch das Seniorenkonvent zuständig sondern laut Geschäftsordnung die sieben ungefähr gleichgroßen durch Los bestimmten Abteilungen. Die Abteilungen waren als eine weltanschauungsunabhängige Gliederung der Gesamtheit der Reichstagsabgeordneten gedacht. Sie bildeten nach Goldberg „de facto [...] bereits zur Bismarckzeit eine machtlose Scheinstruktur, die an der politischen Wirklichkeit vorbeiging.“⁴²⁴ Die „Struktur“ Abteilung war tatsächlich nicht tonangebend, sondern die „Struktur“ Fraktion war es, die sich in den Abteilungen wiederfand. Hohenlohe, der der Liberalen Reichspartei angehörte, notierte dementsprechend für den 23. März 1871: „Sitzung der Abteilung, der ich zugeteilt bin. Die Konservativen wollten mich zum Vorstand [der Abteilung] wählen, da aber die Nationalliberalen die Mehrheit hatten und diese nach der bei ihnen beliebten Parteigewohnheit nur den wählen, der sich ihnen mit Leib und Seele verschreibt (gleich die Jesuiten), so wurden Hölder von Stuttgart und Marquardsen [beide Nationalliberal] zu Vorständen gewählt.“⁴²⁵ Die kräftigen Bilder gegen Jesuitien und Nationalliberale, die Hohenlohe verwendet, illustrieren die Stimmung der Zeit und machen Geschichte anschaulicher. Zudem lohnt es sich, Hohenlohes Hinweis nachzugehen: Auch wenn nicht in jeder Abteilung ein Nationalliberaler den Vorsitz übernahm, so saß doch im Vorstand von sechs der sieben Abteilungen 1871 mindestens ein Nationalliberaler – die Ausnahme bildete die 6. Abteilung, in der denn auch zumindest als Stellvertreter des Schriftführers ein Zentrumsmitglied vertreten war; dies entspricht einem Anteil von 3,57 % an den jeweils vier Ämtern der sieben Abteilungen, was dem Mandatsanteil der Zentrumsfraktion mit 16,5 % bei

⁴²³ Hatschek: Parlamentsrecht, S. 178. Aretin: Franckenstein, S. 299, bezeichnet den Zeitpunkt, ab dem Franckenstein „bei vielen Gesetzesvorhaben durch Verhandeln mit anderen Fraktionen erheblichen Einfluß ausübte“, die Franckensteinsche Klausel 1879.

⁴²⁴ Goldberg: Rhetorik, S. 61.

⁴²⁵ Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingfürst: Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingfürst, hg. v. Friedrich Curtius, Bd. 2. (2 Bde), Stuttgart/Leipzig 1907, S. 45. Zwar stellten die Nationalliberalen nach den Wahlen 1871 mit 32,7 % die stärkste Fraktion im Reichstag, von der absoluten Mehrheit waren sie jedoch weit entfernt, so daß ihnen der Zufall in der Abteilung, der Hohenlohe angehörte, offenbar in die Hände spielte. Ein Blick in die Reichstagsakten zeigt, dass nicht in jeder Abteilung der Vorsitzende ein Nationalliberaler war; in der 1. Abteilung war es beispielsweise Marquart Barth (Liberalen Reichspartei), in der 2. Botho Graf zu Eulenburg (Konservative) und in der 3. Abteilung Hugo Fürst Hohenlohe-Oehringen: RV 1871, Bd. 19, S. 7. Siehe dort auch folgendes.

weitem nicht entspricht. Trotz einer Größe von ca. 54 Mitgliedern⁴²⁶ konnte das Los hier offenbar zu unterschiedlichen Partei-Zusammensetzungen führen. Dennoch kommt Arsenschek bei der Untersuchung, der einzig wichtigen den Abteilungen verbleibenden Aufgabe, der Wahlprüfung, zu dem Ergebnis, dass die Wahlprüfung in der Reichsgründungszeit fest in der Hand der liberalen Parteien war.⁴²⁷ Grund dafür war das gemeinsame Vorgehen von Nationalliberalen und Fortschrittspartei bei der Legitimation der Mandate, wodurch sie den Reichstag in dieser Angelegenheit „fast nach Belieben“ beherrschten.⁴²⁸ Diese Feststellung macht deutlich, dass das Glück des Loses für die Zentrumsfraktion keine Durchsetzung ihrer Maßstäbe bei Wahlprüfungen bedeutete, da das Plenum des Reichstages letztlich über rechtzeitig beanstandete oder zweifelhaft erscheinende Wahlen entschied und sie in diesem Plenum bis zu den Wahlen 1878 gegen die Dominanz anderer Koalitionen nicht ankamen.⁴²⁹

Da die Wahlprüfung die Verhandlungen des Plenums zeitlich stark belasteten, kam es 1876 zu einer Neuregelung der Wahlprüfung in der Geschäftsordnung und zumeist auch in der Praxis: Nach § 5 sollten die Wahlen an eine neu einzurichtende Wahlprüfungskommission zur Prüfung übergeben werden, die rechtzeitig von einem Reichstagsmitglied oder von außerhalb des Reichstages beanstandet wurden oder deren Gültigkeit die Mehrheit oder mindestens zehn anwesende Mitglieder der Abteilung anzweifeln.⁴³⁰

Außer der 1876 hinzukommenden Wahlprüfungskommission gab es im Reichstag sechs Kommissionen: für die Geschäftsordnung, die eingehenden Petitionen, den Handel und die Gewerbe, die Finanzen und Zölle, das Justizwesen, den Reichshaushaltsetat.⁴³¹ Letztere war gemäß ihrem Beratungsgegenstand die machtvollste Kommission des Reichstages. Der herausragende Politiker der Budgetkommission war – wie bekannt – Eugen Richter von der Fortschrittspartei; spätestens ab 1880 trat jedoch auch Franckenstein durch Beiträge in fast jeder Sitzung hervor, wie die Protokolle zeigen.⁴³²

⁴²⁶ In der ersten Legislaturperiode. Ab 1874 hatten zwei Abteilungen 56 und fünf Abteilungen 57 Mitglieder: Hatschek: Parlamentsrecht, S. 226.

⁴²⁷ Arsenschek: Wahlfreiheit, S. 158.

⁴²⁸ Ebd. Hier auch das Zitat.

⁴²⁹ Arsenschek weist auch darauf hin, dass nur in der zweiten Legislaturperiode Fortschritt und Nationalliberale tatsächlich die Stimmenmehrheit besaßen: Ebd. Anm. 235. Vor dem Plenum trug bis 1876 Referenten der Abteilungen die notwendigen Wahlberichte der Abteilungen vor; diese Referenten wurden vom Vorsitzenden bestimmt (Ebd. S. 56.), so dass durch die Besetzung des Vorsitzes schon Parteipolitik betrieben werden konnte.

⁴³⁰ Geschäftsordnung, 1878, § 5.

⁴³¹ Geschäftsordnung, 1874, § 24; Geschäftsordnung, 1878, § 26. Die Teile der Kommissionsakten, die noch erhalten sind befinden sich im Bundesarchiv in Berlin.

⁴³² R 101/1193 (Filmsign: 31032). Für den Zeitraum von 1871 bis 1873 besteht der Akt nur aus zwei Blättern. Ab November 1875 sind in diesem Akt zudem die für den Reichstag bestimmten gedruckten Berichte enthalten.

Neben diesen ständigen Fachkommissionen, die aber immer wieder neu zu wählen waren und auch durch häufige Aus- und Eintritte wiederholt neu besetzt wurden, konnte „der Reichstag für einzelne Angelegenheiten die Bildung besonderer Kommissionen beschließen“⁴³³, wie zum Beispiel nach der ersten Beratung eines Gesetzes.⁴³⁴ An den Ausschusssitzungen konnten die „Mitglieder des Bundestags und die Kommissarien desselben [...] mit beratender Stimme beiwohnen“⁴³⁵.

Laut Geschäftsordnung waren für die Wahl der Kommissionsmitglieder die Abteilungen zuständig, die jedoch keine Mitglieder aus ihrer Abteilung wählen mussten, sondern frei aus allen Abgeordneten wählen konnten. Dieser Aufgabe gingen die Abteilungen jedoch nur zur Wahrung des Scheins nach. In der Realität entschieden die Fraktionen über ihre Kommissionsmitglieder. Dementsprechend äußerte der Nationalliberale Georg Victor von Unruh bereits am 13. Juni 1871: „Ich glaube ferner, daß nichts im Wege steht, daß eine halbe Stunde nach dem Schlusse der heutigen Sitzung die Abtheilungen zusammentreten, um die Kommissionsmitglieder zu wählen. Die eine halbe Stunde wird ja vollständig genügen, damit, wenn es nöthig erscheinen sollte, die Fraktionen sich über die Mitglieder einigen, die sie gewählt wissen wollen.“⁴³⁶

Mit der Abstimmung der Fraktionen zur Besetzung der Kommissionen kommt auch wieder der Seniorenkonvent ins Spiel. Sicher ist, dass mit der Zeit das Reichstagsbüro auf Dezimalstellen genau den Anteil ausrechnete, der einer Fraktion an der Kommission zustand.⁴³⁷ Wie früh das Verfahren bereits diesen Grad an Routine aufweist, ist unklar.⁴³⁸ Eine Überprüfung der Kommissionen der ersten Session 1871 in Bezug auf die Zentrumsfraktion beziehungsweise die Bayern in ihr ergibt, dass das Zentrum bis auf einen Ausschuss, in dem sie wohl einen Sitz an den Welfen Dr. Nieper abtrat,⁴³⁹ einen Anteil von

⁴³³ Geschäftsordnung, 1874, § 24; Geschäftsordnung, 1878, § 26.

⁴³⁴ Die Kommissionen, die nicht-öffentlich tagten, gaben grundsätzlich durch einen Berichterstatter mündlich, manchmal auch schriftlich, Bericht an den Reichstag über das Ergebnis der Ausschussverhandlungen. Dieser bildete die Grundlage für die weitere Erörterung im Plenum.

⁴³⁵ Geschäftsordnung, 1878, § 29.

⁴³⁶ RV 1871, Bd. 20, S. 1176 (13. Juni 1871). Mit den Absprachen in und zwischen den Fraktionen argumentiert auch Goldberg: Rhetorik, S. 61, der auf Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3: Bismarck und das Reich, 3. Aufl., Stuttgart u.a. 1988, S. 886, verweist, der wiederum auf den zeitgenössischen Staatsrechtler Paul Laband verweist. Siehe zur Kommissionsbildung auch: Arsenscheck: Wahlfreiheit, S. 60-66; Hatschek: Parlamentsrecht, S. 175-195, S. 225-246.

⁴³⁷ Vgl. Hatschek: Parlamentsrecht; Arsenscheck: Wahlfreiheit. Kleinere Fraktionen sowie sogenannte Wilde, die keiner Fraktion angehörten, wurden hierbei nicht oder wohl meist nicht berücksichtigt. Eine Analyse der Reichstagsakten beziehungsweise eine (im Ergebnis unvollständigere) Analyse von Hirth, Parlaments-Almanach, würde diese bis dato unbeantwortete Frage für alle Minderheiten klären. Die Ausschüsse konnten aus 7, 14, 21 oder 28 Mitgliedern bestehen. Als fraktionsfähig bürgerte sich eine Anzahl von 15 ein, vermutlich wegen § 22 der Geschäftsordnung (1878): „Alle von Mitgliedern des Reichstages ausgehenden Anträge müssen von mindestens 15 Mitgliedern unterzeichnet [...] sein.“

⁴³⁸ Franke, Seniorenkonvent, S. 57, geht als Zeitpunkt vom „Beginn der achtziger Jahre“ aus.

⁴³⁹ RV 1871, Bd. 19, S. 393.

14,29 % hatte – was, nebenbei gesprochen, für eine Beteiligung der Zentrumsfraktion an diesbezüglichen Absprachen in einem Gremium der größeren Fraktionen ab der ersten Legislaturperiode spricht. Auf der einen Seite entspricht diese Prozentzahl nicht ihrem Mandatsanteil von 16,5 % und – wenn man davon ausgeht, dass die kleinen Fraktionen nicht berücksichtigt wurden – auch nicht ihrem dann ja noch höher liegenden prozentualen Anteil an den Kommissionssitzen. Nicht auszuschließen ist jedoch, dass dieser Verlust für das Zentrum in den darauffolgenden Sessionen ausgeglichen wurde, so wie dies in späteren Jahren üblich war. Auf der anderen Seite belegt die (den Welfen eingerechnet) feste Prozentzahl von 14,29, dass das Zentrum 1871 trotz seiner von Anfang an als isoliert empfundenen Stellung zumindest bei der Kommissionsbesetzung einbezogen war in die Absprachen der größeren Parteien. Die These Andersons, nach der die Zentrumsfraktion „in den siebziger Jahren [...] von den Kommissionen und Konferenzen ausgeschlossen war“⁴⁴⁰ ist nicht haltbar. Die Fraktion war sowohl in der ersten als auch in der zweiten Legislaturperiode an den offiziellen Kommissionen beteiligt,⁴⁴¹ auch wenn dies nicht bedeutet, dass sie dort immer fair behandelt wurden.

Betrachtet man nun den Anteil der Patrioten innerhalb der vom Zentrum gestellten Kommissionsmitglieder in der ersten Session 1871, lässt sich feststellen, dass er ungefähr ihrem Prozentsatz innerhalb der Zentrumsfraktion entsprach.⁴⁴² Ein Beispiel aus dem Jahr

⁴⁴⁰ Anderson, Windthorst, S. 244.

⁴⁴¹ Ein bislang nur online in digitaler Kurzfassung vorliegendes Handbuch namens Biorab-Kaiserreich, das von der Deutsche Forschungsgemeinschaft gefördert wurde, bietet für jeden Abgeordneten neben biographischen Daten die Information der Fraktionszugehörigkeit und der Zugehörigkeit zu Ausschüssen. Zahlreiche Patrioten sowie Zentrumsabgeordnete verzeichnen hier teils mehrere Kommissionsmitgliedschaften innerhalb einer Legislaturperiode für die erste und zweite Legislaturperiode – wie auch für die folgenden. Bei der DFG vorliegende Fassung: Heinrich Best/Wilhelm Heinz Schröder, Biographisches Handbuch der Abgeordneten des Norddeutschen Reichstages, des Zollparlaments und der Deutschen Reichstage 1867-1918. Köln: Zentrum für Historische Sozialforschung 1992 (Mimeo). Online-Kurzfassung für die Zeit des Deutschen Kaiserreiches: http://biosop.zhsf.uni-koeln.de/ParlamentarierPortal/biorabr_db/biorabrrecherche.php; letzter Zugriff: 26. September 2010. Der Patriot Matthäus Lugscheider wird dort fälschlich als Lugschneider geführt.

⁴⁴² RV 1871, Bd. 19, S.17: Kommission für die Geschäftsordnung: 2 Zentrumsabgeordnete davon 1 Patriot (Freytag); Kommission für Petitionen: 4 Zentrumsabgeordnete davon 1 Patriot (Karl Aretin). 25 %.

Ebd. S. 49: Kommission zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend eine anderweitige Feststellung der Matrikularbeiträge zur Deckung der Gesamtausgaben für das Jahr 1869 (Für den Norddeutschen Bund betreffende Angelegenheiten sahen sich die Patrioten nicht zuständig und auch nicht als abstimmungsberechtigt an. Dies galt in der Frühzeit ebenso für Angelegenheiten, von denen sie Bayern durch die Reservatrechte ausgenommen sahen. Zu dieser Ansicht gab es wiederholt heftige Meinungsverschiedenheiten im Plenum.): 3 Zentrumsabgeordnete davon kein Patriot. (Nicht zu werten: 0 %.)

Ebd. S. 393 Kommission zur Vorberatung des Gesetzes, betreffen die Inhaberpapiere mit Prämien: 2 Zentrumsabgeordnete davon 1 Patriot (Hermann von Reichlin-Meldegg), zudem ein Welfe. 50 %.

Ebd. S. 437 Kommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfs, betreffend die privatrechtliche Stellung von Vereinen: 2 Zentrumsabgeordnete davon 1 Patriot (Ow). 50 %.

Ebd. S. 461 Kommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfs, betreffend die Festsetzung des Staatshaushalts-Etats: 3 Zentrumsabgeordnete davon kein Patriot. 50 %.

Ebd. S. 546 Kommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfes, betreffend die Vereinigung von Elsaß und Lothringen mit dem Deutschen Reiche: 4 Zentrumsabgeordnete davon 1 Patriot (Adolf Graf von Walderdorff). 25 %.

1882 zeigt, dass die Kommissionsbesetzung im Zentrum durch Fraktionssitzungen erfolgte oder zumindest erfolgen konnte und widerlegt die bisherige Forschungsthese, wonach dem Fraktionsvorsitzenden diese Befugnis zukam:⁴⁴³

*„Lieber Soden! Auf Antrag Rupperts hat Dich die Fraction in ihrer letzten Sitzung zum Mitgliede der [Tabak-]Monopol Commission gewählt. Ich habe Dich nicht in Vorschlag gebracht, und hatte die Absicht Dich in die Unfall Commission zu geben. Da die Monopol Commission wohl Samstag spätestens Montag sich constituiren dürfte, möchte ich Dich bitten, hieher zu kommen, was Dir vielleicht weniger hart fallen wird, wenn ich Dir sage, daß wahrscheinlich der Reichstag vom 17n/5 – 1n/6 sich vertagen dürfte.“*⁴⁴⁴

Um eine Entscheidung die die Fraktionsspitze über die Köpfe der Mitglieder hinweg fällte, handelte es sich dabei folglich nicht. Dieses Fraktionsinterna weicht ein wenig die These der Forschung auf, dass die Fraktionspitze alle wichtigen Entscheidungen traf – denn darum handelte es sich bei den Kommissionbesetzungen. Fünf Tage später, am 16. Mai 1882, zeigte der Präsident des Reichstages den Austritt Sodens aus der Tabakmonopolkommission an, was die Freiheit des Zentrumsabgeordneten zeigt, die Wahl in eine Kommission nicht anzunehmen und sich nicht nach den Wünschen der Mehrheit der Fraktion zu richten.⁴⁴⁵

In der Verfassungswirklichkeit der damaligen Zeit konnte aber noch eine andere Größe auf die Entscheidungen der Abteilungen einwirken, die in der Forschung bei der Behandlung der Kommissionen keine Erwähnung findet: „In einem kurzen Gespräch ermahnte ihn [= Franckenstein] Bismarck, sich für die Behandlung der Neufassung des Arbeiterunfallgesetzes bereitzuhalten. ‚Und ich wollt eigentlich in keine Kommission mehr gewählt werden‘ schrieb er [= Franckenstein] enttäuscht seiner Frau.“⁴⁴⁶ Davon, dass Bismarck immer auf die Fraktionen beziehungsweise die Kommissionsbesetzung – in diesem Fall zudem mit Erfolg – versuchte einzuwirken, wenn er eine bestimmte Zusammensetzung einer Kommission wünschte, ist auszugehen.

Ebd. S. 653 Kommission zur Vorberatung des von den Abgeordneten Lasker und Genossen vorgeschlagenen Gesetzentwurfs: 2 Zentrumsabgeordnete davon kein Patriot. 0 %.

Es ergibt sich ein Gesamtanteil für die Patrioten von 33,33 %. Die Patrioten hatten in der ersten Legislaturperiode einen Anteil an der Zentrumsfraktion von 28,57 % (Sazenhofen ist in diese Prozentzahl eingerechnet.).

⁴⁴³ Mittmann, Fraktion und Partei, S. 279 Anm.

⁴⁴⁴ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 608, Brief Franckenstein an Soden vom 11. Mai 1882.

⁴⁴⁵ RV 1882/83, Bd. 68, S. 249.

⁴⁴⁶ Aretin, Franckenstein, S. 168. Briefzitat Aretins aus: Brief Franckenstein an seine Frau vom 7. Mai 1882, FAU.

5. Zusammenfassung

Den Patrioten standen als institutionelle Möglichkeiten zur Einflussnahme vor allem die Parlamente zur Verfügung: die Zweite Kammer des Bayerischen Landtages, das Zollparlament und der Reichstag. Im bayerischen Reichsrat war die bayerisch-patriotische Gesinnung aber ebenfalls vertreten. Der Einfluss von Patrioten und Zentrum im Deutschen Reichstag beziehungsweise der Einfluss durch die dort betriebene Politik wies zeitlich bedingte Unterschiede auf; ebenso der Umgang der anderen Akteure mit der Zentrumsfraktion in Bezug auf ihre Einbeziehung in Entscheidungswege und Ämterbesetzungen. Die von den Abgeordneten persönlich stark empfundene Ausgrenzung spiegelte sich jedoch in den Institutionen nur zum Teil wieder; wobei eine Benachteiligung nachweisbar ist und die außerhalb der Institutionen liegenden Möglichkeiten der Ausgrenzung groß waren. Das so häufig gezeichnete Bild von der Isolierung der Zentrumsfraktion erweist sich insofern als zu plakativ.

V. Deutsches Kaiserreich – unter Mitwirkung der bayerischen Patrioten oder unter Gegenwehr? Die konkrete politische Arbeit der Bayerischen Patriotenpartei im Zollparlament und im bayerischen Landtag

Die Bayerische Patriotenpartei formierte sich in den Zollparlamentswahlen als Abwehrfront eines preußisch dominierten kleindeutschen Reiches. Wie gestaltete sich die politische Arbeit der Partei gegenüber der sich anbahnenden kleindeutschen Reichsgründung und später gegenüber dem Deutschen Reich? Wie ist folglich die Haltung der ersten bayerischen Volkspartei zur kleindeutschen Lösung beziehungsweise ihrer Verwirklichung, dem Kaiserreich, im Untersuchungszeitraum zu beurteilen?

Um auf diese Fragen Antwort geben zu können, wird in einem ersten Schritt das Agieren der Patrioten im Zollparlament, als einzige gesamtdeutsche politische Bühne vor der Reichsgründung, und im bayerischen Landtag betrachtet. Der Landtag bietet im Gegensatz zum Zollparlament die Chance, die deutschlandbezogene Politik vor und nach der Realisierung der deutschen Einheit gegenüberzustellen – auch wenn der Hauptfokus für die Zeit ab Januar 1871 auf dem in einem gesonderten Kapitel zu betrachtenden Reichstag als tatsächliches Entscheidungsorgan der Reichspolitik liegt. Um das politische Handeln und die Haltung der Patriotenpartei beurteilen zu können, ist die Einbettung in den Kontext der Zeit

unabdingbar. Der Vergleich zu den Entscheidungen anderer politischer Kräfte wird gesucht werden, so weit er sich nicht – wie bei der Darstellung der Zollparlamentspolitik weitgehend der Fall – aus der Schilderung selbst ergibt.

Das Kompetenzverhältnis wurde im Bismarckreich mehr und mehr zugunsten des Reiches und somit zuungunsten der Einzelstaaten verschoben. Die mit dieser Kardinalsfrage für die Patrioten in Zusammenhang stehenden Begrifflichkeiten Föderalismus, Unitarismus, Zentralismus und die verschiedenen Schattierungen von einzelstaatlichem Interesse wurde bereits in einem gesonderten Kapitel erarbeitet.

1. Die konkrete politische Arbeit der Patrioten im Deutschen Zollparlament

Das im April 1868 seine Arbeit aufnehmende Zollparlament gab der Bayerischen Patriotenpartei zum ersten Mal die Möglichkeit, auf politischer Bühne aktiv zu werden.⁴⁴⁷

Wie nutzten sie diese für ihr im Wahlkampf gestecktes Ziel, den Ausbau des Zollparlamentes von einer volkswirtschaftlichen Vertretung zu einem politischen Parlament zu vereiteln? Welche Haltung gegenüber der kleindeutschen Lösung ist ablesbar?

Die zunächst 27 dann 28 patriotischen Abgeordneten⁴⁴⁸ bildeten auf bayerische Initiative⁴⁴⁹ mit württembergischen, badischen und sächsischen Abgeordneten (unter anderem: August Bebel, Wilhelm Liebknecht), zu denen sich auch der Hannoveraner Ludwig Windthorst, gesellte, die sogenannte Süddeutsche Fraktion. Geeint wurde die sehr wohl in Freihändler und Protektionisten zerfallende Fraktion durch ihr Ziel, „jede Ausdehnung der Befugnisse des Zollparlaments zu durchkreuzen“⁴⁵⁰. Ihr Vorsitzender wurde der protestantische bayerische Reichsrat Wilhelm von Thüngen, der als einer der Gründungsväter der Patriotenpartei gelten darf.⁴⁵¹ Nach außen dominierte der Württemberger und ehemalige Paulskirchenabgeordnete Moritz von Mohl, da er häufig das Wort ergriff.⁴⁵²

⁴⁴⁷ Das Zollparlament tagte 1868, 1869 und 1870 mit jeweils einer Session.

⁴⁴⁸ Über die patriotischen Wahlergebnisse macht die Forschung unterschiedliche Angaben. Hartmannsgrubers Darstellung ist am überzeugendsten: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 46 (mit Forschungsüberblick). Die Liste der *Donau-Zeitung* ergänzt Hartmannsgruber durch zwei nachrückende Abgeordnete: DoZ 119 vom 30.4.1886. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 46 und 46 Anm. 96.

Zu Folgendem siehe besonders: Schmidt, Zollparlament.

⁴⁴⁹ Davon geht Schmidt aus, der auch auf gegenteilige Meinungen hinweist: Schmidt, Zollparlament, S. 186.

⁴⁵⁰ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 46. Siehe ebenfalls: Schmidt, Zollparlament, 186f., 198, 193.

⁴⁵¹ Einen kurzen Abriß seines Lebens sowie eine Schilderung seiner Rolle bei den Verhandlungen des bayerischen Reichsrates über die Zollvereinsverträge bietet: Löffler: Reichsräte, S. 413-424. Thüngen gehörte dem Teil des altkonservativen Flügels an, dessen Vertreter sich fast sämtlich sehr schnell von der Partei wieder distanzierten.

⁴⁵² Schmidts Aussagen über Mohls Rolle sind ambivalent. Einerseits konstatiert er, dass die süddeutsche Fraktion seinen Ausführungen beinahe hörig folgte, andererseits spricht er davon, dass der bei den Zeitgenossen entstandene Eindruck eventuell „völlig falsch“ sei: Schmidt, Zollparlament, S. 382, S. 387. Mohls Biographem

Es darf als gesichert gelten, dass Bismarcks politisches Motiv bei der Reorganisation des Zollvereins darin bestand, die mit dem Prager Frieden garantierte Trennung von Nord- und Süddeutschland zu überwinden. In diesen hochgespannten nationalen Erwartungen trafen sich seine Vorstellungen mit den Wünschen der Liberalen.

Vor allem in zwei Debatten der ersten Session entluden sich die Gegensätze: Liberale Vorstöße drängten auf Kompetenzerweiterung und wollten von dem Parlament, eine auf kleindeutsche Einigung abzielende Aussage erhalten.

Den Auslöser der ersten Debatte stellte der Antrag auf Verabschiedung einer Adresse an den preußischen König dar, die über das „Streben der Nation“ Zeugnis ablegen wollte.⁴⁵³ Anhand der Formulierung wird das Streben nach einer kleindeutschen Einigung offenkundig: Die Adresse spricht von dem Zollparlament als „Vertretung der gesamten Deutschen Nation“ und von der Überzeugung, dass die Entwicklung zu einer „vollständigen Einigung“, also nicht nur wirtschaftlichen, führen wird.⁴⁵⁴ In der Süddeutschen Fraktion regte sich gegen diesen Antrag auf motivierte Tagesordnung und zwei abgeschwächtere Anträge vorhersehbarer Widerstand. Es kam zu drei kombinierten Gegenanträgen aus verschiedenen Lagern, Karl von Aretin stellte den für die süddeutsche Fraktion. Entscheidend war jedoch letztlich die Rede des Patrioten Thüngen vom 7. Mai 1868, die Schmidt zu Recht als glänzend und maßvoll bezeichnet.⁴⁵⁵ Geschickt baute er seine Gegenargumente auf einem nationalen Standpunkt auf, der auf dem Vergleich des einfachen süddeutschen Volkes und der süddeutschen Gebildeten fußte. Seine Argumente waren im Einzelnen folgende: Erstens laute das Mandat, das die Wähler ihnen zugesprochen hätten, nur auf volkswirtschaftliche Fragen – was die Majorität der süddeutschen Abgeordneten auch so empfinde. Ein Beschluss über motivierte oder erweiterte Tagesordnung stelle daher eine Kompetenzerweiterung dar. Diese könne aber nur durch einen Vertrag beschlossen werden. Zweitens wäre ein Wunsch nach Kompetenzerweiterung, der vom Zollparlament ausgesprochen würde, eine Tat. Drittens störe es die beginnende Freundschaft zwischen Süd und Nord, wenn der Süden zu etwas gedrängt würde, was er nicht wolle. Und viertens würde eine gespaltene Abstimmung über eine Adresse dem Ausland Einblick in die inneren Verhältnisse Deutschlands gewähren. Die

Westermayer dürfte zu folgen sein, wenn er konstatiert: „Am Ende der dritten Session des Zollparlaments feierte der bayerische Reichsrat Thünen [= Thüngen] beim Abschiedessen der Süddeutschen Fraktion Moriz Mohl in einem Toast als ‚Kanonier der Fraktion‘. Dieses mehr den Effekt als die politische Substanz hervorhebende Kompliment“ Westermayer: Mohl, S. 306. Vgl. für das Zitat auch: Walter Schübelin: Das Zollparlament und die Politik von Baden, Bayern und Württemberg 1866-1870, Berlin 1936, S.105f.

⁴⁵³ Abdruck: Schmidt: Zollparlament, S. 199f.; Anlagen zu ZV 1, 1868, S. 96f. Nr. 7.

⁴⁵⁴ Anzumerken ist, daß viele süddeutsche und die Mehrzahl der bayerischen Liberale diesen weitgehenden Antrag auf motivierte Tagesordnung ursprünglich nicht wünschten, da sie nicht wollten, daß sich die Süddeutschen vor den Augen der Norddeutschen anlässlich des Antrages entzweiten.

⁴⁵⁵ Ebd. 206. Rede Thüngens: ZV 1, 1868, 95 f. Teildruck: Schmidt, Zollparlament, 203-206.

Wirkung von Thüningens Appell war groß: Bei einer Enthaltung stimmten 186 Abgeordnete für einfache Tagesordnung, 150 dagegen.⁴⁵⁶ Fürs Erste hatten die Patrioten und die Süddeutsche Fraktion ihr Ziel erreicht.

Die zweite Debatte um Kompetenzerweiterung wurde in der 14. Sitzung geführt und verlief für die Opponenten nicht so erfolgreich.⁴⁵⁷ In einem hitzig geführten Schlagabtausch, in die Bismarck zum ersten Mal eingriff, manövierten sie sich in eine isolierte Stellung. Zu erwähnen ist, dass diesmal kein Patriot in die Diskussion eingriff; als erster Hauptredner vertrat Mohl die Fraktion. Diesmal wurde der von der Süddeutschen Fraktion abgelehnte Antrag angenommen,⁴⁵⁸ wenn auch nur „in volkswirtschaftlicher Hinsicht“.⁴⁵⁹ In der Folge wurde von beiden Seiten weitgehende Zurückhaltung geübt. Für die Fälle, in denen der Fraktion, der die Patrioten angehörten, liberale Ausführungen zu weit gingen, gewöhnte sie es sich an, den Ausruf „zur Sache“ anzubringen.

Hatte die Bayerische Patriotenpartei und ihre Fraktion in den drei Sessionen des Zollparlamentes das gesteckte Ziel erreicht? Diese Frage ist eindeutig mit Ja zu beantworten. Die vor allem aus Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen stammenden Abgeordneten hatten ihr gemeinsames Gewicht in die Waagschale gelegt und vermochten es mit diesem Schritt, die Entwicklung des Zollparlamentes zu einer auch politischen Vertretung zu verhindern.⁴⁶⁰

Politisch verlief das Zollparlament folglich nicht im Sinne Bismarcks und der nationalen Kräfte. Auf wirtschaftlicher Ebene konnte seine Tätigkeit jedoch ein stärkeres Band um die beteiligten Staaten legen. Konsens herrscht in der Forschung darüber, dass die handels-, wirtschafts- und zollpolitischen Beschlüsse wichtige Weichenstellungen für das künftige

⁴⁵⁶ Abstimmung: ZV 1, 1868, 106-108. Bismarck hatte, nachdem die unnachgiebige Haltung der Süddeutschen Fraktion offenkundig wurde, den Konservativen nahegelegt, gegen diese Adresse zu stimmen.

⁴⁵⁷ Der Stein des Anstoßes, der diesmal die Auseinandersetzung ins Rollen brachte, war ein Antrag des Hessen Bamberger, der den Wunsch aussprach, daß der Zollbundesrat dafür Sorge tragen möge, daß Hessen nicht so stark von der Senkung der Weinzölle und der indirekten Steuern betroffen werde: ZV 1 (Anlagen), 1868, 154 Nr. 32. Gegen den Antrag und die Kompetenz des Zollparlamentes sprach sich übrigens auch der hessische Bundesratsbevollmächtigte von Hofmann aus.

⁴⁵⁸ ZV 1, 1868, 284. Zu erwähnen ist wiederum, daß viele Süddeutsche Liberale auch diesen Antrag und die folgende Auseinandersetzung nicht gewünscht hatten – was der bayerische Liberale Völk in seiner eindrucksvollen Rede bekundete: Ebd. 271-279.

⁴⁵⁹ Schmidt, Zollparlament., 226 Anm. 1.

⁴⁶⁰ Dieser Sieg der Süddeutschen Fraktion war keineswegs selbstverständlich. So klang auch die Selbsteinschätzung der Lage 1868 bei Franckenstein noch folgendermaßen: „So viel ist sicher, daß wir ein kleiner Haufen gegen die Masse der Norddeutschen sind und daß wir nur durch geschicktes Manövrieren etwas erreichen werden.“ Brief Franckenstein an seine Frau Marie vom 7. Mai 1868, zitiert nach: Arstin: Franckenstein, S. 25.

Deutsche Reich vornahmen, indem sie zu Stabilisierung und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft beitrugen und eine „fundierte Wirtschaftseinheit“⁴⁶¹ begründeten.

Wie ist die Tätigkeit der Bayerischen Patriotenpartei im Zollparlament zu beurteilen?

Als wichtigstes Ergebnis ist festzuhalten, dass das patriotische Streben nach Erhaltung der bayerischen Souveränität beziehungsweise ihre großdeutsche Haltung in den Verhandlungen des Zollparlamentes eindeutig nachweisbar sind.⁴⁶² Der Versuch, die bayerische Staatsexistenz in ihrer bestehenden Form zu wahren, äußerte sich vor allem in strikter Verweigerungshaltung gegenüber Anträgen auf Kompetenzerweiterung. Zur Einbettung in die Zeit und das Wollen anderer Akteure muss angemerkt werden, dass Schmidt für die Nicht-Bayern der Süddeutschen Fraktion feststellt, dass sie „in beinahe jeder Frage eine Kompetenzerweiterung witterte[n]“, schwächt dies allerdings für die Patrioten leicht ab, die sich zurückhielten;⁴⁶³ für die gesamte Fraktion resümiert er, dass sie übertrieben vorsichtig über die wirtschaftlichen Interessen ihrer Staaten wachte.⁴⁶⁴ Ablesbar ist dies an ihrem Abstimmungsverhalten: Bei den wichtigsten Tarifvorlagen votierten die Patrioten mit Nein; Handelsverträgen, wie dem mit Österreich oder dem Kirchenstaat stimmten sie jedoch mehrheitlich zu.⁴⁶⁵ Andererseits betont Schmidt, dass ihr Widerspruch oft berechtigt war, sie aber nicht bereit waren, diesem durch konstruktive Beiträge Nachdruck zu verleihen.⁴⁶⁶ Tatsächlich meldeten sich die Abgeordneten der Bayerischen Patriotenpartei nur selten zu Wort und brachten sehr wenige Anträge ein. Ihre dünn gesäten Wortmeldungen nahmen über die drei Sessionen ab, so dass sich Meixner 1870 als einziger patriotischer Redner mit zwei Beiträgen wiederfand.⁴⁶⁷ Ihm attestiert der Verfasser des Standardwerkes zum Zollparlament aus bayerischer Sicht neben nur drei weiteren Bayern sowohl Fachwissen als auch die Objektivität, sich von politischen Argumenten zugunsten von rein wirtschaftlichen zu lösen.⁴⁶⁸ Insgesamt wird lediglich einer kleinen Zahl von Patrioten volkswirtschaftliche Versiertheit zugesprochen.⁴⁶⁹ Dies mag auch ein Grund dafür sein, dass sie selten in

⁴⁶¹ Siemann, *Aufbruch*, 291 (Zitat); Fox, *wirtschaftliche Integration*, 365; Schmidt, *Zollparlament*, 384.

⁴⁶² Anlässlich des Handelsvertrages mit Österreich fielen zum Beispiel von dem Patrioten Wild die Worte: „ich acceptiere den nationalen vaterländischen Gedanken, aber die Einheit muß auch eine wahre, volle sein. (...) ich vermisse die Repräsentanten von mehr als 8 Millionen unserer Landsleute, ich vermisse die Deutsch-Oesterreicher.“ ZV 1, 1868, 141.

⁴⁶³ Schmidt, *Zollparlament*, 356 und 356 Anm. 2.

⁴⁶⁴ Ebd. 382.

⁴⁶⁵ Die bayerischen Liberalen entschieden hingegen von Fall zu Fall und neigten bei der Annahme der gesamten Gesetzespakete eher zur Zustimmung. Siehe die Übersicht über wichtige Abstimmungen: Ebd. 412 f.

⁴⁶⁶ Ebd. 387.

⁴⁶⁷ Zu erwähnen ist, daß die Ämterbekleidung durch patriotische Abgeordnete von vier in der ersten Session auf null in der dritten sank.

⁴⁶⁸ Ebd. 382. Meixner gehörte wie Jörg und Miller zu den entschiedenen Protektionisten.

⁴⁶⁹ Fox, *wirtschaftliche Integration*, 365.

Erscheinung traten – zudem beteiligten sie sich in der dritten Session an keiner der Kompetenzstreitigkeiten mehr. Schmidt fällt in Anbetracht dessen, dass die Hälfte der Patrioten kurz vor Beendigung der Legislaturperiode bei der Abstimmung über den mit großer Mehrheit angenommenen Vereinszolltarif absent waren, das Urteil: „Feigheit vor dem Feind“⁴⁷⁰. Schmidts Fazit erscheint angesichts der Tatsache, dass die Patrioten seit dem Erreichen ihres Zieles sinnloser Konfrontation aus dem Wege gingen, zu hart. Außerdem berücksichtigt er nicht, wie ungern die Abgeordneten fern von der Heimat, der Familie und beruflichen Verpflichtungen in Berlin weilten und als welche Zumutung es ihnen erscheinen musste, wenn Abgeordnete – zudem vielfach aus anderen Ländern – über den Kopf des bayerischen Königs und gegen den erklärten Willen der Mehrheit des bayerischen Volkes eine kleindeutsche Lösung zu forcieren versuchten. Die Situation war für die bayerischen Patrioten auch sonst nicht einfach: Beispielsweise schrieb Franckenstein, der in der Zeit des Zollparlaments bereits hervortrat,⁴⁷¹ seiner Frau bedauernd, „daß die untereinander sehr unterschiedlich denkenden Süddeutschen kein Organ haben, mit denen wir verhandeln können. Deshalb müssen wir bei Windthorst, Reichensperger und Mallinkrodt uns Rat holen, die hier Land und Leute kennen und alles Vertrauen verdienen.“⁴⁷² Die aufgesetzte Antwort Karl von Aretins auf einem Brief von Daller, der ihm den Dank des katholischen Casinos Freising überbringt „für Ihre in jeder Beziehung ausgezeichnete, Ihren Wählern vollkommen entsprechende Vertretung unseres Bezirkes, die Sie mit so viel Mühe u. Opfern bis ans Ende treu geführt“, zeigt denn auch eine nicht feige, aber sehr menschliche Seite: „Stellung und Arbeit hat sich mit jeder ~~Session~~ Sitzungsperiode unangenehmer gestaltete“. Als Grund für das Fernbleiben von der letzten Sitzung führt er an „hat mich ein solcher Eckel überkommen“ und er bittet darum, für das nächste Mal einen anderen Vertreter zu finden.⁴⁷³

⁴⁷⁰ Schmidt, Zollparlament, 361.

⁴⁷¹ Hohenlohe: Denkwürdigkeiten II, S. 7: „Den 3. Mai [1870] war um 11 Uhr Sitzung über die Tarifvorlage. Wie vorausgesehen, wurde dieselbe vom Zollparlament in einer Weise modifiziert, die zunächst wenig Aussicht auf Zustandekommen ließ. Doch war überall Wunsch ersichtlich, das Zollparlament nicht unverrichteter Sache auseinandergehen zu lassen. Schon während dieser Sitzung wurde also vielfach hin und her geredet, ob sich nicht eine Verhandlungsbasis finden lasse. Blankenburg bat mich, mit der süddeutschen Fraktion zu verhandeln, Barth und Marquardsen verhandelten mit den Nationalliberalen, ich dann noch mit den Freiconservativen. Franckenstein teilte mir jedoch bald mit, daß seine Fraktion sich auf keine annehmbare Unterhandlung einlasse. Unterdessen gingen aber die Verhandlungen mit den übrigen Fraktionen um so besser.“ Man darf diesen Hinweis auf Franckenstein als Ansprechpartner Hohenlohes für die Süddeutsche Fraktion nicht überbewerten – aber man darf ihn auch nicht unterbewerten: Der Fraktion gehörten zahlreiche angesehene Persönlichkeiten an und man schenkte Franckenstein das Vertrauen für diese (zeitlich begrenzte) Aufgabe.

⁴⁷² Ullstadt, FamA Franckenstein, Brief Franckestein an seine Frau Marie vom 11. Mai 1868; zitiert nach Aretin, Franckenstein, S. 25 f.

⁴⁷³ BayHStA, FamA Aretin, vorl. Nr. 49/30/I, Brief Daller an Karl Aretin vom 9. Juni 1870. Auch andere Äußerungen Aretins vermögen Einblick zu geben, wie es letztlich zu seiner Abreise vor der letzten Abstimmung kam: „Da Fürst Chlowig Hohenlohe von den Preussen als 2. Präsident in Aussicht genommen ist, fürchte ich daß er wieder erst dummes ärgerliches Zeug schwätzen wird. [Wort unleserlich] sind wir (Schrenk Thüngen Neurath) bereits von der Majestät abgefüttert worden und hat Augusta durch ihr liebenswürdiges Gewüsel die merkbare

2. Die konkrete politische Arbeit der Patrioten im bayerischen Landtag

Um die patriotische Partei zu charakterisieren – gerade in Bezug auf eventuell extreme Positionen – muss auch die Politik der Landtagsfraktion untersucht werden. Das folgende Kapitel befasst sich vor allem mit den Gründen für die geringen Erfolge der Bayerischen Patriotenpartei im bayerischen Parlament; das sich an dieses anschließende beleuchtet das Verhältnis der „*Homines novi*“ zum (entstehenden) Deutschen Reich. Dabei ist anzumerken, dass die Bayerische Patriotenpartei nicht wie im Zollparlament bereits 1868 sondern erst durch die Wahlen vom Mai 1869 mit der Majorität der Mandate in die Zweite Kammer des bayerischen Landtages einziehen konnte. Bis Januar 1871 stellt die bayerische Zweite Kammer wie die Erste Kammer ein maßgebliches Entscheidungsorgan für eine Deutsche Einigung dar, da diese eine Änderung der bayerischen Verfassung darstellte und eine solche unter anderem beide Kammern des Landtages mit einer Zweidrittelmehrheit verabschieden mussten.⁴⁷⁴ Für die Zeit des Bismarckreiches konnte die Partei durch ihre politische Arbeit im Landtag nur versuchen, in die Geschicke des Reiches einzugreifen – so zum Beispiel indem sie Druck auf das Ministerium ausübte, um dessen Entscheidungen im Bundesrat zu beeinflussen. Außerdem nutze die Bayerische Patriotenpartei das bayerische Parlament als Forum, in dem sie – gefragt oder ungefragt – ihre Meinung zur Reichspolitik kundtat.

Kälte Wilhelms ausgeglichen.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 600, Brief Karl Peter Frhr. von Aretin an Soden vom 25. April 1870. „Ich bin froh, daß der hiesige Aufenthalt zu Ende geht: Die Sitzungen, die den größten Theil des Tages in Anspruch nehmen sind sehr langweilig und unerquicklich und außer den Theatern gibt es sonst wenig Vergnügen. Gestern hatten wir Diner der süddeutschen Fraktion wobei sehr schöne süddeutsche Toaste ausgebracht wurden. [...] ist Berathung über eine Reproduktion der Weinststeuer die vor 2 Jahren so viel Staub aufgewirbelt hat, und es steht wieder eine unangenehme Debatte darüber in Aussicht.“ Ebd.: Brief Karl Peter von Aretin an Soden vom 5. Mai 1870. Aus Franckensteins Briefen an seine Frau, wird ein Grund für die auch von ihm empfundene Langeweile im Zollparlament deutlich: „Wie ich höre, hat man es aufgegeben, mit uns Politik zu machen.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Brief Franckenstein an Marie Franckenstein vom 14. Juni 1869, zitiert nach: Aretin: Franckenstein, S. 26. Daneben fühlte auch er sich 1870 nicht mehr wirklich willkommen in Berlin: „Man duldet uns einerseits, andererseits fand man uns unerträglich. Die preußische Regierung war mit uns unzufrieden“. Ebd. Zu den in Aretins Brief genannten Personen: Carl Ignaz Frhr. von Schrenk-Notzing (1806-1884), Mitglied der Nationalversammlung 1848-1849, bayerischer Justizminister 1846-1847, bayerischer Ministerpräsident 1859-1864, MdZP 1868-1871; er war ein Onkel Franckensteins. Wilhelm Frhr. von Thüngen (1805-1871; evangelisch), 1868 bis 1. März 1871 (Tod) MdZP, dort Vorsitzender der Süddeutschen Fraktion. Konstantin Frhr. von Neurath (1807-1876; evangelisch), 1852-1867 württembergischer Staatsminister, 1868-1871 MdZP; er war ein Onkel Sodens.

⁴⁷⁴ Die bayerische Erste Kammer mit ihrer nicht zu vernachlässigenden Zahl an bayerisch-patriotisch gesinnten Mitgliedern fließt in der Zusammenschau verschiedener Entscheidungsträger mit ein. Nach Löffler kann die Reichsratskammer nicht in Parteien aufgeteilt werden, dennoch lasse sich aber eine „politische Typologie der Reichsräte erstellen“ resümiert er. Zu den hier interessierenden heißt es weiter: „[D]ie adeligen Anhänger der Patriotenpartei beziehungsweise nach 1887 der Zentrumsparthei, die bei aller staatskonservativen, aristokratischen Haltung, die sie mitunter in scharfen Gegensatz zur eigenen Partei brachte, in sozial-, wirtschafts- und steuerpolitischen Fragen außerordentlich aktiv und oft frapierend reformfreudlich waren“ Löffler, Reichsräte, S. 564.

a) ‚Sr. Majestät allergetreueste Opposition‘

Opposition – aber wie, gegen wen und mit welchem Ziel? Gegen die bayerische Monarchie richtete sich die Opposition der Bayerischen Patriotenpartei in der Abgeordnetenversammlung nicht. Sie richtete sich gegen ein dem Volk und ihr missliebiges liberales Ministerium. Das Ziel, das die Fraktion jahrelang erstrebte, war folglich nicht in den vom Ministerium vorgelegten Gesetzen oder mit eigenen Anträgen einfach andere Sachpolitik zu betreiben, sondern durch Abweichen von reiner Sachpolitik das Ministerium zur Einreichung seines Rücktrittes und den König zur Annahme desselben beziehungsweise Einsetzung eines für sie annehmbaren Ministeriums zu bewegen.⁴⁷⁵ Die Vertreter einer extremen Oppositionsstrategie neigten sogar dazu, ein Parteiministerium zu fordern. Die Mehrheit der Fraktion hatte jedoch vollkommen Recht, bei Rücktrittsforderungen eben diesen Verdacht von sich zu weisen, denn jeder Hauch von Parlamentarisierung bewirkte bei König Ludwig II. eine diesem konträr gegenüberstehende Handlung und der König war eben derjenige, dem das Ministerium verantwortlich war. Nicht zu vergessen ist aber auch die zusätzliche Belastung durch die ab 1870/71 liberale Erste Kammer. Da als bestimmender Faktor in der bayerischen Politik Minister Lutz auch die ersten Jahre der Prinzregentenzeit prägte, ergab sich für die Patrioten unter Prinzregent Luitpold zunächst keine Verbesserung. Aussagekräftig für die Gesamtsituation ist die Äußerung Jörgs nach zwölfjähriger Oppositionserfahrung: „Wenn eine Opposition in der Bayerischen Kammer [...] einen Minister befestigen will, dann braucht sie bloß eine Adresse gegen ihn zu richten“⁴⁷⁶.

Eine reelle Chance auf Verwirklichung eines bayerisch-patriotisch gesinnten Ministeriums hatten nur zwei Persönlichkeiten, die beide nicht Mitglieder der patriotischen Fraktion der

⁴⁷⁵ Dass für die patriotische Fraktion die Opposition gegen das liberale bayerische Ministerium bestimmend war, spiegelt sich auch in der Literatur wider: Albrecht beschäftigt sich in seinem Kapitel „§ 18 Die politische Entwicklung 1871-1886“ mit drei Themen: „a) Der Kulturkampf in Bayern“, „b) Ministerium und Landtag 1871-1882“ und „c) Krankheit, Verschuldung, Entmündigung und Tod Ludwigs II.“: Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1 2003, 369-394. Bei Hartmannsgruber liegen die Hauptakzente seines Kapitels „VII. Die Patriotenpartei in der bayerischen Politik“ auf den Themen „Die Entwicklung der Oppositionsstrategie“ (gegen das Ministerium), „Die Reichsgründung“, „Bayern im Reich“, „Die Wahlrechtsfrage“ und „Grundpositionen der Patriotenpartei im Kulturkampf“: Wenn man die Wahlrechtsfrage auch unter den Gesichtspunkt der Verbesserung der eigenen Ausgangslage einordnet, bleiben als politische Sachthemen des Landtages nur der Kulturkampf (in dem man auch gegen die Verordnungs politik des Ministeriums kämpfen musste) und die Reichsgründung: Viele Gegenstände der Tagespolitik der Patriotenpartei blieben bis dato von der Forschung – da nicht als gravierend für die bayerische Politik angesehen – unberührt. Es sei jedoch unbenommen, dass diese auch im politischen Leben der Zeit ins Hintertreffen gerieten.

Albrecht formuliert mit Bezug auf den Kulturkampf als „Kardinalfrage der Patriotenpartei“: „wie sich eine streng monarchische Partei gegenüber einem liberalen Ministerium, das fortgesetzt gegen die Kammermehrheit regiert, aber vom König gehalten wird, verhalten sollte“ Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, S. 341.

⁴⁷⁶ Rede Jörgs anlässlich seines Abschieds aus der Politik am 10. Juli 1881 vor seinen Wählern in Landshut. Druck: AP 159 vom 12.7.1881 und AZ 193 vom 12.7.1881; zitiert nach: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 357.

Abgeordnetenversammlung waren, auch wenn sich in deren Vorschlagsliste für die Ministerposten dann Landtagsabgeordnete wie Jörg wiederfanden:⁴⁷⁷ der bayerische Diplomat Rudolph Freiherr von Gasser und Baron von Franckenstein. Der aufmerksame Leser von Botzenharts Werk über die Regierungstätigkeit bemerkt, dass die beiden einzigen Persönlichkeiten, die Ludwig II. für den von ihm durchaus immer wieder gewünschten Systemwechsel auserkor, zum jeweiligen Zeitpunkt sein vollstes Vertrauen besaßen.⁴⁷⁸ Dies scheint der ausschlaggebende Punkt für Ludwig gewesen zu sein; wenn ein Kandidat sein Vertrauen nicht oder nicht mehr besaß, war er zum Systemwechsel nicht bereit. Bei Kandidaten, die für Patrioten wie für Liberale annehmbar waren, oder bei liberalen Kandidaten war dies offenbar keine *conditio sine qua non* für ihn.⁴⁷⁹

Hatte nun die Landtagsfraktion oder ihre Politik irgendeinen Einfluss auf den König? Zunächst möchte man mit Nein antworten. Doch bei genauerer Betrachtung kann man sowohl positiven Einfluss als auch negativen ausmachen. Positiven zunächst einmal dadurch, dass die Wahlergebnisse der Patrioten dem König zeigten, dass sein Volk nach wie vor bayerisch dachte. Ludwigs Herz schlug hierin genauso wie das der Partei.⁴⁸⁰ Aber 1875, als er ein zweites und letztes Mal von sich aus ernsthaft den Systemwechsel plante,⁴⁸¹ ging Ludwig über positive Wahrnehmung der Volksmeinung und Übereinstimmung hinaus: Der König erhoffte einen fulminanten Wahlsieg der Patrioten, um diesen zu einem Ministerwechsel gemäß seiner eigenen politischen Überzeugung zu nutzen und griff hinter den Kulissen in den Wahlkampf ein.⁴⁸² Wie weit dieser Einfluss der Patrioten aus dem Parlament heraus hätte

⁴⁷⁷ Aretin: Franckenstein, S. 58.

⁴⁷⁸ Siehe hierzu: Botzenhart, Ludwig II., S. 82-100.

⁴⁷⁹ Auch wenn Ludwig II. Bismarck als klugen Staatsmann schätzte und Bismarck Einfluss auf diesen besaß, hätte Bismarck ein bayerisch-patriotisch gesinntes Ministerium, wie es von Ludwig angedacht war, nicht verhindern können und vermutlich auch nicht wollen. Die Thesen der Forschung gehen zu dieser Frage allerdings auseinander: Botzenhart, Ludwig II., S. 97f. und Anm. 218; Aretin, Franckenstein, S. 47-61, und bei Botzenhart, Ludwig II., S. 82-100; Möckl, Prinzregentenzeit, 54-60; Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, S. 379-382.

⁴⁸⁰ Ganz in der Tradition der Wittelsbachischen Kirchenpolitik, die je nach kirchenpolitischem Klima mal entgegenkommender, mal unnachgiebiger war, vertrat Ludwig II. eine „strikt staatskirchliche Position“ in Bezug auf sein Ernennungsrecht der katholischen Bischöfe und auch in Fragen des Placets, so Botzenhart, Ludwig II., S. 162 und 171 (Zitat). Einen Kulturkampf preußischer Prägung lehnte der bayerische König jedoch grundweg ab und zeigte sich der Kirche gegenüber auch häufig sehr verbindlich. Auch wenn die Patrioten der Zweiten Kammer das Staatskirchentum grundsätzlich anerkannten, so war ihre Position eine andere als die ihres Königs; mehrheitlich lehnten sie beispielsweise das Placet ab. Die Erste Kammer stoppte jedoch wiederholt angenommene Anträge der Zweiten. Siehe dazu: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 388-393. Das Verhältnis Ludwigs II. zur patriotischen Fraktion und auch sein Verhältnis zu bayerisch-patriotisch gesinnten Reichsräten beleuchtet: Botzenhart, Ludwig II., S. 119-124.

⁴⁸¹ So das Ergebnis von Botzenhart, Ludwig II., S. 82-100.

⁴⁸² Ludwig II. gab an den Führer der Coalition, Johann Krahl, folgende Ordre: „Die Geistlichen sollen immer mehr und mehr erfahren, daß ich für sie bin, die Wahlen dürfen nicht liberal, reichsfreundlich ausfallen, teilen Sie die darauf bezüglichen Mots d'ordre aus“ BSB HA Bürkeliana Suppl. I. Fasz. 3. zitiert nach: Botzenhart, Ludwig II., S. 91. Nachdem Franckenstein die Übernahme eines Ministeriums abgelehnt hatte, genehmigte Ludwig II. jedoch die von der Regierung vorgelegte manipulative Wahlkreiseinteilung; auch wenn er behauptete,

gehen können, wenn ihr Bild, das sie in der Zweiten Kammer abgaben, ein anderes gewesen wäre, ist reine Spekulation. Klar ist, dass – unabhängig von dem Bild – Äußerungen und Adressen aus der Landtagsfraktion, die der König als aggressiv empfand und die seine Angst vor der Parlamentarisierung schürten, negativ auf ihn wirkten.⁴⁸³

Welches Bild gaben also die Patrioten in der Zweiten Kammer ab und wie ist dieses aus heutiger Sicht zu beurteilen? Worin lagen die Gründe für ihre parlamentarischen Misserfolge und ihre Misserfolge bei der Abberufung des Ministeriums? Und: Sind extreme Positionen nachzuweisen, die im Zuge der Charakterisierung der Gesamtpartei in jedem Fall von Interesse wären?

Hartmannsgruber formuliert zur Opposition im Landtag zwei Thesen:

Es lassen sich drei Phasen in Bezug auf den Entwicklungsgang der Opposition unterscheiden. Phase eins stellen die Landtagsverhandlungen von Januar bis Juli 1870 dar, „eine Zeit ungestümer, aber schlecht abgestimmter Attacken und tiefgreifender politische Gegenentwürfe, die die Handschrift einer tatenhungrigen und zu radikalen Alternativen neigenden, weil neuen Landtagsmehrheit trugen“⁴⁸⁴. Phase zwei von 1871 bis 1875 definiert sich vor allem dadurch, dass die patriotische Fraktion nach dem Auszug der sechs Sezessionisten, die fortan mit der Fortschrittspartei zusammenarbeiteten, nur mehr aus 77 Abgeordneten bestand – sie folglich genau die Hälfte, also nicht mehr die Mehrheit der Landtagssitze besetzten. Jeder Erkrankte, Abwesende, Abweichler führte zur definitiven Minderheit, was für den politischen Gegner im Parlament ebenso galt. Die dritte und längste Phase begann mit den Neuwahlen 1875 und endete 1886. Eine Periode „schmaler oder doch brüchiger Mehrheiten und einer Opposition der kleinen Schritte, unterbrochen von einem halbjährlichen Frontalangriff gegen das Ministerium nach der Neuwahl von 1881.“ Diese Entwicklung und somit Hartmannsgrubers These sind gut nachvollziehbar.

Die zweite These ist Hartmannsgrubers Schlussfolgerung, die er aus der Analyse der patriotischen Maßnahmen und den Gründen für ihr Scheitern zieht : „Aus der

dennoch auf einen patriotischen Wahlsieg gehofft zu haben, dürfte dies doch in direktem Zusammenhang mit der Absage des einzigen Kandidaten stehen, der sein Vertrauen genoß. Denkbar ist, dass seine Hoffnung auf einen Systemwechsel nach Franckensteins Absage nur mehr gering war und er daher seinen aktuellen Ministern gegenüber nicht mit einem Akt der Verweigerung ihrer Wahlkreiseinteilung offiziell Misstrauen entgegenbringen wollte; dass er aber gleichzeitig – als Strohalm – auf einen großen Wahlsieg und Franckensteins darauf folgende Zusage hoffte. Andere Deutung bei: Botzenhart, Ludwig II., S. 123.

⁴⁸³ Auch wenn es an dem Auftreten der patriotischen Fraktion innerhalb und außerhalb der Fraktion in den eigenen Reihen Kritik gab, verteidigte Franckenstein die Fraktion beim König gegen den Vorwurf der (ungerechtfertigten) Aggressivität. Aretin: Franckenstein, S. 58.

⁴⁸⁴ Dieses wie die folgenden Zitate: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 344f.

Verfassungslage und den spezifischen politischen Gegebenheiten, nicht in erster Linie aus der inneren Heterogenität der Patriotenpartei, erklärt sich letztlich die [...] Erfolglosigkeit ihrer Opposition gegen das Ministerium.“⁴⁸⁵ Da der limitierende Faktor für den Erfolg der Patrioten letztlich der durchaus wankelmütige König war, stellt sich aber die Frage, ob gerade bis 1871, als die Stoßrichtung der Kammer der Reichsräte zum Teil in dieselbe Richtung wie die der Patrioten zielte, nicht doch die Heterogenität der ausschlaggebende Faktor war, da beispielsweise die Forderung der Zweiten Kammer dadurch mit der Forderung der Ersten nicht übereinstimmte. Ebenso wie die ungestüme Opposition und das stete Auseinanderfallen dieser Zeit später die Beurteilung der Ministerliste von Gasser 1872 und Franckensteins 1875 durch Ludwig II. negativ beeinflusste – wenn dies auch vermutlich nicht der ausschlaggebende Punkt für das Nicht-Zustandekommen des Ministeriums Gasser war.⁴⁸⁶

Welche sind aber nun die Entscheidungen der Partei, auf denen alle Forschungsthese gründen und die darüber hinaus Aussagen zu eventuell extremem Verhalten zulassen? Am 7. März 1870 entließ König Ludwig II. den Vorsitzenden des Ministerrates Clodwig Fürst von Hohenlohe-Schillingfürst nach der Annahme des Jörgschen Adreßentwurfs in der zweiten Kammer – die Kammer der Reichsräte hatte sich zuvor auf eine in ihren Forderungen noch weitergehende Adresse, die Entlassung des gesamten Ministeriums, geeinigt.⁴⁸⁷ Ludwig hatte bereits kurz nach dem erdrutschartigen Wahlsieg der Patrioten im November die Rücktrittsgesuche des Kultusministers Gresser und des Innenministers Hörmann, gegen die von den Konservativen besonders opponiert wurde, angenommen.⁴⁸⁸ Dieses nach außen geeinte Auftreten der Patrioten hatte in Verbindung mit ihrem Wahlsieg, der Adresse der Reichsräte und dem Umstand, dass Hohenlohe selbst sich angesichts des Misstrauens beider Kammern für nicht mehr haltbar hielt, zum Erfolg geführt. Ludwig war in dieser Zeit auch offensichtlich bemüht, Kandidaten zu finden, die für alle Seiten annehmbar waren. Doch dieses Bild der Patrioten wandelte sich bald: Verbuchten die Patrioten anschließend noch einen Teilerfolg, indem ihre Kammermehrheit den außerordentlichen Militärkredit um die Hälfte kürzte – was nicht im Sinne Preußens war –,⁴⁸⁹ so fielen schon in der Landtagsdebatte am 19. Juli 1870 über den Kriegseintritt Bayerns eine größere Anzahl von den ursprünglich

⁴⁸⁵ Ebd. 344.

⁴⁸⁶ Botzenhart, Ludwig II., S. 120, bezeichnet die parlamentarisch erfolgreiche Adresse gegen das Ministerium 1870 wegen seiner Wirkung auf den König daher auch als „Pyrrhussieg“. Ausführlich zur Wirkung dieser und der folgenden Adresse von 1875: Ebd. S. 110-114.

⁴⁸⁷ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 346.

⁴⁸⁸ Ebd. 345.

⁴⁸⁹ Auf eine Militärreform vermochte man sich auf Grund der Heterogenität nicht zu einigen – bis die Debatte von den Kriegseignissen 1870 überrollt wurde: Ebd. 347f.

83 Abgeordneten von der Fraktionsmehrheit ab: Die von Jörg vertretene Kommissionsvorlage, die Bayern auf bewaffnete Neutralität verpflichtet hätte, wurde mit 58:89 Stimmen vom Plenum abgelehnt, der nur um Spuren mildere Antrag Huttlers mit 72:76 Stimmen; dass der der ministeriellen Vorlage gleichbedeutende Vorschlag des Patrioten Schleich vom Ministerium unterstützt und von der Kammermehrheit angenommen wurde, setzte diesem Abstimmungsverhalten die Krone auf.⁴⁹⁰ Ebenso uneinig zeigte sich die patriotische Fraktion anlässlich der Abstimmung über die Annahme der Versailler Bündnisverträge:⁴⁹¹ Die ursprünglich ablehnende Mehrheit schmolz bis zur Landtagsabstimmung auf 50 zusammen, so dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit (mit nur zwei Stimmen über dem Minimum) zustande kam.⁴⁹² Die Frage, welche Konsequenzen der negative Ausgang des Landtagsvotums auf die bereits von König und Regierung vorgenommene positive Entscheidung gehabt hätte, gehört zu den nicht beantwortbaren und nur Mutmaßungen zulassenden Fragen der Geschichte.⁴⁹³ Grundsätzlich lassen sich aber zwei Schlußfolgerungen in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand ziehen: Die Heterogenität trat offen in Erscheinung: Eine gemäßigte Gruppe, die die kleindeutsche Lösung mit ‚Mängeln‘ der eventuell drohenden bayerischen Isolation vorzog und die geänderte Meinung des Volkes berücksichtigte, stand einer am ursprünglichen Kurs festhaltenden Gruppe gegenüber, die beispielsweise auch andere ökonomische Bedenken hegte.⁴⁹⁴ Des Weiteren bedeutet dieses Abstimmungsverhalten der Patrioten, dass 40% der unter gleichen Voraussetzungen

⁴⁹⁰ Die Landtagsdebatte: LV KdA 1870, Bd. III, 383ff.

⁴⁹¹ Auf die Landtagsdebatte vom 11. bis zum 21. Januar 1871 folgte am 21. Januar 1871 die Abstimmung; Verhandlungen, Schlußabstimmung und Erklärung der von der Parteilinie abweichenden Abgeordneten: LV KdA 1870/71, Bd. IV, 20-375; Teildruck der Erklärung der „Centrumsfraktion“: Heinrich Schultheß, Europäischer Geschichtskalender 1871, Nördlingen 1872, 64 f. Erklärung der gegen die Annahme der Versailler Bündnisverträge stimmenden Patrioten: Reden der verfassungstreuen Patrioten in der bayerischen Kammer über die Versailler Verträge. Getreu nach stenographischen Berichten nebst Vorwort und Anhang, München 1871, 261-269. ND unter dem Titel: Wider Kaiser und Reich, hg. v. Elmar Roeder, München 1977; Teildruck: Schultheß, Geschichtskalender 1871, 65-67.

Die von der Parteilinie abweichenden Abgeordneten gingen damit über das als äußerste Konzession der Patrioten geltende Programm vom Bamberger Hof hinaus, das zwar die deutsche Einigung als „höchst wünschenswert“ bezeichnete, diese aber nicht nur an Föderalismus, sondern auch an einen neuen Bund der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bund knüpfte. Druck des Programms: AP 237 vom 30.9.1870, 1833f.; Jörg, Briefwechsel, 350-353 Nr. 243a. Zum Zustandekommen des Programms und den parteiinternen Reaktionen, die die Konzessionen verurteilten: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 364-366.

⁴⁹² Abstimmungsergebnis: 102:48 Stimmen. Die Zahl 50 ergibt sich aus den 47 Patrioten, die anwesend waren und ablehnten, und drei Abwesenden: Zwei Abgeordnete, die mit der Parteilinie gestimmt hätten, lagen todkrank darnieder; ein ebenfalls gegen die Verträge eingestellter hatte sein Mandat niedergelegt. Der vierte der Abstimmung fern geblieben Patriot wollte seiner Stimmabgabe pro Einheit entgehen: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 371. Es sei hier erinnert an die Spaltung der Patrioten im Dezember 1870 (Abspaltung: „Centrumsfraktion“); siehe dazu: Ebd. 312.

⁴⁹³ Dass König Ludwig II. dem Reichsrat Franckenstein dessen Nein zu den Versailler Verträgen nicht verübelte, sondern ihn ihm offensichtlich eher empfahl, kann nicht auf das Parlament übertragen werden.

⁴⁹⁴ Zwar sah man – wie die kleinere Gruppe – die drohende Gefahr einer wirtschaftlichen Isolation durch die Aufkündigung des Zollvereins, jedoch befürchtete man einen erheblichen monetären Bedarf auf Grund des preußischen Militarismus.

Gewählten bereit waren, einen Kompromiß in Bezug auf eine deutsche Einigung einzugehen – der ihrer Einstellung vor dem Deutsch-Französischen Krieg, ja sogar ihrer Überzeugung nach dem Sieg von Sedan und der folgenden Begeisterung der Bevölkerung widersprach.

In weiteren Landtagsbeschlüssen beziehungsweise fraktionsinternen Entscheidungen, die Auswirkungen auf das Verhalten im Landtag hatten, kristallisieren sich die Uneinigkeit, Unentschlossenheit und, höchst aufschlussreich, die Verfassungskonformität der ehemaligen Verfechter einer großdeutschen Lösung – zuweilen mit dem ungeschicktem Verhalten eines *homo novus* gepaart – als Hemmschuh einer zumindest im Parlament geschlossenen und nach außen erfolgreicher aussehenden Politik heraus: Die patriotische Fraktion stellte einen Initiativantrag, demgemäß die bayerischen Bundesratsstimmen der Entscheidung der Landtagsmehrheit für den Fall zu unterwerfen seien, dass ein Reichsgesetz die bayerischen Reservatrechte tangierte. Obwohl für den Initiativantrag eine 2/3 Mehrheit erforderlich gewesen wäre, stimmten nicht alle Patrioten für den Antrag ihrer Fraktion.⁴⁹⁵ Anlässlich der Lutzschen Einstufung des päpstlichen Unfehlbarkeitsdogmas als staatsgefährlich und der Entscheidung der bayerischen Regierung für einen Schutz der Altkatholiken im Oktober 1871 konnte sich die den bislang anerkannten christlichen Konfessionen treu ergebene Fraktion der Patrioten (und die sich mit wenigen Ausnahmen bei dieser wieder einfindenden „Centrumsabgeordneten“) nicht einigen auf eine Verweigerung der Budgetberatungen, eine dadurch erzwungene Auflösung des Landtags und des mit dieser in die Wege geleiteten Wählervotums als gemeinsames Vorgehen gegen Lutz. Ausschlaggebend waren hierbei verfassungsrechtliche Bedenken; hinzu trat der Gedanke, keine Obstruktionspolitik zu betreiben, auf positive Alternativen zu setzen und sich als handlungsfähig und für den König als regierungsfähig zu erweisen; einzelne Abgeordnete bangten zudem bei Neuwahlen um ihr Mandat.⁴⁹⁶ Selbst als es nur um protesthaftes Erheben im Landtag gegen die Initiative Bayerns beim Kanzelparagraph ging, erhoben sich nicht alle Patrioten von Ihren Plätzen. Wenn man die Taktik der Liberalen und der Patrioten vergleicht, bekommt man sogar nach mehreren Jahren der politischen Erfahrung (das Zollparlament darf hier nicht vergessen werden) bei den Patrioten das Gefühl von starken Defiziten: Die durch mehrere Absenzen geschwächte liberale Fraktion drohte am 26. Juli 1874 mit geschlossenem Auszug aus dem

⁴⁹⁵ Abstimmung vom 9.2.1871. Hartmannsgruber führt dies darauf zurück, dass sich einige Patrioten von den verfassungsrechtlichen Sachargumenten der Liberalen überzeugen ließen: Ebd. 375.

⁴⁹⁶ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 350f. Die Reihe der als Misstrauensvotum gedachten Abstimmungen, die scheiterten, läßt sich fortsetzen: 1874 bildeten einige patriotische Abgeordnete bei mehreren Etatabstimmungen – gegen den gemeinsam gefassten Beschluss des Misstrauensvotums – das Zünglein an der Waage der knappen Mehrheit und kippten so bei jeder einzelnen das Vorhaben: Ebd. 352f.; LV KdA 1874, Bd. II, 153-167. Selbst als eine kollektive Mandatsniederlegung nach der Novellierung des Landtagswahlrechts (1881) erlaubt war, herrschten bei einigen Patrioten weiterhin Bedenken in Bezug auf eine erzwungene Neuwahl. Wahlgesetznovelle vom 21. März 1881: GVBl. 1881, Sp. 103ff. Vgl. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 136-142 und 357.

Landtag und damit Beschlussunfähigkeit des Parlaments, falls die Budgetabstimmungen nicht um einen Tag verschoben würden.⁴⁹⁷ Die Verweigerung der Stimmabgabe des politischen Gegners hätte den Patrioten hochwillkommen sein können. Diese jedoch gewährten einen Aufschub und verloren im Anschluss die Budgetentscheidung.⁴⁹⁸ Im entgegengesetzten Fall (drei erkrankte patriotische Abgeordnete) anlässlich der Wahl des Präsidiums hatten ein Jahr zuvor, 1873, die *Homines novi* nichts dergleichen unternommen; die Konsequenz war ein liberales Präsidium.⁴⁹⁹ Im Zuge dieser Übersicht gerät man in Zweifel, ob die junge Partei nach den anfänglichen Erfolgen jemals in einer Front agierte. Hartmannsgruber verzeichnet in seiner umfangreichen Erörterung der Oppositionsstrategie nur zweimal ein geschlossenes Auftreten in der Zweiten Kammer – allerdings waren beide Anläufe nicht von dem erhofften Erfolg beim König gekrönt.⁵⁰⁰ Allein die Annahme einer Adresse der Abgeordnetenversammlung nach den Wahlen 1875, die im Grunde das Verlangen „nach einer begrenzten Parlamentarisierung“⁵⁰¹ enthielt, verweigerte Ludwig II. Die zweite Einigkeit ist gegeben in der unnachgiebigen Haltung nach der wiedergewonnenen, starken Landtagsmehrheit 1881: Die patriotische Fraktion verweigerte von Oktober 1881 bis April 1882 den Kultusetat, da ihren Forderungen nicht nachgegeben wurde. Trotz der Bestätigung der Minister durch Ludwig II. sahen Zeitgenossen eine vorzeitige Landtagsauflösung oder einen Verfassungskonflikt in greifbare Nähe gerückt.⁵⁰² Zur Boykottierung des Budgets, dem wie man fand einzig noch verbleibenden Mittel konnte sich die Mehrheit der Fraktion nicht

⁴⁹⁷ LV KdA 1874, Bd. II, 153-167. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 352f.

⁴⁹⁸ Es handelt sich um die erste der bereits erwähnten Etatabstimmungen, die eigentlich dem Misstrauensvotum der Patrioten gegen die Regierung dienen sollten.

⁴⁹⁹ LV KdA 1873/74, Bd. I, 2-4. 1873 befanden sich von den ehemals 83 patriotischen Abgeordneten nur noch 77 in der patriotischen Fraktion, was Parität von patriotischen und liberalen Stimmen bedeutete.

⁵⁰⁰ Die Äußerung Hartmannsgrubers, dass die gesetzgeberischen Initiativen in der dritten Phase der Opposition (ab Herbst 1881) regelmäßig an der Kammer der Reichsräte scheiterte oder in dieser zumindest verwässert wurden, läßt darauf schließen, dass zu diesem Zeitpunkt eine Einheit der patriotischen Fraktion oder gemeinsame Interessen mit Abgeordneten anderer Fraktionen (beispielsweise den konservativen Protestanten) vorhanden waren. Der Tatsache, daß die Gesetzesinitiativen am Reichsrat scheiterten, widerspricht jedoch folgender Aussage Albrechts: „Zugleich entwickelte sich in der Kammer der Reichsräte, die bisher wiederholt Vorlagen der Zweiten Kammer zu Fall gebracht hatte, seit Frühjahr 1881 aber unter der Präsidentschaft Franckensteins stand, wachsende Opposition gegen Lutz, diese verband sich mit der sog. Hofpartei.“ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 359 und 393; Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, 333.

⁵⁰¹ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 354.

⁵⁰² Vor der Vertrauenszusicherung des Königs am 23.2.1882: AZ 313 vom 9.11.1881, Beil. S. 4604; AZ 21 vom 21.1.1881, 300 (offiziöser Artikel); vgl. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 358 Anm. 94. Nach des Königs Handschreiben – mit der Forderung nach Budgetverweigerung: MF 57/58 vom 26./27.2.1882; FV 47 vom 27.2.1882; AZ 60 vom 1.3.1882, 874 vgl. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 358 Anm. 94. Darstellungen: Möckl, Prinzregentenzeit, 51-72 (bes. auch der Druck der Hofpartei gegen Lutz: S. 54); Fritz Frhr. von Rummel, Das Ministerium Lutz und seine Gegner 1871-1882. Ein Kampf um Staatskirchentum, Reichstreue und Parlamentsherrschaft in Bayern (Münchner Historische Abhandlungen 9), München 1935, 119-164. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 358f. Botzenhart sieht auf Grund jedes Fehlens eines Anzeichens in den vorhandenen Dokumenten Ludwigs sowie im Franckensteinschen Archiv auf Schloss Ullstadt im Gegensatz zu zahlreichen anderen Historikern kein Anzeichen für ein Nahen des Ministeriums Franckenstein. Besonders: Botzenhart, Ludwig II., S. 97 Anm. 218. Die Franckensteinbiographie Aretin spricht denn auch nur von einem Gerücht und den Bemühungen von Prinz Ludwig: Aretin, Franckenstein, S. 153f.

entschließen, da diese ihrer Ansicht nach nicht verfassungskonform war.⁵⁰³ Die Konsequenzen eines Budgetboykotts bleiben fraglich; erfreut hätte dieser Schritt den König jedoch sicherlich nicht.

Auch wenn die bayerische Regierung dank der patriotischen Opposition von der Forschung schon als „sich von einer Krise in die andere rettend“⁵⁰⁴ bezeichnet wurde, zu Beginn Rücktrittsgesuche vom König erhört wurden, das Ministerium sich selbst immer wieder als bedroht betrachtete und es auch in politischen Entscheidungen Rücksicht auf die starke Opposition im Landtag nehmen musste,⁵⁰⁵ so sprechen die zahlreichen bereits 1870 einsetzenden Beispiele, in denen die Konservativen an sich selbst scheiterten, die Sprache eines sich bei allen Beteiligten, auch bei ihnen selbst, einschleifenden Eindrucks der patriotischen Fraktion als einer im Landtag durch Debatten spaltbaren und bisweilen taktisch unklug agierenden Mehrheit. Das Bild der patriotischen Landtagsfraktion, deren Personal immer zum Teil auch als Abgeordnete im Zollparlament beziehungsweise im Reichstag saß, war folglich geprägt von Heterogenität und Verfassungskonformität. Letztere führt uns heute allerdings auch den gemäßigten Zug der Partei klar vor Augen – zu extremen Schritten war die Mehrheit der Fraktion zu keiner Zeit bereit.

b) Die patriotische Landtagsfraktion und die deutsche Einheit

Wie gestaltete sich die konkrete politische Arbeit der Partei im Landtag gegenüber der sich anbahnenden kleindeutschen Reichsgründung und später gegenüber dem Deutschen Reich? Welche Stellung zur kleindeutschen Lösung beziehungsweise ihrer Verwirklichung, dem Deutschen Kaiserreich, ist anhand der Politik ablesbar? Für die Beantwortung dieser Fragen ist eine Zweiteilung des Untersuchungszeitraums mit dem faktischen Vollzug der Reichseinheit als Grenze sinnvoll. Ein Resümee nach der Landtagsdebatte und der Reichsratsabstimmung über die Ratifizierung der Versailler Verträge kann Auskunft darüber geben, mit welcher Einstellung die Bayerische Patriotenpartei in das Reich eintrat. Vor allem

⁵⁰³ LV KdA 1881/82, Bd. III, 495f.

⁵⁰⁴ Binder, Reich und Einzelstaaten, 176. Übrigens ist Bayern mit den Patrioten der einzige Fall, in dem eine konservative Kammermehrheit das Ministerium gefährdete.

⁵⁰⁵ Der bayerische Außenminister Crailsheim bemerkte beispielsweise 1881 gegenüber dem württembergischen Gesandten in München, Oskar Freiherr von Soden, dass die bayerische Regierung mit Rücksicht auf die (patriotische) Zweite Kammer agieren müsse und nach dem konservativen Wahlergebnis „mit noch ängstlicherer Sorgfalt und Aufmerksamkeit“ über die bayerischen Reservatrechte wachen müsse: er bat um das württembergische Verständnis für diesen Umstand. Quelle: HStA Stgt., E 46-48, B 1225, 22.7.81 Soden; zitiert nach: Binder, Reich und Einzelstaaten, S. 177.

für die Zeit nach der Reichsgründung muss bei der deutschlandbezogenen Politik der Bayerischen Patriotenpartei in der Zweiten Kammer des Landtages ihre Opposition gegen das Ministerium in zweifacher Hinsicht mitbedacht werden:

Die politische Arbeit und die Entscheidungen auch in Bezug auf die Reichspolitik wurden mitunter von „innenpolitischen“ Überlegungen beeinflusst. Ferner zeigt die Tatsache, wie sehr die große Mehrheit der Patrioten den bayerischen Monarchen und die bayerische Verfassung im Kampf um die Macht akzeptierten, wie sehr sie bereit war, sich mit Gegebenheiten abzufinden, und wie weit sie davon entfernt war, zu extremen Mitteln zu greifen. Akzeptierte die erste bayerische Volkspartei das Deutsche Reich in demselben Maße?

Die auf Deutschland bezogene Politik vor dem Eintritt ins Deutsche Reich

Für die Zeit vor der Reichsgründung sind zwei Landtagsdebatten zu nennen, die entscheidend waren für die Deutschland-Politik Bayerns: die Verhandlungen über den Kriegseintritt Bayerns gegen Frankreich an der Seite Preußens am 19. Juli 1870 und die Verhandlungen über die Annahme der Versailler Bündnisverträge vom 11. bis 21. Januar 1871.⁵⁰⁶ In beiden Fällen hatte die Zweite Kammer über etwas zu beschließen, wozu der bayerische König bereits sein Einverständnis gegeben hatte.⁵⁰⁷ Nicht zu unterschätzen war auch der Druck der Straße sowohl 1870 als auch 1871.⁵⁰⁸

Zu beschließen hatte die Kammer der Abgeordneten am 19. Juli im Grunde über die Bewilligung einer außerordentlichen Kreditforderung für das Heer. Der von Patrioten dominierte Ausschuss sprach sich für das Budget aus, setzte allerdings eine ausschlaggebende Einschränkung hinzu: Die Gelder sollten für die Aufrechterhaltung einer bewaffneten Neutralität verwendet werden. Jörg, der das Ausschussvotum in politischer Hinsicht vertrat,

⁵⁰⁶ Kriegseintritt: LV KdA 1870, Bd. III, S. 383-410. Versailler Verträge: LV KdA 1870/71, Bd. IV, S. 107-375. Siehe zu folgendem: Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 362-372 (hier auch Quellen und Literatur zu Einzelaspekten); gute Darstellung der Meinungsverschiedenheiten in der bayerischen Regierung und eine Beleuchtung der Verhandlungen um die Bündnisverträge unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Argumente: Fox, wirtschaftliche Integration, S. 255-272; zu den Verhandlungen in der Ersten Kammer: Löffler: Reichsräte, S. 426-434; Aretin: Franckenstein, S. 27-29; zu Ludwig II. in Bezug auf Reichsverfassung, Eintritt ins Reich und. Kaiserbrief: Botzenhart: Ludwig II, S. 46-50 und 185-196; Überblicksdarstellung: Wilhelm Volkert: Die politische Entwicklung von 1848 bis 1871, in: Alois Schmid (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. VI/1, 2. überarb. Aufl., München 2003, S. 237-317, S. 308-317 (Bayern und die Reichsgründung 1870/71); speziell zu den Verhandlungen über die Versailler Verträge: Kraus: Versailler Verträge; Wright: Patriotic Party, S. 186-193.

⁵⁰⁷ König Ludwig II. genehmigte den Versailler Vertrag am 7. Dezember 1870; die von ihm angetragene Kaiserkrönung des preußischen Königs war am 18. Januar in Versailles vollzogen worden. Eine entgeltliche Ratifikation erfuhren die Verträge dann am 31. Januar 1871 durch König Ludwig II. rückwirkend zum 1. Januar 1871.

⁵⁰⁸ Bereits 1870 sah sich der Kammerpräsident gezwungen die Sitzung kurz zu unterbrechen, da er die von der Straße und dem Hofraum hörbaren Pressionen als illegitime Einflußnahme auf die Abgeordneten beurteilte: LV KdA 1870, Bd. III, S. 408.

fürhte aus, dass man „den casus foederis in Bezug auf den Allianz-Vertrag vom 22. August 1866 nicht anerkannt“⁵⁰⁹ hätte. Er erläuterte diesen Beschluss: Gemäß dem Schutz- und Trutzbündnis liege der Oberbefehl über die bayerischen Truppen im Kriegsfall beim preußischen König. Wenn im Falle dieses preußisch-französischen Krieges, der im Grunde nur auf einem wirklichen oder eingebildeten Verstoß der Hofetikette bestehe, der Bündnisfall gegeben wäre, müsste Bayern Preußen in jeden Waffengang folgen. „Dann enthielte aber dieser Vertrag einen so tiefen Eingriff in die Souveränität des Königs von Bayern und in das Steuerbewilligungs- und Budgetrecht des Landtages, dass der Vertrag ohne die ausdrückliche vorherige Genehmigung der Kammern notwendig ungiltig sein müsste.“⁵¹⁰ Sein Fraktionskollege Westermayer motiviert die Neutralität vor allem aus der Überzeugung, dass sowohl Frankreich als auch Preußen den Krieg leicht hätten verhindern können und folglich der Bündnisfall nicht eintrete.⁵¹¹ Einig waren sich die patriotischen Redner, die später für die Neutralität stimmten, dass die Rheinpfalz im Kriegsfall nicht geschützt werden könne und dies dem Volk nicht zugemutet werden könne. Auch der Ausschluss Österreichs aus Deutschland wurde in der Debatte mehrfach erwähnt. Die Aussagen machen deutlich, wie wenig die Mehrheit der Patrioten einen weiteren Schritt in Richtung kleindeutscher Lösung wünschten.

Doch die patriotische Front im Landtag wurde, wie so oft, aufgebrochen. Hartmannsgruber argumentiert überzeugend, dass es die Taktik der Liberalen war, die die Fraktion spaltete:⁵¹² Deren Hauptredner Fischer und Völk brachten den Aspekt ein, dass man – nachdem der König seine Entscheidung bereits getroffen habe – dem bayerischen Monarchen seine Rechte abspreche. Es folgten ein Antrag des bayerisch-patriotischen Abgeordneten Huttler und der der ministeriellen Vorlage gleichbedeutende Vorschlag seines Kollegen Schleich, zugunsten dessen das Ministerium seinen eigenen Antrag zurückzog. Schleich begründete seinen Schritt damit, dass er unter den gegebenen Umständen die Neutralität für unmöglich, gar einen Anachronismus halte.⁵¹³ Schleichs Antrag wurde von der Kammermehrheit bei namentlicher Abstimmung mit 101 zu 47 Stimmen angenommen. Man muss sich Hartmannsgrubers Urteil

⁵⁰⁹ Ebd. S. 383-386, hier: S. 383.

⁵¹⁰ Ebd. 385. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 363, verkürzt die Aussage um den rechtlichen Kniff; vor allem das Fehlen der Aussage, daß man dann im jedem Fall Heeresfolge leisten müsse, verändert das Argument hin zu einer Ablehnung des Schutz- und Trutzbündnisses.

⁵¹¹ LV KdA 1870, Bd. III, 396 f.

⁵¹² Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 363.

⁵¹³ LV KdA 1870, Bd. III, 403. Schleichs Antrag kam erst nach der bayerisch-vaterländischen Argumentation der Liberalen; er hatte sich jedoch im Ausschuss bereits gegen die Ausschussfassung gestellt. Schleich und der ebenfalls zustimmende Sepp können um 1873 ihrem Abstimmungsverhalten nach als liberal bezeichnet werden.

anschließen, dass sich von dem „größeren, prinzipienfest an seinen Maximen festhaltenden Flügel“ ein „kleinere[r], pragmatische[r] bis gemäßigt-nationale[r] Flügel abspaltete“⁵¹⁴.

Ein Vergleich zeigt, dass der schwierige Weg der Kammer zur Zustimmung nicht ungewöhnlich war: Die Regierungen von Hessen-Darmstadt, Württemberg und Bayern waren nicht sofort vom Bündnisfall überzeugt.⁵¹⁵ Umso erstaunlicher ist die einstimmige Entscheidung des bayerischen Reichsrates. Thüngen erklärte als Referent, dass der *Casus foederis* zweifelsohne gegeben sei – im Zollparlament hatte er jede wichtige Tarifvorlage abgelehnt, allerdings auch die versöhnende Rede anlässlich der ersten Adressdebatte gehalten. Löffler sieht mit dieser Entscheidung die „realpolitische“ Wende der Kammer der Reichsräte⁵¹⁶ gekommen.

Der Spaltung der patriotischen Fraktion bei dem Votum über den Kriegseintritt folgte die Spaltung der Partei Ende Dezember 1870 anlässlich der Ratifikation der Versailler Bündnisverträge. Diese deutete sich bereits im September bei der Einigung auf das Programm Bamberger Hof an.⁵¹⁷ Das Programm sollte anlässlich der sich überschlagenden Ereignisse und der Anfrage des bayerischen Ministerpräsidenten Bray die Position der Bayerischen Patriotenpartei festlegen: Die deutsche Einigung bezeichnete es zwar als „höchst wünschenswert“, knüpfte diese aber nicht nur an Föderalismus, sondern auch an einen neuen Bund der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bund.⁵¹⁸ Dem Programm schlossen sich 46 Abgeordnete an.⁵¹⁹ Daraus, dass sich Jörg als „Hemmschuh“ der Versammlung bezeichnete,⁵²⁰ läßt sich schließen, dass der Versammlung im Bamberger Hof auch Abgeordnete beiwohnten, die zu weitergehenden Zugeständnissen bereit gewesen wären. Dennoch unterschrieben bis auf einen alle Anwesenden das Programm als äußerste Konzession der Partei. Andererseits war die Zahl der Kritiker in den eigenen Reihen hoch; sie lehnten auch unter stark föderalistischen Vorzeichen eine kleindeutsche Einigung strikt ab.

Das Abstimmungsergebnis über die Versailler Bündnisverträge am 21. Januar 1871 zeichnet dann ein anderes Bild der unter dem Namen der Bayerischen Patriotenpartei gewählten: 32 Abgeordnete votierten für die Verträge, 47 dagegen. Ende Dezember 1870 hatte sich bereits eine Gruppe von Abgeordneten um den Augsburger Verleger Huttler und den

⁵¹⁴ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 364.

⁵¹⁵ Fox, wirtschaftliche Integration, 257. Die Beschaffung der Finanzmittel gestaltete sich übrigens schwierig, so daß die bayerische Regierung ein preußisches Bardarlehen aufnehmen mußte: Ebd. 259.

⁵¹⁶ Löffler, Reichsräte, 428.

⁵¹⁷ Druck des Programms: AP 237 vom 30.9.1870, 1833f.; Jörg, Briefwechsel, 350-353 Nr. 243a.

⁵¹⁸ Die Kompetenzverteilung zwischen dem Bund und den beitretenden Staaten wurde nur grob festgelegt. Eindeutige Forderungen waren jedoch: Die Oberhoheit über die bayerischen Truppen sollte weiterhin dem bayerischen König zustehen; das Bundesministerium sollte dem gemeinsamen Parlament verantwortlich sein: Ebd.; siehe auch: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 365.

⁵¹⁹ Ebd. Anm. 18.

⁵²⁰ Jörg, Briefwechsel, S. 356 Nr. 247: Brief Jörg an Anton Ruland vom 6. November 1871.

Kammerpräsidenten Weis, zu der auch das ständige Enfant terrible der Fraktion, der Professor Johann Nepomuk Sepp, gehörte, unter dem Namen „Centrum“ von der Partei abgespalten. Trotzdem war bis zur namentlichen Abstimmung nicht sicher, ob das Deutsche Reich die Zustimmung der bayerischen Abgeordnetenversammlung erhalten würde. Das Ergebnis lautete letztlich auf 102:48, so dass die für Verfassungsänderungen erforderliche Zweidrittelmehrheit (mit nur zwei Stimmen über dem Minimum) zustande kam.⁵²¹ Auf beiden Seiten, den Patrioten und dem Centrum, kam es zu Mandatsniederlegungen. Interessant ist, dass nur vier beziehungsweise fünf der Befürworter in späteren Jahren die Bayerische Patriotenpartei beziehungsweise das Bayerische Zentrum im Reichstag vertraten⁵²² - obwohl die beiden patriotischen Fraktionen im Landtag weiterhin kooperierten. Die Resignation, die vor allem die an der Parteilinie festhaltenden Opponenten erfasste, lassen Jörgs pathetische Worte vor der Abstimmung erahnen:⁵²³

„Je nachdem die Würfel fallen, habe ich die traurige Aufgabe, eine fünfzigjährige Periode des bayerischen Staatslebens in diesem Hause abzuschließen; ich habe die traurige Aufgabe, der letzte Redner in diesem Hause zu sein, welcher vollberechtigt nach Maßgabe unserer bayerischen Verfassung sein Wort erhebt, denn, meine Herren, wir begraben dann einen großen Todten, zu dem wir selber gehören, und meine armen Worte, die ich jetzt spreche, werden sich in eine Leichenrede verwandelt haben. Die bayerische Landesvertretung, vollberechtigt nach Maßgabe der Verfassung, wird hinabsteigen in die Gruft, und eine bayerische Provincialvertretung wird an ihre Stelle treten.“

Was hatte die von der Parteilinie abweichenden Abgeordneten bewegt zuzustimmen?

Im Grunde waren sich alle Patrioten einig, dass die Versailler Bündnisverträge keineswegs ihren Vorstellungen entsprachen: Die Gründe für die Ablehnung eines preußisch dominierten Reiches bestanden weiterhin – und die vorgesehene Verfassung des Deutschen Reiches wies all diese Motive auf: Huttler machte dies mit der Erklärung der vom Bamberger Programm

⁵²¹ In die Abwehrfront der 47 Patrioten hatte sich der nach altem pfälzischen Schlag noch großdeutsch gesinnte Demokrat Kolb eingereiht.

⁵²² Dies ergibt ein Vergleich der Befürworter, die Hartmannsgruber durch seine Aufzählung leicht zugänglich macht, mit der Abgeordnetenlisten; demnach waren Ferdinand von Miller, Karl Joseph Senestrey und Rudolf Weiß ab 1874 zum Teil mehrere Legislaturperioden im Reichstag, Freiherr Rudolf von Freyberg von 1883 bis 1887 (Er gehörte zunächst zu denen, die ihr Mandat niederlegten) und Georg Ponschab von 1887 bis zu seinem Tod 1890. Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 372 Anm. 58 (Liste der Zustimmenden), S. 416-419 (Liste der Reichstagsabgeordneten); Haunfelder: Reichstagsabgeordnete.

⁵²³ LV KdA 1870/71, IV, 356. Jörg befand sich selbst unter den Abgeordneten, die zumindest zeitweilig eine Mandatsniederlegung nach dem Beschluß ins Auge faßten.

In der Literatur wird immer wieder betont, daß Jörg der herausragendste Redner der Fraktion war, zum Beispiel: Kraus, Versailler Verträge, 19.

Abweichenden noch einmal sehr deutlich, indem er zunächst alle Punkte, die man erstrebte, aufführte, um sie dann den ihnen widersprechenden Bestimmungen der Verträge gegenüberzustellen.⁵²⁴ Die große Zahl der Abweichler votierte folglich nicht aus tiefster Überzeugung für die vorgelegte kleindeutsche Lösung, sondern formulierte die Hoffnung,⁵²⁵ dass man im Reich zusammen mit anderen föderalistischen Kräften die empfundenen Mankos ausmerzen könnte. Das Hauptargument für die Einwilligung waren denn auch die äußeren Umstände: „Wir möchten die Verantwortung für die weit größeren Übelstände, die aus der Verwerfung der Verträge für Bayern hervorgehen, nicht theilen.“⁵²⁶

Es ist immer wieder behauptet worden, dass die Haltung der Kurie und der bayerischen Bischöfe Einfluss oder auch maßgeblichen Einfluss auf die Abstimmung der Patrioten hatte.⁵²⁷ Hartmannsgruber geht zwar auf die „Ereignisse und Einflüsse“⁵²⁸ ein, die auf die Patrioten vor ihrer Entscheidung einprasselten, hält den Einfluss der Kirche aber offenbar insgesamt für so gering, dass er in seinen Ausführungen kaum Raum einnimmt und ihn auch nicht bewertet. Ähnlich wie Botzenhart für König Ludwig II. zutreffend feststellt, gab es genügend zwingende realpolitische Gründe, der Entstehung des Deutschen Kaiserreiches zuzustimmen.⁵²⁹ Für die Patrioten, die in einer langen Reihe von Zustimmenden und Abstimmenden in den beteiligten Staaten die letzten waren, kam als monarchisch Gesinnte erschwerend Einverständnis und Kaiserbrief ihres Monarchen hinzu. Differenziert betrachten sollte man die Haltung der Kirche jedoch trotzdem: Papst und Kurie hegten (noch jahrelang) die irrige Hoffnung, ein Deutsches Kaiserreich würde bei der Restitution des Kirchenstaates behilflich sein; zudem verfolgte man allgemein das Ziel eines guten Einvernehmens mit dem neuen Deutschen Kaiserreich. Bischof Senestreys Gründe für eine zustimmende Haltung lagen anders: Er war besorgt um die Zukunft der Bayerischen Patriotenpartei und auch der Kirche und der Katholiken nach einer Ablehnung der Verträge durch die Patrioten.⁵³⁰ Dies hat

⁵²⁴ Besonders betonte die im Plenum verlesene Erklärung einen ausgeprägten Föderalismus, die weitgehende Wahrung der Rechte der Krone und die Sicherung konstitutioneller Garantien für die deutsche Volksvertretung; hervorgehoben wurde auch, daß die Hoffnung auf eine Schwächung des preußischen Militarismus sehnlichst erwünscht, aber keineswegs erreicht war: LV KdA 1870/71, IV, 373 f. Übrigens bemängelte man nicht nur die Einschränkung der bayerischen Militärhoheit selbst, sondern auch, daß man mit den Versailler Bündnisverträgen das bayerische Militärbudget um weitere 4 Millionen Gulden anheben mußte.

⁵²⁵ Zum Beispiel Hafenmair: „Die Verträge [...] tragen in vielen anderen Bestimmungen den Keim des Besserwerdens in sich.“ Ebd. 250; vgl. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 368f.

⁵²⁶ LV KdA 1870/71, IV, 374. Huttler spielt auf negative wirtschaftliche und kulturelle Auswirkungen an, die eine zunächst nur politische Isolation haben würde. Insgesamt spielte die Kündbarkeit des Zollvereins eine untergeordnete Rolle in der elftägigen Debatte: Fox, wirtschaftliche Integration, S. 365.

⁵²⁷ Beispielsweise: Löffler: Reichsräte, S. 432.

⁵²⁸ Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 371.

⁵²⁹ Vgl. Botzenhart: Ludwig II, S. 185-196.

⁵³⁰ Er saß jedoch nicht im bayerischen Reichsrat. Anton Doeberl: Aus Senestrey's Familienbriefen, in: HPB 167, 1920, S. 471-483, S. 550-559. Vgl. Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 371.

mit einer Einflussnahme des Papstes nichts zu tun, sondern ist eine realpolitische Überlegung auf bayerischer oder deutscher Ebene.

Für die meisten der 32 Zustimmenden dürften die Einwirkungen des Heiligen Stuhls und der Bischöfe keine Rolle gespielt haben: Weder bei der Frage um den Kriegseintritt Bayerns, noch bei den innerparteilichen Diskussionen um den Beitritt zum Deutschen Reich hatten diese eine Rolle gespielt. Der Einfluss der Bischöfe darf auch deshalb insgesamt niedrig angesiedelt werden, weil die zwingenden Gründe für die Zustimmung zahlreich waren. Wie schwer die in die Zukunft von Partei und deutschen Katholiken blickenden realpolitischen Überlegungen selbst, also nicht der Druck des Bischofs Senestrey, für die 32 Zustimmenden jeweils wogen, muss offen bleiben. Unter den 32 befanden sich übrigens auch fünf Priester für die, im Gegensatz zu den anderen, die Hierarchie in der Kirche eine Rolle gespielt haben könnte. Für Westermayer formuliert Hartmannsgruber vielsagend: „Der Vertragsgegner Stadtpfarrer Westermayer hatte am 16. Januar das Mandat niedergelegt, weil er nur so einem Konflikt seines Gewissens mit dem schuldigen Gehorsam gegenüber seinem Bischof entgehen zu können glaubte.“⁵³¹ Allerdings befanden sich auch unter den 47 Ablehnenden Geistliche, für die die Hierarchie der Kirche somit keine Bedeutung bei ihrer Entscheidung als Parlamentarier hatte. Für die 47 bayerisch-patriotischen Abgeordneten, die den Vertrag ablehnten, ist eindeutig festzustellen, dass weder die Überlegungen der Kurie oder die Bischof Senestreys – noch die Stimmen des Papstes und der bayerischen Bischöfe bei ihrer Entscheidung ein Gewicht hatten in Anbetracht der bayerischen und der deutschen Frage. Insgesamt sind diese Ergebnisse für weitere angeblich von der Kirche beeinflusste Entscheidungen der Patrioten im Auge zu behalten.

Die Synopse mit anderen bayerischen Entscheidungsträgern ist interessant: König Ludwig II. wollte seine Souveränitätsrechte behalten und über ein „Anerbieten [der Kaiserwürde] von [seiner] Seite“, schrieb der König an seinen Onkel Luitpold, den späteren Prinzregenten, „das fehlte noch. Dieu m'en preserve!“⁵³² Mit „politischem Scharfblick“, wie Botzenhart belegen konnte, erkannte er jedoch, wie sich die Gegebenheiten veränderten, und entschloss sich letztlich zur Ratifikation und zum Kaiserbrief.⁵³³ Die Vorstellungen der bayerischen Minister

⁵³¹ Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 371.

⁵³² BayHStA, Geheimes Hausarchiv, NL Luitpold, 94, zitiert nach: Botzenhart: Ludwig II., S. 188.

⁵³³ Diesem „Scharfblick“ stand bei Ludwig allerdings ein Mangel an der Fähigkeit gegenüber, „die Zügel der Politik entschlossen zu ergreifen, straff zu führen und seine Vorstellungen auf eine ihn befriedigende Weise in die Realität umzusetzen.“ Botzenhart: Ludwig II., S. 196. In Bezug auf die Verhandlungen mit Bismarck über einen zu schließenden Bund oder einen Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund hatte Ludwig es versäumt, seinen Ministern klar umrissene Instruktionen zu geben. Seine Aufforderungen an seine Delegation in Versailles, ihn „über den Gang der Verhandlungen und noch bestehende Differenzpunkte zu unterrichten“ ignorierte diese

deckten sich mit dem Programm des Bamberger Hofes, das unter anderem auch für ihre Orientierung entstanden war, in den wichtigsten Punkten: Ein stark föderalistischer Bund aller deutschen Staaten, der einen neuen Bund darstelle – also kein Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund. Die weiteren Hauptforderungen der bayerischen Minister betrafen die Wehrverfassung und die auswärtige Gewalt. Von diesen Positionen mussten sie jedoch bei den „mit Härte geführten Verhandlungen“⁵³⁴ Abstand nehmen. Parallelen zu den Patrioten und in der realpolitischen Wende zu den zustimmenden Patrioten tun sich also sowohl beim König als auch bei den Ministern auf.

Der bayerische Reichsrat hatte bereits am 30. Dezember 1870 ein positives Urteil gefällt. Nur drei hartnäckige Opponenten befanden sich in ihm: Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein, der spätere langjährige Fraktionsvorsitzende der Zentrumsfraktion im Reichstag, der ebenfalls die Patrioten im Reichstag vertretende Clemens Graf von Schönborn-Wiesentheid und Franckensteins Schwiegervater Karl Friedrich Fürst von Oettingen-Wallerstein.⁵³⁵ Dabei kommen sowohl Löffler als auch Aretin zu dem Ergebnis, dass die Opposition „weniger eine partikularistische, denn eine föderalistische“⁵³⁶ war. Dies machen die viel zitierten Worte Franckensteins in der Kammer der Reichsräte am Tag der Abstimmung deutlich:

*„Ich dachte nicht die deutsche Einheit, mit der einzigen Basis eines unermesslich großen Heeres, sondern ich dachte mir sie allerdings stark nach Außen, aber frei nach Innen. Das ist meine innigste Überzeugung, ein Staat, eine Föderation, der es an der Freiheit, an der Möglichkeit freiheitlicher Entwicklung fehlt, hat keine Zukunft.“*⁵³⁷

Die auf den ersten Blick erstaunliche Bejahung der Versailler Bündnisverträge gerade durch Bischof Dinkel von Augsburg, aber auch durch Erzbischof Scherr von München-Freising führt Löffler auf den Einfluss der Kurie zurück.⁵³⁸ Für Bischof Dinkel ist dies eher unwahrscheinlich, da – wie nun durch Aretins Franckensteinbiographie bekannt ist – Dinkel

dann. Botzenhart: Ludwig II., S. 192. Botzenhart beleuchtet auch Ludwigs politische Aktivitäten und gibt Einblicke in seine privaten Briefe direkt nach dem Kaiserbrief, die zeigen, dass Ludwig diesen am liebsten rückgängig gemacht hätte.

⁵³⁴ Ebd. 313.

⁵³⁵ Löffler: Reichsräte, 432. Franckensteins guter Freund Karl Aretin lag mit Lungenentzündung im Bett; er hatte ebenfalls vor, gegen die Verträge zu stimmen: Aretin: Franckenstein, S. 28f.

⁵³⁶ Löffler: Reichsräte, S. 432 (Zitat); Aretin: Franckenstein, S. 29.

⁵³⁷ KdRR 1870/71, Bd. II, S. 63. Aretin bemerkt zu Recht: „Franckenstein bewies damals erstaunlichen Weitblick, als er auf die Gefahren hinwies, die ein hochgerüstetes Deutschland mitten im Herzen Europas heraufbeschwor.“ Aretin, Franckenstein, S. 29.

⁵³⁸ Erzbischof Deinlein von Bamberg hatte am 18. Dezember 1870 einen Urlaubsantrag wegen Gicht gestellt und war rückwirkend zum 10. Dezember 1870 für zwei Monate beurlaubt worden. Löffler: Reichsräte, S. 432f.

vor der entscheidenden Ausschusssitzung am 27. Dezember 1870 Franckenstein noch versicherte, er werde die Verträge ablehnen, und nach der Sitzung sein positives Votum dadurch begründete, dass er sich (vermutlich von dem Referat Prinz Ludwigs) überzeugen ließ, dass „das Risiko einer Ablehnung für Bayern zu groß sei“.⁵³⁹ Ob für ihn die Haltung der Kurie mitschwang muss ebenso offen bleiben wie für Scherr. Ebenso erstaunlich wie die der Bischöfe waren jedoch auch andere Ja-Stimmen: Die von Prinz Ludwig, der sich 1871 denn auch von den Patrioten in München zur Wahl aufstellen ließ;⁵⁴⁰ die des ehemaligen Ministers Eduard von Bomhard, der Mitbegründer des patriotischen Vereins in München war; oder die anderer bayerisch-patriotisch Gesinnter wie Max Josepf von Preysing oder Max Joseph von Sandizell. Sie alle einte mit den zustimmenden Patrioten in der Zweiten Kammer, dass sie in einer Ablehnung keinen Weg zurück oder doch keinen Weg in eine für Bayern gute Zukunft erblicken konnten.

Was ist für die deutschlandbezogene Politik der Bayerischen Patriotenpartei vor Eintritt in das Reich festzuhalten?

Am Anfang stand die Zurückweisung jeder Form eines kleindeutschen Reiches, die die Partei im Zollparlament Vertretenden auch bis in den Sommer 1870 beibehielten. Bei der sich bald darauf ergebenden Frage um die Geltung der Schutz- und Trutzbündnisse stimmten alle bayerisch-patriotisch gesinnten Reichsräte mit Ja; dem Beitritt zum Deutschen Reich widersetzten sich nur vier der anwesenden Reichsräte. Um auf die weitere Entwicklung der Reichsräte, die Löffler erarbeitete, vorauszublicken: „Aber gerade die kritischen Reichsräte stellten sich [...] sehr schnell auf den Boden der Tatsachen, übten pragmatisch-realistische Politik, wenn auch immer als Hüter des föderalistischen Prinzips.“⁵⁴¹ 23 der patriotischen Abgeordneten machten anlässlich des Kriegsausbruches einen kleinen Schritt auf den Norddeutschen Bund zu, indem sie den Kriegseintritt Bayerns mittrugen. Das dann bereits von 46 Patrioten unterzeichnete Programm Bamberger Hof stimmte zum ersten Mal einer kleindeutschen Lösung unter stark föderalistischen Maximen zu. Der Rest der Fraktion beharrte auf dem Status quo Bayerns, einem Staatenbund unter Einbeziehung Österreichs oder einer anderen großdeutschen Lösung. Die momentane und zukünftige Situation ihrer Heimat, nicht die Versailler Verträge selbst, bewegte außer den 23 Abgeordneten, die gegen eine

⁵³⁹ Aretin: Franckenstein, S. 28f (Zitat). Als Quelle gibt Aretin Franckensteins Brief an seine Frau Marie vom Abend des 27. Dezember an (fälschlicherweise heißt es bei Aretin: 1868 anstelle von 1870).

⁵⁴⁰ Hartmannsgruber: Patriotenpartei, S. 175. Zu seiner Bejahung des Vertragswerkes liest man in der Forschung auch die – allerdings nicht beweisbare – Vermutung, dass er neben realpolitischen Erwägungen auch im Auge hatte, dass König Ludwig ihn als Familienmitglied mit privaten Sanktionen strafen konnte.

⁵⁴¹ Löffler, Reichsräte, S. 434 (Zitat), S. 435-452 („Bayern in Reich“).

bewaffnete Neutralität votiert hatten, neun weitere zur Ratifizierung des Bündnisses mit dem Norddeutschen Bund. Festzuhalten ist, dass sie für diesen Teil der unter dem Namen Patriotenpartei Gewählten mit dieser Entscheidung die realpolitische Wende vollzogen. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass sie gedachten, das Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten, sowie Militarismus, die fehlende Verantwortlichkeit der Reichsregierung gegenüber dem Reichstag und vieles mehr in ihrem Sinne zu verändern und riefen die bayerische Regierung eindringlich vor der Abstimmung auf, sich im Bundesrat für den Föderalismus einzusetzen. Die Majorität der Fraktion teilte diese Hoffnungen nicht.⁵⁴² Sie betrachtete die Tendenz des künftigen Deutschen Reiches zum Einheitsstaat als gegeben und sah in den bayerischen Reservat- und Sonderrechten eine bloße Fassade. Ihr Standpunkt war zur Zeit der Entscheidung der des Bamberger Programmes oder der der Jahre 1868 und 1869.

Die patriotische Landtagsfraktion und das Deutsche Reich

Vollzog der Rest der Patrioten in der Kammer der Abgeordneten ebenfalls eine realpolitische Wende? Welche Prägung weist die politische Arbeit der Bayerischen Patriotenpartei im bayerischen Parlament nach der Reichsgründung auf? Dies sind die Fragen, die folgende Untersuchung der Landtagspolitik durchziehen.

Ein Anliegen der patriotischen Landtagsfraktion war besonders in den Jahren 1871 und 1872 die Instruktion der Bundesratsstimmen.⁵⁴³ Die Idee kam nicht von ungefähr, da Minister Lutz in den Verhandlungen um den Beitritt zum Reich die Verantwortlichkeit der Bundesratsbevollmächtigten gegenüber dem Gesamtlandtag insbesondere für jede Verfassungsänderung zugesichert hatte – dieses Versprechen, vor allem zum Entsetzen der 32 zustimmenden Patrioten, jedoch gerade beim Militärreservat einfach übergang. Der Wunsch, Einfluss auf die bayerischen Bundesratsstimmen zu erringen, läßt mit seiner Stoßrichtung gegen das liberale bayerische Ministerium den Schluss zu, dass die Patrioten die

⁵⁴² Jörg konstatierte das sehr direkt: „Er [= Minister Lutz] hat uns gesagt, wir sollen eintreten, in der *Hoffnung auf bessere Zeiten*, und ich sage: Wir wollen draußen bleiben in der *Hoffnung auf bessere Zeiten*.“ LV KdA 1870/71, IV, 359.

⁵⁴³ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 373-375, liefert eine Beschreibung der Aktivitäten unter dem Aspekt der Einflußlosigkeit des Landtages über den inneren Ausbau des Reiches. Die wieder geeinte patriotische Fraktion brachte am 13.12.1871 einen Initiativantrag ein, der dem Landtag die Entscheidungsbefugnis über das Abstimmungsverhalten der Bundesratsbevollmächtigten bei Änderungen der Verfassung des Deutschen Reiches oder der bayerischen Reservat- und Sonderrechte sichern sollte. Da sich einige Patrioten von den Argumenten der Liberalen überzeugen ließen, wurde die erforderliche Zweidrittelmehrheit mit 73 Befürwortern gegen 75 verneinende Abgeordnete weit verfehlt.

Reservatrechte und den Status quo der Reichsverfassung durch das Ministerium nicht genügend geschützt sahen und damit den Volkswillen (und ihre eigene Überzeugung) verraten sahen.⁵⁴⁴ Deziert bayerische oder separatistische Bestrebungen Bayerns hätten bei dessen Stimmenanteil von sechs im Bundesrat keinerlei Entscheidung behindert – dies war auch den Patrioten bewusst.⁵⁴⁵ Andererseits konnte das Votum des großen süddeutschen Einzelstaates meinungsbildend wirken. Die Bewahrung des föderalistischen Status quo des Deutschen Reiches beziehungsweise die Bildung eines Gegengewichts gegen die Macht Bismarcks, der hinter dem Bundesrat versteckten Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes kann als einziges Ziel dieses patriotischen Wunsches gefolgert werden (abgesehen von dem innerbayerischen Wunsch, gegen das Ministerium zu opponieren).

An den außenpolitischen Entscheidungen des Deutschen Reiches wurden die Einzelstaaten faktisch nicht beteiligt. Dies entsprach weder den Vorstellungen von Föderalismus, die die Befürworter der Versailler Bündnisverträge hegten, noch denen der hartnäckigen Opponenten der Verträge. Von 1872 bis 1879 versuchte die Bayerische Patriotenpartei die bayerische Regierung mit Hilfe von Anträgen in der Zweiten Kammer zu zwingen, die außerdeutschen Gesandtschaften Bayerns aufzugeben.⁵⁴⁶ Nach patriotischen Aussagen gab es dafür zwei Gründe: Die Gesandtschaften waren ohne außenpolitische Bedeutung⁵⁴⁷ und belasteten trotzdem gleichzeitig den bayerischen Staatshaushalt.⁵⁴⁸ Obwohl auch der Fortschrittler Herz immer wieder Anläufe zur Abschaffung der diplomatischen Vertretungen machte, konnte kein Erfolg erzielt werden. Das lag nicht zuletzt daran, dass nicht alle Patrioten im Landtag bei den

⁵⁴⁴ Ähnlich, jedoch mit teils unzutreffender Bewertung: Braun, Reichsverhältnis, S. 47.

⁵⁴⁵ Föderalistische Vorhaben Bayerns fanden übrigens bei Preußen meist mehr Gehör als bei den anderen Süddeutschen: Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, 327. Ähnlich Binder zur Wahrung der Reservatrechte: Binder, Reich und Einzelstaaten. 156.

⁵⁴⁶ Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 58-68; Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 376f. Zum ersten Antrag Freytags vom 15. April 1872 siehe auch: Helmut Kistler, Der bayerische Landtag 1871/1872, phil. Diss. [masch.] München 1957, S. 274-277. Zu den Möglichkeiten der auswärtigen Politik: Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte, 322-324.

⁵⁴⁷ Daß über Bismarcks Kopf hinweg durch bayerische Gesandte keine Außenpolitik zu betreiben war, ist unbezweifelbar. Je nach Geschick der bayerischen Diplomaten konnten aber Beziehungen gepflegt werden und Bayern konnte informierter sein als es das ohne Gesandtschaften gewesen wäre. Braun sieht in der vatikanischen und der Wiener diplomatischen Vertretung eine Ausnahme. Außer daß Brauns Eintreten für die Pflege der Beziehungen mit Wien eindeutig auch geprägt ist von der Entstehungszeit seiner Dissertation, nennt er als handfesten Grund: Bayern war es durch sein Reservatrecht im Post- und Telegrafwesen erlaubt, selbständige Verträge mit Österreich auf diesen Gebieten zu schließen, solange sie sich auf die Grenzregionen beschränkten. Der bayerischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl weist Braun mit Recht kirchenpolitische Bedeutung zu. Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 58f. Brauns Feststellung ergänzen kann der Umstand, daß der Nuntius des Vatikans in München der einzige im Deutschen Reich war. Seine Anwesenheit war für die patriotischen und die Zentrumsverbindungen zum Heiligen Stuhl von Bedeutung.

⁵⁴⁸ Auch wenn Spindler darauf hinweist, daß laut Novembervträgen die bayerischen Gesandtschaften überwiegend vom Reich bezahlt werden mußten, reichte auch der Restposten sicherlich als finanzieller Grund: Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte, 286. Für die Plausibilität der Gründe spricht auch die Unterstützung einiger Fortschrittler.

Abstimmungen Jörg und Freytag in der Frage des Gesandtschaftswesens folgten, sondern mit der Majorität der Liberalen für die Beibehaltung stimmten. Dem bayerischen Liberalismus ging es bei diesem „vaterländischen“ Unternehmen um den Kampf gegen den politischen Gegner und um Wählerstimmen.⁵⁴⁹

Zu erwähnen sind die patriotischen Versuche zur Abschaffung der auswärtigen Gesandtschaften, weil die Patrioten eine Verknüpfung mit dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten sahen, für dessen Aktivierung sie sich vehement einsetzten.⁵⁵⁰ Interessant wird die Frage der außerdeutschen Gesandtschaften für den Gegenstand selbst jedoch vor allem von ihrem Ende her: 1879 forderte Jörg in der Abgeordnetenversammlung von der bayerischen Regierung, endlich sämtliche Diplomaten außerhalb des Deutschen Reiches abziehen und dafür alle Energien in die föderalistische Ausgestaltung des Reiches und in die Verteidigung des „Zivilstaates“ gegen den Militärstaat zu investieren.⁵⁵¹ Diese Forderungen von 1879 zeigen die radikale Abkehr von den am Anfang stehenden großdeutschen oder eigenstaatlichen Einstellungen der Partei und das an ihre Stelle tretende Streben nach positiver Mitarbeit am Reich, die eindeutig föderalistisch geprägt war.

Kann diese Schlussfolgerung auch für ein weiteres Instrument der Außenpolitik, den eben erwähnten Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten, gezogen werden?

Die Bestimmungen der Reichsverfassung Art. 8 Abs. 3 über diesen Bundesratsausschuss zählen zu den besonderen Mitgliedschaftsrechten Bayerns, indem der zweitgrößte Einzelstaat laut Reichsverfassung den ständigen Vorsitz in diesem Ausschuss innehaben sollte. Das Sonderrecht sollte den Bayern den Weg ins Deutsche Reich erleichtern – wie es die patriotische Opposition gegen die Versailler Verträge 1871 richtig beurteilt hatte.⁵⁵² Die Meinungen, ob der bayerische Ministerratsvorsitzende Otto Graf Bray-Steinburg bei den Verhandlungen in Versailles den Bundesratsausschuss nur als Scheingabe betrachtete oder ob

⁵⁴⁹ Einige Patrioten hielten an dem zumindest sehr bedeutungsarm gewordenen Instrument der ehemaligen Außenpolitik des souveränen Königreiches Bayern wegen seines symbolischen Wertes fest. In Anbetracht der verschobenen Maximen zwischen der Majorität der Patrioten und der der Liberalen, fühlten sich die Zeitgenossen wie in einer verkehrten Welt: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 376.

⁵⁵⁰ Den inhaltlichen Zusammenhang erwähnen auch: Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 63; Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 376.

⁵⁵¹ LV KdA 1979/80, Bd. IV, 379-381.

⁵⁵² Ausführlich zu der Bedeutung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten in Politik und Geschichte: Ernst Deuerlein, Der Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten 1870-1918, Regensburg 1955. Beinahe alleiniges Recht zur Regelung der auswärtigen Angelegenheiten stand gemäß der Reichsverfassung dem Reich zu; zur genauen Kompetenzverteilung und zur Kompetenzverteilung aus bayerischer Sicht: Huber, Verfassungsgeschichte III, 930ff.; Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte, 320-324. Zu Querelen in der (bayerischen) Politik, die das Gesandtschaftswesen und den Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten betreffen: Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 58-68; Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 376f.

er hoffte, aus ihm ein Instrument der Mitwirkung zu machen, gehen auseinander⁵⁵³ – sicher ist, dass die positive Darstellung gegenüber dem König, dem Landtag und in der Öffentlichkeit in keinem Verhältnis zur späteren Wirklichkeit stand. Bezeichnend, und daher viel zitiert, ist der Ausspruch Lerchenfelds, der diese Wirklichkeit beschreibt: „Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ist schon von seinem Vater, oder Stiefvater, dem Fürsten Bismarck, gleich nach der Geburt umgebracht worden ... Ganz tot hat Bismarck den Ausschuss allerdings nicht gemacht, aber zu einem kümmerlichen Leben verurteilt“⁵⁵⁴. Der Ausschuss tagte im Untersuchungszeitraum nur 1871 (Beratung auf Wunsch des Bundesrates) und 1879 (Vertrauliche Mitteilung der Reichsleitung auf Wunsch Bismarcks, um den Ausschuss als „taktisches Mittel“⁵⁵⁵ gegen den Kaiser einzusetzen.).⁵⁵⁶ Dies zeigt, dass diesem föderativen Element der Verfassung, als das es allgemein angesehen wird,⁵⁵⁷ keine Bedeutung zukam.⁵⁵⁸

Die Versuche der Patrioten im Reichstag (1874) und im Landtag (1875) dies zu ändern, brachten jedoch nicht den gewünschten Erfolg.⁵⁵⁹ In der Debatte um das patriotische Misstrauensvotum gegen die Regierung vom 13. und 14. Oktober 1875 stellte Freytag zum wiederholten Male die somit von Pfretzschner bereits erwartete Frage nach der Tätigkeit und Wirksamkeit des vor Jahren noch so um seiner Möglichkeiten willen angepriesenen Ausschusses.⁵⁶⁰ Anders als die Anfrage im Reichstag umschloss die in der bayerischen Kammer also auch eine innerbayerische Komponente: Die Patriotenpartei sah den föderalistischen Aspekt der Reichsverfassung gegenüber der Reichsleitung durch die bayerische Regierung nicht mit genügend Nachdruck vertreten. Genau diese Diagnose trifft auch zu auf die Konsequenzen, die sich auf den patriotischen Druck ergaben:

⁵⁵³ Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 60, bezieht sich auf das Tagebuch des Erzherzogs von Baden, in dem es heißt, daß Bray den Ausschuss als „ebenso leere Form wie das diplomatische Vertretungsrecht“ bezeichnet hat. Deuerlein, Bundesratsausschuss, 212, behauptet hingegen, daß der Ministerratsvorsitzende tatsächlich Hoffnungen in ihn setzte.

⁵⁵⁴ GStA, Brief Lerchenfeld an Podewils 1. Juli 1905; zitiert nach Deuerlein, Bundesratsausschuß, 209.

⁵⁵⁵ Deuerlein, Bundesratsausschuß, 119.

⁵⁵⁶ Dann erst wieder 1900.

⁵⁵⁷ Deuerlein, Bundesratsausschuß, 212f.

⁵⁵⁸ Dazu konnte es kommen, da die Verfassung in Art. 8 Abs. 3 nur festlegt: Erstens, dass es den Ausschuss gibt, zweitens, dass er sich aus den Bundesratsbevollmächtigten von Bayern, Sachsen, Württemberg und zwei vom Bundesrat alljährlich zu wählenden Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten zusammensetzt und drittens, dass Bayern den ständigen Vorsitz hat. Über seine Kompetenzen oder die Modalitäten des Zusammentritts schweigt die Verfassung.

⁵⁵⁹ Einen kurzen Überblick über die Dialoge zwischen Patrioten und bayerischer Regierung, allerdings ohne Beurteilung des patriotischen Vorstoßes, liefert: Deuerlein, Bundesratsausschuß, 113-115.

⁵⁶⁰ LV KdA 1875/76, Bd. I, 70. Es entspann sich hierauf eine Wechselrede.

Halbherzig unternahm es Pfretzschner, das föderalistische Verfassungsorgan zum Leben zu erwecken.⁵⁶¹ Noch vor der Debatte am 13./14. Oktober 1875 fragte Pfretzschner mit einem Brief bei Bismarck nach Möglichkeiten zur Belegung des Ausschusses. Bismarck antwortete am 27. August 1875, dass der bayerische Landtag seiner Regierung keinen Vorwurf machen könnte, da bislang kein Grund zur Einberufung des Ausschusses bestand.⁵⁶² Er behielt sich vor, im persönlichen Gespräch darauf zurückzukommen (Pfretzschners Problem mit dem Landtag löste dies nicht.). Zu dieser Besprechung kam es zwischen dem Kanzler und den Ministern Bayerns, Sachsens und Württembergs am 2. Dezember 1875.⁵⁶³ Bismarck wies die Verantwortung den Bundesratsausschuss zu aktivieren den Ländern beziehungsweise letztlich dem Bundesrat zu. Auf die Bitte, periodisch die leitenden Minister der Königreiche zu einer Konferenz zu bitten, sicherte der Reichskanzler zwar zu, auf direkte Anfragen der Minister zu persönlichen Besprechungen bereit zu sein, aber die Einführung von regelmäßigen Ministerkonferenzen lehnte er ab. Letztlich blieb es bei dem bisherigen Geschäftsgebaren, Bayern unregelmäßig Depeschenmitteilungen zukommen zu lassen.

Deutlich wird aus dieser Besprechung und dem weiteren Gang der Dinge, dass offiziell zumindest ab dem Zeitpunkt der Besprechung für die bayerische Regierung und die anderen Regierungen die Möglichkeit bestanden hätte, im Bundesrat die Ausschusstätigkeit zu auswärtigen Angelegenheiten zu beantragen. Wie effektiv der Ausschuss aber hätte arbeiten können, wenn Bismarck Informationsblockade betrieben hätte, bleibt dahingestellt. Die These, wonach die bayerische Regierung eher nach Hilfe bei Bismarck suchte oder sich mit liberalen Kräften verband, als den patriotischen Kräften und ihren Forderungen nachzugeben, findet in diesen Ereignissen eine Bestätigung.⁵⁶⁴ Die Umsetzung der patriotischen Wünsche in diesem Fall hätte schlicht das Aktivwerden reichstreuer, politisch dem Liberalismus nahe stehender bayerischer Vertreter des Bundesrates auf einem Feld der Reichspolitik bedeutet. Das föderative Organ des Ausschusses hätte – nach patriotischer Sicht – ein Gegengewicht

⁵⁶¹ Von den Liberalen war bei diesem Unternehmen keine Unterstützung zu erwarten, da das föderalistische Reichsinstitut ihrer zentralistischen Einstellung widersprach. Dafür bestand von Württembergischer Seite Interesse an einem Einsatz des Ausschusses: Ministerpräsidenten Mittnacht hatte bereits vor Pfretzschner bei Bismarck angefragt: Otto Fürst von Bismarck, Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen, Bd. II, Stuttgart 1901, 464, 468, 470ff. Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 65.

⁵⁶² Teildruck: Deuerlein, Bundesratsausschuß, S. 234.

⁵⁶³ Braun, bayerisches Reichsverhältnis, S. 65, beurteilt zwar die Besprechung letztlich richtig, vermag aber Bismarcks diplomatisches Geschick nicht widerzugeben. Deuerlein, Bundesratsausschuß, 209; bei Deuerlein im Anhang befindet sich auch die sich im BayHStA befindliche Denkschrift des Bayerischen Staatsministeriums des Kgl. Hauses vom 1. September 1903 „Der Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten (VIII. Ausschuß des Bundesrats)“, die unter anderem über das Treffen berichtet: Ebd. 235f.

⁵⁶⁴ Hier sei zusätzlich angemerkt, dass laut Binder die süddeutschen Regierungen sehr schnell bemerkten, dass Bismarck und Delbrück keine einseitig preußische Politik betrieben, wodurch eine positive Einstellung zum Reich aufgebaut wurde und man nicht das Gefühl hatte, zugunsten eines anderen Einzelstaates übervorteilt zu werden: Binder, Reich und Einzelstaaten, 191.

gegenüber dem persönlichen Regiment Bismarcks und dem nicht antastbaren auswärtigen Amt bilden sollen.

Eine ständigen Streitpunkt im Reichstag wie im bayerischen Landtag stellten die Militärvorlagen dar. Dabei spielten als besonders auf das Reich bezogene Punkte die in Bayern sehr weit verbreitete Ablehnung des als preußisch betrachteten Militarismus⁵⁶⁵ und der Wunsch nach Wahrung des sehr begrenzten bayerischen Reservates⁵⁶⁶ eine Rolle. In Verbindung mit ablehnenden Haltung gegenüber Militarismus muss das Eintreten für die Interessen ihrer großenteils ländlichen oder kleingewerblichen Wählerschaft gesehen werden: Die jahrelang von den Patrioten geforderte zweijährige Dienstzeit, die vor den Angleichungen an den Norden in Bayern bestanden hatte, griff etwas weniger als die bestehende dreijährige in die von der Arbeitskraft ihrer Söhne abhängigen Familienbetriebe ein. Die pekuniären Lasten durch die enormen ordentlichen Militärbudgets, die im Grunde vom Reichstag beschlossen und nur vom Landtag für Bayern umgesetzt wurden, empfand das Volk als drückend.

Wie sich diese Motive mit weiteren vernetzten, kann besonders gut am außerordentlichen Militärkredit des Jahres 1874 verdeutlicht werden, der im Zuge der Anschaffungen auf Reichsebene Gleichstand bei Einrichtungen und Ausrüstungsgegenständen schaffen wollte. Ablesbar wird dabei auch, welches Gewicht den einzelnen Punkten zugemessen wurde.⁵⁶⁷ Das Argument, das Freytag für die Patrioten immer und immer wieder ins Feld führte war der finanzielle Aspekt:⁵⁶⁸ Man befinde sich in tiefsten Friedenszeiten und die Schlagkraft der Armee sei längst auf den Stand vor dem Deutsch-Französischen Krieg gebracht, eine Eile bei der Erhöhung der Effektivität sei folglich nicht vonnöten. Freytag verneinte ausdrücklich nicht

⁵⁶⁵ In der jüngst erschienenen Studie von Mayershofer heißt es: „Bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus fristete das Militär insbesondere in den süddeutschen Staaten ein Nischendasein und noch in den 1860er und frühen 1870er Jahren beherrschte eine schroffe Ablehnung des mit Preußen indentifizierten ‚Militarismus‘ die süddeutschen Debatten über Außen- und Sicherheitspolitik.“ Ingrid Mayershofer, *Bevölkerung und Militär in Bamberg 1860-1923. Eine bayerische Stadt und der preußisch-deutsche Militarismus*, Paderborn u.a. 2010, S. 12. Wie die Debattenbeiträge der Patrioten auch aus den 1880er Jahren zeigen werden, schwächte sich ihre Abneigung gegen den preußischen Militarismus nicht ab. Zum Verhältnis von Militär und Gesellschaft in Bayern sowie zu den bayerischen Landtagsverhandlungen über Militärfragen bis 1875 siehe: Detlef Vogel, *Der Stellenwert des Militärischen in Bayern (1849-1875). Eine Analyse des militär-zivilen Verhältnisses am Beispiel des Militäretats, der Heeresstärke und des Militärjustizwesens (Militärgeschichtliche Studien 28)*, Boppard 1981. Zum Begriff des Militarismus in der Forschung: Ralf Pröve: *Militär, Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 77)*, München 2006, S. 91-94.

⁵⁶⁶ Zu den begrenzten Bestimmungen des Reservatrechtes im Militärwesen: Albrecht in: Spindler, *bayerische Geschichte IV/1*, 325 f.

⁵⁶⁷ Brauns Beurteilung ist unzutreffend: Braun, *bayerisches Reichsverhältnis*, 53.

⁵⁶⁸ Freytag war Vorsitzender des Finanzausschusses und war folglich mit allen Details vertraut. Die Mehrheit im Ausschuss teilte seine Ansichten vor allem aus prinzipiellen Gründen gegenüber dem Reich nicht. Seine Stellungnahme für die Fraktion: LV KdA 1874, II, 395-398. Außer diesem Grundsatzreferat äußerte er sich häufig zu den einzelnen Positionen des Etats.

Die Sparsamkeit der Patriotenpartei auf innerbayerischem Gebiet war übrigens wohl bekannt.

das Vorhaben an sich, sondern wollte nach und nach durch Ersparnisse im ordentlichen Budget des Heeres, die es tatsächlich gab, die außerordentlichen Positionen finanzieren.⁵⁶⁹ Dabei wies er auf die finanzielle Lage des bayerischen Staates und die bereits bestehende Belastung der Bevölkerung hin. Das Hauptargument der Bayerischen Patriotenpartei für einen Aufschub mancher Positionen oder die Verminderung der vorgesehenen Ausgaben muss demnach im finanziellen Aspekt gesehen werden. Freytag erläuterte weiterhin für seine Fraktion, dass man sich auch nicht gezwungen sehe, dem außerordentlichen Militärkredit, auch in der einige Positionen herabsetzenden Fassung des Ausschusses, zuzustimmen, da nach seiner Meinung Einrichtungen und Ausrüstungsgegenstände durch das bayerische Reservat ausgenommen seien.⁵⁷⁰ Man verwendete hier folglich das Reservat als rechtliche Stütze der eigenen Entscheidung, die auf Grund der finanziellen Lage des eigenen Einzelstaates getroffen worden war. Ein weiterer Punkt verknüpfte sich mit der Opposition gegen das Ministerium: Die Patrioten betonten, dass es eine unglückliche Lage sei, dass das ordentliche und das außerordentliche Militärbudget in zwei verschiedenen Parlamenten beschlossen würde, weil die bayerische Regierung dies ausnütze, indem sie Ersparnisse aus den Geldern des ordentlichen Budgets nicht mehr wie früher für außerordentliche sondern für ordentliche Militärausgaben an anderer Stelle verwende und zusätzlich ein außerordentliches Budget fordere. Außerdem hielt Freytag den Ministern vor, bereits einige Ausgaben vor der Genehmigung durch den Landtag gemacht zu haben und damit die konstitutionellen Rechte des Parlamentes zu übergehen.⁵⁷¹ Er schloss für sich und seine Freunde, dass man diese Positionen – auch wenn man keinen weiteren Grund hätte – aus Protest sowie als Einsatz für die Rechte des Parlamentes ablehnen würde. Die dreijährige Dienstzeit als Last für die Bevölkerung wurde nur kurz angesprochen, da sie nicht mit den aktuellen Beratungen zusammenhing. Ebenso kurz erwähnte Freytag einen anderen seine Partei störenden Punkt, der immer angesprochen wurde: den preußischen Militarismus. Da er mit seinen Beschwerden über diesen vom bayerischen Kriegsminister nach Berlin verwiesen wurde, fügte Freytag eine Erklärung an, weshalb ihm eine Anfrage an dieser Stelle als ein sinnloses Unterfangen erscheine – seine Aussagen sind für den Untersuchungsgegenstand äußerst interessant: „Einmal aus der Ursache, dass Preußen als Militärstaat dem neuen deutschen Reiche diese

⁵⁶⁹ Zu erwähnen ist, dass sich unter den enormen Summen des außerordentlichen Budgets auch Positionen befanden, wie der Bau und die Einrichtung von Speiseräumen nur für Offiziere oder die Anschaffung von Roßhaarmatrasen anstelle der bislang üblichen Strohsäcke, da dies auch im Norden des Landes bereits zum Standart zählte. Freytag betonte bei den Abstimmungen zu einzelnen Vorhaben immer wieder, daß er der Ansicht sei, dies gehöre in den ordentlichen Etat.

⁵⁷⁰ Dem wurde von Seiten der Regierungsbank, der Liberalen und auch von Schleich widersprochen.

⁵⁷¹ Dies versuchte die Regierung über Jahre hinweg, was allerdings in keinem Zusammenhang mit den Patrioten stand. Vgl. dazu: Vogel, Stellenwert.

Signatur aufgeprägt hat und wir davon nicht loskommen können. [...] Und dann zweitens, weil wir die Ursachen, die zu dem allgemeinen bewaffneten Stand geführt haben, nicht entfernen können.“⁵⁷² Mit letzterem spielt Freytag auf Wettrüsten und die Nichteinhaltung von internationalen Verträgen an, insbesondere auf den Deutsch-Deutschen Krieg von 1866.

Was läßt sich aus den Ausführungen über die Handlungsmotive und die Einstellung gegenüber dem Reich schließen?

Eindeutig ablesbar ist die Unzufriedenheit mit der momentanen Prägung des Reiches in militärischer Hinsicht. Die negative Vorstellung von Preußen als Militärstaat hatte sich nicht gewandelt. Auch über die Vergangenheit lassen sich 1874 Vorwürfe an Preußen hören. Was aber die Vereinheitlichung der Heeresausstattung betrifft, sah man zwar die Notwendigkeit einer Erhöhung der Schlagkraft nicht, wollte aber die Vereinheitlichung nicht verhindern, nur aus finanziellen Überlegungen heraus bremsen. Die Vorbehalte mögen dabei ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Die Bayerische Patriotenpartei sah durch das Reservatrecht sehr wohl das Recht gegeben, für Bayern eine langsamere Gangart einzuschlagen. Auf dem Sonderrecht für Bayern beharrte sie gemäß ihrer Auslegung. Da sie diese Vorstellung vom Reich und von einem starken Föderalismus im bayerischen Landtag gegen die Liberalen nicht durchsetzen konnten, verweigerte sie ihre Zustimmung zu dem außerordentlichen Militärbudget.

Zu konstatieren ist, dass die Bayerische Patriotenpartei in diesem Fall den Status quo des Reiches, der das bayerische Reservatrecht implizierte, einzufordern versuchte. Sie verlangte nicht, einen separatistischen Schritt zurück, sondern vertrat 1874 anlässlich des untersuchten Gegenstandes einen ausgeprägten Föderalismus.

Standen die Bayerischen Patrioten mit ihrer Meinung allein auf weiter Flur?

Der bayerische Liberalismus teilte erwartungsgemäß die föderalistische Ansicht des politischen Gegners nicht: Trotz der Ablehnung durch die Mehrheit der Patrioten passierte die Ausschussvorlage mit den liberalen Stimmen und vermutlich den Stimmen der fünf ständigen patriotischen Abweichler, die immer Zünglein an der Waage spielten und im Jahr 1875 von den Wählern abgewählt wurden,⁵⁷³ die Zweite Kammer. Die der Bevölkerung äußerst entgegenkommende Forderung nach zweijähriger Dienstzeit hatte der bayerische Liberalismus 1874 aufgegeben. Von einer anderen Seite wurden jedoch Elemente der patriotischen Meinung ebenfalls vertreten: In den Kommissionsberatungen anlässlich des Reichsmilitärgesetzes 1874 meldete die bayerische Regierung durch den extra nach Berlin

⁵⁷² Ebd. 395.

⁵⁷³ Für Schleich kann sein liberales Abstimmungsverhalten aus seinem Beitrag geschlossen werden: Ebd. 399-401. Für die übrigen vier ist ihr Abstimmungsverhalten durch den Ausgang der Abstimmungen zugunsten der Liberalen zu vermuten. Sicherheit auf Grund einer namentlichen Abstimmung besteht nicht.

gereisten bayerischen Justizminister Fäustle und den bayerischen Oberst Fries Protest an, da ihrer Meinung nach der gefasste Kommissionsbeschluss mit der per Reservatrecht garantierten Selbständigkeit des bayerischen Heeres unvereinbar sei.⁵⁷⁴ Gerade in puncto Reservat war also auch die bayerische Regierung tätig – ob in den meisten Fällen auch aus eigener Überzeugung oder weil sie die Patrioten im Landtag im Nacken hatten und weil Ludwig II. immer auf Reichsverfassung und die Reservatrechte pochte,⁵⁷⁵ sei dahingestellt. Außerdem unterstützte das Reichszentrum die Patrioten fast immer in all ihren Forderungen im Reichstag in Bezug auf das Militärwesens, wenn auch zum Teil nur als Konzession an die Bayern.

Bis zum Jahr der Umbenennung stellt sich eine weitere Entwicklung ein: Im Herbst 1887, also ein paar Monate nach der Umbenennung in Bayerisches Zentrum, „verliefen die Beratungen über den Militäretat fast geräuschlos“⁵⁷⁶. Die beiden patriotischen Führungspersonlichkeiten Orterer und Daller gingen als Replik auf die Vorwürfe der Presse, man habe im Ausschuss die enormen Gelder widerspruchslos bewilligt, auf die Entwicklung der Militärkosten als unerträgliche Last für das Volk ein.⁵⁷⁷ Man betonte jedoch, dass man die Kompetenz des Reiches über das Militärbudget akzeptiere. Diese Aussage ist zunächst erstaunlich, da 10 Millionen der 13 Millionen Mark Erhöhung für außerordentliche Zwecke Verwendung finden sollten. Es zeigt sich in diesem Fall eine Entwicklung im Umgang mit der bayerischen Regierung. Im Übrigen zeigt sich: Wenn man die außerordentlichen Kämpfe der Partei auf Reichsebene um diesen Militäretat bedenkt, in die beispielsweise Orterer persönlich eingebunden war, andere wie Soden oder Johann Baptist Stamminger über ihren Kontakt zu einem oder mehreren Reichstagsabgeordneten, so wird die Verhandlungsführung im Landtag verständlich.⁵⁷⁸ Ebenfalls ein Novum war, dass die Patrioten sechzehn Jahre nach der Reichsgründung die Aussage über die Höhe des Budgets mit der Befürchtung verknüpften, der Militarismus in seinen momentanen Ausmaßen stelle eine Gefahr für das gesamte Staatswesen dar. Hieraus spricht nicht nur die Sorge um die engere Heimat, sondern auch um

⁵⁷⁴ Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 50.

⁵⁷⁵ Botzenhart, Ludwig II., S. 50.

⁵⁷⁶ In diesem Urteil muß man sich Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 57, im Hinblick auf diese Aktivitäten anschließen.

⁵⁷⁷ Zum Beispiel: LV KdA 1887/88, I, S. 117-119 (Orterer), S. 124 f. (Daller).

⁵⁷⁸ Johann Baptist Stamminger ((1836-1892), Priester, Universitätsbibliothekar in Würzburg, MdL 29. September 1885 bis 1887. „Die Haltung der Centrumsfraction wird den Beifall jedes Vernünftigen finden und wenn es eingehalten wird, wie Euer Excellenz in Aussicht stellen, so bin ich vollkommen zufrieden.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Korrespondenz „Reichstag“ 1879 – 1889, Brief Stamminger an Franckenstein vom 29. Dezember 1886. „Werdet Ihr uns auch Dekung für das Militärgesetz schaffen? Verstehe ich noch Windthorsts Reden, so wird das Centrum trotz Geiger und Gymnasialprofessor Orterer dieses im Wesentlichen genehmigen.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Korrespondenz „Reichstag“ 1879 – 1889, Brief Max Soden an Franckenstein vom 2. Dezember 1886.

das Reich. Insgesamt nahmen die Hinweise zu Militarismus und finanzieller Last nur wenig Raum ein. Für bedeutender hielt man es, die bayerische Regierung auf die angeblich weit verbreiteten Misshandlungen der Untergebenen beim Militär aufmerksam zu machen.⁵⁷⁹

Pragmatismus und Realpolitik stellen sich folglich selbst bei den Militärausgaben ein, die nicht nur auf Grund des bayerischen Reservates, sondern besonders auch auf Grund des abgelehnten preußischen Militarismus als Ausnahme auftreten: Das Augenmerk im Landtag hatte sich auf änderbare Umstände verschoben, die mit der Militärvorlage in Verbindung standen.

Ausgehend von der großdeutschen, antipreußischen Überzeugung der frühen Patrioten hätte man im kleindeutschen Reich zumindest von der die Bündnisverträge ablehnenden Majorität Obstruktionspolitik erwarten können. Ganz im Gegenteil ist zu bemerken, dass die Mitglieder der Bayerische Patriotenpartei bereits 1871/72 nur auf dem Status quo der Reichsverfassung inklusive bayerischer Sonderrechte bestanden – sicherlich mit widerstrebenderen und bereitwilligeren Elementen, doch nicht in zwei Lager zerfallend. Die Heterogenität vereitelte jedoch der großen Mehrheit der Fraktion gerade bis 1875 in Form von wenigen Abweichlern immer wieder die Umsetzung der gemeinsamen Ziele in der Reichspolitik. Der stichpunktartige Vergleich zur bayerischen Regierung zeigt für den Untersuchungszeitraum konstant folgendes: Die bayerische Regierung, deren Mitglieder teilweise zumindest nicht frei von Vorbehalten gegenüber dem Kriegseintritt und den Versailler Verträgen waren, achtete ab der Reichsgründung vielfach auf die Reservatrechte, stand dabei aber – abgesehen von der eigenen Meinung – grundsätzlich zwischen den Stühlen: Die Rücksicht auf den an den bewahrten Rechten festhaltenden Monarchen, auf die Majorität des Volkes und auf die Fraktion der Patrioten einerseits, der Druck und die politische Zielsetzung Bismarcks, dessen Einfluss die Minister mehrmals ihre Posten und damit den Bestand ihrer Ministerherrschaft zu verdanken hatten, andererseits. – Die mit dem Jahre 1871 eingeleitete Entwicklung der Patrioten ging nach der ersten großen Wende weiter. 1875 und noch deutlicher 1879 bemühten sie sich innerhalb der Möglichkeiten, die der Landtag bot, um eine positive Mitarbeit am Reich, die gemäß ihrer Überzeugung von antiunitarischer Prägung war und die gezielt den Versuch unternahm, ein Gegengewicht gegen Bismarcks – wie sie es empfanden – persönliches Regiment zu schaffen. Außer dem Föderalismus treten als Handlungsmotive ihrer politischen Arbeit das Eintreten für die Rechte des Parlamentes, für die Wählerinteressen

⁵⁷⁹ Darauf bezieht sich auch Orterers Eintrag in seinen Kalendernotizen zum Oktober 1887: „8. [...] Beim Militäretat die Soldatenschindereien besprochen – nicht ohne Erfolg nach außen! (18.)“ KN Orterer, Eintrag vom 8. und vermutlich 18. Oktober 1887.

und für sparsamen Umgang mit den Staatsfinanzen auf. Unter den gegebenen Umständen von Machtverteilung und bayerischer Verfassung mischten sich innerbayerische Komponenten auch in den Teil der Landtagspolitik der ersten bayerischen Volkspartei, der sich mit Themen des inneren Reichsausbaus befasste. Innerhalb der Entwicklung zu Pragmatismus und föderalistischer Mitgestaltung ist auf die Sonderstellung hinzuweisen, die die Militärpolitik auf Grund der ausgeprägten bayerischen Ablehnung des mit Preußen identifizierten Militarismus einnahm. Selbst in Bezug auf diesen von der Lebenseinstellung abhängigen Punkt gelangte die – nunmehr – Bayerische Zentrumsparlei 1887 letztlich zu der Überzeugung, das Reich zu akzeptieren und die Auslegung der Reichsverfassung, die vorherrschend war, hinzunehmen – was nicht bedeuten soll, dass man Reservatrechte in jedem Falle aufgab. Summa summarum ist ein Einfügen der Bayerischen Patriotenparlei ins Reich zu verzeichnen – oder anders formuliert: Sie leisteten den gestalterischen Beitrag zum Reich, den Windthorst in seinem Brief vom 22.1.1871 von Jörg forderte: „daß man sich ohne Säumen und mit voller Entschlossenheit auf den neuen Boden stellt, um auf ihm den Platz zu erringen, ohne welchen die Existenz, die heiligen Interessen in Kirche und Staat in Frage gestellt wären. Ein mißmuthiges Zurücktreten von dem öffentlichen Leben würde ein niemals wiedergutzumachender Fehler sein.“⁵⁸⁰

In Bezug auf andere reichspolitische Themen wie das Reichseisenbahnmonopol (1876), das Tabakmonopol (1882) und das Branntweinmonopol (1886) entschieden die Patrioten und eine große Majorität der Zweiten Kammer ebenso negativ wie der Reichstag.⁵⁸¹ Die Patrioten im Landtag entschieden sich gegen diese Monopol-Vorhaben aus ihrer Überzeugung gegen Unitarismus und eine Omnipotenz des Staates; die Liberalen, die sich sonst für fast jede Vereinheitlichung und Zentralisierung aussprachen, sahen hier ihre Interessen, namentlich die liberale Wirtschaftsordnung in Gefahr, und lehnten ebenfalls ab. Diese Synopse zeigt, dass die

⁵⁸⁰ Druck: Joseph Edmund Jörg. Briefwechsel 1846-1901 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte/Quellen 41), bearb. v. Dieter Albrecht, Mainz 1988, 362f. Brief 253. Bei Hartmannsgruber, Patriotenparlei, dem dieser Brief ebenfalls vorlag, ist der damals noch unveröffentlichte Briefwechsel als „Sammlung Albrecht“ gekennzeichnet.

⁵⁸¹ Nach Ansicht der bayerischen Regierung befragte diese den Landtag unverbindlich – und die langjährige Praxis im Deutschen Kaiserreich richtete sich nach dieser. Nach Ansicht der Patrioten hingegen war die Zustimmung des Landtages als gesetzgebendem Organ zu Reichsgesetzen notwendig, die die bayerischen Reservatrechte wie hier im Eisenbahnwesen und bei der Besteuerung des inländischen Branntweines tangierten, da eine Veränderung oder Abschaffung der Reservate in die Rechte des Landtages eingriff. Strittig war die Auslegung der diesbezüglichen Bestimmungen des Versailler Bündnisvertrages vom 23. November 1870 (Ziffer III § 8 Nr. V) und der bis auf eine ausgelassene, auf Bayern bezogene Einfügung gleichlautende Passus der Reichsverfassung (Art. 78 Abs. 2): „Diejenigen Vorschriften der Verfassung, durch welche bestimmte Rechte einzelner Bundesstaaten in deren Verhältnis zur Gesamtheit festgestellt sind, insbesondere, soviel Baiern angeht, die unter Ziffer III. dieses Vertrages aufgeführten Bestimmungen, können nur mit Zustimmung des berechtigten Bundesstaates abgeändert werden.“ (In der Reichsverfassung heißt es anstelle „Verfassung“ „Reichsverfassung“ und die Worte von „insbesondere“ bis „Bestimmungen“ sind ausgespart.).

Mehrheit der Abgeordneten und Wähler im Reich nicht bereit war, das Reich auf Kosten der eigenen Interessen zu stärken. Dabei würde man den Liberalen den Reichsgedanken nicht absprechen – und sollte ihn daher den Patrioten auf Grund derselben Entscheidungen nicht völlig versagen.

VI. Deutsches Kaiserreich – unter Mitwirkung der bayerischen Patrioten oder unter Gegenwehr? Die konkrete politische Arbeit der Patrioten im Reichstag

In den Landtagsverhandlungen konnte für die auf Deutschland bezogene politische Arbeit der Bayerischen Patriotenpartei beziehungsweise Zentrumsparlei eine von Pragmatismus gekennzeichnete realpolitische Wende und ein Einfügen in das Reich erarbeitet werden. Welches Bild zeichnet ihre Politik im Reichstag, in dem die Weichenstellungen für das Deutsche Kaiserreich beinahe ausschließlich entschieden wurden? Für eine Antwort auf diese einfache Frage ist eine facettenreiche Fragestellung von Nöten:

Der erste Fragenkomplex interessiert sich – ausgehend von ihrer Ursprungshaltung – für eventuelle separatistische Bestrebungen der bayerischen Patrioten beziehungsweise Zentrumsleute im Reichstag, für ein eventuelles Blockieren der Konsolidierung des Reiches und für eventuelle positive Mitarbeit am Reich – sowie für die zu Tage tretenden Entscheidungskriterien und Handlungsmotive.

Der zweite Fragenkomplex nimmt die zeitliche Abfolge der politischen Entscheidungen in den Blick: Lässt sich eine Entwicklung von den frühen Jahren der Reichstagsaktivitäten zu den späten feststellen? Und eng verbunden damit: Welche Schlüsse lassen sich aus der betriebenen Politik und ergänzend aus öffentlichen wie privaten Äußerungen auf die patriotische Einstellung gegenüber dem kleindeutschen Reich sowie gegenüber der bayerischen Heimat ziehen? Diese differenzierende Fragestellung basiert auf der Überlegung, dass die Haltung der Politiker nicht unbedingt mit der Politik der Partei gleichgesetzt werden kann. Parteien und Abgeordnete müssen an ihrer Politik gemessen werden; aber den Grad der Integration kann man nicht ohne die Haltung der Politiker gegenüber dem Reich und einen eventuellen Einstellungswandel bestimmen.

Um die Politik der Partei beurteilen zu können, ist, last but not least, die Einbettung in den Kontext der Zeit notwendig: Wie entschieden sich die anderen Parteien? Welche Stellung nahmen die Regierungen der Länder zu dem Thema ein? Kurz: Wie populär war eine Initiative im Deutschland des Untersuchungszeitraumes?

Diese Fragen durchziehen die folgenden Kapitel. Die Untersuchungsgegenstände, die wichtige Weichenstellungen aus allen Bereichen der (Reichs-)Politik darstellen, sind weitgehend chronologisch angeordnet. Nur die Themen, die öfter im Reichstag verhandelt wurden, sind in die Chronologie dort eingefügt, wo ihr zeitlicher Schwerpunkt liegt oder sie zum ersten Mal verhandelt wurden. Im nachfolgenden Ergebniskapitel werden aus den Resultaten der einzelnen Kapitel die Antworten auf die gestellten Fragen gegeben.

Die Politikkapitel stellen teilweise auch die Diskussion innerhalb der Fraktion dar: Falls sie sich an den Quellen ablesen lässt und falls sie eine Rolle spielt für den Gegenstand der Untersuchung. Eine Analyse der Sozialversicherungspolitik kommt in der Tat ohne eine Analyse und Darstellung der Entwicklung der bayerisch-patriotischen Reichstagsabgeordneten beziehungsweise ab 1887 bayerischen Zentrumsabgeordneten in ihrem Verhältnis zum Reichszentrum nicht aus. Dieser Ausschnitt der Entwicklungslinie wird in Kapitel VII aufgegriffen.

Zum Forschungskonsens gehört, dass das Zentrum – wie jede Partei des Bismarckreiches – keine zentralistisch organisierte Partei war oder sich als solche verstand. Die Initiative zur Gründung der Zentrumsfraktion des Reichstages ging von den preußischen Abgeordneten aus. Karl Friedrich von Savigny und Peter Reichensperger luden über die Germania vom 18. März 1871 auf der Grundlage des Aufrufes der preußischen Volksvertreter des Abgeordnetenhauses vom 11. Januar 1871 interessierte Reichstagsabgeordnete zur Vorbesprechung und zum Beitritt zur Zentrumsfraktion ein. Savigny, der Fraktionsvorsitzender wurde, hielt die Ansprache in der Vorbesprechung.⁵⁸² Anscheinend wurden Einladungen zusätzlich noch persönlicher ausgesprochen, wie der Bericht des Patrioten Seinsheim über die ersten Sitzungen vermuten lässt.⁵⁸³ Anders als bei den Liberalen gelang die gemeinsame Fraktionsbildung mit den Bayern.⁵⁸⁴ Ein Teil der Patrioten schloss sich mit Überzeugung der Fraktion an, der andere Teil jedoch abwartend und mit Bedenken, obwohl die Bewahrung des

⁵⁸² Karl Friedrich von Savigny, Karl Friedrich von Savigny 1814-1875. Briefe, Akten, Aufzeichnungen aus dem Nachlaß eines preußischen Diplomaten der Reichsgründungszeit (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 53/I), ausgewählt und hg. von Willy Real, Bd. 1 (2. Bde), Boppard a. R. 1981, S. 989 Anm. 2 und S. 989f. Nr. 896: Entwurf der Ansprache vom 20. März 1871; Willy Real, Karl Friedrich von Savigny 1814-1875. Ein preußisches Diplomatenleben im Jahrhundert der Reichsgründung, Berlin 1990, S. 274f.

Zur Gründung der Zentrumsfraktion siehe des Weiteren: Bachem, Zentrum III, S. 136-142. Hier auch Programm und Satzung der Zentrumsfraktion; zwei Programme aus den Jahren 1871 und 1877 im BayHStA, FamA Aretin, vorl. Nr. 49/30/I, bestätigen die Textversion bei Hüsgen, Windthorst, S. 84, auf die Bachem, Zentrum III, S. 138 Anm. 1, hinweist. Anderson, Windthorst, S. 134-147, vermengt wie zahlreiche Darstellungen die Gründung des preußischen Zentrums und des Reichszentrums, bietet gleichzeitig aber eine scharfsichtige Analyse der Anfangskonstellation. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 335f.

⁵⁸³ Jörg, Briefwechsel, S. 370-373 Nr. 261: Brief Seinsheim an Jörg 28. März 1871.

⁵⁸⁴ Hohenlohe, Denkwürdigkeiten II, S. 43; Winfried Grohs, Die Liberale Reichspartei 1871-1874. Liberale Katholiken und föderalistische Protestanten im ersten Deutschen Reichstag, Frankfurt am Main u. a. 1990.

Föderalismus ebenso in das Zentrumsprogramm aufgenommen worden war wie die Abstimmungsfreiheit.⁵⁸⁵ Nicht nur die Zusammensetzung des bayerisch-patriotischen Kontingents, sondern die der gesamten Fraktion war in vielfältiger Weise heterogen. Einen kleinen Einblick gewähren Zeilen, die das langjährige Vorstandmitglied Karl Freiherr von Aretin an seinen guten Freund Franckenstein, der eben nachgewählt worden war, richtete; sie machen gleichzeitig die von Aretin bevorzugte Marschrichtung deutlich: „Was Dein Hieherkommen [nach Berlin] betrifft, so ist es abgesehen von der begreiflichen Sehnsucht Dich hier zu genießen sehr wünschenswerth, daß die Fraction auch in nicht kirchlichen Fragen so zahlreich als möglich sich betheiligt, um dem Vorwurf zu begegnen, daß sie eine rein Klerikale seye, welche sich nicht um andere Reichsangelegenheiten kümmere.“⁵⁸⁶ Aretins Zeilen machen deutlich, dass er für eine Beteiligung der Fraktion an allen Reichsfragen eintrat. Dass aber seiner Meinung nach kirchliche Fragen zumindest mehr Fraktionsmitglieder zu einer Wortmeldung oder anders gearteten Mitarbeit bewegten. Auf dem Vorwurf nur kirchliche Fragen im Auge zu haben fußte die Isolierung der Zentrumsfraktion im Reichstag. Die Gründe für die Isolierung durch die einzelnen politischen Kräfte waren in Wahrheit mannigfaltig, teils weltanschaulicher, teils politisch-taktischer Natur.⁵⁸⁷

Ebenso wie diese Basisinformationen zur Zentrumsfraktion und zu den Bayern in ihr müssen einige Eckpunkte der bismarckschen Politik und der Machtverteilung im Parlament bei der Analyse der deutschlandbezogenen Politik der Patrioten im Reichstag im Auge behalten werden: Das gesamtdeutsche Abgeordnetenhaus stand in den Jahren 1871 bis 1877 im Zeichen der vor allem durch die Nationalliberalen begründeten liberal-konservativen Majorität. Sowohl aus ideologischen Gründen, als auch auf Grund der Stimmverteilung im Reichstag schlug Bismarck ab 1878 einen Kurswechsel ein, der auch zum Abbau des Kulturkampfes insbesondere in Preußen führte. Die Zentrumsfraktion, der auch die patriotischen Abgeordneten über die Jahre hinweg meist ausnahmslos angehörten, nahm in dieser Zeit eine Schlüsselposition im Reichstag ein. Der bayerisch-patriotische Vorsitzende der Zentrumsfraktion, der fränkische Baron von und zu Franckenstein, wurde am 16. Mai 1879 während der Verhandlungen um das Zolltarifgesetz und die Franckensteinsche Klausel

⁵⁸⁵ Brief Seinsheim an Jörg 28. März 1871: Jörg, Briefwechsel, S. 370-373 Nr. 261.

⁵⁸⁶ Rote Hand-Acten des Freiherrn zu Franckenstein Betreff Reichstagswahl I, II, III 1872-1877, Brief Karl Aretin an Franckenstein vom 5. Juni 1872.

⁵⁸⁷ Häufig ist die Darstellung der Gründe für die Isolierung des Zentrums – und gleichzeitig für den Kulturkampf – auf Bismarck zentriert: Buchheim, Ultramontanismus, S. 227; Aretin, Franckenstein, S. 36; Anderson. Windthorst, S. 146. Ausführlich zu Bismarcks Beweggründen für den Kulturkampf: Pflanze, Bismarck I, S. 708-714. Nicht nur zu Bismarck, sondern auch ausführlich zu den Liberalen und Konservativen: Nipperdey, Deutsche Geschichte II, S.364-374.

Vizepräsident des Reichstages. In den sogenannten Septennatswahlen von 1887 büßte die Fraktion ihre Stellung im Reichstag jedoch wieder ein, nicht auf Grund eigener Mandatsverluste, sondern auf Grund der Stimmenverluste der Welfen sowie der Deutsch-Freisinnigen Partei und der sich herausbildenden Mehrheit von Nationalliberalen, Konservativen und Deutscher Reichspartei; diese bildeten das sogenannte Kartell, das sich als Wahlbündnis mit gemeinsamen Kandidaten und Stichwahlabsprachen im Februar 1887 begründet hatte, im Reichstag allerdings nicht immer geschlossen agierte.

Die für viele Zeitgenossen zentrale Einschätzung des Reichskanzlers Bismarck gegenüber politischen Akteuren fällt für die Bayerische Patriotenpartei ambivalent aus. Aus seiner subjektiven Sicht kann man die Patrioten gerade in den ersten Jahren sicherlich als „Reichsfeinde“ bezeichnen, da sie seinen Plänen zuweilen im Wege waren. Dennoch umwarb Bismarck zeitweise Franckenstein und äußerte sich über die Jahre hinweg zu einem möglichen Ministerium Franckenstein in Bayern unterschiedlich. Negativ beurteilte Bismarck zweifellos das Eintreten der Patrioten für die Belange der katholischen Kirche und für einen christlich geprägten Staat. Der Einsatz der Patrioten für die in den Versailler Verträgen garantierten föderalistischen Elemente wurde von Bismarck sicherlich je nach Übereinstimmung mit seinen eigenen Zielen beurteilt.⁵⁸⁸

⁵⁸⁸ Über Bismarcks Stellung zu Föderalismus und Einheitsstaat herrscht kein Konsens in der Forschung; ein gutes Beispiel gibt hierfür die Beurteilung des Stellvertretergesetzes ab: Binder: Reich und Einzelstaaten, S. 71-112. Laut Albrecht war Bismarcks Föderalismus gutenteils ein Antiparlamentismus. Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, S. 327.

1. „daß vom föderalistischen Standpunkte aus jeder Nation im großen deutschen Reich ihre besondere Eigenthümlichkeit gewahrt werden müsse.“⁵⁸⁹ – Diskussionen um die Rechtseinheit

Zur Festigung der neuen Reichsgründung gehörten Versuche, Recht und Rechtssystem zu vereinheitlichen.⁵⁹⁰ Bismarck und die Liberalen trafen hierbei nicht nur auf patriotischen, sondern auf vielfältigen Widerstand: Über die Jahre hinweg mussten Bedenken beim bayerischen König und allgemein bei den Regierungen der Bundesstaaten ausgeräumt oder übergangen werden, gegen die Abschaffung der Schwurgerichte baute sich eine süddeutsche Front auf, die bayerische Regierung forderte und bekam ein neues Reservatrecht für Bayern⁵⁹¹ – im Gegensatz zu anderen Einzelstaaten, die dieses nur forderten – und der bayerische Reichsrat hätte die alleinige Reichskompetenz für das bürgerliche Recht scheitern lassen, wenn seine Entscheidung maßgeblich gewesen wäre. In der Zweiten Kammer wehrten sich die Patrioten erfolglos gegen die meisten Vorhaben der Liberalen.⁵⁹² Um als Beispiel für die Art der Bedenken und ihre Ausräumung an einem Punkt tiefer zu gehen: König Ludwig schreckte es vor allem, die Gerichtsorganisation in die Hände des Reiches zu legen, wie es der

⁵⁸⁹ RV 1871, Bd. 22, S. 220 (Schüttinger; 9. November 1871).

⁵⁹⁰ Ein kurzer Überblick über die verabschiedeten Gesetze bei: Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, S. 321f.; Braun, bayerisches Reichsverhältnis, S. 32-44; Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 373; Pflanze, Bismarck II, S. 60f., S. 75-77. Zum Anteil der Zentrumsfraktion am langen Prozess bis zum Erscheinen des Bürgerlichen Gesetzbuches 1900 siehe die rechtswissenschaftliche Dissertation: Michael Damnitz, Bürgerliches Recht zwischen Staat und Kirche. Mitwirkung der Zentrumsparlei am Bürgerlichen Gesetzbuch, Baden-Baden 2001. Dorothea Steffen befasst sich hingegen mit den Diskussionsprozessen im politischen Katholizismus, ebenfalls allerdings mit dem Ausschnitt der bürgerlichen Rechtseinheit: Steffen, Bürgerliche Rechtseinheit. Unter dem Aspekt der Genese und Funktionsweise von sozialer und politischer Zugehörigkeit behandelt Weichlein die „Nationale Rechtseinheit“: Weichlein, Nation und Region, S. 191-285. An der Konsolidierung des Reiches waren zahlreiche Akteure beteiligt. Die These eines weisen, vorausplanenden Bismarck als alleinigen Konsolidierers wird spätestens seit Pflanze, Bismarck, nicht mehr vertreten. In diesem Zusammenhang ist auch auf die Forschungsdiskussion um die These der „inneren Reichsgründung“ und den Bedeutungswandel des somit umstrittenen Begriffes der „inneren Reichsgründung“ hinzuweisen. Einen guten Überblick der Entwicklung bietet: Ewald Frie, Das Deutsche Kaiserreich, Darmstadt 2004, S. 32-38.

⁵⁹¹ Der Sonderweg bestand in der Exemption Bayerns von der Revisionszuständigkeit des Reichsgerichtes in Zivilangelegenheiten. Die letzte Instanz in Form eines obersten Landesgerichts wurde offiziell jedem Land ermöglicht, jedoch machte – wie geplant – nur Bayern in der Folge davon Gebrauch. Sachsen unternahm zwar den Versuch, die offizielle Regelung für sich durchzusetzen, scheiterte aber am Votum des Reichstages.

Um die Bewahrung des bayerischen obersten Landesgerichtes zu erhalten, brachte die bayerische Regierung nur Sachargumente vor, so zum Beispiel die noch fehlende allgemeine deutsche Gesetzeskodifikation. Jedoch bedeutet eine oberste Instanz auf Reichsebene eine größere Einheit des Rechtes und ebenso größere Rechtssicherheit. Eindeutig ist folglich der bayerische Sonderweg, der nicht für mehr Einheit steht.

⁵⁹² Die Zweite Kammer beschloss mit knapper Mehrheit, dass die bayerische Regierung Laskers Gesetzentwurf vom 29. Mai 1872 im Bundesrat befürworten solle. Die Erste Kammer des bayerischen Landtages lehnte am 4. Dezember 1873 den von Lasker am 29. Mai 1872 dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwurf ab.

Pflanzes Behauptung, die Verfassungsänderung von 1873 wurde gegen die Opposition der bayerischen, sächsischen und württembergischen Vertreter im Bundesrat angenommen, kann abgesehen von Bismarcks Rücksichtnahme gerade auf bayerische Einwände zu dieser Zeit aus sachlichen Gründen nicht stimmen: Eben die Kombination dieser mittelstaatlichen Stimmen reichte für die Verhinderung von Verfassungsänderungen aus. Albrecht erwähnt zwar starke Einwände der bayerischen Regierung, doch diese dürften sich auf 1874-1876 beziehen, da er für Einzelheiten auf Braun verweist, der aber nur für diese Zeitspanne von Problemen berichtet. Pflanze, Bismarck II, 75; Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, 322 und 322 Anm. 13; Braun, bayerisches Reichsverhältnis 32-44.

erste Antrag Laskers vom 9. November 1871 vorsah, da er befürchtete, die Justizhoheit werde dadurch insgesamt in die Kompetenz des Reiches übergehen. Geschickt nutzen die Liberalen ihr Netzwerk, um ihrem Vorhaben zum Erfolg zu verhelfen: Der liberale Abgeordnete und ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Hohenlohe kannte die Befürchtungen Ludwigs II. und gab sie an Lasker weiter, dessen nächster Gesetzentwurf dann auf sie Rücksicht nahm.⁵⁹³

Die Verfassung des Deutschen Reiches sah keine Reichskompetenz für das gesamte bürgerliche Recht vor. Die Liberalen Eduard Lasker und Johannes von Miquel hatten sich bereits bei den Verhandlungen um die Verfassung des Norddeutschen Bundes 1867 um die Aufnahme derselben bemüht und brachten sie durch einen Antrag wiederholt auf die Tagesordnung des Reichstages. Dort wurde der Antrag Lasker und Miquel 1871 angenommen; 1872 jedoch nochmals eingebracht und angenommen, da die Vorlage im Bundesrat auf Grund des großen Widerstandes wiederholt zwischen Plenum und Kommission hin- und hergeschoben worden war.

Die letztlich am 20. Dezember 1873 in Kraft getretene alleinige Reichskompetenz über das bürgerliche Recht, die über den soeben erst vereinbarten Status quo der Versailler Verträge hinaus ging, fand im Reichstag erwartungsgemäß den patriotischen Widerstand. Allerdings kam es von den beiden patriotischen Rednern nicht zu einer der Reichsverfassung widersprechenden Aussage, wie im Landtag von dem Extremen Ruland.⁵⁹⁴ Jakob Schüttinger⁵⁹⁵ hob in seiner Rede am 9. November 1871 als Hauptgrund gegen die Reichskompetenz die Ablehnung des Einheitsstaates hervor. Einerseits betonte er dabei, dass zivilrechtliche Bestimmungen seiner Meinung nach einzig und allein in die Zuständigkeit der Länder zu fallen hätten; andererseits bat er lediglich um einen Aufschub, sprach von „vorerst“ und begründete diese Haltung damit, dass Juristen wie Laien in letzter Zeit bereits mit einer großen Anzahl von gesetzlichen Neuerungen belastet worden seien. Als zweites Argument gegen das Vorhaben brachte der Patriot vor, dass der bayerische Abgeordnete der Fortschrittspartei Carl Herz in seiner Rede die Vereinheitlichung des Zivilrechts als leichtesten Weg zur Einführung der obligatorischen Zivilehe bezeichnet hatte. Der patriotische Advokat aus Bamberg vermutete offenbar, dass es sich bei Herz' Meinung, nicht um eine Einzelmeinung handelte. Er hatte damit Recht und Herz war mit seiner Rede einigen

⁵⁹³ Hohenlohe, Denkwürdigkeiten II, 79; Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 33.

⁵⁹⁴ Rulands rief aus: „Landrecht bricht Reichsrecht“; die Verfassung des Deutschen Kaiserreiches enthielt den Rechtssatz genau andersherum. LV KdA 1873/74, Bd. I, 18-38.

⁵⁹⁵ Jakob Schüttinger (1816-1877) Advokat in Bamberg, MdR 1871-1877, MdL Mai 1869 bis 21. September 1877 (Tod).

Strategen in den Rücken gefallen: Der bayerische Innenminister Sigmund Heinrich von Pfeufer, ein Befürworter der obligatorischen Zivilehe, hatte in einem Brief an den liberalen Abgeordneten Heinrich Marquardsen am 25. Oktober 1871 geschrieben, dass er die obligatorische Zivilehe bei dem Antrag im Reichstag gar nicht nennen würde, sondern „betonen“ würde, dass die Kompetenzerweiterung des Reichstages für die Regelung des Obligationsrechtes notwendig sei.⁵⁹⁶ Um seinem zweiten Argument Nachdruck zu verleihen, griff Schüttinger in den Zeiten des beginnenden Kulturkampfes auf Reichsebene nicht zu einer weltanschaulichen Begründung, sondern erinnerte daran, dass der Bevollmächtigte der preußischen Regierung der bayerischen Regierung die Zuständigkeit für das Verehelichungswesen zugesichert hatte. Dass Bayern per Reservat von der Reichsgesetzgebung und –aufsicht im Verehelichungswesen befreit war, erwähnte er ebenso wenig wie die anderen Patrioten ausdrücklich. Dem Beweggrund gerade der bayerischen Liberalen, demzufolge der Missstand von zahlreichen Partikularrechten in Bayern und den anderen Einzelstaaten durch Reichsrecht am einfachsten abzuschaffen sei, trat er entgegen, indem er vorschlug, die Einzelstaaten sollten vom Reich zur Beseitigung der Missstände verpflichtet werden.⁵⁹⁷

Schels, die politisch orientierte Ausnahme im klerikal-demokratischen Flügel der Patriotenpartei, beschritt am 29. Mai 1872 teilweise andere Argumentationswege als Schüttinger:⁵⁹⁸ Die Überzeugung, dass mit dem Gesetzesvorhaben der für ihn negativ konnotierte Zentralismus wachsen werde, führte auch er ins Feld. Die obligatorische Zivilehe schaltete er als Beweggrund für wie gegen das Gesetz geschickt aus, indem er auf das bereits angewandte Prinzip hinwies, wonach jede Gesetzesmaterie durch das Reich geregelt werden könne, von der behauptet würde, sie betreffe die Wohlfahrt des Deutschen Reiches. Als Sachargumente gegen den am Tag seiner Rede von Lasker vorgelegten Gesetzentwurf brachte Schels vor: Auf eine Verabschiedung des Entwurfs müsse die Verwirklichung des bürgerlichen Gesetzbuches folgen; diese werde aber sehr lange auf sich warten lassen, da die Vereinheitlichungen, die die Verfassung vorsah, noch auf einige Jahre die zur Verfügung stehenden Kapazitäten in Anspruch nehmen würden. Des Weiteren sah Schels wie sein Kollege keine Notwendigkeit für eine Verfassungsänderung, zumal seiner Meinung nach für einzelne Bürger Nachteile durch die Änderung von z. B. Erbschafts- oder Familienrecht

⁵⁹⁶ Paul Wentzcke, *Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung*, Bd. 2: *Im Neuen Reich 1871-1890. Politische Briefe aus dem Nachlaß liberaler Parteiführer*, Bonn/Leipzig 1926, S. 30f.

⁵⁹⁷ Das Vorhaben der Vereinheitlichung des bayerischen Rechts hatte die bayerische Regierung bereits in der Verfassung von 1818 festgeschrieben – tatsächlich aber noch nicht verwirklicht. Rede Schüttingers: RV 1871, Bd. 26, 219f. Aussage Herz‘ zur Zivilehe: Ebd. 215. Aussage Herz‘ zur „Bundscheckigkeit im Bereich der bürgerlichen Gesetzgebung“: RV 1871, Bd. 22, 219f.

⁵⁹⁸ Rede Schels‘: RV 1872, Bd. 25, 603-605.

eintreten werden, die in keinem Vergleich zu den geringen Vorteilen für das Ganze stünden. An dieser Stelle hob Schels außerdem hervor, dass man daran, dass die bayerische Regierung noch keinen gerechten Weg zur Abschaffung vieler Partikularrechte gefunden habe, sehen könne, wie groß die Probleme der Vereinheitlichung seien.⁵⁹⁹

Was lässt sich aus den sehr frühen Reden der patriotischen Vertreter im Reichstag schließen? Schels sprach am 29. Mai 1872, wie er sagte, „im Namen meiner politischen Freunde aus Bayern“⁶⁰⁰. Dies war eine Formulierung, die in den frühen Jahren wesentlich häufiger Verwendung fand als in den späteren und eine starke Verbindung Schels zur bayerischen Gruppe innerhalb des Zentrums zeigt. Inhaltlich führte Schels nichts aus, was nicht auch ein Nicht-Bayer hätte ausführen können. Dorothea Steffen, die Schüttingers Rede genau analysiert, fällt zu Recht folgende Äußerung ins Auge: „Meine Herren, es ist wiederholt gesagt worden, und ich stimme vollkommen damit überein, daß vom föderalistischen Standpunkte aus jeder Nation im großen deutschen Reich ihre besondere Eigenthümlichkeit gewahrt werden müsse./(Bewegung. Große Heiterkeit links.)“⁶⁰¹ Steffen schlussfolgert, „eine gemeinsame Nation existierte [für Schüttinger] nicht“. Steffen hat Recht in Bezug auf den Begriff „Nation“, der von den Liberalen für das Deutsche Reich verwendet wurde und den Schüttinger nicht auf das Deutsche Reich, sondern auf die Einzelstaaten bezog. Daran ist seine Haltung zum Reich ablesbar, und zwar insofern als er sich mit Bayern offenbar wesentlich stärker identifizierte und das Reich nicht als Nation empfinden konnte. Haltung und konkrete Politik können jedoch unterscheiden: In der konkreten Politik akzeptierte Schüttinger das Reich – nur opponierte er wie die Patrioten und die gesamte Zentrumsfraktion des Reichstags gegen die ab 1871 angestrebte Rechtseinheit beim bürgerlichen Recht offensichtlich auf Grund deren Unitarisierungstendenz, die an den föderalistischen Status quo der Reichsverfassung Hand anlegte. Hinzu trat die nur an der obligatorischen Zivilehe ablesbare Angst, durch die Rechtseinheit eine Verschärfung des Kulturkampfes zu ermöglichen. Nicht als prinzipieller, sondern als rein praktischer Grund darf der berechtigte Hinweis auf die Kapazitätsschwierigkeiten bei der Umsetzung der Rechtseinheit bezeichnet werden.

⁵⁹⁹ Ebd. 604.

⁶⁰⁰ RV 1872, Bd. 25, S. 603.

⁶⁰¹ RV 1871, Bd. 22, S. 220. Steffens Schlussfolgerungen zu dieser Äußerung sowie das folgende Zitat Steffens siehe: Steffen, Bürgerliche Rechtseinheit, S. 93f. Steffen analysiert neben der Rede Schüttingers im Vergleich auch die andere Rede der Zentrumsfraktion, die August Reichensperger hielt.

Der Aspekt des Kulturkampfes der Justizgesetze, der auch den Liberalen voll bewusst war, wird an den 1876 verabschiedeten Gesetzen deutlicher. Bereits 1871 wurde auf Anregung der bayerischen Regierung – neben zahlreichen Gesetzen – das Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes, das selbst eben erst verabschiedet worden war, in zwei Schritten in Bayern eingeführt.⁶⁰² Dies geschah ohne große Debatten im Reichstag – und ohne bayerisch-patriotische Gegenwehr. Zu Wort meldete sich einzig Mayer, der zu diesem Zeitpunkt Appellationsgerichtsrat in Augsburg war und eine redaktionelle Bemerkung von juristischer Bedeutung zum Reichsstrafgesetzbuch machte, für die er lautes „Bravo!“ von der linken Seite des Hauses erhielt.⁶⁰³ Noch bevor es 1875/76 zur Revision des Strafgesetzbuches kam, stieg man im November 1874 in die Debatte um eine Strafprozessordnung ein. Einer der am heftigsten umstrittenen Punkte in dem 1876 verabschiedeten und 1877 in Kraft getretenen Gesetzeswerk, das unter dem Namen Reichsstrafgesetze⁶⁰⁴ bekannt ist, darf im Grunde zu den Kulturkampfgesetzen gerechnet werden: Es handelt sich um die von liberaler Seite vehement verteidigten Schwurgerichte, die es nur in Süddeutschland gab⁶⁰⁵ – und von denen in Bayern wie in den übrigen Landesteilen in der Zeit des Kulturkampfes besonders Pressevergehen mit bayerisch-patriotischem (beziehungsweise Zentrums-) Hintergrund geahndet wurden. Der letztlich gefundene Kompromiss der Strafprozessordnung von 1876 ließ diese Laiengerichte für die Regionen zu, in denen sie bis dato existierten. Zwar entpolitisierte das Gesetz sie teilweise, gestand jedoch die Aburteilung von Pressevergehen zu. Aus parteipolitischen Gründen hatten die Nationalliberalen in diesem Fall selbst gegen ihr Prinzip der Einheit des Reiches verstoßen und eine Regelung eingeführt, die sie, wenn sie vom politischen Antagonisten gekommen wäre, im Jargon der Zeit „partikularistisch“

⁶⁰² Es handelt sich um das vom Reichstag am 14. April 1871 angenommene Gesetz, betreffend die Einführung Norddeutscher Bundesgesetze in Bayern (Gesetz: 22. April 1871), das unter § 7 das norddeutsche Strafgesetzbuch und dessen Einführungsgesetz führte, sowie um das am 9. Mai 1871 vom Reichstag angenommene Gesetz, betreffend die Redaktion des Strafgesetzbuchs für den norddeutschen Bund als Strafgesetzbuch für das deutsche Reich (Gesetz: 15. Mai 1871; in Kraft getreten: 1. Januar 1872). Zur Entstehung des Strafgesetzbuches vor allem im Norddeutschen Bund siehe: Sylvia Kesper-Biermann, Einheit und Recht. Strafgesetzgebung und Kriminalrechtsexperten in Deutschland vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Reichsstrafgesetzbuch von 1871 (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte Bd. 245), Frankfurt a. M. 2009, v. a. S. 280-284 und S. 297-371.

⁶⁰³ RV 1871, Bd. 19, S. 572 (8. Mai 1871).

⁶⁰⁴ Es handelt sich um vier Gesetze: Gerichtsverfassungsgesetz, Strafprozessordnung, Zivilprozessordnung und Konkursordnung.

⁶⁰⁵ Preußen hatte nur in den neuen Landesteilen 1867 „kleine Schöffengerichte (ein Richter, zwei Schöffen)“ eingeführt, „die für die Aburteilung geringfügiger Delikte, der sog. Polizeistrafsachen, zuständig waren“: Uwe Wilhelm, Das Deutsche Kaiserreich und seine Justiz. Justizkritik – politische Strafrechtssprechung – Justizpolitik (Historische Forschungen Bd. 93), Berlin 2010, S. 52. Laut Wilhelm empfanden viele Richter in Preußen „die politischen Prozesse als drückende Last [...], die sie liebend gern auf die Geschworenen abgewälzt hätten.“ Ebd. S. 639.

geschimpft hätten.⁶⁰⁶ Auch das Verhalten der Patriotenpartei ist auffällig; nicht dass man urteilen könnte, sie wichen nie von der Linie ab, die man erwarten würde, denn auch das bayerische Gesandtschaftswesen wollte sie zum Beispiel abschaffen – aber der ausschlaggebende Punkt gegen diese Regelung, die eine bayerische Eigenheit bewahrte, bestand eindeutig in der erhofften Abschaffung eines Kulturkampfinstrumentes.⁶⁰⁷ Der Hinweis der Zentrumsfraktion auf die enorme Einschränkung der Pressefreiheit, die das Gesetz bedeute, stellte jedoch einen vollkommen objektiven Einwand dar.⁶⁰⁸ Wie die Schwurgerichte oder auch das Fehlen der Revision an der Strafprozessordnung so störten zahlreiche Details die gesamte Zentrumsfraktion an dieser und an der geplanten Gerichtsverfassung. Man bemängelte die Rechtssicherheit für die Bürger und den fehlenden Fortschritt, den die Neuerungen mit sich bringen würden. Windthorst, der sich mit beiden Reichenspergern in den Debatten um die Justizgesetze sehr engagierte, hielt wie so oft Grundsatzreden für die Fraktion, die mangels patriotischer Reden für deren Beweggründe im Reichstag aushelfen müssen – und dank gleichen Abstimmungsverhaltens dürfen. Ob die patriotischen Reichstagsabgeordneten Windthorsts Aussage, die den geplanten Reichsjustizgesetzen volle Berechtigung zusprach, uneingeschränkt teilten, muss jedoch dahingestellt bleiben. Anlässlich des Gerichtsverfassungsgesetzes prangerte der Abgeordnete für Meppen die Art und Weise an, wie im Kaiserreich Gesetze gemacht würden. Diese führte seiner Meinung nach über die Abhängigkeit von Nationalliberalen und Regierung zur „Zerstörung aller parlamentarischen Tätigkeit“, dazu, dass „in der letzten Instanz nur bei dem Reichskanzler“ entschieden werde, und zu der Frage, ob man in naher Zukunft „noch von dem Reiche als einem Bundesstaate wird sprechen können“⁶⁰⁹. Es kristallisieren sich der Schutz von Parlamentarismus und Föderalismus sowie das Ankämpfen gegen die dominierende Stellung des Reichskanzlers als Beweggründe politischen Handelns der Zentrumsfraktion heraus.

⁶⁰⁶ Die bayerische Regierung setzte sich im Bundesrat ebenfalls für den Erhalt der Schwurgerichte ein: Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 38.

⁶⁰⁷ In der Landtagsdebatte (LV KdA 1873/74, Bd. I, 189-198) sprachen sich die Patrioten ebenfalls für die Abschaffung der Schwurgerichte aus. Die Verurteilung von konservativen Pressevergehen war wohl vordergründig, wurde von ihnen aber nicht als Motiv angegeben. In diese Richtung deutete jedoch Jörgs Aussage, dass durch die Schwurgerichte beschränkter Untertanenverstand als Richter fungierte. Jörg meldete außerdem Zweifel an der Kompetenz des Landtages in dieser Frage an – in Anbetracht dessen, dass die Patriotenpartei den Landtag sonst für reichspolitische Entscheidungen gerne zu nutzen suchte, ein vorgeschobenes Argument. Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 37 f., beurteilt Jörgs Argument ähnlich. Nicht stichhaltig hingegen ist Brauns Behauptung, die Patrioten hätten mit ihrer Ablehnung der Schwurgerichte gegen das Ministerium und den Liberalismus opponieren wollen: Ebd. 38.

⁶⁰⁸ RV 1876, Bd. 42, 873f. (Windthorst). Bemängelt wurde auch, dass der Gesetzentwurf die Anzahl der Richter, deren Kompetenzen bei den Schwurgerichten unter anderem die Festlegung des Strafmaßes umfasste, nicht auf fünf, wie zum Beispiel in Bayern üblich, sondern auf drei, wie in Württemberg und Sachsen, festlegte, was die Rechtssicherheit noch weiter einschränkte: Rede Windthorsts: RV 1876, Bd. 45, 291.

⁶⁰⁹ RV 1876, Bd. 42, 871-873.

Gerade in Anbetracht der Verweigerung ihrer Stimmen für das Gerichtsverfassungsgesetz und die Strafprozessordnung 1876 ist es wichtig zu sehen, dass am selben Tag die Patrioten mit dem gesamten Zentrum ihre Zustimmung zur Zivilprozess- und Konkursordnung gaben – so dass folglich nicht jede Vereinheitlichung kategorisch abgelehnt oder aus taktischen Gründen verworfen wurde.⁶¹⁰ Anhand der patriotischen Reden lässt sich konstatieren, dass die Partei 1871/72 bremsend auf die Vereinheitlichung einwirken wollte; dabei spielte nur zum Teil die Angst vor einer Verschärfung des Kulturkampfes eine Rolle. Den Vergleich ziehend zu den Regierungen, die Jahre benötigten, um untereinander sowie mit dem Reichstag zu einer Einigung zu gelangen,⁶¹¹ lässt sich für diese politischen Kräfte von einer Eingewöhnungsphase in den frühen Jahren des Deutschen Reiches sprechen.

Wie verhielten sich andere Parteien des Reichstages? 1871/72 stand das liberale Lager geschlossen hinter der Verfassungsänderung, da Rechtseinheit zu den wichtigsten Vorstellungen seines Nationsbildes gehörte.⁶¹² Die seit 1874 diskutierte Umsetzung der erweiterten Reichskompetenz drohte jedoch den Liberalismus zu spalten – was von Bismarck ab 1875 für die Nationalliberalen, aber damit im Grunde für den Liberalismus als politische Kraft im Reichstag gezielt betrieben wurde.⁶¹³ Ursache war, dass die gewünschte Zentralisation vor allem in der Strafgesetznovelle mit gesetzlichen Bestimmungen verknüpft war, die die bürgerliche Freiheit vehement einschränkten.⁶¹⁴ Aber auch in Bezug auf die Regelung, die Bayern verschleierte eine eigene oberste Instanz in Zivilsachen zugestand, gingen die Ansichten der Liberalen auseinander: Die einen sahen in der Ausnahme ein unerwünschtes Abweichen von der Rechtseinheit, die anderen sprachen sich erstens aus rechtlichen Gründen für die Exemption Bayerns von der Revisionszuständigkeit des Reichsgerichtes aus (so beispielsweise wegen der noch fehlenden Vereinheitlichung des Zivilrechts), zweitens auf Grund der Einschätzung, dass der Förderung der bayerischen Reichssympathie ein langsames Fortschreiten auf dem Weg der Kompetenzerweiterung für das Reich zuträglich sei. Ähnliches, aber nicht einzig auf Bayern bezogen, war von patriotischer Seite 1872 anlässlich der Reichskompetenz für das Zivilrecht als Argument ins

⁶¹⁰ Die GesamtAbstimmungen über alle vier Gesetze, von denen nur die über die Gerichtsverfassung namentlich war: RV 1876, Bd. 42, 1001-1004.

⁶¹¹ Braun, Reichsverhältnis, S. 42, spricht in seiner Darstellung von „86 Punkten, die der Bundesrat für unannehmbar hielt“.

⁶¹² Der bekannten württembergische Abgeordneten Moritz von Mohl, der im Reichstag trotz liberaler Gesinnung fraktionslos blieb, stimmte in den föderalen Fragen mit der Zentrumsfraktion überein: Westermayer, Mohl, S. 308.

⁶¹³ Zu Bismarcks politischen Kniffen nach dem Prinzip divide et impera und den komplexen Zusammenhängen der liberalen Differenzen: Pflanze, Bismarck II, 50-82.

⁶¹⁴ Ebd. 60f. und 75.

Feld geführt worden. Mit Recht warfen die Redner der Zentrumsfraktion 1876 den Nationalliberalen vor, nach der zweiten Lesung nicht nur ihre freiheitlichen Grundsätze über Bord geworfen zu haben, sondern auch mit ihrer Befürwortung ein Gesetzespaket zu unterstützen, das Ausnahmen für bestimmte Einzelstaaten enthielt und somit die erstrebte Rechtseinheit nicht schuf. Windthorst hatte auf die Ablehnung der Nationalliberalen gehofft; Franckenstein hingegen war von Anfang an der Meinung, dass sie letztlich dem Reichskanzler folgen würden.⁶¹⁵

Die Konservativen wollten eigentlich Geschworenengerichte für das gesamte Deutsche Reich, fügten sich dann aber in einen Kompromiss. Allerdings offenbarten die Diskussionen um die 1876 zustandegekommenen Gesetze tiefe Gräben zwischen ihren Vorstellungen und denen der Liberalen.⁶¹⁶

Der Fortschritt, den liberalen Prinzipien treu bleibend, und die Sozialdemokratie, die die Rechte des Volkes verraten fühlten, stimmten 1876 mit der Zentrumsfraktion gegen Gerichtsverfassung und Strafprozessordnung. Das Auseinanderklaffen der Meinungen von Nationalliberalen und Fortschrittlern führte zur Aufkündigung ihrer bisherigen Zusammenarbeit bei den Wahlen und einem Auseinanderdriften, auch wenn der Flügel um Forckenbeck eine Wiederannäherung an die Fortschrittspartei wünschte.

2. Bismarcks Reichseisenbahnpläne

Wie gegen die Rechtseinheit bestanden gegen Bismarcks in den 70er Jahren erfolglos betriebene Reichseisenbahnpläne unter anderem einzelstaatliche Bedenken aus mehreren Ländern. Dies kam dem Standpunkt, den die Bayerische Patriotenpartei vertrat, entgegen.⁶¹⁷

„Anscheinend mit stillschweigender Einwilligung des Kanzlers“⁶¹⁸ legten die Liberalen 1873 im Reichstag einen Gesetzentwurf vor, der als ersten Schritt zur Verwirklichung der in der Verfassung vorgesehenen Regulierung des teils landesherrlichen teils privatwirtschaftlichen Eisenbahnwesens ein Reichseisenbahnamt vorsah. Die patriotischen Abgeordneten des Reichstages, unterstützt vom Rest der Zentrumsfraktion, sahen das bayerische Reservatrecht bedroht, das Bayern von der Reichsgesetzgebung und –aufsicht im Eisenbahnwesen ausnahm.

⁶¹⁵ Aretin, Franckenstein, S. 67.

⁶¹⁶ Volker Stalman, Die Partei Bismarcks. Die Deutsche Reichs- und Freikonservative Partei 1866-1890 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 121), Düsseldorf 2000, S. 155f.

⁶¹⁷ Zu den Auseinandersetzungen um Bismarcks Reichseisenbahnpläne: Pflanze, Bismarck II, S. 61-64; Weichlein, Nation und Region, S. 37-104; Alfred von der Leyen, Die Eisenbahnpolitik des Fürsten Bismarck, Berlin 1914; Roland Rottzahl: Bismarcks Reichseisenbahnpolitik, Phil. Diss. [masch.] Frankfurt a. M. 1936.

⁶¹⁸ Pflanze, Bismarck II, S. 62.

Sie sprachen sich gegen eine Einbeziehung des bayerischen Territoriums in das vorliegende Gesetz, betreffend die Errichtung eines Reichs-Eisenbahnnamtes, aus und lehnten die „Centralisation und Unifikation“, die eine Zentralbehörde mit sich brachte, ab.⁶¹⁹ Der bayerische Minister Fäustle, der später die Exemption der bayerischen Zivilrechtssprechung von der Revisionszuständigkeit des Reichsgerichtes durchsetzte, sicherte auf die Anfrage des Patrioten Mayer jedoch sofort in einer äußerst knapp gehaltenen Rede zu, dass die bayerische Vertretung im Bundesrat für die Wahrung des verfassungsmäßigen Rechts eintreten werde.⁶²⁰ Das Reichseisenbahnnamt passierte Reichstag und Bundesrat⁶²¹ – doch die noch notwendigen Gesetze, die ihm die Rechtsgrundlage schaffen mussten, um seine Tätigkeit aufzunehmen, scheiterten 1874 und 1875 im Bundesrat an fast allen Einzelstaaten mehr aus politischen als aus volkswirtschaftlichen Gründen.⁶²² Der Einfluß der privaten Eisenbahngesellschaften mag auch eine Rolle, wenn auch eine untergeordnete, gespielt haben. Aus dem Lauf der Entwicklung heraus darf die Zustimmung der Regierungen 1873 als keine Befürwortung des Vorhabens betrachtet werden.

Hatten die Einwände der Patriotenpartei 1873 vor allem die Wahrung des Reservatrechtes im Auge, so traten bei Bismarcks neuem Vorstoß 1876 neue Beweggründe hinzu, die sie nur im Landtag eingehend erläuterten.⁶²³ Nachdem der Reichskanzler hatte erkennen müssen, dass seine bisherigen Unternehmungen im Sande verlaufen waren, fasste er Ende 1875 den Plan, die Eisenbahnen zu verstaatlichen. Zu seinen bisherigen Zielen – die Missstände der privaten Eisenbahnverwaltung abzuschaffen, unter denen jeder Bahnreisende, aber auch die Wirtschaft litt, und dadurch den nationalen Gedanken zu stärken und das Reich zu konsolidieren⁶²⁴ –

⁶¹⁹ RV 1873, Bd. 28, 893f., (Zitat:) 893 (29. Mai 1873). Der patriotische Redner, Appellationsgerichtsrat Dr. Max Theodor Mayer (1817-1886), MdR 1871-1884, MdL 1875 bis 23. April 1883 (N), verwies in seiner Rede des Weiteren auf die bereits gefallen föderalistischen Argumente, die jedoch von Reichskollegen vorgebracht wurden. Windthorst nutze den Schluss der zweiten Beratung, um seiner Überzeugung für Föderalismus und gegen Unitarismus Ausdruck zu verleihen: RV 1873, Bd. 28, 895. Die patriotische Presse hob das rechtliche Problem hervor, dass ein Vertrag durch ein Reichsgesetz angetastet werden sollte.

⁶²⁰ Ebd. 895.

⁶²¹ Obwohl zunächst die Regierungen der vier Mittelstaaten und die Hessens sowie Mecklenburgs der Zentralverwaltung der bestehenden Eisenbahnlinien ablehnend gegenüberstanden.

⁶²² Die geplanten Reichseisenbahngesetze hätten es dem Amt erst ermöglicht, Tarife und Dienstleistungen zu vereinheitlichen. Nacheinander traten zwei Präsidenten der Behörde wegen des Scheiterns der Gesetze zurück: Pflanze, Bismarck II, S. 62.

Schon am 13. Januar 1872 begann Bismarck mit seinen Versuchen, das bayerische Eisenbahnreservat zu beschneiden und die Hoheit über die bayerische Eisenbahnpolitik zu erringen. Weichlein, Nation und Region, S. 51-53, schildert ausführlich die amüsanten Details der sich daraufhin entspinne Auseinandersetzung zwischen Bismarck und der bayerischen Regierung bis Dezember 1873.

⁶²³ Die entscheidenden Sätze der Patrioten fielen 1876 im bayerischen Landtag – und nicht wie 1873 im Reichstag. Eine Abhandlung dieser Materie getrennt in Landtags- und Reichstagskapitel erscheint jedoch aus drei Gründen nicht sinnvoll: Der Zusammenhang der Pläne Bismarcks, die Kürze der patriotischen Äußerungen sowie die Bedeutung des Vergleichs mit politischen Kräften außerhalb des bayerischen Landtags.

⁶²⁴ Morsey führt zudem als Intention an, dass Bismarck eine schärfere Eingriffsmöglichkeit gegen die sich in Preußen befindlichen einzelstaatlichen Kräfte in die Hand bekommen wollte: Rudolf Morsey, Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867-1890, Münster 1957, 141.

gesellte sich nun ein weiterer: Das Reich sollte durch die Einnahmen aus dem hinzugewonnenen Verkehrswesen von den Matrikularbeiträgen der Einzelstaaten unabhängiger gemacht werden⁶²⁵ – was Auswirkungen auf das Verhältnis von Reich und Ländern sowie auf das Verhältnis Regierung und Parlament jeweils zugunsten des Reiches gehabt hätte.⁶²⁶ Ergo verfolgte Bismarck wirtschaftliche und machtpolitische Ziele. Des Reichskanzlers Absichten blieben der Patriotenpartei nicht verborgen. Freytag wandte sich im Landtag am 23. Februar 1876 mit einer Interpellation an die bayerische Regierung.⁶²⁷ Wie bereits Braun feststellte,⁶²⁸ enthält sie die aus patriotischer Sicht entscheidenden Punkte gegen eine Reichseisenbahn: Das Gespenst des omnipotenten Staates tat sich mit diesem Schritt in Richtung Staatssozialismus auf, zumal man in ihm nur den Anfang einer weiteren Verstaatlichung und Zentralisierung anderer Bereiche des Verkehrswesens sah. Dies widersprach der föderalistischen Überzeugung der ersten bayerischen Volkspartei. Die Erschließung der neuen Einnahmequelle für das Reich verstärkte für sie den Hautgout des Unitarismus. Auch hatten die Patrioten, wie sie dachten, pekuniäre Vor- und Nachteile für Bayern im Blick: Auf die bisherigen planbaren Einnahmen aus dem Verkehrswesen sollte Bayern nicht verzichten müssen und die Mehrkosten für die benötigten Reichsbeamten sollten den belasteten Finanzen erspart bleiben. Ein weiterer Einwand bestand gegen die neue Schar von Reichsbeamten – auch von Seiten der bayerischen Regierung: Die vom Reich, nicht von den Einzelstaaten abhängigen Beamten wären zahlreich in den Ländern tätig gewesen. Letztlich hätte das sicherlich – ganz nach Bismarcks Wünschen – den Reichsgedanken in der Bevölkerung gestärkt.

Wie sind die patriotischen Entscheidungen zu beurteilen?

Wie sich später herausstellen sollte, waren die finanziellen Vorteile der eigenen Staatsbahnen für den bayerischen Staatshaushalt nicht enorm. 1881 erwirtschafteten die Staatsbahnen einen Gewinn von 7 971 Mark pro Kilometer.⁶²⁹ Zudem musste Bayern auf Reichszuschüsse dank Reservat verzichten. Offenkundig war für die Zeitgenossen, dass für jeden Bahnbenutzer die Unzahl an Tarifen im Deutschland undurchschaubar und die fehlende Abstimmung der

⁶²⁵ Pflanze, Bismarck II, 61f.

⁶²⁶ Die Einzelstaaten entrichteten von ihren direkten Steuern und dem Teil der indirekten Steuern, der nicht dem Reich zufloss, nach einem an ihrer Bevölkerungszahl orientierten Verteilungsschlüssel Matrikularbeiträge an das Reich; die Gesamtsumme mußte jährlich vom Reichstag bewilligt werden (Art. 70 der Reichsverfassung). Diese Zusammenhänge waren in den folgenden Jahren noch öfter von Bedeutung.

⁶²⁷ LV KdA 1875/76, Bd. I, 118. Vgl. Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 71; Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 373.

⁶²⁸ Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 71.

⁶²⁹ Damit lag Bayern unter dem Durchschnitt im Reich, der 11 712 Mark pro Kilometer (für das Betriebsjahr 1880/81) betrug. Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Königreich Bayern 9, München 1907, 97; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 4, Berlin 1883, 108. Siehe: Eggert, Reservatrechte, S. 63.

Fahrpläne äußerst nachteilig waren. Auch wenn man die Nachteile kannte und die Vorteile überschätzte, war für die Einstellung zu Bismarcks Vorhaben 1873 letztlich die symbolische Bedeutung entscheidend, mit der das Gros des bayerischen Volkes und die Patriotenpartei das Eisenbahnreservat verbanden. Für 1876 verhinderte Bismarcks Streben nach einem Monopol die klare Sicht auf die Bedeutung des Reservates zu dieser Zeit für die Patrioten: Die Ablehnung des Monopols überlagert und überwiegt zumindest nach außen eindeutig den Schutz des Reservates. Föderalismus, Antisozialismus und die Wahrung des parlamentarischen Charakters des Reiches traten in den Vordergrund.

Anders als bei seinem Plan des Reichseisenbahnnamtes musste Bismarck bei diesem Reichseisenbahnprojekt auch auf die Unterstützung der meisten Liberalen verzichten – denn mit einer liberalen Wirtschaftsordnung war das Verstaatlichungsvorhaben nicht in Einklang zu bringen.⁶³⁰ Aus der quer durch die Parteien verlaufenden Abwehrfront ergab sich der Misserfolg des Unternehmens: Als Vorreiter opponierte der bayerische Landtag; es folgten der sächsische Landtag und der württembergische Landtag. Sogar im Reichstag zeigte sich die Mehrheit der Abgeordneten mit ihren patriotischen Kollegen in ihrer ablehnenden Haltung eins. Im Bundesrat widersetzten sich – wie bei den Kompetenzübertragungen an das Reichseisenbahnamt – Bayern,⁶³¹ Württemberg, Baden und Sachsen, da diese Länder dem Reich die mit dem Aufkauf der Bahnen entstehende „Konzentration wirtschaftlicher und sozialer Macht“ nicht anvertrauen wollten.⁶³² Nur der preußische Landtag stimmte dem Verkauf der preußischen Staatsbahnen (gegen Zentrum und Fortschritt) zu.⁶³³ Selbst im preußischen Ministerium bestanden jedoch starke Vorbehalte.

Was lässt sich aus dieser Synopse von Entscheidungen schließen?

Es ergibt sich das Bild einer breiten Abwehrfront gegen Bismarcks Reichseisenbahnpläne, die bei den föderalistisch orientierten Parteien wie den mittelstaatlichen Regierungen begann und letztlich sogar bei den Liberalen endete. Dies zeigt, dass die Stimmung im Reich allgemein gegen diese Unitarisierungstendenz gerichtet war – und zwar sowohl 1873 als auch 1876. Die

⁶³⁰ Auf Reichsebene gab es Liberale, die das Projekt befürworteten, doch fehlte ihm jegliche Basis in den Ländern. Der bayerische Liberalismus und seine Presse hießen die Pläne nicht wirtschaftlich und dem bayerischen Reichsverhältnis nicht zuträglich; beispielsweise: MNN 7 vom 7. Januar 1876; MNN 67 vom 7. März 1876; MNN 68 vom 8. März 1876. Vgl. Eggert, Reservatrechte, 97 und 99.

⁶³¹ Wie 1873 erhielt auch 1876 der patriotische Abgeordnete auf seine Anfrage im Parlament sogleich eine beruhigende Antwort von der Ministerbank: Pfretschner versicherte, dass Bayern sein Reservatrecht behalten und zudem eine Isolation der bayerischen Bahn (auf Grund eines Aufkaufes aller übrigen Bahnen durch das Reich) verhindern werde: LV KdA 1875/76, Bd. I, 121f.

⁶³² Zitat: Pflanze, Bismarck II, 63. Zusammenfassungen von Opponierenden siehe: Ebd. 62f.; Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 72.

⁶³³ Im preußischen Herrenhaus setzten sich die Ultrakonservativen erfolglos zur Wehr: Pflanze, Bismarck II, 63.

Intention der Einzelstaaten traf sich in diesem Fall eindeutig mit der der Bayerischen Patriotenpartei, und zwar in der Bewahrung des föderalistischen Status quo und der Verhinderung einer weiteren Machtverschiebung zugunsten des Reiches. Auch wenn sich die Gründe der Patrioten, sowie ihnen gleichgesinnter Parteien, und des Liberalismus, die 1876 zu ihren negativen Voten führten, nur teilweise überlappten, wird deutlich, dass die Mehrheit der Abgeordneten und Wähler im Reich nicht bereit war, das Reich auf Kosten der eigenen Interessen – Föderalismus, eigener Einzelstaat, liberale Wirtschaftsordnung – zu stärken. Dabei würde man den Liberalen den Reichsgedanken nicht absprechen – und sollte ihn auf Grund derselben Entscheidung für die Patrioten nicht völlig verneinen.

3. Eine Aktivierung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten über den Reichstag?

Im Gegensatz zur breiten Front gegen Bismarcks Reichseisenbahnpläne fanden sich die bayerischen Patrioten bei dem Versuch, den Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten zu aktivieren, beinahe allein auf weiter Flur.⁶³⁴ Rückenstärkung erhielten sie bei dem Unternehmen, das eindeutig ein bayerisches Projekt innerhalb der Zentrumsfraktion war und das keine Reaktion auf eine Vorlage von anderer Seite, sondern Aktion bedeutete, nur von ihren Fraktionskollegen.⁶³⁵ Genauso wie im Landtag versuchten die Patrioten, allen voran Jörg, auch im Reichstag den Ausschuss durch Nachfrage aus seiner Bedeutungslosigkeit zu holen. Jörg forderte Bismarck 1874 mit einer sachkundigen, witzigen und zahlreiche Spitzen enthaltenden Rede heraus, die den mächtigen Kanzler zu einer „nervös-gereizten Replik“⁶³⁶ veranlaßte. Soden urteilte: „Bismarck [sic] selbst wüthete; so sah man ihn nie, Jörg hatte ihn ins Herz getroffen“⁶³⁷. In seiner Antwort machte der

⁶³⁴ Ausführlich zu der Bedeutung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten in Politik und Geschichte: Ernst Deuerlein, *Der Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten 1870-1918*, Regensburg 1955. Beinahe alleiniges Recht zur Regelung der auswärtigen Angelegenheiten stand gemäß der Reichsverfassung dem Reich zu; zur genauen Kompetenzverteilung und zur Kompetenzverteilung aus bayerischer Sicht: Huber, *Verfassungsgeschichte* III, S. 930ff.; Albrecht in: Spindler, *bayerische Geschichte*, S. 320, 322-324. Zu Querelen in der (bayerischen) Politik hinsichtlich Gesandtschaftswesen und Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten: Braun, *bayerisches Reichsverhältnis*, S. 58-68; Hartmannsgruber, *Patriotenpartei*, S. 376f.

⁶³⁵ Windthorst's Rede: RV 1874/75, Bd. 34, S. 486-488.

⁶³⁶ Zitat: Hartmannsgruber, *Patriotenpartei*, 377. Reden Jörgs: RV 1874/75, Bd. 34, S. 480-484 und 491f.; Bismarcks Replik: Ebd. S. 484-486.

⁶³⁷ Brief Soden an Max Graf Seinsheim 10. Dezember 1874: Jörg, *Briefwechsel*, 414 Nr. 294 (hier auch über die Stimmung im Reichstag). Das abwertende Urteil bei Braun, *bayerisches Reichsverhältnis*, 64, über Jörgs Versuch ist wohl aus der von Jörg nicht angreifbaren Macht und Entscheidungsbefugnis Bismarcks abzuleiten. Braun übersieht dabei den gewaltigen Eindruck, den Jörg mit seiner Rede und seiner kurzen Antwort auf Bismarcks Replik bei den Zeitgenossen hinterließ – die sich entspinnde Debatte im Reichstag kann als Eklat bezeichnet werden. Der Tag wurde als „Jörg-Tag“ bezeichnet und sogar die *Nationalzeitung* nannte Jörg einen

Reichskanzler seinen Standpunkt unmissverständlich klar: Er wollte die Einzelstaaten nicht in brisante außenpolitische Entscheidungen eingebunden sehen. Jörgs Intention, den Ausschuss zu aktivieren, misslang – aber das Rededuell erregte reichsweit Aufsehen, hatte die in diesem Fall wenig föderalistische Haltung Bismarcks bloßgestellt und das ihm vorgeworfene „persönliche Regiment“ unterstrichen.

Mit welchen Argumenten wartete Jörg in seiner Interpellation auf?

Die zentrale Frage der Rede Jörgs lautete, „ob und wie er [= der Ausschuss] in Wirksamkeit getreten sei.“⁶³⁸ Der Patriot erläuterte, warum seiner Ansicht nach der Bundesratsausschuss vorgesehen sei: Er sei vorgesehen, um die Bundesstaaten durch den preußischen Leiter der auswärtigen Angelegenheiten auf dem aktuellen Stand zu halten. Zudem damit die Vertreter der Bundesstaaten bei Bedarf aktiv werden und mäßigend auf Personen und Geschehnisse einwirken könnten, so dass es nicht zu „kolossalen Fehlgriffen“ in der Außenpolitik komme.⁶³⁹ Zu derlei Fehlgriffen konnte es nach Jörgs Meinung besonders dann kommen, wenn – wie momentan im Reich – ein „persönliches Regiment“ geführt werde.⁶⁴⁰

Worin bestand also das Anliegen der Bayerischen Patriotenpartei und wie ist es zu werten?

Gegen das persönliche Regiment Bismarcks – wie Jörg und seine Parteifreunde es empfanden – richtete sich die hier zu untersuchende Initiative der Patrioten zur Aktivierung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Da der Ausschuss in den Versailler Bündnisverträgen vorgesehen war und es sich um einen Bundesratsausschuss, nicht um einen Reichstagsausschuss handelte, forderte die erste bayerische Volkspartei in diesem Falle, ein vereinbartes föderalistisches Organ des Deutschen Reiches mit seinen Aufgaben zu betrauen. Dass Bayern als Sonderrecht den Vorsitz des Ausschusses innehaben sollte, hätte der Stimme Bayerns zwar stärkeres Gewicht verliehen, hätte aber im Grunde nur die Mitarbeit der vom

„gefährlichen Kämpfer und einen der verschlagensten Diplomaten aller Zeiten“: Brief Jörg an Franz Binder 7. Dezember 1874: Jörg Briefwechsel, 413 Nr. 293. Dazu auch die patriotische Presse: AP 289 vom 7.12.1874, 2278; vgl. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 377 Anm. 92.

⁶³⁸ Als Abgeordneten erreichten ihn naturgemäß auch Nachfragen seiner Wähler; wie er in der Rede angab, auch zu dem Ausschuss. Zitat: RV 1874/75, Bd. 34, S. 481.

⁶³⁹ Jörg stellte Art. 8 Abs. 3, der die Existenz des Bundesratsausschusses begründet, in Zusammenhang mit Art. 11 Abs. 2, der festlegt, dass der Bundesrat für eine Kriegserklärung sein Einverständnis geben muß; damit wies der Parlamentarier eine weitere Verbindung zwischen dem Bundesrat und der Außenpolitik des Reiches nach – die es zusätzlich nahelegte, dass der Bundesrat wissen müsse, wie sich die Ereignisse hin zu einer geplanten Kriegserklärung entwickelt hatten. Zur Erläuterung der Notwendigkeit des Ausschusses führte Jörg europäische Ereignisse der jüngsten Vergangenheit als Beispiele an.

⁶⁴⁰ Mit den Sätzen, in die die Formulierung des persönlichen Regimentes eingebettet ist, forderte Jörg den Reichskanzler in besonderem Maße heraus: „Denn, meine Herren, es ist am Ende doch für keinen Unbefangenen zu leugnen, daß gerade im Laufe dieses Jahres in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten des Reiches in sehr greifbarer Weise ein persönliches Regiment zu Tage getreten ist, das seine schweren Bedenken hat. Wir haben erst in den letzten Tagen vom Bundesrathstische aus gehört, daß die menschlichen Schwächen ja allen Dingen ankleben. Das persönliche Regiment hat seine bedenklichen Seiten, wenn es auch von der genialsten Persönlichkeit getragen wird. Ich behaupte sogar, je genialer der Träger, desto mehr ist er bedenklichen Zufällen, Anfällen und außerordentlichen Einfällen mitunter ausgesetzt.“ (Heiterkeit)“ RV 1874/75, Bd. 38, 482.

liberalen bayerischen Ministerium instruierten Bundesratsvertreter auf einem Terrain der Reichspolitik bedeutet. Zu werten ist der Vorstoß folglich als positive Mitarbeit auf dem Boden des Reiches. Separatistische Bestrebungen lagen gänzlich fern. Bayerisch-patriotisches Gefühl schwang sicherlich bei der Interpellation mit. Jörgs scharfer Blick für das Zeitgeschehen, den er in den Zeitläufen der *HPB* stetig unter Beweis stellte, schielte aber nicht auf die Interessen des eigenen Einzelstaates: Die Initiative der Patrioten ist tatsächlich als Versuch zu verstehen, ein föderalistisches Gegengewicht gegen das dem Zugriff der Länder und des Reichstages entzogene Auswärtige Amt und gegen Bismarck zu ‚schaffen‘.

4. Bismarcks Stellvertretergesetz

„In Berlin geht alles wie es nicht gehen soll, die NationalLiberalen tragen die Köpfe recht hoch und selbst Bennigsen hat auf seinem eingebildeten [!] Gesichte einen zufriedenen Ausdruck. Die Herrn sind handels eins mit Bismark [!] und wir nicht Preußen bezahlen die Zeche. Man glaubt in Berlin, daß der Reichskanzler demnächst nach Berlin kommen wird, sich eine Interpellation über seine äußere Politick [!] bestellt hat, um Gelegenheit zu haben dem Reichstage seine Thätigkeit zu entwickeln, und daß bei dieser Gelegenheit, oder für sich, aber fast gleichzeitig das Unhaltbare unserer durch die Verfassung geregelten Verhältnisse dargestellt werden soll. Selbstverständlich werden die reichsfreundlichen Scharen dann vor Bewunderung in die Knie fahren und auf den kleinsten Wink folgen in was er will. Man glaubt in Berlin daß Bennigsen an Hofmanns Stelle treten und zugleich preußischer und Reichsinnenminister werden wird.“⁶⁴¹

Diesen gleichermaßen amüsanten wie pessimistischen Zeilen Franckensteins an Soden vom 8. Februar 1878 gingen zahlreiche Ereignisse voraus: Innerparteilich ist zunächst ein Aufruhr der konfessionell ausgerichteten Minderheit der Bayerischen Patriotenpartei mit Beginn im Sommer 1876 zu nennen, der sowohl gegen die politische – nicht konfessionelle – Ausrichtung der Partei als auch gegen die Strategie der patriotischen Fraktion im Landtag und der Zentrumsfraktion im Reichstag gerichtet war. Er führte über Presseartikel wie die von Georg Ratzinger zur nicht sehr langlebigen katholischen Volkspartei von Johann Baptist Sigl.⁶⁴² Außerdem präsentierten die Reichstagswahlen von 1877 dem Fraktionsvorsitzenden Franckenstein nicht nur auf Grund der Parteiauseinandersetzungen in Bayern eine schwierige

⁶⁴¹ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, Nr. 604, Brief Franckenstein an Soden vom 8. Februar 1878.

⁶⁴² Vgl. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 313f. und 325-334; Amann, Ratzinger.

zusammengesetzte Reichstagsfraktion.⁶⁴³ Von weltpolitischer Bedeutung war der Tod Papst Pius' IX. am Tag vor Franckensteins Brief, durch den die Zukunft der katholischen Kirche und der Katholiken in Deutschland für den Moment nicht gewisser geworden war. Innenpolitisch sind Franckensteins Äußerungen vor dem Hintergrund eines jahrelangen geringen Machpotentials der Zentrumsfraktion im Reichstag zu sehen, auch wenn die Zentrumsfraktion mit ihrem Vorschlag, Leipzig – und nicht Berlin – als Sitz des Reichsgerichts festzulegen, ein Jahr zuvor einen Erfolg erzielt hatte.⁶⁴⁴ Der Unmut über die Bismarck hörigen, „reichsfreundlichen Scharen“ ist deutlich, ebenso über eine vermutete Planung, die Preußen bevorzugen würde.⁶⁴⁵ Vorausgegangen war auch ein langer, krankheitsbedingter Urlaub Bismarcks von April 1877 bis Februar 1878 sowie Gespräche Bismarcks mit der nationalliberalen Parteigröße Bennigsen, an die sich zahlreiche Gerüchte in Zeitungen und Öffentlichkeit knüpften.⁶⁴⁶ „[D]as Unhaltbare unserer durch die Verfassung geregelten Verhältnisse“ bestand in der staatsrechtlich umstrittenen Stellvertretung des Reichskanzlers, die – wie Franckenstein richtig vermutete – 1878 geregelt werden sollte: Bei den Beratungen des sogenannten Stellvertretergesetzes 1878 nahm Franckenstein im Namen der gesamten Zentrumsfraktion mit einer seiner punktgenauen Reden in der zweiten Lesung am 8. März einen dezidiert föderalistischen Standpunkt ein.⁶⁴⁷ Der erste Paragraph

⁶⁴³ Zur Zusammensetzung der Reichstagsfraktion zu Beginn der Legislaturperiode lautete Soden's Einschätzung, wie folgt: „Seitdem ist das Ergebnis der Wahlen fast vollständig bekannt geworden; können wir auch im grossen Ganzen nicht klagen. So ist der Verlust Moufangs & Forcades doch ein recht empfindlicher für die ganze Fraction; zumal der Ersatzmann für letzteren – im Zusammenhalt mit den ‚bayerischen Vorbehaltern‘ Razinger [!] (& Lindner) ein möglicherweise sehr unangenehm werdendes neues Element werden kann – nehme dazu Dr. Franz [Breslau] & – Hompesch [vermutlich der bayerische Kämmerer Ferdinand Graf von Hompesch, der in Trier gewählt wurde und bereits der am 22. September 1877 sein Mandat niederlegte] (v. Ludwig [Breslau] in seiner Branche ist uns auch nicht geschenkt.) so glaube ich daß man sich nicht verhehlen darf, daß es vielleicht nicht so ganz leicht ist & angenehm Fractions Chef zu sein – bringe das Opfer zu den übrigen!“ Zu dem Stadtpfarrer Joseph Lindner, den Soden aus der patriotischen Landtagsfraktion kannte, fügte er nachträglich hinzu: „übrigens ein guter Herr, dessen Eintritt in das Centrum ich nicht bezweifle.“ Zum Aufruhr in Bayern fiel sein Urteil klar aus: „habe ich mir manchmal gedacht, in welcher peinlicher Lage Lulu A [= Arco-Zinneberg] sich befunden haben mag – er hat sich gut aus der eklichen Affaire gezogen & die Partei Sigl – Rittler – Schmelcher ist für dießmal, hauptsächlich auch Dank der Umkehr Lulus im letzten Augenblick für dießmal) beseitigt. Aber wie soll das im nächsten Landtag werden; ist es denn möglich daß Jörg & Schmelcher in einer Fraction bleiben? – Weißt Du mir keinen Stellvertreter in der schönen bayerisch-patriotischen Fraction? – Doch davon mündlich!“ FAU, Ullstadt, FamA Franckenstein, Rote Hand-Acten des Freiherrn zu Franckenstein. Betreff Reichstagswahl I, II, III 1872-1877, Brief Soden an Franckenstein vom 27. Januar 1877.

⁶⁴⁴ Aretin, Franckenstein, S. 68f.

⁶⁴⁵ Konrad Preysing schätzte das Verhältnis der Reichstagsmehrheit zu Bismarck genauso ein wie Franckenstein, wenn er auf den Kulturkampf bezogen ein Jahr zuvor schrieb: „Und was die Regierung will, oder nicht will, das ist es, was die Regierungsparteien wollen beziehungsweise nicht wollen.“ FAU, Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1874/75/1877-1878, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 6. März 1877.

⁶⁴⁶ Zu den Gesprächen Bismarck-Bennigsen: Pflanze, Bismarck II, S. 103-110. Bismarcks Gesundheit war nach dem Urlaub nicht wiederhergestellt: Ebd. S. 162.

⁶⁴⁷ RV 1878, Bd. 47, S. 377f. In der ersten Lesung hatte Windthorst gesprochen, genauso wie er in der dritten Lesung das Wort ergriff. Es ist bekannt, dass der mit einer außergewöhnlichen Rede- und Debattiergabe versehene Windthorst teilweise eifersüchtig darüber wachte, auch quantitativ der dominierende Redner der

des vorliegenden Gesetzentwurfes sollte es ermöglichen, für den Gesamtumfang der Geschäfte des Reichskanzlers einen Stellvertreter zu berufen. Die Notwendigkeit dieser Bestimmung betonte der fränkische Baron. Gegen § 2 wandte er sich jedoch entschieden. Dieser sah vor, dass die Vorstände der Reichsbehörden auch eine partielle Vertretung des Kanzlers für die Ressorts, die vom Reich verwaltet wurden, übernehmen könnten. Darin erblickten die Patrioten und der Rest der Zentrumsfraktion den Versuch, durch die Hintertür Reichsministerien einzuführen. Dies stellte ihrer Ansicht nach eine Änderung der Reichsverfassung dar, die „die Grundlage des Bundesraths tief erschüttern würde“⁶⁴⁸. In ihren Augen – und auch aus heutiger Sicht – hatten sich Macht und Kompetenz seit 1871 zugunsten des Reiches und zuungunsten der Einzelstaaten verschoben. Gerade „kräftige, lebensfähige Staaten“ waren jedoch gemäß ihrer Meinung „im Interesse des Reichs“⁶⁴⁹ von Nöten.

Eine zweite Komponente besaß Franckensteins Rede: Sie richtete sich gegen eine bevorzugte Stellung Preußens, die das Gesetz eventuell einleiten könnte. Diese Zukunftsvorstellung speiste sich unter anderem daraus, dass im Reichstag geäußert worden war, dass nur der preußische Finanzminister Reichsfinanzminister werden könnte. Franckenstein war der Überzeugung, dass der preußische Finanzminister den Komplex der preußischen Finanzen besser kenne und die Lage Preußens mehr im Auge haben würde, als das für die übrigen Einzelstaaten gelte.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus der patriotischen Zustimmung zum § 1 des Stellvertretergesetzes und aus ihrer Ablehnung des § 2 für die Haltung der Bayerischen Patriotenpartei gegenüber dem Deutschen Reich ziehen?

Um diese Frage beantworten zu können, muss die patriotische Stellungnahme noch einmal in den Kontext der Zeit gestellt werden. Maßgeblich hierfür ist zunächst die öffentliche Meinung: Die Zeitgenossen waren auf Grund Bismarcks Ministerverhandlungen mit dem Nationalliberalen Bennigsen mehr denn je überzeugt, dass dessen Ernennung zum preußischen Minister kurz bevorstehe.⁶⁵⁰ Damit in Verbindung sah man eine Annäherung des Reichskanzlers an nationalliberale Verfassungsvorstellungen⁶⁵¹ – und die Nationalliberale

Zentrumsfraktion zu sein und dass Anträge unter seinem Namen eingebracht werden sollten. Siehe beispielsweise: Anderson, Windthorst, S. 247 und 250.

⁶⁴⁸ Ebd. S. 377.

⁶⁴⁹ Beide Zitate: Ebd. S. 378.

⁶⁵⁰ Pflanze, Bismarck II, S. 106, vertritt in der strittigen Frage der Aufrichtigkeit von Bismarcks Ministerverhandlungen mit Bennigsen die Auffassung, dass es „keinen vernünftigen Grund zu der Annahme [gebe], daß Bismarcks Ouvertüren unaufrichtig waren“.

⁶⁵¹ Binder, Reich und Einzelstaaten, S. 104. Dass Bismarck verantwortliche Ministerien im Sinne der Liberalen fern lagen und er bei den Verhandlungen mit Bennigsen feststellen musste, daß dieser sich in des

Partei wurde nicht müde, verantwortliche Reichsministerien zu fordern. Die Befürchtung der Patrioten und der gesamten Zentrumsfraktion, Bismarck erstrebe eine Personalunion zwischen preußischen und Reichsministern, war tatsächlich nicht aus der Luft gegriffen. De facto verfolgte Bismarck längere Zeit den Gedanken einer Ämterunion zwischen preußischem und geplantem Reichsjustizamt.⁶⁵² Darüber, ob das Stellvertretergesetz in seiner letztlich verabschiedeten Form eine weitere Unitarisierung bedeutete, herrscht noch heute kein Konsens in der Forschung.⁶⁵³

Auch wenn Franckenstein angesichts der Machtverhältnisse im Reich, also angesichts der Stellung der Zentrumsfraktion im Reichstag und der Lage der Katholiken, in einem Privatbrief misstrauisch „reichsfreundliche Scharen“ formulierte und wenn eventuell nach wie vor Vorbehalte gegenüber dem Reich an sich vorhanden waren, zeigt die Zustimmung zu § 1 deutlich, dass die erste bayerische Volkspartei auf Reichsebene wie das gesamte Zentrum 1878 für die Reichsleitung objektiv notwendige Verfassungsänderungen bewilligte und somit Realpolitik betrieb. Abgesehen von der allgemeinen Verneinung von Reichsministerien aus föderalistischen Gründen hielt man die befürchtete Vereinigung von preußischem und Reichsfinanzminister in einer Person für untragbar, da dies Preußen zu bevorzugen und andere Bundesstaaten zu benachteiligen drohte – ein einseitiges Eintreten für Bayern stand nicht zur Debatte.⁶⁵⁴ Das Nein zu dem tatsächlich in Richtung von Reichsministerien auslegbaren § 2 bedeutete für die patriotischen Reichstagsabgeordneten ein Ja zur Kompetenz des Bundesrates. Da der Bundesrat ein föderalistisches Reichsorgan war, war seine Verteidigung sowohl der Versuch, den Status quo des Reiches zu bewahren, als auch föderalistische Mitarbeit am Reich. Franckenstein, der für seine Kollegen sprach, zeigte sich als überzeugter Föderalist in dem Sinne, dass er Föderalismus als Lebensquell des Kaiserreiches betrachtete.⁶⁵⁵

Reichskanzlers Augen zu sehr an seine Partei gebunden fühlte, waren Informationen, die der Kanzler Parteien und Presse aus taktischen Gründen nicht zugänglich machte.

⁶⁵² Binder, Reich und Einzelstaaten, S. 105 und 109. Hinzutritt, dass tatsächlich ohne Zustimmung des Bundesrates eine schwerwiegende Ämterkombination – und somit Präzedenzfälle – geschaffen worden waren.

⁶⁵³ Der Staatsrechtler Kaufmann sieht – in seinem 1917 erschienen Werk – die Reichsverfassung nicht in unitarischer Richtung verändert. Morsey hingegen spricht von einer unverkennbaren Verstärkung des Unitarismus. Binder tendiert eher zu Kaufmanns These, konstatiert, dass sich der reale Einfluss der Einzelstaaten im allgemeinen nicht veränderte, der Anteil Preußens an der Reichsverwaltung jedoch abnahm. Erich Kaufmann, Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung, Berlin 1917, S. 48; Morsey, Reichsverwaltung, S. 310; Binder, Reich und Einzelstaaten, S. 111.

⁶⁵⁴ Franckenstein erwähnte gerade ein Finanzministerium, da es allgemein bekannt war, dass Bismarck nach Mitteln und Wegen suchte, seine beabsichtigte Zoll- und Steuerreform durchzusetzen. Binder erblickt in dem Stellvertretergesetz denn auch Bismarcks Versuch dazu: Binder, Reich und Einzelstaaten, 79.

⁶⁵⁵ Dass Franckenstein den Föderalismus als Bollwerk gegen eine nicht-monarchischen Staatsform und den Unitarismus als klaren Weg zu ihr sah, legte er anlässlich der Franckensteinschen Klausel nieder: Franckenstein, wirtschaftliche Gesetze, S. 134.

Den Vorstellungen der Zentrumsfraktion standen die liberalen Anschauungen über die Gestaltung der Reichsorganisation konträr gegenüber. Für die Liberalen ging das Gesetz – wie sie vermuteten – in die richtige Richtung. Daher lehnte es auch nur der Fortschritt als nicht weitreichend genug ab.⁶⁵⁶ Die konservativen Kräfte des Reichstages sahen in dem Gesetzentwurf keine Bedrohung der Verfassungswirklichkeit, die sie befürworteten, und stimmten ihm daher zu. Folglich wurde die Bundesratsfassung vom Reichstag mit 171:101 gegen Zentrum und Fortschritt angenommen.⁶⁵⁷

Wie aber beurteilten die verbündeten Regierungen die Vorlage des Stellvertretergesetzes? Aus Binders Schilderung der Entstehung des letztlich angenommenen Gesetzentwurfes läßt sich ersehen, dass vor allem Bayern, Sachsen und Württemberg dieselben Befürchtungen hegten wie die bayerische Partei beziehungsweise die gesamte Zentrumsfraktion.⁶⁵⁸ Der Hauptkritikpunkt der drei Königreiche, aus dem die anderen folgten, war die starke Auslegbarkeit des ihnen vorgelegten Entwurfs.⁶⁵⁹ Man befürchtete wie die Patrioten, dass das Gesetz dazu dienen sollte, Reichsministerien einzuführen⁶⁶⁰ und bangte um seine eigenen Rechte und die des Bundesrates. Seine Zuständigkeit sollte sich ihrer Ansicht nach auf keinen Fall alterieren. „Die preußischen Minister zugleich Reichsminister ist eine reizende Aussicht“⁶⁶¹, schrieb der Ministerialdirektor im württembergischen Außenministerium Graf Uxkull-Gyllenband und brachte damit die auch in den anderen Königreichen bestehende Ablehnung gegenüber der Ämterunion zum Ausdruck, die sich auch ganz allgemein auf Verbindungen von preußischer und Reichsverwaltung bezog. Die bayerische und württembergische Regierung nahmen in dieser Frage eine resignierte Haltung ein; Sachsen trat hier noch am forschesten auf.⁶⁶² Zumindest sprach der bayerische Ministerpräsident Pfretzschner sein Unbehagen in einem Privatbrief an Bismarck an, in dem er formulierte, dass

⁶⁵⁶ Windthorst warf denn auch den Nationalliberalen vor, sie erklärten sich bereit, einem Gesetz zuzustimmen, das ihre Forderungen in keiner Weise erfüllen würde. RV 1878, Bd. 47, S. 414 (9. März 1878).

⁶⁵⁷ RV 1878, Bd. 47, S. 441 (11. März 1878).

⁶⁵⁸ Die übrigen Regierungen wünschten nach Vorlage des Entwurfes nur eine Präzisierung der Absichten Bismarcks und traten durch keine erhöhte Aktivität in Erscheinung. Siehe zu dem Folgenden: Binder, Reich und Einzelstaaten, S. 71-112.

⁶⁵⁹ Bevor Bismarck ihnen einen Entwurf zukommen ließ, entnahmen sie wie die Parlamentarier den Zeitungen Informationen. Bereits zu diesem Zeitpunkt traten die Königreiche in Verbindung, um sich auszutauschen. Diese Korrespondenz ist geprägt von klaren Aussagen über die Haltung, die man einnahm.

Im Folgenden fanden zusätzlich zu Stellungnahmen zum Entwurf auch diese frühen Äußerungen Verwendung.

⁶⁶⁰ Klar wandte man sich gegen Reichsministerien, vermutete jedoch, mehrere Stellvertreter nicht verhindern zu können. Siehe Binder, Reich und Einzelstaaten, S. 83, der auf folgende Quellen verweist: StA Lu, E 130, O.I.1, 28.1.1878 Soden über die Stellung Pfretzschners; ebd. 29.1.1878 Mitnacht an Soden; ebd. 29.1.1878 Nostitz an Mitnacht.

⁶⁶¹ HStA Stgt, E 75, B 223, 17.1.1878 Uxkull an Soden. Zitiert nach: Binder, Reich und Einzelstaaten, S. 80. Auch in Sachsen vermutete man hinter dem Stellvertretergesetz drohende preußische Reichsministerien und lehnte diese ab: Binder, Reich und Einzelstaaten, S. 87, verweist auf: BayHStA, Gesandtschaftsberichte MA III, Nr. 2849, 22.1.1878 Gasser.

⁶⁶² Binder, Reich und Einzelstaaten, S. 105f.

„der Schein einer erheblichen Ungleichheit in bezug [!] auf die Stellung der Reichsleitung zu Preußen und zu den anderen Bundesstaaten erwachsen und hiedurch, ob mit oder ohne Grund, das Vertrauen der Letzteren in die Führung auf den betreffenden Gebieten eine Abschwächung erleiden könnte.“⁶⁶³ Damit drückte er – etwas vorsichtiger – dieselben Bedenken wie Franckenstein aus. Bismarck steuerte hier bewusst gegen.⁶⁶⁴ Insofern erblickten die Einzelstaaten in seiner Person eine Garantie für die Wahrung der einzelstaatlichen Rechte. Außerdem konnte Bismarck im persönlichen Gespräch, gerade gegenüber Mittnacht, einige Befürchtungen ausräumen – dieser Vorzug eines vertrauensvollen persönlichen Gesprächs wurde den jahrelang sogenannten Reichsfeinden anlässlich des Stellvertretergesetzes 1878 noch nicht zuteil. In Korrespondenz und Unterredungen näherte man sich einander an und so wurde schließlich auch ein gemeinsamer Entwurf erarbeitet, den die drei Königreiche sowohl im Bundesratsausschuss wie im Bundesrat selbst durchsetzen konnten.⁶⁶⁵ Die Änderungen, die die Einzelstaaten im Plenum einstimmig, im Ausschuss mit wechselnden Mehrheiten, beschlossen, versuchten die Rechte der Einzelstaaten zu schützen.⁶⁶⁶ Nur eine Garantie gegen extensive Auslegung in der Zukunft und gegen die befürchtete preußische Personalunion hatte man weder in diesem Gesetz noch in einem zweiten ergänzenden Gesetz verwirklicht.

Die drei Königreiche hatten in ihren Augen die durch Bismarcks persönliche Versicherungen noch nicht abgedeckten Gefahren für die Macht des Bundesrates mit den Änderungen abgewandt – ohne die Informationen, die die Bundesstaaten besaßen, genügte den Patrioten das Erreichte jedoch nicht als Gewähr gegen die Auslegbarkeit.

⁶⁶³ Hans Goldschmidt, *Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung*, Berlin 1931, S. 266; vgl. Binder, *Reich und Einzelstaaten*, S. 107.

⁶⁶⁴ So zum Beispiel frühzeitig mit seinem berühmten Brief vom 29.6.1877 an Ludwig II: Bismarck, *Werke in Auswahl* VI, S. 55-57.

⁶⁶⁵ Maßgeblich war die Unterredung des württembergischen Ministerpräsidenten Mittnacht mit Bismarcks vom 15.2.1878. Die Vertreter Bayerns und Sachsens wurden von Mittnacht nicht vollständig informiert – man zog aber trotzdem an einem Strang. Gegenüber den preußischen Vertretern durfte der Ministerpräsident Bismarcks Äußerungen nicht als Argumente verwenden. Mittnacht, *Erinnerungen an Bismarck*, S. 61-63; Binder, *Reich und Einzelstaaten*, S. 94f.

⁶⁶⁶ Dies schlug sich erstens in § 2 als Beschränkung auf die Ressorts nieder, die bereits ganz in die Kompetenz des Reiches fielen; zweitens in § 3, der die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auch während seiner Vertretung vorsah und damit nicht nur die Verantwortlichkeit regelte, sondern auch den Einzelstaaten einen Ansprechpartner und die Stellung des Kanzlers sicherte.

5. Sanierung des Staatshaushaltes, Schutzzollpolitik und – die Franckensteinsche Klausel

*„Vorgestern Abend, bei meiner Rückkehr von Moos, besuchte mich Jörg & lud mich zu einer Besprechung, welche zwischen den zur Zeit in München weilenden Reichstagsabgeordneten des Centrums den 11ten 5 Uhr Abends [...] stattfinden solle. Gegenstand der Besprechung: Bismarcks wirtschaftliches Programm. [...] Jörg führte den Vorsitz u. trugen die Besprechungen einen geordneten u. freundschaftlichen Charakter. Es prevalirte die Meinung sich rein negierend zu dem Programme nicht zu verhalten.“*⁶⁶⁷

Der Brief Preysings an Franckenstein vom 12. Januar 1879 erweitert unser Wissen über die Besprechungen im Januar 1879, von denen die Forschung bislang nur wusste, dass sie stattfanden.⁶⁶⁸ Interessant für Interna der Partei ist vieles in diesem Brief, beispielsweise dass Jörg die Reichstagsabgeordneten einlud und bei der Sitzung präsiidierte, obwohl er nach der Reichstagsauflösung 1878 nicht mehr kandidiert hatte und die erste Session des neuen Reichstages bereits abgehalten war.⁶⁶⁹ Die entscheidende politische Mitteilung für die Forschung ist die Meinungs- und Stimmungslage der bayerischen Patrioten gegenüber Bismarcks Plänen zur Sanierung des Staatshaushaltes. Entscheidend ist sie, weil die vorherrschende Meinung von achtzehn namhaften Vertretern der Partei war, dass man sich – wie der bis weit in das Jahr 1879 hinein skeptische Preysing es ausdrückte – nicht „rein negierend“ gegenüber dem Programm verhalten wollte.⁶⁷⁰ Entscheidend ist sie weiter, weil es sich bezüglich der Finanz- und Wirtschaftsgesetze um frühe Äußerungen von gewichtigen

⁶⁶⁷ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Georg Arbogast Franckenstein vom 12. Januar 1879.

⁶⁶⁸ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 378 Anm. 102.

⁶⁶⁹ Ob die Anregung von vielen Seiten kam, kann nicht nachvollzogen werden. Konrad Preysing drängte wohl schon Anfang Januar auf eine Besprechung und bemängelt erstens die noch fehlende Besprechung, Übereinstimmung und Initiative aus Bayern, zweitens, dass die Reichsräte erst kurz vor Reichstagsbeginn nach München kommen und die Zeit damit knapp sein würde: Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, undatierte zweite Seite eines Briefes von Konrad Preysing an Franckenstein, dessen erste verloren scheint; inhaltlich dem frühen Januar 1879 zuzuordnen.

⁶⁷⁰ Anwesend waren nach Konrad Preysings Aussage: „Jörg, Freytag, Soden, Aretin, Hauck, Mayer Donauwörth, Ruppert, Ow, Russwurm, Westermayer, Merkel [= Merkle], Krätzer, Fugger, Lang, Datzl, Triller u. ich.“ Des Weiteren heißt es: „Miller war gleichfalls nicht in München anwesend; auch er wird von der stattgehabten Besprechung informiert werden.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 12. Januar 1879.

Zu Konrad Preysings lang anhaltender Skepsis: „Wenngleich mir bei der Zollgeschichte nicht wohl wird um's Herz u. allerhand Befürchtungen mich umringen, vertraue ich doch dem Centrum. Es wird mit Gottes Hülfe schon recht werden.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 12. Mai 1879. Der Grund seiner Zustimmung lag letztlich in den Staatsdefiziten: „Die Erfolge des Zolltarifes waren, namentlich für die Landwirtschaft, problematisch; aber selbst die, welche hievon überzeugt waren, konnten den Zöllen zustimmen, da sie wissen mussten, daß einen [!] bestehenden u nicht zu beseitigenden Finanzcalamität durch Annahme der Vorlagen, ohne fühlbaren Druck für die Bevölkerung, wenigstens theilweise begegnet werden konnte.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Georg Arbogast Franckenstein vom 9. März 1880.

Personen handelt, für die ein Kontakt zur Kurie über diese brisanten Belange zu diesem Zeitpunkt ausgeschlossen werden kann. Dies zeigt, dass es andere Faktoren waren als der oft behauptete, aber auch schon für Moufang, Windthorst und Franckenstein widerlegte Einfluss des Vatikans, die zur positiven Haltung gegenüber dem Vorhaben führten.⁶⁷¹ Deutliche, frühe Worte – nicht zu direkten Einflussversuchen der Kurie, sondern zum Einfluss des Kulturkampfes allgemein – gibt es von Franckenstein, die der Nachlass Soden nun offenbart: „Meines Dafürhaltens darf man das Aufhören des Culturkampfes durch keine andere Leistung von unserer Seite lohnen als dadurch, daß wir auf kirchlichem Gebiete der Regierung gegenüber den oppositionellen Standpunkt nicht mehr einnehmen, den wir einnehmen mußten. Ich muß aber hier gleich bemerken, daß nach meinen wie ich sagen kann sehr guten Nachrichten, noch wenig Aussicht besteht, daß der ersehnte Friede bald werde.“⁶⁷² Preysing vertrat zu diesem Zeitpunkt einen ähnlichen Standpunkt über die richtige Politik für die Zentrumsfraktion und den Charakter der Fraktion: „[D]aß es nicht Wunder nehmen dürfte, wenn hinsichtlich thatsächlicher Verhältnisse in Deutschland irrige Anschauungen ultra montes sich gebildet hätten. – So erschiene es als irrige Anschauung es sei das ‚Centrum‘ eine ‚religiöse‘ Fraktion, und würde die Beendigung des Culturkampfes das Aufgeben des oppositionellen Standpunktes zur Folge haben müssen für das Centrum.“ Nach einem Absatz fuhr Preysing fort: „Mit ähnlichen Meinungen, wenn sie bestehen sollten, möge man sich in Acht nehmen, zumal auch in Bayern. Man wird die polit. Traditionen des ‚Centrum‘ nicht

⁶⁷¹ Der These, dass die im Laufe der Gesetzesverhandlungen von der Kurie geäußerten Wünsche des Entgegenkommens gegenüber Bismarck Einfluss auf die Entscheidung zu den Finanzgesetzen hatten, wird von Götten, Moufang, S. 245, widersprochen, der Moufangs Antwortschreiben vom 13. Mai 1879 auf die Forderung des Papstes paraphrasiert: „Derselben Ansicht sei auch Windthorst, mit dem Freiherrn von Franckenstein auf seinen Wunsch hin gesprochen habe, ohne jedoch seinen – Moufangs – Namen, noch Czackis Brief erwähnt zu haben.“ Wladimir Czacki war Diplomat an der römischen Kurie; durch ihn stand Moufang mit dem Papst in Kontakt und wurde über diesen Weg auch mehrmals nach Rom zum Papst gerufen. Moufangs Kontakt zur Kurie und seine Missionen waren geheim, er erhielt jedoch die Erlaubnis, Franckenstein zu informieren, der wiederum auf strengste Geheimhaltung verpflichtet wurde. So erklärt es sich, dass Franckenstein Windthorst nicht über die Herkunft der Frage unterrichtete. Anderson betont, dass zwar Bismarck glaubte, der Einfluss des Papstes hätte sich auf die Haltung des Zentrums ausgewirkt, dass es sich dabei aber um einen Trugschluss handelte: Anderson, Windthorst, S. 253 und Anm. 48, S. 241, S. 280. Auch Anderson weist unter anderem auf den Brief Moufangs an Czacki vom 13. Mai 1878 hin, der ediert vorliegt: Vatikanische Akten zur Geschichte des deutschen Kulturkampfes. Leo XIII. Teil 1: 1878-1880, bearb. v. Rudolf Lill, Tübingen 1970, S. 209f. Aretin, Franckenstein, S. 96f., S. 112, dem zudem der gesamte Nachlass Franckensteins vorlag, verneint ebenfalls jeden Einfluss der Kurie auf die Entscheidungen rund um die Franckensteinsche Klausel. Diese Ergebnisse werden jedoch immer wieder übersehen: Trotzdem beispielsweise Goldberg Anderson rezipierte, heißt es bei ihm: „[D]er Kulturkampf bildete schließlich auch die Grundierung jener viel diskutierten, von Windthorst rhetorisch vertretenen, Zustimmung des Zentrums zum Zolltarif des Jahres 1879, welche ohne die Pressionen des Vatikans, man möge Bismarck in der ‚normalen‘ Gesetzgebung entgegenkommen, um in der Kirchenfrage eine Entspannung zu erzielen, wohl so nicht erfolgt wäre.“ Goldberg, Rhetorik Reichstag, S. 268.

⁶⁷² BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 604, Brief Franckenstein an Soden vom 2. Dezember 1878. In einem ebenfalls privaten Brief Franckensteins an Soden zum Jahreswechsel 1879/80 dürfte mehr die Religiosität des fränkischen Barons zum Tragen kommen als eine Verknüpfung von Politik und Kirchenpolitik: „Daß unser Votum in der Zollfrage das Richtige war, bin ich überzeugt, Gott mag weiter helfen.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 606, Brief Franckenstein an Soden vom 1. Januar 1880.

aufgeben dürfen, ohne das ‚Centrum‘ [Wort unleserlich] zu vernichten. – Nicht daß ich für einen prinzipiellen Oppositionsstandpunkt – *coûte que coûte* – plaidire, jedenfalls aber wird man bei etwa [!] verschwindendem Kulturkampfe eine Art ‚Nun ist Alles in der Ordnung‘ nicht verbreiten dürfen.“⁶⁷³ Soweit die Aussagen in Privatbriefen zwischen den Abgeordneten. Die erst 1991 veröffentlichten „Aufzeichnungen über die Verhandlungen, die wirtschaftlichen Gesetze im Reichstage im Frühjahr 1879“ von Franckenstein, dem die entscheidende Rolle bei der Einigung zukam, worüber Windthorst schwer erbost war,⁶⁷⁴ waren wohl nicht für die sofortige Veröffentlichung bestimmt, zumindest aber in irgendeiner Form für die Nachwelt gedacht. In ihnen legt der Fraktionsvorsitzende zwei Gründe für sein Handeln nieder: „Die Negation ist nicht wünschenswerth wegen der Verhandlungen mit Rom, sie wäre geradezu ein Unglück wegen der finanziellen Lage der einzelnen Bundesländer.“⁶⁷⁵ Dass der Papst und Bismarck gerade in Verhandlungen über eine Abmilderung des Kulturkampfes standen und man diese nicht unnötig belasten wollte, führte der Baron in dieser nach Verabschiedung des Gesetzes entstandenen Schrift als Motiv an – ordnete es in der Gewichtung aber eindeutig und weit dem finanzpolitischen Motiv unter.⁶⁷⁶ Wenn man nicht an eine gezielte Einfärbung beispielsweise zur Beruhigung von Wähler, die gegen das Reich, Bismarck, den Kulturkampf nur Oppositionspolitik sehen wollten, glaubt, muss man davon ausgehen, dass anders als in den oben erwähnten Privatbriefen – zwar nicht eine Direktive des Papstes, aber – der Kulturkampf an sich bei der Entscheidung ein kleines Quentchen auf der einen Seite der Waagschale hinzufügte. Dass dieses Quentchen – für Franckenstein wie für die übrigen Bayern – jedoch vernachlässigbar war, belegt die Tatsache, dass sie wie der Rest der Zentrumsfraktion kurz vor der Annahme des Zollgesetzes zwei für sie unannehmbare Gesetze ablehnten, obwohl der päpstliche Wunsch auf Annahme bekannt

⁶⁷³ Ullstadt, FamA Franckenstein, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 9. Juni 1878.

⁶⁷⁴ Aretin, Franckenstein, bes. S. 108f., 112.

⁶⁷⁵ Franckenstein, wirtschaftliche Gesetze, 141.

⁶⁷⁶ Aretin, Franckenstein, S. 105, zitiert einen Brief Franckensteins an seine Frau Marie vom 29. Juni 1879 in dem der Kulturkampf innerhalb einer Gemengelage von Motiven aufgeführt wurde: „Bewilligen sie [= eine ablehnende Gruppe seiner Fraktion] es nicht, ist der errungene Erfolg dahin und verfallen wir in die alte Ablehnungshaltung. Wir wären schuld, daß der Kulturkampf nicht endet. Ich würde von den anderen Fraktionen, die für meinen Antrag stimmen wollen, verantwortlich gemacht. Du kannst Dir denken, wie mir zumute ist.“ Aretin kommentiert die Aussage mit den Worten: „Franckenstein war sich im klaren, daß sein Ansehen auf dem Spiel stand.“ Außer, dass Franckenstein Politik machen wollte, tritt für ihn hinzu, dass seine Persönlichkeit und somit häufig auch seine Art, Politik zu machen, so angelegt waren, dass er ausgleichend und versöhnend agierte, dann aber auch davon ausging, dass sein Gegenüber ihn zumindest nicht wieder angriff und man in irgendeiner Form einen gemeinsamen Weg beschritt. Im gegenteiligen Fall fühlte sich die bayerische Führungspersönlichkeit persönlich getroffen, konnte auch zum Gegenangriff übergehen, konnte, von Bismarck zumindest, aber auch wieder versöhnt werden. Dies zeigt beispielsweise die Auseinandersetzung mit Bismarck im Winter 1884/1885: Aretin, Franckenstein, S. 185f. Aretin formuliert die These, dass Franckenstein die Ansicht vertrat, „durch eine Zusammenarbeit mit Bismarck könne ein Ende des Kulturkampfes herbeigeführt werden.“ Aretin, Franckenstein, S. 182. Dieser These ist zu folgen; als alleinigen oder ausschlaggebenden Grund für eine Zusammenarbeit bei diesem oder jenem Gesetz darf man sie jedoch nicht sehen: Das Gesetz an sich und der Wille, politisch zu wirken, waren Franckensteins eigentlichen Gründe.

war: Bismarcks Sozialistengesetz und das ebenfalls von ihm erdachte sogenannte „Maulkorbgesetz“.

In der ersten Versammlung vom 11. Januar 1879 gelangte man nicht zu Beschlüssen, was auch nicht erwartet worden war. Da Jörg bei der Planung dieser ersten vertraulichen Besprechung davon ausgegangen war, dass Franckenstein in München anwesend sei, wollte man den Termin einer zweiten definitiv nach Franckensteins Anwesenheit richten. Ferdinand von Miller sollte ebenfalls informiert werden – und vermutlich, wenn dies Preysings Brief auch nicht ausdrücklich erwähnt, zumindest um mögliche Termine befragt werden.⁶⁷⁷

Die frühe übereinstimmende Grundhaltung von namhaften Vertretern der Patrioten gegenüber den in ihrem Wortlaut noch nicht vorliegenden Finanzgesetzen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Meinungen bei ihnen dennoch auseinandergingen und dass eine Einigung im Reichszentrum sowohl über die großen Linien als auch über Detailfragen schwierig war, wozu auch Windthorst beitrug.⁶⁷⁸ Zahlreiche Briefe verschiedener Zentrumsmitglieder äußerten sich im Vorfeld besorgt über das absehbare Auseinandergehen der Ansichten; Jörg kommentierte es gegenüber dem älteren der Brüder Preysing folgendermaßen: „So viele Interessen, so viele Meinungen.“⁶⁷⁹ Franckenstein schrieb aus gutsherrlicher Perspektive an Soden: „[W]ir werden den Vertretern industrieller Bezirke und diese uns Zugeständnisse machen müssen.“⁶⁸⁰ Preysing bemerkte gegenüber Franckenstein: „Natürlich kamen [in der Besprechung] verschiedene Gesichtspunkte zur Sprache u. wurde unter Anderem auch betont, daß die wirtschaftlichen Interessen zwischen dem deutschen Norden und Süden keineswegs identisch seien.“⁶⁸¹

⁶⁷⁷ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Georg Arbogast Franckenstein vom 12. Januar 1879.

⁶⁷⁸ Den Ausführungen Franckensteins konnte Aretin durch die Briefe Franckensteins an seine Frau Marie Einiges hinzufügen: Franckenstein, wirtschaftliche Gesetze; Aretin, Franckenstein, S. 92-113. Einen Überblick über die zahlreichen Reichstagssitzungen und inhaltlich über wichtige Anträge bietet das Generalregister der Stenographischen Berichte unter: Zollwesen E 18. Zur Reichsfinanzreform beziehungsweise der Franckensteinschen Klausel siehe des Weiteren: Anderson, Windthorst, S. 226-243; Pflanze, Bismarck II, S. 173-216; Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 378f.; Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, 324f.; Braun, bayerisches Reichsverhältnis, S. 73-80; Bachem, Zentrum III, S. 371-380. Zum Bundesrat und Bismarcks Finanzgesetz: Binder, Reich und Einzelstaaten, S. 113-126.

⁶⁷⁹ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 15. Januar 1879. Sorge um die unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen in der Zentrumsfraktion und damit teilweise auch über den künftigen Zusammenhalt der Fraktion sprachen beispielsweise Jörg, Konrad Preysing und Franckenstein aus: Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1874/75/1877-1878, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 9. Juni 1878; BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 604, Brief Franckenstein an Soden vom 30. Dezember 1878; Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Georg Arbogast Franckenstein vom 15. Januar 1879.

⁶⁸⁰ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 604, Brief Franckenstein an Soden vom 30. Dezember 1878.

⁶⁸¹ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 12. Januar 1879.

In Bezug auf Wirtschaft und Wirtschaftspolitik gab es in der bayerisch-patriotischen Versammlung vom 11. Januar 1879 offenbar unterschiedliche Auffassungen, denn Preysing schrieb seinem Freund Franckenstein, auf einen nicht erhaltenen Antwortbrief desselben: „Deine Ausführungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Frage stimmen mit ~~den~~ [!] Anschauungen überein, welche in der neulichen Besprechung zum Ausdrucke kamen.“⁶⁸² Gemeint dürfte in jedem Fall die Frage von Schutzzoll oder Freihandel sein, über die Franckenstein Soden bekannte: „Was die wirtschaftliche Frage und vor allem die Schutzzoll oder Freihandelsfrage betrifft, bin ich, wie Dir bekannt weder dem einen noch dem anderen Systeme [!] huld, sondern glaube, daß hier in der Mitte das Rechte zu finden sein dürfte.“⁶⁸³ Des Weiteren war Franckenstein der Meinung, dass eine verfehlte Wirtschaftspolitik und die zu hohen Ausgaben, in die er sicher die Militärausgaben einschloss, für die defizitären Staatshaushalte verantwortlich zeichneten.⁶⁸⁴

In Bezug auf die Haltung der Öffentlichkeit könnte man die bayerischen Patrioten in mehreren Zwickmühlen vermuten. Die erste Zwickmühle hing mit dem Kulturkampf zusammen, spielte zu dieser Zeit aber offenbar keine Rolle beim Meinungsaustausch der Politiker und wurde erst Jahre später virulent: Wie sollte man sich auf Reichsebene verhalten, falls Wählerstimmen laut würden, die sich für ein Entgegenkommen gegenüber Bismarck aussprächen, da der Papst dieses wünschte? Die zweite Zwickmühle ist anderer Natur: Preysing berichtete Anfang Januar 1879: „Weißt Du was man sagt, und zwar allgemein sagt? – dieses Programm hat vorerst in den Volkskreisen eine derartige Popularität erfahren, daß es gar nicht möglich ist sich vorweg oppositionnell zu demselben zu verhalten.“⁶⁸⁵ In demselben Brief hieß es bei Preysing: „Wir aber werden auch in Zukunft sorgsam auf die Stimme unserer Wählerkreise achten.“ Andererseits stand grundsätzliche Opposition durchaus als Thema im Raum, in der Wählerschaft und auch bei den Abgeordneten. Jörg sprach im Sommer 1878 angesichts anstehender Wirtschaftsgesetze gegenüber Preysing „von der Mißlichkeit in

⁶⁸² Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Georg Arbogast Franckenstein vom 15. Januar 1879.

⁶⁸³ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 604, Brief Franckenstein an Soden vom 2. Dezember 1878.

⁶⁸⁴ „die Defizit's sind allenthalben [...] das deutsche Volk ist viel ärmer als man glaubte, dank der verkehrten Wirtschaftspolitik und dank der leichtsinnigen Vermehrung aller Ausgaben die man sich in der Zeit angewöhnt hat, in welcher noch die Milliarden [= die französischen Kriegsentschädigungen] nicht aufgezehrt waren. Nun ist das Lösungswort Steuerreform. als wenn durch eine Solche [Wort unleserlich] in Anspruchnahme des Geldbeutels des Einzelnen, die Hunderte von Millionen beschafft werden könnten, die man braucht um die großen Ausgaben fortbestreiten zu können an die man sich leider gewöhnt hat.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 604, Brief Franckenstein an Soden vom 2. Dezember 1878.

⁶⁸⁵ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 15. Januar 1879. Die Popularität spricht Preysing eineinhalb Jahre später dem Zollgesetz zur Zeit seiner Verabschiedung ab; dabei hatte er aber vielleicht mehr die reichsweite Wählerschaft der Zentrumsfraktion im Auge als die Bayern. Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Georg Arbogast Franckenstein vom 9. März 1880.

solchen Dingen Opposition zu machen aus Opposition“⁶⁸⁶. Dieses Zitat sowie mehrere der obigen Zitate erweisen, dass keiner der Abgeordneten nach eigenen Angaben in rein politischen Fragen einen grundsätzlichen Oppositionsstandpunkt vertrat oder vertreten wollte. Zu unterscheiden ist für die Zeit der konstitutionellen Monarchie ohne ein vom Parlament abhängigem Ministerium die grundsätzliche Opposition von einer Opposition von Fall zu Fall, die schlicht zu sehen ist als die Ablehnung des eigenen Standpunktes als des Standpunktes einer Regierungspartei.

Wie gesehen bewilligten die Patrioten in den bislang untersuchten Politikfeldern dem Reich das, was es benötigte, und arbeiteten in föderalistischem Sinne positiv am Reich mit. Reichstreue und Reichsfeindschaft waren zur Zeit der dritten Legislaturperiode nach wie vor ein brisantes Thema – aber der Feind war nicht das Reich, der Feind stand für die große Mehrheit der Patrioten woanders: „Wir haben, würde ich betonen, es immer gesagt, daß der Unglaube reichsfeindlich sei dafür hat man uns von Seiten der National-Liberalen ‚reichsfeindlich‘ genannt.“ – „Wir werden mit dem national-liberalen Bürgerthum abzurechnen haben, und im Gedächtnis behalten, wie tief entsittlichend jene Partei sich gebärdet hat.“ – Auch dies werde ich je nach Umständen dann [im Wahlkampf 1878] sagen. [...] während wir in der befriedigenden Lage uns befinden, das einfach zu wiederholen, was wir seit 7 Jahren vertreten.“⁶⁸⁷ Die Auffassung, was reichsfeindlich bedeutete, unterschied sich bei den Patrioten deutlich von der dominierenden liberalen Interpretation. Wie virulent das Thema Reichstreue war, zeigt auch ein aufgebrachter Brief Kaspar Graf von Preysings, des Bruders von Konrad Graf von Preysing, der erst ab 1882 Reichstagsabgeordneter war und auf Gut Kronwinkl in der Nähe von Landshut wohnte: „Es soll in Landshut ein unglaublicher Terrorismus herrschen, wer nicht als Reichstreue gilt, ist in Acht erklärt u. Kaufleute verlieren ihre Kundschaften pp. [...] Dieses Gesindel, auch die Herrn Beamten sind damit gemeint, läuft wo möglich alle Tage in die Kirche, schimpft über Präsidenten, Bürgermeister pp. u. haben dann schließlich doch nicht den Muth ihre Unterschrift zu verweigern. Z. B. [...] Regierungsrath [Eigenname unleserlich], eigentlich ein Ultramontaner, Regierungsrath Knittl, der mit allen Pfarrern ‚Du‘ u. bei jeder Gelegenheit seine kathlsch. Gesinnung betheuert pp. Zur Wilhelmsstiftung habe ich nichts gegeben. Ich lasse mich von diesem liberalen Pack nicht auf meine Reichstreue sondieren u. durch den Gemeindediener zu einer Gabe auffordern.“⁶⁸⁸

⁶⁸⁶ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1874/75/1877-1878, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 9. Juni 1878.

⁶⁸⁷ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1874/75/1877-1878, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 9. Juni 1878.

⁶⁸⁸ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 604, Brief Kaspar Preysing an Soden vom 22. Juli 1878.

Diese Schilderung der Ausgangssituation der Bayerischen Patrioten und teilweise der gesamten Zentrumsfraktion mag die Folie bilden, für den weiteren Verlauf des von Bismarck vorgelegten Gesetzespaketes.

Was plante Bismarck? Schon 1875 hatte Bismarck den Entschluss gefasst und öffentlich ausgesprochen, „dem Deutschen Reich eine mächtige, unerschütterliche finanzielle Grundlage zu schaffen“⁶⁸⁹. Seit dem Gründerkrach 1873 ergaben sich steigende Defizite bei Gemeinden, Einzelstaaten und Reich und die Wirtschaft lahmte, wenn auch nicht so stark, wie die Zeitgenossen es empfanden. Ende der 1870er Jahre trat eine strukturelle Agrarkrise hinzu.⁶⁹⁰ Aus zahlreichen Lagern wurden Reformforderungen laut: Die Bundesstaaten beklagten ihre Finanzlöcher und die hohen an das Reich abzuführenden Matrikularbeiträge, die zudem in ihrer Höhe schwankten; im Reichstag fanden sich die Protektionisten in der parteiübergreifenden „freien wirtschaftlichen Vereinigung“ zusammen, der sich 87 % der Zentrumsmitglieder anschlossen;⁶⁹¹ und verschiedenste Interessengruppen aus der Wirtschaft meldeten sich zu Wort.

Unzweifelhaft wollten die Patrioten wie Bismarck die finanzielle Krise der Einzelstaaten beheben. Der bayerische Staatshaushalt wies das größte Defizit auf, was den Druck auf die Bayerische Patriotenpartei durchaus erhöhen mochte.⁶⁹² Dennoch waren es nicht einseitig die bayerischen Finanzen, sondern die Finanzen der Einzelstaaten insgesamt und des Reiches, die ausschlaggebend für bayerisch-patriotische Politiker waren, eine maßgebliche Rolle bei der Erarbeitung des Reformwerkes auf Reichsebene zu spielen.⁶⁹³

Franckenstein, der früh Vorsitzender der Zolltarifkommission wurde, an die der Reichstag die Bundesratsvorlage verwies, und der die gewichtigste Rolle bei der Durchsetzung der in ihrem Zuschnitt stark veränderten Reformvorlage spielte, sah zu dieser Zeit bereits in der Reichspolitik sein Hauptaktionsfeld und war weit entfernt von Bestrebungen, die Bayern

⁶⁸⁹ Heinrich Ritter von Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Bd. 1 (3 Bde.), Breslau ²1894-1896, S. 87. Für 1878/79 nennt Pflanze dann insgesamt zehn eine breite Spanne aufweisende Motive Bismarcks: Pflanze, Bismarck II, S. 189f.

⁶⁹⁰ Nipperdey, Deutsche Geschichte II, S. 387.

⁶⁹¹ Die Zentrumsfraktion fand sich damit zahlreicher ein als die Freikonservativen oder Deutschkonservativen. 81 der 204 Mitglieder der Vereinigung entstammten dem Zentrum: Anderson. Windthorst, S. 228. Konrad Preysing und Franckenstein waren wie die meisten Agrarier Mitglied der parteiübergreifenden „freien wirtschaftlichen Vereinigung“, die Schorlemer leitete. StaLa, SchlossA Moos, Nr. 925. In der ersten Sitzung der freien wirtschaftlichen Vereinigung 1884 führte Franckenstein den Vorsitz. Der Akt im Bundesarchiv enthält Dokumente zu 1884, 1885 und danach erst wieder für 1893: BArch R 101/1665 (Filmsign: 31209).

⁶⁹² Eine weitere Erhöhung der direkten Steuern in den Einzelstaaten wurde allgemein abgelehnt.

⁶⁹³ Die Briefe der Abgeordneten thematisieren immer die Staatsdefizite insgesamt und nicht speziell die bayerische Lage, woraus der Umkehrschluss gezogen werden kann.

einseitig Vorteile verschafft hätten.⁶⁹⁴ Neben der Bewältigung der fiskalischen Krise der verschiedenen staatlichen Ebenen lag es im Interesse der Patrioten, der Wirtschaft auf die Beine zu helfen. Doch ergaben sich aus Sicht der Patrioten und ihrer Fraktionskollegen zwei Probleme für die Annahme des Zolltarifgesetzes, wie es Bismarck als Ausweg aus der finanziellen Zwangslage erdacht hatte: Die geplanten Mehreinnahmen durch die Finanzbeziehungsweise Schutzzölle auf industrielle und landwirtschaftliche Produkte sowie indirekte Steuern, die direkt der Reichskasse zufließen sollten, hätten den Reichsfinanzen Unabhängigkeit von den Matrikularbeiträgen der Einzelstaaten und damit auch der Reichsregierung Unabhängigkeit von dem diese jährlich festlegenden Reichstag beschert.⁶⁹⁵ Ersteres war für die Patriotenpartei auf Grund ihrer föderalistischen Einstellung undenkbar.⁶⁹⁶ Konrad von Preysing schrieb denn auch entsetzt an Franckenstein: „Während nun die Verhältnisse so liegen wie sie liegen, fällt Bismarcks wirtschaftliches Programm wie eine Bombe dazwischen. Es ist ja gar kein Zweifel, daß dieses Programm zur Durchführung gebracht, eine mediatisierende Wirkung auf die Partikularen Staaten wird haben müssen.“⁶⁹⁷ Zweiteres war undenkbar auf Grund ihres Einsatzes für den parlamentarischen Charakter des Reiches. Genau auf diese Unabhängigkeiten zielte jedoch Bismarcks Gesetz unter anderem ab. Zu Beginn der Verhandlungen standen sich Patrioten und Reichskanzler in zwei markanten Punkten der Reform folglich konträr gegenüber.

Bei den übrigen Reichstagsmitgliedern schieden sich die Geister an dem ersten Punkt. Bedeutender war vor allem anfangs jedoch der Prinzipienstreit zwischen Freihändlern und Protektionisten. Er entzweite den Reichstag, die einzelnen Fraktionen in sich und gab letztlich

⁶⁹⁴ Siehe zur These von Franckensteins politischem Schwerpunkt auch: Karl Otmar Freiherr von Aretin, Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein. Der Freund und Gegenspieler Windthorsts, in: Christof Dipper u. a. (Hg.), Krieg, Frieden und Demokratie. Festschrift für Martin Vogt zum 65. Geburtstag, Frankfurt a. M. u. a. 2001, S. 91-102., hier: S. 94; Löffler, Reichsräte, S. 146f. Zu seiner eindeutig föderalistischen Gesinnung: Ebd. S. 147. Bismarcks Gesetzespaket bestand aus drei Vorlagen. Neben der Zollvorlage handelte es sich um eine Tabak- und eine Brausteuvorlage; letztere blieb unerledigt.

⁶⁹⁵ Die Einzelstaaten entrichteten von ihren direkten Steuern und dem Teil der indirekten Steuern, der nicht dem Reich zufließt, nach einem an ihrer Bevölkerungszahl orientierten Verteilungsschlüssel Matrikularbeiträge an das Reich; die Gesamtsumme musste jährlich vom Reichstag bewilligt werden (Art. 70 der Reichsverfassung).

Das Einnahmewilligungsrecht, das die Budgetgewalt des Reichstages begründete, sah kein alleiniges Recht des Reichstages auf Steuersenkungen vor. Dieser Lösungsweg bestand folglich nicht, um die Macht des Reichstages zu erhalten. Auch wenn der Vorschlag aus den Reihen der Nationalliberalen kam: Im Abstand eines Jahres turnusmäßig geänderte Zolltarife schieden für jeden Realpolitiker aus, da das sowohl für den regen Außenhandel eventuell jährliche Komplikationen als auch für das Parlament zeitaufwendige Debatten bedeutet hätte.

Für das Reich wäre es gemäß der Verfassung auch möglich gewesen, direkte Steuern zu kreieren. Dies war allerdings nicht Bismarcks Weg.

⁶⁹⁶ Windthorst war ebenfalls Föderalist, so dass er seinen Einfluss in diesem Punkt auf die Fraktion geltend machte. Im Restzentrum gab es offenbar mehr und weniger föderalistisch eingestellte Politiker, wie ihr zahlenmäßiges Verhältnis war, wäre eine interessante Forschungsfrage.

⁶⁹⁷ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 15. Januar 1879.

den Ausschlag für das Auseinanderbrechen der Nationalliberalen Partei – ebenfalls eines der Ziele Bismarcks, da er die ideologisch dominierte Politik zumindest teilweise zugunsten von Integration hinter sich lassen sowie neue Mehrheiten für die Regierung im Reichstag beschaffen wollte.⁶⁹⁸ Zunächst hatte dieser wegen der wirtschaftspolitischen Kontroverse allerdings Schwierigkeiten, sich eine Mehrheit im Bundesrat zu sichern: Nicht nur dass sich die Ländervertreter in Freihandel- und Schutzzoll-Anhänger aufteilten, in der bayerischen wie in der württembergischen Regierung ging der Riß auch noch mittendurch.⁶⁹⁹

Da die Situation für die Zentrumsfraktion nicht mehr wie in früheren Jahren ausweglos war, indem sie mit ihren Hospitanten nach der Wahl 1878 die stärkste Fraktion stellte⁷⁰⁰ und Bismarck offensichtlich bereit war, mit seinem ehemals erklärten Reichsfeind ernsthaft zu verhandeln, suchte die Fraktion nach einer für alle Seiten – auch für sie selbst – gangbaren Lösung: Die Fraktion hielt wie üblich zahlreiche Sitzungen zu den Gesetzesvorlagen ab. Es trafen sich, ebenfalls wie üblich, bedeutende Mitglieder der Fraktion, die meist als Vertreter einer vor allem geographischen, damit auch wirtschaftlichen, zum Teil auch sozialen Klientel dem Vorstand der Fraktion angehörten. Anlässlich der Finanzzölle berichtet Franckenstein aber zudem von einer Besprechung mit „einer Anzahl bayerischer Collegen“, was vermutlich ungewöhnlicher war. Bei dieser gab es, nach Angaben des Freiherrn, nur eine Unstimmigkeit: Ruppert meinte, nicht für die Finanzzölle stimmen zu können, da er sich in einer Wahlrede gegen sie geäußert hatte.⁷⁰¹ Außerdem engagierten sich die Bayern wie auch andere Fraktionsmitglieder in den Kommissionen der drei von Bismarck erdachten Gesetze: Ruppert, Karl von Aretin und Franckenstein gehörten neben beispielsweise Windthorst, Ballestrem, Heereman und Hertling der Zolltarifkommission an (insgesamt 28 Mitglieder); Soden gehörte beispielsweise neben seinem Schriftführerkollegen Bernard der Brausteuernkommission an (insgesamt 14 Mitglieder); Fugger-Kirchberg war (neben anderen) zum Mitglied und zugleich

⁶⁹⁸ Pflanze, Bismarck II, S. 190, formuliert als neuntes von Bismarcks Zielen, „Deutschland von einer ideologisch dominierten Politik zu einer Politik der materiellen Interessen zu führen, denn letztere hielt er für eine gesündere Grundlage des politischen Lebens als Ideologien“. Angesichts des Sozialistengesetzes kann man allerdings 1879 noch nicht davon sprechen, dass Bismarck die ideologische Politik schon ganz hinter sich lassen wollte.

⁶⁹⁹ Pflanze, Bismarck II, S. 198. Bismarck schaffte es jedoch, unter anderem durch die geschickte Anordnung der Diskussionspunkte, eine Mehrheit zu gewinnen. Ebd. S. 199.

⁷⁰⁰ Die Nationalliberale Partei hatte ihre beherrschende Stellung mit 99 von 397 Mandaten eingebüßt. Die Zentrumsfraktion zählte 94 Mandaten, die Welfen 10. Nicht erst heute, sondern schon in der damaligen Zeit rechnete man die hannoverschen Hospitanten in Bezug auf den Stimmenanteil zur Zentrumsfraktion hinzu und sprach somit 1878 von der Zentrumsfraktion als der „Stärkste[n] im ganzen Reichstage“. BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 604, Brief Franz Graf Ballestrem an Soden vom 17. August 1878.

⁷⁰¹ Franckenstein, wirtschaftliche Gesetze, S. 137. Ruppert stimmte letztlich für das Zollgesetz, vermutlich weil er den großen Erfolg seiner Fraktion, an dem auch er einen bedeutenden Anteil hatte, nicht schmälern wollte und dies vor seinen Wählern vertretbar fand.

zum Vorsitzendem der Tabakkommission gewählt worden (insgesamt 21 Mitglieder).⁷⁰² Unterredungen von Bismarck und Franckenstein⁷⁰³ sowie Unterredungen mit Vertretern vor allem der Deutsch-Konservativen und der Reichspartei führten letztlich zum Erfolg. Franckenstein wurde zum Dreh- und Angelpunkt all dieser Besprechungen und achtete penibel darauf, dass er über seine Besprechungen außerhalb der Fraktion stante pede berichtete, so dass Misstrauen so weit als möglich vorgebeugt wurde. Die entscheidende Lösung für das Zollgesetz fand man in der Franckensteinschen Klausel.⁷⁰⁴ Die Idee zu ihr stammte von den bayerischen Fraktionsmitgliedern Ruppert und Hauck, die beide Juristen waren und neben der Reichstags- auch der Landtagsfraktion angehörten.⁷⁰⁵ Die Klausel kam in der ersten Fraktionssitzung anlässlich des Gesetzentwurfes zur Sprache und wurde von Franckenstein ab diesem Zeitpunkt hartnäckig vertreten⁷⁰⁶ – gegenüber Bismarck als *Conditio sine qua non*. Der Reichskanzler willigte letztlich ein, ließ sich von Franckenstein Detailprobleme erläutern, die ihm noch unbekannt waren, und kam der sich herausbildenden Mehrheit im Reichstag auch in einigen Punkten entgegen.⁷⁰⁷ Als Berichterstatter der Kommission motivierte Windthorst die Franckensteinsche Klausel, die sich gegen den Antrag des nationalliberalen Bennigsen als Kommissionsvorschlag durchgesetzt hatte, mit der Lösung der zwei oben erwähnten Probleme: Der föderative Charakter der Reichsverfassung bliebe mit ihr gewahrt, ebenso das durch die Bewilligung der Matrikularbeiträge bestehende

⁷⁰² RV 1879, Bd. 53, S. 1203 (15. Mai 1879).

⁷⁰³ Unterredungen von Bismarck und Windthorst, die Windthorst unter anderem auch wegen Angelegenheiten des hannoverschen Königshauses führen musste, verliefen wenig erfolgreich in Bezug auf das Zollgesetz: „Windthorst war sehr erregt, begann damit, mir mitzutheilen, Bismarck habe geäußert, mit den Süddeutschen sei zu verhandeln, mit den Norddeutschen sei nichts zu machen“. Franckenstein, *wirtschaftliche Gesetze*, S. 138.

⁷⁰⁴ „Derjenige Ertrag der Zölle und der Tabacksteuer, welcher die Summe von 130 000 000 Mark in einem Jahre übersteigt, ist den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung, mit welcher sie zu den Matrikularbeiträgen herangezogen werden, zu überweisen. Diese Überweisung erfolgt vorbehaltlich der definitiven Abrechnung zwischen der Reichskasse und den Einzelstaaten auf Grund der im Artikel 39 der Reichsverfassung erwähnten Quartalsextrakte und beziehungsweise Jahresabschlüsse.“ RV 1879, Bd. 61, Nr. 362. Die Franckensteinsche Klausel bedeutete im Grunde eine Verteilung der Gelder des Reiches an die Einzelstaaten und deren eventuell vollständige Rückerstattung ans Reich auf Grund von Matrikularbeiträgen. Diese Art der Verteilung wurde in der Folge noch öfter angewandt. Die Grenze von 130 Millionen Mark wurde nur knapp oberhalb des bisherigen Bedarfs des Reiches angesiedelt; da dieser jährlich stieg, war die Überschreitung und damit die Rückerstattung von Geldern in Form von Matrikularbeiträgen geplant. Wie aus Franckensteins Aufzeichnungen hervor geht, war den Zeitgenossen die Höhe der neuen Einnahmen allerdings nicht so voraussehbar, wie es häufig dargestellt wird.

⁷⁰⁵ Die Forschung geht schon immer fast geschlossen von dieser Tatsache aus, auch wenn es das Gerücht gab, dass der Nationalliberale von Benda einen nicht so weit gehenden, jedoch dann als Ursprungsgedanken zu benennenden, aussprach: Pastor, August Reichensperger II, S. 175; Bachem, *Zentrum* III, S. 379f.; Hartmannsgruber, *Patriotenpartei*, S. 379. Die der Forschung erst seit 1991 als Druck zur Verfügung stehende Abhandlung Franckensteins nennt Ruppert und Hauck als Gedankengeber – ein weiteres Indiz für ihre Urhebererschaft: Franckenstein, *wirtschaftliche Gesetze*, 127. Aretin, Franckenstein, S. 96, geht ebenfalls von dieser Tatsache aus.

⁷⁰⁶ Auch in seiner eigenen Fraktion mußte sich Franckenstein damit durchsetzen, dass dies die wichtigste Forderung sei und auch nur mit dieser eine Einigung mit den Deutsch-Konservativen möglich sei.

⁷⁰⁷ Die außerhalb des Gesetzentwurfes liegende, den Bayern entgegenkommende Zusage, „mit den zusätzlichen Einnahmen keine Vergrößerung der Armee“ zu finanzieren, hielt der Reichskanzler allerdings nicht ein: Aretin, Franckenstein, S. 129.

Einnahmewilligungsrecht, „welches sich bisher kräftig genug gezeigt hat, um die Autorität des Reichstags zu tragen“⁷⁰⁸.

Bei der Erhaltung des föderativen Charakters der Reichsverfassung waren die Länder dem Reichstag aus Sicht des federführend beteiligten fränkischen Barons keine große Hilfe – nach Aussage Franckensteins schien es besonders der bayerischen Regierung nur wichtig zu sein, schnellstmöglich Geld zur Verfügung zu haben, die föderalistische Garantieforderung habe für die bayerische Regierung dabei keine Rolle gespielt.⁷⁰⁹ Dem Gesetz, wie es dem Bundesrat vom Reichstag zugeht, stimmte das föderalistische Reichsorgan ohne Vorbehalte zu.

Im Gegensatz dazu fand Bennigsen, und mit ihm die meisten Nationalliberalen, die Franckensteinsche Klausel unannehmbar, da seine Partei seit Jahren auf die Unabhängigkeit des Reiches von den Einzelstaaten, oder anders ausgedrückt, auf Zentralismus hinarbeitete.⁷¹⁰

Die Franckensteinsche Klausel wurde am 9. Juli 1879 mit 211 zu 122 Stimmen im Reichstag angenommen. Patrioten und Zentrum stimmten geschlossen dafür. Das Zolltarifgesetz in das die Klausel eingebaut war, wurde am 12. Juli 1879 mit 217 gegen 117 Stimmen verabschiedet. Bis auf die Enthaltung des Bayern Freiherr von Haffenbrädl und des Nicht-Bayern Lieber unterstützten alle anwesenden Zentrumsabgeordneten das Gesetz – selbst Ruppert, der auf Grund einer Wahlkampfreden gegen Finanzaufschläge, was die Getreidezölle eindeutig waren, zuvor angekündigt hatte, nicht mit Ja stimmen zu können.⁷¹¹ Zum zustimmenden Lager gehörten außer der Zentrumsfraktion die dem Schutzzoll anhängenden Freikonservativen und Konservativen. Dem Gesamtgesetz gaben aber auch zwanzig Nationalliberale ihre Stimme.⁷¹²

Wie die Zentrumsfraktion selbst so war auch ihre Wählerschaft während der gesamten Verhandlungen in Aufruhr versetzt. Teilweise kreierte das Wahlvolk der Zentrumsfraktion an, dass es trotz weiterbestehenden Kulturkampfes mit der Regierung zusammenarbeitete. Die Fraktionsspitze erschien daraufhin zum ersten Mal nicht vereinzelt, sondern geschlossen auf der Generalversammlung der deutschen Katholiken im September 1879 und erläuterte den Wählern ihre Zustimmung zu den Finanzgesetzen. Eine Rolle in der Wählerschaft spielte aber

⁷⁰⁸ RV 1879, Bd. 54, S. 2177 (9. Juli 1879).

⁷⁰⁹ Franckenstein, wirtschaftliche Gesetze, S. 129f.

⁷¹⁰ Franckenstein, wirtschaftliche Gesetze, S. 129; Anderson, Windthorst, S. 234; Bachem, Zentrum III, S. 378.

⁷¹¹ Die Fraktion beherbergte auch Freihändler, jedoch einten sie die gemeinsamen Ziele. Von den Hospitanten der Zentrumsfraktion gab nicht jeder seine Stimme dem Gesetz.

⁷¹² Fünfzehn Abgeordnete des rechten Flügels verließen danach die Partei; 1880 entschieden sich mit Lasker insgesamt 25 Abgeordnete des linken Flügels für den Parteiaustritt. Abstimmung Franckensteinsche Klausel: RV 1879, Bd. 54, S. 2212-2214; Abstimmung Zolltarifgesetz: Ebd. S. 2362-2364.

auch, dass man befürchtete, Bismarck werde das Zentrum nur ausnützen und schnell wieder fallen lassen.⁷¹³ Dies hat sich insofern nicht bewahrheitet, als Bismarck auf Grund seines mit der Finanzreform vorgenommenen Bruchs mit der Nationalliberalen Partei von nun an auf andere Mehrheiten im Parlament angewiesen war.⁷¹⁴ Den erreichten Kompromiss der Franckensteinschen Klausel beurteilte Bismarcks vor dem Reichstag wie folgt: „Das Reich ist nicht mehr ein lästiger Kostgänger, sondern ein Kostgänger, der ein gutes Kostgeld bezahlt und darüber hinaus sich freigebig erweist“.⁷¹⁵ Damit charakterisierte er das seiner Meinung nach hinzugewonnene positive Verhältnis von Reich und Einzelstaaten. Tatsächlich führte das Gesetz kurze Zeit sowohl die Einzelstaaten als auch das Reich aus der Finanzmisere.⁷¹⁶ Die allgemeine Bedeutung der Klausel liegt darin, dass sie die Lösung darstellte in dem Komplex aus dem Willen des Kanzlers, der dringenden finanziellen Notwendigkeit und den föderativen und parlamentarischen Garantien, die die entscheidenden Stimmen des Reichstages forderten.⁷¹⁷ Noch 1884 berichtete der Abgeordnete Sigmund Freiherr von Pfetten über seinen Rechenschaftsbericht vor seinen Wählern in Schrobenhausen: „Als

⁷¹³ Vgl. unter anderem: Anderson, Windthorst, S. 236-238 und S. 238 Anm. 55. Das als extrem zu betrachtende Bayerische Vaterland des 1879 bereits nicht mehr den Patrioten angehörenden Sigl bemängelte die Zentrums politik auch noch aus einem anderen Grund: Die Getreidezölle sowie die föderativen Garantien hätten keine positiven Auswirkungen für die Bevölkerung: Gertrud Meyer, Unitarismus und Föderalismus im Spiegel der Münchner Presse zur Zeit des ersten Kanzlers, phil. Diss. [masch.] München/Leipzig o. J., S. 71.

⁷¹⁴ Zur Rolle des Zentrums in den folgenden Jahren, die man keineswegs als Regierungspartei charakterisieren kann: Anderson, Windthorst, 239f.

⁷¹⁵ RV 1879, Bd. 58, 2196.

⁷¹⁶ Albrecht nennt nur die Zahlen für Bayern, das das höchste Defizit zu verzeichnen hatte; aus diesen Zahlen kann auf Grund der konstanten Bestimmungen von Matrikularumlagen und Franckensteinscher Klausel auf die übrigen Einzelstaaten geschlossen werden: Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, S. 325 und Anm. 37. Ein positiver Einfluß der Haushaltsdaten auf die Einstellung der Bevölkerung gegenüber dem Reich ist denkbar, kann aber nicht nachgewiesen werden. Eine Ausnahme bildete Preußen, dessen Staatsschatz aus den Zolleinnahmen auf Grund der lex Huene nur geringe Beträge zuflossen. Das Reich selbst hatte jedoch steigende Ausgaben (vor allem Militärausgaben, aber auch erhöhte Aufwendungen für die Reichsbürokratie), die jedoch nicht durch Matrikularbeiträge, sondern durch Anleihen gedeckt wurden. Das führte ab 1885 zu einer erneuten Finanzkrise: Pflanze, Bismarck II, 458.

1880 begann in der Wirtschaft ein Aufschwung, der auf Grund einer schweren Erschütterung des europäischen Geldmarktes 1882 und besonders in Deutschland durch das Abflauen des Eisenbahnbooms in den Jahren 1882/83 beendet wurde: Pflanze, Bismarck II, 330 f.

⁷¹⁷ Die föderalistische Garantie war nicht konstitutioneller Art, so dass sie 1904 praktisch aufgehoben wurde, da die Reichsausgaben durch die Umverteilung nicht mehr gedeckt werden konnten: Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, S. 325; Huber, Verfassungsgeschichte III, S. 952ff. Diese Tatsache stützt Andersons These, wonach die Franckensteinsche Klausel den Föderalismus nicht ausbaute; mit ihr widerspricht die Windthorst-Biographin der alten These, die Regelung hätte die „zentrifugalen Kräfte des Partikularismus gestärkt“: Anderson, Windthorst, S. 241.

Nachdem lange Zeit die gesamte Finanzreform von der Forschung als ein großes Unglück betrachtet wurde, sie als ein Teil des deutschen Sonderweges galt, als der erste fatale Schritt in ein rückständiges Steuersystem, als anti-liberal und anti-demokratisch, dürfen diese Qualifizierungen als überholt gelten: Nipperdey, Deutsche Geschichte II, S. 405-408; Lothar Gall, Europa auf dem Weg in die Moderne 1850-1890 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 14), 3., überarb. u. erw. Aufl., München 1997, S. 78f. Unbenommen bleibt, dass die Wende, die vor allem Bismarcks Wende war, unter anderem Auswirkungen auf Parteien und Parteiensystem hatte. Zudem machen Historiker auch heute noch darauf aufmerksam, dass durch das öffentlich zu Tage tretende Ringen der wirtschaftlichen Interessengruppen anlässlich der Reform angeblich die Illusion zerstört wurde, dass Politik etwas mit Idealen zu tun habe: Pflanze, Bismarck, 215.

Beweis für das föderalistische Auftreten des Centrums habe ich in erster Linie die Franckensteinsche Clausel bezeichnet u. deren Bedeutung erläutert.“⁷¹⁸

Als Bedeutung für den Untersuchungsgegenstand tritt klar hervor, dass mit der Franckensteinschen Klausel und der Bewilligung des Tarifgesetzes von den bayerischen Patrioten wiederum keine Bayern einseitig bevorzugende oder separatistische Tendenzen enthaltende Politik betrieben wurde. Wichtig ist zudem, was die Partei mit ihrem politischen Handeln erreichen wollte: Außer den finanziellen Gründen, der föderalistischen Intention, der Sicherung der Macht des Reichstages, zum Teil auch des Schutzes der Wirtschaft⁷¹⁹ und zu einem geringeren Teil auch der Verhinderung einer Beeinträchtigung der päpstlichen Verhandlungen wird ein weiteres umfassendes Motiv in Franckensteins Aufzeichnungen deutlich:

„Möge es endlich den verbündeten Regierungen belieben den [zentralistischen] Weg zu verlassen, den sie aus Angst oder aus Unverstand seit dem Bestehen des Reiches oder vielleicht besser seit Versailles zu gehen belieben und der zum Untergang aller und ich darf es wohl sagen zur nicht-monarchischen Staatsverfassung für Deutschland führen muß.

*Das Centrum und im Centrum die sogenannten ultramontanen Bayern haben noch einmal das rollende Rad zum Stillstehen gebracht“*⁷²⁰

Franckenstein sah also im Föderalismus die einzige Chance, das Deutsche Reich in seiner bestehenden monarchischen Form zu erhalten. Damit ist für ihn die Franckensteinsche

⁷¹⁸ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 610, Brief Pfetten an Soden vom 7. November 1884.

⁷¹⁹ Die Zölle auf landwirtschaftliche Produkte waren sehr niedrig, so dass diese wenig bis gar keinen Schutz boten. Aus diesem Grund beschäftigten diese den Reichstag in den folgenden Jahren immer wieder. Die Bayern in der Zentrumsfraktion zeigten sich hier weiterhin interessiert und engagiert; wobei Preysings herausragendes Engagement für Gerstenzoll, der sich wegen diesem unter anderem mehrmals mit Herbert von Bismarck traf, erstens aus der in Niederbayern und somit auch in seinem Wahlkreis vertretenen Meinung herrührte, zweitens wohl auch aus Eigeninteresse geschah – so zumindest die Ansicht seines Kollegen Karl Aretin: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 611, Brief Peter Karl Aretin an Soden vom 13. Februar 1885. Vor allem zur Zollfragen in den achtziger Jahren, aber auch zur (Agrar-)Politik siehe beispielsweise: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 611, Brief Franckenstein an Soden vom 24. Januar 1885; Brief Heeremann an Soden vom 14. Februar 1885. BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Konrad Preysing an Soden vom 24. Mai 1887; Brief Pfetten an Soden vom 10. Dezember 1887; Brief Pfetten an Soden vom 15. Dezember 1887. Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1884-1886, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 27. August 1885; Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 11. März 1885; Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 4. April 1885; Brief Konrad Preysing an Georg Arbogast Franckenstein vom 5. April 1885; Brief Konrad Preysing an Georg Arbogast Franckenstein vom 9. April 1885; Brief Konrad Preysing an Georg Arbogast Franckenstein vom 7. April 1885; Brief Konrad Preysing an Georg Arbogast Franckenstein vom 23. April 1885; Brief Konrad Preysing an Georg Arbogast Franckenstein vom 23. April 1885, 2. Brief. StaLa, SchlossA Moos, Nr. 922, Brief Franckenstein an Preysing vom 6. August 1880; Abschrift Brief Franckenstein an Friedrich Karl Freiherrn von Fechenbach vom 4. August 1880.

⁷²⁰ Franckenstein, wirtschaftlichen Gesetze 143.

Klausel ein Beitrag zur Erhaltung des Staates. Ob diese Verknüpfung von Föderalismus und Monarchie für jeden seiner Kollegen gleichermaßen galt, muss offen bleiben.

Übrigens nahm das Zentrum bei dieser Reform der Reichsfinanzen zum ersten Mal seine in der Zukunft häufig eingenommene parlamentarische Schlüsselrolle ein, der Bayer Franckenstein wurde zu Beginn der Verhandlungen zum Vizepräsidenten des Reichstages gewählt⁷²¹ und die Zentrumsfraktion und mit einem hohen Anteil die Patrioten in ihr hatten sich durch die Franckensteinsche Klausel ein viel größeres Potential an Durchsetzungsfähigkeit im Parlament erarbeitet.⁷²²

6. „...und ich glaube in der That, daß die Vorlage wesentlich verbessert und nunmehr annehmbar geworden ist.“⁷²³ Tabaksteuer und Tabakmonopol

Gegen ein drohendes Tabakmonopol führten die Patrioten denselben Kampf wie gegen andere Teile der 1879 in Angriff genommenen und mit dem Monopolgedanken in Verbindung stehenden Reichsfinanzreform: Zu Recht sah man genauso wie bei den Zöllen bei einem Tabakmonopol die föderalistische Grundlage des Deutschen Reiches und das Budgetrecht des Reichstages durch die geplanten direkt dem Reich zufließenden Einnahmen bedroht. Zu diesen Gründen traten allerdings noch gewichtige wirtschaftliche hinzu, die besonders aus dem historischen Verlauf der Tabakbesteuerung ersichtlich werden.

Am 7. Juli 1879, also zeitgleich mit der Lösungsfindung der Franckensteinschen Klausel, stellte der auch im Landtag sitzende Patriot Graf von Fugger-Kirchberg als Vorsitzender der Kommission den Kommissionsentwurf zur vorgesehenen Erhöhung der Tabaksteuer vor; dieser wich von dem Entwurf, wie er dem Reichstag vorgelegt worden war, „in den wesentlichen Punkten“ ab und war Fuggers Meinung nach damit „wesentlich verbessert und nunmehr annehmbar geworden“⁷²⁴. Die Hauptkriterien, nach denen das vorliegende Gesetz seiner und der Meinung der Kommission nach beurteilt werden musste, waren: Erstens müsse es einen nennenswerten finanziellen Ertrag für Reich und Einzelstaaten erbringen. Zweitens dürfe es die blühende deutsche Tabakindustrie nicht schädigen und müsse ihr nach Jahren der Diskussion endlich Sicherheit über die Rahmenbedingungen geben, die ihr für die Zukunft von der Regierung gemacht würden. Man sah folglich einerseits die Notwendigkeit, dem

⁷²¹ Begleitet wurde Franckenstein dabei von Lob und Stolz seiner Kollegen: „L. Aretin war bei mir. Und es erfüllte mich mit Freude, als er von Deinem ‚meisterhaften‘ Präsidieren erzählte.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 12. Mai 1879.

⁷²² Letzteres siehe: Anderson, Windthorst, 240.

⁷²³ Rede des Patrioten Fugger-Kirchberg: RV 1879, Bd. 54, S. 2093 (7. Juli 1879).

⁷²⁴ Rede Fugger-Kirchberg: RV 1879, Bd. 54, S. 2091-2093, hier S. 2093.

Reich durch die Tabakindustrie erhebliche Gelder zufließen zu lassen, wenn man Tabaksteuer und -zoll als Teil des Steuer- und Finanzsystems im Deutschen Reich haben wollte. Andererseits wollte man dies in einem Maße tun, das die Industrie vom Tabakbauern über den Fabrikanten bis hin zum Händler bewahrte – und dieses System für die nächsten Jahre festschreiben. Als drittes Hauptkriterium in Fugger-Kirchbergs Rede trat die Verhinderung des Monopols in Erscheinung: Mit der Wahl von mittleren Tabaksteuersätzen und Einfuhrzöllen gedachte man dem Monopol entgegenzuwirken.⁷²⁵ Als Begründung der ablehnenden Haltung gegenüber einem Monopol gab der patriotische Abgeordnete „die stärkste Erschütterung der föderativen Grundlage, auf welcher das Reich beruht“⁷²⁶, an und den drohenden Untergang der blühenden Industrie – womit sich der Kreis der Argumentation schloss.

In dieser Haltung bestätigte ihn der Reichstag – die Liberalen mehr aus den wirtschaftlichen Gründen, die Patrioten und die übrige Zentrumsfraktion sicherlich aus wirtschaftlichen wie politischen, wobei die politischen – an der Franckensteinschen Klausel ablesbar – ein definitives Ausschlusskriterium für ihre Zustimmung waren. Am 16. Juli 1879 wurde die Fassung des Reichstages Gesetz. Wie sehr der Reichstag die Unterlassung weiterer Vorstöße auf diesem Gebiet wünschte, machte er ein Jahr später deutlich: Mit 181 Ja- gegen nur 69 Nein-Stimmen wurde ein Antrag des bayerischen Nationalliberalen Buhl, des fraktionslosen ehemaligen Präsidenten des Reichskanzleramtes Delbrück und des bayerischen Patrioten Fugger-Kirchberg angenommen.⁷²⁷ Dieser besagte, dass das bestehende Einvernehmen, welches zwischen Reichstag und Bundesrat durch das 1879 verabschiedete Tabaksteuergesetz herbeigeführt wurde, nicht wieder durch einen Antrag auf Einführung des Monopols in Frage gestellt werden sollte.

Als 1882 Bismarck zur Finanzierung der geplanten Sozialversicherung den Entwurf des bereits in der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 angekündigten Tabakmonopols vorlegte, lehnte der Reichstag diesen im Juni 1882 wieder mit einer überwältigenden Mehrheit von 277 gegen 43 Stimmen aus einer Mischung von „sachlichen und politischen

⁷²⁵ Es herrschten in der deutschen Öffentlichkeit damals kontroverse Ansichten, ob mit niedrigen, mittleren oder hohen Sätzen das von Bismarck vermutlich angestrebte Monopol verhindert werden könne. Unzweifelhaft waren Protektionisten wie der Patriot Max von Soden-Fraunhofen für effektiven Zollschatz des inländischen Anbaus; allerdings trat dieser zum Beispiel auch stets für Selbsthilfe ein, wo sie möglich erschien: Löffler, Reichsräte, S. 176, S. 179.

⁷²⁶ RV 1879, Bd. 54, S. 2092. Zu denken ist bei Monopolen auch immer daran, dass sie die Möglichkeit eröffnen konnten, in dem betroffenen Wirtschaftszweig tätige Personen zu vom Staat Abhängigen und somit Beeinflussbaren zu machen.

⁷²⁷ RV 1880, Bd. 59, S. 980-982 (Delbrücks Vorstellung des Antrages; 28. April 1880); ebd. S. 995-997 (namentliche Abstimmung).

Bedenken“ ab.⁷²⁸ Auch das patriotische Votum fiel gegen die Vorlage aus.⁷²⁹ Diesmal führte allerdings Windthorst (und kein bayerischer Abgeordneter) die Gründe der Fraktion aus. Er hob wiederum den Schutz der Wirtschaft und die Ablehnung des Einheitsstaates hervor. In seiner – wie üblich – ausführlichen Rede am 12. Mai 1882 verknüpfte er diese zwei Punkte mit zahlreichen Ängsten der Zeit und mit Grundfesten der patriotischen und der Zentrums politik: 1. Mit der Ablehnung eines sozialistischen Staates.⁷³⁰ 2. Mit der Verneinung eines omnipotenten Staates. 3. Dem Schutz der Freiheit aller. 4. Mit der Auffassung, dass die Angehörigen der Tabakindustrie bei einem Staatsmonopol Wahlvolk für die Regierung darstellten. 5. Der Überzeugung, dass binnen kürzester Zeit gegen die momentanen Aussagen ein Teil der Einnahmen für militärische Zwecke verwendet würde.⁷³¹ 6. Und letztens mit dem Gedanken, dass es schließlich die Verfassung des Reiches sei, die eine föderalistisch Struktur aufweise.⁷³²

Wie votierten die anderen politischen Kräfte im Reich?⁷³³ Der Bundesrat nahm am 24. April 1882 den Gesetzentwurf, der ihm vor dem Reichstag zuzuging, mit 36 zu 22 Stimmen an – trotzdem bezeichnet Möckl dies als eine Vorentscheidung für den Reichstag, da das Ergebnis als negativ zu bewerten ist.⁷³⁴ Der Grund seiner Beurteilung liegt darin, dass sich die Vertreter Bayerns, Sachsens, Badens und Hessens unter den Opponenten befanden. Bayern war im Bundesrat der Gegner „Kristallisationspunkt“⁷³⁵, was unter den Ministern Lutz und Riedel ein Novum darstellte. Im bayerischen Landtag hatten sich die Deutsch-Freisinnigen unter Stauffenberg mit der Patriotenpartei gegen das Monopol ausgesprochen und damit die Nationalliberalen überstimmt.⁷³⁶ Dabei sprachen selbst Liberale von der Wahrung bayerischer Interessen.⁷³⁷ Die Kammer der Reichsräte votierte für das Gesetz, obwohl ihre Kommission

⁷²⁸ RV 1882/83, Bd. 68, S. 454-457 (namentliche Abstimmung über § 1, Prinzip des Gesetzes; 14. Juni 1882); Die Ablehnung des gesamten Gesetzes erfolgte am 15. Juni 1882 in der zweiten Lesung. Braun, bayerisches Reichsverhältnis, S. 84, gibt fälschlicherweise ein Verhältnis von 276:43 Stimmen an. Möckl, Prinzregentenzeit, S. 73-75 (Zitat: S. 74); Braun, bayerisches Reichsverhältnis, S. 81-84; Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 373.

⁷²⁹ Von den 29 im Juni 1882 dem Reichstag angehörenden Patrioten votierten 24 mit Nein, keiner mit Ja, Preysing enthielt sich, drei waren beurlaubt und Freiherr von Horneck-Weinheim fehlte entschuldigt. Preysings Enthaltung ist eines der Beispiele, die zeigen, dass der Graf seine eigenen Wege zu gehen pflegte. Möckl vermutet für Franckensteins und Preysings positive Entscheidung in der bayerischen Kammer der Reichsräte eine taktische Maßnahme, um sich gegenüber Bismarck offen zu zeigen. Franckenstein fand sich im Reichstag bei den Gegnern ein.

Für das Sozialistengesetz (1878 und 1884) und das Tabakgesetz (1880) weist Anderson auf Druck des Heiligen Stuhls hin; für 1882 ist er denkbar, aber nicht erwähnt. Löffler, Reichsräte, S. 75 Anm. 145; Anderson, Windthorst, S. 347.

⁷³⁰ Ängste vor Sozialismus herrschten gerade auch in den liberalen Kreisen.

⁷³¹ Die Einnahmen sollten vor allem den Einzelstaaten zugute kommen.

⁷³² RV 1882/83, Bd. 68, S. 134-139.

⁷³³ In der Öffentlichkeit brach allgemein ein Sturm gegen das Monopol los.

⁷³⁴ Möckl, Prinzregentenzeit, 73.

⁷³⁵ Ebd. 74. Bismarck drohte sogar seinen Rücktritt an, falls Bayern nicht einlenke.

⁷³⁶ LV KdA 1881/82, Bd. II, S. 39-62. Vgl. Möckl, Prinzregentenzeit, S. 74.

⁷³⁷ Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 82.

sich dagegen ausgesprochen hatte.⁷³⁸ Hinter dieser Entscheidung wird zum Teil politisches Kalkül vermutet.⁷³⁹

Bei dieser reichspolitischen Entscheidung befanden sich die Patrioten folglich wie schon bei anderen Entscheidungen im Einvernehmen mit vielen politischen Kräften im Reich. Beim zumeist politischen Gegner, der bayerischen Regierung sowie den liberalen Kreisen, formierte sich Widerstand. Teilweise ging es um die Bewahrung der einzelstaatlichen Rechte, teilweise um wirtschaftliche Überzeugungen und Interessen. Damit kann von dem Tabakgesetz 1879, das von Reichstag und Bundesrat verabschiedeten wurde und an dessen Entstehung Patrioten beteiligt waren, bis zur Ablehnung des Tabakmonopols 1882 für die Bayerische Patriotenpartei wie die anderen Kräfte eine Linie gezogen werden. Die erste bayerische Volkspartei hatte bei ihrer Entscheidung wirtschaftliche wie staatsrechtliche Aspekte im Auge. Definitiv wäre ihr Votum in Bezug auf das Tabakmonopol allerdings auch ohne die anderen Gründe gegen dieses ausgefallen, da ein Ja mit ihrer föderalistischen Überzeugung nicht in Einklang gestanden hätte: Mit den Einnahmen des Reiches aus einem Tabakmonopol sah man das Reich unabhängig von den Einzelstaaten – und damit einen Meilenstein auf dem Weg zum Einheitsstaat gelegt. Wie bei der Franckensteinschen Klausel kann von Separatismus oder dem Versuch, dem engeren Vaterland Vorteile zu verschaffen nicht gesprochen werden. Die Konstellation der Opponenten wiederum erinnert nicht von ungefähr an Bismarcks Reichseisenbahnpläne und insofern kann auch der Schluss auf diese spätere Entscheidung übertragen werden: Den liberalen Abgeordneten und den bayerischen Regierungsvertretern würde man ob ihres Entschlusses den Reichsgedanken nicht absprechen – und man sollte ihn auf Grund derselben Entscheidung für die Patrioten nicht völlig verneinen. Nur war ihr Reichsgedanke ganz anders ausgestaffiert, hatte eine andere Intensität und andere Motive.

⁷³⁸ LV KdR 1881/82, Bd. II, S. 692 ff. Vgl. Möckl, Prinzregentenzeit, S. 74.

⁷³⁹ Möckl, Prinzregentenzeit, 75 Anm. 145; Schultheß, Geschichtskalender 1882, zum 15. März 1882. Löffler, Reichsräte, befasste sich nicht mit der Entscheidung zum Tabakmonopol.

7. Eine Preisgabe des bayerischen Branntweinreservates?

Nachdem Bismarck mit einem Tabakmonopol seine Finanzpläne nicht umsetzen konnte, versah er 1886 den gleichen Gedanken mit einem anderen Etikett: Er erstrebte ein Branntweinmonopol.⁷⁴⁰ Dessen Ablehnung im Reichstag mit nur drei befürwortenden Stimmen bescherte Bismarck eine seiner größten parlamentarischen Niederlagen.⁷⁴¹ Diese war eigentlich vorauszusehen gewesen, doch hatte sich Bismarck über seine anfängliche eigene Gewissheit letztlich selbst hinweggetäuscht. Pflanze wirft „die Frage auf, ob er die Staatsgeschäfte noch so fest wie früher unter Kontrolle hatte.“⁷⁴² Auch in diesen Jahren, in denen die Zentrumsfraktion manchem Historiker irrtümlich als Regierungspartei erschien, wandte der unbestritten große, aber eben auch narzistisch veranlagte Staatsmann seinen Zorn oder seine Unduldsamkeit immer wieder gegen die Fraktion. Sei es, weil sie einem seiner innenpolitischen Ziele im Wege stand, weil er sie und den Reichstag nach seinem Willen formen wollte oder weil er verstimmt war wegen des Verhaltens des Vatikans.⁷⁴³

Die Ablehnung der Vorlage durch die Bayerische Patriotenpartei in Landtag und Reichstag sowie durch das Reichszentrum insgesamt speiste sich wie bei dem Tabakmonopol vor allem

⁷⁴⁰ Eine gute Beschreibung, welche Abschnitte von der Branntweinherstellung bis zum Verkauf auf welche Weise monopolisiert werden sollten, bietet: Pflanze, Bismarck II, 458 f. Offiziell brachte Preußen den Gesetzesvorschlag im Bundesrat ein. Zu Branntweinmonopol und Gesetz: Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 84-88; Pflanze, Bismarck II, 457-462, 486-489.

⁷⁴¹ RV 1885/86, Bd. 97, 1696-1698 (27. März 1886). Die anwesenden elf patriotischen Abgeordneten lehnten das Gesetz ab (einer war beurlaubt und einer krank). Die hohe Zahl von zwanzig Fehlenden lässt sich vor allem darauf zurückführen, dass gleichzeitig in Bayern der Landtag tagte, und teilweise auch darauf, dass man bei der sicheren Ablehnung des Monopols lieber anderen Geschäften nachging, als eine weitere Nein-Stimme hinzuzufügen. Allgemein und in Fällen, in denen man Flagge zeigen wollte oder bei denen es auf jede Stimme ankam, ist bekannt, dass Franckenstein über die Jahre hinweg die Fraktion einschließlich der Bayern zusammentrommelte. Dies wäre in der sechsten Legislaturperiode in solchen Fällen auch notwendig gewesen, wobei Franckenstein allgemein vor Fraktionsbeginn eine Aufforderung zur Anwesenheit versandte: „Die Herrn Reichstags Collegen habe ich gebeten den 19ten in Berlin sein zu wollen. Die Majoritätsverhältnisse sind ja so, daß wenn die Bayern, die auch im Landtage thätig sind, nicht kommen, wir majorisirt werden können.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 611, Brief Franckenstein an Soden vom 15. November 1885.

Die Konservativen, die nicht offen gegen Bismarck agieren wollten, enthielten sich der Stimme, so dass sich bei zahlreichen Abwesenden 181 Nein-Stimmen ergaben.

⁷⁴² Pflanze, Bismarck II, S. 460.

⁷⁴³ Zu einer derartigen Verstimmung im Herbst 1884 siehe: Aretin, Franckenstein, S. 183f. Im Januar 1885 beschrieb Franckenstein Soden die Lage in Berlin folgendermaßen: „Zu thun gibt es hier unendlich viel. Die Situation ist recht eigenthümlich aber eigentlich nicht angenehm. Die Conservativen sind mit recht wenigen Ausnahmen ganz unter der Bothmäßigkeit Bismarks [!], und wann nur immer der nationale Gedanke zum Ausdruck gebracht werden kann, geschieht es. In all diesen Fragen gehen die Conservativen mit den Nat.Liberalen, schämen sich aber eigentlich dieser Bundesgenossen und werden ungehalten, wenn man von diesen neuen Freunden spricht. In den großen Fragen gehen die Conservativen mit uns und z. B. bei den Commissionsbildungen wird dieselbe Abwechslung im Vorsitze beliebt, wie früher. Bismark hat mit uns gebrochen, und protegirt am meisten die sog. Heidelberger [Benennung nach dem Heidelberger Programm der Nationalliberalen].“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 611, Brief Franckenstein an Soden vom 24. Januar 1885. Zu Beginn der Reichstagssession 1885/1886 hatte der Reichskanzler „einen heftigen Zusammenstoß mit Windthorst“, der nach wie vor eine Reizfigur für ihn war; der Grund der Auseinandersetzung lag in der Frage der Missionstätigkeit der Jesuiten in den Kolonien: Pflanze, Bismarck II, S. 457.

aus ihrer Verneinung jeglichen Staatsmonopols; hinzu traten Erwägungen der Wirtschaftlichkeit, Umsetzbarkeit und sozialen Ausgewogenheit des vorliegenden Gesetzentwurfs.⁷⁴⁴ Obwohl Bayern, Württemberg und Baden ein Branntweinreservat besaßen, meldete sich im Reichstag kein Patriot zu Wort. Vehement verteidigte dafür der Bayer Adolf Kröber (Deutsche Volkspartei) das bayerische Reservat als „**reales** Recht der Krone und des Landes Bayern“⁷⁴⁵. Schwer griff er die bayerische Regierung an, die das Reservat wegen der erwarteten Mehreinnahmen preisgeben wolle⁷⁴⁶ und bezeichnete die vom Bundesrat in das Gesetz eingefügten Paragraphen als unzureichend für den Schutz der kleinen ländlichen Brennereien in Süd- und Westdeutschland gegen die großen, hochmodernen im Norden des Landes.⁷⁴⁷ Das Verhalten des Bundesrates, das Kröber ansprach, passt zu Franckensteins Beobachtungen und Ansichten über das Gremium der verbündeten Regierungen in dieser Zeit. So heißt es in einem Brief vom Sommer 1885 an Soden: „Daß die Bundesstaaten den preußischen Antrag nicht stur ablehnten, sondern denselben, wie sie meinen, für sie ungefährlich redigierten und dann annahmen, bedauere ich lebhaft. Sie haben aber alle keinen Muth mehr und machen nur Opposition in Dingen, von welchen sie wissen, daß sie [Wort unleserlich] indifferent sind oder wenn sie vorher wissen, daß sie majorisirt werden.“⁷⁴⁸

Hinter den Kulissen waren die Patrioten nicht untätig, wie die Briefe Franckensteins an Soden von Dezember 1885 bis März 1886 zeigen.⁷⁴⁹ Welche Personen an den Überlegungen und

⁷⁴⁴ Da sich im Reichstag kein Patriot äußerte, muss für öffentliche Äußerungen erstens die Rede des preußischen Zentrumsabgeordneten von Huene und zweitens die patriotischen Äußerungen im Landtag als Ersatz herangezogen werden: RV 1885/86, Bd. 87, S. 1301-1304; LV KdA 1885/86, Bd. V, S. 267.

⁷⁴⁵ RV 1885/86, Bd. 87, S. 1331f. (5. März 1886), S. 1331 (Zitat; Hervorheb. i. O.).

⁷⁴⁶ Die bayerischen Vertreter hatten sich im Bundesrat der Stimme enthalten. Offensichtlich neigte die Regierung dem Branntweinmonopol zu aus dem von Kröber angegebenen Grunde.

⁷⁴⁷ Außerdem erwähnte der Vertreter der linken Seite des Hauses das zu erwartende Wahlverhalten der neuen Beamtenschaft und bestritt die Notwendigkeit neuer Steuern. Dies sah auch Freiherr Lucius von Ballhausen so, wenn er in sein Tagebuch angesichts des immensen Zornes des Kanzlers über die Ablehnung notierte: „Es bleibt dabei unverständlich, was er eigentlich bezweckt, da wir gar nicht in besonderen Finanzkalamitäten uns befinden, wir brauchen die Millionen, die er herbeizaubern will, gar nicht!“: Robert Freiherr Lucius von Ballhausen, Bismarck-Erinnerungen des Staatsministers Lusius von Ballhausen, Stuttgart 1920, S. 335f.; zitiert nach: Pflanze, Bismarck II, 460. Das Reich hatte steigende Ausgaben (vor allem Militärausgaben, aber auch erhöhte Aufwendungen für die Reichsbürokratie), die es nicht mehr allein durch Matrikularbeiträge, sondern durch Anleihen decken musste; diese beliefen sich 1885 auf 410 Millionen Mark: Pflanze, Bismarck II, 458. Brisant war die Finanzlage des Reiches folglich nicht, aber auch weit entfernt von einem ausgeglichenen Haushalt.

In den Reden im Reichstag ist vor allem von den zahlreichen kleinen Bauern in Süd- und Westdeutschland, selten von denen in Mitteldeutschland die Rede, die sich ein nötiges Zubrot durch Branntweinherstellung und –verkauf schufen. Pflanze, Bismarck I, 488, erwähnt außerdem die ostdeutschen ländlichen Alkoholbrennereien als von den tiefen Preisen und der Konkurrenz aus dem Norden besonders bedroht. Zu ihnen darf auch Bismarck gerechnet werden.

⁷⁴⁸ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 611, Franckensteins Meinung zum Bundesrat dieser Zeit: Brief Franckenstein an Soden vom 10. Juli 1885.

⁷⁴⁹ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 611, Brief Franckenstein an Soden vom 14. Dezember 1885; BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Franckenstein an Soden vom 4. Januar 1886; Brief

Sondierungen im Hintergrund verstärkt beteiligt waren, legen die Briefe nicht offen. Deutlich wird, dass die patriotische Fraktion des zu der Zeit tagenden Landtags beunruhigt war durch die Gerüchte um eine bevorstehende Branntweinmonopolvorlage. Die Landtagsabgeordneten überlegten, welche Schritte sie zu welchem Zeitpunkt unternehmen könnten, um Einfluss zu nehmen. Soden, der zu dieser Zeit dem bayerischen Landtag, aber nicht mehr dem Reichstag angehörte, besprach sich mit Franckenstein schriftlich, der den Reichstagverhandlungen in Berlin anwohnte.⁷⁵⁰ Das Branntweinreservat spielte in den Überlegungen eine Rolle, ob aber als Mittel zum Zweck des Schutzes der bayerischen Wirtschaft oder als schützenswertes bayerisches Symbol an sich, wird nicht ausgesprochen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass ersteres die Hauptrolle spielte. Franckenstein sondierte (eventuell mit anderen Bayern) in der eigenen und in den anderen Fraktionen die Haltung gegenüber einem Branntweinmonopol, um das weitere Vorgehen danach zu bemessen. Am 18. Januar 1886, also lange bevor der Gesetzentwurf überhaupt im Reichstag eintraf, konnte der fränkische Freiherr seinem niederbayerischen Freund und damit den Landtagsabgeordneten eine erste Entwarnung geben: „daß die BranntweinmonopolVorlage, wenn sie wirklich kömmt, vom Centrum einmüthig abgelehnt wird. Würde heute über das Monopol abgestimmt, so würden neben dem Centrum die Freisinnigen, die Sozialdemokraten und c[a]. 20 Nationalliberale dagegen stimmen.“ Zum weiteren Vorgehen riet er: „Eine Interpellation oder ein Antrag der bay. Kammer der Abgeordneten scheint mir dermalen nicht nothwendig. Schaden kann eine Interpellation nichts, ein Antrag vielleicht.“⁷⁵¹ Am 18. März 1886 kam dann die endgültige Entwarnung aus

Franckenstein an Soden vom 18. Januar 1886; Brief Franckenstein an Soden vom 18. März 1886. Ein Brief Pfettens zeigt, dass man auch zwischen den einzelnen im Reichstag verhandelten Gesetzentwürfe nicht untätig war. Den Brief sowie eine ihm beiliegende Abschrift eines Zeitungsartikelentwurfes von Pfetten verfasste dieser anlässlich eines ihm nicht genehmen Vorgehens des landwirtschaftlichen Generalkomitees, dem er angehörte. Pfetten teilte Soden mit, dass er „gegen dieses unheilvolle Projekt [...] beabsichtige [...] gemäß §1 Abs. IV. der Geschäftsordnung ein schriftliches Votum“ einzusenden. Die Dokumente enthalten folgende zentrale Aussagen zu einem Branntweinmonopol: „Der Beschluß über das Monopol scheint mir eine übereilte Geschichte zu sein. Wenn man einen Entwurf so wie er liegt, für unannehmbar hält und eine Commission zur Amendirung niedersetzt, so kann man nicht vorher eine maßgebende Hauptabstimmung vornehmen.“ (Brief); „Am meisten aber war man erstaunt, die Namen von Herren als Freunde des Monopols zu lesen, die man sonst nicht gewohnt ist, da zu finden, wo gegen bayerische Interessen gesündigt wird. [...] Es ist ja ausdrücklich constatirt worden, daß man darüber einig sei, daß das Monopol, so wie der Entwurf lautet, für Bayern nicht begutachtet werden könne. [...] Da sich nicht leicht eine Commission finden wird, welche in der Lage ist, dem Entwurf eine für Bayern passende Form zu geben, so wird erst nach Berathung des Commissionsberichtes eine definitive Stellungnahme des G.C. [= landwirtschaftlichen Generalkomitees] zu erwarten sein.“ (Abschrift): BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Sigmund Pfetten an Soden vom 23. Oktober 1886, eingelegt: Abschrift Aufsatz für die Augsburger Postzeitung in der Handschrift Pfettens.

⁷⁵⁰ Zu einem geplanten Treffen in München zwischen dem 18. und 21. Januar 1886 ist es nicht gekommen, da Franckenstein diese Tage nicht wie geplant in München verbrachte. Außer Franckensteins Brief vom 18. Januar 1886 legen dies die Reichstagsakten nahe, da Franckenstein beispielsweise am 19. Januar 1886 präsierte und für die umliegenden Tagen nicht um Urlaub eingereicht hatte.

⁷⁵¹ Die Landtagsfraktion entschied sich daraufhin für eine Interpellation, die Kopp übernahm, so dass die bayerische Regierung am 28. Januar 1886 Stellung beziehen musste: LV KdA 1885/86, Bd. V, S. 267. Vgl. Braun, Reichsverhältnis, S. 84 und Anm. 60.

Berlin: „Das Branntweinmonopol wird die Bayern nun nicht mehr beunruhigen, ich habe nie bezweifelt, daß es mit großer Mehrheit abgelehnt werden wird.“ Abgesehen von der einhelligen Ablehnung des Branntweinmonopolgedankens durch die Landtags- und die Reichstagsfraktion, sind die Briefe ein Beispiel für die stets gute Zusammenarbeit von Soden und Franckenstein sowie ein Beispiel für die von der Forschung bislang nicht ins Auge gefasste Zusammenarbeit zwischen den beiden Fraktionen.

1887 hatte sich durch die Verluste der Deutsch-Freisinnigen Partei und der Welfen das Parteienverhältnis im Reichstages ganz nach Bismarcks Wunsch zuungunsten der Zentrumsfraktion verschoben: Nicht mehr nur wie 1886, als sie überstimmt werden konnte, wenn die Bayern fehlten, die gleichzeitig im Landtag saßen – das sogenannte Kartell aus den Nationalliberalen und den konservativen Parteien hatte nun eine klare Mehrheit im Reichstag. Franckenstein kommentierte die Situation im Reichstag mitten in den Verhandlungen einer neuen Branntweinsteuervorlage gegenüber Soden: „Branntwein und Zucker wie auch Genua statt Triest sowie die Elsaß Lothringen betreffenden Gesetze werden bald angenommen sein, und auf diese rasche Arbeit sind die Cartelbrüder stets stolz.“⁷⁵² Wie vor 1878 hinderten Anträge auf Schluss der Debatte durch das Kartell die Zentrumsmitgliedern an manchem Debattenbeitrag und führten teilweise zu schnellen Gesetzesverabschiedungen.

Die Vorlage eines Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Branntweins, war 1887 nicht nur den Staatsfinanzen geschuldet, sondern auch dem zu dieser Zeit bereits mächtigen Druck von Interessengruppen: Der Verfall der Preise für Getreide und Alkohol machte der Landwirtschaft zu schaffen; das Gesetz sollte also auch der Landwirtschaft unter die Arme greifen. Hörbarer Widerstand im Reichstag gegen Teile des Gesetzes regte sich diesmal von Seiten der – nach der Umbenennung Anfang des Jahres nunmehr – bayerischen Zentrumsmitglieder. Zu dieser Zeit gab es verschieden motivierte Trennlinien in der Zentrumsfraktion, darunter festere und flexiblere.⁷⁵³ Aufschlussreich für die Aktivität der

⁷⁵² BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Franckenstein an Soden vom 12. Juni 1887. Ein im Mai 1886 vorgelegte Branntweinsteuergesetz wurde vom Reichstag abgelehnt, da es nicht ausgereift war: Braun, bayerisches Reichsverhältnis, S. 86; RV, Generalregister, Branntweinsteuer 1886.

⁷⁵³ Beispielsweise beobachtete Konrad Preysing folgende Trennlinien: „Die neuliche Kunstbutter-Abstimmung war in so fern interessant als sie eine Stärke-Messung der Agrarier bedeutet. Man nimmt an dieselbe Mehrheit werde sich für den Schnaps u. die Getreidezölle finden. – Ob der ‚Kleine‘ [= Windthorst] u. Richtung ‚Lieber‘ etc. deßgleichen Kopp u. Walter voll zufrieden sein werden – mit der sich – unter Fraktions Zustimmung auswachsenden Reichstagssituation – weiß ich allerdings nicht.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Konrad Preysing an Soden vom 24. Mai 1887.

Bayern vor sowie hinter den Kulissen und für eine wichtige Trennlinie in Hinblick auf die Branntweinvorlage ist ein Brief von Freiherrn von Gagern an Soden vom 2. Mai 1887:⁷⁵⁴

„Lieber Freund! Franckenstein hat mir gestern nach meiner Rückkehr [nach Berlin] mitgetheilt, ich hätte in die SchnapsCommission zu gehen. Arbeit: Im Einvernehmen mit unserem [= dem bayerischen] FinanzMisterium; habe gestern bereits kurze Besprechung mit Riedel und Ob.Zoll.Rth. [=Oberzollrat] Geiger gehabt. Ersterer reist ab. Letzterer bleibt u. ist Commiss. [= Kommissär] für die Commissionssitzungen. Er wird mir sagen, welche bay. Wünsche im Landesrath[= Bundesrat] nicht durchgegangen ist [!]; ich werde sie dann stellen – u. trachten unsre bay. Interessen zu wahren.“

Franckenstein, dem von Gagern eindeutig die Führungsrolle zugeschrieben wurde, legte große Verantwortung in die Hände Gagerns, der als einziger bayerischer Zentrumsabgeordneter der achtundzwanzigköpfigen Kommission angehörte,⁷⁵⁵ was an dem gleichzeitig in Bayern stattfindenden Landtagswahlkampf gelegen haben dürfte.⁷⁵⁶ Bemerkenswert ist die nicht zum ersten Mal vorkommende, aber hier nachgewiesener Weise sehr weitgehende Zusammenarbeit mit der bayerischen Regierung, die das Ziel hatte, die „bay. Interessen“ zu wahren – womit sowohl die Interessen des bayerischen Staates als auch die der bayerischen Wirtschaft und somit der Wähler gemeint waren. Außer der Meinung der bayerischen Regierung, holte Gagern für seine Tätigkeit auch die Meinung Sodens (und eventuell auch anderer Freunde) ein: „Da ich nicht daran zweifle, daß Du Vorlage u. [Wort unleserlich] aus den Zeitungen zur Kenntniß genommen hast, demnach orientirt bist, bitte ich Dich mir umgehend Deine Ansicht [...] die Punkte zu bezeichnen, die Du für uns noch wünschenswerth erachtest.“ Dann gab Gagern seine eigene Haltung gegenüber der Vorlage bekannt, die eine Aufgabe des bayerischen Reservates vorsah: „Für mich ist es außer Zweifel, daß Bayern W. u. B. [= Württemberg und Baden] der Schnapsgemeinschaft beitreten müssen: es ist das das bei weitem geringere Uebel.“ Anschließend berichtete Gagern, dass man annehme, dass Windthorst Schwierigkeiten „machen wird wollen“ und Spahn als Vertreter der Gegenströmung in der Fraktion in die Kommission entsende. Er fügte humorvoll hinzu:

⁷⁵⁴ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Gagern an Soden vom 2. Mai 1887. Hier auch alle folgenden Zitate; Hervorheb. i. Org.

⁷⁵⁵ RV 1887, Bd. 96, S. 573 (13. Mai 1887).

⁷⁵⁶ „Ich bedaure sehr, daß die Branntweinfrage unmittelbar vor den bayerischen Landtagswahlen berathen werden wird. Der 21te Juni ist ein schlecht gewählter Tag für die Wahlen, die bayerischen Abgeordneten können nicht zugleich in der Berathung des Branntweinsteuer Gesetzes sich betheiligen und in München sein, oder wie die verschiedenen Wahlkreise heißen.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Franckenstein an Soden vom 27. Mai 1887.

„Die Formel lautet dann $F:G = W:Sp$, ist aber innerlich falsch da $F \cdot xSp$ nicht gleich $G \cdot xW$ ist.“ Und nach einem Absatz: „Bitte hierüber tiefstes Stillschweigen.“ Franckenstein und Windthorst standen sich folglich konträr gegenüber und jeder von ihnen entsandte seinen Vertrauensmann in die Branntweinkommission. Handelte es sich um Unstimmigkeiten, die mit dem Gesetz nichts zu tun hatten? Sicherlich gab es inhaltliche Differenzen, aber für Windthorst ist es wahrscheinlich, dass er das Thema benutzen wollte, um Bayern, die das Reservat nicht aufgeben wollten, für sich zu gewinnen und so eine innerparteiliche Front gegen den bayerischen Baron aufzubauen. Orterers Kalendernotizen weisen in diese Richtung.⁷⁵⁷ Franckenstein war nicht frei von Bedenken gegenüber den Bestimmungen des Gesetzes(entwurfes), aber er war offensichtlich bemüht, ein für Bayern annehmbares Gesetz zu schmieden.⁷⁵⁸ Dennoch: Was konnte die beiden langjährigen Weggefährten, vor allem aber auch die Bayern in der Zentrumsfraktion inhaltlich trennen?

Der Gesetzentwurf sah – vorbehaltlich der Zustimmung der reservatrechtlich geschützten Staaten – den Anschluss der süddeutschen Staaten an die Norddeutsche Branntweinsteuergemeinschaft vor. Vorgesehen war die Verteilung der erhöhten Steuereinnahmen nach dem Prinzip der Franckensteinschen Klausel, so dass gleichzeitig das Budgetrecht des Reichstages gewahrt blieb und die bundesstaatliche Ordnung Beachtung fand. Auf Grund des geringeren Branntweinverbrauchs pro Kopf in Süddeutschland und einer wohlwollend festgelegten Differenz in der Kontingentierung war die Verteilung nach der Franckensteinschen Klausel ein pekuniärer Vorteil für die neu hinzutretenden Staaten.⁷⁵⁹ Des Weiteren wurden Sicherheiten in das Gesetz eingebaut, die den kleinen Existenzen im Süden Schutz vor der mächtigen Konkurrenz bieten sollten. Der Unterschied zwischen dem Gesetz und dem Reservatrecht bestand darin, dass das Reservat nur unter Zustimmung des betroffenen Einzelstaates aufgehoben werden konnte – bei einer Revision des Gesetzes, die

⁷⁵⁷ Zur Entwicklung, die anhand der KN Orterer abzulesen ist, siehe das Kapitel zur Sozialpolitik und den Gräben innerhalb der Fraktion. Falls die Annahme von Windthorsts Kalkül zutrifft, ging es bei Orterer auf: „12. [Juni 1887] Eingehende Klubsitzung wegen Branntwein; nehme die Stellung wie Windthorst ein, der sagt, wenn er Bayer wäre, würde er niemals das Reservat aufgeben. Zuvor hatte mich der bayerische Gesandte Lerchenfeld noch bearbeitet – aber nicht eingeladen wie die übrigen Kollegen.“ Am 16. Juni 1887 heißt es dann: „Fortsetzung der letzten Beratungen über Schnaps und Zucker. Selbst Windthorst stimmt schließlich für die Branntweinvorlage.“

⁷⁵⁸ „Dazwischen hatte ich auch viel Plage mit dem Branntwein. Die Vorlage ist sehr gut gearbeitet und am liebsten hätte ich sie en bloc angenommen. Nun ist sie in der Commission nicht besser geworden, der Ausgleich den Huene beantragte, um die von den Nat. Liberalen angestrebte Gleichstellung der gewerblichen Brennereien mit den Landwirthschaftlichen zu verhindern, ist eine nicht unwesentliche Verschlechterung des Gesetzes. Die Verbrauchssteuer wird auch viel angefeindet, ich bin der Ansicht, daß man die 50 beziehungsweise 70 M[ark] recht wohl bewilligen kann. [...] Die Frage ob Bayern das Reservatrecht aufgeben und in die Branntwein steuergemeinschaft eintreten soll wird der bayerische Landtag entscheiden. [...] Die Frage wird die sein, können wir die Einnahmen entbehren und wird, wenn wir nicht beitreten, der Export von Bier und Wein nach dem Norden nicht unmöglich werden.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Franckenstein an Soden vom 27. Mai 1887.

⁷⁵⁹ Vgl. Braun, Reichverhältnis, S. 87.

nach Ablauf von drei Jahren vorgesehen war, konnten die für Süddeutschland eingebauten Vergünstigungen hingegen aufgehoben werden. Insgesamt waren die Vorlage aus dem Bundesrat und ihre anschließende Bearbeitung durch den Reichstag für die süddeutschen Staaten eindeutig entgegenkommend.

An dem Punkt der aufhebbaren Schutzbestimmungen hakte die Kritik eines Teils der bayerischen Zentrumsabgeordneten ein. Der Grund lag darin, dass die kleinen ländlichen Brennereien in Bayern ohne die Schutzbestimmungen tatsächlich um ihre Existenz bangen mussten. Gagern versuchte mit einem Antrag im Plenum die Änderung der Schutzparagraphen von der Zustimmung der bislang reservatrechtlich geschützten Staaten abhängig zu machen.⁷⁶⁰ Windthorst führte im Plenum gegen diesen Antrag aus, dass er staatsrechtlich nicht ausgereift sei und er ihm daher nicht zustimmen könne.⁷⁶¹ Geht man von Gagers Brief an Soden aus, ist anzunehmen, dass Gagern seinen Antrag sowohl mit Franckenstein als auch mit der bayerischen Regierung abgestimmt hatte und er beider Interessen entsprach. Des Weiteren geht aus den Kalendernotizen Orterers hervor, und wäre auch unabhängig davon anzunehmen, dass das bayerische Reservat zumindest einer der strittigen Punkte zwischen Franckenstein, Gagern und weiteren Abgeordneten auf der einen Seite und Windthorst, Spahn und einigen anderen bayerischen und nicht-bayerischen Zentrumsmitgliedern auf der anderen Seite war.⁷⁶² Doch die Bayern konnten sich im Kartellreichstag mit dem Antrag Gagers nicht durchsetzen: Er wurde abgelehnt⁷⁶³ – aber Gagern gehörte trotzdem zu den bayerischen Zentrumsabgeordneten, die das Gesetz letztlich befürworteten. Das Erreichte schien ihm letztlich zu langen – und er war ja bereits am 2. Mai 1887, noch vor Beginn der Kommissionsberatungen, der Meinung, dass ein Beitritt zur Norddeutsche Branntweinsteuergemeinschaft „bei weitem das geringere Uebel“⁷⁶⁴ wäre. Im Gegensatz zur Führungspersönlichkeit Orterer, der sich als einziger der letztlich Ablehnenden zu Wort meldete:⁷⁶⁵ Er sprach zum Antrag seines Fraktionskollegen, begrüßte diesen und versuchte ihm Nachdruck zu verleihen, indem er die Garantie als Kriterium für die Zustimmung einiger seiner Parteifreunde bezeichnete. Besonders interessant ist, dass Orterer davon sprach, dass seine „prinzipielle Stellung [...] zu der ganzen Vorlage“⁷⁶⁶ von der Gagers abweiche. Das Prinzipielle kann nur in dem Reservat und den Reservaten an sich

⁷⁶⁰ Freiherrn von Gagern Begründung des Antrages: Ebd. 954-956 (14. Juni 1887).

⁷⁶¹ Selbst Windthorst, der sich für die Belange der Einzelstaaten sonst immer einsetzte, betrachtete den Antrag aus staatsrechtlichen Gründen als nicht annehmbar: RV 1887, Bd. 96, 956 f. (14. Juni 1887).

⁷⁶² KN Orterer, Eintrag vom 12. Juni 1887 und Eintrag vom 16. Juni 1887.

⁷⁶³ Ebd. 964 (14. Juni 1887).

⁷⁶⁴ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Gagern an Soden vom 2. Mai 1887.

⁷⁶⁵ Ebd. 958 f.

⁷⁶⁶ Ebd. 958.

gesehen werden, zumal Orterer als schwere Bedenken den sicheren Untergang der landwirtschaftlichen Brennerei in Bayern bei Wegfall des Reservates beziehungsweise der Schutzparagraphen anführte und darüber hinaus die im Reichstag von dem preußischen Finanzminister von Scholz angesprochene künftige gemeinsame Bierbesteuerung, die nur durch die Preisgabe eines weiteren bayerischen Reservates möglich geworden wäre. Dieses Reservat sahen übrigens auch Franckenstein und andere bayerische Politiker durch eine Zustimmung als gefährdeter an.⁷⁶⁷ Bei ersterem standen wohl die Wählerinteressen und der Schutz der bayerischen Wirtschaft im Vordergrund und keine (kurzfristigen) finanziellen Interessen des eigenen Einzelstaates, da das Gesetz, so wie es vorgesehen war, dem bayerischen Staat erhebliche Mehreinnahmen bringen sollte; allerdings wurden in der Öffentlichkeit zum Teil die erheblichen Mehreinnahmen angesichts der schweren Finanznöte des bayerischen Staatshaushaltes auch als Wählerinteresse angesehen. Das angesprochene Reservat über die inländische Besteuerung des Bieres brachte Orterers Heimatland finanzielle Vorteile, doch hatten sich auch bei der Auflösung des Branntweinreservates günstige Regelungen für die süddeutschen Einzelstaaten und ihre Bewohner finden lassen. Folglich lässt sich nicht von der Hand weisen, dass das Relikt der Souveränität Bayerns, das Branntweinreservat, auch noch 1887 eine reale Bedeutung für viele bayerische Existenzen hatte und deren Schutz nur auf Grund des Branntweinreservates voll gewährleistet war.⁷⁶⁸ Darin ist der erste und Priorität genießende Grund für den Kampf der bayerischen Zentrumsabgeordneten für garantierte Schutzbestimmungen und für die Ablehnung des Gesetzes durch 15 Abgeordnete zu sehen. Als zweiter, aber untergeordneter Grund ist an Orterers Kalendernotizen aus der Zeit zu entnehmen, dass er die ständige Bewilligung von mehr Geldern für das Reich und somit ständige Mehrbelastung der Bevölkerung ablehnte.⁷⁶⁹ Vielleicht war dies auch ein weiterer Kritikpunkt für andere Abgeordnete. Daneben ist zu vermuten, dass Orterer und die mit ihm stimmenden Kollegen neben dem unangefochtenen

⁷⁶⁷ „Sind wir [in die Branntweinsteuergemeinschaft] eingetreten können wir nicht mehr austreten, und das dann nur mehr für die Brausteuern (Malzaufschlag) betreffende Reservat ist anfechtbarer geworden.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, Nr. 613, Brief Franckenstein an Soden vom 27. Mai 1887. Der gewichtige Landtagsabgeordnete Daller, der wie all seine Kollegen – und die bayerischen Reichsräte – letztgültig über die Aufgabe des Reservates zu entscheiden hatten, bekannte Soden: „Im Allgemeinen betrachte ich die Dinge seit der päpstl. Septennateinmischung u. seit Annahme desselben sehr trübe. Die Branntweinsteuer wird uns finanzpolitisch zum vollständigen Annexum Preußens machen, den BierAufschlag nach sich ziehen;“ nach einem längeren Raisonement über die weitere Entwicklung Bayerns in puncto Sozialdemokratie und Zentrum sowie die Betrachtung der aktuellen Wahlsituation schrieb Daller: „Verzeihe meine Schwarzseherei; ich darf sie nicht öffentlich kundgeben.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Daller an Soden vom 4. Juni 1887.

⁷⁶⁸ Eine Äußerung wie die des Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, die das Reservat vor allem aus Prestigegründen zu verteidigen schien, ist für die ablehnenden Patrioten nicht nachzuweisen.

⁷⁶⁹ „Der Gang der Verhandlungen ist nichts als ‚Bewilligung, Bewilligung‘ und leider tut auch das Centrum fleißig mit. Ich nicht!“ KN Orterer, Eintrag vom 10. Mai 1887. Unter dem 5. Mai bezeichnete er die Zustimmenden aus den eigenen Reihen nicht als „das Centrum“, sondern als „unsere Leute“.

Hauptgrund auch das Ansehen, das das Reservat beim bayerischen Volk genoss, im Auge hatten und dass auch für sie selbst dieses Recht der Krone Bayerns von Bedeutung gewesen sein dürfte.

Der preußische Finanzminister Scholz warb um das Vertrauen der Süddeutschen in die verbündeten Regierungen, die jetzt eine gerechte Lösung angestrebt hätten und dies auch bei zukünftigen Revisionen des Gesetzes tun würden.⁷⁷⁰ Insgesamt fünfzehn bayerische Mitglieder des Zentrums konnte er nicht gewinnen: Sie votierten mit vier weiteren bayerischen Abgeordneten anderer Fraktionen gegen das Branntweingesetz und somit für den Zustand, den die Reichsverfassung 1871 festgeschrieben hatte. Der größere Teil der Anwesenden bayerischen Zentrumsvertreter stellt sich damit gegen das Steuergesetz.⁷⁷¹ Gewiss war, dass der sogenannte Kartellreichstag, den sich Bismarck mit der Reichstagsauflösung schaffen konnte, mit seinen 220 Stimmen (von insgesamt 397) der Kartellparteien dem Entwurf zur Annahme verhelfen würde – auch wenn ein paar Nationalliberale ausscherten. Ebenfalls sicher war dem Gesetz das positive Votum vieler Zentrumsmitglieder, da die Mehrheit des Zentrums und die Konservativen im preußischen Abgeordnetenhaus eindringlich eine Verbesserung der Lage der Landwirte gefordert hatten. Immerhin 20 der 65 nicht-bayerischen Zentrumsmitglieder verweigerten dem Gesetz jedoch die Zustimmung, so dass insgesamt ein Drittel – nicht der Anwesenden, sondern der Gesamtzahl – der Zentrumsfraktion das Gesetz ablehnte. Pflanzes Behauptung, wonach „das Gesetz mit den Stimmen der Kartellparteien und des Zentrums [...] angenommen“⁷⁷² wurde, muss somit entgegengetreten werden. Warum lehnten die 20 nicht-bayerischen Mitglieder des Zentrums das Gesetz ab? Der hessische Zentrumsabgeordnete Josef Adolf Nikola Racke arbeitete mit Anträgen und diese unterstützenden Worten gegen das Gesetz, wie es aus der Kommission kam: Er vertrat die Auffassung, dass den Übeln, denen mit dem Gesetz entgegengetreten werden sollte, nicht Einhalt geboten würde: Sowohl die Spekulationsver- und Ankäufe von Branntwein, die den Markt unruhig gestalteten, als auch der Niedergang der kleinen Brennereien würde fortschreiten.⁷⁷³ Es waren folglich ähnliche Bedenken wie bei den Bayern, nur galt die Sorge nicht voran den bayerischen Bauern und der bayerischen Wirtschaft. Durch die Gegnerschaft der Linksliberalen, der Sozialdemokraten, der Elsässer

⁷⁷⁰ Ebd. 959 f.

⁷⁷¹ Abstimmung: Ebd. 1113-1115. Mit Ja votierten 9 Abgeordnete: Buxbaum, Diendorfer, Gagern, Gise, Pfetten, Kaspar Preysing, Roß, Schmidt, Schönborn-Wiesentheid. Mit Nein votierten: Aichbichler, Biehl, Burger, Deuringer, Haberland, Lehner, Orterer, Pezold, Reichert, Reindl, Senestrey, Weber, Wenzel, Witzlsperger, Zach. Beurlaubt war Franckenstein. Ponschab war entschuldigt. Unentschuldigt fehlten jedoch 7 bayerische Zentrumsabgeordnete: Gruben, Haus, Landes, Lerzer, Konrad Preysing, Wagner, Wildegger.

⁷⁷² Pflanze, Bismarck II, S. 488.

⁷⁷³ RV 1887, Bd. 96, S. 993f.

und der Hannoveraner ergab sich letztlich ein Resultat von 233 zu 80 Stimmen. Ganz alleine waren die fünfzehn ehemaligen Patrioten folglich nicht, nur verweigerten beispielsweise viele Linksliberale ihre Zustimmung auf Grund ihrer Abneigung gegen Steuererhöhungen. Den Bundesrat passierte das Gesetz unter anderem auch mit den bayerischen Stimmen, nachdem im Landtag auch mit großer Majorität der bayerischen Zentrumsstimmen das verfassungsgemäß notwendige positive Zeichen zur Aufgabe des Reservates gegeben war. Allerdings vertraute die bayerische Regierung bei ihrer Zustimmung im Bundesrat darauf, dass im Reichstag mit Hilfe der bayerischen Zentrumsabgeordneten noch weitere Zugeständnisse an Bayern erreicht werden konnten.

Die Abstimmung über das Branntweinmonopol 1886 sagt vor allem aus, dass die bayerischen Patrioten geschlossen Sozialisierung, Unitarisierung, einen omnipotenten Staat und eine Herabsetzung des parlamentarischen Gewichtes ablehnten. Erst an den Debatten, Gagerns Antrag und der Abstimmung anlässlich des Branntweinsteuergesetzes 1887 wird deutlich, dass sowohl die zustimmenden als auch die ihre Stimme verweigernden Abgeordneten die Bestimmungen des Branntweinsteuerreservates gerne beibehalten hätten. Für die mit Nein Votierenden hatten der tatsächlich nur durch das Reservatrecht bestehende unantastbare Schutz zahlreicher kleiner Existenzen sowie – weit untergeordnet – auch das Prestige,⁷⁷⁴ das der Status quo der Reichsverfassung Bayern bot, Vorrang. Dies bedeutete kein Rütteln an den Grundfesten des Reiches – aber auch kein weiteres Fortschreiten auf dem Weg der Einheit. Die Verteidigung des Reservates trotz Weiterbestehen der Zugeständnisse stellt eine Betonung der bayerischen Eigenstaatlichkeit dar, zeigt Konservatismus auf, geht aber auch von anderen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Annahmen aus. Mit ihrer Entscheidung bewerteten diese Abgeordneten den momentanen finanziellen Vorteil für die bayerische Staatskasse als zweitrangig und vertraten damit sicherlich die Meinung vieler Wähler. Hinzu kommt, dass man in Bayern allgemein die hohen Ausgaben für das Militär im Deutschen Reich mit Argwohn betrachtete; dementsprechend war sowohl von Gagern als auch von Orterer unter anderem darauf hingewiesen worden, dass der Gesetzentwurf zwar ein monetäres Geschenk für die Süddeutschen einschließe, dass aber auch die Süddeutschen die enormen Kosten für das Militär insbesondere für die Flotte mittrügen.

Die Befürworter innerhalb des Bayerischen Zentrums gingen von einer anderen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklung aus als die Ablehnenden; für sie spielte darüber hinaus das Prestige augenscheinlich keine Rolle. Ihr Entschluss für den Beitritt

⁷⁷⁴ An das Prestige lässt allein der Ton der KN Orterer aus dieser Zeit denken; eine Stellungnahme dazu existiert nicht.

zur Norddeutschen Branntweinsteuergemeinschaft zeigt, dass sie in Bezug auf die Branntweinbesteuerung bereit waren für ein weiteres Zusammenwachsen des Reiches unter föderalistischen Vorzeichen. Die finanziellen Vorteile, die das Gesetz den Süddeutschen bot, waren auch als Angebot an sie gedacht, um dem Reich zu mehr Einheit zu verhelfen. Das Angebot, das in der ungleichen Verteilung von Steuereinnahmen lag, war notwendig: Die der Branntweinsteuergemeinschaft nicht angehörenden Einzelstaaten hätten ihre Steuern auf das Niveau, das in den norddeutschen Ländern mit dem Gesetz geschaffen wurde, anheben können, um damit dem bayerischen Staatshaushalt das dringend benötigte Geld zu verschaffen. Diesen sicherlich gewichtigen Aspekt der Finanznot⁷⁷⁵ ergänzte das Gesetz in ihren Augen durch den zumindest momentan gewährleisteten Schutz der innerbayerischen Wirtschaft, den zuvor das Reservat geboten hatte. Die Zahl dieser für die wirtschaftlichen Belange ihres Einzelstaates eintretenden und zugleich vereinheitlichende Reichspolitik betreibenden ehemaligen Patrioten war höher, als es die Abstimmung im Reichstag vermuten ließ: Dies zeigt die Abstimmung im Landtag über das so bedeutende Reichsgesetz und die mit diesem verbundene Preisgabe des in den Versailler Verträgen festgelegten bayerischen Reservatrechtes: Drei Viertel der Patrioten votierten mit Ja.⁷⁷⁶ Als wichtiges Ergebnis für die Fragestellung ergibt sich für die Zustimmung, dass sie bei den angebotenen Vorteilen für Bayern und die anderen süddeutschen Staaten bereit waren, ein Reservatrecht aufzugeben und die Kompetenz des Reservates in die Hände des Reiches zu legen.⁷⁷⁷

Wertvoll für Erkenntnisse zur innerparteilichen Entwicklung ist ein Brief Gises, der berichtete, dass die bayerischen Zentrumsabgeordneten sich am Tag der Abstimmung ohne die Abgeordneten aus den anderen Einzelstaaten versammelten, „um uns über die Schlußabstimmung über den Branntwein zu einigen beziehungsweise einem Antrag von mir entsprechend, uns der Stimme zu enthalten.“⁷⁷⁸ Der Sinn von Gises Vorschlag war, dass das Votum des bayerischen Zentrums bei dieser Bayern betreffenden Frage nicht auseinanderfallen sollte, denn eine Auswirkung auf das Abstimmungsergebnis des Reichstages hätte die Enthaltung nicht gehabt. Ob er den Vorschlag nicht unterbreitet hätte,

⁷⁷⁵ Braun urteilt anlässlich des Landtagsbeschlusses: „Die Abgeordneten waren sich viel zu klar darüber, in welche Verlegenheit die bayerischen Finanzen geraten würden, falls sie den vorteilhaften Anschluss an das neue Steuergesetz verweigerten.“ Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 88.

⁷⁷⁶ So kam es zu einer überwältigenden Mehrheit von 138 zu 18 Stimmen in der bayerischen Kammer der Abgeordneten: LV KdA 1887/88, Bd. I. Die Kammer der Reichsräte stimmte ebenfalls zu: Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 88.

⁷⁷⁷ Dies deutete bereits in die Richtung, bayerisch-bäuerliche Interessen aufzugeben, wie es Anfang der 1890er Jahre geschah. In diesen Jahren konkurrierten zwei Flügel, von denen sich unter anderem in Anbetracht der von Wilhelm II. betriebenen Politik derjenige durchsetzte, der bereit war, die Interessen der ursprünglichen Wähler zu vertreten. Zu dieser Entwicklung siehe den prägnanten Überblick bei: Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, S. 343.

⁷⁷⁸ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Gise und Gagern an Soden vom 17. Juni 1887.

wenn in Bayern nicht gerade Landtagswahlkampf gewesen wäre, muss offen bleiben. Unter dem Eindruck der eben stattgefundenen Sitzung fügte Gise das Ergebnis der Konsultation voll Unmut und sicherlich zu schwarzmalend an: „Wie immer ist natürlich auch diesmal nichts zu Stande gekommen und stimmt nunmehr die Minorität für, die Majoritaet u. hiebei außer Gagern und mir alle Landshuter gegen das Gesetz. Nette Aussichten für München.“⁷⁷⁹

8. Militärpolitik

a) Ein bayerischer Auftakt

Zu den besonderen Hoheitsrechten Bayerns gehörten gemäß des Bündnisvertrages vom 23. November 1870 neben der Branntwein- und Bierbesteuerung, den Eisenbahnen, dem Heimat- und Niederlassungswesen, dem Post- und Telegraphenwesen und vielem mehr auch Teile des Militärwesens, das für die nicht militärbegeisterten bayerischen Patrioten ein delikates Politikfeld war.⁷⁸⁰ Bereits 1871 wurde von der bayerischen Regierung im Bundesrat der Gesetzentwurf, betreffend die Einführung des Norddeutschen Bundesgesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 9. November 1867 in Bayern, eingebracht, obwohl laut Ziffer III § 5 Nr. I des Versailler Bündnisvertrages Bayern „zunächst seine Militärgesetzgebung nebst den dazu gehörigen Vollzugsinstruktionen, Verordnungen, Erläuterungen“ behalten sollte.⁷⁸¹ Als der Gesetzentwurf dem Reichstag vorlag, ergriff Franz Xaver Greil am 20. November 1871 im Namen der Patrioten das Wort und rief den Reichstag auf, ein absolutes Regiment der Regierung in Bayern zu verhindern.⁷⁸² Hintergrund waren die divergierenden Meinungen zwischen der bayerischen Regierung und der Patriotenpartei bei der Auslegung der Versailler Verträge und der Bestimmung in Art. 78 Abs. 2 der Reichsverfassung: „Diejenigen Vorschriften der Reichsverfassung, durch welche bestimmte Rechte einzelner Bundesstaaten, in deren Verhältnis zur Gesamtheit festgestellt sind, können nur mit Zustimmung des berechtigten Bundesstaates abgeändert werden.“⁷⁸³ Die Patriotenpartei, einschließlich ihrer Juristen, war der Auffassung, dass Reservatrechte Bayerns nur mit Zustimmung des Landtages und des Königs geändert oder aufgehoben werden

⁷⁷⁹ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Gise und Gagern an Soden vom 17. Juni 1887.

⁷⁸⁰ Eingehend zum sehr begrenzten Militärreservat siehe: Albrecht in: Spindler IV/1, S. 325f.

⁷⁸¹ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 374, gibt fälschlich die Nationalliberale Partei im Reichstag als Antragssteller des Gesetzes an. Richtig, aber den Initiator nicht deutlich nennend: Braun, Reichsverhältnis, S. 45. Seinen auf den nächsten Seiten folgenden Thesen zur Militärpolitik ist nicht zu folgen.

⁷⁸² RV 1871, Bd. 22, S. 378-380 und S. 384 (20. November 1871). Greil hatte bis dahin schon häufig das Wort ergriffen; er verstarb jedoch schon am 14. Dezember 1871.

⁷⁸³ Die strittigen Vertrags- und Verfassungsbestimmungen werden in der Sitzung vom 20. November 1871 zitiert sowie ihre jeweilige Auslegung ausgeführt: RV 1871, Bd. 22.

konnten; die bayerische Regierung hingegen vertrat die Ansicht, dass der Landtag in die Formulierung „mit Zustimmung des berechtigten Bundesstaates“ nicht einbezogen sei und die Zustimmung der vom König ernannten Bundesratsbevollmächtigten, und des Königs, ausreiche; zudem, wie Minister Lutz im Reichstag ausführte, war er der Ansicht, dass das Reservatrecht durch den Gesetzentwurf nicht tangiert würde.⁷⁸⁴ Diese innerbayerische Auseinandersetzung muss zusätzlich vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die bayerische Regierung in den Verhandlungen mit dem Landtag um die Annahme der Versailler Verträge zur Jahreswende 1870/71 die Zusage gemacht hatte, die bayerischen Bundesratsstimmen könnten vom Landtag instruiert werden.⁷⁸⁵ Das nun dem Reichstag vorliegende Gesetz war aber ohne, dass es dem bayerischen Landtag auch nur vorgestellt wurde, von der bayerischen Regierung in den Bundesrat eingebracht worden und Lutz bestritt im Reichstag seine eigene, nur ein Jahr zurückliegende Zusage kategorisch. Es ging Greil und seinen Mitstreitern folglich um die sie noch lange begleitende Frage der Macht in Bayern; Greil rief seine Reichstagskollegen zum Schutz des parlamentarischen Einflusses im konstitutionellen monarchischen System auf. Er fand, wie zu erwarten, jedoch kein Gehör bei der Mehrheit der Reichstagsabgeordneten: Die Liberalen waren für fast jede Unitarisierung zu haben, die bayerischen Liberalen im Landtag und Reichstag waren der Patrioten Gegner und arbeiteten teils Hand in Hand mit der bayerischen Regierung. Ursprünglich liberale Ideale und Ziele, wie ein machtvolles Parlament, ja eine parlamentarische Regierung, wurden immer weniger Leitschnur für die Mehrzahl der Liberalen des Kaiserreiches. Über die Nationalliberalen des Reichstages von 1871 urteilt Pflanze: „Der bedeutsamste Aspekt der Affäre war, daß sich dabei zeigte, wie unfähig die Partei war, ihre Schlüsselstellung zur Konsolidierung der Macht des Parlaments zu nutzen.“⁷⁸⁶ Die Konservativen wiederum interessierten sich grundsätzlich wenig für die Rechte des Parlaments; zudem befand sich unter ihnen kein einziger Bayer. Der Rest der Zentrumsfraktion hingegen, vertreten durch Windthorst mit seinem juristischen Wissen und dem ihm eigenen rhetorischen Können, unterstützte die bayerischen Fraktionskollegen.⁷⁸⁷

Als Motiv der Patrioten gegen das Gesetz verschleiern die innerbayerische Auseinandersetzung und die Wahrung der parlamentarischen Rechte den Blick darauf, wie die bayerischen Patrioten entschieden hätten, wenn sie zunächst im Landtag hätten abstimmen

⁷⁸⁴ Ebd. S. 380.

⁷⁸⁵ LV KdA 1870/71, Beil.-Bd. IV, S. 100 (28. Dezember 1870). Vgl. Kistler, Landtag, S. 282, 296f.; Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 374.

⁷⁸⁶ Pflanze, Bismarck I, S. 688.

⁷⁸⁷ Reden Windthorsts: RV 1871, Bd. 22, S. 382f, 385f. (20. November 1871).

können.⁷⁸⁸ Am Ende von Greils Rede hieß es als Ausblick für das Verhalten der Patrioten, falls das Gesetz im Reichstag abgelehnt würde: „und wenn wir demnächst nach Bayern zurückkehren und unsere Staatsregierung legt uns im Landtage in kompetenzmäßiger Weise einen Gesetzentwurf zur Erledigung vor, so glaube ich versichern zu können, daß der Reichstag keineswegs Ursache haben wird, darüber zu klagen.“⁷⁸⁹ Auch wenn man diese Versicherung des ebenfalls in der Zweiten Kammer sitzenden Greil nicht gleich einer Tatsache werten kann, so scheint sie angesichts der Zustimmung des gesamten Landtages zu den Versailler Bündnisverträgen wahrscheinlich; einzelne Abweichler oder eine Spaltung des patriotischen Lagers im Landtag wären bei der Abstimmung allerdings denkbar gewesen. Vielleicht hätten die Patrioten im Landtag anders entscheiden wollen, wenn die Übermacht im Reichstag gegen sie nicht so groß gewesen wäre. Aber so wie die Dinge lagen, wollten sie sich von der bayerischen Regierung zumindest nicht ohne Gegenwehr über den Tisch ziehen lassen. Die Schwere des innerbayerischen Motivs für die Patrioten bei dieser Reichstagsabstimmung lässt sich an der in Aussicht gestellten Zusage zur Zustimmung leicht ablesen; andere mögliche Motive traten in den Hintergrund. Um seine Parlamentskollegen von einer vorläufigen Ablehnung des Gesetzes zu überzeugen, betonte Greil, dass das bayerische Militärgesetz auch bei Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes bis 1872 Geltung behalte und daher eine Abstimmung im bayerischen Landtag, dessen Einberufung unabhängig davon jeden Tag erwartet wurde, zeitlich leicht noch erreichbar wäre. Letztlich wies er auch darauf hin, dass die bayerische Armee wohlgeordnet und zu vollster Zufriedenheit ihrer Pflicht im letzten Krieg nachgekommen sei und auch deshalb Eile nicht geboten wäre. Aus den beiden letzten Argumenten des bayerischen Patrioten – auch wenn sie objektive Argumente waren – kann man durchaus einen Vorbehalt gegen die Vorlage erkennen; eine Notwendigkeit konnten Greil und seine politischen Freunde in dieser Unitarisierung nicht erblicken und ein Hinausgehen über die Versailler Verträge war ihnen nicht willkommen.⁷⁹⁰ Der Vorbehalt hatte mit der Zusage einer Zustimmung im Landtag nichts zu tun, aber er gibt uns Auskunft über die sehr verhaltene Haltung der Patrioten gegenüber dem Reich im Herbst 1871. Joseph Edmund Jörg, der zu dieser Zeit nicht dem

⁷⁸⁸ Dass die Bayerische Patriotenpartei als eine konservative Kraft ihre Liebe zum Parlamentarismus innerhalb des monarchischen Systems entdeckt hatte, lag zweifellos wiederum daran, dass sie vor 1871 in Bayern bereits gegen liberale Politik ankämpfen mussten. Mit der Frage nach der Patriotenpartei als Faktor im Prozess der Demokratisierung und Parlamentarisierung befasst sich eingehend: Hartmannsgruber, *Patriotenpartei*, S. 394-402.

⁷⁸⁹ Ebd. S. 380.

⁷⁹⁰ Nach der Niederlage im Deutsch-Deutschen Krieg 1866 war das Militärwesen in Bayern im Sinne des preußischen reformiert worden, daher konnte von einer dringenden Vereinheitlichung tatsächlich nicht gesprochen werden. Zu den bayerischen Militärreformen und auch zur in Bayern sehr weit verbreiteten Ablehnung von Militarismus siehe: Mayershofer, *Bevölkerung und Militär*.

Reichstag angehörte und auch nicht für alle bayerischen Patrioten sprechen konnte, der aber der Hauptströmung der Abgeordneten angehörte, schrieb folgende für Haltung und politische Zielrichtung aufschlussreiche Zeilen an Anton Ruland: „Ob vom bayerischen Staat noch irgend etwas zu retten seyn wird, ist freilich mehr als fraglich. Aber es handelt sich jetzt erst recht darum unser Volk zu vertheidigen, solange wir den Arm noch zu rühren vermögen.“⁷⁹¹ Wie gesagt: Ein anderes Motiv wog erheblich schwerer bei der Ablehnung des Gesetzes – ob dieses Motiv den Patrioten teilweise gelegen kam, um eine weitere Unifizierung abzulehnen, sei dahingestellt. Letztlich ist jedoch davon auszugehen, dass sie sich ein ihnen annehmbareres Reich wünschten, als es sich ihnen präsentierte, die Hoffnung darauf hatten sie zur Zeit der Rede Greils offenbar noch nicht aufgegeben.

b) Die Reichsmilitärgesetze

Die banger Hoffnungen sanken mit der Ablehnung des von Greil vertretenen Antrages und mit den am 23. November 1871 beginnenden Beratungen über den von Bayern angeregten Gesetzentwurf, betreffend die Ergänzung des Strafgesetzbuchs für das deutsche Reich, den sogenannten Kanzelparagraphen. „Mit welchen Gefühlen Sie und die anderen Freunde diesen Debatten assistirt haben mögen, kann ich mir sehr lebhaft vorstellen. Wenn selbst Herr Baron Ow den Schluß der Komödie nicht mehr abzuwarten vermochte: dann ist Alles gesagt.“⁷⁹² Ob die Abwesenheit von dreizehn der achtzehn Patrioten bei der nächsten militärpolitischen Abstimmung am 1. Dezember 1871 genauso motiviert war wie die des mit Freundlichkeit und einer gehörigen Portion an Langmut ausgestateten Ow, kann im Einzelnen nicht nachvollzogen werden.⁷⁹³ Davon, dass die Stimmung in der gesamten Zentrumsfraktion gedrückt war, ist jedoch auszugehen.⁷⁹⁴ Bei dem militärpolitischen Gesetz handelte sich um das erste Gesetz, betreffend die Friedenspräsenzstärke des Deutschen Heeres und die Ausgaben für die Verwaltung desselben, das erste der meistens sobenannten (Reichs-)Militärgesetze. Das Budget wurde pauschal, also nicht mit einzelnen Titeln für die verschiedenen Ausgaben, und

⁷⁹¹ Jörg, Briefwechsel, S. 380 Nr. 267, Jörg an Anton Ruland vom 13. September 1871.

⁷⁹² Jörg, Briefwechsel, S. 383 Nr. 270, Jörg an Max Graf Seinsheim vom 5. Dezember 1871.

⁷⁹³ Die nächste Sitzungsperiode des bayerischen Landtags wurde erst am 12. Dezember 1871 eröffnet, so dass dieser nicht der Grund sein konnte.

⁷⁹⁴ Zu pauschalisierend und ohne Belege wird in der Forschung immer wieder von geringer Anwesenheit in den siebziger Jahren gesprochen. Auch von Anderson, die jedoch mit dem Hinweis darauf, dass „viele Abgeordnete von einem anhaltenden Interesse an der täglichen Arbeit im Reichstag“ durch die „scheinbare Nutzlosigkeit ihrer Reden und Stimmen“ abgehalten wurden, sicherlich Recht hat. Anderson, Windthorst, S. 244. Allerdings sollte man den Zeitabschnitt überprüfen; es spricht zumindest bei den Bayern einiges dafür, dass eine Abnahme der Motivation in der ersten Legislaturperiode festzustellen sein wird, eine Zunahme der Motivation mit Beginn der zweiten Legislaturperiode.

für 1872, 1873 und 1874 beantragt, also nicht nur für ein Jahr, wie es für das Reichsbudget eigentlich vorgesehen war.⁷⁹⁵ Die fünf anwesenden bayerischen Patrioten, Karl Freiherr von Aretin, Dr. Max Theodor Mayer (Donauwörth), Hermann Freiherr von Reichlin-Meldegg, der mit Jörg korrespondierende Max Graf von Seinsheim-Grünbach und Adolf Graf von Walderdorff, lehnten das Gesetz ab – jedoch ist kein Redebeitrag von ihnen in den *Stenographischen Berichten* zu finden. Außer, dass die Behandlung der Zentrumsfraktion und der Katholiken im Reich sicher nicht dazu beitrugen, Kompromissbereitschaft für Gesetze zu fördern, die man schlicht für unannehmbar hielt, gab es eben handfeste Gründe dafür, weshalb die Militärpolitik einen ständigen Streitpunkt sowohl im Landtag als auch im Reichstag für die Patriotenpartei darstellte, die sich bereits in ihren Gründungsjahren gegen den Militarismus Preußens gewandt hatte.⁷⁹⁶ Aus anderen Debatten in Reichs- und Landtag lassen sich diese Gründe leicht extrahieren:

Erstens versuchte die Bayerische Patriotenpartei mit Rücksicht auf die Wünsche Ihrer Wähler, eine zweijährige anstelle der dreijährigen Dienstzeit durchzusetzen; z. T. verpflichteten die Wähler ihre Abgeordneten in Versammlungen auch auf diese Linie. Das Reichszentrum schloss sich übrigens der Forderung der Patrioten, teils aus echter Überzeugung, teils als Konzession an den bayerischen Partner, an.⁷⁹⁷ Zweitens sah die erste bayerische Volkspartei über die Jahre hinweg hier und da das sehr begrenzte bayerische Reservatrecht mit Recht angegriffen. Drittens legte das von Bismarck vorgeschlagene Triennat, Aeternat oder das von manchen Parteien als Kompromiss vorgeschlagene Septennat eine enorme Summe des Geldes, über dessen Verteilung der Reichstag jährlich beschied, auf Jahre hinaus fest und damit das Budgetrecht des Reichstages großteils lahm; den sogenannten Reichsmilitärgesetzen, die ein im jährlichen Reichsbudget zudem in einzelne Titel aufgeschlüsseltes Militärbudget ersetzten, kommt daher eine enorme Bedeutung zu.⁷⁹⁸ Der

⁷⁹⁵ Das Reichsbudget für das Jahr 1872 umfasste rund 117 Millionen Taler; 90 373 275 davon waren für das Militär vorgesehen, davon 10 854 900 Taler für Bayern.

⁷⁹⁶ HPB 6, 1867, 75 und 79. Abstimmung im bayerischen Landtag für die Kürzung des Wehretats 1870: Rall in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1 (1974), S. 268. Zur Militärpolitik siehe auch: Braun, bayerisches Reichsverhältnis, S. 49-57; Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 379; Möckl, Prinzregentenzeit, S. 203-206; Vogel, Stellenwert.

⁷⁹⁷ Als Konzession an die Bayern beispielsweise in der Militärkommission des Jahres 1874: Pastor, Reichensperger II, S. 123; Braun, bayerisches Reichsverhältnis, S. 51. Im Plenum aus eigener Überzeugung: RV 1874, Bd. 32, S. 953-957 (Jörg; 20. April 1874); ebd. S. 782-787 (Mallinckrodt; 14. April 1874). Allgemein zu den Sorgen und Vorbehalten der Mehrheit der katholischen Politiker und der Katholiken konstatiert Nipperdey: „Es war die Sorge vor dem Borussismus. Schon ein frühes Programm, das Essener Wahlprogramm vom Juni 1870, wandte sich gegen überhöhte Militärlasten, das war sehr unbestimmt, aber das war, auch in den preußischen Westprovinzen, ein Codewort gegen die Exzesse des Preußischen.“ Nipperdey, Deutsche Geschichte II, S. 340.

⁷⁹⁸ Darüber herrscht Einigkeit in der Forschung: Prüve, Militär, S. 30; Ulrich von Hehl, Ludwig Windthorst als Parlamentarier. Eine Skizze, in: Winfried Becker/Werner Chrobak (Hg.), Staat, Kultur, Politik. Beiträge zur Geschichte Bayerns und des Katholizismus. Festschrift zum 65. Geburtstag von Dieter Albrecht, Kallmünz/Opf.

patriotische Versuch, diesen Plan Bismarcks zu vereiteln, bedeutet also offenkundig das Eintreten für den parlamentarischen Charakter des Reiches. Viertens brachte die ständige Erhöhung der Heeresstärke pekuniäre Lasten mit sich, die nicht nur das Volk, sondern auch den (nur direkt nach dem Deutsch-Französischen Krieg nicht) defizitären bayerischen Haushalt zusätzlich belasteten: „Die Militärlast stellt keine mehr erfüllbaren Forderungen an Land & Leute“⁷⁹⁹. Naturgemäß standen Soden, von dem diese Aussage aus dem Jahre 1881 stammt, in Bayern Land und Leute näher und die Hauptaussage ist, dass er die Militärlast inakzeptabel fand, was auch einen Blick auf seine Auffassung vom Staat, vom Verhältnis Staat und Militär sowie vom Verhältnis Gesellschaft und Militär zulässt. Wenn man aber danach fragt, ob sich in dieser Anschauung, die allen bayerischen Patrioten zueigen war, „dynastische Eigensucht“ oder „ausgeprägter Föderalismus“ Bahn brechen, so muss man feststellen, dass alle Einzelstaaten und die Bevölkerung des gesamten Reiches von geringeren Militärausgaben entlastet worden wären. Insofern wohnt diesem Grund, wenn überhaupt, eine föderalistische Komponente inne. Die Punkte eins, drei und vier sind als Basis jeder Entscheidung der Patrioten über die Reichsmilitärgesetze zu betrachten.

Standen die bayerischen Patrioten mit ihren Ansichten allein auf weiter Flur?

Das erste Reichsmilitärgesetz wurde am 1. Dezember 1871 mit nur 152 gegen 128 Stimmen angenommen. Da die Mitglieder der Nationalliberalen Partei sowohl die Höhe des Budgets als auch die Festlegung auf drei Jahre bedenklich fanden, drohte die Partei über der Entscheidung fast zu zerbrechen, letztlich spaltete sich jedoch nur ihr Votum. Auch in der Liberalen Reichspartei wurde über die Vorlage diskutiert und das Votum ihrer Mitglieder ging letztlich ebenfalls auseinander.⁸⁰⁰ Angenommen hatten die Zustimmenden den Kompromissvorschlag, das Budget wie von den Nationalliberalen vorgeschlagen niedriger anzusetzen dafür aber die Bewilligung auf drei Jahre anzunehmen. Freikonservative und Konservative stimmten dem Gesetz zu – für die Fortschrittspartei und den Rest der Zentrumsfraktion war es unannehmbar.

1992, S. 257-271. hier: S. 263; Pflanze, Bismarck I, S. 688. Bei Abschluss des Bundes um die Jahreswende 1870/71 war die Friedenspräsenzstärke nur bis Ende 1871 festgelegt: Sie sollte ein Prozent der Bevölkerung umfassen. Danach musste sie von den Reichsorganen neu festgelegt werden. Das für die Unterhaltung der Friedenspräsenzstärke notwendige Budget errechnete sich aus der Anzahl der Soldaten und der pro Soldat pauschal bestimmten Versorgungssumme.

⁷⁹⁹ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 506, Konzeptblatt Sodens mit zahlreichen Änderungen und Streichungen, das wohl dem Brief Jörg an Soden vom 6. Juni 1881 vorangegangen war.

⁸⁰⁰ RV 1871, Bd. 22, S. 656f.; Pflanze, Bismarck I, S. 687f. Anderson, Windthorst, S. 155, mutmaßt, dass Bismarck die Liberalen auf Reichsebene mit einem Versprechen gegenüber den Liberalen in Preußen lockte, dass er in die Thronrede vom November 1871 einflucht. Zu den Diskussionen in der Liberalen Reichspartei ist nicht viel bekannt; bei Hohenlohe, Denkwürdigkeiten II, S. 76 (Eintrag vom 30. November 1871), heißt es: „In der Fraktion wurde an den folgenden Abenden viel über das Pauschquantum von drei Jahren diskutiert. Am. 27. Abends hatten wir die entscheidende Fraktionssitzung. Die Sachsen und einige Bayern waren dagegen.“

In den Kommissionsberatungen anlässlich des 1874 vorgelegten und von Wilhelm I. nach Kräften unterstützten Militärgesetzes, in denen sich der bayerisch-patriotische Jurist Thomas Hauck mal wieder engagiert zeigte, meldete die bayerische Regierung Protest an, da ihrer Meinung nach der gefaßte Kommissionsbeschluß mit der per Reservatrecht garantierten Selbständigkeit des bayerischen Heeres unvereinbar war.⁸⁰¹ Der bayerische Justizminister Fäustle und der bayerische Oberst Fries waren für den Einspruch extra nach Berlin gereist.⁸⁰² Auch bei den süddeutschen Mitgliedern der nationalliberalen Fraktion (und ebenso in Teilen der liberalen Presse) regte sich Widerstand gegen die Militärpolitik Bismarcks – dennoch erklärten sie sich auch 1874 letztlich wieder zu einem Kompromiß bereit: An die Stelle des Aeternats trat das Septennat (Fraktionsbeschluß der Nationalliberalen vom 9. April 1874).⁸⁰³ Die Fortschrittspartei brach über der Entscheidung 1874 auseinander. Bevor die Regierung „die größte Kriegspsychose und den wildesten Wahlkampf, den es bis dahin in Deutschlands Geschichte gegeben hatte“⁸⁰⁴ entfesselte, stimmten im Januar 1887 jedoch nicht nur die Zentrumsabgeordneten gegen das Septennat, sondern der Reichstag entschied sich für den Vorschlag des Triennats, der mit Blick auf das Budgetrecht des Reichstages von dem Bayern Dr. Franz Schenk von Stauffenberg, ehemals nationalliberal, nun freisinnig, gemacht wurde. Das Reichszentrum lehnte nicht nur wie ihre bayerischen Kollegen das Septennat jahrelang

⁸⁰¹ Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 50.

⁸⁰² Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 50.

⁸⁰³ Hohenlohe, Denkwürdigkeiten II, S. 111, der durchaus Geschichte, auch Geschichte zu seinen Gunsten schreiben wollte und gegenüber dessen Informationen daher Vorsicht geboten ist, beschreibt unter dem 16. März 1874 ein angebliches Angebot der Zentrumsfraktion: „Die Ultramontanen fürchten das Gesetz und bieten an, die Militärorganisation durchgehen zu lassen, wenn man jenes [Kulturkampf-]Gesetz nicht vorlege. Sie wollen dann 12 Mitglieder hinausschicken und dadurch die Minorität gegen das Gesetz zustande bringen. [...] Das erwähnte Kompromiß mit den Ultramontanen wird so wenig Anklang finden wie das früher angebotene. Die Regierung riskiert dabei, das Mißtrauen der liberalen Fraktionen zu erregen und sich dann zwischen zwei Stühle zu setzen, und das tut Bismarck nicht. Dazu ist er zu vorsichtig.“ In edierten wie unveröffentlichten Quellen sucht man vergeblich nach einer Bestätigung für diese Kompromissbereitschaft oder auch absichtliche Falle für Bismarck. Bei Richter, Erinnerungen, S. 92, heißt es vielmehr: „Mit der Centrumspartei andererseits war damals auf der Höhe des Kulturkampfes noch kein Paktieren seitens des Fürsten Bismarck möglich.“ Er spricht auch von „der oppositionellen Haltung der Centrumspartei“ schon bei der 1. Lesung des Gesetzes: Ebd. S. 81. Anderson, Windthorst, S. 190, schenkt den Gerüchten keinen Glauben, wie man ihrer Darstellung entnehmen kann. Pflanze berichtet über den Jubel der Nationalliberalen bei Bekanntwerden der Einigung mit dem Kaiser auf ein Septennat; dabei zitiert er den Nationalliberalen Eduard Stephani: „Alle Gemüther waren voll davon, daß der vom Centrum und den Conservativen gehoffte, von uns gefürchtete Conflict vermieden ist. Die Conservativen sind wüthend.“ Friedrich Boettcher, Eduard Stephani. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte, insbesondere zur Geschichte der Nationalliberalen Partei, Leipzig, 1887, S. 143; zitiert nach Pflanze, Bismarck I, S. 739. Ein vom Centrum gewünschter Konflikt zwischen Bismarck und den Nationalliberalen spricht zumindest nicht für ein ernsthaftes Angebot der Zentrumsführung, genauso wie die Tatsache, dass ein von Bismarck unangenommenes Angebot von ihm gegen das Zentrum hätte verwendet werden können und dies offensichtlich nicht der Fall war. Zum Militärkonflikt 1874 und seiner Bedeutung siehe: Michael Stürmer, Militärkonflikt und Bismarckstaat. Zur Bedeutung der Reichsmilitärgesetze 1874-1890, in: Gerhard A. Ritter (Hg.), Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Palamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974, S. 225-248, hier: S. 235-239.

⁸⁰⁴ Anderson, Windthorst, S. 355.

ab, sondern unterstützte meist auch die patriotische Forderung nach zweijähriger Dienstzeit⁸⁰⁵ – diese dem Volk äußerst entgegenkommende Forderung hatte der bayerische Liberalismus bereits 1874 aufgegeben.

c) Die Reichsmilitärgesetze von 1886 und 1887

Besonders interessant ist es, das Verhalten der jahrelang den Militärvorlagen der Regierung unversöhnlich gegenüberstehenden Patrioten sowie der gesamten Zentrumsfraktion bei der Septennatsfrage 1886 und 1887 zu beobachten, da es den Standpunkt der Partei in der Endphase des Untersuchungszeitraumes von vielen Seiten beleuchtet.⁸⁰⁶ Kurz vor dem Beginn der Session hatten die Patrioten, nicht ausgehend von der Reichstagsfraktion, sondern ausgehend von der Landtagsfraktion, den Beschluss gefasst, sich in Bayerische Zentrums-
partei umzubenennen. Aus einem weiteren Grund darf der Septennatsfrage 1886/87 besondere Aufmerksamkeit gewährt werden: Die Abgeordneten waren in diesem Fall Pressionen von verschiedenen Seiten ausgesetzt, die zur sogenannten Septennatskrise des Reichszentrums führten. Nicht nur in diese dramatischen Ereignisse um die Existenz der Partei waren die bayerischen Abgeordneten, allen voran der „neben Windthorst wichtigste[n] Mann“⁸⁰⁷ im Reichszentrum, Franckenstein, eingeschlossen, sondern speziell bayerische Probleme traten hinzu.

⁸⁰⁵ Der Forderung nach zweijähriger Dienstzeit widersetzten sich 1871 acht Nicht-Bayern im Zentrum, worauf Mallinckrodt den von ihm vertretenen Antrag auf diese im Plenum zurückzog: Ingo Löppenberg, „Wider Raubstaat, Großkapital und Pickelhaube“. Die katholische Militarismuskritik und Militärpolitik des Zentrum 1860 bis 1914, Frankfurt a. M. 2009, S. 78f. „[Ü]berhöhte Militärlasten“ waren laut Nipperdey, Deutsche Geschichte II, S. 340 „auch in den preußischen Westprovinzen, ein Codewort gegen die Exzesse des Preußischen.“ Dies erklärt unter anderem den Zusammenhalt der Zentrumsfraktion in Militärfragen – nimmt der Feststellung jedoch nichts weg, dass der Einfluss der bayerischen Abgeordneten, und der bayerischen Wähler, auf die Militärpolitik der Zentrumsfraktion hoch war. Ein Brief Reichenspergers vom 23. Februar 1887 legt dies ebenfalls nahe: „Ich halte das Vorgehen der Fraction für richtig erwogen, wenn nicht gar für geradezu durch die obwaltenden Verhältnisse geboten. Ob Triennat oder Septennat war a n s i c h betrachtet ziemlich gleichgültig. Das Zentrum aber hatte stets gegen das Septennat gestimmt und in allen seinen Wahlprogrammen versichert, daß es nach Möglichkeit auf eine Herabminderung der Ausgaben für das Heereswesen hinwirken werde. Im Hinblick darauf sowie auf die große Masse seiner Wähler, besonders in Bayern, glaubten nicht wenige Mitglieder des Zentrums selbst für ein Triennat nicht stimmen zu können.“ Pastor, Reichensperger II, S. 370; vgl. Braun, bayerisches Reichsverhältnis, S. 55f.

⁸⁰⁶ Das Interesse der Forschung an der Septennatsfrage ist seit langem hoch. So wurden schon früh die Puzzleteile der zur Verfügung stehenden Quellen zusammengesetzt; jede weitere Veröffentlichung berichtete hier und da und fügte weitere Details aus bislang unzugänglichem Quellenmaterial hinzu. Auch wurden die Entscheidungen und die Krise aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Außer der neu hinzugewonnenen Quellen sowie der Analyse der bekannten Quellen unter der Fragestellung dieser Arbeit sind für das vorliegende Kapitel vor allem maßgebend: Rudolf Morsey, Probleme der Kulturkampf-Forschung, in: HJb 83 (1964), S. 217-245, bes. 225-235; Möckl, Prinzregentenzeit, S. 202-207; Anderson, Windthorst, S. 346-370; Aretin, Franckenstein (Aufsatz); Aretin, Franckenstein, S. 231-254.

⁸⁰⁷ Aretin, Franckenstein (Aufsatz), 91 Anm. 1.

Das 1886 dem Reichstag vorgelegte Militärgesetz koppelte eine enorme Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres mit einer Bewilligung des folglich anwachsenden Budgets auf sieben Jahre.⁸⁰⁸ Die Reichsregierung begründete diesen Schritt mit der angeblich wachsenden Kriegsgefahr, die vor allem von Frankreich durch die Ernennung des revanchistisch eingestellten Generals George Boulangers zum Kriegsminister ausginge.⁸⁰⁹ Daher war die Lage der gesamten Zentrumsfraktion während der Reichstagsverhandlungen nicht einfach.⁸¹⁰ Die Mehrbelastung, die die Gesetzesvorlage bei Bewilligung mit sich bringen würde, wurde von der Wählerschaft der Patriotenpartei alles andere als begrüßt. Auch die Haltung der patriotischen Reichstagsabgeordneten war zunächst ablehnend wie bei allen bisherigen Militärvorlagen. Dennoch formulierte Franckenstein bereits am 16. November 1886 in einem Brief an seine Frau einen Kompromiss; die Zusammenstellung von einerseits Argumenten für die Haltung der Fraktion und andererseits taktischen Überlegungen gewährt einen Einblick in die Überlegungen des Führungszirkels:

*„Wir können die durch nichts zu begründende Erhöhung der Heeresausgaben nicht auf sieben Jahre bewilligen, wenn wir uns nicht lächerlich machen wollen. Wenn Bismarck auf unsere Ablehnung hin den Reichstag auflöst, dann sind wir unseren Prinzipien wenigstens treu geblieben. Wir werden eine Bewilligung auf 3 Jahre beantragen. Geht der Kanzler darauf nicht ein, so hat er andere Absichten.“*⁸¹¹

⁸⁰⁸ Laut Aretin, Franckenstein, S. 129 (Zitat) und S. 233, hatte Bismarck Franckenstein „bei den Verhandlungen um die Zollgesetze zugesagt“, dass mit den neu gewonnenen „Einnahmen keine Vergrößerung der Armee finanziert werde.“ Daran hielt er sich sowohl 1880 als auch 1886/87 nicht.

⁸⁰⁹ Nach eigenen Angaben kam Boulangers als Druckmittel Bismarck gerade recht: Pflanze, Bismarck II, S. 475. Da das 1880 beschlossene Septennat erst 1888 auslief, wählte Bismarck den Herbst 1886 auch ganz bewusst zur Einbringung der Gesetzesvorlage im Reichstag aus. Wilhelm I. war wie nicht anders zu erwarten für die Vorlage und agierte für diese: Aretin, Franckenstein, S. 233.

⁸¹⁰ „Ich schrecke vor dem Gedanken zurück, schon so bald in die Berliner Folterkammer zurückkehren zu müssen. In den öffentlichen Blättern werden wir und ich noch besonders auf das Erbarmungsloseste durchgehechelt. Alle Tage bekomme ich ganze Zeitungen und Ausschnitte.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Korrespondenz „Reichstag“ 1879 – 1889, Brief Windthorst an Franckenstein vom 27. Dezember 1886. Es gab aber auch Unterstützung, wie zum Jahreswechsel für Franckenstein von seinem „Brückenkopf“ in Unterfranken, wo Franckensteins Wahlkreis lag: „Die Haltung der Centrumsfraction wird den Beifall jedes Vernünftigen finden und wenn es eingehalten wird, wie Euer Excellenz in Aussicht stellen, so bin ich vollkommen zufrieden.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Korrespondenz „Reichstag“ 1879 – 1889, Brief Johann Baptist Stamminger (Priester, Universitätsbibliothekar, MdL: 29. September 1885 bis 1887) an Franckenstein vom 29. Dezember 1886.

⁸¹¹ Ullstadt, FamA Franckenstein, Brief Franckenstein an seine Frau 16. November 1886; zitiert nach: Aretin, Franckenstein Aufsatz), 98. Windthorsts Rede in der 1. Lesung im Parlament ist – gemäß seinem üblichen Taktieren – nicht ganz so eindeutig, bietet aber ebenfalls eine Bewilligung für eine Legislaturperiode an, falls das die einzige Möglichkeit sei, sich mit der Regierung zu einigen: RV 1886/87, Bd. 93, S. 93f. (4. Dezember 1886). Dass man von Seiten des Zentrums eine Kriegsgefahr nicht für unmöglich hielt, zeigen Briefe verschiedener Abgeordneter. Auch auf Franckenstein trifft dies zu: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Franckenstein an Soden vom 1. März 1887.

Nach dieser Äußerung Franckensteins sollte sich die Lage jedoch noch verändern. Waren die verbündeten Regierungen für eine Annahme des Triennats vor der Weihnachtspause 1886 noch offen, so waren sie es nach Weihnachten nicht mehr.⁸¹² Überdies kam der von außen auf die Zentrumsabgeordneten ausgeübte Druck von drei Seiten:

1. Prinzregent Luitpold forderte mit Blick auf das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich die bayerischen Abgeordneten jeder Couleur bei seinem Empfang am 9. Dezember 1886 in Berlin auf, der Gesetzesvorlage zuzustimmen.⁸¹³ Franckenstein entgegnete ihm in einer auch zum Schutz des Zentrums beziehungsweise der Zentrumsbayern gedachten Replik, die ein vielbeachtetes Wortgefecht zwischen Luitpold und Franckenstein auslöste, dass sie sicherlich das genehmigen werden, was notwendig sei. Wie vorauszusehen war, übte die Rede des bayerischen Regenten auf die Patrioten keinerlei Einfluß aus und von seinen engen Freunden kritisiert nur Konrad von Preysing Franckenstein.⁸¹⁴

⁸¹² „und leider darf ich nicht sagen weshalb die verbündeten Regierungen vor Weihnachten eine dreijährige Bewilligung annehmbar fanden, nach Weihnachten aber auf dem Septennat bestehen zu sollen glaubten.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Franckenstein an Soden vom 17. Januar 1887.

⁸¹³ Schultheß, Geschichtskalender 1886, S. 178. Aretin, Franckenstein, S. 234f. gibt das Gespräch aus Franckensteins Briefen wider. Luitpold hatte den Empfang wohl vergessen, die Abgeordneten „trafen jedenfalls Luitpold beim Abendessen mit preußischen Generälen an.“ Aretin, Franckenstein, S. 234. In den KN Orterer wird die Audienz ebenfalls unter dem 9. Dezember 1886 notiert. Orterer räumt den freundlichen Worten des Prinzregenten ihm gegenüber und zu seiner Beförderung etwas mehr Platz ein als der Szene zwischen Franckenstein und dem Prinzregenten – offenbar empfand er diese als nicht weltbewegend. Franckenstein schreibt Orterer keine Schuld zu, wie an der Art der Schilderung abzulesen ist. Zur Ergänzung der bisherigen Augenzeugenberichten soll hier Orterers sicherlich verkürzte Darstellung zur Veröffentlichung gelangen:

„Am Schluß hält er [= der Prinzregent] eine politische Ansprache mit Rücksicht auf die Militärvorlage. Franckenstein macht den Vorhalt, daß angesichts der Finanzlage des Reiches und der Einzel [?] Staaten eine gründliche Erwägung werde notwendig sein, das Notwendigste aber uns [?] gewiß bewilligt werde. Er: In solchen Notfällen, wie der vorliegende ist, tritt die finanzielle Frage ganz in den Hintergrund. ;Ich liebe mein Land und mein Volk warm. Ich wünsche sehr, daß die Sache angenommen wird. Übrigens werden die Herren ja nach ihrer Überzeugung stimmen.“

⁸¹⁴ In Anbetracht der Wirkungslosigkeit der Forderung und in Anbetracht dessen, dass dies zumindest Luitpolds Berater leicht hätten voraussehen können, bezeichnet Möckl die Tat als „zweifelhafte[s] politische[s] Abenteuer“: Möckl, Prinzregentenzeit, S. 203. Sicher konnte Franckenstein Einfluss auf seine Kollegen ausüben, aber ebenso sicher nicht so viel Einfluss, dass sie die unveränderte Vorlage, wie es Luitpold wünschte, genehmigten. Hierin ist Möckl, Prinzregentenzeit, S. 205, zu folgen. Besonnener hätten Franckenstein, aber eben auch Luitpold reagieren können. Das angespannte Verhältnis der beiden verbesserte sich durch das Wortgefecht nicht und Luitpold ließ den Großkanzler des Wittelsbachischen Hausritterordens und Präsidenten der Reichsratskammer dies spüren, wo er nur konnte. Weshalb kam es zu Franckensteins erster Antwort? Als Gründe gut vorstellbar sind erstens, dass Franckenstein in seiner offiziellen Funktion gezwungen war, eine Antwort zu geben; zweitens, dass er keine diplomatischeren Worte dafür finden konnte oder wollte, dass sicherlich die wenigstens Bayern seiner Fraktion aber auch die bayerischen Vertreter anderer Fraktionen bereit waren, die Vorlagen unverändert anzunehmen. Hinzu traten parteitaktische Überlegungen: „Was wäre geschehen wenn ein Fischer oder Marquardsen [beide nationalliberale Bayern] gesagt hätte, sie würden den Allerhöchsten Rath befolgen.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Franckenstein an Soden vom 14. Dezember 1886.

Aretin, Franckenstein, S. 235, irrt sich, wenn er behauptet, Soden hätte Franckenstein „heftige Vorwürfe“ gemacht: Franckenstein hatte einen ersten Brief Sodens missverstanden und war sehr erleichtert als der Freund ihm den Irrtum in einem zweiten Brief aufklärte: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Franckenstein an Soden vom 14. Dezember 1886, Brief Franckenstein an Soden vom 21. Dezember 1886. Laut Aretin, Franckenstein, S. 235, kritisierte auch Hertling Franckensteins Wortgefecht mit dem Prinzregenten. Aus den mir vorliegenden Quellen kann dies weder bestätigt, noch in Zweifel gezogen werden. Auch wenn Hertling

2. Der Reichskanzler versuchte über den Papst, das Zentrum und den deutsche Episkopat, der wiederum auf die Partei der Katholiken einwirken sollte, zu beeinflussen.⁸¹⁵ Zu Gunsten des Septennats und zum Schaden der Partei wollte er also nun das nutzen, was er dem Zentrum jahrelang vorgeworfen hatte, seine angebliche Romhörigkeit. Bismarck kam es, wie auch Franckenstein äußerte, nicht auf die Bewilligung der geforderten Heeresgröße und Geldmittel an; dies belegt seine Ablehnung der Bewilligung auf drei anstelle von sieben Jahren. Ziel Bismarcks war es, sich des Reichstages in seiner momentanen, dem Fürsten zu widerspenstigen Zusammensetzung zu entledigen. Offensichtlich ist diese Intention gleichbedeutend mit einer gewünschten Schwächung der Zentrumskräfte und der freisinnigen Kräfte des Parlaments. Die angebliche Kriegsgefahr sollte die Wähler in diese Richtung beeinflussen.

3. Der Papst übte massiven Druck auf die Zentrumsfraktion aus.⁸¹⁶ Das geschah in der Hoffnung auf Rücknahme der preußischen Maigesetze, auf eine Unterstützung des Deutschen Reiches bei der Wiedergewinnung Roms und auf die Verhinderung eines von Bismarck in Aussicht gestellten Präventivkrieges gegen Frankreich für den Fall, dass das Septennat im Parlament zu Fall gebracht würde. Der Papst stellte Bismarck die Annahme des Gesetzes durch Zustimmung des Zentrums in Aussicht. Um sein Versprechen einzulösen, ließ er zunächst zwei Noten, am 5. Dezember 1886 und am 2. Januar 1887,⁸¹⁷ an Franckenstein senden, ohne dabei aber seinen Handel mit Bismarck zu erwähnen. Dabei ging die auf Leo XIII. Einfluß ausübende Partei im Vatikan von der irrigen Annahme aus, dass die Zentrumsabgeordneten bei eindeutig rein politischen Entscheidungen Weisungen des Papstes nachkommen würden.⁸¹⁸

mit Franckenstein durchaus freundschaftlich verbunden war, so gehörte er wohl doch nicht zu seinen engen Freunden.

⁸¹⁵ Die Beeinflussung des deutschen Episkopates von Rom aus auf Bismarcks Betreiben wird zum Beispiel deutlich aus dem Erlaß an den Gesandten beim Vatikan, von Schlözer, in Bezug auf das Zentrum und die katholische Kirche (Kanzleikonzert Auswärtiges Amt) vom 15. Januar 1887: Druck: Bismarck, Werke in Auswahl VII, S. 461f.

⁸¹⁶ Zu den Vorgängen in Rom und der durch diese ausgelösten sogenannten Septennatskrise des Zentrums siehe ausführlich: Anderson, Windthorst, 346-370; Aretin, Franckenstein, S. 231-254..

⁸¹⁷ Erste Note: Jacobini an di Pietro 5. Dezember 1886. Druck: Edoardo Graf Soderini, Leo XIII. und der deutsche Kulturkampf. Nach den römischen Archiven bearbeitet. Dt. Bearbeitung von Richard Bauersfeld, Innsbruck 1935; Zweite sogenannte „erste Jacobinische Note“: Brief di Pietro an Franckenstein vom 2. Januar 1887: BAT Abt. 105, Ordner 1561, S. 2-2v (Abschrift); Druck der Abschrift: Soderini, Kulturkampf, 200f.; Huber, Dokumente II, 404f. (Exzerpt). Aretin, Franckenstein, S. 238 und S. 339 Anm. 21, rekonstruiert das Datum 2. Januar 1887 für das Telegramm, das di Pietro aus Rom erhielt; bis dato war auch der 3. Januar erwogen worden. Von der Weisung vom 5. Dezember erfuhr Franckenstein mündlich von di Pietro. Von dem Telegramm aus Rom (das selbst vom 1. Januar 1887 stammte) erfuhr Franckenstein in zwei schriftlichen Mitteilungen von di Pietro vom 2. Januar 1887. Diese befinden sich in: Ullstadt, FamA Franckenstein, Rote Hand-Akten 37.

⁸¹⁸ Es ist darauf hinzuweisen, dass die Intrigen von einer kleinen Gruppe gesponnen wurden und dabei weder die für Deutschland zuständige Sonderkommission oder die Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten befragt wurden, noch die Kardinäle.

Wie verhielten sich unter diesen Prämissen die Bayerische Zentrumspartei und ihre Reichskollegen?

Anderson bezeichnet es in Bezug auf die erste Note (5. Dezember 1886) als „unwahrscheinlich“⁸¹⁹, dass der Fraktion der päpstliche Wunsch, sich dem Septennat gegenüber wohlwollend zu verhalten, mitgeteilt wurde. Aretin konnte diese Annahme mit den Quellen aus Schloss Ullstadt bestätigen: Nur die Militärkommissionsmitglieder der Fraktion, von den Bayern anfangs Georg Orterer und später Joseph Egid Geiger, wurden von den beiden Führungspersonlichkeiten eingeweiht – was Konrad von Preysing für seine Person seinem Freund Franckenstein sehr verübelte.⁸²⁰ Orterer notierte in sein Tagebuch am 9. Dezember 1886, also direkt nach der Kommissionssitzung, in der er von der Direktive des Papstes erfahren haben muss: „Ehrender, aber verantwortungsvoller Posten!“⁸²¹ Franckenstein und Windthorst hatten laut Aretin der Weisung des Papstes keine Bedeutung beigemessen: Schon zu oft hatten sie zunächst Pius IX. dann Leo XIII. mitgeteilt, dass sie in politischen Fragen keine Direktiven annähmen.⁸²² Dies mag für die erste Weisung zutreffen. Noch während der Kämpfe um das Triennat erreichte Franckenstein Anfang Januar von Nuntius di Pietro, mit dem er befreundet war, insgesamt drei weitere Nachrichten anlässlich einer längeren Depeche vom Vatikan zugunsten der Regierungsvorlage. Diese sogenannte erste Jacobinische Note, übertraf in Eindeutigkeit und Eindringlichkeit die Note vom 5. Dezember 1886 bei weitem. Franckenstein lag aber nicht das gesamte Schreiben, sondern nur ein Auszug vor, den di Pietro abgeschrieben hatte; vielleicht wollte er den gesamten Text dem Freund ersparen?⁸²³ Trotzdem musste spätestens zu diesem Zeitpunkt für die Zentrumsführer

⁸¹⁹ Anderson, Windthorst, S. 350.

⁸²⁰ Aretin, Franckenstein, S. 236 (Kommission), 243 (Preysing). Die Briefe Franckensteins an Soden, die sich im NL Soden befinden, bestätigen dies ebenfalls. Die Ergebnisse der Kommissionswahl wurden am 7. Dezember 1886 im Reichstag bekannt gegeben. Der Kommission gehörten von den bayerischen Zentrumsmitgliedern am Anfang Freiherr von und zu Franckenstein und Dr. Georg Orterer an; letzterer schied wegen seiner Beförderung jedoch am 13. Dezember 1886 aus der Kommission (und am 17. Dezember 1886 aus dem Reichstag) aus und wurde in der Kommission durch den Bayern Joseph Egid Geiger ersetzt. Orterer kehrte mit der Wahl Anfang 1887 dann wieder in den Reichstag zurück. Von den Nicht-Bayern gehörten Graf von Ballestrem (als Vorsitzender der Kommission), Dr. Ernst Lieber, Karl Freiherr von Huene, Kornelius Balduin Trimborn, Dr. Ludwig Windthorst und bis zu seiner Erkrankung am 4. Januar 1886 beziehungsweise seinem Tod am darauffolgenden Tag Dr. Franz Roßhirt an; für letzteren sprang Dr. Christoph Moufang ein: RV 1886/87, Bd. 93, S. 143, 173, 253. In der Liste bei Aretin, Franckenstein, S. 236, fehlen die Bayern Orterer und Geiger.

⁸²¹ NB Orterer, Eintrag vom 9. Dezember 1886.

⁸²² Aretin, Franckenstein, S. 235.

⁸²³ Erst die Akten aus dem Nachlass Franckensteins erhellen, worüber Franckenstein (und somit vermutlich Windthorst und die Kommissionsmitglieder) genau informiert war: Aretin, Franckenstein, S. 238. Zuvor stellte die Forschung verschiedene Mutmaßungen an: Anderson beispielsweise gibt als Grund für die fehlende Übermittlung der Note Zeitmangel di Pietros und eventuell dessen Einschätzung der Lage an; sie berichtet von ein paar ungenauen Zeilen, die di Pietro schrieb: Anderson, Windthorst, S. 351.

Ein Brief Paul Majunkes an Jörg muss sich auf die Weisung vom 8. Dezember 1886 beziehen, da er die mündliche Übermittlung erwähnt. Majunke zitiert aus einem Brief, als dessen Verfasser er Lieber vermutet:

klar zu erkennen gewesen sein, dass es sich nicht um einen Wunsch des Papstes, sondern um eine nun mit Nachdruck betriebene Weisung des Papstes handelte – zumal von Regierungsseite der Führungsriege, insbesondere Franckenstein, zugetragen wurde, man wisse, dass das Zentrum die Regierungsvorlage annehmen werde.⁸²⁴ Eigentlich ist der Punkt auch nicht, ob man den Wunsch oder die Weisung des Papstes ernst nahm, denn danach richten wollte man sich nicht – der Punkt war, wie man mit der Weisung umging und ob man sie kommunizierte: Aretins Schilderung der Vorgänge macht dem aufmerksamen Leser noch deutlicher als Andersons Schilderung, dass Franckenstein und Windthorst ja erst nach und nach begreifen konnten, was gespielt wurde: Nicht die schon so oft vorgekommene Weisung des Papstes war das Problem, sondern der vor dem Zentrum verschwiegene Handel mit Bismarck und die daraus drohende Gefahr der Veröffentlichung. Dass sich mindestens ein Leck in den Reihen der päpstlichen Mitarbeiter befinden musste, wurde den Parteiführern erst Anfang Januar bewusst – und zu diesem Zeitpunkt waren die Verhandlungen mit den anderen Parteien beinahe abgeschlossen. Rückblickend schrieb Franckenstein denn auch: „Am meisten beklage ich, daß Man weniger klug war als Bismark“⁸²⁵. Bei all ihrer Deutlichkeit sprach die Note vom 2. Januar 1886 davon, dass Franckenstein diskreten Gebrauch von der Note machen sollte, was Spielraum eröffnete.⁸²⁶ Der fränkische Adlige beschloss mit Windthorst und den übrigen Kommissionskollegen des Reichszentrums, der Fraktion die Forderung des Papstes zu verschweigen. Wichtig war ihnen die Einheit und die einheitliche Abstimmung der Fraktion; Franckenstein zudem noch die der Bayern.⁸²⁷ Außerdem wollte

„Franckenstein habe die Sache mit dem Nuntius in München ‚mündlich und persönlich abgemacht und den Auftrag gar nicht übernommen, dafür aber seine Gründe schriftlich nach Rom gesandt‘.“ Jörg, Briefwechsel, S. 503 Nr. 362: Brief Majunke an Jörg 30. April 1887.

⁸²⁴ Aretin, Franckenstein, S. 238.

⁸²⁵ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Franckenstein an Soden vom 25. Februar 1887.

⁸²⁶ In einem rückblickenden Brief vom Februar 1887 schilderte Franckenstein Soden, der in diesem Fall offenbar mit Franckensteins Handeln nicht einverstanden war, die Abfolge der Ereignisse und Entscheidungen und erklärte seinen Standpunkt. Dabei geht Franckenstein zweimal auf die Frage der Diskretion ein: Einmal für die Note vom 2. Januar 1887 und einmal für seine Korrespondenz mit dem Vatikan vom Februar 1887. Dabei wird ein Grund für die Nicht-Information der gesamten Fraktion genannt: eine Veröffentlichung aus den eigenen Reihen heraus – und nebenbei wird deutlich, wie sehr das Zentrum für den Papst Spielball war und wie sehr Franckenstein dies auch sah und empfand: „Ich soll das Windthorst mittheilen zu diskretem Gebrauche. / Wir machen discreten Gebrauch von diesem uns ausgesprochenen Wunsche, wir theilten ihn den Fraktionsgenossen die Mitglieder der MilitärCommission waren mit, den Anderen nicht, wie überhaupt Instruktionen nie [?] den Fraktionen mitgetheilt wurden. Ich schrieb am Tage meiner Rückkehr im Unmuth darüber, daß man Bismark unser Votum in der Militärfrage als Handelsobjekt angeboten hat, einen Brief an den Nuntius mit der Bitte ihn weiter zu befördern, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Man schickt mir dann Abschrift der Note vom 21ten mit der Weisung sie allen Centrumsmitgliedern mitzutheilen, ich schreibe gleich ich werde es thun, dann werde die Note aber in der Presse besprochen werden. Darauf erhalte ich die Weisung sie einmal in Berlin hervorragenden und diskreten Mitgliedern der Partei vorzulesen. Dann läßt Bismark beide Noten publiciren. Diese Art das Geschäft zu führen ist mir neu aber sicher nicht nachahmungswürdig.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Franckenstein an Soden vom 14. Februar 1887.

⁸²⁷ „und [ich] werde alles aufbiethen, damit alle Bayern compact stimmen.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Franckenstein an Soden vom 21. Dezember 1886. Zu der von Franckenstein

man der bisherigen Fraktionslinie treu bleiben und sich für die Zukunft in keine Marionetten des Papstes und Bismarcks verwandeln.⁸²⁸ Das Verhalten des militärpolitischen Führungszirkels um die Jahreswende 1886/87 ist damit geklärt. Wie sahen die Fraktionsverhandlungen sowie die konkrete Politik der Fraktion und insbesondere der Bayern aus?

Tatsächlich sprechen auch ohne die Einwirkung des Papstes genügend Gründe für den von der Fraktionsführung angestrebten und erreichten Kompromiß, dem Triennat mit Zustimmung zur geforderten⁸²⁹ Vergrößerung des Heeres: Bismarcks Vorhaben, bei einer Ablehnung des Septennats den Reichstag aufzulösen, war bekannt; ebenso die Tatsache, dass Bismarck im Wahlkampf die Angst vor einem Krieg mit Frankreich schüren und damit die Bedingungen für diejenigen, die im Parlament zuvor das Septennat abgelehnt hatten, enorm erschweren würde. Eine Annahme des Septennates hätte jedoch geheißen, die bisherigen Überzeugungen, die sich auch in den Programmen des Zentrums niederschlugen, gänzlich über Bord zu werfen. Wie der oben zitierte Brief Franckensteins, der Anderson nicht vorlag, beweist, bestand der Gedanke zum Kompromiß in sehr ausgereifter Form bereits vor dem Aktivwerden des Papstes. Da die Fraktionsführung bis dato die Abgeordneten fast immer auf eine gemeinsame Linie einschwören konnte, kann man auch in diesem Fall von ihrer Überzeugungskraft für den Kompromiss ausgehen – für Franckenstein war ja selbst eine Bewilligung auf drei Jahre fast ebenso bedenklich wie auf sieben.⁸³⁰ Bekannt ist bereits, dass es bei den meisten Bayern Mühe kostete, sie vom Triennat zu überzeugen.⁸³¹ Die eingangs aufgezählten Gründe wogen für sie schwer. Windthorst wollte laut der bislang nicht in die

gewünschten Einheit der Fraktion siehe den bei Aretin, Franckenstein, S. 238, wiedergegebenen Ausschnitt aus Franckensteins Brief an di Pietro vom 3. Januar 1887 sowie: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Franckenstein an Soden vom 14. Dezember 1886.

⁸²⁸ Die patriotische Landtagsfraktion von 1871 sah sich bei den Verhandlungen um die Versailler Bündnisverträge ebenfalls durch eine Meinungsbekundung des Heiligen Stuhls unter Druck gesetzt, die öffentlich wurde und von liberaler Seite sofort als Argument für eine Zustimmung der Antagonisten aufgegriffen wurde. Jörg konfrontierte den Landtag in einer Rede daraufhin mit dem sonst erhobenen Vorwurf, man richte seine politischen Entscheidungen nach den kirchlichen Oberhäuptern, und konstatierte, dass man in diesem Fall den Gegenbeweis erbringen werde. Auch für die Gruppe der dem Vertrag Zustimmenden waren politische Gesichtspunkte entscheidend. Rede Jörgs: LV KdA 1870/71, Bd. IV, 360 f.

⁸²⁹ Im Gegensatz zu dem letztlich vom Reichstag und auch vom Zentrum angenommenen Antrag des bayerischen freisinnigen Abgeordneten Stauffenberg, der in seinem Punkt II (anders als in seinem Punkt I) die von der Regierung vorgeschlagenen 468 409 Mann nicht antastete, hatte das Zentrum einen Antrag eingebracht, der für ein Jahr die von der Regierung geforderte Friedenspräsenzstärke festschreiben sollte – dieser wurde von der Mehrheit des Reichstages jedoch abgelehnt: RV 1886/87, Bd. 94, S. 366 Nr. 52: Abänderungs-Antrag Ballestrem, Franckenstein, Geiger, Moufang, Windthorst; RV 1886/87, Bd. 93, S. 428 (14. Januar 1887). Der diesen beiden Amendements vorangegangene Kommissionsvorschlag sparte diesen Punkt aus.

⁸³⁰ Laut Aretin, Franckenstein, S. 239, war dies der Fall, da nach Franckensteins Meinung „eine Reduzierung des Heeres nach drei Jahren [...] unmöglich erreicht werden könne.“ Dies galt auch für andere Abgeordnete: Braun, Reichsverhältnis, S. 56.

⁸³¹ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 379; Bachem, Zentrum IV, S. 160; Huber, Verfassungsgeschichte IV, S. 551ff.; Aretin, Franckenstein, S. 234; Braun, bayerisches Reichsverhältnis, S. 55f.

Forschung eingegangenen Kalendernotizen Orterers vom 26. November 1886, also bereits vor der ersten Direktive des Papstes, die Verhandlungen verzögern und erst die schwebenden Kirchenfragen in Preußen abgeschlossen wissen – aber „wir Bayern wollen Klarheit sobald als möglich“⁸³², so zumindest Orterers Auffassung der Tempovorstellungen innerhalb der Fraktion. Ganz augenscheinlich wollte die Fraktionsführung mit zunächst Orterer und dann Geiger die beiden größten oder doch wichtigsten Widerständler gegen die Militärvorlage in die Kommissionsarbeit eingebunden wissen, denn beide wurden in der Korrespondenz Frankensteins und Sodens wiederholt als Vertreter einer harten Linie genannt.⁸³³ Dennoch erklärten sie wie die gesamte Fraktion sich letztlich zum Kompromiss bereit und stimmten der Bewilligung der enormen Gelder auf drei Jahre zu.⁸³⁴

Nach der Reichstagsauflösung, die auf die Zustimmung des Reichstags zum Triennat folgte, beschloss der Fraktionsvorsitzende unter Abstimmung mit Windthorst, einen Brief an den Papst zu senden, der sowohl die Haltung der Zentrumsfraktion darlegen als auch die höchste kirchliche Instanz zu einer Stellungnahme über die Existenz der katholisch geprägten Macht im deutschen Parlament veranlassen sollte. Dabei wies Franckenstein jede Weisungsbefugnis des Papstes in politischen Fragen zurück: „ich habe mir aber schon erlaubt, im Jahr 1880

⁸³² NB Orterer, Eintrag vom 26. November 1886.

⁸³³ Drei Briefe seien als Beispiele genannt, die über den Dezember 1886 verteilt lagen und somit auch Einblick in die jeweilige Lage geben: „Werdet Ihr [= Reichstagsfraktion] uns [= Landtagsfraktion] auch Dekung für das Militärgesetz schaffen? Verstehe ich noch Windthorsts Reden, so wird das Centrum trotz Geiger und Gymnasialprofessor Orterer dieses im Wesentlichen genehmigen.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Korrespondenz „Reichstag“ 1879 – 1889, Brief Soden an Franckenstein vom 2. Dezember 1886. „Die Lage hier ist recht schwierig. Die Forderungen des Militärgesetzes sind sehr ja sehr groß und doch ist bei der leider nicht zu leugnenden politischen Lage es meines Dafürhaltens unmöglich einfach ‚nein‘ zu sagen. Das hat selbst Dr. Orterer eingesehen. Ich sage, wir müssen geben was nothwendig, für so kurze Zeit als möglich, vermeiden durch nicht geschicktes Manövriren zu veranlassen, daß mehr bewilligt werde als nach unserer Ansicht nothwendig ist. / Die Hauptsache ist, daß die Fraction thunlichst einmüthig stimmt.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Franckenstein an Soden vom 14. Dezember 1886. „Die Weihnachtsferien kamen dießmal sehr zur Unzeit, denn weiß Gott wie unsere Leuten bei der Rückkehr am 4ten denken werden. Ich halte den Antrag, welchen [Eigenname unleserlich] für das Centrum stellte, für ganz genügend, da er Alles gibt was die verbündeten Regierungen verlangten. Die dreijährige Dauer für die Hauptsache und die Einjährige für die 16 Bataillone und Verstärkungen der Infanterie Bataillone ist doch wahrlich [!] genügend motivirt worden, und daß sie kein Septenat mehr erhalten werden, das wussten sie schon vor der Berufung des Reichstages. Mit den Herrn Geiger und Orterer stand ich brillant und werde alles aufbiethen, damit alle Bayern kompakt stimmen.“ Ebd. Brief Franckenstein an Soden vom 21. Dezember 1886.

⁸³⁴ Namentliche Abstimmungen über den Antrag Stauffenberg: RV 1886/87 Bd. 103, S. 429-433. Die Wichtigkeit der Abstimmung ist daran zu erkennen, dass die bayerischen Zentrumsabgeordneten fast vollzählig erschienen: Nur Freiherr von Freyberg und Joseph Müller fehlten wegen Erkrankung; Orterer hatte sein Mandat wegen seiner Ernennung zum Gymnasialprofessor am 17. Dezember 1886 niederlegen müssen; so ergaben sich 30 Ja-Stimmen für das Triennat. Von der einstimmigen Annahme des Fraktions-Antrages, der die von der Regierung geforderte Höhe für das nächste Jahr vorsah und über den direkt zuvor abgestimmt wurde, kann ausgegangen werden: Ebd. S. 428. Laut Anderson, Windthorst, S. 352, wollte die Zentrumsfraktion in der dritten Lesung eine Verlängerung des Budgets auf fünf Jahre anbieten, um „Bismarck eine Reichstagsauflösung dadurch unmöglich zu machen“. Allerdings löste Bismarck den Reichstag nach der 2. Lesung auf. Laut Aretin, Franckenstein, S. 239, sprach auch ein Brief Franckensteins an seine Frau vom 9. Januar 1887 von der Möglichkeit der Bewilligung auf fünf Jahre.

aufmerksam zu machen, daß es für das Zentrum absolut unmöglich ist, bei nicht kirchlichen Gesetzen gegebenen Direktiven Folge zu leisten.“⁸³⁵ Franckenstein nutzte hier wie auch sonst seine guten Kontakte nach Rom für die Fraktion. Dies ist besonders hervorzuheben, da Windthorst zwar eine starke Stellung bei den deutschen Bischöfen hatte, sein Ansehen beim Papst aber nicht das beste war.⁸³⁶ In Form der sogenannten zweiten Jacobinischen Note vom 21. Januar 1887,⁸³⁷ insgesamt also der dritten Note in puncto Septennat, gab der Papst seine Antwort: Diese fiel zweigeteilt aus. Einerseits bestätigte sie die Führer des Zentrums und die Partei als von der Kirche gewollt und damit die Aktionsfreiheit als politische Partei – andererseits drängte das Oberhaupt der katholischen Kirche weiterhin auf die Annahme des Septennats.

Doch nicht nur der Druck des Papstes bereitete der Führung der Zentrumsfraktion Kopfzerbrechen: Wie sie an einigen Hinweisen erkennen konnte, war die preußisch-deutsche Regierung über die päpstliche Pression unterrichtet – dass die Regierung unmittelbar in die Vorgänge in Rom involviert war, konnte die Zentrumsführung nicht wissen oder erahnen. Die preußisch-deutsche und die bayerische Regierung bekamen die Noten zugespielt – und beide wollten sie an die Presse weiterleiten.⁸³⁸ Tatsächlich erreichte der preußische Gesandte beim Vatikan, Kurt von Schlözer, die Genehmigung Leos XIII., zunächst die zweite Jacobinische

⁸³⁵ BAT Abt. 105, Ordner 1561, S. 5-7, Franckenstein an di Pietro (Abschrift Reuß’); Ullstadt, FamA Franckenstein, Rote Hand-Akten 37, (Entwurf in französischer Sprache). Druck: Bachem, Zentrum IV, S. 175; Anderson, Windthorst, S. 353; Aretin, Franckenstein (Aufsatz), S. 99. Zu Inhalt und Datierung: Aretin, Franckenstein, S. 240f. und S. 340 Anm. 28.

⁸³⁶ Siehe dazu genauer: Anderson, Windthorst, S. 344f; Aretin, Franckenstein (Aufsatz), 95f. Aretin betont hier auch, dass Bismarck das Seinige hinzu tat, um Windthorsts Reputation in Rom zu schädigen. Er schaffte dies unter anderem, indem er ihn als reinen Parteipolitiker diffamierte. Windthorst Verhältnis zu Jacobini war seit 1879 allerdings sehr gut. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zwischen der preußischen Regierung und dem Vatikan, die gleichzeitig mit den Militärverhandlungen im Reichstag stattfanden, waren das Ansehen von Windthorst und Franckenstein beim Vatikan beschädigt, da sie eine andere Verhandlungsführung vorgeschlagen hatten.

⁸³⁷ Als vermutlich zuverlässigste veröffentlichte Version bezeichnet Anderson, Windthorst, 353f. Anm. 65: Huber, Dokumente II, S. 409f. Die italienische und die französische Fassung der Note, die das Zentrum erhielt, unterscheiden sich in einigen wesentlichen Punkten: BAT Abt. 105, Ordner 1554, S.9-10v; ebd. Ordner 1551, S. 23-23v; Bismarcks Fassung: Brief Schlözer an Bismarck 28. Januar 1887: PA Deutschland Nr. 125. Nach Anderson, Windthorst, S. 353f. Anm. 65.

⁸³⁸ Der bayerische Minister Crailsheim wollte die Noten des Papstes veröffentlichen, damit den Ungehorsam der Partei gegenüber den Wünschen des Oberhauptes der katholischen Kirche bloßstellen um letztlich das Wahlergebnis zuungunsten der bayerischen Zentrumspartei zu beeinflussen. Nach Möckl fragte Crailsheim vor der Veröffentlichung bei Bismarck an, ob ihm diese recht seien. Dieser lehnte sie jedoch ab, da er auf die Einflussnahme des deutschen Episkopats hoffte, die darunter Schaden nehmen könnte: Möckl, Prinzregentenzeit, S. 206. Offenbar wollte jedoch Bismarck nur seine Karten vor der bayerischen Regierung nicht offen legen: Nach Anderson bemühte sich Bismarck erstens um eine Einflußnahme der Bischöfe, zweitens betrieb sein Gesandter Schlözer auf sein Geheiß gleichzeitig das Lancieren der päpstlichen Äußerungen: Anderson, Windthorst, S. 359. Aretin, Franckenstein, S. 242, folgt Anderson.

Note und eine Woche später die erste Jacobinische Note zu veröffentlichen.⁸³⁹ Auf die Veröffentlichung am 4. Februar 1887 in der Allgemeinen Zeitung brach ein liberaler Pressesturm über die Partei der Katholiken her; plötzlich wurde ihnen – ganz im neuen Stil des Kanzlers – Illoyalität gegenüber dem Heiligen Stuhl vorgeworfen.⁸⁴⁰ Eine große Rettungstat für die Zentrumsparteien gelang Windthorst als er im Festsaal des Gürzenich in Köln, wo er eine Wahlkampfreden halten sollte, am 6. Februar 1887 spontan auf die Note des Papstes einging und diese von ihrem Ende her, das sich für das Zentrum aussprach, interpretierte.⁸⁴¹

Wie reagierte und agierte das Bayerische Zentrum in diesem wilden Wahlkampf? Die ehemaligen Patrioten und ihre Presse waren fast ohne Ausnahme auf der Seite des Reichszentrums und fuhren teilweise schwere Attacken gegen den Papst.⁸⁴² Öffentlich trat man der Forderung der Kurie entgegen und bestritt ihr das Recht, sich in die politischen Entscheidungen der Partei einzumischen. Deutschlandweit fanden sich sogenannte Septennatskatholiken, die nach ihrer Wahl für das Septennat stimmen wollten. Vielerorts wurden sie als Gegenkandidaten zu den der bisherigen Linie des Zentrums treu bleibenden

⁸³⁹ Die ältere Forschung vertritt die These, dass die erste Jacobinische Note zuerst, danach die zweite Jacobinische Note veröffentlicht wurde; Aretin folgt dieser Auffassung in seinem Aufsatz noch: Aretin, Franckenstein (Aufsatz), 99. Andersons gut recherchierte Arbeit dreht die Veröffentlichung jedoch um: Anderson, Windthorst, 359. Aretin, Franckenstein, S. 242, 244, folgt dieser Auffassung.

⁸⁴⁰ In einer vierten Note bestätigte Leo XIII. am 9. Februar 1887 die katholische Partei und ihre Führung. Bei Franckensteins Audienz erkannte das Oberhaupt der katholischen Kirche im Januar 1888 die Entscheidungsfreiheit des Zentrums in politischen Fragen an; bei diesem Aufenthalt in Rom wurde dem bayerischen Politiker das Ausmaß der Intrigen in Rom deutlich: Brief Franckenstein an seine Frau 10. Januar 1888: Archiv Ullstadt; nach Aretin, Franckenstein (Aufsatz), 100. Ausführlich zur Audienz, ihren Umständen und Auswirkungen: Aretin, Franckenstein, S. 255-260.

⁸⁴¹ Ausführliche hierzu: Anderson, Windthorst, S. 360-365.

⁸⁴² Balthasar Daller bekundete gegenüber seinem Reichstagsabgeordneten Karl von Aretin seine Meinung: „Mir macht es eine kaum zu beschwichtigende Aufregung, daß der hl. Vater gerade uns deutsche Katholiken mit seinem Wunsche in so schwere Kämpfe u. so üble Lage gebracht hat. Ich habe mir erlaubt, dem Baron Franckenstein für seine u. des Centrums Haltg zu danken u. ihm zu bemerken, daß ich als Professor der Kirchengeschichte wenig Akte der päpstl. Curie kenne, die solche politische Kurzsichtigkeit u. solchen Mangel an Menschenkenntniß verrathen. Auch die Haltg., wenigstens die negative, des edlen Conrad Preysing geht mir sehr zu Herzen.“ BayHStA, FamA Aretin, vorl. Nr. 49/30/I, Brief Daller an Karl Aretin vom 19. Februar 1887. Möckl, Prinzregentenzeit, S. 207 Anm. 137 zitiert ein Schreiben Eulenburgs an Herbert von Bismarck 19. Februar 1887 (BA Friedrichruh; auch: HStA MInn 46 132), das über den Wahlkampf berichtet: Dem Papst würden Prädikate wie „Der alte Esel“ und „Kretin“ beigelegt. Dass die Führung der Fraktion des bayerischen Zentrums in der bayerischen Kammer der Abgeordneten, also Daller und Orterer, hinter dieser Wahlkampfstrategie – wenn auch sicher nicht hinter den Beschimpfungen – standen, zeigt auch ein Brief Konrad Preysings: Jörg, Briefwechsel, S. 501 Nr. 360: Brief Konrad Preysing an Jörg vom 27. März 1887. Orterer spricht in seinen KN vor allem im Februar von großer Verlogenheit im Wahlkampf; ihm missfielen augenscheinlich die Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der eigenen Partei. Besondere Erwähnung finden – wie auch von Seiten Dallers in dem eben genannten Brief – „Tollheit“ und „Lügenmanöver“ von Joseph Bucher und seiner Donauzeitung: KN Orterer, Eintrag vom 21. Februar 1887. Diese werden nach der Reichstagswahl auch in den Fraktionssitzungen des Reichszentrums thematisiert und mit Erklärungen von den altherwürdigen Fraktionsmitgliedern Karl von Aretin und Windthorst versehen. Diendorfer und Konrad von Preysing, die enge Verbindungen zu Bucher pflegten, sagten „kein Wörtchen“: Ebd. Eintrag vom 3. März 1887.

Kandidaten aufgestellt. In Bayern legten sich nur Konrad Graf von Preysing und Johann Evangelist Diendorfer auf die Zustimmung zum Septennat fest – und Preysings Wahlkampfstrategie war insgesamt widersprüchlich und wenig hilfreich, denn auch wenn er sich, außer mit seiner eigenen Festlegung auf das Septennat, nicht öffentlich gegen seine Partei wenden wollte, so unterließ er die von ihm sonst gewohnte einflussreiche Hilfe, wenn es brannte.⁸⁴³ Der hochangesehene greise Karl von Aretin hingegen, der am 24. April des Jahres versterben sollte, für kurze Zeit nach einer Augenoperation, die ihm sein fast verloschenes Augenlicht wiedergegeben hatte, aber wieder lebensfroher und wesentlich gesünder wirkte, raffte sich noch einmal zu einer eindrucksvollen Wahlkampfrede auf.⁸⁴⁴ Der Wahlkampf war in Bayern folglich mit zahlreichen Höhepunkten, enormen Kraftanstrengungen, Auseinandersetzungen innerhalb der Partei und schweren Kämpfen mit dem liberalen Gegner gespickt. Aus einem erbosten Brief Preysings an Jörg geht hervor, dass in Bayern anders als im übrigen Reich die Direktive ausgegeben wurde, nur Männer zur Wahl zu stellen, die sich gegen die Militärvorlage aussprechen würden⁸⁴⁵ – wobei Preysing übertreibt, wenn es sich bei ihm nach der offiziellen, alleinigen Linie anhört, denn der gewichtige Franckenstein war ganz und gar gegen imperative Mandate und hielt hinsichtlich einer künftigen Abstimmung „Nichts sagen“ für das Richtige.⁸⁴⁶ Sicherlich gehörte aber die jüngere aufstrebende Führungspersönlichkeit Orterer zu den Befürwortern der von Preysing

⁸⁴³ Der Brief Eulenburgs berichtet vom „Schritt der beiden Preysings und des Herrn Diendorfer“: Möckl, Prinzregentenzeit, 207 Anm. 137. Falls diese Information zutraf, entschied sich Kaspar Preysing noch um – denn er stimmte nicht für das Septennat. Zwei Beispiele zu Preysings wenig hilfreicher Wahlkampfstrategie für die Partei: Als bei einer Wahlversammlung in Regen Franckenstein und Winthorst von einem dortigen Beamten in seiner Rede scharf angegriffen wurden und Franckenstein (in Abwesenheit) wegen der „Unterschlagung der Note des Papstes“, wie das Fremdenblatt unter dem 16. Februar berichtete, (wohl indirekt) „Hundsfoth“ genannt wurde, griff der mächtige Preysing, zu dessen Einflusszone Regen gehörte, nicht ein: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 512, Brief Orterer an Soden vom 19. Februar 1887; Münchner Fremdenblatt Nr. 47 vom 16. Februar 1887, S. 3; Münchner Fremdenblatt Nr. 67 vom 8. März 1887, S. 2. Außerdem sprach er sich persönlich gegenüber Orterer, der anders als Preysing gegen das Septennat stimmen wollte, stark für eine weitere Kandidatur Orterers aus, als sich jedoch „eine II., aber nur sogenannte, Centrumscandidatur,“ also ein Septennatskatholik, gegen Orterer aufstellen ließ und „sich mit seinem“, Preysings, „Namen deckt[e]“, erhob sich Konrad Preysing nicht dagegen. Daller, der den Sachverhalt Aretin voll Emotion schilderte, kommentierte ihn abschließend mit: „Da steht mir wahrhaftig der Verstand still.“ BayHStA, FamA Aretin, vorl. Nr. 49/30/I, Brief Daller an Karl Aretin vom 19. Februar 1887.

⁸⁴⁴ Zu den letzten Lebensmonaten und dem Tod Aretin siehe die zahlreichen Briefe in: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613 und vorl. Nr. 512. Ein erstes Redekonzept und das endgültige Redemanuskript befinden sich in: BayHStA, FamA Aretin, vorl. Nr. 49/30/I.

⁸⁴⁵ Jörg, Briefwechsel, 501 Nr. 360: Brief Konrad von Preysing an Jörg vom 27. März 1887. Ähnlich pauschalisierend und im Gesamtton erbost ein Brief an Max Soden: „Eigenthümliche Politik! – das famose ‚imperative Mandat‘. Man hat hiedurch bewirkt, daß zunächst während der Wahlen gemäßigte katholische Elemente, so in München und Augsburg, sich abgestoßen fühlten, und hat nun ferner erreicht, daß die demokratisch-freisinnigen Kreise uns grollen. Hoffentlich wird die neueste Musterleistung bayr. Parteiführung ihr Nachspiel bei den Landtagswahlen nicht finden.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Konrad Preysing an Soden vom 22. März 1887.

⁸⁴⁶ Dazu gehörte für Franckenstein auch, dass man nicht einmal äußern sollte, „man behalte sich freie Hand vor.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Franckenstein an Soden vom 14. Februar 1887 (beide Zitate).

bemängelten Linie. Zu Windthorsts Taktik im Walkampf gehörte es, das Reichszentrum darauf eben nicht festzulegen, um einer Spaltung der katholischen Anhänger und der Partei entgegenzuwirken.⁸⁴⁷ Trotzdem ging der Riß im Bayerischen Zentrum nicht so tief wie im preußischen – da man in Bayern ein anderes Verhältnis zum Militär hatte, wie auch der Zeitgenosse und preußische Diplomat Philipp Graf Eulenburg feststellen musste: „Daß nach den päpstlichen Briefen der Riß innerhalb des Bayerischen Zentrums nicht so tief ging wie in Preußen, liegt wohl daran, daß Bayern noch bei weitem nicht so militärisch fühlt wie wir. Man ist hier noch mehr als bei uns in der Annahme befangen, daß man vor Wahlmanövern steht.“⁸⁴⁸

d) Die Entscheidung für Stimmenthaltung im März 1887

Die Neuwahlen brachten eine Mehrheit für das Septennat. Für die Bayerische Zentrumspartei blieb es bei 33 Mandaten – auch wenn sie im Gegensatz zu den Nationalliberalen, die 100 000 Stimmen dazu gewannen, nur ein Plus von gut 60 000 Stimmen zu verzeichnen hatten.⁸⁴⁹ Beinahe genauso erging es dem Reichszentrum, das lediglich ein Mandat verlor. Dennoch büßte die Fraktion ihre parlamentarische Schlüsselposition ein, da die Freisinnigen die Hälfte ihrer Mandate abgeben mussten und sich die oben erwähnte Mehrheit aus Nationalliberalen und Konservativen für das Septennat wie für andere Vorhaben Bismarcks fand. Franckenstein formulierte am 9. März 1887 die offizielle Erklärung für die Majorität der Fraktion, die sich schon bei ihrer ersten, konstituierenden Fraktionssitzung am 3. März 1887, wenn auch nach einigem Hin und Her, auf Enthaltung geeinigt hatte – die Einheit der Fraktion war den meisten damit vorrangig:⁸⁵⁰ Franckenstein erklärte knapp, seit der Abstimmung am 14. Januar habe sich ihr Standpunkt nicht verändert; man wolle die von den verbündeten

⁸⁴⁷ Anderson, Windthorst, S. 356.

⁸⁴⁸ Brief Eulenburg an Herbert von Bismarck vom 19. Februar 1887: BA Friedrichruh; auch: HStA MInn 46 132; zitiert nach Möckl, Prinzregentenzeit, S. 207 Anm. 137.

⁸⁴⁹ Möckl bezieht sich auf die Statistiken des Königlich bayerischen statistischen Landesamtes, wenn er von 50 000 neu gewonnen Stimmen für das bayerische Zentrum spricht: Möckl, Prinzregentenzeit, S. 207. Hartmannsgruber, der sich auf dieselbe Quelle beruft, führt 349 751 patriotische Stimmen für 1884 und 412 587 Stimmen für 1887 an: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 172 Tabelle 21 und S. 142 Anm. 20 (Quellenangabe).

⁸⁵⁰ RV 1887, Bd. 95, S. 39 (9. März 1887). Franckenstein irrt sich im Datum der Abstimmung, wenn er den 11. und nicht den 14. Januar 1887 nennt. Orterer war eigentlich für Ablehnung und notierte zur Fraktionssitzung und ihrer Entscheidung unter anderem: „Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Einheit vor allem und meine, die anderen könnten auch nachgeben. Endlich einigt man sich zu einer Erklärung auf Enthaltung, allerdings nicht heldenhaft, aber doch das beste für die Situation. Leider gehen doch 7 wieder nicht mit, darunter 2 Bayern: Graf Konrad von Preysing und Dr. Diendorfer.“ Des Weiteren erwähnt er die Vertrauensbekundungen und den allgemeinen Beifall nach Franckensteins Rede in der Fraktion: KN Orterer, Eintrag vom 3. März 1887.

Regierungen geforderte Friedenspräsenzstärke einerseits bewilligen, die Dauer der Bewilligung andererseits herabsetzen. Eine Verlängerung nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes erachte man für selbstverständlich, wenn die Zeitumstände es verlangen würden. Als Grund für die Ablehnung des Septennats führte Franckenstein die „Gefährdung des verfassungsmäßigen Rechtes“ des Reichstages an. Die Konsequenz, die die weit größere Anzahl seiner Freunde aus der zweigeteilten Meinung ziehe, sei die Enthaltung sowohl bei der Diskussion als auch bei der Abstimmung.

Bei seiner Erklärung sparte Franckenstein die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse aus. Eine Rolle für die Enthaltung spielte die vorangegangene Entwicklung von erstens Bewilligung des Triennats, zweitens Auflösung des Reichstages und drittens der durch die Wahl veränderten Zusammensetzung des Parlamentes sicherlich. Wesentlich schwerwiegender war aber die Veröffentlichung der päpstlichen Haltung. Unter den gegebenen Umständen wollten sich Teile der Zentrumsfraktion dem Willen der Kurie nicht oder nicht öffentlich entgegenstellen, andere beharrten dennoch auf ihrem „Nein“ zum Septennat – und dritte fanden die Lösung in der Enthaltung, um eine einheitliche Stimmabgabe, die sie als höchstes Gut erachteten, zumindest für eine große Mehrheit der Fraktion zu erreichen. Die Enthaltung bedeutete, dass man sich immerhin nicht mit einer negativen Stimmabgabe dem Papst öffentlich entgegenstellte, und sie gab der Fraktion und besonders denjenigen, die sich gegen das Septennat festgelegt hatten, auch die Möglichkeit, ihr Gesicht zu wahren.⁸⁵¹

⁸⁵¹ Löffler, der mit Franckensteins Rede und Hertlings Erinnerungen argumentiert, übersieht den für die Mehrheit der Fraktion letztlich wichtigsten Punkt der Einheit der Fraktion: Löffler, Reichsräte, S. 444. Dass die Einheit der Partei nicht nur Selbstzweck, sondern auch Taktik für die Zukunft im parteipolitischen Spiel war, zeigen folgende Zeilen Franckensteins: „Will die Fraktion nun ihre Stellung richtig einnehmen, muß sie sich sehr ruhig verhalten, in allen Prinzipienfragen einmütig sein und zuwarten, bis das neue Gebilde [= Kartell] sich wieder lockert.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Franckenstein an Soden vom 25. Februar 1887. Ein für den ruhigen Franckenstein ungewöhnlich erregter, undiplomatischer Brief aus Wahlkampfzeiten zeigt, wie sehr Franckenstein selbst zu einem klaren, unmissverständlichen „Nein“ für die nächste Abstimmung neigte und wie sehr er sich um der Einheit der Partei willen dann zurückgenommen haben muss: „Nun sollen jene die für 3 Jahre gestimmt haben für 7 Jahre stimmen, weil der heilige Vater es Bismark [!] versprochen hat. Das mag der thun der es kann, soweit geht bei mir nicht das Bedürfnis die Autorität zu schützen. Ich bin noch ein freier Mann, habe in allen Dingen kirchlicher Natur dem Hg. Vater zu gehorchen, aber in allen anderen Dingen habe ich zu überlegen was nach meiner Ansicht recht ist und so mein Votum abzugeben. / Die Schimpfereien der ministeriellen Presse geniren mich gar nicht, kein vernünftiger Mensch kann den Unsinn glauben, den diese Blätter bringen. [...] Diejenigen deren Aufgabe es nun ist nur Autoritäten zu schützen können ja im März für sieben Jahre stimmen.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Franckenstein an Soden vom 14. Februar 1887.

e) Die bayerischen Abweichler oder: Ein Exkurs zu Konrad Graf von Preysing

Wie sah es mit den bayerisch-patriotisch gesinnten Abweichlern aus? Die offizielle Erklärung,⁸⁵² die Reichensperger für die insgesamt sieben Abgeordnete umfassende Minorität der Zentrumsfraktion abgab, die für die Gesetzesvorlage stimmen wollte, greift für die beiden Patrioten nicht, da sie die politische Lage als Grund der Entscheidung angab.⁸⁵³ Diendorfer war Priester, was nicht das entscheidende Merkmal für seine Zustimmung war, denn in der sich enthaltenden Majorität der Fraktion befanden sich genügend Priester; aber Diendorfer gehörte im Landtag zu den Extremen, die immer eine Mischung aus hartem Oppositionskurs gegen die bayerische Regierung und der Forderung nach einer konfessionellen Partei darstellten.⁸⁵⁴ Mit seiner Septennatsabstimmung gab Diendorfer offenbar seinem Hang zur konfessionellen Partei Ausdruck. Für Konrad von Preysing sieht Löffler in der Weisung des Heiligen Stuhls den Grund der Zustimmung, denn dieser bejahte nach eigenen Aussagen aus der Zeit des Septennatsstreites den Einfluß der Kirche auf die Politik unter bestimmten Voraussetzungen.⁸⁵⁵ Auch nach außen sieht es so aus, als ob Preysing, der ohne den Wunsch

⁸⁵² RV 1887 Bd. 95, S. 40.

⁸⁵³ Andersons These zu den Beweggründen Reichenspergers und der anderen Abweichlern: Anderson, Windthorst, 369f.

⁸⁵⁴ Hartmannsgruber, der sich bei seiner Septennatserwähnung zwar nicht auf das Votum im Reichstag, sondern nur auf die Wahlkampfaussagen bezieht, erwähnt Diendorfer nicht. Das sich dieser jedoch bereits im Wahlkampf für das Septennat ausspricht, beweist der bereits zitierte Brief Eulenburgs an Herbert v. Bismarck vom 19. Februar 1887, der bei Möckl, Prinzregentenzeit, 207 Anm. 137, veröffentlicht ist.

⁸⁵⁵ Löffler, Reichsräte, 445, bezieht sich auf: StaLa, Schloss Moos, Nr. 742, Preysing an seinen Onkel Anton Ludwig von Preysing (Abschrift) 14. März 1887; Johann A. L. v. Preysing an Preysing 19. März 1887; Donau-Zeitung vom 8.2.1887, 30, S. 1ff. (Artikel über eine Wahlsprache Konrad von Preysings in Ottmaringen am 6.2.1887). Löffler fügt in Anm. 213 als Nebengrund hinzu: „Zudem befürchtete Preysing, aus parteitaktischen Gründen, man könnte sich durch eine unnachgiebige Opposition gegen das Septennat isolieren und damit ungewollt dem nationalliberalen, rechtsfreundlichen Ministerium Lutz behilflich sein“. Dies stellt sicherlich einen untergeordneten Grund dar, zumal der Brief, den Löffler als Quelle angibt, bemängelte, dass die Parteitaktik von Daller und Orterer „seit bald einem Jahre“, also nicht speziell bei den Septennatswahlen, die in dem Brief zuvor thematisiert wird – und nicht speziell bei der Septennatsentscheidung im Reichstag – unglücklich sei. Jörg, Briefwechsel, S. 501f Nr. 360: Brief Konrad Preysing an Jörg vom 27. März 1887.

Dass Konrad Preysing auch anders als bei seiner Septennatsentscheidung denken und entscheiden konnte, ist unzweifelhaft. Einen Brief, der dies untermauert und zudem nach dem Versuch klingt, sich von der eigenen Septennatsentscheidung reinzuwaschen, adressierte der niederbayerische Graf an Franckenstein fast zwei Jahre nach der Entscheidung: „Meine Haltung während des Septennates ist ja bekannt. Immerhin finde ich, daß es z. B. zu weit geht, wenn bekannt wird, daß der hl. Stuhl an Schorlemer mahnend sich wendet, daß dieser wider ein Mandat annehmen möge. Daß solcher Wunsch in diskretester Form zum Ausdrucke gelangt – da läßt sich nichts dagegen sagen. [...] Als deutscher Bürger würde ich's schon schwer ertragen, daß meine Annahme oder nicht Annahme /: Mandat /: gewissermassen von dem Wunsche des hl. Stuhles abhängig sei, – daß ich in re beeinflusst erschien von Rom. – Nehmen wir uns in Acht!“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1887-1890 – vornehmlich Graf Konrad Preysing, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 14. Dezember 1888. Jahre zuvor, in einem ganz anderen Zusammenhang mahnte Preysing: „So erschiene es als irrige Anschauung es sei das ‚Centrum‘ eine ‚religiöse‘ Fraktion, und würde die Beendigung des Kulturkampfes das Aufgeben des oppositionellen Standpunktes zur Folge haben müssen für das Centrum.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1874/75/1877-1878, Brief Preysing an Franckenstein vom 9. Juni 1878.

Die gesichteten Nachlässe der Politiker sind voll von Briefen, teilweise auch Zeitungsartikeln, über die Ereignisse, Entscheidungen und Nachwirkungen zwischen der bayerischen Regentschaftsübernahme/Königstra-

oder vielmehr die Direktive des Papstes zu kennen und ohne die Veröffentlichung derselben mit vollster Überzeugung für das Triennat stimmte, nachdem dieser Einfluss auftrat sich jedoch für die Regierungsvorlage entschied.⁸⁵⁶ Dennoch erscheint eine äußerst komplexe Mischung an Gründen für seinen Umschwung nach der Reichstagsauflösung gegeben. Preysing war sehr gekränkt und erbost, darüber, dass er zur Zeit der Triennatsentscheidung nicht eingeweiht wurde. Diesen Schritt nahm er sicherlich auch dem langjährigen Kampfgenossen und Freund Windthorst übel,⁸⁵⁷ noch viel mehr aber seinem sehr engen, bayerischen Freund Franckenstein, der ihn Jahre zuvor beispielsweise in die Fingerspitzengefühl und äußerste Geheimhaltung erfordernden Überlegungen zu den Verhandlungen mit König Ludwig II. über die Bildung eines konservativ-patriotischen Ministeriums einbezogen hatte. In dieser Freundschaft gab es schon 1886 eine ernste Verstimmung, da Franckenstein Luitpolds Entscheidungen und Verhalten bei Entmündigung und Tod Ludwigs II. beziehungsweise seiner Regentschaftsübernahme unter Bestätigung der lange bekämpften Minister nicht billigen konnte – Preysing hingegen den Prinzregenten zumindest in der Krise uneingeschränkt unterstützen wollte, selbst wenn er damit Minister Lutz befestigte. Eine unterschiedliche Einstellung gegenüber Autoritäten sowie deren Schutz macht sich in beiden Ausnahmesituationen, der Königstragödie vom Sommer 1886 und dem Septennat vom Frühjahr 1887, bei den beiden einflussreichen bayerischen Politikern bemerkbar.⁸⁵⁸ Doch nicht alleine Preysings Verhältnis zu Franckenstein hatte in und nach der

gödie und der Septennatsentscheidung, den Zusammenhängen also, die im Folgenden der Argumentation dienen werden. Besonders hervorzuheben sind: StaLa, SchlossA Moos, Nr. 740a, 742, Nr. 833; Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1884-1886 – vornehmlich Graf Konrad Preysing, Korrespondenz „Reichstag“ 1879 – 1889; BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 512, vorl. Nr. 612, vorl. Nr. 613.

Preysing sah selbst eine Verbindung zwischen seinem Handeln 1886 und 1887, als er 1888 wieder äußerst verstimmt war: Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1887-1890 – vornehmlich Graf Konrad Preysing, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 23. September 1888. Nach beruhigenden Zeilen Franckensteins und dessen Lageeinschätzung sah Preysing 1888 aber von einer Aktion ab: Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1887-1890 – vornehmlich Graf Konrad Preysing, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 27. September 1888.

⁸⁵⁶ Die Reichstagsauflösung, die auch zwischen den beiden Abstimmungen lag, hatte für Preysings Entscheidung keinerlei Bedeutung.

⁸⁵⁷ Anderson, Windthorst, S. 382, zählt Konrad Preysing zu den „engsten Freunde[n]“ Windthorsts.

⁸⁵⁸ Ein Brief Franckensteins stützt letztere These und kann darüber hinaus Voranstehendes und Nachfolgendes zur Königskatastrophe begleitend kommentieren und Facetten hinzufügen: „Der edle Konrad ist auf einen Weg gerathen, der vielleicht mit sehr großer Vorsicht gegangen werden kann. Diese Vorsicht hat aber Konrad leider nicht beobachtet, und ich fürchte, daß er im begonnenen Kampfe viel weiter kommen wird als er beim Beginn gedacht hat. Den PrinzenRegenten zu vertreten ist eine schöne und lobenswerthe Aufgabe, um denselben vertreten zu können, muß der PrinzRegent so handeln, daß sein Handeln vertretbar ist. Wenn der PrinzRegent aber das thut was ein Mann rathet, den man noch vor wenigen Monaten auf das Äußerste bekämpft hat, dann vertritt man nicht nur den Regenten sondern auch seinen Rathgeber den früher bekämpften Minister Lutz. Ich habe es immer für den größten Fehler des Adels erklärt, wenn er alles gut heißt was die Regierung zu thun beliebt, weil es die Regierung thut. Die einzig richtige Stellung des Adels ist zwischen König und Volk, der Adel ist der Wächter des Rechtes. Der Hofadel war stets das größte Unglück für die Aristocratie und deßhalb verstehe ich Konrad nicht. Ich fürchte aber, daß Konrad wirklich meint, er könne eine neue Partei [in Bayern] bilden, und daß er damit Uneinigkeit in die Partei bringen wird. Wohl dachte ich mir, daß die Germania, die ich aber gar

Königstragödie gelitten: Die patriotische Landtagsfraktion, die patriotische Presse, das Münchner Kasino, dessen Vorstand er nach dem Tod Arco-Zinnebergs geworden war – im Grunde die gesamte Partei hatte ihn seiner Meinung nach in den Tagen der Krise der Monarchie im Stich gelassen,⁸⁵⁹ gegen seinen ausdrücklichen Willen gehandelt⁸⁶⁰ und sich Monate später dann auch noch in Bayerische Zentrumsparthei umbenannt, was er strikt ablehnte, da er befürchtete, dass Windthorst dadurch seine Fühler nach Bayern ausstreckte; dem Inspirator der Germania, wie er den Zentrumsführer in den Tagen häufig nannte, fehlte dazu jedoch jegliche Befähigung, da er die bayerischen Verhältnisse oft genug falsch eingeschätzt hatte.⁸⁶¹ Auch hier also ein Graben. Auch hier schon Gegenwehr Preysings

nicht billige, sich dem [!] mit Konrad Graf von Preysing unterzeichneten Artikel nicht gefallen lassen werde, und beklage die Art und Weise wie die Antwort ausfiel, die Konrad auf das Äußerste reizen wird. Ich habe Konrad rechtzeitig gewarnt [...] Uneinigkeit im eigenen Lager ist immer peinlich und gefährlich, und leider steht dormalen Konrad an der Spitze jener die etwas Neues wollen.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Franckenstein an Soden vom 5. August 1886.

⁸⁵⁹ Hier ist vor allem die Auseinandersetzung von Preysing und Buchers Donau-Zeitung auf der einen und der Germania auf der anderen Seite zu nennen. In dem Artikel der Augsburger Abendzeitung Nr. 217 vom 9. August 1886, dem ein zweistündiges Gespräch mit Preysing zugrunde lag, wurden die für die Öffentlichkeit gedachten Beweggründe und Anschauungen Preysings wiedergegeben. Er enthält nach Preysings eigener Aussage einige Fehler und Ungenauigkeiten, „im Großen und Ganzen [kommt] der Grundzug meines Gedankenganges zum Ausdruck“: StaLa, SchlossA Moos, Nr. 833, Briefmanuskript Preysing an die Redaktion des Münchner Fremdenblattes vom 13. August 1886. Der Akt StaLa, SchlossA Moos, Nr. 833, stellt Preysings Sammlung an Briefen (vor allem mit Bucher) und Zeitungen zu dem Streit dar. Private Briefe zu den Vorgängen finden sich zahlreich in den NL Soden und Franckenstein. Als Beispiele seien genannt: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Kaspar Preysing an Soden vom 11. August 1886; Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 21. Juli 1886, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 3. August 1886; Ullstadt, FamA Franckenstein, Korrespondenz „Reichstag“ 1879 – 1889, Brief Konrad Preysing an Franckenstein 9. November 1886, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 17. November 1886. Siehe zum Streit Germania versus Konrad Preysing und Buchers Donau-Zeitung auch: Hartmannsgruber, Patriotenparthei, S. 360f.

⁸⁶⁰ Erstes Misstrauensvotum gegen die bayerische Regierung: Siehe Hartmannsgruber, Patriotenparthei, S. 360; zum Gesamtzusammenhang des Misstrauensvotums siehe: Möckl, Prinzregentenzeit, S. 178-188. 2. Noch nicht von der Forschung beleuchtet wurde, dass Prinzregent Luitpold bei den Patrioten hatte durchsickern lassen, dass er eine Abstimmung über die Abänderung des § 18 der bayerischen Verfassung kurz nach seinem Amtsantritt als Vertrauensvotum sehen würde; die patriotische Fraktion des Landtages sah in einer Zustimmung jedoch ein Vertrauensvotum für Minister Lutz und lehnte die Vorlage ab. Man hatte sich mit Franckenstein ins Benehmen gesetzt, der die Meinung der großen Mehrheit der Landtagsabgeordneten vertrat. Aus der Landtagsfraktion war bei der Abstimmung nur Freiherr von Gise anderer Ansicht, den Freyschlag persönlich über des Prinzregenten Auffassung informiert hatte: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Gise an Soden vom 27. Juli 1886; Brief Karl Freyen-Seiboltsdorf an Soden vom 29. Juni 1886, Brief Hertling an Soden vom 2. Juli 1886, Brief Franckenstein an Soden vom 8. Juli 1886. Zahlreiche Briefe des Aktes drehen sich um die Verfassungsänderung.

⁸⁶¹ Diese Zusammenhänge gehen aus mehreren Quellen der BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Franckenstein und Preysing hervor. Beispielsweise: Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1887-1890 – vornehmlich Graf Konrad Preysing, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 23. Dezember 1888; BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Konrad Preysing an Bucher beziehungsweise an Soden vom 16. Oktober 1886. Ein Brief Preysings über den Germania-Streit, der weitere Zusammenhänge nennt, der für Preysing in seiner starken Abneigung gegen Windthorst nicht typisch ist, der aber zeigt, wie sehr er sich bei der Auseinandersetzung verrannt hatte, sei zitiert: „Ich bleibe Bayer. Eben darum enteile ich jener Geistesniederung welche sich inspiriren läßt von ausser bayr. Preßsöldlingen, die ihr Gedankenfabrikat als solches von einem Berliner Redaktions-bureau bezieht, welches am Verbleiben des Ministeriums Lutz das größte Interesse aus dem Grunde hat, weil der Germania-Inspirator [= Windthorst] befürchten mag, daß wenn wir Bayern ein uns konvenirendes Ministerium in Bayern hätten, wir Bayern nothgedrungen dem Landesrath uns näher stellen müssten. Was dann zur weiteren Folge haben könnte, daß die Centrums-Bayern abschwenkten vom

gegen eine Bevormundung durch Windthorst. Anderson bezeichnet Preysing als „liebenswürdige[n] Wetterhahn“⁸⁶² und trifft damit zwei seiner Charaktermerkmale. Preysing war liebenswürdig, er konnte seine Meinung wie seine politische Meinung ändern und er ließ sich zudem von politischen wie privaten Freunden durch eine eindeutige Geste auch wieder versöhnen, so auch vom Münchner Kasino,⁸⁶³ so auch von Windthorst,⁸⁶⁴ und war heilfroh über die Versöhnung. Aber er neigte auch dazu, sich in Gedanken zu verspinnen und sich dann, wenn er von Freunden nicht aufgehalten wurde oder aufgehalten werden konnte, zu vergallopieren. Außerdem saßen Enttäuschungen und Ärger tief bei seiner eben auch sehr komplizierten Persönlichkeit: Bei seinem Drang nach Anerkennung, seinem Stolz, der dem Drang nach Anerkennung im Wege stand, seinem tief in ihm verborgenen, aber in Briefen an Freunde in diesen Jahren geäußerten Forderungen nach blindem Vertrauen von Seiten der Öffentlichkeit und von Seiten der Freunde – ob er nun öffentlich handelte, im Verborgenen handelte oder gar nicht handelte. Konrad von Preysings Persönlichkeit, seine Verletztheit und sein Ärger über Nicht-Einweihung und Bevormundung sowie die zahlreichen Gräben, die sich zu seinen politischen Freunden aufgetan hatten, führten dazu, dass er weder von Franckenstein noch von Windthorst diesmal – anders als so oft zuvor – versöhnt werden konnte und für ein einheitliches Auftreten gewonnen werden konnte. Vermutlich hätte Preysing eingebunden werden können, wenn man ihn von Anfang an eingeweiht hätte. So aber drehte sich der Wetterhahn diesmal nicht wieder um. Der Grund dafür lag folglich nicht darin, dass er in bestimmten politischen Situationen eine Direktive des Papstes über politische Parteien im Deutschen Reich anerkannte und nun eine dieser politischen Situationen vorlag.

Centrum. – Han man's dann noch nicht begriffen, daß der Germania Hetze inspirirte, was wie sie – der heißt ihr Inspirator – wohl wusste, nicht zu erreichen war. Daß es trotzdem geschah um die nun erfolgte Niederlage herbeizuführen – um die in Bayern abgeprallten Hingabe keinen andern Weg zu lassen als den, gehorsam unter die Fittiche W. [= Windthorsts] sich zu begeben.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Konrad Preysing an Soden vom 12. Oktober 1886. Conrad Preysing selbst gab dieser Auseinandersetzung zwischen ihm und der Germania eine Bedeutung, die das Reichszentrum betraf, indem er die Germania (nicht nur in diesem Fall) gesteuert von Windthorst sah, die bayerischen Belange und auch die Bayern im Reichszentrum nicht unter seinem Kommando stehend sehen wollte. Eine Trennlinie zwischen Preysing und Windthorst in Bezug auf die bayerische Politik und die bayerischen Verhältnisse sieht auch: Möckl, Prinzregentenzeit, S. 281

⁸⁶² Anderson, Windthorst, S. 382.

⁸⁶³ „In aller Kürze die Mittheilung, daß ich von dem kath. Casino München soeben eine Adresse erhalten habe, wodurch Alles, was in der [unleserlich] Vergangenheit liegt, für mich beglichen erscheint. Die Kundgebung des Kasinos hat mich tief bewegt, und wenn mich die Münchner Bürger im kommenden Jahre zur Zeit der Wahlbewegung brauchen, stehe ich zur Verfügung. Sollte Orterer noch in Berlin sein, bitte ich, ihm das zu sagen verbunden mit meinem herzlichen Grüßen.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Korrespondenz „Reichstag“ 1879 – 1889, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 26. November 1886. Orterer war dies auch einen Eintrag in seinen Kalendernotizen wert, die allerdings ein anderes Datum aufweisen: „18. [...] Casino Adresse an Graf Preysing tut gute Wirkung bei ihm. Die früheren Vorgänge vielleicht doch zu begleichen. Aber die Anlehnung an Bucher noch nicht geschwunden, wie es scheint.“ KN Orterer, Eintrag vom 18. November 1886.

⁸⁶⁴ „W. [= Windthorst] war unendlich versöhnlich mir gegenüber. Er will mit mir keinen Hader. – Mit Fr. [= Franckenstein] habe ich mich gut gesprochen.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Konrad Preysing an Soden vom 21. März 1887.

Die politische Situation war nur ein Stein in einem Mosaik. Wenn Anderson anlässlich des Septennates über Peter Reichenspergers persönlichen Groll berichtet, die Verluste der Freisinnigen ins Feld führt und für Reichensperger und „viele konservative Abgeordnete in der Partei, [die] der Opposition [im Reich beziehungsweise in Preußen] schon lange überdrüssig“ waren, urteilt: „Ihnen bot die päpstliche Bitte einen willkommenen Vorwand, das zu tun, was sie sowieso tun wollten.“⁸⁶⁵ Dann lässt sich das nicht eins zu eins auf Preysing übertragen, denn er war weder begeistert über die preußischen Heeresvermehrungen noch schlug sein Herz preußisch-deutsch. Aber der Hinweis auf die Komplexität der Entscheidungsgrundlage bei Reichensperger, lässt sich, wenn auch mit anderen Mosaiksteinen, auf Preysing übertragen.⁸⁶⁶

In der siebten Legislaturperiode des deutschen Reichstages stimmten von den ursprünglichen bayerischen Patrioten also der Mitbegründer des Reichszentrums Konrad Graf von Preysing und der Priester und Lyzealprofessor Dr. Johann Evangelist Diendorfer für das nunmehr dritte Septennat; auch des Zentrums Urgestein Peter Reichensperger ließ sich, wie nach seiner Rede zu erwarten, mit weiteren vier Kollegen nicht einbinden. Bis auf die beiden Ja-Stimmenden und Witzelsperger, der unentschuldigt fehlte, enthielten sich alle übrigen bayerischen Zentrumsabgeordneten. Damit standen sie in Einklang mit der Mehrheit ihrer Zentrumskollegen, von denen bis auf eine Enthaltung die übrigen der insgesamt 84 Enthaltungen bei der Abstimmung stammten.⁸⁶⁷

f) Zusammenfassung und Bewertung

Welche Rolle spielten die eingangs genannten Argumente der Patrioten gegen die Militärvorlagen der Regierung im Jahre 1887? Zeichnete sich eine Entwicklung in der Militärpolitik der Patrioten ab? Welche Auswirkungen hatten die verschiedenen Pressionen, die von außen auf die Partei einwirkten?

⁸⁶⁵ Anderson, Windthorst, S. 369.

⁸⁶⁶ Da Preysing bereits äußerst beleidigt war, als er erfuhr, dass er nicht einbezogen worden war, und man im bayerischen Wahlkampf dann noch nicht einmal auf ihn hörte, bezog der aus dem bayerischen Uradel Stammende in seine Überlegungen zur Bejahung des Septennates vermutlich mit ein, eine zur entgeltigen Aussöhnung zwischen Zentrum und Papst dienende Reise zum Oberhaupt der katholischen Kirche zu unternehmen, die er in seinem Brief vom 27. März 1887 an Jörg – bereits rückblickend – erwähnt. Jörg, Briefwechsel, S. 502 Nr. 360.

⁸⁶⁷ Der Gesetzentwurf, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, wurde mit 227:31 Stimmen beschlossen: RV 1887 Bd. 105, 72-74.

An der Militärvorlage, die im Reichstag im Januar 1887 und dann wieder im März zur Abstimmung stand, waren aus patriotischer Sicht drei Dinge zu beanstanden:

Wie bei den Militärvorlagen zuvor widerstrebte der Gesamtfraktion die dreijährige Dienstzeit. Das Ziel der die Bevölkerung entlastenden zweijährigen Dienstzeit tippte Windthorst, der die Grundpositionen der Fraktion erläuterte, nur kurz an; er bestand aber nicht auf dessen momentaner Durchsetzung, vermutlich auf Grund der fehlenden Erfolgsaussicht.

Die erhöhte pekuniäre Belastung für das Volk und die bayerischen Finanzen war der zweite Punkt, den die Patrioten bemängelten. Letzteres war die einzige föderalistische, auch eigenstaatliche Komponente an der ablehnenden Haltung gegenüber der Militärgesetzgebung. Als nicht akzeptabel betrachteten die Patrioten drittens die Entwertung des Budgetrechts des Reichstages. Mit der Bewilligung des gesamten Budgets auf allerdings nur drei anstelle der geforderten sieben Jahre kamen die bayerischen und nicht-bayerischen Zentrumsabgeordneten der Regierung zum ersten Mal seit Bestehen des Kaiserreiches in der Militärpolitik entgegen. Dabei ließen sie ihre Vorbehalte gegen die aus militärischer Sicht nicht notwendige enorme Summe fallen, traten von ihrer aus parlamentarischer Warte eingenommenen Haltung zurück, wonach das Budget jährlich beschlossen werden müsse, und wählten gemeinsam mit dem Freisinn eine dreijährige, der Legislaturperiode des Reichstages und der dreijährigen Dienstzeit entsprechende Zeitspanne, die den Verhältnissen mehr als entsprach.

Die Verhaltensänderung der Bayerischen Zentrumspartei zeigt, dass sie sich mehr und mehr in die Reichspolitik einfügte, zu Konzessionen bereit war und keine Verneinung der Verneinung willen betrieb. Auch wenn der Schritt der Umbenennung von der Landtagsfraktion ausging und auch mehr für diese gemacht wurde, so kann man doch auf Grund der engen Verbindungen zwischen Landtagsabgeordneten, Reichsräten und Reichstagsabgeordneten und der Doppelabgeordneten davon sprechen, dass die neue Namensgebung mit einem Namensteil „Zentrum“, der für eine kleindeutsche Partei stand, anhand dieser Abstimmung nachvollzogen werden kann. Weder die Kompromissbereitschaft in der Reichspolitik noch die Umbenennung dürfen jedoch interpretiert werden als eine Aufgabe der bayerischen Haltung, des besonderen Augenmerks auf die bayerischen Verhältnisse oder des Föderalismus im Allgemeinen: „Doch genug für heute, ich habe die ganze Sache satt, und wenn man das Centrum [im Reichstagswahlkampf 1887] geschlagen wird [!], in Gottes Namen, mich dauert dann nur Bayern.“⁸⁶⁸

⁸⁶⁸ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Franckenstein an Soden vom 14. Februar 1887. Auch in den KN Orterer wird ein dezidiert bayerischer Standpunkt deutlich. Ähnliches gilt auch für Konrad Preysing: „Im Übrigen – will ich wiedereinmal still bleiben – [...] - u. sollte ich mal meine Wege gehen – laß’ mich laufen – einer muß – unter Umständen zu Grunde gehen – aus seiner Asche erblüht den Lebenden Hoffnung. – Denn – vorausgesetzt, daß ich mich kenne – bei mir sitzt’s tiefer – als ich es in Worten

Von der Aufforderung des bayerischen Regenten ließen sich die Patrioten, ja selbst die Adligen unter ihnen, bei ihrer Entscheidung im Januar 1887 nicht beeinflussen. Anders sah es mit Bismarcks Druckmittel der Reichstagsauflösung aus; diese spielte für die Entscheidung sicherlich eine wichtige Rolle. Zu bedenken ist dabei auch die Heterogenität der bayerischen sowie der gesamten Zentrumspartei, in der es militärbegeistertere Preußen gab wie auch Abgeordnete, die der Oppositionsrolle müde waren. Der Einfluß des Papstes kann für 30 der 33 bayerischen Parlamentarier ausgeschlossen werden, da sie von dessen Wunsch nicht in Kenntnis gesetzt wurden. Die Bewilligung auf drei Jahre an sich ist vom Heiligen Stuhl als vollkommen unabhängig zu sehen, da der Gedanke bereits vor Eintreffen der ersten Note bestand. Wie sieht es mit dem Einfluss des Papstes auf die Eingeweihten, durch die Eingeweihten auf den Rest der Fraktion und somit auf die Bewilligung von „jede[m] Mann und jede[m] Groschen“⁸⁶⁹ aus? Aus den Kalendernotizen Orterers geht hervor, dass er selbst nach der Veröffentlichung der päpstlichen Direktive gegen das Septennat stimmen wollte. Geiger galt als ebensolcher Verfechter einer harten Linie – und Franckenstein wollte so wenig als möglich genehmigen.⁸⁷⁰ Zumindest die bayerische militärpolitische Führungsriege hatte zu keinem Zeitpunkt vor, ein für den Papst schöngeschminktes Triennat zu erreichen. Der Antrag Ballestrem und Genossen hatte mit dem Einfluss des Papstes nichts zu tun – höchstens mit dem Einfluss der störrischen Bayern: Es hätte die geforderte Friedenspräsenzstärke nur für ein Jahr bewilligt.

Die Enthaltung der großen Majorität der Zentrumsfraktion bei der im März 1887 folgenden Abstimmung über das Septennat ist vor allem zu verstehen als Lösung zwischen divergierenden Meinungen innerhalb der Fraktion unter Einfluß des Papstes sowie der Wähler und der öffentlichen Meinung. Mit der Enthaltung konnten sowohl die Elemente eingebunden werden, die auf Grund ihrer Überzeugung schlicht mit Nein stimmen wollten, als auch die, die sich öffentlich dem Papstwunsch nicht gänzlich entgegenstellen wollten.⁸⁷¹ Nur zwei Bayern konnten mit dieser Taktik nicht eingefangen werden und votierten für die Militärvorlage; der

auszudrücken vermag.. – u. Bayerns Untergang will ich nicht überleben.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1887-1890 – vornehmlich Graf Konrad Preysing, Brief Konrad Preysing an Georg Arbogast Franckenstein vom 27. September 1888.

⁸⁶⁹ Äußerung Windthorst drei Tage vor der Endabstimmung: RV 1886/87, Bd. 93, 347.

⁸⁷⁰ „Ich sage, wir müssen geben was nothwendig, für so kurze Zeit als möglich, vermeiden durch nicht geschicktes Manövriren zu veranlassen, daß mehr bewilligt werde als nach unserer Ansicht nothwendig ist.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Franckenstein an Soden vom 14. Dezember 1886.

⁸⁷¹ Paul Majunke, von 1871 bis 1878 Chefredakteur der Germania, Pfarrer und von Januar 1874 bis Oktober 1884 Mitglied der Zentrumsfraktion im Reichstag, berichtet Jörg, dass zwei der Zentrumsabgeordneten, die nicht für das Septennat gestimmt hatten, sich ihm gegenüber in Briefen positiv über die von ihm in den HPB vertretene Haltung geäußert hätten; Majunke vertrat die Meinung der sieben Septennatskatholiken: HPB 99, 1887, S. 485-492; Jörg, Briefwechsel, S. 503 Nr. 362: Brief Majunke an Jörg 30. April 1887.

eine aus Papsttreue, der andere weniger aus Papsttreue, sondern vielmehr auf Grund von verletzter Eitelkeit, Parteigräben und politischem Kalkül. Insgesamt färbt folglich die Intervention des Papstes die Abstimmung ein; hinzu tritt, dass durch die Vorereignisse jede Verhandlung auf der Basis der eigenen gleichgebliebenen Überzeugung unsinnig erschien. Trotz der Einfärbung zeigte das Bayerische Zentrum, dass es keine konfessionelle Partei war, indem es das Gesetz nicht annahm. Dass das Bayerische Zentrum bereit war, am Reich konstruktiv mitzuarbeiten, kann die Entscheidung zum Triennat eindeutig besser darlegen als die Entscheidung um das Septennat.

9. Sozialversicherungsgesetze und Gräben in der Fraktion

Die Sozialgesetzgebung für Arbeiter war seit Ende der 1870er Jahre ein neues Politikfeld. Wie bei der Militärgesetzgebung soll der Blick auf dieses Politikfeld die Grundpositionen der Patrioten – mit Augenmerk auf die Mitarbeit am Reich – erarbeiten. Des Weiteren soll ein Vergleich erreicht werden zwischen früheren Entscheidungen der Patrioten auf diesem Gebiet und ihrem Verhalten in den ersten Jahren nach der Umbenennung. Zudem werden wie in jedem der Politikkapitel die bislang von der Forschung vernachlässigten bayerischen Akteure vorgestellt.

In den 1880er Jahren wirkten für die Sozialgesetzgebung die Zentrumsfraktion und der Reichskanzler teilweise zusammen.⁸⁷² Der Arbeiterschutz war zwar ebenfalls ein Anliegen des Reichszentrums und es legte wiederholt Anträge (mit Gesetzescharakter) zu diesem vor, der Arbeiterschutz blieb in der Ära Bismarcks in Bezug auf die Ergebnisse jedoch hinter den

⁸⁷² Nicht nur einen Einblick in diese Zusammenarbeit bietet die umfangreiche, durch Peter Rassow 1966 begründete und in den neuesten Bänden von Hansjoachim Henning und Florian Tennstedt herausgegebene „Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914“. Zum Anteil Franckensteins an der Sozialgesetzgebung und zahlreichen Konflikten innerhalb der Fraktion siehe: Aretin, Franckenstein (Aufsatz) sowie Aretin, Franckenstein. Wattler vernachlässigt den Kommissionsvorsitzenden Franckenstein bis auf seine Untersuchung zu den Auseinandersetzungen um das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. Hier kann er jedoch nur aus den RV, Zeitungen sowie Hertling, Erinnerungen II, und den Tagebuchaufzeichnungen Gröbers (nach Cardauns) schöpfen; ihm kann zwar in seiner Gesamtbeurteilung der „Gruppe Franckenstein“ (S. 303) gefolgt werden, einzelne Thesen und Darstellungen sind jedoch merklich quellenbedingt gefärbt. Eingehend befasste Wattler sich hingegen mit Hertling und Hitze und referiert Windthorsts Positionen und Verhalten, soweit zum Entstehungszeitpunkt der Dissertation Wattlers greifbar. Theo Wattler, Sozialpolitik der Zentrumsfraktion zwischen 1877 und 1889 unter besonderer Berücksichtigung interner Auseinandersetzungen und Entwicklungsprozesse, phil. Diss. [masch.] Köln 1978; Hermann Cardauns, Adolf Gröber. Unter Benutzung des Nachlasses (Führer des Volkes 30), Mönchengladbach 1921. Siehe zur Sozialgesetzgebung des Weiteren: Anderson, Windthorst; Stalman, Partei Bismarcks, S. 391-407; Ulrike Haerendel, Die Anfänge der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland. Die Invaliditäts- und Altersversicherung von 1889 im Spannungsfeld von Reichsverwaltung, Bundesrat und Parlament (Speyerer Forschungsberichte 217), Speyer 2001.

Sozialversicherungen, die Bismarck zum größten Teil ein großes Anliegen waren, zurück.⁸⁷³ Bei den ohne Vorbild in Deutschland oder anderen Staaten erarbeiteten Versicherungsgesetzen, Krankenversicherungs- (1883), Unfallversicherungs- (1884) sowie Alters- und Invalidenversicherungsgesetz (1889), handelt es sich um eine große Kompromissleistung innerhalb des Reichstages und zwischen dem Reichstag und den verbündeten Regierungen.⁸⁷⁴ Sachsen war zunächst der Ansicht, dass gemäß der föderativen Verfassung des Reiches dieses gar keine derartigen Gesetze verabschieden dürfe; die bayerische Regierung stand den Gesetzesvorhaben zunächst negativ gegenüber – bis sie Bismarcks großes Interesse an der Materie bemerkte.⁸⁷⁵ Bei den drei genannten und erfolgreich verabschiedeten Erstgesetzen (sowie bei allen anderen erfolgreich verabschiedeten und nicht Gesetzeskraft erlangenden Gesetzesvorlagen zur Sozialversicherung davor und danach) stand Freiherr von und zu Franckenstein den Reichstagskommissionen vor; die Bedeutung, die ihm zuzumessen ist und die im Grunde schon an der wiederholten Wahl seiner Person zum Vorsitzenden ablesbar scheint, wurde von der Forschung bis zum Erscheinen der Franckenstein-Biographie Aretins übersehen. Bezugnehmend auf diese Biographie urteilt Ayaß, dass Franckenstein „die Gesetzesvorlagen in zermürender Kleinarbeit ‚durchboxte‘“.⁸⁷⁶ Schon 1881, anlässlich der ersten Vorlage über ein Arbeiterunfallgesetz, drohte Bismarck Konrad Graf von Kleist-Schmenzin, einem namhaften Vertreter der Konservativen Partei, „alle Höllenstrafen“ an, „wenn Franckenstein nicht zum Vorsitzenden gewählt würde!“⁸⁷⁷ Bis zur Kartellwahl 1887 benötigte Bismarck die Stimmen der Zentrumsfraktion; daher war in diesen Fällen die Einbindung des Zentrums durch die Person Franckensteins ein Grund für Bismarcks Handeln. Der andere ist darin zu sehen, dass der Reichskanzler die Kompetenzen Franckensteins für die Führung der Sozialversicherungskommissionen schätzte. Für das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz käme neben der Kompetenz Franckensteins auch ein

⁸⁷³ Wie der entsprechende Band der Quellensammlung zeigt, scheiterten zahlreiche Gesetze an unvereinbaren Meinungen von Bundesrat und Reichstag: Wolfgang Ayaß (Bearb.), *Arbeiterschutz* (Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, II. Abt, Bd. 3), Darmstadt 1998. Siehe zum Arbeiterschutz auch den sozialpolitisch hoch aufschlussreichen Aufsatz Ayaß zu Franz Hitze, mit dessen Namen der Arbeiterschutz des Zentrums stark verbunden ist: Wolfgang Ayaß, „Wir müssen anfangen, dann werden wir sehen...“, Franz Hitze, das Zentrum und die Sozialpolitik bis zum Ende der Bismarckära, in: Karl Gabriel/Herman-Josef Große Kracht (Hg.), *Franz Hitze (1851-1921). Sozialpolitik und Sozialreform*. „Beginnen wir einmal praktisch...“, Paderborn u. a. 2006, S. 37-56.

⁸⁷⁴ Schon bei der Verabschiedung der Gesetze waren sich die Abgeordneten darüber im Klaren, dass man teilweise zunächst ein Minimalprogramm fuhr und dass erst die Anwendung der Gesetze ihre Defizite eindeutig aufweisen werden; zur Ausweitung auf weitere Berufsgruppen per Gesetz und zur Anpassung der bestehenden Gesetze kam es daher bereits binnen kürzester Zeit.

⁸⁷⁵ Aretin, *Franckenstein*, S. 139.

⁸⁷⁶ Ayaß, *Hitze*, S. 38.

⁸⁷⁷ Aretin, *Franckenstein*, S. 141.

Spaltungsversuch der Zentrumsfraktion als Hintergedanke Bismarcks in Frage. Aktenkundig ist ein Spaltungsversuch allerdings nicht.

In der Tat kann die Sozialpolitik der Patrioten und der gesamten Zentrumsfraktion aber nicht ohne die Aufdeckung von Trennlinien innerhalb der Zentrumsfraktion erklärt werden. Dabei bleiben die Bayern im Fokus dieser Untersuchung und es interessieren die Auswirkungen von Dissens auf einzelne Gesetzesverabschiedungen.

a) Die Anfänge der Sozialpolitik von Patrioten und Zentrumsfraktion

Aus ihrer christlichen Prägung heraus und auf Grund der nicht zu übersehenden schlechten Lage der industriellen aber auch ländlichen Arbeiterschaft waren Patrioten und Zentrum schon früh bemüht, auf die Situation aufmerksam zu machen und die von der Hand in den Mund lebenden Schichten sozial abzusichern. In Bezug auf die Einbeziehung der ländlichen Arbeiterschaft gingen in der Zentrumsfraktion die Meinungen allerdings auseinander. Als einer der Gründungsväter der katholischen Soziallehre fing Jörg bereits 1857 an, seine ständisch-genossenschaftlichen Reformideen zu veröffentlichen.⁸⁷⁸ Der den Liberalen mystisch anmutende Antrag des Zentrumsabgeordneten Galen im April 1877, den Windthorst selbst nur auf Drängen seiner Kollegen und im Hinblick auf die wachsende Konkurrenz der Sozialdemokraten bei den Wahlen zuließ, stellte den ersten Versuch im Reichstag dar, die Situation zu verbessern; von der liberal-konservativen Mehrheit im Reichstag wurde der Antrag jedoch abgelehnt.⁸⁷⁹ In den darauffolgenden Jahren, in denen Bismarck Gesetze zur Absicherung der Arbeiter vorlegte, achteten die bayerischen Zentrumsabgeordneten darauf, dass ihre föderalistischen Ansprüche gewahrt blieben: Man wollte dem Reich die Sozialpolitik nicht ganz überlassen, da man um die Weiterentwicklungsfähigkeit und letztlich um die Existenz der Einzelstaaten bangte, wenn das Reich derart zukunftsweisende Bereiche der Politik an sich zog.⁸⁸⁰ Daher ließen sie in Verbindung mit dem Rest der Zentrumsfraktion

⁸⁷⁸ Neben zahlreichen Veröffentlichungen in den HPB ist hervorzuheben: Joseph Edmund Jörg, Geschichte der sozialpolitischen Parteien in Deutschland, Freiburg i. Br. 1867. Vgl. auch: Bachem, Zentrum III, S. 327f. Eine ausführliche Darstellung von Jörgs sozialpolitische Vorstellungen leistet: Hans Martin, Von der ständischen Sozialreform zur staatlichen Sozialpolitik. Die Stellung der Historisch-Politischen Blätter zur Lösung der sozialen Frage, München 1965.

⁸⁷⁹ Zum Antrag Galen: Anderson, Windthorst, S. 212-214; Wattler, Sozialpolitik, S. 32-60; Ayaß, Hitze, S. 39f.; Bachem, Zentrum III, S. 325-340.

⁸⁸⁰ Schützenhilfe kam dabei auch aus dem Landtag; Hauptakteur war 1880/81 Jörg: Braun, Reichsverhältnis, S. 89; Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 380 Anm. 107. Braun, bayerisches Reichsverhältnis, S. 89-91, stützt sich in seiner Darstellung wie bei der Militärgesetzgebung auf die Protokolle der Kommissionen. Langewiesche

– solange sie eine Sperrminorität im Reichstag hatten – jedes Gesetz scheitern, das anstelle von Landesanstalten eine Zentralismus sowie Unitarismus bedeutende Reichsanstalt vorsah – denn auf den Verwaltungsbehörden der Einzelstaaten fußte im Grunde die Länderstaatlichkeit.⁸⁸¹ Erwartungsgemäß unterließen sie es auch nicht, die Landesversicherungsämter (eventuell auch zusätzlich zu einem geplanten Reichsversicherungsamt) vorzuschlagen und um die Kompetenzen von Landesversicherungsämtern zu kämpfen. Ein zweiter möglicher Grund für die Ablehnung sozialpolitischer Vorhaben war über Jahre hinweg ein geplanter Reichszuschuss zu den Versicherungsleistungen. In diesem als staatssozialistisch empfundenen Vorhaben erblickten Patriotenpartei und Zentrum einen Baustein zum omnipotenten Staat. Des Weiteren barg der Reichszuschuss ihrer Meinung nach die Gefahr in sich, die Arbeiterschaft in Abhängigkeit zum Staat zu bringen. Die Parole der Zentrumsfraktion lautete folglich, der Arbeiter solle Pensionär der Industrie, nicht des Staates sein. Die Gewichtung der Sozialgesetze im Vergleich zu anderen Zielen und die Bereitschaft zu Kompromissen waren jedoch bei den Patrioten wie beim Rest der Zentrumsabgeordneten unterschiedlich.

Das 1881 vom Reichstag mit 145 zu 108 Stimmen verabschiedete Gesetz betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter, sah – nach Änderung der aus dem Bundesrat an den Reichstag gekommenen Vorlage – weder einen Reichszuschuss noch eine Reichsversicherungsanstalt vor und erhielt – nach internen Kämpfen – die Unterstützung der gesamten Zentrumsfraktion.⁸⁸² Franckenstein war die Verabschiedung eines Unfallversicherungsgesetzes für die in der industriellen Fertigung zunehmend von zu Invalidität, Teilinvalidität oder zum Tode führenden Unfällen bedrohte Arbeiterschaft ein großes Anliegen und er war von Anfang an zu größeren Zugeständnissen bereit als andere in der Fraktion. Aber das vorgelegte Gesetz war auch ihm bei weitem zu zentralistisch, unitaristisch und sozialistisch ausgerichtet. Doch Bismarck bestand in den Gesprächen, die er mit Franckenstein führte, nur auf dem Reichszuschuss, dem Element also, das man als die Staatsomnipotenz befördernd einschätzte. Einer föderalistischen Umgestaltung der Unfallversicherung gab Bismarck hingegen sein Placet.⁸⁸³ Windthorst war misstrauisch gegenüber Bismarck und eifersüchtig auf Franckenstein. Er wollte Bismarck zu Zugeständnissen im (preußischen) Kulturkampf bewegen, indem die Zentrumsfraktion kein

bezeichnet die Einführung der Sozialversicherung als Zentralisierungsschub, dessen Last die Kommunen tragen mussten: Langewiesche, *Föderativer Nationalismus*, S. 226.

⁸⁸¹ Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte* III, S. 964.

⁸⁸² Abstimmung: RV 1881, Bd. 63, S. 1782f. (15. Juni 1881).

⁸⁸³ Aretin, Franckenstein, S. 141 und 143. Aretin vermutet, dass Bismarck den Landesanstalten zustimmte, „um seine Mitarbeit zu gewinnen.“ Ebd. S. 143. Zu Folgendem siehe: Ebd. S. 144-146.

Entgegenkommen bei Gesetzen zeigte, die dem Reichskanzler am Herzen lagen.⁸⁸⁴ Des Weiteren vertrat der Abgeordnete für Meppen die Ansicht, dass die preußischen Zentrumswähler Zugeständnisse an Bismarck, zumal ohne Gegenleistung, nicht verstehen würden. Dieser Strauß an Gründen war es, der ihn bewog innerhalb der Fraktion heftig gegen einen Kompromiss zu agitieren, den Franckenstein und Hertling mit Bismarck und den Konservativen ausgehandelt hatten. Auf Windthorsts Seite standen nach Angaben Aretins Dr. Christof Moufang, Dr. Peter Joseph Lingens, Dr. Ernst Lieber, Hertling selbst und einige „adelige Herren“⁸⁸⁵. Der langjährige Freund Franckensteins, Aretin, der auch Kommissionsmitglied war, machte in der entscheidenden Fraktionssitzung erfolglos darauf aufmerksam, dass die Ablehnung des Kompromisses eine beispiellose Desavouierung Franckensteins darstellen würde. Aretin versuchte nach der Sitzung auch zwischen Windthorst und Franckenstein zu vermitteln – diese Rolle übernahm sonst häufig Konrad von Preysing, der diesmal jedoch nicht anwesend war. Franckenstein unterlag im Mindesten Windthorsts preußischer Hausmacht und fühlte sich tatsächlich gedemütigt. Im Sommer 1881 schrieb er seinem Mitstreiter und Freund Soden sorgenvoll aus Marienbad: „Das Arbeiterunfallgesetz ist vom Bundesrathe nicht angenommen worden, wie ich es voraus wusste; wie wird es im Jahre 1882 beschlossen werden?“⁸⁸⁶ Dass seine Befürchtung wahr wurde und (erst 1884) dann ein seiner Meinung nach schlechteres Gesetz verabschiedet wurde, sollte später noch Bedeutung erhalten. 1881 galt aber noch die Feststellung Nipperdeys: „Wenn die überwiegende Mehrheit für eine Entscheidung eintrat, fügte sich die Minderheit meist von selbst.“⁸⁸⁷ Festzuhalten ist, dass bei der Entscheidung der Fraktion gegen den in letzter Minute ausgehandelten Kompromiss der Kulturkampf insofern eine Rolle gespielt haben dürfte, als dass Windthorst – und vermutlich weitere Abgeordnete – neben anderen Gründen Bismarck nicht wie bei der Finanzreform ohne Vorleistung respektive Gegenleistung entgegenkommen wollte; dabei darf allerdings Windthorsts allgemeine Ablehnung gegen das System Bismarck nicht vergessen werden.

⁸⁸⁴ Zum Primat der Kirchenpolitik bei Windthorst und zu der Tatsache, dass manche Zeitgenossen sehr wohl bemerkten, dass Windthorst auf eine Verzögerungstaktik Bismarcks reagierte: Tennstedt/Winter, Quellensammlung, S. 75-78 Nr. 21: Bericht des bayerischen Gesandten Lerchenfeld an den bayerischen Minister Crailsheim vom 17. November 1881, S. 76 Anm. 8.

⁸⁸⁵ Hertlings Stellungnahme kann von den mir vorliegenden Quellen weder bestätigt noch verneint werden. Seine Haltung in späteren Zeiten und seine eigene Aussage gegenüber Soden, dass er ein Prinzipienreiter sei, sprechen aber genauso dafür wie ein bei Aretin zitierter späterer Brief Franckensteins, aus dem auch das Zitat „adelige Herren“ und die Erwähnung Liebers stammt. BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Gise, Heeremann und Hertling an Soden vom 21. März 1887; Ullstadt, FamA Franckenstein, Brief Franckenstein an seine Frau Marie vom 28. März 1889, zitiert nach: Aretin, Franckenstein, S. 269. Die Beschreibung der entscheidenden Fraktionssitzung bei: Aretin, Franckenstein, S. 145.

⁸⁸⁶ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 607, Brief Franckenstein an Soden vom 9. Juli 1881.

⁸⁸⁷ Nipperdey, Organisation, S. 289.

Was lässt sich über die Meinungen anderer politischer Entscheidungsträger und über die anderen Bayern im Zentrum feststellen?

Die Konservativen konnte der fränkische Baron in den Kommissionsverhandlungen ins Boot holen, indem er folgenden Kompromiss aushandelte: Die Industrie sollte zwar die Beitragslast alleine tragen, aber die Verwaltungskosten der Versicherung mussten die Einzelstaaten aufbringen.⁸⁸⁸ Karl Ferdinand Freiherr von Stumm, der führende Sozialpolitiker der Konservativen zu dieser Zeit, wandte sich vehement gegen den von Bismarck für nötig befundenen Reichszuschuss; dies führte dazu, dass ein paar Abweichler seiner Fraktion gegen das Gesetz stimmten und Stumm sich für ein paar Jahre zurückzog.⁸⁸⁹ Auch wenn die Belastung der Unternehmen ebenfalls ein Kritikpunkt der Nationalliberalen war, lag ihnen ein anderer Eckpfeiler des Gesetzes noch mehr am Herzen: Sie versuchten während der Verhandlungen unter Leitung Buhls und Richters wiederholt, die bereits aus der Vorlage gestrichene zentrale Verwaltung wieder in das Gesetz aufzunehmen. Darauf antwortete Windthorst im Namen der Fraktion demonstrativ: „eine Reichsversicherungsanstalt ist ein starker Schritt zu diesem Einheitsstaat. [...] Für die Reichsanstalt stimmt kein Mann von uns“⁸⁹⁰. Der patriotische Reichstagsabgeordnete, bayerische Reichsrat und spätere bayerische Innenminister Soden-Fraunhofen, der sich insgesamt für den Ausbau der Sozialgesetzgebung einsetzte, vertrat – als es um die Umsetzbarkeit der Landesanstalten ging – im Gegensatz zu dem nationalliberalen Bayern Marquardsen in der Kommission die Auffassung, „daß gerade in Bayern ein Anschluß der Landesanstalten an schon bestehende staatliche Versicherungsorganisationen leicht herzustellen wäre“⁸⁹¹. Mit Nachdruck forderte er außerdem die Unfallversicherung für die in der Landwirtschaft Tätigen.⁸⁹² Bei der Finanzierung ohne Reichszuschuss waren sich Nationalliberale und Zentrumsfraktion einig. Letztlich scheiterte das mit den Stimmen von Patrioten und Restzentrum angenommene Unfallversicherungsgesetz doch noch: am Kanzler und der Mehrheit der Bundesratsstimmen. Sachsen, Württemberg, Hessen und Sachsen-Weimar waren zwar wie der Reichstag gegen einen Reichszuschuss gewesen und plädierten für eine Beitragsteilung zwei Drittel zu ein Drittel zwischen Unternehmen und Arbeitern, aber ohne Bayern hatte sie zu wenige Stimmen. Und die bayerische Regierung bestand zwar auf Landesbeamten „zur Vermittlung des Versicherungsgeschäfts“, hatte aber weder gegen den Reichszuschuss noch gegen die

⁸⁸⁸ Aretin, Franckentein, S. 144.

⁸⁸⁹ Stalman, Partei Bismarcks, S. 398f.

⁸⁹⁰ RV 1881, Bd. 63, S. 1491.

⁸⁹¹ Braun, bayerisches Reichsverhältnis, S. 90.

⁸⁹² Er gehörte später als Reichsrat auch der Gruppe von Reichsräten an, die häufig erstaunlich fortschrittlich dachten. 1912 trat er für die Modernisierung des Heimatrechtes und 1914 für eine Arbeitslosenversicherung ein: Löffler, Reichsräte, S. 176.

Reichsversicherungsanstalt Vorbehalte.⁸⁹³ Darauf, dass die bayerische Regierung im Bundesrat keine Lanze für den Föderalismus und somit auch nicht für Erhalt, vielleicht auch Stärkung der bayerischen Verwaltung brechen konnte und wollte, beziehen sich folgende Zeilen Jörgs, der dem Gesetzentwurf skeptisch gegenüber stand: „Sie haben die Güte gehabt, mir den Commissions-Beschluß betr. des Unfall-Versicherungs-Gesetz zu übersenden, wofür herzlichen Dank. Der Beschluß ist eine ungeheure Blamage für Herrn 0815 Lutz. Aber meine Bedenken gegen das Prinzip des Gesetzes erschütterten nicht. Die Consequenzen bleiben auch so unabsehbar.“⁸⁹⁴ Dem Zitat lässt sich auch entnehmen, welche Dimension die Entscheidung für die Zeitgenossen hatte.

b) Krankenversicherung und Unfallversicherung

Im Mai 1882 wurde ein Gesetzentwurf dem Reichstag vorgelegt, der sowohl eine Unfall- als auch eine Krankenversicherung für Arbeiter einführen sollte. Franckenstein, wieder Kommissionsvorsitzender, schlug auf der 21. Sitzung der Kommission am 13. Dezember 1882 vor, das Unfallversicherungsgesetz zurückzustellen und nur das Krankenkassengesetz, mit dem man in der Kommission mit einer ersten Lesung angefangen hatte und deren Inhalte weniger strittig waren, weiter zu beraten.⁸⁹⁵ Dieses Vorgehen hatte auch Karl Heinrich von Boetticher befürwortet, der Stellvertreter des Kanzlers, Staatssekretär des Reichsamtes des Inneren, preußischer Staatsminister ohne Ressort und zeitweise freikonservativer Hinterbänkler war und für die Sozialversicherungsgesetzentwürfe letztlich verantwortlich zeichnete – ganz im Gegensatz zum Reichskanzler, der eine Unfallversicherung als wesentlich vordringlicher empfand und auch eine Trennung der Vorlagen zunächst nicht wünschte. Der Kaiserliche Geheime Oberregierungsrat und Bevollmächtigte zum Bundesrat, Theodor Lohmann, der den Gesetzentwurf erarbeitet hatte und der ein Krankenversicherungsgesetzes für äußerst notwendig erachtete, hatte absichtlich das Ineinandergreifen von Krankenversicherung und Unfallversicherung verstärkt und die

⁸⁹³ Zu den Standpunkten der Regierungen: Aretin, Franckenstein, S. 140f. Zitat: Ebd. S. 141.

⁸⁹⁴ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 506, Brief Josef Edmund Jörg an Soden vom 6. Juni 1881.

⁸⁹⁵ Andreas Hänlein/Florian Tennstedt/Heidi Winter, Die gesetzliche Krankenversicherung und die eingeschriebenen Hilfskassen (Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, Abt. II, Bd. 5), Mainz 2009, S. 103 Nr. 23; Protokoll der 21. Sitzung der VIII. Kommission des Reichstages vom 13. Dezember 1882; Tennstedt/Winter, Quellensammlung, S. 275 Anm. 2 (Hier wird irrtümlich das Jahr 1883 angegeben). In der dritten Kommissionssitzung am 3. Juni 1882 hatte die Kommission beschlossen, die Gesetzentwürfe getrennt zu beraten. In der Einleitung von Hänlein/Florian Tennstedt/Heidi Winter, Quellensammlung, siehe auch weiterführende Literatur zur Krankenversicherung.

Unausweichlichkeit eines Krankenversicherungsgesetzes damit stark forciert.⁸⁹⁶ Die im Seniorenkonvent vertretenen Parteien maßen übereinstimmend einem Krankenversicherungsgesetz eine viel größere Bedeutung zu.⁸⁹⁷ Da Bismarck es dem Zentrum bedingt durch den preußischen Wahlkampf nicht gerade einfach machte, wäre es Franckenstein zwischendurch lieb gewesen, das Unfallgesetz – nach einer erfolgreichen Verabschiedung des Krankenkassengesetzes – in der Kommission zu begraben: „So wie Bismarck die Dinge führt, gehen sie nicht.“⁸⁹⁸

In der achtundzwanzigköpfigen Kommission saßen neben Franckenstein noch die Patrioten Mayer (bis zum 11. Dezember 1882), Soden (ab dem 14. Juni 1882) und Reindl (ab dem 13. Dezember 1882). Der einzige Arbeiter der Zentrumsfraktion, Gerhard Stoeltzel, sowie Hertling, dessen Arbeitsschwerpunkt immer mehr auf seiner Professur in München liegen sollte,⁸⁹⁹ traten erst am 7. Februar 1883, sechs Tage vor Abschluss der Kommissionsberatungen, der Kommission bei.⁹⁰⁰ Diese Feststellung ist wichtig, weil die Forschung lange Zeit von Hertling als dem Experten und entscheidenden Abgeordneten der Zentrumsfraktion in Bezug auf die Sozialversicherungsgesetze ausging.

Theodor Lohmann lobte die Arbeit Franckensteins und der gesamten Kommission in einem Privatbrief vom 4. Februar 1883 über alle Maßen: „Eine so gründliche Kommissionsberatung habe ich in meiner preußischen Praxis noch nicht erlebt; und wunderbarerweise ist die Stimmung in der K[ommission] eigentlich immer besser geworden; ein Bestreben, das Gesetz nicht zustande kommen zu lassen, macht sich v[on] keiner Seite mehr geltend, u[nd] mit

⁸⁹⁶ Zu Lohmann: Hänlein/Florian Tennstedt/Heidi Winter, Quellensammlung, S. XVI. Zu Bismarck: Hänlein/Tennstedt/Winter, Quellensammlung, S. 93 Nr. 19: Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken vom 22. Juni 1882. Tennstedt/Winter, Quellensammlung, S. 275f.: Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim vom 13. Januar 1883; Ebd. S. 278f. Anm. 2. Vgl. Aretin, Franckenstein, S. 172.

⁸⁹⁷ Hänlein/Tennstedt/Winter, Quellensammlung, S. 93 Nr. 19: Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken vom 22. Juni 1882.

⁸⁹⁸ Brief Franckenstein an seine Frau Marie vom 1. Dezember 1882; zitiert nach: Aretin, Franckenstein, S. 172.

⁸⁹⁹ Zum Arbeitsschwerpunkt Hertlings siehe: Hertling, Erinnerungen II, S. 43-45; Rudolf Morsey, Franz Hitze – Sozialreformer und Sozialpolitiker. Eine Einführung in Vita und Werk, in: Karl Gabriel/Herman-Josef Große Kracht (Hg.), Franz Hitze (1851-1921). Sozialpolitik und Sozialreform. „Beginnen wir einmal praktisch...“, Paderborn u. a. 2006, 15-36, hier: S. 23; Wattler, Sozialpolitik, S. 158-160. Hertling sprach seine Anwesenheit beziehungsweise Abwesenheit von Berlin mit Franckenstein als Fraktionsvorsitzendem so weit als möglich ab. Briefe um die Jahreswende 1882/83 geben darüber Auskunft – sowie über die aktuelle Haltung, teilweise auch Franckensteins, zu der zu dem Zeitpunkt noch kombinierten Unfall- und Krankenversicherungsvorlage: Ullstadt, FamA Franckenstein, Rote Hand-Acten des Freiherrn zu Franckenstein. Betreff Reichstag 1882 und 1883. II, Brief Hertling an Franckenstein vom 31. Dezember 1882; Ullstadt, FamA Franckenstein, Rote Hand-Acten des Freiherrn zu Franckenstein. Betreff Reichstag 1882 und 1883. II, Brief Hertling an Franckenstein vom 4. Januar 1883.

⁹⁰⁰ Die ursprüngliche Kommissionsbesetzung wurde unter dem 6. Juni 1882 wie üblich zu Beginn der Reichstagssitzung veröffentlicht; die Umbesetzungen an den jeweils angegebenen Tagen: RV 1882/83, Bd. 68 und 69.

wenigen Ausnahmen gibt sich bei allen d[as] Bewusstsein kund, daß man endlich mal mit irgend etwas zustande kommen müsse und daß dies noch der beste Anfang sei.“⁹⁰¹

Ein wichtiger aber ebenso strittiger Punkt war für die Patrioten wie einen großen Teil der Zentrumsfraktion, die zahlreich von der Landbevölkerung gewählt wurden, die Frage nach der Einbeziehung und der Art der Einbeziehung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. Bei genauerer Betrachtung stellt sich dieser Punkt, der sowohl in der Kommission als auch in den Plenarsitzungen sehr kontrovers diskutiert wurde, auch als eine Frage von Föderalismus und Regelungen heraus, die auf die regionalen Besonderheiten der Wirtschaft zugeschnitten waren. Die Regierungsvorlage sah die Einbeziehung der in der Land- und Fortwirtschaft beschäftigten Arbeiter in § 2 vor; dieser war nur eine Kann-Bestimmung und zielte auf „statuarische Bestimmungen einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes“, bei Bedarf auch „durch Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde“⁹⁰². In der Kommission wurde auf Anregung des Patrioten und Gutsbesitzers Max von Soden ein § 1a hinzugefügt, der diese in den Versicherungszwang aufnahm.⁹⁰³ Nachdem der Paragraph vom Plenum mit knapper Mehrheit wieder gekippt worden war, bekannte sich Franckenstein, dem wie den anderen Zentrumsmitgliedern die Lösung des Paragraphen eigentlich nicht zugesagt hatte, im Reichstag dazu, dass er das Gesetz auch mit diesem Paragraphen, wie er aus der Kommissionsitzung hervorgegangen war, angenommen hätte, obwohl – dies geht aus seiner Rede hervor – für eine „Anzahl“ der Zentrumsmitglieder das Gesetz mit dem § 1a unannehmbar gewesen wäre; eine andere Anzahl hätte sich demnach aber vorrausichtlich entweder Franckensteins kompromissbereiter Haltung angeschlossen oder vertrat Sodens Ansicht.⁹⁰⁴ Bei dem ausgesprochen guten Verhältnis und der engen Zusammenarbeit Sodens und Franckensteins, welche Sodens Nachlass offen legen, kann davon ausgegangen werden, dass Soden sein Vorgehen zuvor mit Franckenstein besprach und Franckenstein – wenn auch nicht begeistert von einem Versicherungszwang – Sodens Formulierung desselben zustimmen

⁹⁰¹ Hänlein/Tennstedt/Winter, Quellensammlung, S. 104 Nr. 24: Brief Lohmann an Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken vom 4. Februar 1883.

⁹⁰² Gesetzentwurf: RV 1882/83, Bd. 72, S. 124f. Nr. 14.

⁹⁰³ Sodens Urheberschaft wird durch zwei Briefe Kaspar Preysings an Soden belegt; der zeitlich zwischen diesen liegende Brief Sodens an Kaspar Preysing scheint nicht erhalten: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 609, Brief Kaspar Preysing an Soden vom 27. April 1883 sowie Brief Kaspar Preysing an Soden vom 2. Mai 1883. Zum Versicherungszwang lt. Kommissionsfassung: RV 1882/83, Bd. 73, S. 818 Nr. 211: Bericht der VIII. Kommission. Hänlein/Tennstedt/Winter wird die Urheberschaft dem konservativen Abgeordneten und Rittergutsbesitzer Rudolf Wichmann (1826-1900) zugeschrieben; die Angaben beziehen sich auf zwei Anträge Wichmanns in der Kommission, von denen aber mindestens einer als von der Kommission abgelehnt bezeichnet wird: Anträge Wichmann: BArch R 101 Nr. 3070, fol. 50 und 266; siehe dazu: Hänlein/Tennstedt/Winter, Quellensammlung, S. 87 und Anm. 5, S. 89, S. 163 Anm. 4.

⁹⁰⁴ RV 1882/83, Bd. 71, S. 2542 (25. Mai 1883).

konnte.⁹⁰⁵ Die Fassung des Versicherungszwanges, die die Konservativen bevorzugten und die in der dritten Lesung im Plenum abgelehnt wurde, war Franckenstein hingegen unannehmbar. Soden selbst konnte seine Anliegen in der Kommission und im Plenum ab Ende April 1883 nicht mehr persönlich verteidigen, da er wegen der fortgeschrittenen Schwangerschaft seiner Gemahlin an deren Seite sein wollte.⁹⁰⁶ Kaspar Graf von Preysing, wie sein Bruder Konrad und wie Soden ebenfalls Gutsherr und zu diesem Zeitpunkt Reichstagsabgeordneter, sprach gegenüber Soden von den „von Dir in das Krankengesetz gebrachten ‚Thorheiten‘“⁹⁰⁷. Offensichtlich hatten sich die beiden Freunde in Berlin nicht über ihre Ansichten ausgetauscht, was entweder daran lag, dass Kaspar von Preysing der Kommission nicht angehörte und die Schar der Kommissionsmitglieder der Zentrumsfraktion meist sehr eigenständig agierte, oder darauf zurückzuführen ist, dass der Graf nicht in Berlin anwesend war, als Sodens Vorschläge Thema in der Fraktion waren. Kaspar von Preysing legte dem Freund auf dessen Nachfrage in einem zweiten Brief seine zahlreichen Bedenken offen:

„Lieber Max! [...] Warum ich mit Deinem Antrage die ländlichen Arbeiter in das Krankenkassengesetz hineinzubringen nicht einverstanden bin? Eine schriftliche Antwort ist schwer zu geben, da sie zu ausführlich werden müßte. Ich kann nur sagen, daß ich Gott danke, daß dieser § die [!] Bayern, wie Du mir in Berlin mitgetheilt, keine Wirksamkeit hat. Ich könnte mir die Errichtung einer Krankenkasse für ländliche Arbeiter in den kleinen Gemeinden u. dem immerwährenden Wechsel gar nicht denken u. dann sollen diese Krankenkassen unter der Regierung resp. Bezirksamtmann stehen u. ich muß sagen, daß wir wahrlich schon genug Bevormundung durch die Behörden haben. Ein Moment ist es auch, welcher mich in dieser Sache stutzig macht. Alle unsere Bekannten mit sehr wenigen Ausnahmen sind gegen diesen § 1a. Wendt, Ballestrem, Praschma ppp halten ihn für sehr bedenklich. Die Konservativen sind auch dagegen. Nur die Freikonservativen u. Nationalliberalen sind dafür. Übrigens glaube ich, daß die §§ nach der Fassung der Kommission in dritter Lesung angenommen werden wird [!] u. der Antrag Hertling wieder durchfällt, es sei denn, die Regierung erklärt, wie man allgemein glaubt, daß ihr das ganze

⁹⁰⁵ Unwahrscheinlicher, aber nicht ausgeschlossen ist, dass Soden der Strohmännchen für einen Versuchsballon ‚Versicherungszwang‘ war, den sich Franckenstein und Soden auf Grund ihrer eigenen Überzeugung oder auf Grund der Haltung in der Kommission gemeinsam als Kompromisslösung erdacht hatten.

⁹⁰⁶ Den Grund offenbart ein Brief von Sodens Schwiegervater: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 609, Brief Karl Aretin an Soden vom 30. April 1883.

⁹⁰⁷ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 609, Brief Kaspar Preysing an Soden vom 27. April 1883.

Gesetz unannehmbar sei, wenn die ländlichen Arbeiter nicht wieder aus dem Gesetze herauskämen.“⁹⁰⁸

Kaspar Graf Preysing hegte also sehr unterschiedliche Bedenken: Der Gutsbesitzer von Schloss Kronwinkl zweifelte auf Grund der ihm bekannten Arbeitsverhältnisse auf dem Land die Umsetzbarkeit einer Krankenversicherung an und fürchtete die Bürokratie. Des Weiteren sah er sich durch die Stellungenahmen von ihm nahe stehenden Parteifreunden und die anderer Parteien in seinem Urteil bestärkt. Dass es sich bei den Meinungsunterschieden innerhalb des Zentrums diesmal nicht um eine Kontroverse Franckenstein versus Windthorst um positive Mitarbeit versus Opposition handelte, ist mit Bismarcks Haltung in dieser Frage leicht begründbar. Zudem formulierte Karl Freiherr von Aretin dies unumwunden: „So wird der § 1a [...] abgelehnt und zwar vom Centrum nicht aus politischen sondern sachlichen Gründen.“⁹⁰⁹

Ein vom Plenum in zweiter Lesung gescheiterter, in dritter Lesung jedoch angenommener Antrag des Zentrums, den Hertling nach außen vertrat, der auch die volle Unterstützung Kaspar Graf Preysings hatte,⁹¹⁰ von dessen Genese innerhalb der Fraktion aber nichts gesichert bekannt ist, sah dann die Verortung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter wieder in § 2 vor.⁹¹¹ Es ist anzunehmen, dass der Antrag Hertling als Kompromissantrag in der Fraktion erdacht wurde, vielleicht auch schon in der Annahme, Bismarck würde – wie er es dann tat – noch öffentlich verlauten lassen, dass er § 1a der Kommissionsfassung ablehne und das Gesetz an diesem scheitern lassen würde.⁹¹²

Als Lastenverteilung sah das Gesetz eine Aufteilung von zwei Drittel zu ein Drittel zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor. Ein Reichszuschuss war nicht geplant. „Die Verwaltung der Kasse hat die Gemeinde unentgeltlich zu führen“ gelangte durch den Antrag des nicht-bayerischen Zentrumsmitgliedes Schröder (Lippstadt) in die Kommissionsfassung und durch diese letztlich auch in die Endfassung des Gesetzes. Allgemein lässt sich feststellen, dass alle vor dem Gesetz vorhandenen Krankenkassentypen im Gesetz berücksichtigt wurden; dass

⁹⁰⁸ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 609, Brief Kaspar Preysing an Soden vom 2. Mai 1883. Carl Freiherr von Wendt (1832-1903), Rittergutsbesitzer, MdR 1874-1893; Friedrich Graf von Praschma (1833-1909), Herrschaftsbesitzer, MdR 1874-1890.

⁹⁰⁹ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 609, Brief Peter Karl Aretin an Soden vom 31. Mai 1883.

⁹¹⁰ „Hoffentlich dringt der Antrag „Hertling“ in der dritten Lesung durch.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 609, Brief Kaspar Preysing an Soden vom 27. April 1883.

⁹¹¹ Abstimmung: RV 1882/83, Bd. 71, S. 2523 (25. Mai 1883); Antrag Hertling: RV 1882/83, Bd. 73, Nr. 299 II 2; Text des § 2 (sowie des verabschiedeten Gesetzes): Hänlein/Tennstedt/Winter, Quellensammlung, S. 163f. Nr. 32. Im Gesetz vom 28. Mai 1885 wurde der Versicherungszwang sowohl für die Kranken- als auch die Unfallversicherung auf weitere Arbeiterkategorien ausgedehnt; das Gesetz vom 5. Mai 1886 wiederum überantwortete die Versicherungen der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter der Landesgesetzgebung.

⁹¹² Zu Bismarcks Haltung: Hänlein/Tennstedt/Winter, Quellensammlung, S. XVII.

aber, wie Lohmann im Reichstag betonte, „das genossenschaftliche Prinzip“, das einem Teil der Patrioten wie auch einem Teil der Zentrumsmitglieder allgemein besonders am Herzen lag, innerhalb der der historischen Entwicklung entsprechenden örtlichen Begrenzung der Krankenkassen „soweit ausgestaltet [wurde], wie es irgend möglich ist.“⁹¹³

Die große Bedeutung, die Franckenstein für das Gesetzeswerk hat, ist bereits hervorgehoben worden. Unerwähnt ist noch, dass Franckenstein neben seinem Freund und Zentrumskollegen von Wendt der vierköpfigen Redaktionskommission, die die Reichstagskommission einsetzte, angehörte;⁹¹⁴ auf diese gehen zahlreiche kleinere und größere Änderungen der Kommissionsfassung zurück, die letztlich auch Eingang in das Gesetz fanden. Ebenso wie diese Tatsache ist den Anmerkungen zur Endfassung des Gesetzes in der *Quellensammlung* leicht zu entnehmen, dass eine von dem Patrioten Mayer beantragte Änderung sowie zahlreiche redaktionelle oder inhaltliche Änderungen Sodens in Gesetzesform gegossen wurden.⁹¹⁵ Dies belegt ihre erfolgreiche positive Mitarbeit am Reich.

Am 31. Mai 1883 wurde das Krankenversicherungsgesetz, losgelöst vom Unfallversicherungsgesetz, vom Reichstag mit 216 Stimmen angenommen. Die 99 Gegenstimmen stammten von der Fortschrittspartei, dem größeren Teil der Sezessionisten aus der Nationalliberalen Partei und von der Sozialdemokratie.⁹¹⁶

Trotz seiner zwischenzeitlichen Verärgerung über Bismarck wollte sich Franckenstein nun mit der Kommission an die Beratung des Unfallversicherungsentwurfes machen. Grund hierfür war seine Vermutung, dass sich andernfalls eine ernste Verstimmung der Regierung ergeben könnte.⁹¹⁷ Zum Abschluss eines Unfallversicherungsgesetzes 1884 formuliert der Historiker Aretin: „Ein erheblicher, wenn auch ein indirekter Einfluß scheint vom Vatikan ausgegangen zu sein, der dem Zentrum auch in politischen Fragen eine Zusammenarbeit mit der Regierung dringend empfahl“⁹¹⁸. Auch gibt Aretin einen Briefauszug Franckensteins vom 20. Mai 1884 an seine Frau wieder, der einen Zusammenhang herstellt: „Mein Hauptbestreben neben dem Unfallgesetz geht schon seit Tagen dahin, zu erlangen, daß das Ausweisungsgesetz, wenn dessen Aufhebung vom Reichstag wieder beschlossen wird und

⁹¹³ RV 1882/83, Bd. 70, S. 1993 (20. April 1883).

⁹¹⁴ Hänlein/Tennstedt/Winter, *Quellensammlung*, S. 104 Anm. 2.

⁹¹⁵ Siehe die Anmerkungen auf folgenden Seiten: Hänlein/Tennstedt/Winter, *Quellensammlung*, S. 162-200.

⁹¹⁶ Eine Denkschrift Lohmanns für den Chef der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg vom 5. Juni 1883 fasst die Haltungen der Parteien – mit Hauptaugenmerk auf die liberalen Parteien – zusammen: Hänlein/Tennstedt/Winter, *Quellensammlung*, S. 155f. Nr. 29. Zur Deutschen Reichspartei, deren Hauptkritikpunkt die Weiterexistenz der freien Hilfskassen war, siehe: Stalman, Partei Bismarcks, S. 401f.

⁹¹⁷ Aretin, Franckenstein, S. 175.

⁹¹⁸ Aretin, Franckenstein, S. 181.

vom Bundesrat angenommen würde, fällt. Bisher sind die Aussichten nicht schlecht. Das wäre ein guter Beweis, daß die Methode im [preußischen] Abgeordnetenhaus unrichtig und die am Reichstag richtig ist.“⁹¹⁹ Es ist eindeutig, dass Franckenstein taktisch vorging und insbesondere im Anschluss an die Verabschiedung des Unfallversicherungsgesetzes versuchte, Bismarck mit der Vorleistung unter Druck zu setzen. Aber das taktische Verhalten darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Franckenstein zutiefst von der Richtigkeit und Notwendigkeit der Sozialversicherungsgesetze überzeugt war und Politik nach seinen Überzeugungen betreiben wollte. Auch ohne den Kulturkampf hätte er sich für diese Gesetze eingesetzt. Er versuchte also, zwei Probleme auf einmal zu lösen. Und das zweite Problem war – aus seiner eigenen Entscheidung heraus – der Kulturkampf. Der These des vatikanischen Einflusses auf Franckensteins Engagement für das Unfallversicherungsgesetz und für Franckensteins Auswahl der seiner Meinung nach richtigen Taktik gegen die Fortsetzung des Kulturkampfes tritt eine andere These entgegen: Der Fraktionsvorsitzende taktierte in Bezug auf Bismarcks Befindlichkeit; und dieses Taktieren gab in Verbindung mit der Ansicht, dass bei dem Gesetzentwurf 1883 doch noch nicht Alles verloren sei – welcher Ansicht alle Kommissionsmitglieder außer Hertling waren – den Ausschlag für Franckensteins weiteres Engagement.

Nach der Verabschiedung des Krankenkassengesetzes 1883 beantragte Hertling die Rückgabe des verbliebenen Kommissionsauftrages an den Reichstag. In einer insgesamt „gewitterschwülen Stimmung“⁹²⁰ war Hertling über die hierin bestehende Meinungsverschiedenheit mit Franckenstein so erbost, dass er aus der Kommission ausschied. Aber Hertling behielt Recht, denn es gab enorme Schwierigkeiten mit der von der Mehrheit der Kommission letztlich als unannehmbar empfundenen Vorlage des Bundesrates. Franckenstein führte im Reichstag zur Verteidigung der Beschlüsse der Kommission aus: „Es erschien unmöglich, in der Kommission das Gesetz komplett umzubauen, und ich glaube, diese Ansicht theilen auch die Vertreter der verbündeten Regierungen, welche den kommissionellen Berathungen angewohnt haben.“⁹²¹ Die Kommission hatte sich dafür entschieden, einen zwölf Punkte umfassenden Bericht auszuarbeiten, der vom Reichstag als Resolution – und Grundlage für einen neuen Entwurf – an die Regierung ergehen sollte.⁹²²

⁹¹⁹ Zitiert nach: Aretin, Franckenstein, S. 181.

⁹²⁰ Aretin, Franckenstein, S. 175.

⁹²¹ RV 1882/83, Bd. 71, S. 3006 (12. Juni 1883).

⁹²² Siehe hierzu auch die Berichte der Kommission: Tennstedt/Winter, Quellensammlung, S. 310-439 Nr. 92 und 94. Zur Verabschiedung der Resolution kam es nicht mehr, da der Reichstag geschlossen wurde.

1884 wurde dem Reichstag nunmehr der dritte Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes vorgelegt und unter den Bedingungen, auf die man sich 1881 in der Fraktion geeinigt hatte, durchgesetzt. Für Landesversicherungsämter zusätzlich zu dem diesmal geplanten Reichsversicherungsamt setzte sich Franckenstein bei Gesprächen mit dem Kanzler und mit Boetticher ein; im Gegensatz zur bayerischen Regierung, die Franckenstein von diesem Vorhaben abbringen wollte, waren die anderen größeren Länder sofort einverstanden.⁹²³ Offiziell in der Kommission vertraten der patriotische Abgeordnete Freiherr von Gagern und Hertling dieses föderalistische Ziel.⁹²⁴ Hertling hätte dieses Ziel laut Aretin aber auch aufgegeben.⁹²⁵ Soden setzte sich für föderalistische Regelungen ein und arbeitete bis ins Detail am Gesetz mit, auch wenn der Reichstag gerade nicht tagte oder er aus anderen Gründen nicht in Berlin weilte.⁹²⁶ Dass die Verhandlungen nicht immer einfach waren und dass die Bayern – wie alle Seiten⁹²⁷ – zahlreiche Kompromisse eingehen mussten, zeigen viele Privatbriefe. Ein Brief Franckensteins vom 22. Mai 1884 berichtet von entscheidenden Schritten voran und von der von Franckenstein erdachten vorübergehenden Exklusion der Liberalen bei den Verhandlungen. Er gibt auf relativ kurzem Raum einen hervorragenden Einblick über das eben referierte:

„Lieber Freund!

Anliegend sende ich Dir die Anträge die zwischen uns, den Conservativen, der Reichspartei und Bötticher vereinbart worden sind. Samstag stellte ich die Grundgedanken für die Verständigung mit Bötticher fest, Montag und Dienstag Abends immer von 8 – 12 1/2 wurden sie bei Bötticher von den drei genannten Fractionen berathen, die Beschlüsse von den drei Herrn, welche die Anträge unterschrieben haben, mit dem Commissaer redigirt, und nun geht es, wie ich hoffe rasch voran. Mehr war nicht zu erreichen, und ich glaube, wir können zufrieden sein, wenn es so bleibt.

Deine Anträge erhalte ich eben, die wären mir allerdings lieber sind aber unerreichbar. Du kannst Dir gar nicht denken wie schwer die facultativen LandesversicherungsÄmter

⁹²³ Aretin, Franckenstein, S. 178 und 180. Hier und auf den umliegenden Seiten eine detailreichere Schilderung der Verhandlungen. Landesversicherungsämter kamen nur für die größere Einzelstaaten in Frage. Preußen war der Umsetzung der Möglichkeit, die das Gesetz geschaffen hatte, nicht abgeneigt: „Interessiren wird es Dich zu hören, daß man in Preußen auch an die Errichtung eines LandesVersicherungsAmtes für die Unfallversicherung des im land und forstwirthschaftlichen Betriebe beschäftigten Personen denkt.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Franckenstein an Soden vom 21. Dezember 1886.

⁹²⁴ Braun, Reichsverhältnis, S. 90.

⁹²⁵ Aretin, Franckenstein, S. 178.

⁹²⁶ Besonders gut belegt dies ein Brief Franckensteins an Soden, der Sodens vorhergehenden Brief sozusagen spiegelt: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 610, Brief Franckenstein an Soden vom 4. Juni 1884.

⁹²⁷ Beispielsweise: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 610, Brief Franckenstein an Soden vom 28. Mai 1884.

angenommen wurden. Nun geht es hoffentlich voran, die Herrn Liberalen, ließen gestern ihrem Unmuth freien Lauf, und die Nat. Liberalen wußten nicht was sie thun sollen. Doch über all dieß einmal mündlich, am meisten hatte ich Angst auf Hertling, namentl. wegen § 39 und als er meine Vereinbarung mit Bottcher [!] gut hieß, war mir ein Stein vom Herzen.“⁹²⁸

Den Beitrag zur Versicherung trugen diesmal allein die Unternehmer in einem Umlageverfahren: In das Unfallversicherungsgesetz von 1884 ging wie in das Krankenversicherungsgesetz von 1886 die Vorstellung von „berufsgenossenschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaften“⁹²⁹ ein, die Patrioten und Zentrum verfochten. Nachdem alle Paragraphen durch die zweite Lesung im Reichstag glücklich gebracht wurden, sorgte sich Franckenstein auf Grund der Abwesenheitsquote der Bayern wie der Nicht-Bayern in der Zentrumsfraktion um die Annahme des Unfallversicherungsgesetzes: „Kommen unsere Leute nicht und bleiben sie nicht, ist Alles vergeblich und in diesem Falle würde ein unannehmbares Gesetz angenommen werden.“⁹³⁰ Aber das Gesetz wurde mit komfortabler Mehrheit angenommen und Konrad Graf Preysing schrieb seinem fränkischen Freund: „Erfreulich ist es, daß des Centrums-Fahne gerade in diesen Tagen wieder Erfolge aufzuweisen hat, und daß die Art u. Weise wie die Förderung der bewussten Comissions-Arbeiten mit Deinem Eingreifen, mit Deinem Namen sich verknüpfen, mir besonders erfreulich erscheint, brauche ich nicht zu sagen.“⁹³¹

Rückblickend auf die Legislaturperiode meinte der Patriot Freiherr von Pfetten anlässlich seines Rechenschaftsberichtes vor den Wählern im Wahlkampf Ende 1884 trotz der erzielten Erfolge: „Ich war weit entfernt, über die dornenvolle Stellung des Centrums zu klagen, sondern habe im Gegentheile die dominierende Stellung desselben hervorgehoben.“⁹³² Nach der Wahl schrieb er Soden, der sich nicht mehr aufstellen hatte lassen: „Der günstige Ausfall der Wahlen hat auch mich sehr erfreut. Nüsse gibt es in Berlin genug zu knacken. Ich sehe schon Franckenstein als Präsidenten.“⁹³³.

⁹²⁸ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, Nr. 610, Brief Franckenstein an Soden vom 22. Mai 1884. Davon, dass die Exklusion Franckensteins Idee und Werk war, berichtet Aretin, Franckenstein, S. 180.

⁹²⁹ Hartmannsgruber, christliche Volksparteien, S. 259.

⁹³⁰ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 610, Brief Franckenstein an Soden vom 28. Mai 1884. Dass das Abwesenheitsproblem von Anfang an bestand und zunächst nur ein Bayer fehlte, den Franckenstein erwähnenswert fand, belegt: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 610, Brief Franckenstein an Soden vom 18. Mai 1884. Zur Frage von Anwesenheit und Abwesenheit im Zentrum, die 1883 mal wieder in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, siehe auch: Ullstadt, FamA Franckenstein, Rote Hand-Acten des Freiherrn zu Franckenstein. Betreff Reichstag 1882 und 1883. II, Brief Lieber an Franckenstein vom 14. Mai 1883.

⁹³¹ NL Franckstein, Politische Korrespondenz 1884-1886, Brief Konrad Preysing an Georg Arbogast Franckenstein vom 5. Juni 1884.

⁹³² BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 610, Brief Pfetten an Soden vom 7. November 1884.

⁹³³ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 610, Brief Pfetten an Soden vom 7. November 1884. Zu Sodens Rückzug aus dem Reichstag (der allgemein bedauert wurde) zu diesem Zeitpunkt schrieb sein

c) Das Gesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung und Trennlinien in der Fraktion

Zahlreiche Nüsse hatten die Bayern sowie die gesamte Zentrumsfraktion auch während des Kartellreichstages mehrere Jahre später zu knacken. Die Entwicklung der Zentrumsfraktion, der sich die Bayern in der ersten Legislaturperiode zum Teil nur angeschlossen hatten, weil es keine bessere Alternative gab, zeigt sich in dieser Phase noch einmal besonders spannend. Im Anschluss an eine Schilderung der aktuellen Lage und Machtverteilung in Berlin aus seiner Sicht teilte Franckenstein Soden im Herbst 1888 aus Berlin mit: „Wir [= Die Zentrumsfraktion] haben eine sehr heikliche Stellung, können vorerst gar nichts erreichen, und müssen uns hüten unnötig Lärm zu machen. Der Kleine [= Windthorst] kam mit groben Ideen hier an, wird aber nun wohl gesehen haben, daß seine Ideen sehr unpraktisch gedacht waren.“⁹³⁴ Doch auch wenn Windthorst vielleicht tatsächlich, wie Franckenstein dachte, seine „grobten Ideen“, oder zumindest einen Teil von diesen, für die Wintersession 1888/89 ad acta gelegt haben sollte, so verwies die Andeutung der unterschiedlichen Auffassung davon, wie die Zentrumsfraktion Politik machen sollte, am Anfang der Session bereits auf den aufbrechenden internen Konflikt der Fraktion ab Frühjahr 1889. Am 6. April 1889 berichtete der bayerischen Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim: „Bei keinem Anlaß ist bisher der zwischen den beiden Führern der Partei, Frankenstein [!] und Windthorst, seit Jahren bestehende Antagonismus so sehr nach außen hervorgetreten wie diesmal.“⁹³⁵ Dieser Satz referiert mit dem „seit Jahren bestehenden Antagonismus“ eine Tatsache, die den Zeitgenossen sehr wohl bewusst war, die aber der Forschung lange Zeit entging.

Ein paar Tage vor Franckensteins Brief an Soden war dem Reichstag ein weiteres Arbeiterversicherungsgesetz vorgelegt worden, das Gesetz betreffend die Alters- und Invalidenversicherung,⁹³⁶ das den von Lerchenfeld erwähnten „Anlaß“ darstellte.

bayerischer Fraktionskollege Freiherr von Gise geprägt durch die Wahlkampfsituation: „Wenn ja, so bedauere ich es, daß Du gerade jetzt ausgesprungen indem die Gegenagitation eine enorme ist und es sehr fatal ist, wenn neue Leute eintreten müssen, für welche Stimmung zu machen immerhin schwer wird.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 610, Brief Gise an Soden vom 14. Oktober 1884. Laut Aretin, Franckenstein, hätte Franckenstein mehrmals die Chance gehabt, Reichspräsident zu werden; auch Bismarck war dieser Gedanke nicht unsympatisch. Franckenstein jedoch wollte dies nicht.

⁹³⁴ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 614, Brief Franckenstein an Soden vom 30. November 1888.

⁹³⁵ BayHStA, MA Nr. 77461, Bericht des bayerischen Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim vom 6. April 1889; zitiert nach: Haerendel, Quellensammlung, S. 636.

⁹³⁶ Erste Anregungen zu einem solchen gab es bereits 1878. Einen kurzen Überblick über die Aktivitäten im Reichstag ab diesem Zeitpunkt bietet das Generalregister der Protokolle der Reichstagsverhandlungen unter Versicherungswesen Punkt L. Das Zustandekommen des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes 1889 kann insgesamt als gut erforscht gelten. Grundlegend für die folgende Darstellung sind außer der Egodokumente

Franckenstein war nach allgemeinem Wunsch – wenn auch nicht nach seinem eigenen⁹³⁷ – zum Vorsitzenden der für die Beratung eingesetzten Reichstagskommission gewählt worden und war zu einem guten Teil dafür verantwortlich, dass in dieser eine derartige Begeisterung herrschte, so dass die immense Arbeitlast in ungewöhnlich kurzer Zeit erledigt wurde.⁹³⁸ Gemäß seinem Vorschlag hielt die Kommission täglich eine Sitzung ab.⁹³⁹ Zum schnellen Abschluss des Gesetzes trugen maßgeblich „eine kleine Verständigungskommission von Bundesratsvertretern und Kommissionsmitgliedern, unter Ausschluß des linksliberalen Freisinns“⁹⁴⁰ sowie weitere kleine inoffizielle Runden bei. Franckenstein war ein „Meister dieser Verhandlungen hinter den Kulissen“⁹⁴¹. Er gehörte als einziger Zentrumsbayer (neben den Nicht-Bayern Franz Hitze und Felix Porsch) dem kleinen Zirkel der freien Verständigungskommission an, über deren Sitzungen es keine Protokolle gibt; die Verständigungskommission erarbeitete gemeinsam Anträge für die zweite Lesung des Gesetzes in der Reichstagskommission, die allesamt unter dem Namen „Antrag Dr. Buhl, Hahn, Fürst Hatzfeldt-Trachenberg und Dr. Porsch“ in der Kommission gestellt wurden, so dass die einzelnen Vorschläge für gewöhnlich auf keine Einzelpersonen zurückgeführt werden können.⁹⁴² Wie die Zusammenstellung in der *Quellensammlung* zeigt, gehen zahlreiche Änderungen des Reichstages an dem Gesetzentwurf, die dann tatsächlich in die Endfassung des Gesetzes aufgenommen wurden, auf diese gemeinsam vereinbarten Anträge zurück.⁹⁴³ Mitglieder der achtundzwanzigköpfigen offiziellen Reichstagskommission waren stets acht Zentrumsmitglieder. Von den Bayern waren dies neben Franckenstein: Georg Biehl (bis

der Politiker-Nachlässe sowie der Reichstagsakten: Haerendel, *Quellensammlung*; Aretin, Franckenstein, S. 263-280; Haerendel, *Anfänge*; Wattler, *Sozialpolitik*, S. 216-300 (Diesem fehlen allerdings zahlreiche grundlegende Quellen, so dass er in Teilen seiner Darstellung und seines Urteils als überholt gelten muss.).

⁹³⁷ „Nun soll ich, wie es scheint, den Vorsitz in der Kommission übernehmen, die das sehr schwierige Alters- und Invalidengesetz zu beraten hat./Was wollen die Leute? Mich wochenlang zu plagen, um nichts fertigzubringen, dazu habe ich gar keine Lust. Die Konservativen wollen das Gesetz machen, die Nat.Liberalen wollen es nicht machen, sondern ohne alles Resultat beraten.“ Brief Franckenstein an seine Frau Marie vom 20. November 1888: Haerendel, *Quellensammlung*, S. 453 Nr. 88. Vgl. Aretin, Franckenstein, S. 264.

⁹³⁸ Ähnliches Urteil: Aretin, Franckenstein (Aufsatz), S. 101. Abweichend und sicherlich ergänzend zu sehen: Haerendel, *Anfänge*, S. 90. Zur Veränderung der Stimmung in der Kommission aus Franckensteins Sicht: „Bald nach den Weihnachtsferien habe ich mit den Commissionssitzungen über das Alters und Invaliden Versorgungsgesetz begonnen, und in der 43ten Sitzung konnte ich den Bericht vorlesen lassen. Die Sitzungen dauerten sehr oft sieben Stunden, nie weniger als fünf Stunden und die 43te begann um 10 Uhr und dauerte bis 6 1/2 Uhr. Anfänglich hatte ich in der Commission nicht fünf Mitglieder, die das Gesetz fertig bringen wollten, und am Schluß der 2ten Lesung waren nur mehr die Freisinnigen und drei Demokraten der Centrumsfraktion gegen das Gesetz.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 614, Brief Franckenstein an Soden vom 21. April 1889.

⁹³⁹ Aretin, Franckenstein, S. 265.

⁹⁴⁰ Haerendel, *Quellensammlung*, S. XXXIX. Es findet sich auch die Bezeichnung „freie Kommission“.

⁹⁴¹ Aretin, Franckenstein, S. 268.

⁹⁴² Haerendel, *Quellensammlung*, S. 459 Anm. 5. Nur aus verschiedenen Quellen, unter anderem auch Privatbriefen, sind einzelne Vorschläge oder Diskussionen nachvollziehbar.

⁹⁴³ In den Anmerkungen wird der ausführliche Titel des Antrages (mit allen Namen) bei der ersten Erwähnung des jeweiligen Antrages aufgeführt, bei den darauffolgenden Erwähnungen findet der Kurztitel „Antrag Dr. Buhl u. a.“ mit der jeweiligen Nummer des Antrages Verwendung: Haerendel, *Quellensammlung*, S. 694-743 Anm.

zum 19. Januar 1889), Engelbert Buxbaum (für Biehl nachgerückt) und Friedrich Balduin Freiherr von Gagern (nicht vom 16. Februar 1889 bis zum 7. März 1889 und nicht bei den zusätzlichen Kommissionsverhandlungen am 6. und 8. April 1889);⁹⁴⁴ gemäß ihrer Anzahl in der Fraktion waren die Bayern damit gut vertreten. „Franckenstein sah seine Aufgabe [in der Kommission] darin, durch eine straffe Führung ein Auseinanderbrechen der Kommission in verschiedene Diskussionsrunden zu verhindern.“⁹⁴⁵ Besondere Schwierigkeiten bereitete ihm der bayerische Nationalliberale Armand Buhl, der immer wieder in die Leitung der Kommission eingreifen wollte.⁹⁴⁶ Einen Überblick darüber, bei wie vielen offiziellen Anträgen zu Detailfragen des Gesetzes der Präsident der Kommission sowie die anderen Zentrumsbayern als Antragssteller geführt wurden, ist anhand der veröffentlichten Quellen nicht erstellbar. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Anträge, bei denen die Zentrumsmitglieder, die auf Franckensteins Seite innerhalb der Fraktion standen, namensgebend waren, mit Franckenstein fast immer abgestimmt beziehungsweise erarbeitet waren;⁹⁴⁷ des Weiteren dass bei einigen Anträgen, bei denen nur der erstgenannte Abgeordnete des Antrages in der *Quellensammlung* Erwähnung findet, Franckenstein und andere Zentrumsmitglieder ebenfalls Antragssteller waren. Anträge des mit Franckenstein befreundeten Nicht-Bayern Freiherr von Wendt in der Kommission fanden Eingang in das Gesetz. Für Gagern hingegen kann festgestellt werden, dass mehr seine Anträge im Plenum in Gesetzesform gegossen wurden. Franckenstein hatte den oberfränkischen Baron früher schon in Kommissionen geholt, ihm Besprechungen zu föderalistischem Zwecke mit den bayerischen Regierungsvertretern anvertraut⁹⁴⁸ und er gehörte – wie auch seine Abstimmung und seine Anträge zeigen – zu Franckensteins Vertrauten bei den Beratungen dieses Gesetzes. Betrachtet man die Namensgebung der Anträge sowohl in der Kommission als auch im Plenum fällt auf, dass es sich – ob um wenige oder um viele Namen – häufig um mehrere Parteien einbeziehende Anträge handelte, was auf die zahlreichen Verhandlungen hinter den Kulissen sowie auf den parteiübergreifenden Versuch nach einem Kompromiss verweist. Ayaß Urteil, bei dem er sich auf Haerendels der *Quellensammlung* vorausgehenden Forschungsbericht bezieht, nach dem „auch die Minderheit der [Zentrums-]Fraktion, die

⁹⁴⁴ Haerendel, *Quellensammlung*, S. 456f.

⁹⁴⁵ Franckenstein, Aretin, S. 265.

⁹⁴⁶ Aretin, Franckenstein, S. 265, stützt sich auf die Briefe Franckensteins an seine Frau Marie vom 19. Januar 1889 und vom 10. Februar 1889 (Archiv Ullstadt).

⁹⁴⁷ Inwieweit die anderen Zentrumsmitglieder sich mit Franckenstein besprachen oder sogar seine Unterstützung für ihre Anträge hatten, muss dahingestellt bleiben. Besonders interessant wäre nicht nur eine ausführlichere Darstellung der Rolle Franz Hitzes, sondern auch eine Untersuchung der Rolle von Felix Porsch, der mitarbeitete und an und für sich für das Gesetz war, sich wegen seiner engen Verbindung zu Windthorst bei der Schlussabstimmung jedoch für Enthaltung entschied. Eine gute Skizze von Hitzes Überzeugungen und Aktivität bei der Beratung der Alters- und Invaliditätsversicherung bietet: Ayaß, Hitze, S. 52-55.

⁹⁴⁸ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Gagern an Soden vom 2. Mai 1887.

schließlich dem Gesetz zustimmte [...] kaum Spuren“⁹⁴⁹ hinterließ, kann nicht beziehungsweise nur insofern gefolgt werden, als dass die Zentrumsfraktion beziehungsweise die zustimmende Minderheit weniger sichtbare oder eindeutig auf sie zurückweisende Spuren in dem Gesetz beziehungsweise den Akten hinterließ. Dies mag auch an der ablehnenden Haltung gegenüber dem Gesetz von Kommissionsmitgliedern wie dem durchaus tätigen Hitze liegen, wobei nicht geklärt ist, welche Kommissionsmitglieder von Anfang an beziehungsweise ab welchem Zeitpunkt gegen das Gesetz eingestellt waren. Darüber hinaus, und dies ist bedeutender, liegt es an den nicht protokollierten und den nicht in Protokolle einfließenden Verhandlungen, für die die Quellenlage schwierig ist. Franckensteins Rolle als Kommissionspräsident bleibt bei der Forschungsthese zum Gesetzestext außen vor, oder anders ausgedrückt: Seine Bedeutung für die Kommissionsarbeit kann den Kommissionsprotokollen nur indirekt und annähernd entnommen werden.

Eine weitere These Ayaß, die mit der ersten in Zusammenhang steht, muss in weitere Forschungsergebnisse eingebettet und damit präzisiert werden: „Keines der grundlegenden Prinzipien des Gesetzes ging auf das Zentrum zurück“⁹⁵⁰. Diese Feststellung hängt eng mit den Veränderungen am Gesetz durch den gesamten Reichstags, also alle Fraktionen, zusammen. Haerendel konstatiert: „Am Entwurf von Reichsleitung und Bundesrat hatten die Parlamentarier fast nichts unverändert gelassen. In der Spanne von einem halben Jahr hatten die Abgeordneten erstaunlich viel bewegt [...] Überwiegend waren es zwar nicht Änderungen an den großen Linien der Versicherung, sondern an ihren Detailbestimmungen, immerhin konnten diese aber für die spätere Durchführungspraxis und historische Entwicklung der Rentenversicherung von wesentlicher Bedeutung sein“⁹⁵¹. Eingebettet in die Tatsache, dass die grundlegenden Prinzipien des Bundesratsentwurfes durch keine der Fraktionen des Reichstages angetastet wurden, der Reichstag das Gesetz in Detailfragen aber eingehend überarbeitete, erhält die Aussage über die Zentrumsfraktion, für die diese Feststellung ebenfalls zutrifft, eine modifizierte Bedeutung.

Sehen wir uns zwei Prinzipien des Gesetzes zudem näher an: Anstelle der ursprünglich von ihr vorgesehenen und von verschiedenen Seiten kritisierten Einheitsrente, brachte die Reichsleitung in die laufenden Bundesratsverhandlungen einen Entwurf mit Differenzprinzip

⁹⁴⁹ Ayaß, Hitze, S. 53. Es ist darauf hinzuweisen, dass Haerendel, Anfänge, die Rolle Franckensteins übersah. Haerendel, Quellensammlung, trägt ihr insofern Rechnung, als dass sie einige Briefe Franckensteins an seine Frau aufnahm. Ob sie Aretins Urteil über das Gewicht Franckensteins für die Verhandlungen folgen kann, muss offen bleiben; ihre Darstellung der Rolle des Zentrums (S. XLII-XLIV), die mit Franz Hitze beginnt, was grundsätzlich folgerichtig ist, da er ein Vertreter der Mehrheitsmeinung im Zentrum war, sowie ihre knappe Erwähnung der Aufnahme von „privaten Zeugnissen“ Franckensteins (S. XLVIII), spricht nicht dafür.

⁹⁵⁰ Ayaß, Hitze, S. 53.

⁹⁵¹ Haerendel, Anfänge, S. 89f.

ein.⁹⁵² Für die Beibehaltung desselben setzten sich im Reichstag dann das Zentrum und die Nationalliberalen ein, wohingegen sich die Konservativen erfolglos für die ursprüngliche Variante stark machten.⁹⁵³ Allerdings wurden „[d]ie Kriterien [...], nach denen dieses Differenzprinzip funktionieren sollte, [...] vom Reichstag umgeworfen und neu bestimmt“⁹⁵⁴. Der Blick auf die Anmerkungen der *Quellensammlung*, die die Urheber der Veränderungen am Gesetzentwurf ausweisen und die nur sehr ausschnittsweise Zwischenstadien aufzeigen, aber zuverlässig die in Gesetzesform gegossenen Veränderungen verzeichnen, zeigt, dass der Urheber in gut der Hälfte der Fälle die Verständigungskommission, der Franckenstein angehörte, war – und somit ohne andere Quellen wie Privatbriefe oder Berichte keine Aussage über die Urheberschaft getroffen werden kann; die kleinere Hälfte der erfolgreichen Änderungen setzte sich – wie so häufig bei diesem Gesetz – aus Anträgen mehrerer Fraktionen zusammen, zu einem verschwindenden Teil aus Anträgen einzelner Abgeordneter und einzelner Parteien.⁹⁵⁵ Wenn man nach dem Kriterium Reichstagsplenum oder Reichstagskommission – als offizielle Beschlussinstanzen – der gesetz gewordenen Änderungen fragt, gehen die meisten von ihnen auf die Kommission zurück. Qualitativ ist festzustellen, dass die Durchsetzung der endgültigen Steigerung der Invalidenrente nach Beitragswochen zurückgeht auf einen in der Kommission durch überparteiliche Anträge modifizierten, ebenfalls überparteilichen Plenarantrag.⁹⁵⁶ Des Weiteren ist die Durchsetzung der Berechnung der Altersrente nach Beitragswochen (im Gegensatz zu festen Rentenbeträgen für die einzelnen Lohnklassen) zurückzuführen auf einen, insgesamt sehr umfangreichen, überparteilichen Plenarantrag.⁹⁵⁷ Die (alphabetische) Aufzählung der Antragssteller für diese maßgeblichen Änderungen des Differenzprinzipes belegen, dass die Bayern Franckenstein und Gagern sowie die nicht-bayerischen Zentrumsabgeordneten

⁹⁵² Haerendel, *Quellensammlung*, S. XXXVIII.

⁹⁵³ Haerendel, *Quellensammlung*, S. XLV.

⁹⁵⁴ Haerendel, *Quellensammlung*, S. XXXVIII.

⁹⁵⁵ Siehe die Anmerkungen: Haerendel, *Quellensammlung*, S. 702-705 und S. 725.

⁹⁵⁶ Die Anträge zur Modifizierung des Antrages im Plenum: RV 1888/89, Bd. 110, S. 1229-1231 Nr. 196. Konkret lauten diese Anträge auf die Namen: Graf Adelmann (Zentrum), Struckmann (Nationalliberale Partei), Hahn (Konservative Partei) Der ursprüngliche Antrag: Ebd. S. 1219 Nr. 192. Vgl. den Hinweis bei: Haerendel, *Quellensammlung*, S. 705 Anm. 41. Der Plenarantrag wurde gestellt von: Graf Adelmann, Freiherr von und zu Franckenstein, Dr. Hartmann (Konservative Partei), von Kardorff (Deutsche Reichspartei), von Kleist-Retzow (Konservative Partei), Nobbe (Deutsche Reichspartei), von Seydewitz (Konservative Partei), Siegle (Nationalliberale Partei), Struckmann und Veiel (Nationalliberale Partei).

⁹⁵⁷ Der Titel des Antrags zählt die Antragssteller auf: Dr. Buhl, Freiherr von und zu Franckenstein, Freiherr von und zu Gagern, Hahn, von Helldorff (Konservative Partei), Henning (Deutsche Reichspartei), Freiherr von Manteuffel (Konservative Partei), Struckmann, Freiherr von Stumm (Deutsche Reichspartei), Freiherr von Wendt, Wichmann (Konservative Partei). Antrag: RV 1888/89, Bd. 110, S. 1448-1451 Nr. 241 (Zu diesem Zeitpunkt trug der betreffende Paragraph die Nummer 18 a.). Vgl. Haerendel, *Quellensammlung*, S. 705 Anm. 44, bei der die richtige Nummer, aber für die Abstimmung eine falsche Seitenzahl ausgewiesen ist; Abstimmung: RV 1888/89, Bd. 107, S. 1939.

Adelmann und Wendt für sie durchaus verantwortlich zeichnen; so wie die Aufzählung noch einmal den überparteilichen Charakter des Gesetzeswerkes unterstreicht.

Das föderale Prinzip, das ebenfalls von grundlegender Bedeutung ist, da es die einzelstaatliche, also nicht die berufsgenossenschaftliche oder reichszentrale, Verwaltung für diese zukunftsweisende Verbindung zu einem großen Teil der Bevölkerung festlegte, wurde durch eine Allianz der Mittelstaaten unter Bayerns Führung im Bundesrat entgegen dem ursprünglichen Gesetzentwurf und gegen Preußens Wunsch und Stimmen durchgesetzt.⁹⁵⁸ Im Reichstag hatte es Bestand, da sich neben den Zentrumsabgeordneten genügend weitere Befürworter des Prinzipes fanden. Interessant ist eine bei Aretin zitierte Vermutung Franckensteins, die einen Austausch zwischen dem Baron und den bayerischen Regierungsvertretern über die föderalistische Umgestaltung, noch bevor diese im Bundesrat erfolgte, belegt: „Das so viel besprochene Gesetz wurde, vielleicht auf meine Anregung hin, von der bayerischen Regierung im Bundesrat mit dem föderalistischen Prinzip in Einklang gebracht.“⁹⁵⁹ Man darf diese Vermutung nicht überbewerten, da Franckenstein anscheinend erst im Februar 1888 von dem Gesetzesvorhaben einer Alters- und Invaliditätsrente unterrichtet wurde,⁹⁶⁰ erste Sondierungen und Äußerungen für eine wie auch immer geartete territoriale Lösung durch die Regierungen von Bayern und Baden schon im Herbst 1887 erfolgten.⁹⁶¹ Ferner darf man sie nicht überbewerten, da ein befruchtendes Gespräch, die Überzeugung der bayerischen Bundesratsvertreter von der großen Bedeutung des föderalen Prinzipes für die Einzelstaaten bei diesem Gesetz – oder sogar die Vereinbarung eines gemeinsamen Vorgehens zwischen dem Zentrum und den bayerischen Bundesratsvertretern allein nicht die Voraussetzung für eine Allianz der Mittelstaaten und ihren Erfolg bei den Bundesratsberatungen sein konnte. Andererseits darf man den stattgefundenen Austausch

⁹⁵⁸ Zum Engagements Bayerns und der anderen Mittelstaaten siehe: Haerendel, Quellensammlung, S. XXXVI. In die Verhandlungen des Reichstages griff beispielsweise der Bundesratsbeauftragte Badens, Freiherr von Marschall, und konstatierte, dass bislang kein Beweis erbracht wurde, dass eine Reichsanstalt eine zweckmäßige Organisation für das Gesetz schaffen könne. Er fällt das vernichtende Urteil: „Das, was die Herren uns hier vorschlagen, *ist ein Prinzip*, aber *keine Organisation*.“ RV 1888/89, Bd. 107, S. 1411. Die der Reichsverfassung entsprechende föderale Struktur brachte in der Praxis allerdings auch Probleme mit sich: Die Finanzlast der Versicherungsanstalten war sehr unterschiedlich, da landwirtschaftlich strukturierte Kreise vor allem durch die höhere Lebenserwartung der dortigen Arbeiter stärker belastet waren als andere; zudem kam es zu einer „relativ uneinheitlichen Praxis der Rentengewährung“. Bei der Novellierung des Gesetzes 1899 kam es daher zu einem finanziellen Teilausgleich zwischen den Kassen: Haerendel, Anfänge, S. 130 (Zitat) und 131.

⁹⁵⁹ Ullstadt, FamA Franckenstein, Brief Franckenstein an seine Frau Marie vom 25. März 1889; zitiert nach: Haerendel, Quellensammlung, S. 622 Nr. 118 beziehungsweise Aretin, Franckenstein, S. 269. Der Brief entstammt einer Phase, in der Franckenstein Angst hatte, die ganze Mühe sei umsonst gewesen und das Gesetz würde vom Reichstag abgelehnt werden.

⁹⁶⁰ Aretin, Franckenstein, S. 263.

⁹⁶¹ Schreiben des badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher vom 27. September 1887; S. 235-237 Nr. 50: Schreiben des bayerischen Ministers des Königlichen Hauses und Außenministers Krafft Freiherr von Crailsheim an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher vom 25. Oktober 1887: Haerendel, Quellensammlung, S. 209-213 Nr. 45.

auch nicht unterschätzen oder übersehen, zumal es sich um den Kraftakt einer Durchsetzung gegen Preußen im Bundesrat handelte.

Das Augenmerk Ayaß bei seinem Aufsatz über Franz Hitze kann nicht auf der Erforschung des Anteils der bayerischen Zentrumsmitglieder an den Gesetzeswerken liegen; seine These, „[k]eines der grundlegenden Prinzipien des Gesetzes ging auf das Zentrum zurück“⁹⁶², ist mit den vorliegenden Ergebnissen positiver Mitarbeit an zwei grundlegenden Prinzipien des Alters- und Invaliditätsgesetz von 1889 durch bayerische sowie durch nicht-bayerische Zentrumsmitglieder nicht zurückzuweisen, aber die Ergebnisse weichen die These auf und belegen den ihrer Zahl entsprechenden Anteil an den Veränderungen, die der Reichstag vornahm.

Trotz der Beteiligung an der Kommissionsarbeit sowie den inoffiziellen Verhandlungen durch mehrere Zentrumsvertreter und trotz der federführenden Mitarbeit Franckensteins an den Beratungen, stieß der Kommissionsentwurf in der Fraktion auf ein mehr als geteiltes Echo: Das Gesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung wurde in der Schlussabstimmung am 24. Mai 1889 zwar knapp mit 185:165 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen,⁹⁶³ aber die Majorität der Zentrumsfraktion stimmte gegen das dritte große Sozialversicherungspaket. Den Ausschlag für den erfolgreichen Beschluss des Gesetzes gaben dreizehn positive Stimmen aus dem Zentrumslager. Wer stimmte wie?

Mit Ja stimmten bis auf einen alle bayerischen Adligen des Zentrums (sieben an der Zahl)⁹⁶⁴ und der Augsburger Fabrikant Buxbaum als einziger nicht-adeliger Bayer – vier nicht-bayerische Adlige und Peter Reichensperger.⁹⁶⁵ Mit Nein stimmten alle bayerischen Nichtadligen (bis auf Buxbaum) darunter auch die Führungspersönlichkeit Orterer sowie ein bayerischer Adelige (Maximilian Freiherr Tänzl von Trazberg⁹⁶⁶) – elf nicht-bayerische Adelige des Zentrums und alle nicht-bayerischen Bürgerlichen des Zentrums (bis auf Peter Reichensperger) allen voran Ludwig Windthorst. Der Abstimmung fern geblieben war als

⁹⁶² Ayaß, Hitze, S. 53.

⁹⁶³ RV 1888/89, Bd. 107, S. 2001-2003.

⁹⁶⁴ Es handelte sich um: Franckenstein, Gagern, Pfetten, Kaspar Preysing, Konrad Preysing, Schönborn-Wiesentheid und Walderdorff. Hertling ist in diese Gruppe nicht einbezogen, da er bis Februar 1890 keinen bayerischen, sondern den Wahlkreis 3 Koblenz innehatte. Er war eng mit dem bayerischen Zentrum verbunden und wollte sich auch in den 1880er Jahren für ein Mandat zur bayerischen Abgeordnetenkammer aufstellen lassen; dies misslang dem „Professor“ allerdings, wie Franckenstein bereits vorausgesehen hatte. Hertlings Stellung ist folglich als Sonderstellung innerhalb der bayerischen Kreise zu bezeichnen. Sein Votum beim Alters- und Invaliditätsgesetz lautete auf Nein.

⁹⁶⁵ Die territoriale Verteilung bei den Nicht-Bayern liegt bei drei Westfalen und je einem Abgeordneten aus Schlesien und aus Württemberg. Vgl. Wattler, Sozialpolitik, S. 275.

⁹⁶⁶ Maximilian Freiherr Tänzl von Trazberg (1838-1921), Gutsbesitzer in Dietldorf (Oberpfalz), MdR 20. Februar 1888 (für Frhr. v. Gise) bis 1890.

einzigster Bayer Reindl, der seit 1887 Vorstandsmitglied der Reichstagsfraktion war – er fehlte ohne Entschuldigung, was Raum für Spekulationen offen lässt.⁹⁶⁷ Unter den Enthaltungen bei der Abstimmung befand sich auch ein Zentrumsabgeordneter: Der Breslauer Felix Porsch, der in der Kommission und in der freien Verständigungskommission gesessen hatte, eigentlich ein Befürworter des Gesetzes war – aber gleichzeitig „Windthorsts Protegé“⁹⁶⁸. Für die übrigen Mitglieder der Kommission sieht die Bilanz wie folgt aus: Fünf Mitglieder der Kommission stimmten für das Gesetz, darunter die Bayern Franckenstein, Gagern und Buxbaum; sieben Mitglieder der Kommission lehnten das Gesetz ab, darunter nur ein Bayer: Biehl, der nur kurze Zeit Kommissionsmitglied war.

Wie kam es zu dem geteilten Votum des Zentrums?

Sehen wir uns die Trennlinien im Zentrum genauer an, zunächst die zwischen den beiden von Lerchenfeld bezeichneten „Führer[n] der Partei“: Franckensteins Biograph Aretin geht davon aus, dass es sich bei den im Plenum des Reichstages vorgetragenen sachlichen Gegenpositionen Windthorsts (und Hertlings) um „Scheingründe“ handelte.⁹⁶⁹ Er motiviert dies damit, dass „drei unverdächtige Zeugen, Reichensperger, Ballestrem und der bayerische Gesandte Graf Lerchenfeld, seine [= Windthorsts] Quertreibereien und seine Agitation nicht nur gegen das Rentengesetz, sondern auch gegen Franckenstein persönlich bestätigten.“⁹⁷⁰ Darüber hinaus führt Aretin ein inhaltliches Argument an: „Die von Hertling und Windthorst gegen das Gesetz vorgetragenen Bedenken, die im Plenum teilweise im Gelächter untergingen, hatten sich längst als haltlos erwiesen.“ Aretin schlussfolgert: „Der alternde Windthorst konnte es nicht ertragen, daß Franckensteins Zusammenarbeit mit Bismarck zu einem wichtigen Gesetz geführt hatte.“ Ist Aretin in jeder Einzelheit seiner Analyse zu folgen? Es ist sicherlich der Fall, dass Windthorst vor lauter Eifersucht und Herrschsucht nicht anders handeln wollte, dem Gesetz nicht zustimmen wollte und gegen Franckenstein und das Gesetz in der Fraktion intrigierte. Sein Verhalten Freunden gegenüber hatte sich verändert; Windthorsts Biographin Anderson urteilt anlässlich einer Ordensverleihung an

⁹⁶⁷ Ebenfalls ohne Entschuldigung fehlte Graf von Ballestrem, der kurz zuvor in der Fraktion noch vermittelte, dann aber wegen eines Streiks der Arbeiter nach Schlesien aufbrach. Moufang war erkrankt und Graf von Chamaré war beurlaubt. Zu Magnus Anton Reindl siehe die kurze Übersicht bei Haunfelder, Reichstagsabgeordnete, S. 241f. Dort auch weiterführende Literatur.

⁹⁶⁸ Zitat: Anderson, Windthorst, S. 388. Anderson, Windthorst, S. 384, beruft sich bei dem Urteil über Porsch's eigentlicher Haltung zu dem Gesetz auf: Historisches Archiv der Stadt Köln, NL Bachem 1006 Nr. 63, Brief Windthorst an Cölestin Krebs vom 26. Mai 1889 (Abschrift); veröffentlicht ist diese Abschrift in: Windthorst, Briefe II, S. 729 Nr. 686. Auch seine Enthaltung spricht für diese Auslegung. Zudem ein Brief Franckensteins gut einen Monat vor der Endabstimmung, nach dem nur mehr „drei Demokraten der Centrumsfraktion [in der Kommission] gegen das Gesetz“ waren – das Zentrum gleichzeitig immer nur acht Kommissionsmitglieder stellte und in der Endabstimmung fünf von diesen mit Ja votierten. BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 614, Brief Franckenstein an Soden vom 21. April 1889.

⁹⁶⁹ Aretin, Franckenstein, S. 280.

⁹⁷⁰ Aretin, Franckenstein, S. 279f.

Freiherrn von Huene: „Windthorsts Sorge um die Loyalität Huenes, die er an ungeeigneten Stellen [...] zum Ausdruck brachte, machte keinem der beiden Männer Ehre.“⁹⁷¹ Im Anschluss zitiert sie einen Brief Hermann Moslers: „Leider Gottes nimmt überhaupt die Empfindlichkeit des Kleinen immer mehr zu, und zu gleich nimmt die Rücksicht auf Andere ab.“⁹⁷² Zu Windthorsts Eifersucht kam hinzu, dass – und dies ist in die gesamte politische Situation einzuordnen – er der Meinung war, man dürfe Bismarck nicht zum Erfolg verhelfen.⁹⁷³ Windthorst hatte es immer wieder zugelassen, dass die ihm selbst widersprechende Art und Überzeugung Franckensteins, Politik zu machen, von der Fraktion unterstützt wurde; der erste sichtbare Erfolg von Franckensteins Politik war die Franckensteinsche Klausel 1879. 1889 war Windthorst nicht bereit, Franckensteins Schritte Bismarck entgegen mitzutragen. Das hauptsächliche Sachargument Windthorsts gegen das Gesetz, der als in den Staatssozialismus führend empfundene Reichszuschuss, gehörte zu den Punkten, die die Zentrumsfraktion immer abgelehnt hatte, so dass es sich bei diesem durchaus auch um ein objektives Kriterium für die Ablehnung handelte – auch Jörg hatte wie 1881 starke Vorbehalte gegen das Sozialversicherungsgesetz und er war frei von jeder Rücksichtnahme auf die eine oder andere Person.⁹⁷⁴ Allerdings: Auch wenn das Alter die Perle von Meppen sturer und weniger wandelbar gemacht hatte, so war es doch nicht ausgeschlossen, dass er sich unter bestimmten Umständen inhaltlich bewegte. Doch wenn seine Wandelbarkeit für einen Reichszuschuss eventuell unter keinen Umständen galt, so bleibt immer noch die Tatsache, dass auch er Franckenstein gebeten hatte, den Kommissionsvorsitz zu übernehmen, und die Art, wie er in der Situation mit abweichender sachlicher Meinung umging:⁹⁷⁵ Sein langes Schweigen und Stillhalten gegenüber Franckenstein, der anfangs nicht begeistert davon war, in die Kommission gewählt worden zu sein, der aber dann – wie bisher jedes Mal – alle Mühe und Kraft in das Zustandekommen eines guten und nach seinen politischen Überzeugungen annehmbaren Gesetzes investierte;

⁹⁷¹ Anderson, Windthorst, S. 388.

⁹⁷² Bistumsarchiv Trier, Abt. 105 Ordner 1586 S. 29v, Brief Hermann Mosler an Peter Alexander Reuss vom 7. April 1889; zitiert nach: Anderson, Windthorst, S. 389.

⁹⁷³ Offen äußerte dies Windthorst in der Fraktionssitzung vom 28. März 1889. Aretin gibt als Quelle einen unveröffentlichten Brief Franckensteins an seine Frau an, dessen Datum er nicht nennt: Aretin, Franckenstein (Aufsatz), 101 Anm. 38. Es dürfte sich um den Brief Franckensteins an seine Frau Marie vom 28. März 1889, geschrieben nach der Fraktionssitzung, handeln, der auch als Beleg für die Aussagen auf der Fraktionssitzung bei Aretin, Franckenstein, S. 269, dient.

⁹⁷⁴ Im Maiheft der HPB befasste sich Jörg eingehend mit dem Gesetz. Ausschnitte von und Kommentare zu seiner Abhandlung liefen anschließend durch die Gazetten Deutschlands.

⁹⁷⁵ „Ich machte niemandem ein Hehl daraus, wie ich zur Gesetzesvorlage stehe. Windthorst und Balleström baten mich, in die Kommission einzutreten und den Vorsitz zu übernehmen. Daß ich nicht das Gesetz zum Fallen bringen wolle, wußten beide und wusste die Fraktion. Nun im entscheidenden Augenblick präzis gegen mich Stellung zu nehmen und mir in der Fraktion zu sagen, ich stimme gegen die Prinzipien des Zentrums, ist nicht vertretbar.“ Haerendel, Quellensammlung, S. 630 Nr. 122: Brief Franckenstein an seine Frau Marie vom 30. März 1889.

sowie Windthorsts Wühlen und Intrigieren gegen Franckenstein hinter dessen Rücken.⁹⁷⁶ Anderson berichtet, dass Windthorst „[n]ach der Verabschiedung des Alters- und Invaliditätsgesetzes [...] alles [tat], was in seiner Macht stand, um sein enges Verhältnis zu Franckenstein wiederherzustellen.“⁹⁷⁷ Vielleicht trifft dies zu, aber Windthorst war auch zu großen Teilen verantwortlich für die Situation.

Sehen wir auf die andere Seite: „Ich war nie ein Freund dieser ganzen Gesetzgebung“ bekannte Franckenstein gut einen Monat vor der Endabstimmung seinem Freund Soden, „muß das Gesetz aber gemacht werden, und das ist nicht zu bezweifeln, mache ich es lieber in meinem Sinne als so wie es die Nationalen wollen mit der Reichsanstalt und allem was daran hängt.“⁹⁷⁸ Dies darf als die entscheidende Motivation Franckensteins für das Gesetz gesehen werden. Er fand, dass das Gesetz „in der Commission viel besser geworden“ sei und war froh, dass „es gelungen [war] die föderative Organisation in der Commission annehmen zu lassen“, was ihm im Voraus mindestens zweifelhaft erschien. Den in seiner Fraktion so umstrittenen Reichszuschuss erwähnte der Fraktionsvorsitzende in seinem Brief an Soden nicht; in einer Reichstagsrede⁹⁷⁹ und in Briefen an seine Frau betonte er jedoch, dass ihm das Gesetz ohne den Reichszuschuss auch lieber wäre, dass die Finanzierung aber ohne diesen Zuschuss nicht möglich wäre, und bezeichnete es in den Briefen an seine Frau zudem als „so unpolitisch als nur immer möglich“⁹⁸⁰, das Gesetz wegen des Reichszuschusses abzulehnen. Zu Franckensteins Motivation, das nicht verhinderbar erscheinende Gesetz lieber nach den eigenen politischen Überzeugungen zu gestalten, kam hinzu, dass er sich Jahre zuvor in derselben Lage befand und sich damals anders entschied: „Wir hatten dasselbe Schandspiel

⁹⁷⁶ Windthorsts Verhalten geht aus der Schilderung bei Aretin, Franckenstein, hervor. Die wenigen erhaltenen Briefe Windthorsts zum Sozialversicherungsgesetz 1889 zeigen zudem, wie er seine Anhänger beziehungsweise die sachlich auf seiner Seite Stehenden versuchte, um sich zu scharen, um gemeinsam zu handeln; in Windthorsts Brief an Hertling vom 28. April 1889 heißt es: „Bringen Sie Alle mit, deren Sie dort habhaft werden können.“ Windthorst, Briefe II, S. 728 Nr. 684. Veröffentlichte Briefe an Hertling und an Lieber siehe: Ebd. S. 713 Nr. 667, S. 717f. Nr. 673, S. 718 Nr. 674. Bei Windthorsts Schilderungen der Lage gegenüber verschiedenen Adressaten ist Vorsicht angebracht, da Windthorst dabei an seinem eigenen Image feilte und sicherlich auch – mal mehr, mal weniger – abwog, wem er welches Bild der Zentrumsfraktion anvertrauen beziehungsweise zeichnen sollte.

⁹⁷⁷ Anderson, Windthorst, S. 392.

⁹⁷⁸ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 614, Brief Franckenstein an Soden vom 21. April 1889. Hier auch das folgende Zitat. Bachem, Zentrum V, 68f., vermutete Föderalismus als Grund für Franckensteins Zustimmung – und in seiner Nachfolge: Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 91; Hartmannsgruber. Patriotenpartei, S. 380; und Anderson, Windthorst, S. 390.

⁹⁷⁹ RV 1888/89, Bd. 106, S. 1108 (29. März 1889).

⁹⁸⁰ Dem Zitat geht voraus: „Recht unangenehm ist mir, daß Hertling in München [= nicht in Berlin weilend] einen langen und sehr scharfen Artikel in der Kölner Volkszeitung gegen die bisherigen Beschlüsse der Kommission, der ich vorsitze, erscheinen ließ. Diese Doktrinäre sind ganz unberechenbare Menschen. Der Reichszuschuß ist auch mir nicht angenehm, aber ein Surrogat für denselben hat auch Hertling nicht gefunden“. Ullstadt, FamA Franckenstein, Brief Franckenstein an seine Frau Marie vom 8. Februar 1889; zitiert nach Haerendel, Quellensammlung, S. 583 Anm. 2, beziehungsweise Aretin, Franckenstein, S. 266. Ähnlich: Ullstadt, FamA Franckenstein, Brief Franckenstein an seine Frau Marie vom 15. Februar 1889; siehe: Aretin, Franckenstein, S. 267.

wie im Jahre 1881, wo die Doktrinäre [der Zentrumsfraktion] gegen die Wünsche Bismarks beim ersten Unfallversicherungsgesetze sich erklärten und damit die Nichtannahme des Gesetzes erreichten. Damals konnte ich meine Überzeugung opfern, das heißt die von Bismark begehrten Abänderungsanträge nicht stellen, dießmal konnte ich nicht anders stimmen als ich in der Commission gestimmt habe.“⁹⁸¹ Dieser eher formal klingende Grund verweist darauf, dass der bayerische Edelmann in der Situation 1881 in letzter Sekunde hinter den Kulissen einen Kompromiss erzielt hatte, diesmal aber vor aller Augen im Reichstag beispielsweise einen Antrag für den Reichszuschuss unterschrieben hatte⁹⁸² und die Auseinandersetzungen innerhalb seiner Fraktion mehr als offenkundig waren; außerdem verabschiedete der Reichstag 1881 mit den Stimmen des Zentrums das Gesetz und der Bundesrat lehnte es in der Reichstagsform dann ab – 1889 wäre das Gesetz offenkundig an der Haltung der Zentrumsfraktion bei der Reichstagsabstimmung gescheitert. Eine Wendung des Kommissionsvorsitzenden gegen den Kompromiss hätte 1889 folglich ein anderes Bild in der Öffentlichkeit produziert und wäre zudem für eingeweihte Kreise sowie innerhalb der Fraktion sein zweites Zurückstecken gewesen.⁹⁸³ Dieser Punkt existierte für Franckenstein, seiner Frau gegenüber gab er jedoch wiederholt einen anderen Grund im Zusammenhang mit seiner Jahre zurückliegenden Entscheidung an: „Nach einem Jahr kam ein weit schlechteres Gesetz. Das tue ich in diesem Jahr nicht mehr und das weiß die Fraktion. Was werden sie tun?“⁹⁸⁴ Die einschneidende Erfahrung weist wieder zurück auf Franckensteins offensichtliche Hauptmotivation, ein in seinem Sinne gestaltetes Gesetz zu schaffen. Wenn Wattler konstatiert, „[v]on der innerfraktionellen Opposition war in besonderer Weise Franckenstein auf die Auseinandersetzung vorbereitet“⁹⁸⁵, so ist dies insofern irreführend, als dass Franckenstein das Gesetz zwar hervorragend kannte und dies auch in der

⁹⁸¹ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 614, Brief Franckenstein an Soden vom 21. April 1889. Hertling, dem neben Windthorst eine wichtige Rolle in der Auseinandersetzung zukam, sprach von sich selbst nicht als Doktrinär, aber als Prinzipienreiter: „Habe mich heute früh in der Unfall-Kommission dahin geäußert, daß der betr. Gesetzgebung ein Prinzip nicht mehr zu Grunde liege, bin in Folge dessen als Prinzipienreiter sehr verstimmt und nur das so eben wachgerufene Gedächtniß an Dich und die Deinen wirkt einigermaßen aufheiternd / Hertling“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Gise, Heeremann und Hertling an Soden vom 21. März 1887.

⁹⁸² Es handelt sich um den Antrag Adelmann, Franckenstein, Hartmann, Kardorff, u. a. vom 6. April 1889: RV 1888/89, Bd. 110, S. 1219 Nr. 192.

⁹⁸³ Eine Niederlage innerhalb der Fraktion, die auch für die Öffentlichkeit sichtbar war, stellte auch die Stellung der Majorität der Fraktion zu dem Gesetz dar. Sein Ansehen eines Führers der Zentrumsfraktion litt durch die öffentliche Auseinandersetzung. Das Ansehen seiner Person jedoch stieg zumindest bei den anderen Fraktionen, den Bundesratsbevollmächtigten und den Regierungsvertretern, die ihn zuvorkommend behandelten. Letzteres siehe: Aretin, Franckenstein, S. 277, 280 sowie: Haerendel, Quellensammlung, S. 629 Nr. 122; Brief Franckenstein an seine Frau Marie vom 30. März 1889, S. 636 Nr. 126; Bericht des Gesandten Lerchenfeld an den bayerischen Außenminister Crailsheim vom 6. April 1889.

⁹⁸⁴ Ullstadt, FamA Franckenstein, Brief Franckenstein an seine Frau Marie vom 25. März 1889; zitiert nach: Haerendel, Quellensammlung, S. 622 Nr. 118 beziehungsweise Aretin, Franckenstein, S. 269.

⁹⁸⁵ Wattler, Sozialpolitik, S. 254.

Auseinandersetzung in der Fraktion ins Gefecht führen konnte, auf die Auseinandersetzung selbst war er allerdings lange Zeit alles andere als vorbereitet: „und ich war überzeugt, trotz der Artikel der Kölner Volkszeitung, die Hertling zu schreiben beliebte, wir würden nur mit den Freisinnigen zu kämpfen haben, und das Gesetz werde sonst keinen Widerstand finden. Auch Äußerungen die Windthorst Holstein gegenüber gemacht hat, berechtigten mich zur Annahme, es werde alles ruhig verlaufen.“⁹⁸⁶

Aber die Auseinandersetzungen anlässlich der Invaliditäts- und Altersversicherung brachte die Zentrumsfraktion in eine ernsthafte Krise. Franckenstein schrieb Soden am 21. April 1889: „Zu vermitteln war nichts, wohl aber konnte man eine ruhige Behandlung der Frage empfehlen. Das fiel niemand ein und so entstand etwas, was noch nicht da war, aber bedauerlich ist.“⁹⁸⁷ Windthorst sprach kurz nach der Verabschiedung des Gesetzes in Briefen an verschiedene Adressaten davon, dass „[d]ie Zentrumsfraktion [...] in der ganzen langen Zeit ihres Bestehens keine so bedenkliche Crisis durchgemacht“⁹⁸⁸ hat. Franckenstein dachte an eine Mandatsniederlegung.⁹⁸⁹ Es wurde befürchtet, dass die Fraktion auseinanderbrechen würde entlang einer Trennlinie Franckenstein versus Windthorst. Der Oberbayer Baron von Pfetten, der mit einer Unterbrechung seit 1877 im Reichstag saß, sprach von der „unerquicklichste[n] Session, die ich mitgemacht!“⁹⁹⁰ – Konrad von Preysing „von der aufregenden Session, die er seit bald 20 Jahren gehabt“⁹⁹¹ hätte und noch Ende Juni berichtete der niederbayerische Graf von einem Kopf-Schwindel, der „wahrlich nicht zu meiner Thätigkeit [passt]“⁹⁹². Die Krise der Fraktion und die Schwere der

⁹⁸⁶ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 614, Brief Franckenstein an Soden vom 21. April 1889. Zu dem Ergebnis, dass Franckenstein sich über „die Schwierigkeiten, die sich in der Fraktion gegen ihn vorbereiteten, [...] nicht im klaren“ war, kommt auch Aretin mit den täglichen Briefen Franckensteins an seine Frau als Quelle: Aretin, Franckenstein, S. 267 (Zitat), S. 268. Hertlings anonym veröffentlichte Artikel, die im Gang der Auseinandersetzung eine wichtige Rolle einnehmen und die die Zentrumsfraktion zur geschlossenen Ablehnung des Gesetzes aufriefen, sind bei Haerendel, Quellensammlung, S. 583-588 Nr. 106, S. 596-599 Nr. 110, abgedruckt: Kölnische Volkszeitung und Handelsblatt Nr. 36 vom 6. Februar 1889, Erstes Blatt (Morgenausgabe): „Eine ernste Entscheidung“; Kölnische Volkszeitung und Handelsblatt Nr. 36 vom 14. Februar 1889, Erstes Blatt (Morgenausgabe): „Nochmals der Reichszuschuß“.

⁹⁸⁷ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 614, Brief Franckenstein an Soden vom 21. April 1889.

⁹⁸⁸ Diese Formulierung stammt aus einem Brief Windthorsts an Konrad Preysings Frau vom 26. Mai 1889, von dem sich eine Abschrift befindet in: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 614. Weitere Belege siehe: Windthorst, Briefe II.

⁹⁸⁹ Aretin, Franckenstein, S. 269; Haerendel, Quellensammlung, S. 630 Anm. 7.

⁹⁹⁰ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 614, Brief Pfetten an Soden vom 30. Mai 1889.

⁹⁹¹ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 615, Brief Max von Ow an Soden vom 26. Mai 1889.

⁹⁹² BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 615, Brief Konrad Preysing an Soden vom 26. Juni 1889. Auch Franckenstein war körperlich mitgenommen: „Marienbad [...] Mir thut die hiesige Kur, Gottlob, auch gut, ich kam hier ziemlich elend an, die Arbeit des Winters war zu anstrengend.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 615, Brief Franckenstein an Soden vom 20. Juni 1889. „Ullstadt [...] Es ist nemlich leider wahr, daß ich noch immer die zu große Anstrengung des Winters fühle und überzeugt bin, daß ich Ruhe brauche, um wieder ganz so zu werden, wie ich gewesen bin.“ Brief Franckenstein an Soden vom 8. Juli 1889.

Auseinandersetzungen hinterließen bei den Abgeordneten teilweise nicht nur Ressentiments und ernste Verstimmungen, sondern auch körperliche Spuren.

Wer stand nun auf welcher Seite innerhalb der Fraktion und warum? Mit dieser Frage hat sich die Forschung bereits mehrfach beschäftigt, dabei aber nicht explizit nach den Bayern gefragt. Die Analyse der Abstimmung gibt bei der Beantwortung der Frage wichtige Hinweise, zur vollständigen Klärung müssen aber weitere Quellen und Erwägungen hinzukommen. Einem preußischen Gesandtschaftsbericht ist zu entnehmen, dass Franckenstein und Gagern gemeinsam mehrere Besprechungen mit dem bayerischen Minister von Feilitzsch in München hatten und unter anderem die Bitte äußerten, dass die bayerische Regierung in der bayerischen Presse für das Gesetz wirke.⁹⁹³ Franckenstein berichtete, dass er, „Gagern, Wendt und Pfetten“ in einer vierstündigen, wilden Fraktionssitzung am Vorabend der zweiten Lesung vergeblich „bemüht [waren,] die Commissionsanträge zu vertreten, namentlich zu zeigen, daß es uns gelungen sei den föderativen Gedanken zur Geltung zu bringen“⁹⁹⁴ Ein Brief Pfettens zeigt, dass dieser zwar mindestens im Nachhinein oder gegen Ende der Verhandlungen dachte, ein sinnvolles Gesetz verabschiedet zu haben, dass er aber nicht zu jedem Zeitpunkt von dem Alters- und Invalidengesetz überzeugt war und es für ihn auch eine andere, eine persönliche Motivation gab:

*„Wenn ich mir nicht von Anfang an darüber klar gewesen wäre, daß sobald sich die Sache nach der Parole ‚Hie Franckenstein‘ zuspitzt, die mir vorgezeichnete Stellungnahme auf dieser Seite sei, hätte mir die definitive Stellungnahme schwere Scrupeln gemacht. Ich kann aber nicht verhelen, daß auf Seiten unserer Gegner in der Fraktion Erscheinungen zu Tage getreten sind, welche mich erschreckt haben. Auch die Wuth des Fortschrittes deutet darauf hin, daß wir das Richtige getroffen haben.“*⁹⁹⁵

Der Brief Pfettens stellt den ersten Beleg dafür dar, dass der entscheidende Grund der Zustimmung zu dem Gesetzeswerk für einen Abgeordneten in seiner Loyalität gegenüber Franckenstein lag. Für wie viele der Zustimmenden dies zutrifft, der Hauptgrund oder ein Nebengrund war, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden; es ist aber davon auszugehen, dass

⁹⁹³ Haerendel, Quellensammlung, S. 654 Nr. 136: Bericht des preußischen Gesandten in München Kuno Graf von Rantzau an den Reichskanzler Bismarck vom 30. April 1889.

⁹⁹⁴ Von der gegnerischen Front erwähnte er die Nicht-Bayern Ernst Lieber und Viktor Rintelen deshalb explizit, weil diese ins Feld führten, „wer für den Reichszuschuß stimme, handle gegen das Programm und die Prinzipien der Centrumpartei.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 614, Brief Franckenstein an Soden vom 21. April 1889. Zu Fraktionssitzungen siehe auch: Aretin, Franckenstein, 268-277; Haerendel, Quellensammlung, S. 662f.

⁹⁹⁵ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 614, Brief Pfetten an Soden vom 30. Mai 1889.

für die meisten der dreizehn Abgeordneten die Unterstützung des Fraktionsvorsitzenden ein wichtiger Beweggrund war. Vorstellbar als ein begleitendes Motiv für die Zustimmung zum Gesetz ist auch eine Ablehnung der Methoden der Seite Windthorsts, die Pfetten „erschreckt haben“ und über die Franckenstein selbst meinte: „Ich kannte die Eitelkeit und Herrschsucht Windthorsts, wußte auch, daß er in seiner Leidenschaft Dinge tut, die nicht hübsch sind, ich hätte aber nie geglaubt, daß er gegen mich vorgehen werde, wie er es getan hat.“⁹⁹⁶ Es folgte ein Viertel der bayerischen Zentrumsabgeordneten Franckenstein; betrachtet man das bayerische Abstimmungsergebnis nach sozialer Herkunft, so stellt man fest, dass es – bis auf die Ausnahmen Baron Tänzl von Trazbergs und Buxbaums – die bayerischen adeligen Gutsbesitzer waren, die mit Franckenstein votierten. Dies legt durchaus die Vermutung nahe, dass es bei den Bayern anlässlich des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes eine Trennlinie zwischen Adeligen und Bürgerlichen gab und diese sich zu einem guten Teil aus der Loyalität des Adels zu Franckenstein speiste – oder anders ausgedrückt: Dass Pfetten mit seiner Prioritätensetzung für den bayerischen Adel keine Ausnahme darstellte. Diese These wird dadurch unterstrichen, dass zwar auch vier nicht-bayerische Adelige auf Frackensteins Seite standen, dass diese Vier aber einer Zahl von elf nicht-bayerischen Adeligen gegenüberstanden, die das Gesetz ablehnten.⁹⁹⁷ Eine so klare Trennlinie adelig – bürgerlich existierte folglich im nicht-bayerischen Teil der Zentrumsfraktion für diese Abstimmung nicht, was daran liegen dürfte, dass Franckenstein Bayer war.⁹⁹⁸ Unterstützt wird die Bayern-These durch einen zweiten Brief Pfettens, der zudem daran erinnert, dass Franckenstein aber auch nicht der einzige Grund für die Zahl der Zustimmenden war:

„Galen’s Ansicht über das I. u. A. V. Ges. kenne ich. Mehr Eindruck als dessen Ansicht hat mir eine Äusserung von Hoensbroech⁹⁹⁹ gemacht, der mir zum Abschied sagte. / ,Das Gesetz ist ein bayerisches und nur durch Eure Stellungnahme zu Stande gekommen. Ob Ihr Bayern damit genützt habt, daß Ihr dieses Gesetz, welches wir nicht gewollt haben zu Stande gebracht habt, wird die Zukunft zeigen.’ / Hoensbroech war derjenige, welchem es

⁹⁹⁶ Ullstadt, FamA Franckenstein, Brief Franckenstein an seine Frau Marie vom 15. Mai 1889; zitiert nach: Aretin, Franckenstein, S. 276.

⁹⁹⁷ Zwei nicht-bayerische Adelige blieben der Abstimmung fern.

⁹⁹⁸ Haerendel, Quellensammlung, S. 666 Anm. 10, kommt zu einer ähnlichen Interpretation, indem sie von der „Absonderung der süddeutschen Aristokratie“ spricht, „die sich dem Freiherrn v. Franckenstein anschlossen“. Aretin dividiert nicht die bayerischen von den nicht-bayerischen Adeligen, sondern betrachtet die gesamte Zahl der Zentrumsaristokratie; aber auch er kommt zu dem Ergebnis, dass der „hohe Anteil Adliger, die dafür stimmten, [...] wahrscheinlich dem Ansehen Franckensteins zuzuschreiben“ sei: Aretin, Franckenstein, S. 279.

⁹⁹⁹ Wilhelm Graf von und zu Hoensbroech (1849-1922) MdR 1883-1893, WK 7 Düsseldorf, Zentrum.

zuzuschreiben ist, daß die Erklärung in der römischen Frage von Franckenstein statt von Windthorst abgegeben wurde.“¹⁰⁰⁰

Der Düsseldorfer Abgeordnete Wilhelm Graf von und zu Hoensbroech, der gegen das Sozialversicherungsgesetz votiert hatte, war offensichtlich kein Anhänger Windthorsts. Er sah eine Trennlinie zwischen Bayern und Nicht-Bayern und machte den ausgeprägten Föderalismus der Bayern dafür verantwortlich.¹⁰⁰¹ Auch wenn Hoensbroech dabei die Nicht-Bayern Graf Adelmann, Freiherr von Huene, Freiherr von Landsberg, Peter Reichensperger und Freiherr von Wendt übersah, zeigt seine Aussage, dass auch Zeitgenossen eine Bayern-These vertraten, und verweist seine Aussage zudem zurück auf Franckensteins Hauptmotiv, ein Gesetz zu formen, das für ihn annehmbar war. Es ist anzunehmen, dass sich Franckensteins föderalistische Verwaltungsvorstellungen und seine Überzeugung, nach der die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft in das Gesetz einbezogen werden müssten, mit denen der anderen bayerischen adeligen Gutsbesitzer besonders deckten.¹⁰⁰² Weshalb Buxbaum, der einzige bürgerliche Bayer, sich gegen den enormen Druck, der auf die abweichende Minderheit ausgeübt wurde,¹⁰⁰³ stemmte, ist reine Spekulation, da von ihm keine Äußerung vorliegt: Schätzte er Franckenstein so sehr? Förderte Franckenstein den nur sechs Jahre jüngeren Kollegen, der aber erst seit 1884 im Reichstag saß?¹⁰⁰⁴ Stimmt Buxbaum schlicht mit Franckensteins Auffassungen überein? War er als Fabrikant zutiefst von der Notwendigkeit des Gesetzes überzeugt? Nicht für jeden Einzelnen kann ausgemacht werden, welche Gründe für ihn überwogen, ob er sich im innerparteilichen Streit auf die Seite einer Führungspersönlichkeit stellte, sich – wie Franckenstein bewusst – für den Föderalismus entschied oder ob eher unbewusste Haltungen und Einstellungen verantwortlich zeichneten.

¹⁰⁰⁰ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 615, Brief Sigmund Pfetten an Soden vom 26. Juli 1889. Die angesprochenen Erklärung Franckensteins zur römischen Frage am Ende der Reichstagssitzung vom 23. Mai 1889, also einen Tag vor der Schlussabstimmung über das Sozialversicherungsgesetz, sollte den Zusammenhalt der Fraktion nach außen demonstrieren und nach innen befestigen. Windthorsts Schilderungen zu diesem Ereignis lassen die Tatsache beiseite, dass er Franckenstein den Vortrag der Erklärung nicht freiwillig überließ, was ein ganz anderes Bild Windthorsts zeichnet: Windthorst, Briefe II, S. 730 Nr. 686: Brief Windthorst an Cölestin Krebs vom 26. Mai 1889, S. 732 Nr. 687: Brief Windthorst an Peter Alexander Reuß vom 26. Mai 1889.

¹⁰⁰¹ Hoensbroech bezog sich nur auf die Aristokratie als er als Adeliger zu einem Adeligen sprach.

¹⁰⁰² Für Konrad Preysing kann beispielsweise konstatiert werden, dass er dezidiert bayerisch fühlte und dachte und damit föderalistische Lösungen bevorzugte. Wattler, Sozialpolitik, S. 297, erkennt zu Recht als „abwegige Polemik“ die Presseangriffe auf den Adel, er würde sich die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft nur einbeziehen wollen, da er sich dann deren Versorgung im Alter spare.

¹⁰⁰³ Vgl. Nipperdey, Organisation, S. 289.

¹⁰⁰⁴ Darauf deutet allein Buxbaums Kommissionsmitgliedschaft und die frühe Auswechslung des Bayern Biehl, der das Gesetz ablehnte, gegen ihn in der Kommission hin.

Die Individualität der Abgeordneten drückt auch Anderson bei ihrer Darstellung über Trennlinien im Zentrum aus.¹⁰⁰⁵ Sie nähert sich der schwer fassbaren Wirklichkeit der Gräben innerhalb der Fraktion von verschiedenen Seiten und mit zahlreichen Beispielen. Quintessenz ist die Existenz eines rechten und eines linken Flügels, die auch von den Zeitgenossen häufig als konservativ und als demokratisch bezeichnet wurden.¹⁰⁰⁶ Wobei „demokratisch“ eher eine soziale als eine politische Kategorie dar[stellte]¹⁰⁰⁷, wie Anderson definiert. Forschungskonsens ist, dass der rechte Flügel eher einer Zusammenarbeit mit konservativen Kräften bei den Wahlen und im Reichstag zuneigte, wohingegen der linke Flügel die Neigung zu einer Zusammenarbeit mit den Linksliberalen hatte;¹⁰⁰⁸ dies stellte zwischen der westfälischen Führungsfigur Schorlemer und Windthorst einen offenen Streitpunkt dar. Eine Trennlinie, die Anderson auch thematisiert und die für die Entscheidung um das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz besonders hervorgehoben werden muss, ist die Tatsache, dass „Windthorst persönlich [...] entschlossen [war], die kritische, oppositionelle Position des Zentrums aufrechtzuerhalten.“¹⁰⁰⁹ Franckenstein hingegen hatte das Gefühl, dass Windthorst und der linke Flügel „zur völligen systematischen Opposition gegen die Reichsregierung“¹⁰¹⁰ übergehen wollten. Eine wichtige Rolle spielte bei der Haltung Windthorsts – wie für die vieler Abgeordneter, ob bayerisch oder preußisch – die Person Bismarcks. Mit Bismarck hatte der Hannoveraner zu viele Kämpfe ausgefochten und der Reichskanzler – und das ist in der Situation 1889 entscheidend – bevorzugte immer absichtlich einen Adligen als Gesprächspartner, wenn er sich mit einem Zentrumsmitglied des Abgeordnetenhauses oder des Reichstages ins Benehmen setzen wollte. Und hier kommt auch wieder die Komponente der sozialen Herkunft der Abgeordneten ins Spiel, die die Abstimmung des

¹⁰⁰⁵ Die Individualität beispielsweise bei Hertling und Porsch: Anderson, Windthorst, S. 384, die mit Abstimmungen die Trennlinien, über die auch die Zeitgenossen sprachen, überschritten. Zu den Trennlinien vor allem der späten achtziger und der frühen neunziger Jahre, in die Anderson auch die Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses einbezieht: Anderson, Windthorst, S. 382-396.

¹⁰⁰⁶ Beispielsweise von Franckenstein in seiner bei Anderson, Windthorst, S. 383 Anm. 22, auszugsweise wiedergegebenen Denkschrift (vermutlich vom 3. September 1889) an die Kurie, die der Gesandte Schlözer Bismarck als Anlage in einem Brief vom 5. November 1889 zukommen ließ. Zur unterschiedlichen Auffassung über die Bedeutung der Denkschrift für Franckensteins Loyalität siehe: Ebd. und Aretin, Franckenstein, S. 279 und S. 347 Anm. 57.

¹⁰⁰⁷ Anderson, Windthorst, S. 383. Aretin, Franckenstein, S. 279, definiert den Begriff „demokratisch“ im Zusammenhang mit einer Replik auf Andersons Thesen als „nicht aristokratisch“.

¹⁰⁰⁸ Pfettens zweiter Brief zeigt, dass für ihn die Neigung zur konservativen Seite und die Abneigung gegen den Freisinn zutreffen. Auch Franckenstein äußerte in zahlreichen Briefen, dass er die Zusammenarbeit mit den Linksliberalen nicht so sehr schätze.

¹⁰⁰⁹ Anderson, Windthorst, S. 384.

¹⁰¹⁰ Das Zitat stammt aus der Denkschrift Franckensteins an die Kurie (vermutlich vom 3. September 1889), deren Abschrift sich auch im NL Franckenstein befindet. Zitiert nach: Aretin, Franckenstein, S. 279. Es ist darauf hinzuweisen, dass Aretin von „zurückkehren“ zur – folgendes wieder nach Franckenstein – „völligen systematischen Opposition“ spricht und dies vermutlich Franckensteins Text nahe kommt. Was unter einer „völligen systematischen Opposition“ zu verstehen ist, ist Interpretationsfrage; meines Erachtens kann die Arbeit von Patrioten und Zentrum im Reichstag als solche in den 1870er Jahren nicht bezeichnet werden.

Sozialversicherungsgesetzes aus verschiedenen Gründen prägte und – unabhängig von dem Gesetz – von Anderson wie folgt beschrieben wird: „Der Adel sah sich durch den wachsenden Einfluß der demokratischen Elemente des Zentrums zutiefst bedroht. [...] Männer wie Ernst Lieber, Julius Bachem und Felix Porsch zeichneten sich [...] durch ihre relative Jugend und ihre bürgerliche Herkunft aus.“¹⁰¹¹ Im Anschluss beschreibt sie, was den neuen Typ des Berufspolitikers und seine Machtbasis von den Honoratioren alter Schule unterschied. Als politische Trennlinie, beispielsweise bei Zolltarifforderungen, zwischen den „jungen Größen“ des linken Flügels und den Vertretern des rechten Flügels kann sie die Herkunft „aus städtischen Wahlkreisen“ auf der einen Seite und der Lebenswelt der „ländlichen Großgrundbesitzer“¹⁰¹² auf der anderen Seite ausmachen. Es trifft zwar für den von Anderson in einer Reihe mit Schorlemer, Ballestrem und Huene erwähnten Konrad Graf von Preysing sicherlich nicht zu, dass es bei ihm „wiederauflebende[n] Hoffnungen [gab], die preußische Verwaltung könne [seine] Söhne zu Karrieren verhelfen“¹⁰¹³, dazu war er viel zu sehr Bayer, aber Anderson hat durchaus Recht, wenn sie für ihn und die Zentrumsaristokratie im allgemeinen feststellt, dass die alten Adelsgeschlechter auch andere Wege als das Parlament hatten und kannten, ihre politischen Ziele umzusetzen.¹⁰¹⁴ Ihr anderer Bezug zu Macht und Staat ließ auch das Schreckgespenst vom omnipotenten Staat nicht so mächtig erscheinen wie für ihre bürgerlichen Kollegen. Diese Trennlinie zwischen Adel und Bürgertum ist in Verbindung zu sehen mit der unterschiedlichen Auffassung Windthorsts und Franckensteins und zum Teil ihrer Anhänger, wie Politik gemacht werden sollte und welches Ausmaß an kritischer Haltung und Opposition sinnvoll sei. Aber dennoch stimmte die Mehrheit der nicht-bayerischen Zentrumsadeligen gegen das Gesetz und darf die Trennlinie nicht als absolut angesehen werden: Hartmannsgruber vertritt in seinem Aufsatz über die christlichen Parteien die Ansicht, dass die Kontroverse im Zentrum einen staatstheoretischen Gegensatz zwischen „klassische[m] Rechtsstaat und Sozialstaat“¹⁰¹⁵ offenlegte. Diese Auffassung, die, wie gesehen, bei weitem nicht als einziger Grund für das geteilte Votum gelten kann, schließt sich im Grunde an die Aussage des bürgerlichen Peter Reichenspergers im Reichstag an, nach

¹⁰¹¹ Anderson, Windthorst, S. 382f.

¹⁰¹² Alle Zitate: Anderson, Windthorst, S. 383.

¹⁰¹³ Anderson, Windthorst, S. 385.

¹⁰¹⁴ Anderson, Windthorst, S. 385. Laut Löffler weigerte sich der in dieser Hinsicht allerdings extrem zu nennende Preysing „im Grunde innerlich, das Parlament als berechtigtes Forum zur Austragung politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu akzeptieren“; Soden galt zumindest „Parlamentarisierung [...] als staatsgefährdend“. Löffler, Reichsräte, S. 172 (erstes Zitat) und 179 (zweites Zitat).

¹⁰¹⁵ Hartmannsgruber, christliche Volksparteien, S. 260.

welcher der Staat der „organisierte Verband des Volkes zur Pflege aller leiblichen und geistigen Güter“ sei.¹⁰¹⁶

Haltung und Einstellung spielten auch eine Rolle bei der Entscheidung über das letzte große Sozialversicherungsgesetz. Doch werden diese auch geprägt und dazu konnte Franckenstein offensichtlich weniger beitragen als Windthorst, dessen jahrelange Ablehnung eines Reichszuschusses zur Meinungsbildung beitrug; zudem darf – um nun den Blick konkret in Richtung der großen Zahl ablehnender Bayern zu wenden – nicht übersehen werden, dass Windthorst klug und mit viel Geschick die nachkommende Führungsriege des Zentrums heranzog: Er förderte, beeinflusste und zog auf seine Seite. Dies gilt nicht nur für die bislang in der Literatur zu findenden bürgerlichen Nicht-Bayern und den adeligen Hertling, der sich immer mehr zu einem Windthorsianer und einem Bayern entwickelte, sondern auch für den Urbayern Georg Orterer: Wenn man die Kalendernotizen Orterers offenen Auges durchsieht und die insgesamt nicht häufigen Erwähnungen Windthorsts und Franckensteins herausfiltert und analysiert,¹⁰¹⁷ bemerkt man eine beginnende Annäherung und Zusammenarbeit Windthorsts und Orterers im Jahr 1887; Franckenstein hervorhebende Erwähnungen, die zunächst damit zusammenzuhängen scheinen, dass er für den neu in die Fraktion kommenden Orterer eine bayerische Führungspersönlichkeit war, dann auch mit den Ereignissen um die Königskrise und der Septannatsfrage Anfang 1887, nehmen gleichzeitig ab. Um nur eines von vielen Anzeichen für Orterers Neigung in Windthorsts Richtung zu nennen: Orterer gibt Windthorsts Stellung beispielsweise zu Gesetzen wieder, Franckensteins erwähnt er erst bei seiner und Franckensteins unterschiedlichen Haltung zur Invaliditäts- und Altersversicherung. Orterer fühlte sich durch Windthorsts Kontaktaufnahmen geehrt, wie zwischen den Zeilen zu lesen ist; es finden Besprechungen und, wenn man nicht am selben Ort ist, Korrespondenzen statt; insbesondere als die Entscheidung des Sozialversicherungsgesetzes 1889 näherrückte kommt es zur Erwähnung wiederholter Besprechungen. Der bürgerliche Bayer wird damit nach und nach in den Führungszirkel emporgehoben und das Frühjahr 1889 stellte einen großen Schritt dar, da Orterer – zumindest für diesen Zeitraum – in die unmittelbare Umgebung Windthorsts aufrückte. Voraussetzung für Windthorsts persönliche Kontaktaufnahmen und Förderung war zweifelsohne, dass er in Orterer sowohl einen fleißigen Fraktionsmitarbeiter als auch eine Führungspersönlichkeit erblickte, einen Abgeordneten, der

¹⁰¹⁶ Reichenspergers Rede: RV 1889, Bd. 106, S. 1259 (4. April 1889). Anderson, Windthorst, S. 391, geht auf Reichenspergers Rede ebenfalls ein und gibt Windthorsts konträren Standpunkt wieder.

¹⁰¹⁷ Die alltäglichen Begegnungen gab Orterer nicht wider. Dass heißt auch, dass er Besprechungen mit Windthorst, je alltäglicher sie für ihn waren, nur noch erwähnte, wenn sie um etwas besonders Wichtiges kreisten oder es ein besonderes Vorkommnis gab. Von Anfang an häufig waren seine Kontakte mit Konrad Preysing. Diesen schätzte Orterer immer als wichtig ein, aber notiert nach nach jahrelanger Erfahrung auch: „Lange Unterredung mit Preysing, immer derselbe Schwärmer, ideal und unklar!“. KN Orterer 18. Mai 1890.

auch im Landtag schon eine Hausmacht besaß und dessen Einfluss in der Reichstagsfraktion noch befördert werden konnte.¹⁰¹⁸ Dass Orterer Franckenstein aber durchaus sehr schätzte, wird an seinen Äußerungen anlässlich Franckensteins Todes deutlich. Eine für Orterer in seinen Kalendernotizen hervorhebenswerte Zusammenarbeit jedoch gab es in den letzten Jahren nicht – dafür einen Einstellungswandel Orterers gegenüber dem Zentrumsadel, an dem Windthorst einen Anteil haben dürfte,¹⁰¹⁹ und Orterers aufsehererregende, wenn auch schlecht besuchte Münchner Kundgebung gegen das Sozialversicherungsgesetz 1889 und somit gegen Franckenstein.¹⁰²⁰ Es wird deutlich, dass Orterer der Dreh- und Angelpunkt in der Entscheidung um die Alters- und Invaliditätsvorlage 1889 zwischen den bayerischen Bürgerlichen und dem Zentrumsführer Windthorst, „der sich, objektiv betrachtet, auf der Höhe seiner Autorität befand“¹⁰²¹, war.¹⁰²²

¹⁰¹⁸ Wie die KN Orterer offenbaren, pflegte Orterer auch sehr gute Kontakte zur päpstlichen Nuntiatur in München und zum Klerus.

¹⁰¹⁹ In den KN Orterer heißt es unter dem 18. August 1886: „Zu Hause Brief von Strodl aus Ems gefunden. Interessante Auslassungen Windthorsts über unsere Adeligen und Bischöfe und überhaupt über unsere bayerischen Verhältnisse.“ Windthorst äußerte sich negativ über den bayerischen Adel – aber Orterers Verwendung des Wortes „Auslassungen“ 1886 zeigt noch eine Distanz zu dem Gelesenen. Sein „sehen“ vom 28. November 1887 hingegen offenbart die Übernahme der Sicht Windthorsts zu dem Gehörten: „1 1/2 Stunden in Windthorsts Wohnung über die Lage im Reichstag und in Bayern. Da kann man doch auch allerlei bemerkenswerte Vorgänge unter ‚Freunden‘ sehen.“ Eine Trennlinie zum Adel erscheint in Orterers Kalendereinträgen zum ersten Mal mitten in den Auseinandersetzungen um das Alters- und Invalidengesetz am 27. März 1889, indem er den bayerischen Adel nicht in seine Wir-Vorstellung einbezieht: „Wichtige Fraktionssitzung über die Invalidenvorlage. Franckenstein von 4/5 der Fraktion nicht unterstützt; von unsern [!] Leuten nur Buxbaum mit ihm.“ Drei Tage später vermerkte er zur Abstimmung über den grundlegenden § 1 der Vorlage außer der Gesamtzahl der zustimmenden Zentrumsabgeordneten die Anzahl der Adeligen aus der Fraktion, die zustimmten – wobei er diejenigen Adeligen, die ablehnten, beiseite lässt. Anlässlich der Meinungsverschiedenheiten um die Abhaltung eines bayerischen Katholikentages 1889 (für den sich Orterer von Anfang an sehr einsetzte, der nach seinen Notizen anfangs aber allgemein kaum Anklang fand, gegen den sich letztlich aber nur noch der Adel wehrte, der zu Recht fand – wie auch Daller dann bei der Planung feststellen musste –, dass man zu wenig gute und zugleich taktvolle Redner hätte) wird deutlich, dass sich der Keil, den Orterer zwischen Adeligen und Bürgerlichen empfand, verfestigt hatte; unter dem 22. Juni 1889 notierte er: „der Adel treibt dasselbe Wesen wie seinerzeit in Berlin – was soll daraus im Landtag werden!“

¹⁰²⁰ Aus den KN Orterer vom 27. April 1889 würde man eine erfolgreichere Veranstaltung ableiten; Presseberichte, Gesandtschaftsberichte und Privataufzeichnungen anderer Personen melden aber übereinstimmend einen schlechten Besuch der groß angekündigten Versammlung. Orterer und seine Mitstreiter schossen scharf gegen Franckenstein, nicht nur auf der Veranstaltung, auf der eine Resolution verabschiedet wurde. Durch die Presse gingen im allgemeinen Aussagen wie die folgende aus der Donauzeitung vom 8. Mai 1889: „Der Hr. Dr. Orterer hat dort nach dem ‚Fremdenblatt‘ geäußert: Seine Haltung in dieser Frage sei die allein richtige, die allein bayerische [!], die allein patriotische und er lasse sich darin durch kein Raisonement irre machen, und käme dasselbe auch von solchen, die sonst [!] auf dem Boden des Centrums zu stehen vorgeben.“ Belege für die mäßige Resonanz der Veranstaltung des Wahlvereins der Zentrumspartei in München: Augsburger Abendzeitung Nr. 117 vom 29. April 1889; DoZ Nr. 100 vom 30. April 1889 sowie Nr. 101 vom 1. Mai 1889; Haerendel, Quellensammlung, S. 653 Nr. 136: Bericht des preußischen Gesandten in München Kuno Graf zu Rantzau an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck. Laut Aretin, Franckenstein, S. 346 Anm. 41, sprach Franckensteins Frau von der Veranstaltung Orterers als einem Fiasko.

¹⁰²¹ Anderson, Windthorst, S. 391.

¹⁰²² Wie die Stellung Hertlings bei den bürgerlichen Bayern zu diesem Zeitpunkt war, lässt sich schwer abschätzen. Lerchenfeld ging davon aus, dass diese „der Führung Freiherrn von Hertlings und des Professor Orterer folgen“, aber ob sein Urteil zutrifft und er nicht nur aus Hertlings Stellung bei Windthorst und seiner Rednertätigkeit schloss, muss offen bleiben. Haerendel, Quellensammlung, S. 636 Nr. 126: Bericht des Gesandten Lerchenfeld an den bayerischen Minister Crailsheim vom 6. April 1889.

Schon Orterers erste Notiz zu dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz – anlässlich der ersten Fraktionssitzung zu der Vorlage – lautete negativ: „[G]egen welche ich mancherlei Bedenken habe“ schrieb er unter dem 4. Dezember 1888 in seinen Kalendernotizen und erwähnte ausdrücklich „Reichsanstalt“ und „Reichsbeitrag“. Ab diesem Zeitpunkt veröffentlichte er seine Bedenken auch immer wieder, vor allem im Münchner Fremdenblatt. Kritik an der Vorlage aus dem Bundesrat hatte auch Franckenstein, das war nicht der entscheidende Punkt – der entscheidende Punkt war, wie kompromissbereit ein Abgeordneter war,¹⁰²³ welche Kompromisse für ihn sachlich denkbar waren und wie sehr er an einer Durchsetzung dieser Kompromisse arbeitete. Der jungen Führungsfigur nächste Kalendereintragung stammt erst vom 20. März 1889, als die Vorlage aus der Kommission in den Reichstag zurückkam, folglich die zweite Lesung des Gesetzes vor der Tür stand: Interessant ist außer der Meinungsverschiedenheit, dass es sich um keine Fraktionssitzung, sondern um eine extra Sitzung der bayerischen Zentrumsabgeordneten handelte: „Die Bayern Besprechung wegen der Altersvorlage, Franckenstein sehr dafür; ich dagegen ausgesprochen.“ Im Anschluss an die divergierenden Meinungen fügte er allgemeine Überlegungen hinzu: „Merkwürdiger Wandel seit 81 und 83. Kölnische Zeitung, Historisch-politische Blätter, Hertling usw. auf meiner Seite!“ Der „Wandel“, den Orterer dachte auszumachen, bezog sich auf die divergierenden Meinungen – und dies führt vor Augen, dass der erst 1884 in den Reichstag eingetretene Bayer die Vorgänge von 1881 nicht kannte und bei Franckenstein und den auf dessen Seite stehenden Fraktionskollegen einen Wandel sah. Nicht, dass man dieses Unwissen als Grund der Ablehnung verabsolutieren dürfte¹⁰²⁴ oder auf alle jungen Kräfte eins zu eins übertragen könnte,¹⁰²⁵ aber dieses Forschungsergebnis macht deutlich, dass sich das von der Fraktion nach außen projizierte Bild, sowohl der Einheit als auch dessen, was rein sachlich abgelehnt werden müsse, festgesetzt hatte und dass der geradlinige, offen agierende Franckenstein und sein Flügel im Gegensatz zu Windthorst innerhalb der Fraktion keine oder kaum Meinungsbildung betrieben hatten.¹⁰²⁶

¹⁰²³ Diese Kompromissbereitschaft war für die bayerischen Zentrumsabgeordneten auch immer Kompromissbereitschaft gegenüber Bismarck und gegenüber dem Reich an sich.

¹⁰²⁴ Neben den altgedienten „Doktrinären“, wie Franckenstein sie nannte, gab es sicherlich auch junge „Doktrinäre“.

¹⁰²⁵ Buxbaum, der das Gesetz bejahte, war wie Orterer erst 1884 in den Reichstag eingetreten.

¹⁰²⁶ Vielleicht kann auch so die Ablehnung Tänzl-Trazbergs erklärt werden, der erst bei einer Nachwahl 1888 zum ersten Mal in den Reichstag kam und als einziger bayerischer Aristokrat Franckenstein nicht folgte. Vielleicht war der nur für diese Legislaturperiode im Parlament Sitzende aber auch nur nicht bereit, sich dem Druck entgegenzusetzen.

Anderson macht darauf aufmerksam, dass „die neuen Männer [...] die Gegnerschaft“ zu Septennat, Sozialistengesetz – und Alters- und Invalidenversicherung als „Boden des Zentrums“ bezeichneten. Sie geht davon aus, dass „viele Wähler an einen Boden des Zentrums nicht nur in Konfessionsfragen, sondern auch in weltlichen Fragen glaubten und [...] er eigentlich die traditionelle Parteilinie darstellte.“ Diese These deckt sich in Bezug auf die neueren Abgeordneten mit meinen Ergebnissen. Anderson, Windthorst, S. 383f. und Anm. 23.

Welche sachlichen Trennlinien, aber auch Gemeinsamkeiten bestanden zwischen den zustimmenden und den ablehnenden Zentrumsbayern beziehungsweise in der gesamten Fraktion?

Für Orterer, der selbstüberzeugt, eher stur und gegen das ständige Bewilligen, besonders in finanzieller Hinsicht, im Reichstag war, ist auch der Versuch von Mitarbeit an dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz zu verzeichnen; er selbst notierte unter dem 23. Mai 1889: „Noch einmal zu § 119 mit Gagern Antrag gestellt zur Wahrung der Rechtsprechung für unsere Landesversicherungsämter.“¹⁰²⁷ Außer Gagern und mir spricht niemand für den Antrag.“¹⁰²⁸ Er fügte dann hinzu, dass ihm jemand „Tags darauf den Vorwurf [machte], daß ich durch ‚leidenschaftliche Sprache‘ vielleicht die anderen nahezu abgeschreckt, für uns zu stimmen. Gagern hatte mir aber schon vorher gesagt, daß wohl nur wenige für uns stimmen werden.“ Orterer war für diese Information auf Gagern angewiesen, was zeigt, dass er mit den anderen Fraktionen nicht gut vernetzt war, im Gegensatz zu Gagern oder dem Gagern nahe stehenden Franckenstein. Hervorzuheben ist aber, dass Gagern und Orterer den Antrag Nr. 269 gemeinsam stellten und vertraten, und dass er auch von zahlreichen anderen Zentrumsbayern divergierender Meinung sowie von einigen nicht-bayerischen Zentrumsmitgliedern unterzeichnet wurde. Die Wichtigkeit, die die Bayern gemeinsam diesem föderalistischen Antrag beimaßen – der einen Tag vor der Endabstimmung der Vorlage und acht Tage nach einer versöhnenden Fraktionssitzung gestellt wurde –, ist ablesbar an Orterers Kalendernotiz¹⁰²⁹ sowie an Gagerens Plädoyer an den Reichstag: In diesem bat er zu berücksichtigen, dass es „ohne die Annahme meines Antrages ganz außerordentlich schwer [wird], auf dem Standpunkt stehen zu bleiben, den ein Theil meiner Freunde“, und hiermit konnte er nur sich selbst und den kleinen Kreis der Befürworter meinen, „bisher eingenommen hat.“¹⁰³⁰ Der Antrag sah für die Bestimmungen der §§ 68 und 70 als Revisionsinstanz die Landesversicherungsämter anstelle des dafür vorgesehenen Reichsversicherungsamtes vor. Gagern sprach in diesem Fall von „berechtigtem

Unterstützt werden meine Ergebnisse zudem von der Charakterzeichnung Franckensteins bei Aretin, Franckenstein, die in der Biographie wiederholt erwähnte Protektion Franckensteins für Windthorst, wenn dieser unter Beschuss geriet, und die von Aretin ebenfalls erarbeitete These, dass Franckenstein die auf ihn zukommende Gefahr beim Sozialgesetz 1888/89 nicht sah.

¹⁰²⁷ RV 1888/89, Bd. 110, S. 1482 Nr. 269. Orterers „noch einmal“ bezog sich auf den zumindest offiziell von Gagern allein gestellten Antrag, den Gagern noch aufrecht erhielt und der zwar in Teilen angenommen wurde, aber nicht in seinem Vorschlag für § 119: Ebd. S. 1481 Nr. 263.

¹⁰²⁸ Mit „niemand“ meinte er vermutlich „kein Abgeordneter einer anderen Fraktion“.

¹⁰²⁹ „Fast alles stimmt gegen uns. Und unserer Herren nehmen das Gesetz doch an!“ KN Orterer vom 23. Mai 1889.

¹⁰³⁰ RV 1888/89, Bd. 110, S. 1974 (23. Mai 1889).

Partikularismus“¹⁰³¹. Mit Recht führte er als Argument die Benachteiligung der süddeutschen Bevölkerung nach der momentanen Regelung an: In den meisten Fällen werde es notwendig sein, dass der Versicherte, der in Revision gehen möchte, vor Ort erscheine; die Reise nach Berlin aber werde für Süddeutsche vielfach unerschwinglich sein. Als Gegenargument gegen seinen Antrag ließ er eine erhöhte Einheitlichkeit der Rechtsprechung nicht gelten, da die untere Instanz auch bei den Ländern liege und der ständige Kontakt zwischen Landesversicherungsämtern und Reichsamt diese in gleichem Maße gewähre wie ein dank zahlreicher Verfahren vergrößertes Reichsversicherungsamt.¹⁰³² Für den zweiten Antragsteller, Orterer, handelte es sich um „einen der bedeutendsten und wichtigsten prinzipiellen Punkte für die Durchführung des Gesetzes.“¹⁰³³ Er zog eine Parallele zu dem angenommenen Antrag Franckensteins zum Postwesen. Unterstützung erhielten die Zentrumsmitglieder von Staatsminister Boetticher, der keine Schwierigkeiten bei der Übertragung der Revision auf die Landesversicherungsämter sah, aber entschieden betonte, dass es einen politischen Grund für die Übertragung gebe: Nämlich dass vereinzelt der Wunsch nach dieser bestehe.¹⁰³⁴ Obwohl dieselbe Bestimmung für das Unfallgesetz angenommen worden war, wurde sie für das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz von der Mehrheit des Reichstages abgelehnt.¹⁰³⁵

Abgelehnt wurde aus den Zentrumsreihen offiziell weiterhin geschlossen eine Reichsanstalt als alleinige Verwaltungsbehörde, die die Nationalliberalen wiederholt versuchen durchzusetzen. Franckenstein und seine Mitstreiter hatten in der Kommission die Versuche der Nationalliberalen immer wieder abgewehrt; im Plenum ergriff Windthorst für eine Grundsatzrede zu diesem Punkt das Wort. Der Abgeordnete für Meppen führte noch einmal die gesamte Palette der Argumente auf, die der Meinung der Fraktion nach gegen die Reichsanstalt sprachen: Ganz an den Anfang seiner Ausführungen stellte er ein Plädoyer für den Föderalismus – Zentralisation enthalte, „wo sie irgend vermeidlich ist, niemals etwas gutes“ und sie widerstrebe „auch der ganzen Natur und Entwicklung der deutschen Verhältnisse“¹⁰³⁶. Er argumentierte, dass eine Reichsanstalt verwaltungstechnisch keine

¹⁰³¹ RV 1888/89, Bd. 110, S. 1974 (23. Mai 1889). Ein weiteres Beispiel dafür, dass die ursprüngliche Fremdbezeichnung des Wortfeldes „Partikularismus“ oft als Selbstbezeichnung oder als Bezeichnung für eigene Vorschläge verwendet wurde.

¹⁰³² In der Praxis zeigten sich allerdings auf jeden Fall Unterschiede zwischen den Ländern in der Gewährung der Renten.

¹⁰³³ Ebd. S. 1975.

¹⁰³⁴ Ebd. S. 1976.

¹⁰³⁵ Ebd.

¹⁰³⁶ RV 1888/89, Bd. 107, S. 1408 (9. April 1889). Später in seiner Rede stellte er sich auf den Standpunkt: „Ich habe die Meinung, daß der Partikularismus dem Deutschen durchaus im Fleisch und Blut steckt, und daß er niemals verschwinden wird“. Zu den kursierenden Gerüchten um einen Zusammenschluss der Mittelstaaten im Bundesrat gegen die Reichsanstalt meinte er: „und wenn das dann genannt wird eine ‚Herrschaft der

Vereinfachung sei, dass sie ausschließlich mehr Bürokratie bedeute. Außerdem seien kleinere Verwaltungseinheiten besser zugeschnitten auf die jeweils vor Ort herrschenden Verhältnisse. Als letztes wiederum föderalistisches Argument führte Windthorst an, dass er es nicht für wünschenswert erachte, wenn die ungeheuren Geldmittel „wieder hier in Berlin konzentriert werden“¹⁰³⁷.

Einig waren die bayerischen Zentrumsabgeordneten mit ihren Kollegen aus den übrigen Landesteilen, oder anders betrachtet Adelige und Bürgerliche, auch im Schutz des bayerischen und württembergischen Reservates des Postwesens.¹⁰³⁸ Dieses Reservatrecht drohte insoweit tangiert zu werden, als der Markenverkauf für die Invaliditäts- und Altersversicherung den Postfilialen übertragen werden sollte. Franckensteins Antrag zur Wahrung des Reservates wurde angenommen.¹⁰³⁹ Zu betonen ist, dass der Antrag überfraktionell gestellt wurde und in Einklang mit den Anschauungen des Bundesrates stand.¹⁰⁴⁰ Gleichzeitig mit der Bestätigung dieser Haltung erklärte der Bundesratsbevollmächtigte Bayerns, Lerchenfeld, dass „die bayerische Regierung die Postverwaltung freiwillig bei der Durchführung des Gesetzentwurf zur Verfügung stellen würde“¹⁰⁴¹; was zeigt, dass es sich 1889 für die Beteiligten bei der Einhaltung der Bayern und Württemberg 1871 gewährten Sonderrechte vor allem um die symbolische Bedeutung ging, die einen hohen Wert für die Bevölkerung hatte.¹⁰⁴²

Mittelstaaten’, dann sollen wir, meine ich, uns freuen, wenn in irgend einem Falle im Bundesrath auch andere Stimmen als die preußische entscheiden.“ Beide Zitate: Ebd. S. 1409 (9. April 1889).

¹⁰³⁷ Ebd. S. 1410.

¹⁰³⁸ Eine abweichende Meinung eines Reichstagsabgeordneten ist nicht quellenkundig; auch Orterer verzeichnet in seinen KN nichts dergleichen. Die nur im Landtag sitzende Führungspersönlichkeit Daller, mit der Orterer aufs engste verbunden war, vertrat in diesem Punkt allerdings eine ganz andere Meinung. Betrübte, wie er selbst angab, aber offenbar auch zornig, schrieb er seine Ansichten Soden und berührte dabei auch das Verhältnis von Aristokratie und dem Rest der Bevölkerung: „Die Wahrheit ist doch, daß man dießmal wiederum ein Reservatrecht als gefährdet hinstellt, das erst mit dem Gesetze construiert wurde. Das also als Embryo von zweifelhaftester Lebensfähigkeit gegen die wichtigsten bisher von der kath. Parthei mit zähester Energie vertheidigten Grundsätze eingetauscht werden sollte. Aber man wollte es so von Oben. Hätte man das Gesetz abgelehnt, wäre natürlich auch kein bayr. Reservatrecht in Frage gekommen. Aber das sah man nicht. Sei versichert, daß diese Haltung so vieler hoher Herrn eine tiefe Mißstimmung in das Volk gebracht hat. Und nun kommt die große kirchl. Frage.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 615, Brief Daller an Soden vom 9. August 1889.

¹⁰³⁹ Abstimmung: RV 1889, Bd. 107, S. 1676 (11. Mai 1889). Den ersten Antrag stellte der Zentrumsabgeordnete Dr. jur. Felix Porsch (1853-1930). Dieser verquickte jedoch das süddeutsche Anliegen mit der Frage der Verkaufsstellen und wurde daher abgelehnt. Abstimmung: Ebd. S. 1518 (11. April 1889).

¹⁰⁴⁰ Reden des Bundesratsbevollmächtigten für Bayern und des Bevollmächtigten für Württemberg: RV 1888/89, Bd. 107, S. 1513; Ebd. S. 1514f. (beide: 11. April 1889).

¹⁰⁴¹ RV 1888/89, Bd. 107, S. 1513.

¹⁰⁴² Weichlein, der sich mit dem bayerischen Postreservat eingehend auseinandersetzt, kommt in Bezug auf die Briefmarkenfrage zu dem Ergebnis: „Hinter der materiellen Seite der Postinfrastruktur stand eine bestimmte Vorstellung der nationalen Gesellschaft: Die Reichspost stellte eine ‚konkrete Utopie‘ des Nationalstaates dar.“ Abschließend urteilt er scharfsinnig über die gesamte von ihm untersuchte Postkommunikation: „Nach zwanzig Jahren Reichspost hatte sich gerade nicht die unitarische Vorstellung der räumlich unterschiedslosen Kommunikation unter allen Reichsangehörigen durchgesetzt. Vielmehr hatte die Post nicht eine einzige

Dissens hingegen herrschte in der Zentrumsfraktion, wie bereits thematisiert, in Hinblick auf den geplanten und bislang immer abgelehnten Reichszuschuss, den Orterer bei seiner langen Reichstagsrede im Auftrage der „Mehrheit meiner politischen Freunde“¹⁰⁴³ als „Kardinalpunkt[es]“ der Debatte bezeichnete:¹⁰⁴⁴ Der Reichszuschuss bedeutete ihm einen Baustein in Richtung „Staatsomnipotenz“ und „Staatssozialismus“¹⁰⁴⁵. Franckenstein selbst hatte zuvor bereits eingeräumt, dass ihm das Gesetz ohne diesen annehmbarer wäre. Er betonte jedoch andererseits die Notwendigkeit dessen, da kleine Handwerks-, Landwirtschafts- und Forstbetriebe die ohne staatliche Hilfe auf sie zukommenden Kosten nicht imstande wären zu tragen. Im Gegensatz zu Hertling trat der auf dem Land lebende fränkische Baron vehement für die Einbeziehung der Arbeiter von Land- und Forstbetrieben in die Versicherung ein.¹⁰⁴⁶ Damit berücksichtigte er die Interessen der süddeutschen Kleinbetriebe,¹⁰⁴⁷ folglich die Wirtschaftsstruktur seines eigenen Heimatlandes Bayern. Orterer sprach für die Mehrheit der (bayerischen) Zentrumsabgeordneten aus, dass sie „finanziell und prinzipiell die größten Bedenken gegen“¹⁰⁴⁸ den Ausbau der Sozialgesetzgebung auf dem vorgesehenen Wege hätten. Diese Aussage unterfütterte er mit

ationale Gleichheit, sondern gleich mehrere Formen reichsweit koordinierten Bewusstseins von Ungleichheit begünstigt.“ Weichlein, Nation, S. 145, 189.

Auch wenn in den ersten Jahren des Kaiserreiches, den vom Liberalismus dominierten Jahren, darauf nicht immer Wert gelegt wurde, da man die Reservate gerne abschaffen wollte, ist darauf hinzuweisen, dass aus juristischer Sicht der Antrag Franckenstein eine Notwendigkeit darstellte.

¹⁰⁴³ RV 1888/89, Bd. 106, S. 1264 (4. April 1889).

¹⁰⁴⁴ RV 1888/89, Bd. 106, S. 1266 (4. April 1889). Die Rede Orterers ist auch deshalb von Bedeutung, da er im Auftrag der Mehrheit der Fraktion sprach – und zwar nicht für irgendeine Nebensächlichkeit, sondern für den (in einer ersten Rede am 29. März 1889 von Hertling vertretenen) Antrag Hitze, Hertling, Biehl zu § 1, der das Gesetz, wenn auch verschleiert, durch die Beschränkung auf Industriearbeiter kippen sollte. Siehe zum Zustandekommen und zur innerparteilichen Bedeutung des Antrages: Aretin, Franckenstein, S. 270.

¹⁰⁴⁵ Beide Begriffe aus Orterers Rede: Ebd.

¹⁰⁴⁶ RV 1888/89, Bd. 119, S. 1108 (29. März 1889). Franckensteins wie immer eher kurze und präzise Rede sorgte aus zwei Gründen für Aufsehen: Erstens entspann sich eine Debatte auf Grund der von ihm getätigten Aussage, dass er nicht in der Lage sei, den Arbeitern etwas vorzuenthalten, was ihnen der Kaiser 1881 versprochen habe. Zweitens fühlte sich Hertling brüskiert durch Franckenstein, der sonst durch seine Verbindlichkeit als Gewährsmann für die Einheit der Zentrumsfraktion galt, und zwar durch die Ausführungen des Fraktionskollegen über die teils schlechte Lage der auf dem Lande beschäftigt gewesenen Arbeiter und Dienstboten; Franckenstein nahm hierbei direkt Bezug auf Hertling beziehungsweise Hertlings Rede. Hertling verließ während der Rede Franckensteins den Plenarsaal. Es ist in Betracht zu ziehen, ob Hertling nicht auch deshalb erzürnt war, weil er selbst den Erfolg Franckensteins Gegenrede als enorm einschätzte: „Der Effekt meiner Rede war aber hin“, urteilte er selbst: Hertling, Erinnerungen II, S. 103. Bei Anderson, Windthorst, S. 391, heißt es in der deutschen Fassung des Werkes, Franckenstein „beleidigte“ Hertling (interessant wäre hier ein Vergleich mit der englischen Originalfassung); Aretin, Franckenstein, 271, folgt ihr hierin bewusst nicht (siehe Hinweis in: Ebd. S. 346 Anm. 31) und formuliert: „Hertling war über die Ausführungen so beleidigt, daß er“. Tatsächlich war Franckensteins Rede schroff: Er legte seine Meinung klar und ohne rücksichtsvolle Verbindlichkeit gegenüber Hertling dar; er sprach Hertling im Grunde die Kompetenz ab, über die Zustände auf dem Lande zu urteilen; und er formulierte auch nicht „mein Freund Hertling“, oder „mein Fraktionskollege Hertling“, sondern schlicht „Herr von Hertling“. Da Franckenstein sonst so verbindlich war, ist die Rede ein deutliches Zeichen dafür, wie angegriffen er sich selbst und seine Arbeit durch Hertlings zuvorige Rede und durch den Antrag der Fraktionsmehrheit fühlte – eine Beleidigung enthielt die Rede in der Tat jedoch nicht.

¹⁰⁴⁷ Braun bezeichnet das nicht unrichtig als „sozialen Föderalismus“: Braun, bayerisches Reichsverhältnis, S. 91.

¹⁰⁴⁸ Rede: RV 1888/89, Bd. 106, S. 1264-1270 (4. April 1889); Zitat: S. 1265.

einer Fülle an Einwänden, von denen hier nur die wichtigsten zur Sprache kommen. Bei seinen Ausführungen machte er mit Recht darauf aufmerksam, dass die Gesetzesvorlage zur Invaliditäts- und Altersversicherung das Übel nicht an der Wurzel anpacken werde: Er rief den Bundesrat dazu auf, den vom Reichstag bereits mehrmals angeregten Schutz der Arbeiter vor Ausbeutung ihrer Arbeitskraft umzusetzen und nicht anstelle dessen für die Folgen eine Reichspension einzuführen. Zusätzlich zu den oben bereits angeführten Argumenten gegen den Zuschuss des Staates gab er an, in diesem ein zwangsweises Nehmen zu erblicken, das dem Gebot der christlichen Caritas widerspräche, das Faulheit befördere und das Familie und karitative kirchliche Organisationen schwäche.¹⁰⁴⁹ Im Reichstag wurde im Zuge dessen auch eine Beeinträchtigung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern behauptet. Wie in Orterers Kalendernotizen merkt man besonders an der Auflistung seiner letzten Argumente, eine innere Ablehnung des konservativen Mannes gegen die unabwägbaren Neuerungen, die das Gesetz bringen könnte – beziehungsweise seiner in der Rede wiedergegebenen Ansicht nach bringen werde. Franckenstein trat hingegen jeglicher negativer Auswirkung des Gesetzes auf das Prinzip der Caritas entgegen; zur Begründung führte er an, dass der Arbeitgeber z. B. den Arbeitnehmeranteil übernehmen oder den Arbeiter insgesamt in einer höheren Lohnklasse versichern könne – und zog das Resümee: „daß durch das Gesetz der Caritas Thür und Thor geöffnet sind.“¹⁰⁵⁰ Anders als Reichensperger, für den ein Grund für die Zustimmung zum Reichszuschuss in der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie lag,¹⁰⁵¹ glaubte Orterer, dass die Industrie die Kosten sehr wohl tragen könne. Unter den zahlreichen Gründen, die Orterer gegen die Subventionierung anführte, befand sich auch ein föderalistischer, auch ausgeprägt föderalistisch zu nennender: Ob der Staatszuschuss durch erhöhte Matrikularumlagen finanziert werden sollte oder nicht, war noch nicht letztgültig festgelegt; da Orterer die bayerischen Finanzen kannte, konstatierte er für diese, dass eine weitere Belastung nicht ohne die Erhöhung der einzelstaatlichen direkten Steuern möglich wäre, welcher er negativ gegenüber stehe. Im Gefolge des Reichszuschusses sah er letztlich Tabak- und Branntweinmonopol kommen.¹⁰⁵²

Unter den bayerischen Abgeordneten ragte Orterer mit seiner Gegenwehr hervor. Diese schlug sich vor allem in Redebeiträgen nieder, wobei ihm der Versuch positiver Mitarbeit

¹⁰⁴⁹ In besonderem Maße befürchtete Windthorst angeblich diese Konkurrenz des Reichszuschusses für die karitativen Einrichtungen: Anderson, Windthorst, 390. Unter den drei Argumenten, die Windthorst in der Sitzung vom 8. April 1889 anführte, findet sich auch dieses: RV 1888/89, Bd. 120, S. 1378 (8. April 1889).

¹⁰⁵⁰ RV 1888/89, Bd. 106, S. 1303f. (5. April 1889)

¹⁰⁵¹ RV 1888/89, Bd. 106, S. 1261 (4. April 1889).

¹⁰⁵² Braun verkürzt und verfälscht dieses Argument Orterers, das neben der föderalistischen Komponente die erhöhte Steuerlast des Volkes sah, wenn er schreibt: „Andererseits verwarf vom Standpunkt bayerischer Finanzgebarung aus der Abgeordnete Orterer den Reichszuschuss, er hatte Angst, dass die Überweisungen des Reiches an die Einzelstaaten dadurch vermindert würden.“ Braun, bayerisches Reichsverhältnis, S. 91.

durch seinen gemeinsamen Antrag mit Gagern nicht ganz abgesprochen werden kann. Orterers Auftreten beim Sozialversicherungsgesetz 1889 ist allerdings nicht zu vergleichen mit dem jahrelangen patriotischen Engagement, Gesetzesvorlagen in ihren Details zu verbessern, auch wenn sie das Gesetz im Ganzen ablehnten. Das mag an dem Umstand liegen, dass andere Fraktionskollegen dies taten: Wie positiv die Mitarbeit sein konnte, sollen noch einmal Anträge Franckensteins, Gagerns und Pfettens, der nicht in der Kommission saß sich aber im Plenum hervortat, vor Augen führen: Ein angenommener Antrag Franckensteins, der zum leichteren Verständnisses des schwierigen Gesetzes beitrug, indem er bereits bei der ersten Erwähnung der Beiträge die Aufteilung dieser zu gleichen Teilen auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer erwähnte.¹⁰⁵³ Die teilweise angenommenen Anträge Gagerns zu den Strafbestimmungen, die zum Beispiel darauf abzielten, nicht nur den Arbeitgeber, sondern auch den Betriebsleiter haftbar zu machen.¹⁰⁵⁴ Letztlich ein Antrag Pfettens, dem vom Plenum zugestimmt wurde: Er verhinderte eine Rechtsungleichheit bei der Anerkennung von Krankheitszeiten. Der kaiserliche Direktor im Reichsamt des Innern, Bosse, empfahl den Antrag als eine „entschiedene Verbesserung der Vorlage“¹⁰⁵⁵.

Die ausgeprägt föderalistischen Finanzbedenken, die Orterer hegte, teilten die Mittelstaaten nicht, denn sie hatten sich eindeutig für das Gesetz und dessen föderalistische Verwaltung stark gemacht und Bismarck und Preußen hatten sie letztlich in Bezug auf den Föderalismus gewähren lassen – wie sah es mit Unterstützung und Ablehnung des Gesetzes bei den anderen Reichstagsfraktionen aus? Zustimmung kam letztlich von der überwiegenden Mehrheit der Kartellparlamentarier:¹⁰⁵⁶ 75 Nationalliberale stimmten für, 11 gegen das Gesetz. Die Fraktion gab damit ein ähnlich gespaltenes Bild ab wie die Zentrumsfraktion, nur mit umgekehrter Verteilung von Minorität und Majorität. Die Nationalliberalen standen in den Anfangsjahren nach außen der Subventionierung ebenso geschlossen ablehnend gegenüber wie Patrioten und Restzentrum. Haerendel formuliert treffend: „Am weitesten war der Weg zur Bejahung der Sozialversicherung wohl für die Nationalliberalen“¹⁰⁵⁷. Auch die Zwangsversicherung hatten diese ursprünglich abgelehnt. Von der Konservativen Partei votierten 64 Abgeordnete für, 7 gegen das Gesetz; ein Abgeordneter enthielt sich. Ebenso gab es Abweichler in der Deutschen Reichspartei: 29 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen bei einer

¹⁰⁵³ Franckensteins Erläuterung: RV 1888/89, Bd. 119, S. 1303f. Abstimmung: Ebd. S. 1314.

¹⁰⁵⁴ Abstimmungen: RV 1888/89, Bd. 120, S. 1984f.

¹⁰⁵⁵ Zitat: Ebd. S. 1921. Abstimmungen: Ebd. S. 1922.

¹⁰⁵⁶ Einen tabellarischen Überblick über die Stimmverteilung sowie eine Beleuchtung des Standpunktes oder der Schwierigkeiten der verschiedenen Fraktionen bietet: Haerendel, Quellensammlung, S. XLVI.

¹⁰⁵⁷ Haerendel, Quellensammlung, S. XXXIX-XLVI.

Enthaltung.¹⁰⁵⁸ Bei den konservativen Fraktionen, bei denen es ebenso wie beim Zentrum noch „eher vormodern-ständestaatlich geprägte Auffassungen“¹⁰⁵⁹ gab, konnte sich ein kleiner Teil der Parlamentarier, nicht zur Bejahung durchringen, obwohl der Wunsch Wilhelms II. ihre Zustimmung war und obwohl der in die Jahre gekommene Reichskanzler sich zu seiner letzten Reichstagsrede aufgerafft hatte, um auf die Parlamentarier der konservativen Fraktionen, aber auch auf alle anderen mit konservativer Grundhaltung einzuwirken. Die Kritikpunkte, die im Einzelnen erhoben wurden, zogen sich hier und da quer durch die Fraktionen, wie beispielsweise die Unabsehbarkeit der finanziellen Folgen für alle Beteiligten.¹⁰⁶⁰ Von der Deutsch-Freisinnigen Partei votierte nur ein Abgeordneter für das Gesetz, die übrigen 31 lehnten es ab. Allgemein waren sie dafür, dass zunächst der Arbeiterschutz, der auch von Seiten der Zentrumsfraktion gefordert wurde, erhöht werden müsste, um der Invalidität vorzubeugen. Außerdem beharrten sie auf der „streng liberalen“¹⁰⁶¹ Position, wonach staatliche Eingriffe immer nur der letzte Schritt sein dürften und um diesen handelte es sich ihrer Meinung nach bei dem Gesetz nicht. Die Opposition der Sozialdemokratie war dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz so sicher wie den vorangegangenen Versicherungsgesetzen, die in der kaiserlichen Botschaft nicht ausschließlich, aber auch als zweiter Teil – neben dem Sozialistengesetz – eines Programmes gegen die Sozialdemokratie geschildert worden waren. Keiner der 10 Anwesenden stimmte für das Gesetz. Die Sozialdemokraten, federführend unter anderem der Bayer Karl Grillenberger, hatten mit ihrer Gegenwehr Teilerfolge erzielt – beispielsweise gegen die Quittungsbücher, die den Rentenanspruch dokumentieren sollten, aber gleichzeitig die Arbeitsbiographie überprüfbar machten; man einigte sich auf jährliche Quittungskarten. Dennoch strotzte der Gesetzentwurf für sie geradezu vor unannehmbaren Einzelpositionen: Selbst der Höchstsatz der vorgesehenen Altersrente entsprach mit seinen 250 Mark pro Jahr in den meisten Regionen Deutschlands nicht dem zum Leben Notwendigen; das Hinterbliebenen-Problem wurde mit dem Gesetz nicht gelöst; der Reichszuschuss erschien

¹⁰⁵⁸ Zu den Kritikpunkten der Deutschen Reichspartei siehe auch: Stalman, Partei Bismarcks, S. 402-404.

¹⁰⁵⁹ Haerendel, Quellensammlung, S. XLV.

¹⁰⁶⁰ Wenn auch Haerendel, Quellensammlung, S. XXXI, betont, dass die Versicherungsmathematik schon recht weit war und es auch statistische Berechnungen für die Entwicklung von Wirtschaft und Staatshaushalt gab, so sind Statistiken und Berechnungen auch heute nicht unfehlbar und wie Franckenstein waren vermutlich viele Zeitgenossen der Ansicht, dass sichere Aussagen nicht vorhanden waren: „Eine statistische Basis für das Gesetz gibt es nicht sie bildet sich erst durch das Gesetz, welches nach circa acht Jahren revidiert werden muß.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 614, Brief Franckenstein an Soden vom 21. April 1889. Für eine Frühphase der Diskussion um das Gesetz lässt sich ausmachen, dass die Meinung des bayerischen Ministers Crailsheim mit Franckensteins übereinstimmte, die Boettichers nicht: Haerendel, Quellensammlung, S. 236 Anm. 5 und S. 236 Nr. 50: Schreiben des bayerischen Ministers des Königlichen Hauses und Außenministers Krafft Freiherr von Crailsheim an den Staatssekretär den Innern Karl Heinrich von Boetticher vom 25. Oktober 1887.

¹⁰⁶¹ Haerendel, Quellensammlung, S. XLI.

den Sozialdemokraten zu niedrig. Erst bei der Novellierung des Gesetzes 1899 waren sozialdemokratische Abgeordnete bereit zum großen Kompromiss.

Gegenstimmen gegen das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz kamen aus allen Fraktionen und die Vorlage erhielt nur eine knappe Zustimmung im Reichstag, so dass die ablehnenden Zentrumsabgeordneten, die beinahe die Hälfte des Kontingents an Gegenstimmen stellten, nicht allein auf weiter Flur standen. Hatte der zustimmende Teil der Zentrumsbayern hart dafür gearbeitet, ein für sie – und wie sie lange Zeit dachten: ihre Fraktion oder doch weite Teile derselben – ein annehmbares Gesetz zu erarbeiten, blieb die Vorlage für dreiviertel der Bayern unannehmbar. Der Stukkateur und Bildhauer Biehl, der die Lasten für den kleinen selbständigen Handwerker für untragbar hielt und der für den Antrag, Hitzes, Hertlings, Biehls mitverantwortlich zeichnete, von dem Franckenstein der Meinung war, er verschiebe das Gesetz ad calendas graecas,¹⁰⁶² erklärte rundweg: „Ich betrachte das Gesetz für ein Unglück.“¹⁰⁶³ Orterer trug in sein Tagebuch ein: „Schlußabstimmung 165 gegen, 185 für das heillose Gesetz“¹⁰⁶⁴ – wobei sich sein „heillos“ vielleicht nicht nur aus den Gesetzesbestimmungen, die aus historischer Sicht weitsichtig und wegweisend waren, speiste, sondern auch aus der Krise, in der das Gesetz die Fraktion zurückließ. Haerendel spricht für das letzte der drei Erstgesetze der deutschen Sozialversicherungen etwas aus, was auch für die Entscheidung der Zentrumsfraktion festgehalten werden kann: „Nicht jede Weichenstellung läßt sich letztlich logisch erklären, sondern ist manches Mal nur das eher zufällige Produkt einer Dynamik, die überall dort festzustellen ist, wo Menschen miteinander arbeiten und um Ergebnisse ringen.“¹⁰⁶⁵ Sachpolitische, machtpolitische, persönliche, geographische und soziale Trennlinien – letztlich: ein Gewirr von unterschiedlich motivierten Gräben zog sich durch die gesamte Zentrumsfraktion. Sie bestimmten die Entscheidung um das Gesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung und ein Teil dieser Trennlinien verwies in die Zukunft.

¹⁰⁶² RV 1888/89, Bd. 106, S. 1108 und 1137.

¹⁰⁶³ RV 1888/89, Bd. 107, S. 1892 (21. Mai 1889).

¹⁰⁶⁴ KN Orterer 24. Mai 1889.

¹⁰⁶⁵ Haerendel, Quellensammlung, S. XLVIII.

d) Trennlinien und Sozialversicherungspolitik – Ergebnisse und weiterführende Thesen

Für die Sozialversicherungsgesetze der Bismarckzeit, die die deutsche Sozialversicherungslandschaft noch heute prägen, spielte die Zentrumsfraktion eine tragende Rolle – und die Bayern in ihr hatten einen hohen Anteil daran.¹⁰⁶⁶ Bei diesem Ergebnis darf man jedoch nicht übersehen, dass an den Gesetzen – wenn auch von Gesetz zu Gesetz mit unterschiedlichem Gewicht – auch die Reichsbürokratie und einige Bundesratsvertreter arbeiteten und die Gesetzeswerke für alle beteiligten Seiten Kompromisse bedeuteten. Bis zu den Wahlen 1887 war eine Mehrheit ohne die Zentrumsfraktion jedoch nicht möglich, so dass ihre Position bei den Verhandlungen bis dahin sehr stark war.

Hervorragend aus allen Zentrumspolitikern und auch allen anderen Reichstagsabgeordneten ist Franckenstein, dessen Verhandlungsgeschick und Einsatzbereitschaft als Kommissionspräsident sowie hinter den Kulissen bei jedem der Gesetzeswerke für inhaltlich gute Gesetze sowie engagierte Beratungen garantierte. Die Patrioten Mayer, Reindl, Aretin in den früheren Jahren der Sozialpolitik, die Abgeordneten Buxbaum und Biehl in den späten Jahren gewinnen schon allein durch ihre Auswahl für die Kommissionsarbeit, oder auch durch ihre Anträge, Reden im Plenum und ihre Stellungnahme für oder gegen Details der Gesetze oder das Gesetzespaket etwas an Profil. Eine aus der Schar der Patrioten sowie der Zentrums политики insgesamt herausstechende positive Mitarbeit an (einzelnen) Sozialgesetzen und damit am Reichsaufbau konnte für Soden und Gagern nachgewiesen werden. Für Pfetten gilt dieser Nachweis in abgestufter Bedeutung für die Sozialpolitik. Eine Suche nach ihm wie nach Reindl in den Sprechregistern der *Stenographischen Berichte*¹⁰⁶⁷ zeigt, dass Engagement für Reichstagsthemen vorhanden war, die nicht zu den wichtigsten Weichenstellungen zählten, die für das noch junge Reich getroffen wurden, und daher nicht Untersuchungsgegenstand dieser Studie sind. Eine Untersuchung dieser Themen könnte sowohl ihr politisches Profil als auch ihren Grad an Mitarbeit weiter erhellen.

Gemäß ihrem Anteil in der Fraktion waren die Bayern in den Sozialversicherungskommissionen immer gut vertreten. Im Gegensatz zu anderen Politikfeldern, bei denen die Führungsfigur Franckenstein offenbar absichtlich patriotische Gegner der Vorlage einband, waren es bei der Sozialversicherung überwiegend seine Vertrauten aus dem bayerischen Lager, die er einband und die auch aktiv an den Gesetzeswerken mitarbeiteten. Eventuell hingen diese Entscheidungen damit zusammen, ob Windthorst und Franckenstein sich einig waren oder nicht.

¹⁰⁶⁶ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 379, unterschätzt die Bedeutung der Bayern stark.

¹⁰⁶⁷ Sprechregister.

Fragt man nach den Grundpositionen der Patrioten beziehungsweise Zentrumsbayern bei der Verabschiedung der Sozialversicherungsgesetze, muss zuvorderst der Föderalismus als *Conditio sine qua non* genannt werden. Dieser kristallisiert sich bei der Sozialpolitik als markantes Merkmal der Bayern in der Zentrumsfraktion heraus. Die Stärke der Einforderung des föderalen Charakters des Reiches nahm dabei über die Jahre auch keineswegs ab: Für Franckenstein war sie ein entscheidender Punkt, um für das Alters- und Invalidengesetz zu stimmen; für Orterer war es beinahe skandalös, dass Fraktionskollegen dem Gesetz zustimmten, obwohl nicht noch mehr Föderalismus durchgesetzt worden war. Dieses Kriterium unterschied den ab 1882 in München lebenden und mit den bayerischen Kollegen daher immer mehr verflochtenen Hertling bis Ende des Untersuchungszeitraumes 1889 von den Abgeordneten mit bayerischem Wahlkreis: Er hätte den Föderalismus schon beim Versicherungsgesetz 1883 geopfert.

Die Frage danach, ob ein Versicherungszwang für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter (teilweise auch für die Dienstboten) bestehen sollte oder ob für sie nur fakultativ die Möglichkeit im Gesetz eröffnet werden sollte, war ein Thema, das bei den drei Erstgesetzen auch in der Zentrumsfraktion und unter ihren Bayern kontrovers diskutiert wurde. Soden war schon 1883 beim Krankenversicherungsgesetz für den Zwang, Franckenstein zeigte sich kompromissbereit, Kaspar Graf Preysing hingegen war für die fakultative Lösung. Die Frage nach der Einbeziehung stand nicht nur in Zusammenhang mit der allgemeinen Fürsorge und der für die eigenen Wähler, sondern auch in Zusammenhang mit der Durchführbarkeit und der Wirtschaftsstruktur des eigenen Bundeslandes.

Auf die Ablehnung von Subventionierung hatte sich die Reichstagsfraktion 1881 geeinigt; dabei fügte sich eine Minderheit um Franckenstein und Aretin den Hardlinern der Fraktion. Jahrelang konnte die Fraktion dieses Ausschlusskriterium für ein Gesetz durchsetzen. Erst im Jahre 1889 machte eine kleine Gruppe von dreizehn Abgeordneten, darunter acht Bayern, unter Führung Franckensteins das Zugeständnis des Reichszuschusses; die einen mehr aus Überzeugung für das Gesetz und um die föderalistischen Errungenschaften des Gesetzentwurfs zu sichern, die anderen mehr aus Loyalität zu Franckenstein. Als Ablehnungsgrund bei der Entscheidung 1889 konnte – und dies hängt auch, aber nicht nur mit dem Reichszuschuss zusammen – eine innere Abneigung gegen die unabwägbaren Neuerungen und Folgen für die Gesellschaft durch eine Alters- und Invalidenrente für weite Teile der Bevölkerung ausgemacht werden.

Neben diesen Sachargumenten für oder gegen die Sozialversicherungsgesetze gab es teilweise außerhalb der Gesetze liegende Beweggründe. So wie der Kulturkampf bis dato den Blick auf die positive Mitarbeit der Patrioten versperrte, so sahen in ihm Zeitgenossen und Historiker immer wieder das Handlungsmotiv von Patrioten und Restzentrum für oder gegen eine Initiative im Bismarckreich. Eine Auswirkung des Kulturkampfes im Sinne eines Abweichens von der klaren Linie der Sozialpolitik der Patrioten beziehungsweise Zentrumsbayern ist allerdings nur indirekt denkbar für die Entscheidung über das Unfallversicherungsgesetz 1881, nämlich dann, wenn man davon ausgeht, dass eines von mehreren Motiven Windthorst, der sich nach bisherigen Forschungsergebnissen mit anderen Nicht-Bayern in diesem Fall durchsetzte, der Kulturkampf war. Für 1889 argumentierte Windthorst in der Fraktion nicht mit dem als beendet geltenden Kulturkampf¹⁰⁶⁸ – und auch Historiker erblicken in ihm nicht das Handlungsmotiv der Zustimmenden oder Ablehnenden innerhalb der Zentrumsfraktion.

Die These der Forschung, dass sich die heterogene Zusammensetzung der Zentrumsfraktion in den 1880er Jahren durch den Abbau des Kulturkampfes, der die Klammer um die Zentrumsfraktion darstellte, bemerkbar machte, scheint auf den ersten Blick sehr einleuchtend. Sie muss aber für 1889 zurückgewiesen werden. Zur Zeit des Sozialistengesetzes 1884 war der Kulturkampf im Schwinden, aber Kulturkampfgesetze bestanden und griffen noch – und doch stimmten bereits zu diesem Zeitpunkt einschließlich Franckenstein siebzehn Patrioten, fünf davon Bürgerliche, zwölf Adelige, für das Gesetz. Eine genaue Untersuchung der Beweggründe täte hier Not. Die vorgenommene Analyse der Sozialversicherungspolitik der Zentrumsbayern und des Restzentrums belegt, dass das ausschlaggebende Moment für die Krise des Reichszentrums und das gespaltene Votum 1889 die Gräben selbst beziehungsweise die lange Zeit war, die die Personen mit den Gräben in der Fraktion schon lebten: Franckensteins Erfahrung von 1881 beziehungsweise das seiner Meinung nach schlechtere Gesetz von 1884, Windthorsts Eifersucht und Dominanzstreben sowie allgemein sachliche Meinungsdivergenzen und die Loyalität einiger, vor allem adeliger, Abgeordneter gegenüber dem Fraktionsvorsitzenden bedingten das gespaltene Votum von 1889 – nicht der Wegfall des Kulturkampfes. Wagen wir noch einen Blick zu Windthorst: Geschichte lässt sich nicht von ihrem Ende ausgehend interpretieren. Daher wäre es ein Fehler, Windthorsts Entscheidung von 1881 mit der aus dem Jahre 1889 gleichzusetzen und aus diesem Grund den Kulturkampf als Motiv ganz auszuschließen. Außer Windthorsts Herrschsucht innerhalb der Fraktion und vermutlich dem Reichszuschuss drängt sich noch ein

¹⁰⁶⁸ Auf den Wegfall des Kulturkampffragmentes für Windthorst macht auch Aretin, Franckenstein, S. 270, aufmerksam. Lange Zeit wurde der Kulturkampf von der Forschung 1889 bereits als beendet angesehen; als gänzlich beendet stellt er sich laut aktuellen Forschungsergebnissen nicht dar.

anderer Beweggrund, eine andere These, auf: Die Fronten zwischen Windthorst und Bismarck hatten sich immer mehr verhärtet und Bismarck, auch das System Bismarck, waren für Windthorst nicht nur 1889 ein Grund, einem Gesetzesvorhaben ablehnend gegenüber zu stehen – warum auch sollte sich Windthorsts Dominanzstreben nur auf seine Position innerhalb der Fraktion beziehen? Neben Windthorsts Eifersucht auf Franckenstein liegt auch in diesen verhärteten Fronten und dem damit verbundenen Dominanzstreben Windthorsts gegenüber Bismarck eine Ursache für Windthorsts Votum und die Krise der Fraktion.

Bismarck spielte auch für Franckenstein eine Rolle, auf Grund seines Charakters aber eine andere: Bei Franckenstein findet sich immer wieder ein Taktieren in Bezug auf des mächtigen Reichskanzlers Befindlichkeit – wobei dieses nicht als Nachgiebigkeit missverstanden werden darf, denn auch Franckenstein konnte in der Sache hart bleiben. Franckensteins Hauptmotiv für seine positive Mitarbeit an den Sozialversicherungsgesetzen wird am besten durch seine eigene Formulierung 1889 widergegeben: „[M]uß das Gesetz aber gemacht werden, und das ist nicht zu bezweifeln, mache ich es lieber in meinem Sinne als so wie es die Nationalen wollen mit der Reichsanstalt und allem was daran hängt.“¹⁰⁶⁹

Zur Entwicklung der Bayern in der Fraktion bleibt für die Sozialversicherungspolitik und auch allgemein festzuhalten: Franckensteins Art Politik zu machen hatte sich zeitweise in der Fraktion durchgesetzt: Bis zum Jahr 1889 hatten die Zentrumsfraktion und der Reichskanzler vielfach an einem Strang gezogen und auf diese Weise wurden auch die Sozialversicherungsgesetze verabschiedet.¹⁰⁷⁰ Eine Äußerung Hertlings, die Anderson zitiert und Aretin in Zweifel zieht, mag zu diesem Urteil nicht recht passen; Anderson formuliert, und inkludiert dabei einen Teil von Hertlings Worten: „Hertling schrieb J. Bachem am 26. Juni 1904, daß alles gut gegangen sei, solange sich Franckenstein mit der ‚äußeren Leitung‘ der Fraktion zufriedengegeben habe und ‚sich nach Windthorsts Gedanken richtete; es ging nicht mehr, als der erstere zu glauben begann, er könne selbst Politik machen‘“¹⁰⁷¹. Wie gesehen war Hertling bei der Unfallversicherungsvorlage von 1881 schon anderer Meinung als Franckenstein; bereits 1883 war er beleidigt über eine sachlich andere Meinung

¹⁰⁶⁹ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 614, Brief Franckenstein an Soden vom 21. April 1889. Hier auch das folgende Zitat. Bachem, Zentrum V, 68f., vermutete Föderalismus als Grund für Franckensteins Zustimmung – und in seiner Nachfolge: Braun, bayerisches Reichsverhältnis, 91; Hartmannsgruber. Patriotenpartei, S. 380; und Anderson, Windthorst, S. 390.

¹⁰⁷⁰ Ein Grund mag in der folgenden Feststellung Andersons über Windthorst liegen, die sich in ihrem Kapitel „Eiertanz 1880-1884“ findet: „Sollte doch der Kanzler die Außenpolitik machen, sollten doch Hertling und Lieber und die anderen jungen Männer sich um wirtschaftliche und soziale Fragen kümmern – der Führer des Zentrums widmete sich tagaus, tagein den hundert verzwickten Fragen, die die katholische Kirche und ihre Mitglieder betrafen.“ Anderson, Windthorst, S. 304.

¹⁰⁷¹ Anderson, Windthorst, S. 382 Anm. 21. Der Brief Hertlings befindet sich in: Historisches Archiv der Stadt Köln, NL Bachem 1006 Nr. 63, Brief Hertling an J. Bachem vom 26. Juni 1904.

Franckensteins und schied aus der Unfallkommission aus; 1889 kam es dann zum offenen Schlagabtausch im Reichstagsplenum. Wenn man diese Faktenlage übersieht, kann man sich nur Aretins Urteil anschließen, dass es „nicht für die Überlegenheit Hertlings“ spricht, „daß er die allgemein anerkannten politischen Leistungen Franckensteins auf solche Art und Weise abqualifizierte.“¹⁰⁷² Der Äußerung Hertlings ist das Urteil des bayerischen Diplomaten Lerchenfeld von 1889 entgegenzustellen, das offen legt, dass es sich um einen den Zeitgenossen wohlbekannten jahrelangen Konflikt zwischen den zwei entscheidenden Führungspersönlichkeiten des Reichszentrum handelte: „Bei keinem Anlaß ist bisher der zwischen den beiden Führern der Partei, Fran[c]kenstein und Windthorst, seit Jahren bestehende Antagonismus so sehr nach außen hervorgetreten wie diesmal.“¹⁰⁷³

Franckensteins Hausmacht in der Reichstagsfraktion war auf eine kleine Gruppe vor allem adeliger Bayern, ein paar adeliger Nicht-Bayern sowie vermutlich zweier Bürgerlicher zusammengeschnitten – die bayerischen Bürgerlichen waren bei der Entscheidung 1889 fast ausnahmslos eingegliedert in die Restfraktion unter Führung Windthorsts – was eine markante Veränderung darstellte. Wie kam es dazu? Anhand der Egodokumente wird deutlich, dass Windthorst, der innerhalb der Fraktion aktiv und teils verdeckt Meinungsbildung betrieb und der von großen Teilen der deutschen Katholiken als Zentrumsführer verehrt wurde – wie es Bismarck als Reichsgründer von anderen Teilen der Bevölkerung wurde – die Deutungshoheit darüber erlangt hatte, was das Zentrum ist und was es ausmacht. Franckenstein hatte diesen Machtkampf nicht verloren, denn er hatte ihn im Grunde gar nicht geführt. Franckenstein war kein Machtmensch. So sehr er Soden gefördert hatte, so sehr er Gagern an sich herangezogen hatte, so sehr er dies vielleicht auch mit Buxbaum gemacht hatte, so wenig scheint er dabei taktisch umfassend vorgegangen zu sein, um seine Hausmacht gegen die Hausmacht Windthorsts auszubauen – und so sehr glaubte er an eine Loyalität Windthorsts. Beispielhaft für die nicht-adeligen Bayern ist, dass Orterer sich zwischen der Septennatsentscheidung 1887 und der Entscheidung um das Alters- und Invaliditätsgesetz 1889 von Franckenstein weg und zu Windthorst hin bewegt hatte.

Ein Aufstieg Orterers zu dem Dreh- und Angelpunkt zwischen den bayerischen Bürgerlichen und dem Zentrumsführer Windthorst, „der sich, objektiv betrachtet, auf der Höhe seiner Autorität befand“¹⁰⁷⁴, ist in der Fraktionskrise 1889 zu beobachten. Für den Zusammenhalt der Fraktion müssen als jahrelange Vermittler zwischen Franckenstein und Windthorst der

¹⁰⁷² Aretin, Franckensteins, S. 271 und 272 (Zitat).

¹⁰⁷³ BayHStA, MA Nr. 77461, Bericht des bayerischen Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim vom 6. April 1889; zitiert nach: Haerendel, Quellensammlung, S. 636.

¹⁰⁷⁴ Anderson, Windthorst, S. 391.

1887 verstorbene Karl Freiherr von Aretin sowie Konrad Graf von Preysing Erwähnung finden. Mit der extra Sitzung der bayerischen Zentrumsabgeordneten am 20. März 1889 tritt eine weitere zu den wenigen bekannten separaten Besprechungen hinzu.

10. Ergebnisse: Motive, Phasen der Politik, Haltung gegenüber dem Reich und Bayern, Ergebnis des Vergleichs zur Reichspolitik anderer politischer Kräfte

Die eingangs gestellten zentralen Fragen, die alle Desiderate der Forschung darstellen, lassen sich auf Grund der vorangegangenen Politikkapitel nun beantworten. Für die Haltung der Patrioten werden die einzelnen Aussagen der Politiker und deren festgestellte punktuelle Bedeutung zu Forschungsthesen zusammengeführt.¹⁰⁷⁵ Zur zusätzlichen Unterstreichung der These der Eingewöhnungsphase wird kurz hingewiesen auf von der Forschung bislang übersehene, Aufsehen erregende Initiativen im Reichstag. Nehmen wir aber zunächst die Leitfragen vor ihrer endgültigen Beantwortung noch einmal auf:

Der erste Komplex an offenen Fragen interessiert sich für eventuelle separatistische Bestrebungen der bayerischen Patrioten beziehungsweise Zentrumsleute im Reichstag, für ein eventuelles Blockieren der Konsolidierung des Reiches und für eventuelle positive Mitarbeit am Reich – sowie für die zu Tage tretenden Entscheidungskriterien und Handlungsmotive.

Daran schließt sich der Blick auf die zeitliche Abfolge der politischen Entscheidungen an: Lässt sich eine Entwicklung von den frühen Jahren ihrer Reichstagsaktivitäten zu den späten feststellen? In die Darstellung der sich herauskristallisierenden Phaseneinteilung wird eine eng verbundene Frage einbezogen: Welche Schlüsse lassen sich aus der betriebenen Politik und ergänzend aus öffentlichen wie privaten Äußerungen auf die patriotische Einstellung gegenüber dem kleindeutschen Reich sowie gegenüber der bayerischen Heimat ziehen? Grundlegende Überlegung dabei ist, dass die Haltung der Politiker nicht unbedingt mit der Politik der Partei gleichgesetzt werden kann. Parteien und Abgeordnete müssen an ihrer Politik gemessen werden; aber den Grad der Integration kann man nicht ohne die Haltung der Politiker gegenüber dem Reich und einen eventuellen Einstellungswandel bestimmen.

Als letztes rückt eine kurze Zusammenfassung des Vergleichs der Patrioten mit den anderen politischen Kräften des Reiches in den Fokus, um die Abgeordneten beziehungsweise die

¹⁰⁷⁵ Wo es sich anbietet, die Thesen durch zusätzliche Quellenbelege zu ergänzen, fließen in die Beantwortung (Hinweise auf) Egodokumente ein.

Partei in den Kontext ihrer Zeit zu stellen: In welchem Maße standen andere politische Kräfte den Vorhaben Bismarcks im Wege? Bremsten sie ein Zusammenwachsen des Reiches?

An den Entscheidungen im Reichstag bis 1889 lässt sich als herausragendes Handlungsmotiv und grundlegende Tendenz, die im Folgenden noch zu differenzieren ist, ablesen, dass sich die bayerische Partei für den Status quo der Reichsverfassung von 1871 in Bezug auf das Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten einsetzte. Separatistische Vorhaben oder Obstruktionspolitik standen nicht zur Debatte.

Einsatz für den Status quo heißt erstens, dass die Patriotenpartei beziehungsweise das bayerische Zentrum versuchte, weder Unitarisierung zuzulassen noch föderalistische Elemente versanden oder per Gesetz verlustig gehen zu lassen. Ihr Föderalismus bezog sich auf den Schutz der Rechte des Bundesrates und damit verknüpft auf die Wahrung des Einflusses der Einzelstaaten, auf die Sicherung ihres Anteils an den Aufgaben des Staates und der Verwaltung als einem Stützpfeiler der Länderstaatlichkeit. Zweitens umfasste der Status quo wie das Vorhaben seiner Erhaltung die Reservat- und Sonderrechte, die mit Bayern, teilweise auch anderen süddeutschen Staaten, 1870/71 vereinbart und festgeschrieben worden waren. Unter diesen ist der Versuch, den Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten zu aktivieren, eindeutig als föderalistisch zu bewerten. Der Einsatz für die anderen Reservatrechte war eine Betonung der bayerischen Eigenstaatlichkeit – doch muss man bei den Beweggründen für den ausgeprägten Föderalismus und den Auswirkungen desselben differenzieren und darf daher nicht voreilig bewerten: Im Falle des Postreservates bei der Sozialpolitik hatte das Pochen auf das Reservat zum Beispiel keine Auswirkungen auf die Einheit des Reiches. Nur in zwei Fällen wird bei einer Gesetzesabstimmung der Blick auf die symbolische oder nicht-symbolische Bedeutung, die dem besonderen Hoheitsrecht beigemessen wurde, nicht durch andere gewichtige Motive (wie die Ablehnung eines Monopols) verschleiert: Die Patrioten verteidigten das Eisenbahnreservat 1873 vor allem, weil sie an dem bayerischen Recht und an seinem Prestige festhalten wollten¹⁰⁷⁶ – für Bevölkerung und Wirtschaft blieb das hinderliche Tarif- und Fahrplanwirrwarr. Derselbe Schluss darf für die bayerischen Zentrumsmitglieder hingegen nicht gezogen werden, die 1887 das Branntweinsteuergesetz ablehnten, da nur das Reservat den Schutz der bayerischen Branntweinwirtschaft auf Dauer gewährleistete. Vielmehr ist umgekehrt darauf hinzuweisen, dass für eine große Anzahl von bayerischen Zentrumsabgeordneten (in Reichstag und

¹⁰⁷⁶ Allerdings waren es nicht ihre wenigen Stimmen im Reichstag (oder die des Restes der Zentrumsfraktion), welche die für Volk und Wirtschaft sinnvolle Zentralisierung durch ein Reichseisenbahnamt verhinderten, sondern die verbündeten Regierungen.

Landtag) das für den Moment wirtschaftlich vorteilhafte Gesetz eine Brücke baute und sie bereit waren, das besondere Hoheitsrecht zugunsten einer Vereinheitlichung fallen zu lassen – diese Abgeordneten legten den Schutz der bayerischen Branntweinwirtschaft und damit vieler kleiner Existenzen in die Hände des Reiches.

Dass die Vertreter der ersten bayerischen Volkspartei im deutschen Reichstag bis 1889 immer im Einklang mit dem Restzentrum agierten,¹⁰⁷⁷ stellt einen weiteren Beleg für die föderalistische Ausrichtung ihrer Reichspolitik dar: Die Zentrumsabgeordneten aus Preußen beziehungsweise die wenigen aus anderen Bundesstaaten hatten ebenfalls Wählerinteressen zu vertreten und somit kein Interesse an einer Bevorzugung bayerischer Interessen, sondern sie lehnten in ihrer Mehrheit Unitarismus ab.¹⁰⁷⁸

Allerdings stellt sich in den untersuchten gewichtigen Entscheidungen auf Reichsebene der Föderalismus der Bayern eindeutig als tiefergehend heraus als bei den anderen Zentrumsmitgliedern, ja sogar als *Conditio sine qua non* der patriotischen Politik gegenüber dem Reich.¹⁰⁷⁹ Dabei ging es den Abgeordneten nicht einfach um Bayern; Föderalismus wurde auch als Lebensquell des Kaiserreiches betrachtet.

Neben dem Föderalismus kristallisieren sich weitere kontinuierlich angewandte Entscheidungskriterien und Handlungsmotive im Reichstag heraus, die ebenso wie der Föderalismus mit den für die patriotische Fraktion in der Kammer der Abgeordneten korrespondieren – soweit es für die Abgeordneten im Landtag möglich war, diese zu verfolgen:

1. Die Bayerische Patriotenpartei beziehungsweise die Bayerische Zentrumspar- tei verteidigte – wie im Landtag – bis 1889 die Rechte des Parlaments (anlässlich Bismarcks

¹⁰⁷⁷ Im Einklang agierten sie insofern, als dass erstens bei den untersuchten Entscheidungen die Zentrumsfraktion für gewöhnlich gemeinsam stimmte – und falls nicht, fehlten die Stimmen nicht entlang geographischer Grenzen auseinander; zweitens insofern, als dass Meinungsverschiedenheiten eher wirtschaftlicher, persönlicher oder taktischer als geographischer Natur waren.

¹⁰⁷⁸ Auch in der Form einer sinnvollen Vereinheitlichung von Eisenbahntarifen und Fahrplänen – wie die verbündeten Regierungen.

¹⁰⁷⁹ Da die Nicht-Bayern nicht im Fokus stehen, Folgendes nur als Anmerkung: Die Forschung setzt gerne Windthorst und das Zentrum synonym und überträgt damit Eigenschaften und Erfolge von einem zum anderen. Als gesichert darf aber gelten, dass Windthorst ein überzeugter Föderalist war. Zusammengenommen mit dem nun vorliegenden Ergebnis für die Bayern und ein paar Quellenhinweisen ist davon auszugehen, dass die in diesem Punkt unnachgiebigen Bayern und der dominante Windthorst Nicht-Bayern der Fraktion beeinflussten und auf eine gemeinsame Linie brachten. Eine Untersuchung der Position der Nicht-Bayern beziehungsweise von einzelnen unter ihnen würde angesichts des nach außen rein föderalistisch getünchten Bildes interessant sein und einen weiteren Einblick in Fraktionsinterna schaffen.

Monopolvorhaben, mit der Franckensteinschen Klausel und im Rahmen der Militärpolitik).¹⁰⁸⁰

2. Damit korrespondieren zum Teil ihre Versuche, die Macht des Reichskanzlers und der teilweise hinter dem „föderalistischen Verantwortungsnebel“¹⁰⁸¹ des Bundesrates versteckten Reichsregierung einzuschränken oder zumindest nicht anwachsen zu lassen (z. B. mit dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und dem Stellvertretergesetz).
3. Zur Begründung der strikten Ablehnung jeden Staatsmonopols wurden die Verneinung von Staatssozialismus und –omnipotenz ins Feld geführt.
4. Ein entscheidender Faktor der patriotischen Politik war auch positive Mitarbeit an der inneren Gestaltung des Deutschen Reiches: Hierzu zählen sowohl der Beitrag zum Föderalismus in Form des Bundesratsausschusses oder der Franckensteinschen Klausel, wie die Bewilligung von für das Reich oder seine Leitung Notwendigem. Bei letzterem ist z. B. an den ersten Paragraphen des Stellvertretergesetzes zu denken, aber auch an den Staatshaushalt.¹⁰⁸²

Wie von einem Vertreter bayerischer Wähler zu erwarten wägen die bayerischen Abgeordneten nach pekuniären Vor- und Nachteilen für den Einzelstaat Bayern ab – jedoch stellte dieses finanzielle Interesse nie das alleinige Handlungsmotiv dar und vielfach ging es gleichzeitig um die Finanzlage aller oder der süddeutschen Einzelstaaten.

An den untersuchten Beispielen zeigt sich außer beim Staatshaushalt positive Mitarbeit auch bei anderen alltäglichen Felder der Politik wie der inländischen Wirtschaft und allgemein dem Wohl des Volkes. Folglich wirkten sie am Aufbau des Deutschen Kaiserreiches mit.

5. Die spezifischen Interessen ihrer Wähler, also vor allem der Landbevölkerung und der Katholiken, nahmen bei Entscheidungen einen hohen Stellenwert ein. Beachtlich ist dabei ihr Augenmerk auf finanzielle Lasten für das Wahlvolk.
6. Ein weiterer Beweggrund für patriotisches Engagement, der bei den untersuchten Entscheidungen jedoch kaum vorkommt, war das Hemmen des Kulturkampfes und somit der Schutz der Katholiken und der Rechte der katholischen Kirche.

¹⁰⁸⁰ Auch die Funktionsfähigkeit des Parlamentes wollten die Patrioten sicher stellen – nicht nur indem man bereit war, selbst Funktionen zu übernehmen, sondern auch, indem sie beispielsweise Änderungen an der Geschäftsordnung des Reichstages mitverabschiedeten. Als Beispiel für die Geschäftsordnung: RV 1872, Bd. 24, S. 457 (22. Mai 1872).

¹⁰⁸¹ Langewiesche, *Föderativer Nationalismus*, 226.

¹⁰⁸² So selbstverständlich wie diese Bemühung klingt, war sie nicht in Anbetracht der ursprünglichen Einstellung der bayerischen Patriotenpartei gegenüber einer kleindeutschen Lösung. Erahnen lässt sie sich mit dem Ergebnis der Verfassungskonformität im bayerischen Landtag.

In den Untersuchungsgegenständen, die nach den eingangs gestellten Fragen ausgewählt wurden und Entscheidungen über staatstragende Politikfelder oder Verfassungsänderungen darstellten, tritt der Kulturkampf nur bei zwei Gesetzesabstimmungen als Abstimmungsgrund zu Tage: bei zwei Entscheidungen über die Rechtseinheit, die vom Kulturkampf beeinträchtigt wurden und bei der zweiten Entscheidung über das Septennat 1887, bei der der Druck des Papstes und der Versuch, die Fraktion zusammenzuhalten, zur Stimmenthaltung führte.¹⁰⁸³

Dies führt vor Augen, dass – entgegen der landläufigen Meinung – der Kulturkampf auf Reichsebene nicht die Reichspolitik der Bayerischen Patriotenpartei als ausschlaggebendes Kriterium (mit-)bestimmte – entscheidend für das Gros der Initiativen und Beschlüsse zu den die Entwicklung des Reiches prägende Weichenstellungen waren die anderen zu Tage getretenen Motive ihres Handelns.

7. Die Militärpolitik sticht als eine Besonderheit ins Auge, da sich bei ihr außer der Summe von auch sonst angewandten Entscheidungskriterien (dem parlamentarischen Charakter des Reiches, der Frage nach Reservatrechten, hohen Kosten und Wählerinteressen) als Beweggrund die bayerische Abneigung gegen den preußische Militarismus hervortut.

Angeichts der Tatsache, dass das bayerische Kontingent des Reichszentrums mit vernachlässigbaren Ausnahmen vom Restzentrum bei Initiativen unterstützt wurde und dass die Zentrumsfraktion im Reichstag bei den untersuchten politischen Entscheidungen zumeist geschlossen agierte und stimmte, ist darauf hinzuweisen, dass die Handlungsmotive und Entscheidungskriterien, die nicht als spezifisch bayerisch gekennzeichnet sind, als Forschungsergebnis für die Politik der gesamten Zentrumsfraktion Geltung beanspruchen dürfen. Inwieweit Einzelmeinungen bei den Nicht-Bayern hinter oder sogar vor den Kulissen abwichen, war allerdings im Rahmen dieser Untersuchung nur insoweit von Interesse, als sie als Vergleichsobjekt dienen konnten oder – wie bei maßgeblichen Abgeordneten – für die Entscheidungsfindung innerhalb der Gesamtfraktion wichtig waren.

Abgesehen von den stetig angewandten Handlungsmotiven und Entscheidungskriterien des bayerischen Kontingents der Zentrumsfraktion gab es vereinzelt andere Motive, die zur

¹⁰⁸³ Eine dritte Entscheidung kann nur unter Vorbehalt hinzugefügt werden: Beim Unfallversicherungsgesetz 1881 spielte der Kulturkampf für Windthorsts Entscheidung gegen den von Franckenstein in letzter Sekunde mit Bismarck ausgehandelten inhaltlichen Kompromiss mit ziemlicher Sicherheit eine Rolle; wobei man aus meiner Sicht immer fragen kann, inwieweit es sich für Windthorst tatsächlich um den Kulturkampf oder doch mehr um Bismarck und sein gesamtes System handelte. Franckenstein und die auf seiner Seite stehenden Abgeordneten beugten sich um der Einheit der Fraktion willen der Mehrheit der Fraktion. Die Entscheidungskriterien der Mehrheit dürfen aber nicht mit denen Windthorsts gleichgesetzt werden, auch wenn man vermuten kann, dass zumindest ein paar weitere Abgeordnete Bismarck nicht ohne eine Vor- beziehungsweise Gegenleistung von seiner Seite inhaltlich weiter entgegen kommen wollten.

Abrundung des Bildes sinnvoll sind zu erwähnen: Bei der Entscheidung aus dem November 1871 über den Gesetzentwurf, betreffend die Einführung des norddeutschen Bundesgesetzes vom 9. November 1867 über die Verpflichtung zum Kriegsdienst in Bayern, spielte die innerbayerische Auseinandersetzung mit dem bayerischen Kabinett (um die Wahrung der parlamentarischen Rechte) die entscheidende Rolle für die Ablehnung des Gesetzentwurfes auf Reichsebene. Der innerbayerische Konflikt verschleiert somit auch den Blick darauf, wie die Entscheidung der bayerischen Patrioten ohne denselben ausgefallen wäre. Jahre später, bei den Sozialversicherungsgesetzen trat bei einigen Vertretern der Partei eine innere konservativ zu nennende Ablehnung gegen die unabwägbaren Neuerungen, die das eine oder andere Gesetz bringen könnte, zu Tage; für 1881 erscheint dieses konservative Entscheidungskriterium in der Presse, bei den Reichstagsabgeordneten kann man es nur vermuten, für das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz 1889 lässt es sich nachweisen. Ein Entscheidungskriterium ganz anderer Art begegnet bei zwei Voten: das Verhältnis der Abgeordneten untereinander. Bei der zweiten Entscheidung zum Septennat 1887 führten die Persönlichkeit Konrad Graf von Preysings, seine Verletztheit und sein Ärger über Nicht-Einweihung und Bevormundung sowie die zahlreichen Gräben, die sich zu seinen politischen Freunden aufgetan hatten, dazu, dass er weder von Franckenstein noch von Windthorst – wie so oft zuvor – versöhnt werden und für ein einheitliches Auftreten gewonnen werden konnte. Beim Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz 1889 gab es handfeste sachliche Meinungsverschiedenheiten – aber alleine mit diesen lässt sich nicht begründen, welcher Abgeordnete wie entschied: Die vorgenommene Analyse der Sozialversicherungspolitik der Zentrumsbayern und des Restzentrums belegt, dass das ausschlaggebende Moment für die Krise des Reichszentrums und das gespaltene Votum 1889 die Gräben zwischen einzelnen Abgeordneten, die Gräben in der Fraktion beziehungsweise die lange Zeit war, die die Personen mit den Gräben in der Fraktion schon lebten: Franckensteins Erfahrung von 1881 beziehungsweise das seiner Meinung nach schlechtere Unfallversicherungsgesetz von 1884, Windthorsts Eifersucht und Dominanzstreben – sowie sein Einfluss bei vielen Abgeordneten auf der einen Seite und die Loyalität einiger, vor allem adeliger, Abgeordneter gegenüber dem Fraktionsvorsitzenden auf der anderen Seite bedingten das gespaltene Votum und dessen genaues Bild, nicht sachliche Differenzen allein und auch nicht der Wegfall des Kulturkampfes. Dieses Ergebnis der Politikkapitel verweist thematisch bereits auf das noch folgende Kapitel VII.

Nicht an den hier untersuchten Weichenstellungen, die für das Reich vorgenommen wurden, ablesbar ist der von den Patrioten mit dem Reichszentrum fast ausnahmslos verfolgte Schutz

der Minderheiten im Reich. Eine Analyse beispielsweise der Entscheidungen um die Sozialistengesetze sowie der Versuche des Reichszentrums, eine Weiterführung des Kulturkampfes in Polen zu verhindern, würde keine abweichenden oder weiteren Erkenntnisse über die Entwicklung der Politik der Bayerischen Patriotenpartei beziehungsweise der Bayerischen Zentrumsparlei gegenüber dem Reich hinzufügen können – sie würden aber die Erkenntnisse über die Politik der Partei im Allgemeinen sowie über die Verhältnisse innerhalb der Zentrumsfraktion des Reichstages bereichern und ausweiten. Aktuell muss offen bleiben, wie sehr der Schutz der Minderheiten im Reich dem bayerischen Kontingent insgesamt beziehungsweise den einzelnen bayerischen Abgeordneten ein Anliegen war.¹⁰⁸⁴

Wenn man nach einer Entwicklung in der Reichspolitik der bayerischen Patrioten beziehungsweise der bayerischen Zentrumsleute bis 1889 fragt, ergibt sich eine kurze „Eingewöhnungsphase“ in das Reich, eine lange mittlere Phase, die sich durch positive Mitarbeit am Reich auszeichnete, und eine Spätphase, bei der zur positiven Mitarbeit vereinzelt Kompromissbereitschaft in Bezug auf die bis dahin kompromisslos verfolgten Motive und Entscheidungskriterien hinzutrat:

Die „Eingewöhnungsphase“ umfasste die erste Legislaturperiode. Sie lässt sich festmachen an dem Beharren aller patriotischen Abgeordneten auf dem Eisenbahnreservat 1873 sowie dem 1871/72 erfolgten Versuch, die Rechtseinheit zu bremsen: Weitere Schritte zur Vereinheitlichung über die Versailler Verträge hinaus versuchten die Abgeordneten zu begrenzen – dies bedeutete aber auch, dass sie in ihrer Politik das Reich so akzeptierten, wie es vereinbart worden war. Diese Ergebnisse, die an den untersuchten wichtigen Weichenstellungen für neu geschaffenen Reich ablesbar sind, werden unterstützt durch zwei markante patriotische Vorstöße, die die Forschung bislang – nicht nur nicht genau unter die Lupe nahm, sondern gänzlich übersah: Die bayerischen Patrioten weigerten sich im Reichstag über Vorlagen mit Nein oder Ja abzustimmen, über die sie als Bayern ihrer Meinung nach – und dies ist juristisch haltbar – nach den Versailler Verträgen beziehungsweise der

¹⁰⁸⁴ Bislang finden sich in der Forschung Pauschalaussagen über das gesamte Zentrum, die auf der Analyse der Politik beruhen und für diese auch zutreffen – wie beispielsweise bei Nipperdey: „Das Zentrum war eine ‚Verfassungspartei‘. Es stand fest auf dem Boden der liberalen Grundrechte und des Rechtsstaates, es war ein entschlossener Anwalt des Minderheitenschutzes und ein entschiedener Gegner von Ausnahmegeetzen gegen Polen, Juden, Sozialisten. Es stand fest auf dem Boden der konstitutionellen Machtverteilung ohne eine programmatische Tendenz zu konservativer Restriktion oder demokratisch-parlamentarischer Expansion.“ Nipperdey, Deutsche Geschichte II, S. 342f. Mit dem bis dato gesicherten Blick hinter die Kulissen darf die Aussage über die „liberalen Grundrechte“ als Windthorst-geprägt bezeichnet werden und für das bayerische Kontingent als unerforscht gelten; „auf dem Boden der konstitutionellen Machtverteilung“ standen die Bayern hingegen nachweislich.

Reichsverfassung nicht berechtigt waren abzustimmen.¹⁰⁸⁵ Im Gegensatz zu den Liberalen, die bereits 1871 mit stetigen Vorstößen im Reichstag weitere, über die Verträge hinausgehende, Zentralisierung und Unifizierung erstrebten, wollten die Patrioten kein enger gefasstes Reich. Die Stellung aller bayerisch-patriotischen Abgeordneten zum Reich war zu dieser Zeit sehr verhalten; auch ihre Auffassung vom Wesen des Reiches unterschied sich grundlegend von der in der Zeit populären liberalen Auffassung. Für beide Feststellungen bedarf es nicht einmal privater Briefe und Aufzeichnungen, denn die in den jeweiligen Politikkapiteln zitierten Aussagen der Patrioten im Reichstag machen ihre Verhaftung in einer älteren Reichstradition deutlich, zum Beispiel wenn Schüttinger davon spricht, „daß vom föderalistischen Standpunkte aus jeder Nation [!] im großen deutschen Reich ihre besondere Eigenthümlichkeit gewahrt werden müsse.“¹⁰⁸⁶ In Zusammenhang mit der Forschungsthese der Eingewöhnungsphase ist das Ergebnis aus Kapitel III.3.a über die Zusammensetzung des bayerisch-patriotischen Reichstagskontingents zu sehen: Der prozentuale Anteil der Abgeordneten war in der ersten Legislaturperiode erheblich höher als in den folgenden Legislaturperioden, die den extrem kirchlichen Flügeln angehörten und zudem eventuell zu einer stark oppositionellen oder auch reichsfeindlichen Haltung neigten; zudem gehörten in der ersten Legislaturperiode kein Altliberaler und keiner der bei der Entscheidung im Januar 1871 realpolitischen, kompromissbereiten Abgeordneten dem Reichstagskontingent an. Nicht, dass die zunächst vier, dann drei extremen Abgeordneten die Grundhaltung der übrigen vierzehn, dann fünfzehn Patrioten bestimmten, aber ihre Stimmen waren für die Politik eben doch gewichtiger als in den darauffolgenden Legislaturperioden, zumal sich das

¹⁰⁸⁵ Beispielsweise gab Dr. jur. Andreas Freytag in der 20. Sitzung des Reichstages am 22. April 1871 nicht nur für die bayerischen, sondern für die süddeutschen Mitglieder der Zentrumsfraktion die Erklärung der Enthaltung bei einer Abstimmung ab; es handelte sich um den Gesetzentwurf betreffend die Beschaffung weiterer Geldmittel zur Bestreitung der durch den Krieg veranlassten außerordentlichen Ausgaben, Nr. 42 der Drucksachen, und man sah nach Artikels 28 Absatz 2 der Reichsverfassung weder das Recht noch die Pflicht der süddeutschen Abgeordneten über die Vorlage abzustimmen, da die süddeutschen Staaten von den zu beschließenden Kosten ausgenommen seien: RV 1871, Bd. 19, S. 338. Bereits am 27. April 1871 trat ein ähnlicher Fall ein: Diesmal gab Dr. jur. Max Theodor Mayer für das bayerische Kontingent der Zentrumsfraktion eine ebenso begründete Erklärung ab anlässlich des Gesetzentwurfes betreffend eine anderweitige Feststellung der Matrikularbeiträge zur Deckung der Gesamtausgaben für das Jahr 1869, der sich auf den Bayern damals nicht umfassenden Norddeutschen Bund bezog: RV 1871, Bd. 19, S. 420 (Mayer), S. 420f. (unterstützende Rede: Greil), S. 421-423 (unterstützende Rede: Windthorst). Bei derartigen Vorstößen hatten die Bayern den Rest der Zentrumsfraktion hinter sich. Gemeinsam erdachte man sich bei einem ähnlich gelagerten, inhaltlich aber folgenreicheren Fall ein anderes Vorgehen: Am 13. Mai 1872 stellten sich die Bayern anlässlich des Gesetzentwurfes über eine Brausteuer nicht selbst an den Pranger, sondern der preußische Rittergutsbesitzer und Regierungsrat Hermann von Mallinckrodt agierte für seine Fraktionskollegen – dafür gab man sich nicht mit einer Erklärung zufrieden, sondern Mallinckrodt stellte den Antrag auf Ausschluss der bayerischen, württembergischen und badischen Abgeordneten von der Abstimmung. Nach einer Diskussion um die Auslegung der Reichsverfassung gab die Mehrheit des Reichstages, teilweise zähneknirschend, dem Antrag statt: RV 1872, Bd. 24, S. 327-333 (Diskussion).

¹⁰⁸⁶ RV 1871, Bd. 22, S. 220 (9. November 1871).

Fraktionsleben erst einspielen¹⁰⁸⁷ und der Fraktionskurs erst gefunden werden musste. Interessantes birgt der Vergleich zur Politik der bayerischen Regierung und des Bundesrates: Es ergeben sich Parallelen. Die sinnvolle Tätigkeit des Eisenbahnamtes wurde verhindert und für die Einigung über die Gesetze zur Herstellung der Rechtseinheit wurden Jahre benötigt.¹⁰⁸⁸

Zur Phase positiver Mitarbeit ging die Bayerische Patriotenpartei 1874 mit dem Versuch der Aktivierung des auswärtigen Ausschusses über. Offenkundig war der Vorstoß föderalistisch geprägt – doch hatte der Föderalismus zwei Seiten: Einerseits beharrte man auf dem Einfluss des bayerischen Einzelstaates sowie der übrigen Einzelstaaten, andererseits sah man eine föderalistische Struktur für das Wohl des Deutschen Kaiserreiches und der Bürger als notwendig an. Auch die Zustimmung zu zwei der vier Gesetze, die das Rechtswesen vereinheitlichten, gehört in diese Periode (1876).¹⁰⁸⁹ Eine Umsetzung von positiver Mitarbeit im Sinne von prägendem Einfluss war den Patrioten in Verbindung mit dem Reichszentrum erst möglich, nachdem die Wahlen 1878 der Zentrumsfraktion eine Schlüsselposition im Reichstag eingebracht hatten und Bismarck zur Zusammenarbeit bereit war. Die mittlere Phase der Politik im Reichstag wurde ab diesem Zeitpunkt geprägt von offensichtlichen Erfolgen: der Franckensteinschen Klausel (1879) und der mit Bismarck und dem Reichszentrum vorangetriebenen Sozialpolitik der achtziger Jahre. Bestimmend für die politischen Entscheidungen waren in dieser Zeit allerdings sehr wohl die oben genannten Entscheidungskriterien und Motive der Bayerischen Patriotenpartei. Dies lässt sich an der Ablehnung des Stellvertretergesetz, der Staatsmonopole, der Militärvorlagen und einer Sozialversicherungspolitik, die Unitarismus und Staatsomnipotenz förderte, ablesen. Eine Unterteilung dieser Phase der positiven Mitarbeit erscheint auf Grund der gleich bleibenden Handlungsmotive und Entscheidungskriterien nicht sinnvoll.

Die Phase der positiven Mitarbeit ging zur Zeit der Umbenennung von Bayerischer Patriotenpartei zu Bayerischer Zentrumsfraktion in eine Phase von positiver Mitarbeit

¹⁰⁸⁷ Die fehlende Abstimmung in den Anfangsjahren hielten die Reichstagsakten eindrücklich fest: So kam es beispielsweise mehrfach zu gleichlautenden oder beinahe gleichlautenden Anträgen aus der Zentrumsfraktion, von denen dann einer zugunsten des anderen anstandslos zurückgezogen wurde als die fehlende interne Abstimmung bei den Beratungen im Reichstagsplenum offenkundig wurde.

¹⁰⁸⁸ Gewiss stellte das Rechtswesen eine schwierige Materie dar, aber die Verhandlungen benötigten auch so viel Zeit, da die Regierungen zur Aufgabe eigener Interessen wenig bereit waren und sich die bayerische Regierung ein weiteres Reservat erstritt.

¹⁰⁸⁹ Folgende Feststellung Nipperdeys ist nur teilweise richtig: „die Unterstützung der Schutzzölle, mit der das Zentrum zum ersten Mal eine positive Entscheidung mittrug und -bestimmte“. Mitbestimmte ja, aber mitgetragen hatten die Patrioten wie der Rest der Zentrumsfraktion bis zu den Schutzzöllen bereits zahlreiche positive Entscheidungen; genauso wie sie von Anfang an beispielsweise in Kommissionen mitarbeiteten, Detailwissen zu Gesetzesvorlagen einbrachten und Anträge stellten, die angenommen wurden. Zitat: Nipperdey, Deutsche Geschichte II, S. 349.

verbunden mit – anders als zuvor – Kompromissbereitschaft über; die Kompromissbereitschaft bezog sich auf die bisher unnachgiebig verfochtenen Entscheidungskriterien. Erhebliche Kompromissbereitschaft bewies der Entschluss 1886/87 zum Triennat, da von den Gründen, die nach Ansicht der Patriotenpartei immer gegen die Annahme gesprochen hatten, keiner ausgeräumt war – nur eine Bewilligung der Gelder auf drei Jahre das Budgetrecht nicht wie von Bismarck gewünscht auf sieben, sondern eben nur auf drei Jahre lähmte.¹⁰⁹⁰ Kompromissbereitschaft zeigte auch ein Teil der Abgeordneten hinsichtlich des Branntweinreservates (1887) sowie des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes (1889). Diese letzte Phase der Reichspolitik weist auf eine voranschreitende Verwurzelung im Reich hin. Dennoch darf nicht eins zu eins von der Politik auf die Einstellung geschlossen werden und darf nicht vergessen werden, dass sich eine Partei aus verschiedenen Individuen zusammensetzt.

Individuelle Meinungen werden an der Politik der Partei erst in den späteren Jahren ablesbar, und zwar mit dem Auseinanderfallen der Voten. Die Entscheidungen im Reichstag und Landtag um 1887 lassen die von der Landtagfraktion ausgehende Umbenennung nachvollziehbar werden, da sie für eine Annäherung an das Reich stehen. Diese Annäherung wurde Anfang der 1890er Jahre vorangetrieben, was bekanntermaßen bei einigen Abgeordneten zur Entfernung von Wählerinteressen führte. Angesichts des hierdurch verursachten Wählerrückgangs und der zum Unitarismus neigenden Einstellung Wilhelms II. wurde ein paar Jahre später die Entwicklung weg vom Wählerinteresse durch Separierung vom Reichszentrum bei Abstimmungen und Distanzierung vom Reich zurückgenommen.¹⁰⁹¹ Dieser Überblick über den weiteren Verlauf der Partei verweist wiederum deutlich auf die Reichsannäherung der Bayerischen Patriotenpartei im Laufe ihrer Existenz und in der Phase der Umbenennung.

Die Kompromissbereitschaft der letzten Phase kann ebenfalls für die Vertreter der Parteirichtung im bayerischen Landtag für 1887 festgestellt werden (Branntweinreservat und Militärbudget). Der Übergang zur Phase der positiven Mitarbeit am Reich ist für die Landtagsabgeordneten frühestens auf 1875, in jedem Fall auf die zweite Hälfte der 1870er Jahre zu datieren.¹⁰⁹²

¹⁰⁹⁰ Zu erinnern ist an den Druck durch die drohende Reichstagsauflösung.

¹⁰⁹¹ Die Entscheidung im bayerischen Zentrum ging aus Flügelkämpfen hervor. Vgl. Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, S. 343-345. – Zum Vergleich bietet sich auch hier die Stimmung in der bayerischen Regierung an, die die Einstellung Wilhelms II. zum Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten ebenfalls mit Unbehagen beobachteten.

¹⁰⁹² Den Übergang zur zweiten Phase für die Landtagsabgeordneten zu datieren ist schwieriger als für die Reichstagsabgeordneten; erstens da den Landtagsabgeordneten ihre Heterogenität immer zu schaffen machte, zweitens da sich in die Aktivitäten im Landtag bis 1887 immer der innerbayerische Machtkonflikt mit der

Die Reichspolitik der bayerischen Patrioten passt zusammen mit ihrer Stellung zum Reich, zu Bayern, zu Bismarck und Preußen; allerdings ist die Haltung in der Phase der positiven Mitarbeit und in der Phase von positiver Mitarbeit und Kompromissbereitschaft nicht einfach beziehungsweise nicht in allen Details an der Politik ablesbar. Die Grundhaltung, die man vertritt, und Realpolitik, die man betreibt, können zwei unterschiedliche Dinge sein und waren es in diesem Fall. Dieses Ergebnis, das nach der – bereits skizzierten – Eingewöhnungsphase vor allem den Egodokumenten entspringt, betont umso mehr die Bedeutung des Willens zur positiven Mitarbeit am Reich und die der *Conditio sine qua non* der bayerisch-patriotischen Politik, des Föderalismus.

Es bietet sich im Folgenden an, Egodokumente, auch wenn sie teilweise bereits zitiert wurden, in ihrem Wortlaut wiederzugeben, da dieser nicht nur Tatsachen, sondern auch die in diesem Fall so wichtige Stimmung transportiert. Viele klare Aussagen zur Einstellung finden sich in Briefen, die einer schwierigen Situation entstammen. Hier und da weichen die folgenden Zitate folglich von der Alltagsstimmung ab, fördern aber auch aus der Tiefe Haltungen zu Tage.

Die Entwicklung der Reichspolitik der Bayerischen Patriotenpartei im Reichstag erweist sich als Einfinden der Abgeordneten in die bestehende Einheit des Deutschen Reiches. Ebenso wie das Einfinden lässt sich an der Politik ablesen, dass in den späteren Jahren das Verhältnis zum Reich etwas entspannter war. Auch wenn sich die Partei von Anfang an (im Landtag wie im Reichstag) pragmatisch auf den Boden der Tatsachen stellte und das Reich in ihrer Politik akzeptierte, geschah dies zu Beginn allerdings mit wenig echter Überzeugung und mit sehr großer Distanz zum Reich und den anderen ‚Nationen‘ im Reich:

„Seien Sie der festen Ueberzeugung, wir [!] wollen Ihnen [!] getreulich helfen, das deutsche Bundesgebäude in freiheitlichem Sinne auszubauen, Sie können in dieser Beziehung nicht weit genug gehen, wir suchen Sie am Ende zu übertreffen, / (Heiterkeit) / Sie finden in diesem Punkte an uns stets die treuesten Mitarbeiter, das versichere ich Sie von dieser Stelle aus. Aber ebenso werden Sie uns gestatten, daß wir unsere berechtigten Sonderheiten, die auf

Regierung mischte, so dass die Mitarbeit am Reich schwerer zu fassen ist. Nach der Landtagswahl 1875 (Bundsratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten) und noch deutlicher ab dem Jahr 1879 können trotzdem Bemühungen der Patrioten ausgemacht werden um eine positive Mitarbeit am Reich – innerhalb der Möglichkeiten, die der Landtag bot. Diese positive Mitarbeit war von antiunitarischer Prägung und unternahm gezielt den Versuch, ein Gegengewicht gegen Bismarcks – wie sie es empfanden – persönliches Regiment zu schaffen.

Grund der Verfassung uns zustehen, in jeder Beziehung und aus allen unseren Kräften wahren.“¹⁰⁹³

Trotz der positiv klingenden Fassade ist sowohl am Beharren auf dem Status quo als auch an der Wortwahl zu erkennen, wie getrennt die Bayern sich von dem neu gegründeten Reich noch empfanden. Das änderte sich nach den ersten drei Jahren – obwohl es ihnen zu dieser Zeit nicht leicht gemacht wurde, durch die Abstempelung als Reichsfeinde, durch den Kulturkampf, durch die partielle Isolierung im Reichstag, die sich auch, aber weniger, auf die offiziellen Organe des Reichstages bezog, aber in erheblichem Maße auf die Teilhabe an der Macht und auf das Schneiden der einzelnen Abgeordneten. Dass die Distanz zum Reich zurückging, war das, was sich an der Haltung hauptsächlich änderte – und diese Feststellung passt sehr gut zur immer stärker in Erscheinung tretenden positiven Mitarbeit bei gleichbleibenden Entscheidungskriterien.¹⁰⁹⁴ An der Reichspolitik in der Phase der Kompromissbereitschaft merkt man, dass Vertrauen ins Reich gewachsen war bei den Vertretern in Reichstag und Landtag.

Ihre Einstellung, was reichsfeindlich sei, war hingegen keinem Wandel unterzogen: Unifizierung, Zentralisierung und dem christlichen Glauben den Boden zu entziehen, das galt ihnen als reichsfeindlich. Ihre Einstellung war wie ihre Politik nicht reichsfeindlich, aber sie war auf dem föderativen Charakter des Reiches beharrend; sie konnte kritisch sein – aber der

¹⁰⁹³ RV 1871, Bd. 19, S. 425 (Schels, 27. April 1871). So heftige, ablehnende Worte wie die folgenden finden sich in den mir vorliegenden Egodokumenten von Reichstagsabgeordneten nicht. Sie stammen von dem Landtagsabgeordneten Balthasar Daller, der in Privatbriefen immer für kräftige und deutliche Worte gut war und seine Wut über die Zustände im neu geschaffenen Reich wenig diplomatisch formulierte. Der Feind waren für ihn dabei Preußen und die Liberalen: „Ich gestehe gerne, daß seit ich die Geschichte kenne, ich Preußen gehaßt habe, daß als manche von uns noch in besserer Zeit von Preußen für die kath. Sache etwas erwarteten, ich immer widersprochen, aber an diese Gemeinheit, an diesen sinnlosen Mißbrauch der Gewalt, an diese erbärmliche Bundesgenossenschaft mit dem ausgemergelten an geistiger Syphilis kranken Liberalismus habe ich nicht geglaubt, weil ich stets meine, man dürfe selbst vom Gegner nicht Niederträchtigkeit voraussetzen. [...] Ich bin auch fest überzeugt, daß die Geschichte selbst u. vielleicht sehr bald die Mitglieder des Centrums glänzend rechtfertigen, sie als wahre deutsche Patrioten hinstellen“ BayHStA, FamA Aretin, vorl. Nr. 49/30/I, Brief Daller an Aretin vom 4. Juli 1872.

¹⁰⁹⁴ Betrachtet man die bislang fassbare Politik einzelner bayerisch-patriotisch gesinnter adeliger Abgeordneter und Reichsräte, die gleichzeitig Mitglieder der Genossenschaft katholischer Edelleute in Bayern waren, wie Preysing, Franckenstein, Aretin, Soden, Pfetten, Gagern, Walderdorff und andere kann man feststellen, dass sie folgende programmatische Aussage, die aus dem Jahr 1888 stammen dürfte, so gut als möglich umgesetzt hatte: „Wir erkennen eine wesentliche Aufgabe des katholischen Adels darin, die Grundsätze unseres Glaubens [...] auch im öffentlichen Leben zu bethätigen und zu vertreten. Indem der Adel sich dieser Aufgabe unterzieht, fällt ihm auch die Pflicht zu, dahin zu wirken, daß der politische Kampf bei voller Wahrung der Grundsätze möglichst frei von persönlicher Verbitterung geführt werde und daß die Autorität der weltlichen Obrigkeit auch dann möglichst wenig erschüttert werde, wenn die Pflicht gebietet unsern Glauben u. dessen Einrichtungen gegen deren Maßnahmen zu verteidigen. / Diese Grundsätze haben den katholischen Adel Deutschlands in den schwersten Zeiten des Kulturkampfes und bei den nicht minder schweren Entscheidungen geleitet, welche bis zum heutigen Tage im Reichstag u. in den Landtagen zu treffen waren, seitdem an die Stelle des Kampfes eine versöhnlichere Stimmung getreten ist.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 512, Vermutlich der Entwurf für eine öffentliche Stellungnahme der Genossenschaft katholischer Edelleute in Bayern von 1888 (mit Verbesserungen und Fragezeichen von Sodens Hand).

Feind war nicht das Reich an sich, sondern diejenigen, die es der Patrioten Meinung nach falsch ausgestalteten. All dies zeigt der folgende Briefausschnitt eindrucksvoll:

*„Nicht daß ich für einen prinzipiellen Oppositionsstandpunkt – coûte que coûte – plaider [...] Sollte ich vor Wählern sprechen, würde ich den Unglauben als den Grund der Verwilderung in Norddeutschland nennen, u. die liberalen Parteien als Verbreiterinnen dieses Unglaubens bezeichnen. – ,Wir haben, würde ich betonen, es immer gesagt, daß der Unglaube reichsfeindlich sei dafür hat man uns von Seiten der National-Liberalen ,reichsfeindlich‘ genannt.‘ [...] während wir in der befriedigenden Lage uns befinden, das einfach zu wiederholen, was wir seit 7 Jahren vertreten.‘“*¹⁰⁹⁵

Die Haltung der Vertreter der ersten bayerischen Massenpartei gegenüber Bayern als geliebtem Heimatland änderte sich ebenfalls nicht. Ihr Wunsch zu einer starken Stellung Bayerns im Reich erfuhr im Grunde ebenfalls keine Veränderung; die große Veränderung fand diesbezüglich beim Eintritt ins Kaiserreich statt. Allerdings veränderte sich gerade bei den langjährigen Reichstagsabgeordneten oder scharfsichtigen Analytikern wie dem nur vier Jahre im Reichstag sitzenden Joseph Edmund Jörg das Bild davon, was möglich war innerhalb des Reiches mit seiner Machtverteilung – die nach und nach erst ausgetestet und erfahren werden musste und in Teilen auch veränderbar war. Die Abgeordneten fühlten sich auch nach Jahren im Deutschen Kaiserreich als Bayern, nach wie vor vertraten sie einen bayerischen Standpunkt und bayerische Interessen. Dass die Sichtweise eine bayerische blieb, belegen beispielsweise die Zeilen Aichbichlers, der 1884 neu in den Reichstag und die Zentrumsfraktion eintrat und bereits seit 1881 Mitglied der bayerischen Kammer der Abgeordneten war: „Meine Stellung zum Reiche hatte ich als auf den Verträgen fußend constatirt, da nur durch treues Festhalten an denselben auch Vertragstreue gegen Bayern geheischt werden kann“¹⁰⁹⁶. Sehr aufschlussreich ist für die seiner Meinung nach richtige Politik Bayerns gegenüber dem Reich – und damit auch den Platz den Bayern einnehmen sollte – die Meinung des kompromissbereiten Franckenstein darüber, was einen geeigneten Kandidaten für die Vertretung Bayerns im Bundesrat ausmache:

¹⁰⁹⁵ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1874/75/1877-1878, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 9. Juni 1878. Die gleiche Haltung kommt auch später noch zum Ausdruck, auch wenn der jeweilige Anlass und die Zutaten unterschiedlich sind; 1884 geht es beispielsweise mit ähnlicher Haltung um „partikularistische‘ Empfindung“, „Satrappenthum[s]“ und „Unifizierung“: NL Franckstein, Politische Korrespondenz 1884-1886, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 5. Juni 1884.

¹⁰⁹⁶ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 509, Brief Joseph Aichbichler an Soden vom 23. Oktober 1884.

*„Hugo Lerchenfeld paßt nicht als Gesandter nach Berlin, er wird keinen Conflict mit Bismar[c]k haben und einfach nach Commando des Dr. von Lutz im Bundesrathe ja und nein sagen. Hugo Lerchenfelds politische Gesinnung ist mindestens sehr reichsfreundlich“*¹⁰⁹⁷.

Franckensteins Ansicht über Lerchenfelds Eignung zum bayerischen Diplomaten in Berlin war übrigens nicht für die Öffentlichkeit bestimmt und gelangte in diese wohl auch nicht.¹⁰⁹⁸

Die Abgeordneten hätten es auch gerne gesehen, wenn das Herz aller Bayern bayerisch geschlagen hätte.¹⁰⁹⁹ Je nach Charakter konnten sich Zorn oder tiefe Betrübniß über einen bemerkten Verlust des bayerischen Gefühls oder der Macht des bayerischen Staates einstellen.¹¹⁰⁰ Ein Brief Franckensteins aus den nervenaufreibenden Zeiten von Reichstagsauflösung und Septennatswahlen 1887 dokumentiert nicht nur, dass seine Zuneigung nach wie vor Bayern gehörte, sondern auch dass er der Zentrumsfraktion im Reichstag eine Schutzfunktion für Bayern zumaß, denn er formulierte für den Fall, dass diese in den Wahlen geschlagen würde: „mich dauert dann nur Bayern“¹¹⁰¹. Wieder einmal sehr verzweifelt über die Lage der Partei in München, sehr verärgert über die Presse der Partei in Bayern und im ganzen Reich, beschlich den gefühlsbetonten Aristokraten Konrad Graf Preysing 1888 in der Verzweiflung das Gefühl, in diese Zeit nicht mehr zu passen und er schrieb Worte nieder, die hinter die Fassade seiner stets reichstreuen Politik blicken lassen:

¹⁰⁹⁷ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 606, Brief Franckenstein an Soden vom 16. Oktober 1880.

¹⁰⁹⁸ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 606, Brief Franckenstein an Soden vom 16. Oktober 1880.

¹⁰⁹⁹ Dass man davon ausging, dass die eigenen Wähler noch bayerisch fühlten, zeigt ein gedrucktes Konzept-Blatt für einen Rechenschaftsbericht zum Schluss der Legislaturperiode des Landtages an die bayerisch-patriotischen Wähler wohl von 1881 mit handschriftlichen Anmerkungen und Verbesserungen, die in der Handschrift Jörgs abgefasst sind: „Wir scheiden mit dem Bewußtsein, daß wir es an treuer Hingebung an die gute Sache des christlichen, katholischen, bayerischen Volkes nie haben fehlen lassen.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 506.

¹¹⁰⁰ „Heute Morgen habe ich einen Militärgeistlichen längere Zeit gesprochen. Was er mir über die Stimmung des Offizierscorps erzählte ist tief niederdrückend. – Wo das alles hinaus soll, weiß Gott allein. Zumal die jüngeren Offiziere sollen, so sagt er mir, jeden Sinn für Bayern verloren haben. Ein föderativer Gedanke in ihren Kreisen ausgesprochen rufe Entrüstung hervor. Die Stimmung sei bismarckisch durch u. durch.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1874/75/1877-1878, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 14. Mai 1875. Zehn Jahre später hört sich das bei Konrad Preysing nicht anders an: „Die Bismarckfeier vollzog sich bis in die kleinsten nieder bayerischen Städte hinein ohne irgend welchem Widerspruch zu begegnen. Und daß München geradezu in Festjubiläum geschwommen, wirst Du den Ztgen [= Zeitungen] entnommen haben.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1884-1886, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 4. April 1885. Ein kurzer Ausschnitt aus einem sehr aufgeregten Brief Dallers zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz und zur allgemeinen Lage Bayerns zeigt die Einstellung des gewichtigen Landtagsabgeordneten 1889: „So geht es denn mit uns abwärts, u. Capitän u. Steuermänner führen, von durchaus falschem Compaß geleitet, das bayr. Staatsschiff auf die preußische Sandbank, u. ich fürchte sehr, daß nach so langen u. trüben Erfahrungen der Herzschatz des bayr. Volkes zu schwach geworden, um die Fluth der Volksbegeisterung zu erheben, welche allein das Schiff flott machen könnte.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 615, Brief Daller an Soden vom 9. August 1889.

¹¹⁰¹ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Franckenstein an Soden vom 14. Februar 1887.

„Innerhalb des Rahmens der Verfassung stehe ich zum Kaiser – zwischen zwei Stühlen, das geht nicht. [...] Bayerns Untergang will ich nicht überleben.“¹¹⁰²

Der von den liberalen so gern verwendete Begriff des „nationale[n] Gedanke[ns]“ war auch in den 1880er Jahren bei den bayerisch-patriotisch gesinnten Abgeordneten nicht positiv belegt.¹¹⁰³ Ihrem Gegenkonzept zur Idee von Nationalstaaten und Nationalismus blieben sie folglich in ihrer Haltung wie in ihrer föderalistischen Politik treu. Wenn das politische Preußen in Privatbriefen Erwähnung fand, war es über die Jahre hinweg fast ausnahmslos negativ belegt. Die Grundeinstellung gegenüber der Reichsregierung schwankte stärker als andere Komponenten innerhalb des Einstellungs-Komplexes je nach Individuum und auch je nach aktueller Lage.¹¹⁰⁴ Bismarck war für die Abgeordneten häufig das Synonym für das Reich, für Preußen, für Zentralismus und Unitarismus¹¹⁰⁵ und Bismarck war folglich mit seinem jeweiligen Verhalten durchaus Messlatte für die aktuelle Befindlichkeit dem Reich gegenüber – wobei der Reichskanzler je nach Situation und von Abgeordnetem zu Abgeordnetem unterschiedlich differenziert oder undifferenziert gesehen wurde.¹¹⁰⁶ Bei Franckenstein, der an Kompromissbereitschaft und Bereitschaft zur Mitarbeit von keinem Kollegen übertroffen wurde, schwingt beispielsweise immer der Ärger über eine Isolierung

¹¹⁰² Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1887-1890 – vornehmlich Graf Konrad Preysing, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 27. September 1888.

¹¹⁰³ „Die Conservativen sind mit recht wenigen Ausnahmen ganz unter der Bothmäßigkeit Bismar[c]ks, und wann nur immer der nationale Gedanke zum Ausdruck gebracht werden kann, geschieht es.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 611, Brief Franckenstein an Soden vom 24. Januar 1885.

¹¹⁰⁴ Ein Beispiel für eine negative Grundauffassung der Reichsregierung gegenüber: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 509, Brief Josef Ross an Soden vom 23. August 1884.

¹¹⁰⁵ Die Beinahe-Gleichsetzung galt auch für die Landtagsabgeordneten, beispielsweise: „Zugleich lege ich eine Resolution bei, welche einstimmig [vom Freisinger Casino] auf meinen Antrag gefasst. Ich warte mit der Veröffentlichung bis zu Ihrer Zustimmung. Sie können aber den beliebigen Gebrauch davon machen u. sie sogleich veröffentlichen. Wir wollen damit Ihnen u. dem Centrum damit [!] vielleicht einen kleinen Dienst erweisen. Auch sind wir ganz damit einverstanden, wenn Sie u. das Centrum gegen die Dampfervorlage stimmen u. überhaupt dem ... [sic!] Bismarck nach Kräften Opposition machen, denn dieses Regiment wird immer unerträglicher.“ BayHStA, FamA Aretin, vorl. Nr. 49/30/I, Brief Daller an Aretin vom 7. Januar 1885.

¹¹⁰⁶ Eine Anerkennung von Bismarcks Leistungen sowie ein differenzierteres Bild des Reichskanzlers, das mit den Jahren insgesamt – nicht aber zu jedem Zeitpunkt – positiver wurde zeichnet sich in den von Joseph Edmund Jörg verfassten Zeitläufen der HPB ab: Freya Amann, „Hie Bayern, hie Preußen“? Die Bayerische Patriotenpartei (1868-1887) und das Problem des Föderalismus im Deutschen Kaiserreich, phil. Magisterarbeit [masch.] München 2003. Eine Anerkennung von Bismarcks Leistungen beispielsweise auch bei Konrad Preysing: „wenn man sich erinnert wie der Fürst Bismarck im vergangenen Frühling [...] das wahrscheinliche Ergebnis der preuß. Wahlen ins Auge faßt, so wird man bekennen müssen, daß der Fürst einen großen Sieg davongetragen. – Bismarck hat die Volksseele u. die Volksseele hat den Fürsten etwas besser verstanden“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1881-1883. Vornehmlich Graf Konrad Preysing, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 25. Oktober 1882. Franckenstein, der durch seine Zusammenarbeit mit Bismarck Gelegenheit hatte, ihn kennenzulernen, hatte ein differenziertes Bild von ihm – das auch die negativen Seiten erfasste: „Ich war mit der Unterredung im Ganzen zufrieden, es ist aber grässlich was der Mann [= Bismarck] hassen kann und wie er die Gabe hat Motive zu unterschieben, an die niemand gedacht hat. Bismar[c]k erklärte mir beim Kommen, daß er Alles was über mich gesagt und geschrieben worden ist nicht geglaubt habe, da er mich ja kenne.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Franckenstein an Soden vom 17. März 1886. Eine positive Wertung beispielsweise in: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 610, Brief Franckenstein an Soden vom 7. August 1884.

der Zentrumsfraktion oder momentan empfundene Machtlosigkeit im Reichstag mit, wenn ein dezidiert bayerischer Standpunkt oder eine negative Äußerung in Richtung Reich in seinen Privatbriefen vorkommen; als das Stellvertretergesetz bevorstand schrieb er Soden merklich schlecht gelaunt: „In Berlin geht alles wie es nicht gehen soll [...] Die Herrn sind Handels eins mit Bismark und wir NichtPreußen bezahlen die Zeche. Man glaubt in Berlin, daß der Reichskanzler demnächst nach Berlin kommen wird [...] Selbstverständlich werden die reichsfreundlichen Scharen dann vor Bewunderung in die Knie fahren und auf den kleinsten Wink folgen in was er will.“¹¹⁰⁷ Als Vergleichspunkt ist es wichtig zu sehen, dass die Abgeordneten in ihrer privaten Korrespondenz auch die bayerische Regierung kritisierten; selbst die Wittelsbacher entgingen ihrer Kritik nicht:

*„Sehr erfreut war ich über die Preysing, Schenk und Ow gewordenen Auszeichnungen. Nun zeigt Fritze was Ludwig hätte thun sollen, und ladet die guten Bayern ein Vergleiche zwischen dem heutigen Wittelsbach und dem heutigen Hohenzollern anzustellen.“*¹¹⁰⁸

Nur war das Gefühl Bayern gegenüber ein ganz anderes. Auch blieb die Haut bei manchen Abgeordneten dem Reich gegenüber in den achtziger Jahren dünn und bei düsteren Aussichten konnten sie zu radikaler Abwehrhaltung neigen – wenn sie diese vielleicht auch nicht in Politik umgesetzt hätten; Der jüngere Preysing schrieb 1883 über sich und Karl Josef Senestrey: „Mir scheint der Kulturkampf geht wieder von Neuem an. Wenn ja, so halte ich es mit Senestrey u. ‚stimm gegen All’s‘.“¹¹⁰⁹ Trotzdem war die Distanz zum Reich zurückgegangen und die Integration vorangeschritten. Politik und Einstellung passten durch den Willen der Politiker, Gesetze und das Reich bestmöglich zu gestalten, zusammen; bei so manchen Äußerungen der Politiker hätte man jedoch eine andere politische Linie erwartet.

Um die politischen Entscheidungen der konservativen Bayern in den Kontext ihrer Zeit zu stellen und die Messlatte richtig zu rücken, wurde eine Synopse mit den Positionen der Regierungen und der anderen Parteien bei den untersuchten, für das junge Kaiserreich maßgeblichen Weichenstellungen vorgenommen. Diese zeigt eindrucksvoll, dass die negative oder positive Stellung der bayerischen Patrioten respektive bayerischen Zentrumsleute bis 1889 zu einer Gesetzesvorlage (wenn zum Teil auch aus anderen Gründen) häufig geteilt wurde und dass auch andere politische Kräfte aus ihrer Überzeugung und ihren eigenen

¹¹⁰⁷ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 604, Brief Franckenstein an Soden vom 8. Februar 1878.

¹¹⁰⁸ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 607, Brief Franckenstein an Soden vom 29. August 1880.

¹¹⁰⁹ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 609, Brief Kaspar Preysing an Soden vom 5. März 1883.

Interessen heraus Bismarcks Plänen im Wege standen oder die Reichseinheit zuweilen nicht beförderten:

So standen die föderalistischen sowie die zuweilen bayerische Besonderheiten betonenden Aktivitäten der Bayerischen Patriotenpartei häufig in Einklang mit den Vorstellungen der Regierungen, insbesondere der süddeutschen.¹¹¹⁰ Die bayerische Regierung beharrte auf einem föderalistischen Standpunkt, vertrat diesen zumeist nicht mit Nachdruck,¹¹¹¹ erstritt je nach Fall aber auch bayerische Sonderwege und verhinderte mit den anderen süddeutschen Vertretern große Machtverschiebungen zugunsten des Reiches. Darüber hinaus wird offenkundig, dass andere Parteien, darunter auch die Liberalen, häufig nicht bereit waren, eigene Interessen zugunsten des Reichsgedankens zurückzustellen. Reine, vom unitarischen Kurs abweichende Parteipolitik, um den politischen Gegner zu treffen, oder dezidiert einzelstaatliche Standpunkte können nachgewiesen werden. Besonders hervorzuheben ist, dass die Patrioten und die anderen zwei Drittel der Zentrumsfraktion alle untersuchten Entscheidungen bis 1889 gemeinsam trafen beziehungsweise das Votum nicht entlang einer geographischen Grenze auseinanderfiel – und den nicht-bayerischen Abgeordneten lag es zwar am Herzen, für Föderalismus, tatsächlich auch für den Status quo der Reichsverfassung und damit gegen Unitarismus einzutreten, aber darüber hinaus gehende bayerische Sonderinteressen zuungunsten ihres eigenen Einzelstaates und damit ihrer eigenen Wähler wären von ihnen nicht befördert worden.

¹¹¹⁰ Die bayerische Regierung stand dabei auch unter dem Einfluss der Patrioten im Landtag. Abgesehen von ihrer teilweise föderalistischen Einstellung muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass ihre Abhängigkeit vom König, der im Grunde kein Quentchen seiner Souveränität einbüßen wollte, als gewichtiger im Vergleich zum Landtag gesehen werden muss.

¹¹¹¹ Zumeist vertrat die Regierung föderalistische Ziele nicht mit Nachdruck. Bei dieser Feststellung muss erstens daran gedacht werden, dass viele Minister eine nationalliberale Einstellung zuneigten, zweitens daran, dass Bismarcks Interventionen zugunsten der Minister bei Ludwig II. diese in ein Abhängigkeitsverhältnis zu dem Reichskanzler brachte.

VII. Bayerische Patriotenpartei und Zentrumspartei

Die Forschung nähert sich der Bayerischen Patriotenpartei und den bayerisch-patriotischen Reichstagsabgeordneten selten. Die Bezeichnung der Abgeordneten differiert dabei kommentarlos zwischen Patrioten und Zentrumsabgeordneten, je nachdem mit welcher Blickrichtung eine Studie geschrieben ist. Seine Zugehörigkeit zum Zentrum entschied jeder Abgeordnete mit seinem Beitritt zur Fraktion, aber: Können die bayerisch-patriotisch gesinnten Reichstagsabgeordneten bis 1887 als bayerische Patrioten bezeichnet werden? Dies ist die eine Forschungslücke, die dieses Kapitel schließen wird. Die zweite bezieht sich auf die Entwicklung der bayerischen Gruppe innerhalb der Fraktion, auf den Anteil der bayerischen Abgeordneten an der konkreten politischen Arbeit der Zentrumsfraktion sowie auf ihren Anteil am Führungszirkel der Fraktion, der für die politische Linie und den Zusammenhalt der Fraktion verantwortlich zeichnete.

1. Die wissenschaftliche Benennung der Reichstagsabgeordneten und die komplexe Realität der Bayerischen Patriotenpartei als Partei des 19. Jahrhunderts

Hartmannsgruber nennt sein Buch „Die Bayerische Patriotenpartei“; im Anhang befindet sich neben einer „Liste der patriotischen Landtagsabgeordneten“ auch eine „Liste der patriotischen Reichstagsabgeordneten“.¹¹¹² Doch ganz so einfach liegt der Fall der Benennung der Reichstagsabgeordneten nicht. Vielleicht ist die Aufnahme und Benennung der Reichstagsabgeordneten bei Hartmannsgruber das Ergebnis eines Denkprozesses, den er in seine Arbeit, die als Standardwerk zur Organisationsstruktur und teilweise zur bayerischen Politik der Partei gelten darf, nicht aufnahm; allerdings erscheint die im Grunde komplexe Realität der damaligen Zeit dem Leser somit als eine klare Struktur. Das vorliegende Kapitel zeichnet daher ein Bild der komplexen Realität und beantwortet die Frage nach der Benennung der Reichstagsabgeordneten.

Der durch die Presse stark mitorganisierte Zollparlamentswahlkampf brachte den Namen der jungen politischen Bewegung hervor – Hartmannsgruber formuliert seine diesbezüglichen Forschungsergebnisse folgendermaßen: „Ab Ende Januar [1868] begegnet über ganz Bayern hin auch die Bezeichnung ‚bayerisch-patriotische Partei‘ oder die Kurzform ‚Patrioten‘. Der

¹¹¹² Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 405-415 Anhang 3 und S. 416-419 Anhang 4.

später gebräuchlichste Name war damit gefunden.“¹¹¹³ Nimmt man zu der Aussage der Quellenbelege unsere heutige Auffassung einer politischen Partei zu jener Zeit¹¹¹⁴ hinzu, muss man zu dem Ergebnis kommen, dass die Zollparlamentsabgeordneten der Bayerischen Patriotenpartei angehörten, einer Partei, die auf Bayern beschränkt war – auch wenn die Abgeordneten im Zollparlament der Süddeutschen Fraktion angehörten.¹¹¹⁵ Zu diesem Zeitpunkt kann man beispielsweise die bayerischen Reichsräte und späteren Zentrumsabgeordneten des Reichstages Georg Freiherr von und zu Franckenstein und Karl Freiherr von Aretin ohne Zweifel auch als Mitglieder der jungen politischen Kraft bezeichnen, da sie unter ihrem Namen aufgestellt und in das Zollparlament gewählt worden waren. Jeden Kenner der Materie würde die gleiche herleitende Begründung für Dr. Joseph Edmund Jörg oder Dr. Andreas Freytag verwundern, die ebenfalls dem Zollparlament und später dem Reichstags als Mitglieder der Zentrumsfraktion angehörten – denn beide zählt man wie selbstverständlich zu den bayerischen Patrioten. Weshalb? Die Antwort auf diese von der Forschung bislang nicht gestellte Frage ist eine These, die belegt werden kann durch die bisher bekannten Benennungen, die Umbenennung der Partei und durch Aussagen der Abgeordneten:

¹¹¹³ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 39. Bis 1887 fehlte eine einheitlich gebrauchte Parteibezeichnung: Ebd., S. 335; die Wahlkomitees trugen bis 1887 ebenfalls uneinheitliche Namen: Ebd. S. 322, 339. Besondere Aufmerksamkeit verdient im Rahmen der Namensfrage die Tatsache, dass dies auch für die Wahlkomitees der Reichstagswahlen galt.

¹¹¹⁴ Verwiesen sei noch einmal auf die Definitionen der Forschung: „Partei war charakterisiert durch eine große politische Idee oder durch einen Komplex von Ideen und Gefühlen, nicht durch eine bestimmte Fraktionspolitik.“ Nipperdey, Organisation, S. 9. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, 8, definiert: „Partei“ – dieser Begriff meinte zu jener Zeit, ungeachtet erster Ansätze zur Erfassung der Mitglieder und zu organisatorischer Durchbildung, nicht eine Organisation, sondern die Anhängerschaft einer durch Programme mehr oder minder scharf definierten politischen Richtung“. Ähnlich: Hartmannsgruber, Friedrich, Die christlichen Volksparteien 1848-1933. Idee und Wirklichkeit, in: Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegung in Deutschland, (2 Bde.) I (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 216), Bonn 1984, S. 219-324, hier: S. 224. Mittmann, Fraktion und Partei, spricht aus Sicht einer Wissenschaftlerin, die sich mit der Zentrumsfraktion des Reichstages nicht mit der Bayerischen Patriotenpartei befasst; sie spricht von der „unfesten[n] und unorganisierte[n] Gestalt der Partei“ (S.7) und davon, dass das „Zentrum eine Partei ohne Organisation auf Reichsebene“ (S. 13) war. Anderenorts (S. 15) formuliert Mittmann für die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie und des Zentrums: „Die Fraktionen gehörten zur Spitze der Parteien, und ihre Arbeit stand im Mittelpunkt des Interesses ihrer Anhänger.“ Lexika der Zeit bestätigen die Definitionen und Beschreibungen: „Partei [...] bes. von Menschen, welche einen gemeinschaftlichen Zweck haben, od. ein gleiches Interesse an etwas nehmen; mit Andeutung des Zwecks spricht man von Religionsparteien, politischen Parteien od. von einer englischen, französischen P.“ Pierer's Universal-Lexikon der Vergangenheit und Gegenwart oder Neuestes encyclopädisches Wörterbuch der Wissenschaften, Künste und Gewerbe, 4., umgearb. und stark vermehrte Aufl., Altenburg 1857-1865, Bd. 12 (1861), S. 714. „[D]ann im öffentlichen und namentlich im politischen Leben die zur gemeinsamen Verfolgung eines bestimmten Zwecks bestehende Vereinigung. Für die Parteivereinigungen in den parlamentarischen Körperschaften ist der Ausdruck Fraktion (s. d.) üblich.“ Meyers Konversationslexikon, Leipzig und Wien, Vierte Auflage, 1885-1892, Bd. 12, S. 745. „[I]m öffentlichen Leben eine durch gleiche Zwecke oder Interessen verbundene Anzahl von Menschen.“ Brockhaus' Konversationslexikon, Leipzig/Berlin/Wien, 14. Auflage, 1894-1896, Bd. 12 (1895), S. 925. Zur Begriffsgeschichte siehe auch Beyme, Partei, der für die Zeit vor 1871 auch hinweist auf: Joseph Edmund Jörg, Geschichte der social-politischen Parteien in Deutschland, Freiburg 1867.

¹¹¹⁵ Diese Überlegung formuliert Hartmannsgruber nicht, aber er bezeichnet die Abgeordneten als „bayerisch-patriotische Zollparlamentsabgeordnete“: Ebd. S. 103.

Die im Untersuchungszeitraum gebräuchlichsten Namen der Partei, die zu den in der Forschung gebräuchlichen Namen führten, erfuhren im täglichen Sprachgebrauch bei den meisten Zeitgenossen nach und nach eine Einengung und eine Abwertung, wodurch die Identifikation mit dem Namen schwierig wurde; insofern ist die 1887 erfolgte Umbenennung in „Bayerische Centrumspartei“ auch zu erklären als eine Anlehnung der Landtagsfraktion an den großen starken Bruder im Reichstag, der geachtete Erfolge auf Reichsebene erzielt hatte.¹¹¹⁶

Die Grundlage für die Einengung bildete die Benennung der (ersten) Fraktion, zu der sich die junge Partei nach den bayerischen Landtagswahlen im Mai 1869 in der Zweiten Kammer des Landtages zusammenfinden konnte: „Patriotische Fraktion“.¹¹¹⁷ Die Anlehnung an den jahrelang gebräuchlichsten Parteinamen „bayerisch-patriotische Partei“ ist deutlich. Interessant ist darüber hinaus, wie es zu dem Namen kam: In Berlin beschlossen im Juni 1869 dreizehn Zollparlamentsabgeordnete, die im Mai 1869 zugleich zu bayerischen Landtagsabgeordneten gewählt worden waren, die Gründung einer „Patriotischen Fraktion“ in der Abgeordnetenversammlung; kurz darauf luden sie die anderen Landtagsabgeordneten zum Beitritt ein.¹¹¹⁸ Die Initiative zur Gründung und vor allem zur Benennung der Landtagsfraktion ging also von Zollparlamentsabgeordneten aus.

Die Grundlage für die Abwertung des zunächst in ihren Kreisen positiv besetzten Namens der bayerischen Patrioten lag in der Entwicklung des Bildes der Landtagsfraktion: Die Fraktion galt nach und nach als glücklos agierend, als uneinheitlich auftretend und abstimmend und als mit einigen in verschiedener Hinsicht inakzeptablen Personen gespickt.¹¹¹⁹ Auf der anderen

¹¹¹⁶ Dies war eine parteiinterne Bedeutung. Daneben spiegelt sich in der Umbenennung beispielsweise auch eine Akzeptanz des kleindeutschen Reiches wider. Oder, wie Hartmannsgruber feststellt, eine Festschreibung der bislang bereits von der Parteimehrheit vertretenen Linie einer politischen (nicht konfessionellen) Partei: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 339f.

¹¹¹⁷ Die im täglichen Sprachgebrauch häufig Verwendung findende Einengung wird beispielsweise in den folgenden Zeilen Franckensteins deutlich, die zudem das Nebeneinander der Begriffe „Fraktion“ und „Partei“ deutlich machen: „Nun glaube ich noch, daß eine Zersetzung der patriotischen Partei unsere Extremen noch weit mehr freuen wird als die Liberalen, und diese Herrn fürchte ich, ihnen möchte ich nie Gelegenheit biethen aus den Unsrigen sich zu verstärken[?]. Schließlich bitte ich noch zu bedenken, daß die bayerisch patriotische Partei und die Centrumspartei des Reichstages mindestens im Verhältnisse der Personal Union stehen. Krank die bayerische Fraktion, wird diese Erkrankung bei den bayerischen Mitgliedern des Centrums fühlbar sein, und sie werden böse Keime in unsere Fraktion bringen.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 603, Brief Franckenstein an Soden vom 22. September 1877.

¹¹¹⁸ HPB 79, 1877, S. 319 und HPB 89, 1882, S. 793f. Vgl. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 102f.

¹¹¹⁹ Beispiele für negative Aussagen zur Landtagsfraktion: „Weißest Du mir keinen Stellvertreter in der schönen bayerisch-patriotischen Fraction?“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Rote Hand-Acten des Freiherrn zu Franckenstein Betreff Reichstagswahl I, II, III 1872-1877, Brief Soden an Franckenstein vom 27. Januar 1877. „Es ist kein Zweifel, daß wenn wir keine Mandate mehr annehmen wir nur mehr Pfahlers u. [unleserlich] pp in den Reichstag bekommen u. dieß wäre entschieden ein Unglück. Lieber ließe ich an Deiner Stelle das baysch. Abgeordnetenmandat fahren. In dieser Gesellschaft ist schwer leben für einen anständigen Menschen u. z. Zt. wird die Hauptsache doch in Berlin gemacht.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 609, Brief Kaspar Preysing an Soden vom 2. Mai 1883. „[...] eine Zusammensetzung wie die s. g. Schwesterfraktion im Abgeordnetenhaus erhalten dürfte. Daß dies nicht wünschenswerth ist“. BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen,

Seite kamen die Erfolge und das Ansehen der Zentrumsfraktion des Reichstages hinzu, die zudem inhaltlich für die Verteidigung des Föderalismus stand. Vielleicht wurde die Identifikation mit dem Namen Bayerische Patriotenpartei nach 1881, als sich die „patriotische Fraktion“ im Landtag in „Fraktion der Rechten“ umbenannt hatte, wieder leichter, aber seinen Hautgout streifte der Name für manche, gerade für die Nicht-Landtagsabgeordneten, offensichtlich nicht ab.

Die Frage nach der eindeutigen Benennung als bayerische Patrioten bei Jörg und Freytag ist mit diesen Feststellungen leicht zu beantworten: Beide erfüllen das Kriterium der eingengten Namensbedeutung, da sie neben ihrer Tätigkeit als Reichstagsabgeordnete in der Zentrumsfraktion auch als Abgeordnete in der Zweiten Kammer des bayerischen Landtages saßen und der Patriotischen Fraktion angehörten. Aretin und Franckenstein hingegen gehörten der Ersten Kammer an, deren Mitglieder sich nicht zu Fraktionen zusammenschlossen und hierdurch keine Fraktionsbezeichnung trugen.¹¹²⁰

Mit der Klärung dieser Frage ist allerdings noch nicht die Frage nach einer tragbaren und sinnvollen Benennung durch die Forschung beantwortet. Leicht fällt die Erklärung der bayerisch-patriotisch gesinnten Ausnahmeabgeordneten, die der Zentrumsfraktion des Reichstages nicht beitraten, zu Mitgliedern der bayerischen Patriotenpartei. Die Bezeichnung der bayerischen Zentrumsabgeordneten als Mitglieder der Bayerischen Patriotenpartei ist, obwohl oder gerade weil die „Zentrumsfraktion“ als „Fraktionspartei“ zu gelten hat, vertretbar und sinnvoll, fällt dem Forscher mit Fortschreiten des Untersuchungszeitraumes jedoch schwerer, da sich – trotz zahlreicher Doppelabgeordneter – eine namentliche Auseinanderentwicklung der Reichstagsabgeordneten auf der einen Seite und der Landtagsabgeordneten auf der anderen Seite feststellen lässt, das Verhältnis der Fraktionen zueinander sich änderte und – damit in Verbindung stehend – der Schwerpunkt des Denkens für die bayerisch-patriotischen gesinnten Reichstagsabgeordneten anfangs noch viel mehr in Bayern als im Reich lag.

vorl. Nr. 610, Brief Franckenstein an Soden vom 7. August 1884. „Aber geradezu jämmerlich ist bei der Rechten die Parteidisziplin, denn wirklich jeder thut was er mag.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Franckenstein an Soden vom 8. Juli 1886.

¹¹²⁰ Hinzu kommt für die bisherige Benennung dieser vier wie der meisten Abgeordneten durch die Forschung, dass – wenn die Abgeordneten überhaupt Erwähnung finden – der Forscherblick sich zumeist entweder auf Bayern oder auf das Deutsche Reich richtet, so dass die Benennung aus dem jeweiligen Blickwinkel erfolgt. Auch der vermeintliche politische Arbeitsschwerpunkt der Abgeordneten mag hierbei eine Rolle spielen. Letzteres mag bei einer überlegten Benennung ein Quäntchen beitragen, aber durchgehend stichhaltig wäre es als These nicht; zudem dürfte die Frage nach dem Arbeitsschwerpunkt eines Politikers nicht statisch vom Ende seines Lebens aus gesehen interpretiert werden – und auch seine Haltung gegenüber Bayern und der kleindeutschen Lösung müsste in die Bewertung miteinfließen.

Zu den Gründen, aus denen die Benennung der Reichstagsabgeordneten als bayerisch-patriotisch durch die Forschung vertretbar und sinnvoll erscheint, zählt ihre Haltung gegenüber Bayern und dem Deutschen Kaiserreich. Des Weiteren die Tatsache, dass die bayernweit unterschiedliche Namensgebung der bayerisch-patriotisch gesinnten Wahlkomitees auch für die Reichstagswahlkomitees galt und sich diese zu den Reichstagswahlen im Frühjahr 1887 einheitlich zugunsten des Namens „Bayerische Centrapartei“ umbenannten. Plakativ ausgedrückt: Die Partei hieß in Bayern einfach Bayerische Patriotenpartei und eine von Landtagsabgeordneten ausgehende Umbenennung bedingte die Umbenennung der Wahlkomitees für die Reichstagswahlkämpfe. Von den Landtagsabgeordneten ausgehend? Ja, die Initiative und der erste Beschluss zur Umbenennung ging am 4. Oktober 1886 von einer Fraktionskonferenz der Landtagsabgeordneten in München aus¹¹²¹ – nicht von Doppelmandatsträgern in Berlin, wie bei der Namensfindung für die Patriotische Fraktion; und die Umbenennung war auch nicht einfach eine Umbenennung der Landtagsfraktion wie 1881. Die Schlüsse aus diesen Unterschieden zu ziehen, übersah die Forschung bislang. Die Unterschiede sind unter anderem Argumente für die These der Anlehnung – die aber nicht misszuverstehen ist als Unterordnung oder Gleichmachung – der Landtagsfraktion an den großen Bruder im Reichstag, denn für die Reichstagsabgeordneten der Partei musste man die Umbenennung nicht vornehmen, sie konnten schon bis 1887 die Bezeichnung „Zentrumsmitglied“ tragen.

Die Benennungsfrage der Reichstagsabgeordneten ist auch eine Zugehörigkeitsfrage: Die Namensgebung der Wahlkomitees erinnert daran, dass die Organisationsstruktur, die Wähler, die Basis für Landtags- und Reichstagsabgeordneten dieselben waren – was zugleich auf den Ausgangspunkt der Überlegung zurückführt, wonach die Bayerische Patriotenpartei nicht die Landtagsfraktion war, sondern eine typische Partei des 19. Jahrhunderts, die als solche kein Parteibuch ausgab. Die Reichstagsabgeordneten wurden auch nicht als Zentrumsabgeordnete gewählt, sondern als bayerisch-patriotisch gesinnte Männer, die dann ihren „Eintritt“¹¹²² in die Zentrumsfraktion erklären konnten und der von dieser zudem angenommen oder abgelehnt werden konnte. Zur Partei zählten auch Persönlichkeiten, die nicht als Abgeordnete tätig waren, wie Ludwig Graf von Arco-Zinneberg, der zwar einem extremen Flügel der

¹¹²¹ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 338f. Unter den 54 Landtagsabgeordneten befanden sich selbstverständlich auch Doppelmandatsträger.

¹¹²² „Soeben übergibt mir Walderndorf [= Adolf Graf von Walderdorff] Deine Zeilen vom 2n und ich beeile mich, Dir meine Freude über Deine Wahl auszusprechen, die vor allem die bekannten Mitgliedern der Fraktion aufs lebhafteste geteilt wird. Dein als selbstverständlich betrachteter Eintritt in das Centrum gereicht zur allgemeinen Befriedigung.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Rote Hand-Acten des Freiherrn zu Franckenstein Betreff Reichstagswahl I, II, III 1872-1877, Brief Aretin an Franckenstein vom 5. Juni 1872.

Partei angehörte und dadurch in seinen letzten Lebensjahren weniger eingebunden war, der aber bis in die Mitte der 1870er Jahre eine bayerisch-patriotische Persönlichkeit war, die konsultiert werden musste und die wie selbstverständlich in die (Wahl-)Organisation an entscheidender Stelle eingebaut wurde.¹¹²³ Dass Arco für die Zeitgenossen eindeutig der Bayerischen Patriotenpartei angehörte, weist beispielsweise ein Brief Sodens anlässlich der Parteiauseinandersetzungen 1876/77 und der damit verbundenen Gründung der Katholischen Volkspartei durch Sigl nach:

*„Nachdem ich nun [...] die letzte [!] Zeit wieder Politeia betrieben, habe ich mir manchmal gedacht, in welcher peinlichen Lage Lulu A [= Arco] sich befunden haben mag – er hat sich gut aus der eklichen Affaire gezogen & die Partei Sigl – Rittler – Schmelcher ist für dießmal, hauptsächlich auch Dank der Umkehr Lulus (im letzten Augenblick ~~für dießmal~~) beseitigt.“*¹¹²⁴

Wie die Selbstverständlichkeit der Zugehörigkeit eines Arco zur bayerisch-patriotischen Partei einer Unterfütterung mit Quellenaussagen oder -belegen bedurfte, so bedürfen die bislang gesammelten Thesen und Argumente dieser teilweise noch. Dies soll im Folgenden verbunden werden mit der Zeichnung des komplexen Bildes der Realität des Untersuchungszeitraumes. Als Einstieg soll der Blick von den Bayern weg und hin zu den anderen „Nationen“ gerichtet werden, um das Bild der komplexen Realität der Bayern zumindest mit Impressionen über den Tellerrand zu erweitern.

Als Franckenstein am 11. Oktober 1879 an Soden schrieb, thematisierte er unter anderem die aktuelle Stellung der Zentrumsfraktion im preußischen Abgeordnetenhaus und meinte: „so kann ich nicht verkennen, daß die Stellung unserer Centrumsschwester [!] im preußischen Abgeordneten Hause eine recht schwierige ist“¹¹²⁵. 1886 sinnierte Preysing in einem Brief über Bismarck, Vorlagen im preußischen Landtag und im Reichstag sowie über Querellen

¹¹²³ Dies ergibt sich vor allem aus Arcos Nachlass; hinzuweisen ist dabei beispielsweise auf den Rückgang der einbindenden Korrespondenz durch Andreas Freytag oder die Briefe eines Landtagsabgeordneten, der die Teilnahme an Arcos Jagden ablehnt, da dies politisch falsch aufgefasst würde. Für die Bedeutung und Einbindung Arcos ist besonders hinzuweisen auf: BayHStA, FamA Ludwig Graf v. Arco-Zinneberg, vorl. Nr. 102 [3.3.8], Brief Freytag an Arco vom 23. November 1873; vorl. Nr. 103 [3.3.9], Briefentwurf Arco an Franz Xaver Hafenbrädl vom 18. März 1874; vorl. Nr. 105 [3.3.11], Brief Ernst Graf von Rechberg an Arco vom 18. November 1876; vorl. Nr. 105 [3.3.11], Brief Eheberg (königlicher Rat) an Arco vom 13. November 1876. Siehe zudem: Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1874/75/1877-1878, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 2. Januar 1875. Dass die Zurechnung zum extremen Flügel zusammen mit Arcos deutschlandweitem Einfluss auch den Gedanken an Einbindung bedeuten konnte, zeigt: Brief Windthorst an Franckenstein vom 12. Juni 1878: Windthorst, Briefe II, S. 910 Nr. 46.

¹¹²⁴ Ullstadt, FamA Franckenstein, Rote Hand-Acten des Freiherrn zu Franckenstein Betreff Reichstagswahl I, II, III 1872-1877, Brief Soden an Franckenstein vom 27. Januar 1877 (Streichung im Original).

¹¹²⁵ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 605, Brief Franckenstein an Soden vom 11. Oktober 1879.

innerhalb des Zentrums in den beiden Parlamenten in einem Durcheinander, dass es ihm an einem gewissen Punkt selbst nötig erschien, Frankenstein – dem Adressaten seines Briefes – mitzuteilen: „Das Centrum des Reichstages, meine ich.“¹¹²⁶ Das erste Zitat zeigt, dass Frankenstein, aus der Sicht eines bayerischen Reichstagsabgeordneten, die preußische Zentrumsfraktion in einem schwesterparteilichen Verhältnis zur Reichstagsfraktion sah.¹¹²⁷ Das zweite, dass die gleichlautenden Namen den Zeitgenossen Probleme bereiteten – was im Umkehrschluss darauf aufmerksam macht, dass aus bayerischer Sicht die unterschiedliche Benennung der bayerischen Landtagsfraktion und der Reichstagsfraktion für den Alltag eine praktische Unterscheidungsmöglichkeit bedeutete; nicht unbedingt muss eine unterschiedliche Benennung folglich als inhaltliche Abgrenzung von einer „Partei“ gesehen werden. Ein drittes Beispiel führt hin zur Bedeutung der geographischen Herkunft der Reichstagsabgeordneten im Untersuchungszeitraum: 1878 teilte der schlesische Magnat und gewichtige Reichstagsabgeordnete Ballestrem Soden in einem Brief beiläufig den Wechsel seiner Berliner Unterkunft mit: „Herr Schneider im Norddeutschen Hofe hat Bankerott gemacht und wir Schlesier sind auf der Suche nach einem anderen home; Praschma hat die Sache in die Hand genommen.“¹¹²⁸ Die Schlesier stellten folglich eine mehr oder minder scharf abgegrenzte Gruppe innerhalb der preußischen Abgeordneten sowie innerhalb der Zentrumsfraktion des Reichstages dar, denn sie suchten bewusst gemeinsam eine Unterkunft in Berlin und dies gab ihnen wiederum die stete Möglichkeit, sich über die aktuellen politischen oder fraktionsinternen Themen auszutauschen.¹¹²⁹ Langewiesche führt zum Föderalismus der politischen Kultur im Deutschen Kaiserreich treffend aus: „Selbst die Liberalen, die sich wie keine andere politische Organisation mit dem neuen Nationalstaat identifizierten und ihn als ihr Werk betrachteten, besaßen weiterhin ihr Zentrum in den Einzelstaaten.“¹¹³⁰ Diese Erkenntnis sowie das Beispiel der Schlesier sind wichtig, um die Zugehörigkeit der Bayern zur Bayerischen Patriotenpartei auf der einen Seite und zum Zentrum auf der anderen Seite weder über- noch unterzubewerten.

¹¹²⁶ Ullstadt, FamA Frankenstein, Politische Korrespondenz, Brief Konrad Preysing an Frankenstein vom 15. April 1886.

¹¹²⁷ Um hier auch die Perspektive zu wechseln: Windthorst sah vermutlich ebenfalls ein schwesterparteiliches Verhältnis, aber die Formulierung „unserer Centrumsschwester im preußischen Abgeordneten Hause“ hätte er vermutlich in einem Privatbrief nicht benutzt, da er der preußischen Fraktion angehörte.

¹¹²⁸ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 604, Brief Franz Graf Ballestrem an Soden vom 17. August 1878.

¹¹²⁹ Inwieweit Ballestrems „wir Schlesier“ jeden einzelnen der schlesischen Abgeordneten einbezog, oder ob er eine für seinen Adressat Soden klar definierte Einheit schlesischer Abgeordneter meinte, muss hier offen bleiben.

¹¹³⁰ Langewiesche, Föderativer Nationalismus, 228 f.

Die Egodokumente für die ersten Jahre der Bayerischen Patriotenpartei sind spärlich, daher lässt sich keine Aussage darüber treffen, ob ein Preysing, ein Aretin oder ein Franckenstein von sich selbst jemals schrieben „wir Patrioten“, zumal die Benennungen lokal differierten.¹¹³¹ Vor Gründung des Deutschen Kaiserreiches 1871 ist die Identifizierung mit der neu entstandenen, einzig in Frage kommenden Partei eindeutig. Für die Zeit danach gibt es zahlreiche Belege der Identifizierung, aber eben auch die Auseinanderentwicklung der Namensgebung und auch Belege für ein Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem preußischen Zentrum. Eine Schwierigkeit für die Analyse ist, dass häufig konkret über die Landtagsfraktion korrespondiert wurde, selten aber über die gesamte Partei. Einen Glücksfall stellt ein Briefentwurf Sodens aus dem Jahre 1884 dar, in dem er unterscheidet zwischen dem Zentrum im Reichstag, der Fraktion der Rechten im Landtag und der katholisch-bayerischen Partei, womit er die Gesamtpartei in Bayern bezeichnete.¹¹³² Bei dieser Sicht ist – wie bei der folgenden – zu berücksichtigen, dass es sich bei Soden um einen Doppelmandatsträger handelte. Joseph Egid Geiger formulierte ein Jahr später:

*„Sie werden, hochverehrter Herr Baron, auf vertraulichem Wege von jener Besprechung Mittheilung erhalten haben, welche wir Reichstagsabgeordnete, die wir zugleich bayer. Landtagsabgeordnete unserer Parthei [!] sind, am Schluß des Reichtags in Berlin gepflogen haben. Der Bezugspunkt der Unterredung war Dr. Rittlers [= Alois Rittler, MdL] Haltung zu uns u. die abermalige Übertragung des Cultus-Referates an ihn“*¹¹³³.

Wenn sich die Abgeordneten näher standen, wurde salopper formuliert: „wir Berliner“¹¹³⁴ verwendete Maximilian August Freiherr von Gise für bayerisch-patriotische Landtagsabgeordneten, die auch im Reichstag saßen. Für dieselbe Gruppe benutzte Friedrich Balduin Freiherr von Gagern den Begriff „München-Berliner[n]“¹¹³⁵, zu einer Zeit, da er nur

¹¹³¹ In der Presse kam es auch zu zweideutigen Formulierungen: „Baiern und das deutsche Reich. / X. Aus Baiern [...] Ich will hier von den jeder Rücksicht Hohn sprechenden Reden, mit welchem dem Centrum und somit auch den baierischen Patrioten und Katholiken begegnet worden ist, gar nicht reden. Auch davon will ich nichts erwähnen, daß die Reichsregierung während der ganzen Session keine Gelegenheit gefunden hat, zu beweisen, daß sie in diesen Vertretern des baierischen Volkes nicht ihre Feinde sieht. [...] Bei den Mitgliedern der Centrumsfraction und besonders bei den baierischen Mitgliedern wird eine Appellation an die Furcht ihren Dienst nicht thun. Diese Letzteren haben bei der abgelaufenen Session alles vermieden, was den Schein erwecken konnte, als ob sie ‚systematisch oppositionell‘ wären, was sie eben nicht sind.“ Germania 156 vom 14. Juli 1871.

¹¹³² BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 508, Briefentwurf Soden an die Presse zur Nichtwiederannahme eines Reichstagsmandates 1884.

¹¹³³ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 510, Brief Joseph Egid Geiger an Soden vom 5. August 1885.

¹¹³⁴ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 609, Brief A. Gise an Soden vom 31. März 1883.

¹¹³⁵ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 609, Brief Gagern an Soden vom 28. März 1883.

Reichstagsabgeordneter, noch nicht aber Landtagsabgeordneter war. 1886 wurde bereits über die Umbenennung diskutiert; zu diesem Zeitpunkt spricht Franckenstein, als er beide Fraktionen in einen Begriff fassen musste, von „der konservativen bay. Partei“¹¹³⁶ eindeutig folglich von einer gemeinsamen Partei, aber er benutzte in dieser Quelle nicht den Namen Bayerische Patriotenpartei. Die Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Partei wird bei Franckenstein auch in den 1870er Jahren, beispielsweise 1875 in einem Brief an seinen Reichstagskollegen Preysing zu den bayerischen Landtagswahlen, deutlich, indem er sich über die Wörter „uns“, „wir“ sowie „unserer Partei“ auch in diesem Beispiel sprachlich eindeutig mit einer Gesamtpartei bayerischer Patrioten identifizierte:

„Aber trotz allem müssen alle so handeln wie Du, alle Anstrengungen machen, die gemacht werden können, um eine Mehrheit für uns [!] zu erlangen. Du wirst sagen: Das ist leichter gesagt als gethan, ich versichere Dich aber ich thue was mir zu thun möglich ist, und stelle mich jedem zur Verfügung. Wegen des für München I nothendigen Geldes schrieb mir bereits [Personenname unleserlich]: Ihr werdet mir sagen was Ihr von mir wollt und ich werde mit Vergnügen meinen Beitrag geben. Ich wage es sicherlich nicht Dich aufzufordern eine auf Dich fallende Wahl anzunehmen. Da ich mir schreckliche Vorwürfe machen würde, wenn durch diese neue Thätigkeit Deine Gesundheit geschädigt würde, es ist eher traurig, daß wir auf solche Kräfte verzichten müssen. [...] man will die Wahlmänner unserer [!] Partei in ganz Bayern gezählt wissen“¹¹³⁷.

Der Briefausschnitt macht gleichzeitig deutlich, wie sehr der bayerische Reichsrat und Reichstagsabgeordnete Franckenstein und wie sehr auch der zu diesem Zeitpunkt Nur-Reichstagsabgeordnete Konrad von Preysing sich in den bayerischen Landtagswahlen engagierten und in die bayerischen Belange der Partei eingebunden waren. Es lohnt sich in Hinblick auf die Zusammengehörigkeitsfrage, dieses Beispiel zur Parteiorganisation zu vertiefen:

¹¹³⁶ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Franckenstein an Soden vom 19. Juli 1886. Auch Soden spricht 1886 schon von den „Conservativen in München“, als es um ein neues Landtagswahlprogramm für die Partei ging: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Franckenstein an Soden vom 7. Oktober 1886. Drei Monate später findet sich aber auch wieder: „jedenfalls freue ich mich, daß man endlich in Rom unsere PatriotenPartei doch nicht für nutzlos[!] hält“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Korrespondenz „Reichstag“ 1879–1889, Brief Soden an Franckenstein vom 2. Dezember 1886. Gise sprach – und hier zeigt sich mal wieder das Nebeneinander von Begrifflichkeiten – von „der katholisch bayerischen Partei“ StaLa, SchlossA Moos, Nr. 833, Brief Gise an Konrad Preysing vom 3. August 1886. Anlässlich des Todes des Reichstagsabgeordneten und bayerischen Reichsrates Karl Aretin schreibt der bis dato nur Landtagsabgeordnete Maximilian Graf von Preysing, dass der Tod „unsere ganze Parteirichtung getroffen“ habe. BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Max Preysing an Soden vom 29. April 1887.

¹¹³⁷ Zum Beispiel: StaLa, SchlossA Moos, Nr. 751, Brief Franckenstein an Konrad Preysing 4. Mai 1875.

Konrad Graf Preysing war 1875 sogar Mitglied in dem Münchner Komitee, das sich um ein bayernweites Programm für die bayerischen Landtagswahlen im Juli 1875 bemühte; das Programm stellt sich nach bislang unveröffentlichten Quellen als Gemeinschaftswerk dar.¹¹³⁸ Drei Briefe Preysings an Franckenstein zum Wahlprogramm und zu einer Unstimmigkeit, die nicht „in die Öffentlichkeit [...] gedrungen ist“¹¹³⁹, sind aufschlussreich für diese Zeit, zu der nur wenige Quellen aus den Nachlässen existieren.¹¹⁴⁰ Sie zeigen die Beteiligung der beiden nicht für den Landtag kandidierenden Freunde, wie auch beispielsweise die selbstverständliche Beteiligung Arcos, der die Sitzungen in München einzuberufen hatte, sowie die aktive Beteiligung des Abgeordneten Ludwig Freiherr von ZuRhein, der äußerst selten in den Egodokumenten vorkommt.¹¹⁴¹ Franckenstein hatte an den ersten Besprechungen des Münchner Komitees sowie an einer Besprechung über das Programm in Nürnberg teilgenommen; hier wie in den Briefen wurde an einzelnen Formulierungen sowie am Gesamtkonzept gefeilt. Preysing urteilt über einen Vorschlag Frankensteins gegenüber den Vorschlägen von Jörg und Freytag: „Schließlich meine ich, um auf die Programme zurückzukommen, daß Deine Sprache mehr Nerv hat und darauf kommt es an.“¹¹⁴² Außerdem rang man gemeinsam sowohl um Organisatorisches als auch um den richtigen Weg zur möglichen Vermeidung eines „Programm Durcheinander[s]“¹¹⁴³ – welches die Patrioten für die Landtagswahlen jedoch bis 1887 nie beseitigen konnten.¹¹⁴⁴ Für Franckenstein war Preysing in dieser Angelegenheit die Verbindung nach München über die er sich

¹¹³⁸ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 176 f., geht davon aus, dass Jörg den Wahlaufuf entwarf und es „mit maßgebenden Persönlichkeiten der Partei abstimmte“; die „Autorschaft“ Jörgs sicherte dem Programm, so urteilt Hartmannsgruber, „landesweite Geltung“. Wie anhand der Briefe aus dem Nachlass Franckensteins deutlich wird, greifen diese Mutmaßungen, deren Quelle die patriotische Presse darstellt, zu kurz. Es handelt sich bei dem Wahlaufuf des oberbayerischen Kreiskomitees von 1875, dem sich andere Kreise anschlossen, um eine Gemeinschaftsarbeit führender Persönlichkeiten aus ganz Bayern.

¹¹³⁹ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1874/75/1877-1878, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 21. Mai 1875.

¹¹⁴⁰ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1874/75/1877-1878, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 12. Mai 1875, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 14. Mai 1875, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 21. Mai 1875.

¹¹⁴¹ Ludwig Freiherr von ZuRhein (1833-1914): MdL: 1869 bis 1875, MdR: 1874-1881.

¹¹⁴² Ebd., Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 14. Mai 1875. Der ansonsten wortmächtige und scharfsichtige Jörg legte aber selbst weder auf die Form noch auf den Inhalt seines Entwurfes wert: „*Der ‚patriarchalische‘ Passus müsse, so meinte Freytag jedenfalls wegfallen. Indessen scheint Jörg auf sein Opus großen Werth selbst nicht gelegt zu haben. – ‚Programme‘, schreibt er dem Freytag, in mißmuthiger Laune, ‚sind billig wie Brombeeren‘ und fügt hinzu, daß er selbst die Überzeugung hege, daß manches umgeändert und verbessert werden müsse. / Man vermuthete in Berlin, daß Jörg eine That in Form eines Programms in petto trage. Du siehst, daß nicht ein neuer Gedanke in ihm – dem Entwurfe nämlich – zu Tage tritt. Glaube mir, Jörg würde Deinen staatsmännischen Gedanken hinsichtlich Bayerns bereitwilligst unterschreiben. Ich werde mich dessen demnächst in Landshut vergewissern.*“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1874/75/1877-1878, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 21. Mai 1875.

¹¹⁴³ Edb., Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 21. Mai 1875.

¹¹⁴⁴ Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 176.

einbrachte.¹¹⁴⁵ Preysing fungierte vor Ort, nach seinen Aussagen ordnend und antreibend.¹¹⁴⁶ Wichtig erschien Preysing die Teilnahme von Franckenstein und Jörg an einer nächsten Sitzung des Komitees, das ja eigentlich für Oberbayern zuständig war – dies zeigt einmal mehr, dass es starre Grenzen in der Parteiorganisation der damaligen Zeit nicht gab. In dem Komitee in München fanden sich sowohl Oberbayern als auch die häufig in München Anwesenden beziehungsweise zu den einflussreichen Persönlichkeiten Zählenden zusammen, zu denen eben auch die in Niederbayern ansässigen Konrad Graf Preysing und Jörg sowie der Franke Franckenstein gehörten.¹¹⁴⁷

Die Haltung gegenüber der Landtagsfraktion war individuell unterschiedlich, bei den Reichstags- wie bei den Landtagsabgeordneten. Auch wenn Preysings Meinung¹¹⁴⁸ über die Landtagsfraktion mit den Jahren immer mehr sank und diese wesentlich negativer als die Franckensteins¹¹⁴⁹ war, blieb der niederbayerische Graf immer direkter eingebunden in die Niederungen der Partei in München als der fränkische Baron.¹¹⁵⁰ Letzterer schaltete sich sehr

¹¹⁴⁵ Zum Beispiel: „Gestern Abend habe ich Deinen Brief erhalten. Ich bin vollkommen einverstanden damit, daß in der von Dir angedeuteten Weise vorgegangen werde.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1874/75/1877-1878, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 21. Mai 1875.

¹¹⁴⁶ „Jetzt handelt es sich darum endlich wieder das Comité zusammenzubringen. Ich habe Lulu [= Arco] in diesem Sinne geschrieben u. ihm gesagt, daß es empfehlenswerth erscheine, wenn die Comité Sitzung Ende Mai, in den Tagen stattfinde wo Du wegen der Ordenssitzung in München sein wirst. Jörg habe ich in Landshut leider nicht getroffen. [...] Ich werde ihn Sonntag sprechen u. versuchen ihn zu bestimmen ebenfalls nach München zu kommen.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1874/75/1877-1878, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 21. Mai 1875.

¹¹⁴⁷ Franckenstein wiederum besprach sich mit Johann Baptist Stamminger, der in der fränkischen Parteiorganisation eine Rolle spielte, aber nur von 1885 bis 1887 ein Landtagsmandat innehatte. Die Rolle, die Preysing in Bezug auf die heute nicht mehr zu klärende Unstimmigkeit zuwuchs, gefiel ihm nicht, war koordinierend, schlichtend und in ihrer Bedeutung nicht gering: Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1874/75/1877-1878, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 14. Mai 1875. Als die Angelegenheit geregelt war, bekannte der damals dreiunddreißigjährige Konrad Preysing dann jedoch: „Ich bin fast möchte ich sagen stolz“. Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1874/75/1877-1878, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 21. Mai 1875.

¹¹⁴⁸ Beispielsweise: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 603, Brief Konrad Preysing an Soden vom 21. September 1877. Preysing wollte 1886 zur Unterstützung des Prinzregenten allem Anschein nach sogar eine Mittelpartei gründen. Jahrelang stand er allerdings loyal zur Landtagsfraktion: „Die intellektuellen Urheber aber, welche unsere polit. Freunde im baye. Landtage bewußt in so peinliche Lage gebracht, jene Urheber aufzuspüren, das muß man mir überlassen. / Sie sollen mich kennen lernen, sobald ich vor der Thatsache stehe.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1874/75/1877-1878, Brief Preysing an Franckenstein vom 23. September 1877.

¹¹⁴⁹ „Ich huldige dem Satze, den man nur zu häufig hört, „die bayerisch patriotische Fraction ist nichts werth, und nützt zu nichts, ja schadet vielleicht“ ganz und gar nicht. Wir wissen, was wir haben, wir wissen aber nicht was kommen wird. [...] Beßeres kommt vorerst nicht, und deßhalb liebe ich das unvollkommene Bestehende.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 603, Brief Franckenstein an Soden vom 22. September 1877. Dennoch wächst auch bei Franckenstein auf der Gefühlsebene die Distanz zur Landtagsfraktion und negative Äußerungen mehren sich im Laufe der Jahre.

¹¹⁵⁰ Dies hat sicherlich zahlreiche Ursachen. Hervorzuheben sind Preysings Vorstandstätigkeit im Münchner Kasino nach Arcos Tod 1882 und die verstärkte Anwesenheitspflicht im Berliner Reichstag, der Franckenstein als Fraktionsvorsitzender und Vizepräsident unterlag. Frühe Belege seiner teils mühevollen Tätigkeit in München: „Augenblicklich kann ich unserer Sache hier mehr nützen als in Berlin. Ich bitte Dich diese meine Meinung Windthorst u. Mallinkrodt zu vermitteln. Doch ich wiederhole: Bei wichtigen Abstimmungen möchte ich in Berlin nicht fehlen.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Korrespondenz Reichstag 1872-1878, Brief Konrad Preysing an Georg Arbogast Franckenstein vom 1. Juni 1873. „Nun dann: wenn selbst Mallinkrodt München

wohl auch direkt ein in Fragen der Landtagsfraktion, ging aber häufiger den indirekten Weg, ab 1875 beispielsweise auch über seinen hervorragenden Kontakt zu Max Freiherr von Soden. Dass das Engagement der Freunde Franckenstein und Preysing für die Landtagsfraktion nicht sank und ihre Meinung auch 1887 nach wie vor gefragt war, zeigen die Bemühungen um ein neues Landtagswahlprogramm der Partei.¹¹⁵¹ Gut dokumentiert ist durch den Nachlass Sodens auch Franckensteins Einfluss auf die Entscheidung über eine Änderungsvorlage der bayerischen Verfassung nach der Königstragödie,¹¹⁵² die Franckenstein direkt betraf, weil er von König Ludwig II. kurz vor dessen Tod zu sich gerufen wurde und weil er als Präsident der Reichsratskammer mitten im Geschehen stand. Es wäre aber falsch, Franckensteins Einfluss auf die Verfassungsfrage 1886 als Beleg für ein Hineinregieren der Reichstagsfraktion oder des Reichsrates in die politischen Entscheidungen der Landtagsfraktion zu sehen. Zwei weitere prägnante Fälle unterstützen die These, dass es bei außergewöhnlich wichtigen Entscheidungen zu intensiven Beratungen und Versuchen der Einflussnahme kam, dass es sich aber nicht um Hineinregieren handelte und dass es sich eben auch um die Beratungen einer Partei handelte:

In Bezug auf die brisante Frage nach der Oppositionsstrategie in der bayerischen Abgeordnetenversammlung im Winter 1875/76 wurden die wegen Reichstagssession gerade in Berlin weilenden Doppelabgeordneten, von den in München befindlichen Abgeordneten befragt. Die Berliner kippten die Entscheidung der Münchner und allem Anschein nach war auch Franckenstein in die Überlegungen einbezogen.¹¹⁵³ Nachweislich weitere Kreise zog ein Politikum, das die Landtags- wie die Reichstagsfraktion betraf: die Frage nach Georg Ratzingers Verbleib in den Fraktionen 1877. Auch wenn es mehrere Äußerungen Windthorst zu dem Fall gibt, blieb dieser vor allem ein Feld bayerischen Engagements. Es kam zu durchaus intensiven Beratungen und auch Beeinflussungsversuchen von

zum Standort seiner politischen Tätigkeit machte, ich kann versichern, die ‚Uneinigkeit im eigenen Lager‘ auf Grund des Centrumsfraktions-Programms zu beseitigen würde ihm nicht gelingen.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Korrespondenz Reichstag 1872-1878, Brief Konrad Preysing an Georg Arbogast Franckenstein vom 16. September 1873.

¹¹⁵¹ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Franckenstein an Soden vom 7. Oktober 1886 und Brief Konrad Preysing an Soden vom 12. Oktober 1886; Nr. 613, Brief Franckenstein an Soden vom 12. April 1887.

¹¹⁵² „Der § 18, u die Abänderung derselben wurde gestern im Ausschusse abgelehnt; von uns; – es war Clubbeschluss; – (auch Franckenstein war für Ablehnung, Gager hatte ihn vertraul. befragt) u. zwar aus politischen Gründen, weil man nicht diesem Ministerium nach allen Vorgängen sofort etwas bewilligen wollte.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Karl Freyen-Seiboltsdorf an Soden vom 29. Juni 1886. Franckenstein bestätigte selbst: „Ich sprach mit Ow, Ruppert, Geiger, Daller, Gager und Gise über die Vorlage“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Franckenstein an Soden vom 8. Juli 1886. Des Weiteren: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Hertling an Soden vom 2. Juli 1886 und Brief Max. A. Gise an Soden vom 27. Juli 1886. Dass es Franckensteins Einfluss war, der das Votum der Landtagsabgeordneten prägte, waren sich die Zeitgenossen einig. Ob aber beispielsweise auch Konrad Preysing oder Karl Aretin Gespräche führten, muss offen bleiben.

¹¹⁵³ Amann, Ratzinger, S. 142f.

Reichstagsabgeordneten auf Landtagsabgeordnete; zu den Hauptakteuren zählten Franckenstein, Soden, Preysing, Hauck und Freytag.¹¹⁵⁴

Fruchtbringender Meinungs Austausch sowie Unterstützung zwischen Reichsräten, Landtagsabgeordneten und Reichstagsabgeordneten beziehungsweise der Landtags- und der Reichstagsfraktion als Ganzes fand im Untersuchungszeitraum zahlreich statt.¹¹⁵⁵ Zu verkennen ist allerdings nicht, dass die auf individuellen Gräben und sozialer Herkunft fußende Trennlinie zwischen Adeligen und Bürgerlichen, die beim Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz 1889 aufbrach, den Einfluss der Adeligen in der Bayerischen Zentrumspartei 1889 stark zurückdrängte.¹¹⁵⁶

Summa summarum kann erstens eine historische Entwicklung der Parteibezeichnung konstatiert werden. Zweitens sprechen diese Entwicklung, die Gesinnung der Abgeordneten sowie die komplexe Realität von Namensgebung und Parteiorganisation für eine Bezeichnung auch der Reichstagsabgeordneten als bayerisch-patriotisch beziehungsweise für ihre Zugehörigkeit zur Bayerischen Patriotenpartei.

¹¹⁵⁴ Amann, Ratzinger, S. 145-148.

¹¹⁵⁵ BayHStA, FamA Aretin, vorl. Nr. 49/30/I, Brief Daller an Aretin vom 7. Januar 1885. Ullstadt, FamA Franckenstein, Korrespondenz „Reichstag“ 1879 – 1889, Brief Max Soden an Franckenstein vom 2. Dezember 1886. Beispiele aus dem NL Soden: vorl. Nr. 606, Brief Franckenstein an Soden vom 1. Januar 1880 und Brief Franckenstein an Soden vom 23. Oktober 1880; vorl. Nr. 506, Brief Jörg an Soden vom 24. November 1880; vorl. Nr. 507, Brief Karl Frhr. v. Ow an Soden vom 20. Dezember 1882; vorl. Nr. 509, Brief Joseph Aichbichler an Soden vom 23. Oktober 1884; vorl. Nr. 510, Brief Karl von Ow an Soden vom 1. Januar 1885.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch die bereits erwähnte Besprechung zu den erwarteten Finanzgesetzen in München, zu der Jörg die Reichstagsabgeordneten wie selbstverständlich einlud und bei der Sitzung präsiidierte, obwohl er nach der Reichstagsauflösung 1878 nicht mehr kandidiert hatte und die erste Session des neuen Reichstages bereits abgehalten war. Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Georg Arbogast Franckenstein vom 12. Januar 1879.

¹¹⁵⁶ In diesem Sinne muss auch ein Zitat Pfettens gewertet werden. Es weist auf eine von der bürgerlichen Führung der Landtagsfraktion ausgegebene Parole hin, die der lange Jahre geübten Praxis widerspricht, dass je nach Thema, alle Reichstagsabgeordneten oder nur die Doppelabgeordneten die Zeit in Berlin auch für eine Besprechung der bayerische Belange nutzten; die Parole war ein Machtinstrument und stellte sowohl den Versuch dar auszugrenzen, indem nur in München besprochen werden sollte, als auch den Versuch, selbst nicht ausgegrenzt zu werden, denn der Fraktionsführung im Landtag gehörten nicht nur Doppelmandatsträger an: „Möge aber auch der Wahn, daß bayerische Dinge ausschließlich im bayerischen Landtage u. in München gemacht werden nicht das Verhältnis der Besprechung in Frage stellen. Die Herrn Schönborn, Franckenstein u. Walderdorff sollten von einer solchen Besprechung nicht ausgeschlossen sein.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 617, Brief Pfetten an Soden vom 10. Juli 1890.

Zur Verdrängung des Adels siehe auch: Möckl, Prinzregentenzeit, S. 281. Besonders deutlich wird dieser Umstand an den Auseinandersetzungen um den bayerischen Kirchentag 1889 in München; bestätigt wird er beispielsweise mit dem deutschen Kirchentag 1890. Aufschlussreich und neue Aspekte hinzubringend sind dabei vor allem die KN Orterer, aber auch die große Zahl an Briefen in den konsultierten Nachlässen.

2. Die bayerischen Patrioten und die Zentrumsfraktion des Reichstages. Anteil, Binnengliederung, Entwicklung

Nach der Darstellung der komplexen Realität der Bayerischen Patriotenpartei und der frühen Bayerischen Zentrumsparlei richtet sich der Blick nun wieder auf die Reichstagsfraktion, der die Patrioten auf Bundesebene angehörten. Die Untersuchung der Politik der Patrioten im Reichstag macht deutlich, dass die von der Forschung zumeist vergessenen Bayern durchaus tätig waren – aber wie hoch war ihr Anteil an der politischen Arbeit der Zentrumsfraktion im Reichstag? Wer leistete diesen Anteil? Und: Wer unter ihnen gehörte zur Führungsriege der Fraktion? Die Politikkapitel bieten auch immer wieder einen Einblick in sachliche wie persönliche Trennlinien innerhalb der Zentrumsfraktion. Lässt sich, unter Einbeziehung weiterer Daten, eine Entwicklung des bayerischen Zentrumskontingents in seinem Verhältnis zum Reichszentrum ausmachen?

Die These von den, überspitzt ausgedrückt, fast nie anwesenden und dementsprechend so gut wie nicht mitarbeitenden bayerischen Mitgliedern der Zentrumsfraktion hält sich hartnäckig. Dies dürfte auch daran liegen, dass weder die Anwesenheit noch die politische Arbeit der Bayern bislang untersucht worden ist. Im Gegenteil: Anderson, beispielsweise, verkürzt Bachems Aussage, nach der die „bäuerlichen Mitglieder des Zentrums aus Bayern [...] meist nicht da“¹¹⁵⁷ waren, indem sie das Attribut „bäuerlich“ weglässt und von den „Bayern“¹¹⁵⁸ spricht. Es lohnt sich, genauer hinzusehen: Am Ausgangspunkt dieser These stehen sowohl Tatsachen als auch überspitzte politische Hähme des politischen Gegners.

In der Literatur wird zwar kein Zeitungsartikel als Quelle benannt, dennoch klingt bei Anderson, um dieses Beispiel weiterzuverfolgen, an, dass „die liberale Presse spottete, die Bayern seien ‚abkommandiert‘ worden.“¹¹⁵⁹ Wie konnten Abgeordnete „abkommandiert“ werden? Der Hinweis bezieht sich inhaltlich auf die in allen Fraktionen übliche Praxis, wonach die fehlenden Mitglieder herbei telegraphiert wurden, wenn eine wichtige

¹¹⁵⁷ „Die bäuerlichen Mitglieder des Zentrums aus Bayern, welche am liebsten gegen alle Militärforderungen stimmten, waren meist nicht da. Wenn etwas abgelehnt werden sollte, telegraphierte man sie herbei und sie kamen mit Freuden. Wenn etwas durchgehen sollte, telegraphierte man nicht und sie blieben ruhig daheim.“ Bachem, Zentrum IV, S. 160.

¹¹⁵⁸ Anderson, Windthorst, S. 244. Anderson verweist in ihrer Fußnote inhaltlich auf Bachem. Ebenso Ritter, der bei der Anführung der Tatsache von der allgemeinen Abwesenheit nur die „*Alpenfeilchen*“ explizit erwähnt und damit verallgemeinert: Ritter, Reichstag, S. 913. Hartmannsgruber übernimmt Bachems Zitat wörtlich, legt es jedoch nicht auf die Waagschale: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 379 Anm. 105.

¹¹⁵⁹ Anderson, Windthorst, S. 244. Anderson bezieht diesen Hinweis aus einem Brief Mosler an Reuß vom 27. März 1882 (BAT 105 Abt. 1493 S. 49).

Entscheidung anstand;¹¹⁶⁰ nicht herbei telegraphiert, also „abkommandiert“, wurden die fehlenden Mitglieder der Zentrumsfraktion, „[w]enn die Führung eine Maßnahme, die sie aus Prinzip mißbilligte, unauffällig durchgehen lassen wollte“¹¹⁶¹. Zwei Überlegungen zur Aussagekraft der liberalen Presse als Quelle sind wichtig: Naturgemäß spotteten die Blätter nicht über die eigenen fehlenden Mitglieder, die wenigen aus Bayern stammenden liberalen Abgeordneten, die zahlreichen aus Baden und Württemberg oder die zahlreichen aus Norddeutschland. Zudem war die Zahl der Bayern innerhalb der Zentrumsfraktion hoch, wenn man sie als Gruppe wahrnahm, was offensichtlich der Fall war, fielen ihre Absenzen eher auf. Nun zu den Tatsachen: „Man zählte eben 105 Hüte“¹¹⁶², schrieb Preysing 1885 an Franckenstein und bezog sich dabei auf die Zahl von 105 anwesenden Parlamentariern von insgesamt 397 des Reichstages. Es fehlten also 292 Mandatsträger. Eigentlich ist die durch alle Fraktionen hindurch hohe Abwesenheitsquote ein Allgemeinplatz der Forschung,¹¹⁶³ er wurde nur nie in Bezug zu den Patrioten gesetzt. Wenn von abwesenden Patrioten berichtet wurde, wurde dies immer aus dem Kontext der allgemein sehr hohen Abwesenheitsquote gelöst und erhielt dadurch den Ruf der Einzigartigkeit.

Trotzdem lohnt es sich, den geographischen Aspekt bei der Anwesenheitsquote der Patrioten zu beleuchten: Ritter spricht in seinem Aufsatz über den „Reichstag in der politischen Kultur des Kaiserreiches“ von einer „Verberlinerung des Reichstages“, dem „Übergewicht der nord- über die süddeutschen Abgeordneten, sowie Tendenzen zur Entstehung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft aus den immer anwesenden führenden Abgeordneten einerseits und den vielfach als Stimmvieh angesehenen einfachen Abgeordneten andererseits“¹¹⁶⁴. Es ist sicherlich richtig, dass die Abgeordneten aus dem ganzen Reich, die einen weiten Weg mit eventuell auch noch schlechter Zugverbindung zurückzulegen hatten, diesen weniger häufig auf sich nehmen konnten. Das Reichstagsmandat war für sie zeitlich, körperlich, geschäftlich und auch privat belastender als für die Parlamentarier, deren Weg nach Berlin kürzer war. Zu bedenken

¹¹⁶⁰ Vgl. auch: Ritter, Reichstag, S. 913. Den für alle Fraktionen von der Forschung angenommenen Modus des Herbeitelegrafierens wegen hoher Abwesenheitsquote stellt beispielsweise Kotowski auch für die von ihm untersuchte polnische Fraktion fest: Kotowski, Polnische Fraktion, S. 44.

Das Herbeitelegrafieren ging nicht nur von der Fraktionsführung aus, es wurde auch vielfach darum gebeten, telegrafisch benachrichtigt zu werden, um am Platze sein zu können: Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1874/75/1877-1878, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 25. Februar 1874.

¹¹⁶¹ Anderson, Windthorst, S. 244.

¹¹⁶² Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1884-1886 – vornehmlich Graf Konrad Preysing, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 25. April 1885.

¹¹⁶³ Es ist sogar bekannt, dass die Häufigkeit der hohen Abwesenheitsquote – die Beschlussunfähigkeit des Reichstages bedeutete – dazu führte, dass es bei „Routineangelegenheiten und parteipolitisch wenig brisanten Gesetzentwürfen“ Usus wurde, dass kein Abgeordneter die Beschlussfähigkeit des Reichstags auszählen ließ: Ritter, Reichstag, S. 913. Anderson, Windthorst, S. 243 spricht von 16 % Abwesenheitsquote im Reichstag und 30 % Abwesenheitsquote bei der Zentrumsfraktion; auf welcher Quelle ihre Daten beruhen und wie stichhaltig diese ist, bleibt jedoch unklar.

¹¹⁶⁴ Ebd.

ist dabei auch die Diätenlosigkeit der Reichstagsmandate, die schon bei der Auswahl der Mandatsträger wie ein Zensus wirkte.¹¹⁶⁵ Dass Berlin auch der Sitz des preußischen Abgeordnetenhauses sowie des preußischen Herrenhauses war, begünstigte die Preußen: Zwar war es für die zahlreichen preußischen Doppelabgeordneten arbeitstechnisch einschränkend und sehr anstrengend, vormittags im Abgeordnetenhaus zu tagen und anschließend in großer Eile in den Reichstag zu wechseln¹¹⁶⁶ – für die Reichstagsmitglieder anderer Bundesstaaten bedeutete das gleichzeitige Tagen der Parlamente jedoch, dass sie sich entscheiden mussten, wo ihre Anwesenheit und Mitarbeit gerade dringender benötigt wurde.

Dass Landtag und Reichstag gleichzeitig tagten, war für die bayerischen Doppelabgeordneten, patriotisch wie liberal, tatsächlich ein Problem. Bislang unbekannt war, dass die patriotischen Abgeordneten bemüht waren, diesen Missstand sowohl für Kommissionssitzungen als auch für Sessionen zu beseitigen; es gelang ihnen jedoch nicht.¹¹⁶⁷ Das bedeutete über die

¹¹⁶⁵ Auf die Diätenlosigkeit weisen beispielsweise auch Nipperdey, Organisation, S. 287, und Hehl hin; letzterer zieht zugleich aus der niedrigen Präsenz einen weitreichenderen Schluss für den Parlamentarismus und das Regierungssystem: Eine „Kaste selbstbewusster Berufspolitiker, die der übermächtigen Bürokratie von gleich zu gleich hätte gegenüberstehen können, [konnte] nur schwer entstehen.“ Ulrich von Hehl: Ludwig Windthorst als Parlamentarier, in: Landkreis Emsland und Ludwig-Windthorst-Stiftung (Hg.), Ludwig Windthorst 1812-1892. Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks. Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß des 100. Todestages, Meppen 1991, S. 26-34, hier: S. 28.

¹¹⁶⁶ Mit der Zusammenlegung der Sitzungen des Reichstages und des preußischen Landtages für knappe sechseinhalb Monate verursachte Bismarck 1882/1883 „absichtlich ein Chaos“: Pflanze, Bismarck II, S. 325. Heeremann entschuldigt sich bei Soden für die Eile, in der er den Brief an ihn verfasst und meint erklärend: „Da Reichs u Land-Tag zusammen tagen bin ich häufig sehr abgehetzt. Man kann das nicht leisten, wenn man auf beiden Seiten Mitglied großer Commissionen ist. – Mir wird es zuviel.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 611, Brief Heeremann an Soden vom 14. Februar 1885. Von der Hetze von A nach B berichtet auch: Anderson, Windthorst, S. 246.

¹¹⁶⁷ Der Akt „Geschäftsverkehr der Justizkommission“ verrät, dass die bayerischen Abgeordneten fraktionsübergreifend im März und April 1875 den Versuch starteten, den Beginn der Verhandlungen der Justizkommission zu vertagen wegen preußischer und bayerischer Landtagssitzungen (Krätzer, Hauck, Mayer mit den Liberalen Marquardsen, Völk und Herz): BArch R 101/1579 (Filmsign: 31177).

Bismarcks Versuch, einen Doppelhaushalt für das Reich zu etablieren, bot den Patrioten die Chance der Entzerrung der Sitzungen: *„Heute muß ich mich mit einigen Zeilen an Dich wenden, und Dich bitten dieselben bald beantworten zu wollen. / Bezüglich des VerfassungsänderungsGesetzes besteht in unserer Fraction Meinungsverschiedenheit. Die Norddeutschen wollen fast ausnahmslos Beibehaltung des einjährigen Etats, die Süddeutschen sind der Ansicht, man möge den zweijährigen Etats zustimmen, aber jährliche Berufung des Reichstages beibehalten. / An Süddeutschen sind aber dermaßen nur sieben hier und unter diesen Bissingen, Bodmann und Zeil. / Habe die Güte die Collegen im bayerischen Landtage zu fragen, ob sie unsere Ansicht theilen. Unser Hauptgrund ist der, daß wir den seit ein paar Jahren bestehenden Zustand nicht erhalten wollen, daß die Mitglieder der bayerischen Kammer, die auch Reichstagsmandate haben, dem ersten Theile jeder Session nicht anwohnen können. Gerade jene, die das bayerische Budget im Ausschusse und Plenum bearbeiten und prüfen, können sich an den Berathungen des Reichsetats weder in der Commission noch im Plenum betheiligen. Das ist ein großer Mißstand.“* BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 607, Brief Franckenstein an Soden vom 12. März 1881. Franckenstein erwähnt die drei genannten Mitglieder der Fraktion, weil sie zwar Süddeutsche, aber keine Bayern waren – womit die Zahl der Bayern wohl bei vier lag; dies unterstreicht folglich die Wichtigkeit von Franckensteins Anfrage für Soden. Bei den drei Genannten handelt es sich um: Dr. jur. Cajetan Graf von Bissingen-Nippenburg, WK 16 Württemberg; Franz Freiherr von und zu Bodmann, WK 14 Baden; Constantin Graf von Waldburg zu Zeil, WK 17 Württemberg: Schwarz, Reichstagshandbuch.

Von dem Auseinanderklaffen der Meinungen in der Zentrumsfraktion über den Teil des vorliegenden Gesetzentwurfs, der sich auf die Etatberatungen bezog, verlautete 1881 im Reichstag nichts. Die Fraktion lehnte wie die meisten anderen Fraktionen den Gesetzentwurf zur Verfassungsänderung 1881 ab: RV 1881, Bd. 65,

Probleme für die einzelnen Abgeordneten hinaus auch taktische Probleme für die Fraktionen. Ein Beispiel zeigt dies deutlich:

Im Frühjahr 1883 schrieben Gagern und Gise an Soden anlässlich der bevorstehenden Terminkollision von Landtags- und Reichstagssitzungen.¹¹⁶⁸ Gagern, der nur Reichstagsabgeordnete war, ermahnte Soden und den Rest der Doppelabgeordneten, rechtzeitig nach Berlin zu kommen, da andernfalls die Mehrheiten für die Verabschiedung von erarbeiteten Gesetzten fehlen würden:

*„Ich hoffe u. [...] erwarte, daß sich keiner von Euch – München–Berlinern an den Versammlungen des Landtages betheiligt. Der [...] Nothstand [in Bayern] kann auch ohne Euch gesteuert werden – während ohne Euch die Holzzölle, Gewerbenovelle pp [in Berlin] ganz sicherlich durchfallen.“*¹¹⁶⁹

Die Bedeutung der Themen im Landtag schätzte Gise anders ein. Zudem standen, wie er es ausdrückte, „sehr gewichtige innere Parteifragen“¹¹⁷⁰ in München an. Gise löste das Problem für sich folgendermaßen: Er ließ sich für ein paar Tage von seinen Diensten bei Hofe beurlauben und nahm an den Reichstagsverhandlungen über die Holzzölle teil. Dadurch versäumte er, nach seiner eigenen Einschätzung, höchstwahrscheinlich die Eröffnung der Landtagssession. Um zu verhindern, dass mit der Landtagseröffnung die parteiinternen Probleme in München ohne ihn und die anderen Doppelabgeordneten offiziell besprochen würden, bat er die Fraktionsspitze in München, keine Fraktionssitzung abzuhalten, bevor nicht die Doppelabgeordneten aus Berlin zurückgekehrt seien. Er plante dann für knapp vierzehn Tage in München zu bleiben und anschließend erst wieder in den Reichstag zurückzukehren, da seiner Ansicht nach die Landtagsverhandlungen über Notstand und Bahn

Drucksachen Nr. 120 und 127; RV 1881, Bd. 63, S. 992, 999 (6. Mai 1881) bzw. S. 1046 (16. Mai 1881). Das zweijährige Budget, das Bismarck ein Jahr darauf ohne Verfassungsänderung einbringen ließ, wurde abgewehrt, indem nur die Titel für das erste Jahr in normalem Umfang bewilligt wurden; die Titel für das zweite Haushaltsjahr aber bei den Beratungen im Sommer 1883 drastisch gekürzt wurden, so dass ein Auskommen mit diesem Budget unmöglich gemacht wurde. Diesmal ließ sich die Fraktion ein wenig in die Karten sehen: Am 11. Dezember 1882 sowie am 9. Februar 1883 erklärte Windhorst, dass zwar eine Minderheit seiner politischen Freunde für die Einführung eines zweijährigen Budgets sei, dass die gesamte Fraktion aber aus rechtlichen Gründen ein zweijähriges Budget ohne Verfassungsänderung ablehnen müsse. RV 1882/83, Bd. 68, S. 715-723 (11. Dezember 1882), Bd. 69, S. 1391-1393 (9. Februar 1883), Bd. 71, S. 2834-2841 (5. Juni 1883), S. 2882-2904 (7. Juni 1883), S. 2905-2933 (8. Juni 1883), S. 2949-2967 (9. Juni 1883), S. 2971-2996 (11. Juni 1883), S. 2999 (12. Juni 1883).

Ein Eingreifen des Reichskanzlers Bismarcks in die zeitlichen Planungen der Länder lehnten die Patrioten aber erwartungsgemäß ab: RV, 1872, Bd. 24, S. 69f. (Konrad Graf von Preysing, 17. April 1872).

¹¹⁶⁸ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 609, Brief Gise an Soden vom 31. März 1883 und Brief Gagern an Soden vom 28. März 1883.

¹¹⁶⁹ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 609, Brief Gagern an Soden vom 28. März 1883.

¹¹⁷⁰ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 609, Brief Gise an Soden vom 31. März 1883.

seiner Anwesenheit bedurften. Diesen Bedarf sah er auch in Bezug auf die von Gagern ebenfalls angesprochenen Verhandlungen des Reichstages über die Gewerbenovelle. Hier setze er als Problemlösung auf ein kluges Vorgehen Franckensteins als Vizepräsidenten des Reichstages: „Hoffentlich ist Franckenstein umsichtig genug bis zum 15ten April nicht in die Gewerbenovelle einzutreten“¹¹⁷¹.

Diese äußeren Gegebenheiten und ihre Konsequenzen sind also zu bedenken, wenn es um die Feststellung und Beurteilung von Anwesenheit und Mitarbeit der bayerischen Patrioten sowohl in der Zentrumsfraktion als auch an Reichstagsentscheidungen geht. Ebenso ins Gewicht zu ziehen sind die Aussagen in der Korrespondenz der Abgeordneten: Bei diesen überwiegen die Äußerungen über die allgemein hohe Absentenquote in den Reihen des Zentrums bei weitem die Äußerungen mit Hinweis auf die Bayern.¹¹⁷² 1881 wollte August Reichensperger mit einem Brief bewirken, dass Jörg mit einem Artikel in den *HPB* die Abwesenheit in den Zentrumsreihen öffentlich mache und ihr dadurch entgegenwirke; er bezifferte die Absenz auf ein Drittel der Mitglieder und fügte hinzu: „während der letzten Session fehlten sogar bei wichtigen Abstimmungen deren mehr als 40!“¹¹⁷³ Auf die Bayern ging er nicht ein.

Welche Möglichkeiten bestehen noch, die Anwesenheit und Mitarbeit der Patrioten festzustellen? In die Kommissionen entsandten die Fraktionen nur Personen, von deren nutzbringendem Einsatz sie in diesen wichtigen Gremien ausgingen. Die Protokolle der Kommissionen¹¹⁷⁴ belegen zumeist die zuverlässige Anwesenheit der Patrioten;¹¹⁷⁵ wenn sie

¹¹⁷¹ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 609, Brief Gise an Soden vom 31. März 1883.

¹¹⁷² Ullstadt, FamA Franckenstein, Reichstagswahl I, II, III 1872-1877, Brief Aretin an Franckenstein vom 5. Juni 1872; Ullstadt, FamA Franckenstein, Korrespondenz Reichstag 1872-1878, Brief Windthorst an Franckenstein vom 4. März o.J. [1873], veröffentlicht in: Windthorst, Briefe II, S. 870 Nr. 2.; Ullstadt, FamA Franckenstein, Korrespondenz Reichstag 1872-1878, Brief Carl Friedrich von Savigny an Franckenstein vom 15. April 1873; BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 509, Brief Aretin an Soden vom 30. April 1883. BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 610, Brief Franckenstein an Soden vom 18. Mai 1884 in Verbindung mit: Ebd. Brief Franckenstein an Soden vom 28. Mai 1884.

¹¹⁷³ Brief August Reichenspergers an Jörg vom 3.11.1881, in: Jörg, Briefwechsel, S. 470f. Nr. 340. Jörgs Artikel: *HPB* 88, 1881, S. 872f. Vgl. Hartmannsgruber, *Patriotenpartei*, S. 191 Anm. 126. Hertling, *Erinnerungen I*, S. 289f., berichtet von seinen ersten Eindrücken als Abgeordneter in Berlin: Bei der ersten Sitzung war „das Haus nicht beschlussfähig“; bei der ersten Fraktionssitzung waren „von 90 Mitgliedern [...] freilich nur eben zwanzig übrig“.

¹¹⁷⁴ Zur Aussagekraft der der Kommissionensprotokolle als Quelle: Sie enthalten – in den Anfängen je nach Schriftführer – Anwesenheitslisten, Abwesenheitslisten oder gar keine Präsenzlisten; mit den Jahren wird dies einheitlicher und dabei zugunsten der Aussagekraft geändert. Die Schriftführer einer Kommission wechselten sich bei der Erstellung des Protokolles von Tag zu Tag, nicht unter einer Sitzung, ab. Die Protokolle sind des Weiteren teilweise als mehr als Verlaufsprotokolle, teilweise als Ergebnisprotokolle erstellt worden.

Die Kommissionsakten des Reichstages sind in den letzten Jahren von der Forschung ausschnittsweise als Quelle vermehrt ins Auge gefasst worden. Dabei steht die Entstehung von Gesetzen der Sozialpolitik und der Rechtspolitik im Vordergrund. Eine quantitative oder qualitative Auswertung zur Feststellung der Mitarbeit

abwesend waren, kam dies nicht häufiger vor als bei den Mitgliedern der anderen Fraktionen. Die Kommissionsakten verraten des Weiteren konstruktive Mitarbeit, wobei die Häufigkeit der verzeichneten Wortmeldungen stark variierte. Die Gruppe der Zentrumsmitglieder, die sich für die Kommissionsarbeit empfahlen, änderte mit den Jahren ihre Zusammensetzung. In den Politikkapiteln wurde die konkrete Arbeit der Patrioten vorgestellt und mit ihr einzelne Abgeordnete, weil sie an der Entstehung eines Gesetzes oder an einer Initiative beteiligt waren, weil sie in der Fraktionsarbeit hervortraten oder weil sie aus der Ferne als Briefkorrespondent mitwirkten oder in die aktuellen Vorgänge eingeweiht wurden. Dass die Darstellung nicht jedem Politiker gerecht werden kann, ist bedingt durch die für den Historiker greifbaren Quellen einerseits, durch die Auswahl der Reichstagsentscheidungen in dieser Arbeit andererseits. Ein genaues Abbild der Realität ist kaum möglich. Die Kommissionsakten liefern weitere wichtige Bausteine für ein möglichst getreues Abbild. Neben der aus den Politikkapiteln bekannten positiven Mitarbeit im Plenum, in den Kommissionen oder in der Fraktion belegen die gesichteten Kommissionsakten positive Mitarbeit in Kommissionen von Jörg, Konrad von Preysing, Franckenstein, Soden, Fugger-Kirchberg, Hauck, Mayer, Ruppert, Krätzer, Gruben, Ow, ZuRhein, Pfetten, Gagern, Ross¹¹⁷⁶ und Friedrich von Schönborn. Schönborn und Gruben, beispielsweise, hielten kein einziges Mal eine Rede im Reichstag, dies lag ihnen offenbar nicht. Dafür brachten sie ihre Arbeitskraft in den Ausschüssen gewinnbringend für die Fraktion ein; Schönborn war von 1887 bis 1890 zudem als Schriftführer Teil des Reichstagspräsidiums.¹¹⁷⁷ Konrad Graf

einzelner Politiker oder Politikergruppen wird, außer im Rahmen der Gesetzesentstehung für die herausragend Beteiligten, so gut wie nicht unternommen.

¹¹⁷⁵ BAarch R 101/1193-1200 (Filmsign: 31032-31034) Protokolle der Budgetkommission (Kommission für den Reichshaushaltsetat), R 101/1193 (Filmsign: 31032) Protokolle der Budgetkommission (Kommission für den Reichshaushaltsetat) - Abschriften - von 1871-1877, R 101/1194 (Filmsign: 31033) Protokolle der Budgetkommission (Kommission für den Reichshaushaltsetat) Bd. 1, R 101/1195 (Filmsign: 31033) Protokolle der Budgetkommission (Kommission für den Reichshaushaltsetat) Bd. 2, R 101/1196 (Filmsign: 31033) Protokolle der Budgetkommission (Kommission für den Reichshaushaltsetat) Bd. 3, R 101/1197 (Filmsign: 31033) Protokolle der Budgetkommission (Kommission für den Reichshaushaltsetat) Bd. 4, R 101/1198 (Filmsign: 31034) Protokolle der Budgetkommission (Kommission für den Reichshaushaltsetat) Bd. 5; R 101/1199 (Filmsign: 31034) Protokolle der Budgetkommission (Kommission für den Reichshaushaltsetat) Bd. 6, R 101/1176 (Filmsign: 31029) Protokolle der Kommission für die Geschäftsordnung Bd. 1, R 101/1184 (Filmsign: 31031) Protokolle der Kommission für Petitionen Bd. 5, R 101/1667 (Filmsign: 31209) Verhandlungen der Subkommission für Industrie, R 101/1576 (Filmsign: 31177) Manuskripte der Anträge der Mitglieder der auf Grund des Gesetzes vom 23. Dezember 1874 niedergesetzten Justizkommission Bd. 1, R 101/1577 (Filmsign: 31177) Manuskripte der Anträge der Mitglieder der auf Grund des Gesetzes vom 23. Dezember 1874 niedergesetzten Justizkommission Bd. 2, R 101/1578 (Filmsign: 31177) Manuskripte der Anträge der Mitglieder der auf Grund des Gesetzes vom 23. Dezember 1874 niedergesetzten Justizkommission Bd. 3, R 101/1580 (Filmsign: 31178) Protokolle der Justizkommission Bd. 1, R 101/1590 (Filmsign: 31180) Protokolle der Justizkommission Bd. 11, R 101/1591 (Filmsign: 31180) Protokolle der Justizkommission Bd. 12.

¹¹⁷⁶ Ross wurde häufig auch Roß geschrieben.

¹¹⁷⁷ Eine Übersicht über die Ausschusszugehörigkeit aller Abgeordneten bietet das bislang nur online verfügbare DFG-geförderte Parlamentarierhandbuch BIORAB. Dieser quantitative Zugriff komplettiert das Bild: Schönborn, der sich in dem Handbuch unter Schoenborn findet, gehörte in der vierten Legislaturperiode (1878-

Preysing begegnet nur in einer der untersuchten Kommissionsakten. Zudem weist die Übersicht des Handbuches von Best und Schröder eine Lücke seiner Kommissionstätigkeit zwischen 1878 und 1890 auf. Die Sprechregister¹¹⁷⁸ der Reichstagsakten würde ihn vielleicht als tätig, aber mäßig tätig erscheinen lassen. Die offiziellen Dokumente, die aus dem Reichstag überliefert sind, lassen folglich seine als hervorgehoben überlieferte Position innerhalb der Fraktion rätselhaft erscheinen. Das Rätsel erschließt sich nur aus den Nachlässen Soden und Franckenstein, die Preysings Position bestätigen und nachvollziehbar machen.

Welche Bedeutung ist Bachems Äußerung über die „bäuerlichen Mitglieder“ zuzumessen?: Es ist davon auszugehen, dass ein Drittel der bayerisch-patriotischen Abgeordneten, mehrheitlich bäuerlicher Herkunft, vor allem für Abstimmungen nach Berlin kam.¹¹⁷⁹ Die jeweilige Absentenliste der Zentrumsfraktion und damit auch der Patrioten speiste sich allerdings aus allen Ständen: Reichensperger berichtete in seinem Brief an Jörg von schwarzen Schafen unter den Beamten und der Historiker Aretin wies lockere Anwesenheitsgepflogenheiten für manche unter den bayerischen und schlesischen Adeligen nach.¹¹⁸⁰ Die restlichen knapp zwei Drittel setzten sich aus denen zusammen, die fast ständig

1881) der 15. Kommission, der Kommission zum Raumgehalt von Gefäßen und der Kommission zum Reichshaushaltsetat an. Letzterer gehörte er auch in den drei darauffolgenden Legislaturperiode an. In der sechsten Legislaturperiode zudem der Kommission für die Unfalls- und Krankenversicherung. In der siebten Legislaturperiode engagierte er sich zusätzlich in den Kommissionen zu den Gesetzesvorlagen über Kunstbutter und über die Armee im Frieden – zudem vertrat er die Zentrumsfraktion als Schriftführer im Präsidium des Reichstages.

Gruben saß in der fünften Legislaturperiode (1881-1884) im Ausschuss zum Militärpensionsgesetz und in zwei der Sessionen dieser Legislaturperiode in dem Ausschuss für den Reichshaushaltsetat. In der darauffolgenden Legislaturperiode engagierte er sich in den Ausschüssen zur Gewerbeordnung und zur Krankenversicherung.

Beide Datensätze: Best/Schröder, Handbuch.

¹¹⁷⁸ Sprechregister.

¹¹⁷⁹ Einbezogen in dieses Ergebnis sind auch erstens die Redetätigkeit der Abgeordneten und zweitens die Sozialstruktur. Für ersteres siehe die Sprechregister, die für 42 der 95 Abgeordneten zwischen 1871 und 1889 Redebeiträge nachweisen. Auch wenn nicht alle davon innerhalb des Untersuchungszeitraumes liegen, weisen diese dennoch auf tätige Abgeordnete hin. Für zweites, die Sozialstruktur der Reichstagsabgeordneten, sei noch einmal auf Hartmannsgrubers hingewiesen: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 165-169 und S. 167 Tabelle 18. Bäuerlicher Herkunft waren auch die meisten Priester der damaligen Zeit, wobei es unter diesen auch vereinzelt sehr tätige Mitglieder gab, wie den bis zu seinem frühen Tod 1871 auffallend rührigen Greil, beispielsweise mit seiner Rede zur Militärpolitik. Für den Münchner Stadtpfarrer und königlich geistlichen Rat Dr. Westermayer belegen die Langjährigkeit und seine Redertätigkeit, dass er sein Mandat ernst nahm und nicht zu den Priestern gehörte, die für eine Legislaturperiode einsprangen, weil Not am Mann war.

¹¹⁸⁰ „Ich kenne dem Centrum angehörende Beamte, die sich nur wählen lassen, um weder von ihrem Amte, noch auch parlamentarisch behelligt zu werden, nebenher etwa noch die freie Fahrkarte auszunützen!“ Brief August Reichenspergers an Jörg vom 3.11.1881, in: Jörg, Briefwechsel, S. 471 Nr. 340. „Franckensteins Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender war alles andere als einfach. Mehr als einmal musste er erleben, daß die aus Bayern angereisten Standesgenossen schon nach wenigen Tagen mit den Schlesiern weiterreisten, um auf deren Besitzungen an Jagden teilzunehmen. Franckenstein blieb dann mit Karl Aretin in Berlin, der als Vorstandsvorsitzender der Fraktion bei ihm ausharrte. Beide hatten viel zu tun, um die bürgerlichen Kollegen zu beruhigen, die dieses Treiben mit Spott hinnahmen, obwohl deren Präsenz nicht selten ebenso zu wünschen übrig ließ.“ Aretin, Franckenstein, S. 66f.

präsent waren und dadurch die Hauptlast der Arbeit trugen, und denjenigen, die ihre Anwesenheit nicht immer ermöglichen konnten oder wollten, bei Anwesenheit aber wie die zweite Gruppe alle anfallenden Arbeiten übernahmen und gelegentlich oder regelmäßig aus der Ferne mitarbeiteten.¹¹⁸¹ Die stete Präsenz begünstigte die bestehende Autorität der zum Führungszirkel oder inneren Kreis gehörenden Abgeordneten zusätzlich.¹¹⁸²

Der Anteil der bayerischen Zentrumsmitglieder an der konkreten politischen Arbeit der Zentrumsfraktion stellt sich als ihrem Mandatsanteil entsprechend heraus. Dies zeigt erstens ihre konkrete politische Arbeit bei den Weichenstellungen, die die Entwicklung des Reiches prägten: An allen Weichenstellungen waren sie beteiligt, arbeiteten erfolgreich bis ins Detail an Gesetzen mit, selbst dann, wenn sie dem Gesamtgesetz nicht zustimmen wollten. Die versuchte Aktivierung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten war ein dezidiert bayerisches Projekt und die Militärpolitik, die erfolgreiche Finanzpolitik sowie die erfolgreiche Sozialversicherungspolitik der Fraktion waren stark geprägt von den Bayern. Ihre Mitarbeit trug so zur Gestaltung des Reiches bei.¹¹⁸³ Zweitens belegen die Wortmeldungen der Patrioten und bayerischen Zentrumsmitglieder im Plenum ebenso wie ihre Arbeit in den Kommissionen, dass sie nicht nur ihrem zahlenmäßigen Gewicht entsprechend politisch tätig waren, sondern dass sie auch thematisch uneingeschränkt tätig waren.¹¹⁸⁴ Drittens und letztens ist ihre Arbeitsleistung – und auch Bedeutung – für die Fraktion an sich anzuführen.

Um die Bedeutung einzelner bayerisch-patriotischer Abgeordneter einordnen zu können, ist es notwendig, den inneren Aufbau und die Funktionsweise der Zentrumsfraktion einzubeziehen. Nipperdey stellt richtig fest, dass die Führung der Fraktion „schon immer neben fachlich besonders befähigten Abgeordneten solche herangezogen [hatte], die für eine Landschaft oder für einen Stand repräsentativ waren“¹¹⁸⁵, „[u]m Schwierigkeiten zu vermeiden“. Diese Abgeordneten „sollten zwischen ihr und den repräsentativen Gruppen vermitteln, Initiativen und Stimmungen an sie heranbringen und in ihrem Sinne nach ‚unten‘ zu wirken suchen.“

¹¹⁸¹ Die Korrespondenz der Abgeordneten dieser beiden Gruppen zeigt, dass erstens Franckenstein – zumindest auf diese – Druck hinsichtlich der Anwesenheit ausübte und dass zweitens sie dies teilweise auch untereinander taten.

¹¹⁸² Zum Verhältnis von Autorität und Präsenz: Nipperdey, Organisation, S. 287. Zur Parteiorganisation siehe: Ebd. S. 265-292.

¹¹⁸³ Aretin formuliert für die ausgehenden siebziger Jahre als politisches Ziel der Zentrumsfraktion, „das insbesondere Franckenstein im Auge hatte“: „Die Partei sollte die Liberalen als Regierungspartei verdrängen und Einfluß auf die Politik gewinnen.“ Aretin, Franckenstein, S. 116. Die aktive Mitgestaltung der Gesetze auch vor dieser Zeit, also die positive Mitarbeit am Reich, sowie die Gestaltung durch Opposition, die sie manchmal selbst mit den Liberalen teilten und dadurch Bismarcks Pläne durchkreuzten, übersieht er dabei.

¹¹⁸⁴ Die einzige Einschränkung scheint in den frühen Jahren die Marine gewesen zu sein, bei denen sie die Wortmeldungen in den gesichteten Kommissionsakten zumindest anderen Kollegen überließen.

¹¹⁸⁵ Dieses sowie die folgenden Zitate siehe: Nipperdey, Organisation, S. 288.

Weiter heißt es bei Nipperdey: „Natürlich bekamen diese Abgeordneten selbst sehr bald Führungsrang“¹¹⁸⁶. Die häufig in der Literatur zu findende Verkürzung auf einen herrschenden Windthorst ist zeitlich pauschalisierend und sachlich falsch, auch wenn Windthorst sowohl große Autorität besaß als auch mit der Zeit die dominierende Autorität wurde. Anderson schildert einen zu dominierenden Windthorst; dies ist auch der Form der Biographie an sich geschuldet; ihr ansonsten differenziertes Bild der Fraktionsorganisation leidet darunter allerdings. Sie präsentiert durch die Auswahl ihrer Quellen ein Windthorst-zentriertes Bild der Fraktion. Der von ihr benannte „aus weniger als zwanzig Abgeordneten bestehende innere Kreis“¹¹⁸⁷ benennt die Abgeordneten, die Windthorsts Kontaktpersonen waren. Dazu gehören diejenigen, die ohne Frage der engsten Führungsgruppe angehörten, aber auch jene, die mehr Austauschpartner Windthorsts, weniger anderer Führungspersönlichkeiten, waren. Diejenigen, die zu Franckensteins oder Ballestrems Kreis gehörten, liegen nicht in Andersons Blickfeld.¹¹⁸⁸ Dadurch, dass Windthorsts und viele seiner preußischen Reichstagskollegen gleichzeitig Abgeordnete des preußischen Abgeordnetenhauses waren, ist der Blick zudem in die preußische Richtung verschoben. Andersons Aufzählung des Führungspersonals, das „regelmäßig im Reichstag“¹¹⁸⁹ saß, beginnt mit „Franckenstein und Hertling aus Bayern“. Dies ist sachlich in zweierlei Hinsicht schief: Hertling erschien ab 1882 auf Grund seiner Professur an der Münchner Universität immer unregelmäßiger im Reichstag – wenn er auch nach wie vor ein sehr engagiertes Fraktionsmitglied und in jeder Legislaturperiode Mitglied mehrerer Kommissionen war.¹¹⁹⁰ Darüber hinaus vertrat Hertling keinen bayerischen Wahlkreis im Reichstag, sondern den Wahlkreis Koblenz, und musste sich mit dem frischen Zuzug nach Bayern erst in den achtziger Jahren in die bayerischen Parteikreise einfinden. Es waren Hertlings Engagement sowie seine Einbeziehung durch Windthorst und Franckenstein, die ihn zu einem Teil des Führungszirkels machten.¹¹⁹¹ Außer dem Fraktionsvorsitzenden Franckenstein und dem erst ab Ende der achtziger Jahre zumindest als Auch-Bayern zu bezeichnenden Hertling findet sich kein Bayer in ihrer Liste der Führungspersönlichkeiten. Dies mag neben der Fokussierung auf Windthorst und Preußen teilweise dadurch bedingt sein, dass Anderson die

¹¹⁸⁶ Ebd.

¹¹⁸⁷ Anderson, Windthorst, S. 244.

¹¹⁸⁸ Da die Windthorstforschung dominiert und ein Mangel an Biographien von Zentrumsgrößen vorliegt, wird das Bild weiter verzerrt.

¹¹⁸⁹ Dieses sowie die folgenden Zitate siehe: Ebd.

¹¹⁹⁰ Einschränkend muss hinzugefügt werden, dass Hertling – wie bei zwei Sozialversicherungsgesetzen – nur ein paar Tage an den Kommissionssitzungen teilnahm, auch wenn er sich zuvor auf die Materie vorbereitete.

¹¹⁹¹ Und er gehörte auch nicht zu denen, die eine „Landschaft oder [...] einen Stand“ repräsentierten, wie Nipperdey, Organisation, S. 288, es formuliert, denn Hertling war niemand, der es verstand, Anhänger um sich zu scharen.

zeitliche Komponente, besonders für die frühen Jahre, außer Acht lässt. Mittmann konstatiert, dass in den ersten Jahren von einer „noch nicht verfestigten Führungsgruppe“¹¹⁹² gesprochen werden muss. Anderson macht ebenfalls darauf aufmerksam, dass Windthorst erst mit der Zeit zum Führer des Zentrums wurde.¹¹⁹³ Die Liste der Abgeordneten des von Anderson so benannten inneren Kreises der Zentrumsfraktion muss erweitert werden.

So gehörte, nicht nur zum inneren Kreis, sondern zum engsten Kreis der Führung, der bekannte Patriot Dr. Joseph Edmund Jörg, den Windthorst aus gemeinsamen Zeiten im Zollparlament kannte, der in der ersten Legislaturperiode des Reichstages schmerzlich vermisst wurde, der dann in der zweiten und dritten Legislaturperiode im Führungszirkel den Kurs der Fraktion mitbestimmte, sich letztlich aber gegen die stete Belastung durch die Mandate in Reichstag und Landtag entschied. Als eigentlichen „Hauptgrund“ macht Albrecht „Resignation“¹¹⁹⁴ aus. Franckenstein, der Jörg zu einer Sitzung des Gesamtvorstandes der Zentrumsfraktion zur Vorbereitung der Reichstagswahlen eingeladen hatte,¹¹⁹⁵ schrieb ihm 1878: „Sie wollen kein Mandat mehr annehmen, obgleich Ihnen bekannt ist, daß Sie zu den maaßgebendsten Fraktionsmitgliedern zählen“¹¹⁹⁶. Windthorst formulierte seinen Aufruf zur erneuten Kandidatur an Jörg noch drastischer: „Es ist unmöglich, daß Sie fehlen. [...] Sie müssen wiederkommen.“¹¹⁹⁷ Dies ist kein Wunder: Jörg galt damals wie heute als der führende Kopf der Patrioten in der bayerischen Abgeordnetenversammlung bis 1881 und war damit Führungsfigur für zahlreiche bayerische Reichstagsabgeordnete. Aber nicht nur das: Seine scharfen und weitblickenden Analysen in den *HPB* machten ihn zu einer geachteten Persönlichkeit und Autorität weit über Bayern hinaus. Des Weiteren zeichneten ihn Fleiß und Scharfsinn aus – und eine Redegabe die anlässlich seiner Initiative zur Aktivierung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten selbst Bismarck in die Enge trieb und

¹¹⁹² Mittmann, *Fraktion und Partei*, S. 279. Mittmann setzt als Grenze das Jahr 1874. Diese Grenze ist etwas zu hart gesetzt, denn erst zu diesem Zeitpunkt begann die Neuformierung mit einer neuen Fraktionszusammensetzung und Fraktionsverstärkung zur zweiten Legislaturperiode Anfang des Jahres, Mallinckrodt's Tod Mitte des Jahres, Savignys gleichzeitiger Erkrankung und Franckensteins dadurch bedingter Übernahme des Fraktionsvorsitzes. Die Etablierung Windthorsts als mächtigster Person sowie die Etablierung des Führungsduos Franckenstein und Windthorst begann jedoch 1874 und hat sich sicherlich innerhalb von ein bis zwei Jahren gefestigt.

¹¹⁹³ Anderson, *Windthorst*, S. 141.

¹¹⁹⁴ Dieter Albrecht, *Einleitung*, in: Jörg, *Briefwechsel*, S. XXIV-XXXVIII, hier: S. XXX (Beide Zitate).

¹¹⁹⁵ Brief Franckenstein an Jörg vom 13. Juni 1878: Jörg, *Briefwechsel*, S. 446 Nr. 320.

¹¹⁹⁶ Brief Franckenstein an Jörg vom 18. Juni 1878: Jörg, *Briefwechsel*, S. 448 Nr. 323. August Reichensperger schrieb ebenso eindringlich wie freundlich bittend: Brief August Reichensperger an Jörg vom 16. Juni 1878: Jörg *Briefwechsel*, S. 448, Nr. 322.

¹¹⁹⁷ Brief Windthorst an Jörg vom 6. Juli 1878: Jörg, *Briefwechsel*, S. 450 Nr. 325.

zu einem seiner denkwürdigsten Auftritte im Reichstag führte. Dr. Joseph Edmund Jörg gehörte von 1874 bis 1878 dem engsten Kreis an.¹¹⁹⁸

Ebenso der Advokat Dr. Andreas Freytag: Nicht umsonst wurde er nach vierjähriger Mandatspause 1878 wieder in den Vorstand der Zentrumsfraktion berufen und 1882 zum Vorsitzenden der Gewerbekommission gewählt.¹¹⁹⁹ Die Bedeutung, die ihm die Reichstagsfraktion selbst und auch die anderen Fraktionen damit zumaßen, war hoch. Auch er war ein Dreh- und Angelpunkt der Bayerischen Patriotenpartei: Indem er Dreh- und Angelpunkt zwischen Landtags- und Reichstagsabgeordneten war,¹²⁰⁰ indem er mit dem Flügel um Arco, Löwenstein und Ratzinger in Kontakt stand¹²⁰¹ und indem er von 1871 bis 1874 sowie von 1875 bis 1879 Fraktionsvorsitzender im Landtag war.¹²⁰² Letzteres bedingte vermutlich mehr Absenzzeiten im Reichstag als bei Jörg, der im Ruf stand, wie Windthorst ‚immer‘ anwesend zu sein.¹²⁰³ Laut Hertling war Freytag eine „distinguirte Erscheinung und [...] ein Mann von durchaus vornehmer Gesinnung“¹²⁰⁴; der Selfmademan gehörte aber durchaus auch zu denjenigen, die bei divergierender Meinung nicht leicht von ihrer Auffassung abrückten.¹²⁰⁵

¹¹⁹⁸ Auch nach seinem Rückzug aus den Parlamenten wurde um seine Hilfe für die Zentrumsfraktion durch seine gewichtige Tätigkeit als Redakteur der HPB gebeten, wie von Reichensperger im Hinblick auf die Absentenquote, und seine Meinung gerade in bayerischen Belangen eingeholt: Ow holte Jörgs Meinung ein bei so einschneidenden Entscheidungen wie der bevorstehenden Pfändung König Ludwigs II.: Ow an Jörg 22. April 1886: Jörg, Briefwechsel, S. 481-483 Nr. 348. Konrad Preysing zählte Jörg zur „alten Garde“ und den herausragenden Bayern: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 510, Brief Karl von Ow an Soden vom 1. Januar 1885

¹¹⁹⁹ RV 1882/83, Bd. 72, Drucksachen Nr. 38. Der selbst der Kommission sitzende sächsische Abgeordnete Theodor Günther, der der Deutschen Reichspartei angehörte, lobte am 7. Juni 1882 die „wahrhaft anstrengende[r] und aufopfernde[r] Thätigkeit“ und den „Eifer“ der Kommission; auch Franckenstein sprach diesen Eindruck in der Plenarsitzung aus: RV 1882/83, Bd. 68, S. 302. Hertlings retrospektives Urteil über Freytags politische Bedeutung im Reichstag ist missverständlich ausgedrückt oder absichtlich irreführend: Hertling, Erinnerungen, S. 333.

¹²⁰⁰ Amann, Ratzinger. Als einer der Dreh- und Angelpunkt zwischen den Fraktionen in der Ratzingerfrage: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 603, Brief Konrad Preysing an Soden vom 21. September 1877.

¹²⁰¹ Amann, Ratzinger. Der NL Arcos spricht für einen sehr guten Kontakt zu Arco in den frühen 1870er Jahren und dann einem schwächer werdenden Kontakt: BayHStA FamA Ludwig Graf v. Arco-Zinneberg. Fürst Karl zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg war von 1868-1898 Präsident des Zentralkomitees bzw. Kommissar der Generalversammlungen des Vereins der deutschen Katholiken. In dem zunächst siebenköpfigen Gremium befand sich in den ersten Jahren auch Freytag und der einflussreiche Westfale Felix Freiherr von Loë-Terpporten: Buchheim, Ultramontanismus, S. 182.

¹²⁰² Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 125 Anm. 23 und S. 126f. und S. 370 (Abspaltung und damit verbundene Vorstandsaufgabe durch Dr. Ludwig Weis).

¹²⁰³ ‚Immer‘ anwesend konnten aber weder Jörg noch Windthorst sein.

¹²⁰⁴ Hertling, Erinnerungen I, S. 332.

¹²⁰⁵ Auch wenn die „taktischen Fragen“ in der Landtagsfraktion eine der beiden großen Querellen waren, gehörte Freytag nicht zu den nachgebenden Charakteren: „Was es mit Freytag ist, weiß ich nicht. Ich bedauere es in der nemlichen [!] Richtung, wie Sie wenn er nicht mehr in die Kammer kommt; allein ich habe nicht den Mut, etwas für ihn zu thun u. somit die Verantwortlichkeit zu übernehmen. In taktischen Fragen ist Freytag aber Gebühr eigensinnig, wie Ihnen ja bekannt ist.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 506, Brief Daller an Soden vom 11. Juli 1881. Für Freytag als Vertreter einer eigenen Meinung sprechen auch Franckensteins Kommentare zur neuen Zusammensetzung der Landtagsfraktion: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 607, Brief Franckenstein an Soden vom 5. August 1881. Freytags Urteil war dennoch geschätzt, so riet Konrad

Der Jurist im Staatsdienst Thomas Hauck gehörte wie Freytag zu den Gründern der Zentrumsfraktion und war zunächst Teil der „noch nicht verfestigten Führungsgruppe“¹²⁰⁶. Er machte neben der Abgeordnetentätigkeit in Reichs- und Landtag Karriere, welche 1879 zur Aufgabe seiner Mandate führte, als er Oberstaatsanwalt an dem, wie Hertling schreibt, „unter seiner Mitwirkung neugegründeten Verwaltungsgerichtshof in München“¹²⁰⁷ wurde. Der standesbewußte Hertling erwähnt ihn neben Jörg als feste Größe und als einen der wenigen Nichtadeligen in diesem Zeitabschnitt seiner Memoiren. Hauck begegnet in den Quellen des bayerischen Führungspersonals der Zentrumsfraktion dann, wenn es um Besprechungen ging, was auch auf eine hervorgehobene Stellung innerhalb der Zentrumsfraktion hinweist.¹²⁰⁸ Er und Ruppert hatten die Idee der Franckensteinschen Klausel geboren, die den Lösungsvorschlag zwischen divergierenden Meinungen in der Fraktion und zwischen den verschiedenen Akteuren des Gesetzgebungsprozesses darstellte; ein weiterer Beleg für Aktivität innerhalb der Fraktion sowie für konstruktive Lösungen. In der zweiten Legislaturperiode von 1874 bis 1877 saß der Jurist in sieben Kommissionen:¹²⁰⁹ Ein Abgeordneter, der dieses Arbeitspensum übertragen bekam und bereit war zu leisten, zeichnete sich nicht einfach durch Sachkenntnis und Fleiß aus – er gehörte zum Führungspersonal. Aufgefallen bei den wichtigen Weichenstellungen des Reiches ist immer wieder Dr. Max Theodor Mayer, zunächst Appellationsgerichtsrat, ab 1879 Oberlandesgerichtsrat aus Donauwörth: eine redaktionelle Bemerkung von juristischer Bedeutung zum Reichsstrafgesetzbuch 1871, seine Anwesenheit mit nur vier weiteren Patrioten sowie seine negative Abstimmung beim ersten Reichsmilitärgesetz 1871, eine Rede und Anfrage im Reichstag an den bayerischen Minister Fäustle anlässlich der Errichtung eines Reichseisenbahnnamtes 1873 und die erfolgreiche Tätigkeit in der Kommission zum Gesetzentwurf zur Unfall- und Krankenversicherung im Jahre 1882. Der Schein trügt nicht: Mayer war eine Konstante unter den Patrioten und den Zentrumsabgeordneten. Er gehörte in jeder Legislaturperiode von 1871 bis 1881 zwei bis vier Kommissionen an; in der darauffolgenden gehörte er mindestens der Kranken- und Unfallversicherungskommission an.¹²¹⁰ Quellen in den Politikernachlässen

Preysing Soden in prekärer politischer Situation dazu, sich rat bei Daller – und Freytag einzuholen: Nr. 603, BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 603, Brief Konrad Preysing an Soden vom 12. Juli 1877.

¹²⁰⁶ Mittmann, Fraktion und Partei, S. 279.

¹²⁰⁷ Hertling, Erinnerungen I, S. 300. Hauck wurde 1888 in den persönlichen Adelsstand erhoben. Des Weiteren wurde ihm ein Doktor honoris causa verliehen.

¹²⁰⁸ Beispielsweise seine Beteiligung an der Vorberatung der Reichstagssession 1876 in Berlin und 1879 in München: Ullstadt, FamA Franckenstein, Hand-Acten des Freiherrn zu Franckenstein Betreff Reichstag I, II, 75/76 /11874/76, Ankündigung zur Besprechung die Neuwahlen zum Reichstage betreffend vom 22. November 1876 mit Unterschriftenliste; Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 12. Januar 1879.

¹²⁰⁹ Best/Schröder, Handbuch.

¹²¹⁰ Dieser letzte Kommissionseintrag fehlt bei: Best/Schröder, Handbuch.

lassen auf Mayers stete Anwesenheit schließen und weisen keinen Anhaltspunkt für Schwierigkeiten mit seiner Person auf.¹²¹¹ Außer, dass der Jurist eine konstante Größe innerhalb der Reichstagsfraktion sowie folglich des inneren Kreise war, gehörte er nach seinem Beitritt zum Landtag 1875 schnell zu den wichtigen Persönlichkeiten innerhalb der bayerisch-patriotischen Landtagsfraktion, was auch in Zusammenhang mit seinem Ansehen als Reichstagsabgeordneter stehen dürfte: „Molitor trat aus der Kammer [...] ohne uns, Dir, Jorg [!], Mayer oder mir, nur ein Wort zu sagen!!“¹²¹²

Eine ebenfalls konstante Größe stellte Karl Freiherr von Ow dar, der zwar keine große Redetätigkeit im Plenum entfaltete, jedoch von 1871 bis zu seiner Mandatsniederlegung anlässlich seiner Beförderung zum Direktor des Verwaltungsgerichtshofes in München im Jahre 1882 in bis zu fünf Kommissionen pro Legislaturperiode gewählt wurde. Seinen Rückzug aus dem Reichstag kommentierte er mit den Worten: „auch mir thut es im Stillen Leid, daß ich den Reichstag aufgeben mußte, es ging ja vielen so, daß sie oben sich nicht verdoppeln konnten.“¹²¹³ Das „verdoppeln“ bezog sich auf die hohe Arbeitslast, die er gleichzeitig im Landtag auf sich genommen hatte und weiter auf sich nahm: Ow war von 1871 bis 1873 sowie von 1875 bis 1893 Präsident der bayerischen Abgeordnetenkammer; 1893 erfolgte seine Ernennung zum bayerischen Reichsrat auf Lebenszeit, so dass er sein Landtagsmandat, das er seit 1863 innehatte, aufgeben musste. Der Baron war auf Reichs- wie Landesebene äußerst angesehen und wurde sowohl vom adeligen Flügel als auch vom bürgerlichen Flügel Ende der 1880er Jahre nach wie vor als die richtige Besetzung für das Präsidentenamt der Kammer angesehen.¹²¹⁴ Ow zeichnete Gutmütigkeit aus, was ihn zu einem angenehmen Fraktionskollegen machte, seine Landtagskollegen aber davon abhielt, ihn zum Fraktionsvorsitzenden zu wählen, und was Franckenstein befürchten ließ, dass er in der schwierigen Situation um Ratzinger als Präsident eventuelle liberale Angriffe im Plenum nicht energisch genug zurückweisen werde.¹²¹⁵ Auch er gehörte zu den wichtigsten

¹²¹¹ Ullstadt, FamA Franckenstein, Hand-Acten des Freiherrn zu Franckenstein Betreff Reichstag I, II, 75/76 /11874/76, Ankündigung zur Besprechung die Neuwahlen zum Reichstage betreffend vom 22. November 1876 mit Unterschriftenliste; Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 12. Januar 1879; BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 505, Telegramm Happel (Büro des Reichstages) an Soden vom 4. Juni 1878. Erwähnenswert ist zudem seine Freundschaft zu Soden und Fugger-Kirchberg: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 604, Brief Karl Frhr. von Griesenbeck (MdL 1875-1878) an Soden vom 2. Januar 1878; BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 604, Brief Fugger-Kirchberg an Soden vom 17. Mai 1878.

¹²¹² BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 603, Brief Fugger-Kirchberg an Soden vom 14. Oktober 1877.

¹²¹³ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 510, Brief Karl von Ow an Soden vom 1. Januar 1885.

¹²¹⁴ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, Nr. 613, Brief Gise an Soden vom 11. August 1887 und Brief Daller an Soden vom 26. August 1887.

¹²¹⁵ Jörg, Briefwechsel, S. 383 Nr. 270, Jörg an Max Graf Seinsheim vom 5. Dezember 1871; BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 603, Brief Franckenstein an Soden vom 14. Oktober 1877, Brief Kaspar Preysing an

Schnittstellen zwischen Landtags- und Reichstagsfraktion und sicherlich zu denjenigen in der Reichstagsfraktion, die immer gehört wurden. Ob er aber nach den ersten Jahren eine Position im engsten Kreis inne hatte, muss offen bleiben.

Wie viele Mitglieder des engsten Kreises gehörte der bayerische Reichsrat Karl Freiherr von Aretin zu den zuverlässigen¹²¹⁶ sowie langjährigsten Abgeordneten. Er war wie Jörg, Freytag und Ow bereits Mitglied des Zollparlamentes, verweilte aber bis zu seinem Tode 1887 ohne Unterbrechung im Parlament des Deutschen Kaiserreiches und gehörte, ebenfalls ohne Unterbrechung, dem Vorstand der Fraktion an. Anlässlich Aretins Tod schrieb Hertling an Soden, der Aretins Schwiegersohn war: „Der ‚Antike‘ war so recht ein Wahrzeichen der Centrumsfraktion im Reichstag, wir werden ihn Alle vermissen. Requiescat in pace!“¹²¹⁷ Inhaltlich treten in den Beileidsbekundungen an Soden sowohl die Aufrichtigkeit, Freundlichkeit und Charakterfestigkeit Aretins als auch seine hervorragende politische Tätigkeit hervor;¹²¹⁸ sein Ansehen war immens. Wohl abwägend, dass die Verbindungen des Adels in der damaligen Zeit durch Verwandtschaft und Bekanntschaft zahlreiche Türen öffneten, muss man für Aretin feststellen, dass seine Verbindungen innerhalb wie außerhalb der Partei groß waren. An der Politik der Zentrumspartei war der niederbayerische Baron maßgeblich beteiligt und zum inneren Frieden der Fraktion trug er immer wieder bei; nicht zuletzt, indem er, wie der ältere Preysing, zwischen Franckenstein und Windthorst und damit auch zwischen verschiedenen Seiten der Fraktion vermittelte.¹²¹⁹ Mit Franckenstein verband Aretin eine gute Freundschaft;¹²²⁰ ein freundschaftliches und nachbarschaftliches Verhältnis

Soden vom 15. November 1877; BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, Nr. 613, Brief Gise an Soden vom 11. August 1887.

¹²¹⁶ Karl Aretin vertrat die Fraktion in bis zu vier Kommissionen pro Legislaturperiode: Best/Schröder, Handbuch. Vermutlich Aretins Alter sowie der langen Krankheit und dem Tod seines Sohnes Ludwig (1884) war die Abnahme der Kommissionstätigkeit in den 1880er Jahren geschuldet. Zu Aretins Tätigkeit auch Aretin, Franckenstein, S. 66f. „Franckenstein blieb dann mit Karl Aretin in Berlin, der als Vorstandsvorsitzender der Fraktion bei ihm ausharrte.“

¹²¹⁷ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Georg Hertling an Soden vom 29. April 1887.

¹²¹⁸ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613. Zahlreiche Dokumente belegen auch vor Aretins Ableben sein hohes Ansehen und seine als hervorragend angesehene politische Tätigkeit. Beispielsweise beknielt ihn Daller 1884 förmlich, sich wieder für den Reichstag aufstellen zu lassen – Franckenstein habe gesagt, sie sollen ihn einfach wählen, trotz all seiner Einsprüche: BayHStA, FamA Aretin, vorl. Nr. 49.30.I, Brief Daller an Aretin vom 15. September 1884. Ähnlich der Brief Ponschabs, der ebenfalls Franckensteins und Windthorsts Wunsch betonte: Ebd. Brief Ponschab an Aretin vom 3. Oktober 1884. Auch in den Jahren zuvor bekunden die Parteistimmen aus seinem Wahlkreis ihre uneingeschränkte Zufriedenheit: BayHStA, FamA Aretin, vorl. Nr. 49.30.I. Aufschlussreich für die letzten Lebensmonate Aretins vor allem: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613 und vorl. Nr. 512.

¹²¹⁹ Dies zeigt die Biographie über Franckenstein von Aretin, in der der Abgeordnete Aretin als Akteur in das Blickfeld gerät. Aretin, Franckenstein, erweitert auch unser Wissen zu anderen Abgeordneten.

¹²²⁰ Die Freundschaft der beiden geht auf die gemeinsame Reichsratszeit zurück. Im Zollparlament handelte Franckenstein zunächst nicht, ohne sich nicht mit Aretin besprochen zu haben. Zur Freundschaft siehe: Aretin, Franckenstein, bes. S. 24, 39.

pflegte er zu Konrad von Preysing, über den er sich in der politischen Zusammenarbeit aber auch immer wieder ärgerte.¹²²¹

Konrad Graf von Preysing ist bei Löffler gut charakterisiert, ebenso sein gespaltenes Verhältnis zum Parlamentarismus.¹²²² Anderson ist zu folgen, wenn sie feststellt, dass Preysing, wie anderen Abgeordnete aus alten Adelsgeschlechtern, außerparlamentarische Wege offenstanden, um seine politischen Ziele umzusetzen.¹²²³ Da Preysing lieber hinter den Kulissen agierte, war es eine offene Frage, wie engagiert er tatsächlich mitwirkte, ob seine Autorität tatsächlich so hoch anzusetzen ist und, falls ja, worauf sie basierte. Dass Franckensteins und Windthorsts Zusammenwirken 1887 dazu führte, dass die Bayern dem Grafen bei seiner Septennatsabstimmung nicht folgten, warf unter anderem die Frage der Autorität auf. Preysings Engagement in den siebziger Jahren, war groß, sowohl in Bayern als auch auf Reichsebene.¹²²⁴ Wahlkampf­tätigkeit, Einwirken auf die Presse sowie Pressefehden, seine Aktivität zur Eindämmung von Windthorsts Dominanzstreben,¹²²⁵ regelmäßige Anwesenheit bei der Tischrunde mit Windthorst zwischen Reichstagssitzungen und Kommissionssitzungen,¹²²⁶ aber auch konkrete Mitarbeit an Gesetzen sind in den 1880er Jahren nachweisbar. Letztere dürfte allerdings im Vergleich zu den 1870er Jahren zurückgegangen sein.¹²²⁷ Seiner Autorität und Einbeziehung in den engsten Kreis tat dies jedoch keinen Abbruch. Karl von Aretin beschreibt in einem Brief an seinen Schwiegersohn, wie Konrad von Preysing mit Leichtigkeit durch eine Fraktionsrede „Uneinigkeit unter die bayerischen Abgeordneten“¹²²⁸ brachte. Aufschlussreich sind auch Zeilen Pfettens: „wenn

¹²²¹ Die Güter Preysings, Moos, und Aretins, Haidenburg, waren benachbart. Aretin hatte Preysing kurz vor seinem plötzlichen Tod gebeten, sich die finanziellen „Angelegenheiten“ Haidenburgs anzusehen: Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1881-1883. Vornehmlich Graf Konrad Preysing, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 14. April 1887. Aretins Ärger: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 611, Brief Peter Karl Aretin an Soden vom 13. Februar 1885

¹²²² Löffler, Reichsräte, S. 168-170, S. 172 und 179. Zum Parlamentarismus siehe auch: Ullstadt, NL Franckenstein, Politische Korrespondenz 1887-1890 – vornehmlich Graf Konrad Preysing, Brief Konrad Preysing an Georg Arbogast Franckenstein vom 14. November 1888.

¹²²³ Anderson, Windthorsts, S. 385.

¹²²⁴ Zusammenarbeit mit Windthorst belegen veröffentlichte, wie zwei unveröffentlichte Briefe Windthorsts an Preysing: StaLa, SchlossA Moos, Nr. 739, Brief Windthorst an Konrad Preysing vom 5. August 1879 und Brief Windthorst an Preysing vom 30. August 1879.

¹²²⁵ Letzteres geht hervor aus zahlreichen Nennungen bei: Aretin, Franckenstein.

¹²²⁶ Anderson, Windthorst, S. 246.

¹²²⁷ Darauf weisen auch seine Kommissionsbeteiligungen hin: Best/Schröder, Handbuch.

¹²²⁸ Das Gewicht Preysings für die Meinung der Bayern ergibt sich vor allem aus den langen Vorverhandlungen, die die Fraktion vorgenommen hatte: Nachdem wir in unzähligen Abendsitzungen der landw. Commission und des Plenums, der freyen Vereinigung so wie der Centrumsfraktion endlich die Ziffern der Getreidezölle festgestellt hatten, platzte mit einmal Conrad, der keiner der Verhandlungen beigewohnt hatte, mit dem Antrag den Gerstenzoll weiter zu erhöhen als die freye Vereinigung beschlossen und die Fraction gebilligt hatte, in der Fractionssitzung, und hält eine lange Rede in der vorzüglich die edle Uneigennützigkeit sich breit machte, die Interessen der Landwirthschaft seyen wichtiger als die der Brauer, [zwei Wörter unleserlich] die Großbrauer ohnehin Vortheil genug hätten und die kleinen so wie so zu Grunde gehen müssten.

man sich nicht vor Pr. versehen müßte, daß er die Sache erst im letzten Moment zur Sprache bringt und dann seine Wünsche in bekannter Weise durchdrückt.“¹²²⁹ Gelitten hat diese Autorität in Fraktion und Partei nach und nach zwischen 1885 und 1890 allerdings unter seinen zunehmenden Alleingängen und außerparlamentarischen politischen Aktivitäten und der Eintrübung, die seine – nach wie vor bestehenden – Freundschaften mit Franckenstein und auch mit Windthorst bekam.¹²³⁰ Wie Franckensteins Verhandlungen mit Bismarck beäugte insbesondere Windthorst Preysings Besprechungen mit Bismarcks Sohn Herbert über den Gerstenzoll 1885 mit Unbehagen.¹²³¹ Bis 1890 baute sich zunehmend eine Distanz zwischen Preysing und seinen politischen Weggefährten auf, die nach Franckensteins Tod die Stellung der verbliebenen bayerischen Adeligen erschwerte.¹²³²

„Windthorst war von beiden der bedeutendere Parlamentarier. [...] Franckenstein war sicherlich der bedeutendere Politiker.“¹²³³ Diesem Urteil des Historikers Aretin kann mit Blick auf Franckensteins Anteil an den untersuchten Weichenstellungen des Reiches nur zugestimmt werden. Der bayerische Reichsrat und langjährige Vorsitzende der Reichsratskammer, Ministerkandidat von Ludwig II., langjährige Reichstagsabgeordnete, Reichstagsvizepräsident und Fraktionsvorsitzende des Zentrums ragte in seiner Zeit in seiner

Er brachte dadurch Uneinigkeit unter die bayerischen Abgeordneten“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 611, Brief Peter Karl Aretin an Soden vom 13. Februar 1885.

¹²²⁹ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 603, Brief Sigmund Pfetten an Soden vom 13. Mai 1877. Nach Preysings eigenen Angaben hieß es 1885 aus den bayerischen Reihen „Preysing solle die Bayern berufen“, als Franckenstein abwesend war. Preysing konnte mit Hilfe Ballestrems eine extra Sitzung der Bayern verhindern. Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1884-1886, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 23. April 1885, 2. Brief. Immer konnte auch Konrad Preysing seine Vorstellungen nicht durchsetzen: Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1884-1886, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 5. April 1885.

¹²³⁰ Schon 1885 gab es Unstimmigkeiten zwischen Windthorst und Preysing, die sich dann aber – ganz nach Art Preysings – schnell wieder legten: Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1884-1886 – vornehmlich Graf Konrad Preysing, Brief Konrad Preysing an Georg Arbogast Franckenstein vom 23. April 1885.

Zur Freundschaft Franckenstein und Preysing: Zum Beispiel: StaLa, SchlossA Moos, Nr. 751, Brief Franckenstein an Konrad Preysing 4. Mai 1875 sowie der gesamte Akt, der auch einen Ausschnitt des Briefwechsels zwischen Preysing und Franckensteins Frau Marie dokumentiert. Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1884-1886, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 13. März 1885: Preysing setzte in seinem Testament Franckenstein und seinen Bruder Kaspar Preysing als Beistand seiner Frau im Falle seines Todes ein. Franckenstein über die unterschiedlichen Meinungen 1886: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Franckenstein an Soden vom 5. August 1886. Die Freundschaft zerbrach allerdings nicht: Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1887-1890 – vornehmlich Graf Konrad Preysing, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 14. August 1887.

¹²³¹ Die erste politische Unterredung der beiden fand am 21. April 1885 statt: Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1884-1886 – vornehmlich Graf Konrad Preysing, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 22. April 1885. In diesem Akt liegen weitere Briefe Preysings über Begegnungen mit Herbert Graf von Bismarck.

¹²³² „Wie weit wir nach der anderen Seite von Preysing schon getrennt sind, weiß ich nicht, weil er uns nichts sagt, aber sein Verhalten beim vorigjährigen Katholikentag, sein völliges Schweigen über alle wichtigen Besprechungen, welche er hat, sein geheimnißvolles Leben in Berlin erfüllen mich mit Sorgen über seine Absichten.“ NL Soden, Nr. 617, Brief Pfetten an Soden vom 10. Juli 1890.

¹²³³ Aretin, Franckenstein, S. 299.

Bedeutung aus dem Kreis sowohl seiner bayerischen als auch seiner übrigen Fraktionskollegen heraus.¹²³⁴ Damit war er sowohl für das Erscheinungsbild der Zentrumsfraktion nach außen, als auch für den Einfluss der Bayern in ihr von großem Gewicht. Mittmann sieht ihn zu Recht „als Exponent einer starken Minderheit süddeutscher Adliger und bayerischer Abgeordneter und Mittelsmann zwischen der Fraktion und den Regierungsstellen oder der Kirche“¹²³⁵. In Bezug auf die Entscheidungskriterien und Handlungsmotive der bayerischen Patrioten im Reichstag war Franckenstein und der Kreis um ihn schon früher kompromissbereit als andere Teile der Fraktion. Am besten geben seine eigenen Worte den Grund für positive Mitarbeit und Kompromissbereitschaft wieder: „[M]uß das Gesetz aber gemacht werden, und das ist nicht zu bezweifeln, mache ich es lieber in meinem Sinne“¹²³⁶. 1879 setzte er sich offensichtlich mit diesem Kurs in der Fraktion durch und schloss seine Verhandlungen mit Bismarck erfolgreich ab; auch während der achtziger Jahre gelang ihm dies bei zahlreichen Gesetzen, sei es bei den Sozialversicherungsvorlagen oder bei der Lösung für das Branntweinsteuergesetz.¹²³⁷ Dies konnte dem fränkischen Baron nicht nur, aber auch deshalb gelingen, weil Windthorsts Schwerpunktsetzung zeitweise eine andere war.¹²³⁸ Als Windthorst verdeckt gegen Franckenstein in der Fraktion Stimmung machte und gezielt auch bayerische junge Führungskräfte an sich heranzog, stieß der geradlinige Fraktionsvorsitzende 1889 anlässlich des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes an seine Grenzen: Ein weit kleinerer Teil der Fraktion stimmte mit ihm. Als Fraktionsvorsitzenden hatte ihn nach Savignys krankheitsbezogenem Rückzug 1874 seine ausgleichende und einende Persönlichkeit bei gleichzeitiger Führungsstärke empfohlen. Maximilian Freiherr von Soden war einer der engsten Vertrauten Franckensteins – der Sodens Urteil schätzte, Soden förderte und dafür sorgte, dass Soden bereits nach seinem Eintritt in

¹²³⁴ Löffler, der ein sehr abgewogene Kurzbiographie über Franckenstein verfasste, macht darauf aufmerksam, dass Kaiser Wilhelm II. „zum erstenmal in der deutschen Parlamentsgeschichte ein Beileidstelegramm an den Reichstag“ richtete: Löffler, Reichsräte, S. 145-148 (Kurzbiographie), S. 148 (Zitat). Umso bedeutender ist die Tatsache, dass Franckenstein bei seinem Tod 1890 nicht mehr Vizepräsident des Reichstages, sondern einfacher Abgeordneter war.

¹²³⁵ Mittmann, Fraktion und Partei, S. 279.

¹²³⁶ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 614, Brief Franckenstein an Soden vom 21. April 1889.

¹²³⁷ Bei letzterem blieb die Fraktion zwar divergierender Meinung, das Gesetz wurde aber mit einem Teil der Zentrumsstimmen angenommen.

¹²³⁸ Auch wenn Anderson ihre Feststellung so nicht interpretierte, passt sie hervorragend in das Bild: „Wenn also Kulturkampffragen den katholischen Volksteil weiterhin ganz in Anspruch nahmen, so galt das für Windthorst in noch stärkerem Maße. Der Leser seiner voluminösen Korrespondenz wird vergeblich nach der Spur eines Hinweises auf Deutschlands größere internationale oder gesellschaftspolitische Belange suchen. Sollte doch der Kanzler die Außenpolitik machen, sollten doch Hertling und Lieber und die anderen jungen Männer sich um wirtschaftliche und soziale Fragen kümmern – der Führer des Zentrums widmete sich tagaus, tagein den hundert verzwickten Fragen, die die katholische Kirche und ihre Mitglieder betrafen. Er befasste sich wohl mit Wahlen und Gesetzgebung, auch mit Beziehungen seiner Partei zu anderen Parteien und zu den Behörden [...] Erstaunt liest man in seinen Briefen, daß Windthorst inmitten der dringendsten parlamentarischen Arbeit Berlin verließ, um an einer Konferenz über den Kauf eines Gebäudes für Ordensschwestern [...] teilzunehmen“. Anderson, Windthorst, S. 304.

den Reichstag 1874 zu einem der Schriftführer des Reichstages gewählt wurde.¹²³⁹ Als Soden 1875 ein Landtagsmandat erhielt, begann auch hier ihre langjährige Zusammenarbeit. Diese führten die beiden bayerischen Politiker auch fort, als Soden 1884 aus dem Reichstag ausschied.¹²⁴⁰ Für die Forschung, die die Zusammenarbeit zwischen der Landtags- und der Reichstagsfraktion bislang nicht ins Auge fasste, ist ihr Zusammenwirken aufschlussreich. Als Schriftführer vertrat Soden die Zentrumsfraktion passenderweise in der Geschäftsordnungskommission. Aber auch in den Kommissionen für die Brausteuvorlage, für die bewaffnete Macht im Frieden, für den Reichshaushaltsetat und für die Sozialversicherungsgesetze. Letztere waren ihm ein großes Anliegen und er vertrat dabei insbesondere die Interessen der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter.¹²⁴¹ Auch wenn Soden die Sozialdemokratie als Gefahr betrachtete, verfügte er über die besten Kontakte der Zentrumsfraktion zu den sozialdemokratischen Abgeordneten und machte sie für diese nutzbar.¹²⁴² Innerhalb der Bayerischen Zentrumspartei war Soden Ende der achtziger Jahre ein Bindeglied zwischen dem adeligen und dem bürgerlichen Flügel.¹²⁴³ Die zur Studienzeit geschlossene enge Freundschaft von Baron Soden und dem der Patriotenpartei zugetanen Prinz Ludwig,¹²⁴⁴ dem späteren Ludwig III. von Bayern, währte lebenslänglich. Das war eine wichtige Verbindung, die – neben Sodens Befähigung – ein Grund für seine spätere Berufung zum bayerischen Innenminister war. Schon während seiner Zeit als Reichstags- und Landtagsabgeordneter, übernahm er einflussreiche außerparlamentarische Ämter wie einen

¹²³⁹ Bay HStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 316, „Für meinen lieben Sohn Karl Alfred“ [masch.], 1919, S. 3. Der Nachlass Sodens belegt zum Beispiel, dass Franckenstein Soden auf dem Laufenden hielt, wenn dieser nicht in Berlin weilte; Franckensteins Briefe lassen dabei erkennen, dass Soden in diesen Zeiten auch Vorschläge unterbreitete, Akten und Gesetzentwürfe studierte, diese redigierte etc. und man sich – auch wenn beide abwesend waren – über die konkrete Politik der nächsten Zeit beriet und austauschte. Als Beispiele seien genannt: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 610, Brief Franckenstein an Soden vom 18. Mai 1884, Brief Franckenstein an Soden vom 22. Mai 1884, Brief Franckenstein an Soden vom 28. Mai 1884, Brief Franckenstein an Soden vom 4. Juni 1884.

¹²⁴⁰ Beispielsweise anlässlich der Branntweinmonopolpläne Bismarcks, die die Landtagsfraktion beunruhigten.

¹²⁴¹ Dazu siehe beispielsweise: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 609, Brief Kaspar Preysing an Soden vom 27. April 1883 sowie Brief Kaspar Preysing an Soden vom 2. Mai 1883; Bay HStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 316, „Für meinen lieben Sohn Karl Alfred“ [masch.], 1919, S. 5. Dass zahlreiche redaktionelle oder inhaltliche Änderungen Sodens 1883 in Gesetzesform gegossen wurden, zeigen die Veröffentlichungen der Kommissionsakten: Hänlein/Tennstedt/Winter, Quellensammlung, S. 162-200 Anmerkungen. Löffler, der auch den Politiker und Menschen Soden gut porträtierte, bezeichnet in Bezug auf Sodens gesamte politische Karriere Sozial-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik als seine „bevorzugten politischen Themen“: Löffler, Reichsräte, S. 173-180 (Kurzbiographie), S. 176 (Zitat).

¹²⁴² „Auch die Sozialdemokraten müssen aufmerksam gemacht werden. v. Soden bewirkt das wol [!].“ Brief Windthorst an Franckenstein vom 22. März 1877: Windthorst, Briefe II, S. 889 Nr. 23.

¹²⁴³ Das Pendant zu ihm auf der bürgerlichen Seite war Daller, mit dem Soden per Du war. Zahlreiche Briefe sprechen dafür, dass Soden den Keil zwischen den Flügeln weder im Landtag, dem er noch bis 1893 angehörte, als in der Partei als nicht so tiefgehend empfand wie seine Standesgenossen. Dennoch hatte auch er, wie Gise und Gager Vorbehalte gegen eine Fraktionsleitung im Landtag durch Daller. BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613 (Belegen zu Vorbehalte gegen Daller), Nr. 617, Brief Pfetten an Soden vom 10. Juli 1890 (Beispiel für den bei Soden weniger tief sitzenden Keil).

¹²⁴⁴ Ludwig hatte in den Anfängen der Patriotenpartei selbst über eine Kandidatur nachgedacht.

Sitz im bayerischen Eisenbahnrat. Löffler bezeichnet Soden durch die Kumulation in landwirtschaftlichen Verbänden und Kreditorganisationen für die Zeit nach seinem Reichstagsmandat als „wohl einflussreichsten bayerischen Agrarpolitiker seiner Zeit“¹²⁴⁵. Franckenstein hatte folglich politischen Instinkt bewiesen, als er Soden als förderungswürdigen jungen Politiker erkannte und ihn in den engsten Kreis holte.

Soden, sein Vetter Sigmund Freiherr von Pfetten und Friedrich Balduin Freiherr von Gagern bildeten über Jahre hinweg immer wieder ein richtiges Team, auch ein Arbeitsteam beispielsweise im Sinne von Erarbeitung eines Antrages.¹²⁴⁶ Pfetten trat 1877, Gagern 1881 in den Reichstag ein; ab 1884, als Soden sich aus der Doppelbelastung zurückzog,¹²⁴⁷ gehörte Gagern dann zusätzlich dem Landtag als Abgeordneter an. Der Nachlass Sodens erweist, dass außer Sodens steter enger und auch brieflich geführter Zusammenarbeit mit Franckenstein keine langjährige, auch die Sitzungspausen betreffende, intensive Arbeitsgruppe als die eben umrissene bestand – und diese war eine rein bayerische und rein adelige. Natürlich arbeiteten die Patrioten vor Ort in Berlin mit ihren Fraktionskollegen aus anderen Bundesstaaten genauso vertrauensvoll zusammen wie untereinander und auch Freundschaften und Verwandtschaften bestanden zahlreich.¹²⁴⁸ Und natürlich stellt der Nachlass Sodens nur einen Ausschnitt dar. Dennoch ist es interessant, dass sich Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre dieses rein bayerische und rein adelige Team von jungen Führungskräften

¹²⁴⁵ Löffler, Reichsräte, S. 176.

¹²⁴⁶ Für die bayerischen Belange und den Landtag trat zu Soden und Gagern noch Sodens Vetter Karl Graf von und zu Freyen-Seiboltsdorf hinzu. In der Intensität nach den anderen kam Maximilian August Freiherr von Gise zu dem Team hinzu, der von 1881 bis 1888 Reichstag und Landtag angehörte. Gise stand in gutem Vertrauensverhältnis zu Soden, welches auch durch die Auseinandersetzungen in der Landtagsfraktion 1886 nicht getrübt wurde – wobei Soden zu dieser Zeit krankheitsbedingt nicht in München sein konnte. BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Gise an Soden vom 1. November 1886. Seit der Königstragödie gab es Spannungen, insbesondere Franckenstein war mit Gises Haltung bei der bayerischen Verfassungsfrage nicht einverstanden und Gise formulierte gekränkt und gereizt: „ich, der wie ja allgemein behauptet wird, stetig mich im Unklaren befinde.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Gise, Heeremann und Hertling an Soden vom 21. März 1887. Ein Brief Pfettens bekundet, dass Gises Mandatsniederlegung im Januar 1888 schon länger ein „Ziel“ Gises war. BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Pfetten an Soden vom 10. Dezember 1887. Gise und Gagern waren – wie Franckenstein – auch nach 1884 stete Korrespondenzpartner Sodens. Da alle drei im Landtag saßen, war das gesamte Spektrum von Reichtagsbelangen, Taktik im Landtag bis hin zu politischen Themen, die Landtag und Reichstag verbanden, auf der Tagesordnung. Gagern holte beispielsweise Sodens Rat zum Brannweinsteuergesetz 1887 ein: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Gagern an Soden vom 2. Mai 1887.

¹²⁴⁷ Soden litt seit Anfang der 1880er Jahre verstärkt an Heuschnupfen und Asthma, was ihn zu Kuraufenthalten zum Beispiel in Partenkirchen und in Wörishofen bei Pfarrer Kneipp sowie zu einem Winteraufenthalt im warmen Ägypten veranlasste.

¹²⁴⁸ „Daß ich meinen sehr lieben, wenn freilich auch zuweilen etwas unvernünftigen Nachbarn sehr schmerzlich vermisste, brauche ich nicht zu versichern; [...] wenn aber der noch unruhigere H. v. Giese an die Bank stößt während ich schreibe, so wird meine Erinnerung an Dich stets noch besonders wach gerufen. Jedoch über meinen dicken ruhigen nächsten Nachbarn, Gagern, kann ich gewiß nicht klagen, aber den alten Freund aus früherer Zeit mit der großen wedelnden Haarlocke kann ich doch nicht vergessen“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 611, Brief Heeremann an Soden vom 14. Februar 1885.

bildete. Neben anderen Hinweisen stellt dieses Forschungsergebnis einen Beleg dafür dar, dass die geographische Herkunft der Parlamentarier von Bedeutung war.

Baron von Pfetten vertrat die Zentrumsfraktion in bis zu fünf Kommissionen pro Legislaturperiode und sprach häufig vor dem Plenum.¹²⁴⁹ Zwischen den ersten beiden Sessionen seiner Reichstagskarriere empfand er es als Manko, dass sich die Fraktion nicht unter Zuhilfenahme von Arbeitsteilung auf Themen vorbereitete, die als mögliche Vorlagen für die nächste Session der Presse zu entnehmen waren, und machte den Vorschlag zur Aufnahme von Vorbereitungen.¹²⁵⁰ Nach einer Mandatspause von 1884 bis 1887 trat er trotz gesundheitlicher Probleme¹²⁵¹ wieder in den Reichstag ein, da er lieber die Politik mitgestaltete als dem Geschehen unbeteiligt zusehen zu müssen.¹²⁵² Seine Anerkennung von Franckensteins Führungsrolle wird beim Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz deutlich, bei dem sein Einsatz für die Annahme des Gesetzes sowie sein eigenes Abstimmungsverhalten stark von seiner Loyalität gegenüber der adeligen bayerischen Führungsfigur abhing.

In Bezug auf enge Zusammenarbeit mit Franckenstein und die Delikatheit der politischen Arbeit überflügelte Gagern Pfetten zumindest in den greifbaren Quellen. Franckenstein übertrug Gagern die wichtige Aufgabe, in der Branntweinsteuerkommission die bayerischen Interessen in Abstimmung mit der bayerischen Regierung gegen Windthorst's Parteiflügel zu vertreten.¹²⁵³ Auch arbeiteten die beiden bayerischen Adligen in Kommissionen für die Sozialgesetze zusammen und absolvierten anlässlich des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes gemeinsam mehrere Besprechungen mit dem bayerischen Minister von Feilitzsch in München, unter anderem die Bitte äußernd, dass die bayerische Regierung in der bayerischen Presse für das Gesetz wirke.¹²⁵⁴ Die Abgeordneten Pfetten und

¹²⁴⁹ Best/Schröder, Handbuch; Sprechregister.

¹²⁵⁰ Seinen Vorschlag unterbreitete er zunächst nicht Franckenstein, sondern erkundigte sich vorsichtig nach Sodens Meinung. BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 603, Brief Sigmund Frhr. von Pfetten an Soden vom 14. August 1877.

¹²⁵¹ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Sigmund Pfetten an Soden vom 28. Dezember 1886.

¹²⁵² BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 610, Brief an Soden vom 7. November 1884 sowie vorl. Nr. 611, Brief Sigmund Pfetten an Soden vom 17. Januar 1885. Bei einer Briefaussage, dass er „vorerst noch in erster Linie Gutsverwalter und nur in zweiter Parlamentarier“ sei, dürfte es sich mehr um seine Einstellung oder um eine aktuelle Verstimmung gehandelt haben, da sein Wiedereintritt trotz gesundheitlicher Probleme sowie sein großes Engagement im Reichstag eine andere Sprache sprechen. BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Pfetten an Soden vom 18. März 1887.

¹²⁵³ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Gagern an Soden vom 2. Mai 1887.

¹²⁵⁴ Bericht des preußischen Gesandten in München Kuno Graf zu Rantzau an den Reichskanzler Bismarck vom 30. April 1889: Haerendel, Quellensammlung, S. 654 Nr. 136.

Gagern waren innerhalb des inneren Kreises sowie der Fraktion gut vernetzt, aber sie gehörten nicht der Einflusszone Windthorsts, sondern der Franckensteins an.¹²⁵⁵

„Mit den Herrn Geiger und Orterer stand ich brillant und werde alles aufbiethen, damit alle Bayern kompakt stimmen.“¹²⁵⁶ Diese Aussage Franckensteins anlässlich der ersten Septennatsentscheidung im Winter 1886/87 macht deutlich, dass er Bedenken über die Einbindbarkeit des Oberlandesgerichtsrats Joseph Egid Geiger und des Studienlehrers, später Gymnasialprofessors, Dr. Georg Orterer hatte. Darüber hinaus legt die Nennung nur dieser beiden nahe, dass Franckenstein sie als Vertreter einer Gruppe wahrnahm. Geiger, der im Landtag dem Führungspersonal angehörte,¹²⁵⁷ war schon länger als Wortführer einer Gruppe bayerischer, vor allem bürgerlicher Reichstagsabgeordneter aufgefallen und rückte somit in den engsten Kreis auf.¹²⁵⁸ Immer wieder tauchen in Sodens und in Franckensteins Korrespondenzen Hinweise dafür auf, dass es schwierig war, Geiger einzufangen – aber bis zum Ende seiner Reichstagszeit konnte er und sein Anhang integriert werden. Er selbst betrachtete das Klima in der Reichstagsfraktion als wesentlich angenehmer als das in der Landtagsfraktion¹²⁵⁹ und brachte ein hohes Maß an Arbeitskraft mit: „Dementsprechend war er von 1881 bis 1884 Mitglied von vier Reichstagsausschüssen, von 1884 bis 1887 von fünf Ausschüssen.

Geigers Rückzug von der Bundesebene beförderte Orterers weiteren Aufstieg in der Zentrumsfraktion. Orterer war erst 1883 in den Landtag, 1884 in den Reichstag eingetreten, arbeitete in der sechsten Legislaturperiode in zwei Reichstagskommissionen, in der siebten in keiner, in der achten Legislaturperiode in drei Reichstagskommissionen mit¹²⁶⁰ und stieg innerhalb der Fraktionen, offensichtlich auf Grund seiner Qualitäten als Zugpferd für bürgerliche Bayern, schnell auf. Von Anfang an fiel er auf und rechneten ihn die Adeligen

¹²⁵⁵ Friedrich Graf von Schönborn, der Schriftführer der Jahre 1887 bis 1890, gehörte ebenfalls dem Kreis der wichtigen Abgeordneten an.

¹²⁵⁶ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 612, Brief Franckenstein an Soden vom 21. Dezember 1886.

¹²⁵⁷ Geiger war von 1883 bis 1911 Mitglied im Vorstand der Landtagsfraktion; 1887 bis 1891 Fraktionsvorsitzender. Zudem bekleidete er mehrfach das Schriftführeramt im Landtag. Geiger gehörte laut Möckl zu den acht patriotischen Landtagsabgeordneten, die ihre Fraktion bei den Besprechungen mit dem bayerischen Ministerium anlässlich König Ludwigs II. Kreditanfrage an den Landtag 1886 vertraten: Möckl, Prinzregentenzeit, S. 156 Anm. 449. Ebd. weitere Nennungen zu Geiger als Führungspersönlichkeit im Landtag.

¹²⁵⁸ Zu Geigers herausgehobene Position bei den Bayern und die damit verbundene Einbindung durch andere auch nicht-bayerische Führungspersönlichkeiten: Ullstadt, NL Franckenstein, Politische Korrespondenz 1884-1886, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 23. April 1885, 2. Brief, und Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 24. April 1885.

¹²⁵⁹ „Der in unserem Club [= Landtagsfraktion] geübte, wenn auch gelinde Terrorismus ist, fürchte ich, noch das Grab unserer Fraktion, ebenso wie die freie Bewegung im Centrum in Berlin vieles zur Stärke des Centrums beiträgt.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 510, Brief Josepg Egid Geiger an Soden vom 5. August 1885.

¹²⁶⁰ Best/Schröder, Handbuch.

zum linken Flügel der Patriotenpartei,¹²⁶¹ wobei die Flügelbildung in diese, auch adelig versus bürgerlich nennbaren, Seiten bei den Bayern 1884 noch nicht stark ausgeprägt war, wie die Abstimmung über das Sozialistengesetz nahe legt.¹²⁶² Bei der Septennatsvorlage 1886 war Orterer durch seine Kommissionstätigkeit in den wichtigsten Zirkel zu dieser Frage einbezogen: Zu dieser Zeit kann von Orterers Seite anhand seiner Kalendernotizen noch keine Trennlinie zu Franckenstein ausgemacht werden. Windthorst arbeitete aber gezielt an dieser Trennlinie und fand in Orterer die junge zugkräftige Führungskraft unter den Bayern, die seine Machtbasis gegen den langjährigen politischen Weggefährten ausbauen half. Auch wenn Orterer, profitierend von Windthorsts Stimmungsmache, zur Zeit des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes einen bayerischen Adligen und, bis auf einen, alle bayerischen Bürgerlichen auf seiner Seite hatte, zeigte sich 1890 nach Franckensteins Tod, dass Orterers eigene Machtposition gerade außerhalb der bayerischen Kreise, bei Windthorst und in der Restfraktion, an Franckensteins Machtposition bei weitem nicht heranreichte;¹²⁶³ dennoch war an Orterer nicht mehr vorbeizukommen, wenn man die bürgerlichen Bayern einbinden wollte. Orterers Schritt 1889 stellt sich damit als eine Ursache für die gesonderte Stellung der Bayern in der Zentrumsfraktion ab 1890 heraus, die hinzutritt zu den bislang bekannten Ursachen.¹²⁶⁴

Diese Reihe an Kurzporträts benennt die wichtigsten der bayerischen Zentrumsmitglieder des Untersuchungszeitraumes. Die Liste der Mitarbeiter, auch der herausgehobenen Mitarbeiter,¹²⁶⁵ ist damit lange nicht erschöpft. Dennoch bestätigt sie noch einmal den ihrer Mandatszahl entsprechenden Anteil der Bayern an der konkreten politischen Arbeit der Zentrumsfraktion, an den politischen Entscheidungen der Zentrumsfraktion und damit den Einfluss der Patrioten und bayerischen Zentrumsmitglieder auf den Weg, den das Deutsche Kaiserreich nahm. Die Reihe der Kurzporträts verdeutlicht darüber hinaus die Bedeutung einzelner Abgeordneter und ihre Zugehörigkeit zum Führungspersonal der Reichstagsfraktion.

¹²⁶¹ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 610, Brief Pfetten an Soden vom 7. November 1884.

¹²⁶² Eine Flügelbildung in dieser Richtung bestand 1884 allerdings schon: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 610, Brief Pfetten an Soden vom 7. November 1884.

¹²⁶³ Die KN Orterer vom 1. Mai 1890 bis zum 26. Mai 1890 erweisen, dass Orterer erstaunt feststellen musste, dass trotz der innerhalb der Fraktion wild umkämpften Militärvorlage von 1890 seine Wünsche hinsichtlich des Datums der Fraktionssitzung und hinsichtlich des Herbeitelegrafierens missachtet wurden, so dass er und zahlreiche Bayern an der Sitzung nicht teilnehmen konnten.

¹²⁶⁴ Siehe zu diesen Ursachen: Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, S. 342-344. Eine Trennlinie, auch bei Abstimmungen, zwischen den bayerischen Bürgerlichen und dem bayerische Zentrumsadel blieb.

¹²⁶⁵ Zu denken ist beispielsweise an Magnus Anton Reindl, der 1883 in der Kommission für das Krankenkassengesetz mitarbeitete und ab 1887 dem Vorstand der Reichstagsfraktion angehörte. Oder an (Karl) Josef Senestrey, der dem Reichstag lange Jahre, von 1874 bis 1890, angehörte und ab 1881, nachdem er sein Landtagsmandat aufgegeben hatte, viel Engagement durch die Beteiligung an Kommissionen zeigte.

Letztlich machen sie die Bayern als Gruppe wahrnehmbar und geben gerade für die späteren achtziger Jahre Einblicke in die Entwicklung der bayerischen Gruppe innerhalb der Fraktion, oder anders ausgedrückt in die Entwicklung der bayerischen Gruppe in ihrem Verhältnis zum Restzentrum.

Wie aber ist die bayerische Gruppe in den Anfängen der Fraktion zu verorten? Wie entwickelte sich das bayerische Kontingent über die Jahre hinweg? In seinem Brief vom 28. März 1871 schilderte der Patriot Max Graf von Seinsheim-Grünbach Jörg die konstituierende Sitzung der Zentrumsfraktion vom 21. des Monats.¹²⁶⁶ Aus diesem geht hervor, dass sich ein Teil der Patrioten mit voller Überzeugung der Fraktion anschloss, der andere Teil – zu dem sich Seinsheim zählte – jedoch abwartend und mit Bedenken.¹²⁶⁷ Der Punkt, der Seinsheim vor allem zögern ließ, war die Festlegung des Zentrumsprogrammes auf die „Aufrechterhaltung der Verfassungsbestimmungen“¹²⁶⁸, also auf die Reichsverfassung. Ausschlaggebend für seinen Beitritt zur Fraktion war, dass man im Reichstag ohne Fraktionszugehörigkeit keinerlei Einfluss ausüben konnte, dass Abstimmungsfreiheit gewährt wurde und dass sich bereits eine Hälfte der Parteigenossen angeschlossen hatte.¹²⁶⁹ Ferner überzeugten ihn – und die übrigen Bayern – die politischen Grundsätze, die den „föderativen Charakter[s]“ des Reiches sowie die „Selbsttätigkeit der einzelnen Staaten in allen inneren Angelegenheiten“ als schützenswert anerkannten.¹²⁷⁰ Der Zusammenschluss von Abgeordneten, der die bayerischen Patrioten zur Gründung der Zentrumsfraktion eingeladen hatte, präsentierte sich den Bayern als Verteidiger des Status quo des Reiches, soweit die „Interessen des Ganzen“, wie es im Programm des Zentrums weiter hieß, nicht Gegenteiliges „unabweislich fordern“ – hier liegt folglich die entscheidende Gemeinsamkeit.¹²⁷¹ Für einen Teil der Patrioten hat Anderson, die sich sehr ausführlich mit dem Zentrum im Reichstag beschäftigte, gemäß der Schilderung Seinsheims, die ihr als Quelle noch nicht zur Verfügung

¹²⁶⁶ Seinsheim an Jörg 28. März 1871: Jörg, Briefwechsel, S. 370-373, Nr. 261. Vgl. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 335.

¹²⁶⁷ Hartmannsgrubers formuliert in diesem Zusammenhang irreführend, es hätten sich die patriotischen Abgeordneten in diejenigen, die den Versailler Verträgen zugestimmt hatten, und diese, die sie verneint hatten, aufgeteilt. Wie ein Vergleich der Zustimmenden mit den Mandatsträgern des Reichstages ergibt, war keiner von ihnen in der ersten Legislaturperiode für die Bayerische Patriotenpartei im deutschen Parlament. Ebd.

¹²⁶⁸ Seinsheim an Jörg 28. März 1871: Jörg, Briefwechsel, S. 370-373, Nr. 261.

¹²⁶⁹ Eine Spaltung des bayerischen Kontingents, das August Reichensperger auf Grund der Spaltung der patriotischen Fraktion im Landtag befürchtet hatte, wurde folglich zumindest von Seinsheim absichtlich verworfen. Brief August Reichensperger an Jörg vom 16. Februar 1871: Jörg, Briefwechsel, S. 367 Nr. 258.

¹²⁷⁰ Programm der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages: BayHStA, FamA Aretin, vorl. Nr. 49/30/I. Bachem, der das Programm abdruckte, entschied sich für die falsche Textvariante, macht in einer Fußnote aber auf abweichende Überlieferungen aufmerksam: Bachem, Zentrum III, S. 137 f. und S. 138 Anm. 1.

¹²⁷¹ So auch Hartmannsgruber: Ebd. Die Zitate stammen aus dem Programm der Zentrumsfraktion des Deutschen Reiches. Als Vorstandsmitglieder unterzeichneten die Bayern Andreas Freytag und Karl Fürst von Löwenstein.

stand, recht, wenn sie konstatiert: „1871 war das Überleben des noch jungen Zentrums keineswegs sicher. Die Süddeutschen brachten dieser überwiegend preußischen Partei ihre Loyalität bestenfalls versuchsweise entgegen.“¹²⁷² Hartmannsgruber schließt, dass sich auf Grundlage der föderalistischen Basis rasch eine von breitem Konsens getragene, insgesamt unkomplizierte Kooperation herstellte.¹²⁷³ Gemessen daran, dass es Arbeit bedeutet, Konsens in einer Volkspartei zu erreichen, ist dies nicht unrichtig – aber differenzierbar.

Bachem erwähnt, dass die „Ausgleichung der süddeutschen und norddeutschen Art anfangs hier und da einige Schwierigkeiten machte.“¹²⁷⁴ Zu den in der Forschung befindlichen vereinzelt Hinweisen auf Spannungen in der Zentrumsfraktion auf Grund von Gegensätzen zwischen Süd- und Norddeutschen zählt auch eine als selbstverständlich geäußerte Anmerkung Andersons, die sie anlässlich Windthorsts Befürwortung der ersten Militärvorlage Caprivis macht: Windthorsts Schritt der Befürwortung „verursachte sofort Schwierigkeiten in der Fraktion und verschärfte die schon immer empfindlichen Beziehungen zwischen den preußischen und den süddeutschen Flügeln.“¹²⁷⁵ Die Forderung der Bayern nach einer zweijährigen Dienstzeit im Zuge der Militärgesetze verursachte tatsächlich Anfang der 1870er Jahre Spannungen zwischen ihnen und den preußischen Abgeordneten, die zwar katholisch, eher föderalistisch, aber eben auch preußisch waren. Auch die Wirtschaftsgesetze brachten immer die Schwierigkeit mit sich, da die Wirtschaftsstruktur in Bayern sich von der in anderen Regionen unterschied und jede einzelstaatliche Gruppe ihre Wählerinteressen vertreten wollte.

Die frühen bayerischen Führungspersonlichkeiten wie Freytag, Jörg und Hauck oder auch Aretin und Franckenstein hatten jedoch kein Interesse daran, den Fraktionszusammenhalt zu sprengen. Es ging ihnen um die Sache und nicht um Profilierung und Macht innerhalb der Fraktion. Sie führten die Bayern in die Zentrumsfraktion hinein. Anfangs formulierten die Bayern in ihren Reichstagsreden häufig „meine politischen Freunde aus Bayern“ oder auch „meine politischen Freunde aus Bayern, welche der Zentrumsfraktion angehören“¹²⁷⁶. Die

¹²⁷² Anderson, Windthorst, S. 197.

¹²⁷³ Ebd. S. 335.

¹²⁷⁴ Bachem, Zentrum III, S. 141. Für das Zollparlament berichtet Bachem Ähnliches und gibt die Geschichte von dem in Tracht erscheinenden Baron von Hafenbrädl wider, der August Reichensperger anherrschte: „So, do san mer, ihr Saupreußen!“ Ebd. S. 25.

¹²⁷⁵ Anderson, Windthorst, S. 404. Weitere Hinweise fehlen in der Windthorst-Biographie jedoch. In den neunziger Jahren distanzierte sich das Bayerische Zentrum vom Reichszentrum – teils auch bei Abstimmungen; zum Bayerischen Zentrum: Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, S. 342-345; Wilhelm Volkert, Die Bayerische Patriotenpartei und das Zentrum 1871-1898. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Bayerischen Volkspartei, in: Klaus Hildebrand/Udo Wengst/Andreas Wirsching (Hg.), Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller, München 2008, S. 83-98..

¹²⁷⁶ Beispielsweise in der Rede von Schels am 27. April 1871: RV 1871, Bd. 19, S. 425.

geographische Beschränkung wich ab Mitte der 1870er Jahren, so dass nun die Formulierung „meine politischen Freunde“ für die gesamte Zentrumsfraktion Verwendung fand. Dazu trugen auch die zwei Drittel der Fraktion bei, die nicht bayerisch waren.¹²⁷⁷ Die bayerische Einstellung und die bayerische Politik der Patrioten wurden von den Nicht-Bayern akzeptiert, versucht einzubinden oder sogar vor dem Plenum des Reichstages unterstützt und vertreten. Bei Letzterem ist beispielsweise an den von der Forschung bislang unentdeckten Fall zu denken, dass die Fraktion ihren unantastbarsten Preußen, Hermann von Mallinckrodt, vorschickte, um den Ausschluss der Bayern von Reichstagsabstimmungen bei Vorlagen entgültig durchzusetzen, von denen Bayern und damit seine Abgeordneten laut Verfassung ausgenommen waren.¹²⁷⁸ Einen großen Beitrag zur Fraktionseinheit leistete in diesen Jahren Windthorst, der selbst überzeugter Föderalist war und stets für den föderalen Charakter des Reiches inner- wie außerhalb der Fraktion eintrat.¹²⁷⁹ Ein Gegensatz zwischen den adeligen Honoratioren und den bürgerlichen Honoratioren bestand zunächst nicht. Die Unterteilung der Fraktion in regionale Gruppen trat immer wieder hervor, auch wenn sie sich abschwächte und nach Jahren gemeinsamer Fraktionsbildung nicht als bedrohlich empfunden wurde. Die Parteien des Bismarckreiches hatten ihren organisatorischen Schwerpunkt in den Einzelstaaten. Ein valider Vergleich zwischen den einzelstaatlichen Gruppen der Zentrumsfraktion in Bezug auf die Qualität von Einreihung auf der einen Seite und Absonderung auf der anderen, ist ein Desiderat der Forschung. Interessant ist, dass 1885 eine separate Sitzung der Rheinländer einen handfesten Skandal erzeugte.¹²⁸⁰ Konrad Graf

¹²⁷⁷ Bachem macht in Bezug auf den Föderalismus der Zentrumsfraktion auch darauf aufmerksam, dass „Rücksichtnahme“ auf die Bayern unentbehrlich war. Bei Bachem steht dieser Hinweis jedoch im Kontext mit seiner Verteidigung des Zentrums und als Entschuldigung für den Föderalismus der Fraktion. Seine Einschätzung Franckensteins ist in diesem Zusammenhang unzutreffend, seine Zeichnung Konrad Preysings im Mindesten schief. Bachem, Zentrum III, S. 174.

¹²⁷⁸ In den vom Reichstag letztlich bejahten Antrag, waren auch andere süddeutsche Staaten und Abgeordnete einbegriffen. Die Diskussion im Reichstag: RV 1872, Bd. 24, S. 327-333 (13. Mai 1872).

¹²⁷⁹ Dazu zwei Redebeiträge Windthorsts: „Ich habe die Meinung, daß der Partikularismus dem Deutschen durchaus im Fleisch und Blut steckt, und daß er niemals verschwinden wird“. Zu den kursierenden Gerüchten um einen Zusammenschluss der Mittelstaaten im Bundesrat gegen die Reichsanstalt bei den Sozialversicherungen meinte Windthorst: „und wenn das dann genannt wird eine „Herrschaft der Mittelstaaten“, dann sollen wir, meine ich, uns freuen, wenn in irgend einem Falle im Bundesrath auch andere Stimmen als die preußische entscheiden.“ Beide Zitate: RV 1888/89, Bd. 107, S. 1409. Für die frühen Jahre exemplarisch: RV 1873, Bd. 28, S. 895. Anderson, Windthorst, S. 137 sieht die Zentrumsfraktion durch Windthorst föderalistisch geprägt. Sie spricht in diesem Zusammenhang von „Windthorsts Partikularismus“ (Anderson, Windthorst, S. 143) und definiert ihn folgendermaßen: „Ein solcher Partikularismus bezeichnet die Haltung aller jener – nichtdeutschen wie deutschen – Gruppen im Reich, die sich gegen nationale Assimilierung wehrten und an ihren Sonderidentitäten festhielten. Darin unterscheidet er sich vom eigentlichen Partikularismus als der Behauptung der Souveränität der deutschen Einzelstaaten, an dessen Stelle er nach 1871 im großen und ganzen trat.“ Anderson, Windthorst, S. 142.

¹²⁸⁰ „Ich verweise auf Nro 90 erstes Blatt der ‚Germania‘ die Nachricht bringt, daß die Reichstags-Abgeordneten der Rheinprovinz im Reichstag sich versammelt u. ad Hueneschen Antrag beschlossen haben u.s.w. – Alle Blätter bringen heute diese Nachricht der Germania“. Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1884-1886, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 23. April 1885, 2. Brief.

Preysing konnte mit dem Schlesier Graf Ballestrem eine daraufhin von einer starken Gruppe um Geiger geforderte separate Sitzung der Bayern verhindern. Ohne den Hautgout des Skandals berichten die Quellen jedoch von einer extra Besprechung der Bayern zur Branntweinvorlage 1887¹²⁸¹ und einer gesonderten Sitzung zur Invaliditäts- und Altersversicherungsvorlage.¹²⁸² Vorberatungen bayerisch-patriotischer Reichstagsabgeordneter in München über die kommende Session, insbesondere Bismarcks Steuer- und Finanzpläne, erregten 1879 ebenfalls kein Aufsehen.¹²⁸³ Ganz und gar üblich waren Sitzungen über bayerische Belange der bayerisch-patriotischen Reichstagsabgeordneten, beispielsweise über die anstehenden Wahlen¹²⁸⁴ oder anlässlich einer Adresse an den bayerischen König.¹²⁸⁵ Am zahlreichsten nachweisbar sind aber Besprechungen der Doppelabgeordneten über Belange der Landtagsfraktion. Zwei überlieferte Sezessionspläne bayerischer Patrioten, einer von innerhalb der Zentrumsfraktion, einer von außerhalb, fanden keine Anhänger.¹²⁸⁶

Dem „Terrorismus“ in der Landtagsfraktion stellten die bayerischen Doppelabgeordneten häufig die Abstimmungsfreiheit im Zentrum gegenüber, obwohl die Parteidisziplin im Reichstag erheblich besser funktionierte als im Landtag.¹²⁸⁷ Bei den untersuchten Gesetzen zur Konsolidierung des neu gegründeten Reiches ist kein Auseinanderstimmen also auch keine geographische Komponente bei den Abstimmungen der Zentrumsfraktion bis 1886 vorhanden; bei dem Auseinanderstimmen anlässlich des Branntweinsteuergesetzes 1887 spaltete sich das Votum nicht entlang einzelstaatlicher Grenzen. Das lange Zeit gut

¹²⁸¹ Der Anlass für diese Absonderung dürfte in dem bayerische Branntweinreservat bestanden haben : BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 613, Brief Gise und Gagern an Soden vom 17. Juni 1887.

¹²⁸² Bei dieser Sitzung spielte das Postreservat Bayerns keine Rolle oder wenn eine so untergeordnete, dass Orterer sie nicht erwähnte: KN Orterer vom 20. März 1889.

¹²⁸³ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 12. Januar 1879. Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 378 und Anm. 102, macht ebenfalls auf diese Sitzung aufmerksam; seine Quelle ist ein keine Besprechungsergebnisse enthaltender Presseartikel: AZ 22 vom 22. Januar 1879.

¹²⁸⁴ Ullstadt, FamA Franckenstein, Rote Hand-Acten des Freiherrn zu Franckenstein Betreff Reichstag I, II, 75/76 /1874/76, Ankündigung einer Wahlbesprechung (in Franckensteins Handschrift verfasst) mit Unterschriften der Abgeordneten für die Zusage.

¹²⁸⁵ Ein Exemplar der gedruckten Adresse vom 4. März 1874 befindet sich in: BayHStA, FamA Aretin, Nr. 49/30/II. Auf diese Beratung macht auch Hartmannsgruber aufmerksam: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 378 und S. 378 Anm. 102.

¹²⁸⁶ Siehe zu diesen wie zu bayerisch-patriotischer Kritik an der Zentrumsfraktion: Hartmannsgruber, Patriotenpartei, S. 336f. Zur Kritik siehe auch: Amann, Ratzinger, 138f. und 143-145.

¹²⁸⁷ Andersons, Windthorst, S. 251, beschreibt die Parteidisziplin folgendermaßen „Abweichende Stimmabgabe wurde erlaubt bei Vorlagen von geringer Bedeutung oder wenn ein bestimmtes Stimmverhalten das Mandat eines Abgeordneten hätte gefährden können; [...] Bei wichtigen Abstimmungen blieben Abgeordnete, die sich gegen die Parteilinie entschieden hatten, einfach zu hause. Abgeordnete, die in auffallender und beharrlicher Weise ihren eigenen Weg gingen, ließ man fallen.“ Zu den Vorlagen, die für die Zentrumsfraktion von geringer Bedeutung waren, zählt zum Beispiel das Branntweinsteuergesetz, bei dem sowohl Bayern als auch Nicht-Bayern von der vorgegebenen Fraktionslinie reihenweise abfielen.

befreundete Führungsgespann Franckenstein und Windthorst¹²⁸⁸ führte die Fraktion ab 1874 sicher durch zahlreiche Stürme, nahmen sie ihren Ursprung von außerhalb der Fraktion oder in persönlichen oder sachlichen Differenzen zwischen Abgeordneten. Dabei zeigte sich Franckenstein Windthorst gegenüber loyal, wirkte „Contra W. Stimmung[en]“¹²⁸⁹ bewusst entgegen und stärkte damit letztlich Windthorsts Position. Die Kombination aus einendem Charakter und Führungsstärke ließ die Fraktion selbst in der Septennatskrise nicht auseinanderbrechen und mit nur wenigen Ausnahmen vereint stimmen. Die Quellen berichten allerdings früh auch schon von leichten Irritationen und Ausgrenzungen Franckensteins durch Windthorst.¹²⁹⁰ Der Historiker Aretin vermutet hinter den Irritationen und Ausgrenzungen 1880 beispielsweise Misstrauen Windthorsts, das auf Grund von mehrmaligen Abendesseneinladungen von Bismarck an Franckenstein auftrat.¹²⁹¹ In den achtziger Jahren entwickelte sich langsam aber stetig ein Graben in der Zentrumsfraktion, der unabhängig von der einzelstaatlichen Herkunft war: Der Gegensatz zwischen adeligen und bürgerlichen Fraktionskollegen – wobei diese sich entwickelnde Trennlinie, wie auch die Abstimmung über das Alters- und Invaliditätsgesetz erweist, nicht als glatte soziale Trennlinie angesehen werden darf.¹²⁹² Der Zentrumsadel fühlte sich laut Anderson vom stärker werdenden Einfluss einer jungen, eher städtisch geprägten, häufig als links oder demokratisch bezeichneten Politikergeneration innerhalb der Fraktion bedroht.¹²⁹³ Diese Entwicklung, der sicherlich schwer entgegenzutreten war, verstärkte Windthorst, indem er, wie es üblich war, neu eintretende Fraktionsmitglieder mit Potential an sich und damit an die Fraktion band. Allerdings baute Windthorst seine Machtposition in der Fraktion nicht nur um Willen der Fraktionseinheit und der seiner Meinung nach sachlich richtigen Politik aus: Er war auch

¹²⁸⁸ Dass die Zeitgenossen eine Doppelspitze wahrnahmen, bringt folgendes Zitat deutlich zum Ausdruck: „Bei keinem Anlaß ist bisher der zwischen den beiden Führern der Partei, Fran[c]kenstein und Windthorst, seit Jahren bestehende Antagonismus so sehr nach außen hervorgetreten wie diesmal.“ BayHStA, MA Nr. 77461, Bericht des bayerischen Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim vom 6. April 1889; zitiert nach: Haerendel, Quellensammlung, S. 636.

¹²⁸⁹ Diese traten immer wieder auf, im Zusammenhang dieses Zitates stieg die Stimmung gegen Windthorst in den westfälischen Reihen: Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1884-1886, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 23. April 1885, 2. Brief. In Aretin, Franckenstein, ist die loyale Haltung Franckensteins durch die Jahre hindurch zu verfolgen. Zusammenfassend: Aretin, Franckenstein, S. 301.

¹²⁹⁰ Anlässlich der Kirchenpolitik Bismarcks schrieb Konrad Preysing Franckenstein 1880 entsetzt: „Majunke weiß längst hievon. – Windthorst erhielt Nachricht von Jakobini. – Und doch wird Dir von den Genannten keine Mittheilung! – Roncetti bittet mich dringend, Dir obige Nachricht zu geben. [...] Unbegreiflich bleibt mir nur, wie W. u. Majunke dich ohne Nachricht ließen.“ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 25. Mai 1880. Roncetti war von 1879 bis 1881 Nuntius in München.

¹²⁹¹ Aretin, Franckenstein, S. 125.

¹²⁹² Dazu auch folgende Belege: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 510, Brief Karl von Ow an Soden vom 1. Januar 1885 und vorl. Nr. 613, Brief Gagern vermutlich an Soden vom 1. Juli 1887. Ein Indiz auf die sich in den achtziger Jahren ausbildende Trennlinie stellt auch die beschriebene rein adelige Arbeitsgruppe der Bayern dar.

¹²⁹³ Anderson, Windthorst, S. 382f.

eifersüchtig, nicht nur im Großen, konkret auf Franckensteins Bedeutung als Politiker und seinen guten Kontakt zu Bismarck,¹²⁹⁴ der zu Windthorsts Verhalten Ende der achtziger Jahre auch seinen Teil beitrug; sondern Windthorsts Eifersucht und sein Dominanzstreben bezogen sich auch auf Redebeiträge im Reichstag und die Namensgebung von Anträgen der Fraktion. Den Vollzug der Trennlinie, die sich langsam ausgebildet hatte, stellten die Auseinandersetzungen um das Alters- und Invaliditätsgesetz dar. Sachlich auseinanderliegende Meinungen hatte die Fraktion schon häufig überstanden. 1889 lag der Fall aber anders: Die Abgeordneten lebten schon zu lange mit den unterschiedlichen Gräben in der Fraktion, der greise Windthorst spann eine ernste Intrige gegen den Fraktionsvorsitzenden¹²⁹⁵ und Franckenstein hielt an der Notwendigkeit des Gesetzes und seiner föderalen Komponente fest und traf keine Vorkehrungen gegen Windthorsts Intrige, denn er hatte diese Illoyalität nicht erwartet und das Ausgreifen Windthorsts auf den bürgerlichen bayerischen Flügel in den vorangegangenen zwei Jahren zu wenig wahrgenommen oder zu wenig ernst genommen. Daher manifestierte sich beim Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz eine Trennlinie gemäß der „Parole ‚Hie Franckenstein‘“¹²⁹⁶, wie Pfetten es für sich definierte, eine Trennlinie mit einer geographischen und einer sozialen Komponente. Die bayerischen Bürgerlichen waren unter der Führung Orterers bei der Entscheidung 1889 fast ausnahmslos eingegliedert in die Restfraktion unter Führung Windthorsts – was eine markante Veränderung darstellte. Selbst die Fraktionseinheit stand kurz nach der Abstimmung zur Debatte,¹²⁹⁷ sie wurde aber trotz der bleibenden Distanz zwischen dem jahrelangen Führungsduo bis zu Franckensteins Tod im Januar 1890 gewahrt.¹²⁹⁸ Der Heimgang des großen Politikers der Fraktion und lange Jahre einenden Fraktionsführers markiert wohl nicht nur zeitlich den Beginn des politischen Sonderwegs der bürgerlichen Bayern unter Orterer und der Sonderstellung der Bayern innerhalb der Zentrumsfraktion. Dem Hannoveraner Windthorst, der vermutlich nicht nur den politischen Verhältnissen in Bayern,¹²⁹⁹ sondern auch den bayerischen Ansichten seiner Kollegen fern

¹²⁹⁴ Zu Windthorst Eifersucht auf Franckenstein siehe auch zahlreiche Hinweise bei Aretin sowie die abschließende Beurteilung derselben: Aretin, Franckenstein, S. 300 (abschließende Beurteilung).

¹²⁹⁵ Aretin verwendet ebenfalls die Bezeichnung „Intrige“ und gibt als ihre Ziele an, „Franckenstein nicht nur in der Fraktion, sondern auch politisch zu erledigen“: Aretin, Franckenstein, S. 301.

¹²⁹⁶ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 614, Brief Pfetten an Soden vom 30. Mai 1889.

¹²⁹⁷ Zu dem Gespräch zwischen Franckenstein und Windthorst: Aretin, Franckenstein, S. 277.

¹²⁹⁸ Als Franckenstein erkrankte, gab es eine der Fraktion bekannte politische oder politisch-taktische Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und Windthorst, der auf der Tagesordnung einer Fraktionssitzung stand: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 616, Brief Gagern an Soden vom 16. Januar 1890. Zur Distanz von Franckensteins Seite siehe auch: Aretin, Franckenstein, S. 301.

¹²⁹⁹ „die ganze Sache ist mir wieder ein Beweis, daß W. nicht die Spur von bay. Zuständen u. Verhältnissen hat.“ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 616, Brief Gagern an Soden vom 12. Mai (evtl. auch März) 1890. Selbst Hertling war dieser Meinung: BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 616, Brief Hertling an Soden vom 1. Juni 1890. Konrad Preysing beklagte über Jahre hinweg, dass Windthorsts Ahnungslosigkeit in

stand, entglitten 1890, drei Jahre nach der Umbenennung in Bayerische Zentrumspartei, die bürgerlichen Bayern anlässlich der Militärvorlage.

Resümee

Als erste bayerische Volkspartei formierte sich die Bayerische Patriotenpartei im Wahlkampf zum Zollparlament 1868. Die deutsche Frage spitzte sich zu diesem Zeitpunkt also in Richtung kleindeutsche Lösung zu. Auf diesem Gebiet fühlte sich die Mehrzahl der Bayern in der zweiten Hälfte der 1860er Jahre politisch genauso wenig repräsentiert wie in der kirchlichen Streitfrage und beim bestehenden sozioökonomischen Gegensatz. Doch die kleindeutsche Lösung kam in Form des 1871 gegründeten Deutschen Kaiserreiches und bestätigte binnen Kürze die ihr gegenüber gehegten Befürchtungen mit einer liberalen Politik, mit Bismarcks Kulturkampf und mit einem Nationsbild, das weder das der bayerisch-patriotischen Wähler noch Politiker war.

Dies sind Ausgangspunkt und Rahmen für die Untersuchung der deutschlandbezogenen politischen Arbeit der Bayerischen Patrioten- und Zentrumspartei bis 1889. Wie entwickelte sich diese Politik von 1868 bis 1889? Was waren die ausschlaggebenden Motive und Entscheidungskriterien derselben im Deutschen Kaiserreich? Welche Rolle spielten dabei die bayerischen Reservat- und Sonderrechte sowie der Kulturkampf? Und wirkten sie einer Konsolidierung des neu gegründeten Reiches mit ihrer Politik entgegen? Dies ist der eine Fragenkomplex, dessen Beantwortung Ziel dieser Studie ist. Der andere bezieht sich auf die einzelnen Akteure und die Bayern als Gruppe innerhalb der Zentrumsfraktion: auf ihren Anteil an der politischen Arbeit, das bayerische Führungspersonal sowie auf die Entwicklung der bayerischen Gruppe innerhalb der Reichstagsfraktion.

Die deutschlandbezogene Politik der Bayerischen Patriotenpartei, später Bayerischen Zentrumspartei, bis 1889 unterlag einer fünfphasigen Entwicklung. Das Bild, das sich zusammengenommen mit der richtungspolitischen Analyse des bayerischen Zentrumskontingents und der Haltung der Politiker gegenüber dem Reich sowie Bayern ergibt, ist folgendes:

In den Zollparlamentswahlen 1868 führte die Politisierung der bislang unpolitischen Schichten zur Niederlage des bayerischen Liberalismus und zum Sieg der neuen bayerisch-

Bezug auf die bayerischen Verhältnisse habe, beispielsweise im bekannten Germania-Streit 1886 und 1890 anlässlich des Katholikentages: StaLa, SchlossA Moos, Nr. 833 (Germania), Nr. 920 (Katholikentag).

patriotischen Partei. Die erste Phase ihrer Politik spielte sich in den einzigen drei Sessionen dieses ‚gesamtdeutschen‘ wirtschaftspolitischen Parlamentes bis 1870 ab. Die Einstellung der jungen Partei gegen ein preußisch dominiertes kleindeutsches Reich kam unmissverständlich zum Ausdruck: Die erste Phase kennzeichnete Obstruktionspolitik und der von den Liberalen mehrmals angeregte Ausbau des Zollparlamentes zu einem politischen Vollparlament misslang.

Mit den außenpolitischen Ereignissen des Sommers 1870 begann die zweite Phase in der Entwicklung der patriotischen Politik und Haltung gegenüber der deutschen Frage: Der bayerische Landtag, und in ihm die 1869 gewählte patriotische Mehrheit der Zweiten Kammer, musste zunächst über den Kriegseintritt auf preußischer Seite entscheiden, dann über die Versailler Verträge und den damit verbundenen Eintritt ins Deutsche Kaiserreich. Die patriotische Front, die in der Zweiten Kammer auch später vielfach brüchig war, bröckelte. Letztlich waren 40 % der patriotischen Abgeordneten unter den Bedingungen der Versailler Bündnisverträge zu einem Eintritt ins Reich bereit. In der Ersten Kammer stimmten drei Reichsräte gegen die Verträge, darunter ein Zollparlamentsabgeordneter und späterer Reichstagsabgeordneter sowie ein weiterer späterer Reichstagsabgeordneter der Partei. Der Unterschied zwischen den gespaltenen Parteikollegen lag in der Hoffnung auf Verbesserung der als Manko empfundenen Verfassungsbestimmungen auf der einen Seite und in der weitgehend richtigen Einschätzung der Tendenzen des künftigen Reiches auf der anderen Seite.

Trotz der Spaltung der patriotischen Fraktion und trotz der Niederlage für die Souveränität des bayerischen Staates kennzeichnete Pragmatismus die konkrete politische Arbeit der Bayerischen Patriotenpartei im Deutschen Kaiserreich – ein separatistischer Schritt zurück wurde von der jungen Partei nicht verlangt. Ins Auge fällt eine Parallele zu den innerbayerischen Verhältnissen: Mindestens in dem Maße, in dem die Patrioten in der Zweiten Kammer die bayerische Verfassung im Kampf um die Macht akzeptierten, betrachteten sie – wenn auch durch andere innere Einstellung begleitet – das Deutsche Reich als gegeben. Dies zeigt sich an den untersuchten prägenden Weichenstellungen, die zur Vereinheitlichung, zur Gestaltung und zum Auf- und Ausbau des Reiches in die Parlamente eingebracht wurden. Die Reichspolitik der Patriotenpartei untergliedert sich in eine kurze Eingewöhnungsphase in das Reich, eine lange mittlere Phase, die sich durch positive Mitarbeit am Reich auszeichnete, und eine Spätphase, bei der zur positiven Mitarbeit vereinzelt Kompromissbereitschaft in Bezug auf die bis dahin kompromisslos verfolgten Motive und Entscheidungskriterien hinzutrat:

In die dritte Phase ihrer Politik starteten die Patrioten mit ihrer ersten und einzigen Wahlniederlage: Von den 48 bayerischen Reichstagsmandaten errangen sie auf Grund einer kurzen Reichsbegeisterung der bayerischen Bevölkerung nur 18 Mandate; das war ein Verlust von zehn Sitzen gegenüber dem Zollparlament. Sicher traten 17 von den Gewählten, vermutlich aber alle 18, der sich neu gründenden Zentrumsfraktion des Reichstages bei, die insgesamt 63 Abgeordnete zählte. Auffällig ist die Zusammensetzung des bayerischen Kontingents im Vergleich zu den folgenden Legislaturperioden: Der prozentuale Anteil der Abgeordneten, die den extrem kirchlichen Flügeln angehörten und zudem eventuell zu einer stark oppositionellen oder auch reichsfeindlichen Haltung neigten, war in der ersten Legislaturperiode erheblich höher als in den folgenden Legislaturperioden. Zudem gehörten in der ersten Legislaturperiode kein Altliberaler und keiner der Abgeordneten den Bayern an, die sich bei der Entscheidung im Januar 1871 realpolitischer und kompromissbereiter gezeigt hatten. Nicht, dass die zunächst vier, dann drei extremen Abgeordneten die Grundhaltung der übrigen vierzehn, dann fünfzehn Patrioten bestimmten, aber ihre Stimmen waren für die Politik eben doch gewichtiger als in den darauf folgenden Legislaturperioden, zumal sich das Fraktionsleben erst einspielen und der Fraktionskurs erst gefunden werden musste. Die Eingewöhnungsphase umfasste auch gemäß der politischen Linie nur die erste Legislaturperiode. Sie lässt sich festmachen an dem Beharren aller patriotischen Abgeordneten auf dem bayerischen Eisenbahnreservat 1873, dem 1871/72 erfolgten Versuch, die Rechtseinheit zumindest zu bremsen, sowie den letztlich erfolgreichen – von der Forschung bislang gänzlich unbemerkt gebliebenen – Weigerungen der Patrioten, im Reichstag über Vorlagen abzustimmen, über die sie als Bayern laut den Versailler Verträgen nicht berechtigt waren abzustimmen. Weitere Schritte zur Vereinheitlichung über die Versailler Verträge hinaus, also ein noch enger gefasstes Reich, versuchten die Abgeordneten zu begrenzen – dies bedeutete aber auch, dass sie in ihrer Politik das Reich so akzeptierten, wie es in den Verträgen vereinbart worden war. Die Stellung aller bayerisch-patriotischen Abgeordneten zum Reich war zu dieser Zeit sehr verhalten; die Distanz war sehr groß. Auch ihre Auffassung vom Wesen des Reiches unterschied sich grundlegend von der in der Zeit populären liberalen Auffassung. Für die Feststellungen über die Haltung bedarf es nicht wie in der vierten und fünften Phase privater Briefe und Aufzeichnungen, denn die Aussagen der Patrioten im Reichstag zwischen 1871 und 1873 machen ihre Verhaftung in einer älteren Reichstradition deutlich.

Die vierte Phase von 1874 bis Mitte 1886 begann mit einem Wahlerfolg: 32 Patrioten schafften den Einzug in den Reichstag. In den darauf folgenden Legislaturperioden bis 1889

schwankte ihre Anzahl zwischen 31 und 33. Von den Extremen gehörte dieser erheblich vergrößerten Zahl nur mehr ein Abgeordneter an – dafür zogen beispielsweise drei Abgeordnete in den Reichstag ein, die 1871 in der Abgeordnetenversammlung für die Versailler Verträge gestimmt hatten.¹³⁰⁰ Politisch gesehen ging die Bayerische Patriotenpartei zur Phase positiver Mitarbeit 1874 mit dem Versuch der Aktivierung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten über.¹³⁰¹ Offenkundig war der Vorstoß föderalistisch geprägt – doch hatte der Föderalismus zwei Seiten: Einerseits beharrte man auf dem Einfluss des bayerischen Einzelstaates sowie der übrigen Einzelstaaten, andererseits sah man eine föderalistische Struktur für das Wohl des Deutschen Kaiserreiches und seiner Bürger als notwendig an. Auch die Zustimmung zu zwei der vier Gesetze, die das Rechtswesen vereinheitlichten, im Jahre 1876 gehört in diese Periode. Eine Umsetzung von positiver Mitarbeit im Sinne von prägendem Einfluss war den Patrioten in Verbindung mit dem Reichszentrum zuverlässig erst möglich, nachdem die Wahlen 1878 der Zentrumsfraktion eine Schlüsselposition im Reichstag eingebracht hatten und Bismarck zur Zusammenarbeit bereit war.¹³⁰² Die mittlere Phase der Politik im Reichstag wurde ab diesem Zeitpunkt geprägt von offensichtlichen Erfolgen: den Wirtschafts- und Finanzgesetzen mit der Franckensteinschen Klausel 1879 sowie der mit Bismarck und dem Reichszentrum vorangetriebenen Sozialpolitik der achtziger Jahre. Bestimmend für die politischen Entscheidungen waren in dieser Zeit allerdings sehr wohl gleich bleibende Entscheidungskriterien und Handlungsmotive. Dies lässt sich an der Ablehnung des Stellvertretergesetzes, der Staatsmonopole, der Militärvorlagen und einer Sozialversicherungspolitik, die Unitarismus und Staatsomnipotenz förderte, ablesen. Die Entwicklung der Reichspolitik der Bayerischen Patriotenpartei im Reichstag erweist sich als Einfinden der Abgeordneten in die bestehende Einheit des Deutschen Reiches. Dass die Distanz zum Reich zurückging, war das, was sich an der Haltung der bayerisch-patriotischen Politiker hauptsächlich änderte. Und dies alles, obwohl es den Politikern zum Mindesten in den ersten drei Legislaturperioden nicht leicht gemacht wurde durch die Abstempelung als Reichsfeinde, durch den Kulturkampf, durch die Isolierung im Reichstag – auch wenn letztere

¹³⁰⁰ Miller, Senestrey, Weiß.

¹³⁰¹ Diesen Vorstoß unternahm die Partei nach der Wahl 1875 ebenfalls in der Zweiten Kammer des Landtages.

¹³⁰² Nipperdeys These, nach der das Zentrum durch seine Unterstützung der Schutzzölle „zum ersten Mal eine positive Entscheidung mitrug und -bestimmte“, ist nur in einem Teil zu folgen: Mitbestimmte, im Sinne von einem entscheidenden Gewicht bei der Abstimmung, ja, aber mitgetragen hatten die Patrioten wie der Rest der Zentrumsfraktion bis zu den Schutzzöllen bereits zahlreiche positive Entscheidungen; ja sogar erfolgreich Impulse gegeben wie bei der Durchsetzung des Standortes Leipzig für das Reichsgericht 1877, bei dessen Verhandlungen Franckenstein die Fraktion ohne Windthorst zu führen hatte. Zitat: Nipperdey, Deutsche Geschichte II, S. 349. Zum Reichsgericht: Windthorst, Briefe II, S. 881-890 Nr. 15-24.

von der Forschung bislang zu plakativ, teils sogar unrichtig gezeichnet wurde, denn sie bezog sich auch, aber weniger, auf die offiziellen Organe des Reichstages, sondern mehr auf die Teilhabe an der Macht durch inoffizielle Absprachen und den von den Mandatsträger als bitter empfundenen Umgang mit ihnen.

Die Phase der positiven Mitarbeit ging zur Zeit der Umbenennung von Bayerischer Patriotenpartei zu Bayerischer Zentrumsparlei in eine Phase von positiver Mitarbeit verbunden mit – anders als zuvor – Kompromissbereitschaft über, wobei sich die Kompromissbereitschaft auf die bisher unnachgiebig verfochtenen Entscheidungskriterien bezog. Erhebliche Kompromissbereitschaft bewies der Entschluss 1886/87 zum Triennat, da von den Gründen, die nach Ansicht der Patriotenpartei immer gegen die Annahme gesprochen hatten, keiner ausgeräumt war – nur lähmte eine Bewilligung der Gelder auf drei Jahre das Budgetrecht nicht wie von Bismarck gewünscht für sieben Jahre, sondern eben nur für drei. Kompromissbereitschaft zeigte die Minorität der bayerischen Zentrumsleute auch beim Branntweinreservat 1887 sowie beim Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz 1889. Diese letzte Phase der Reichspolitik – sowohl im Reichstag als auch im Landtag – weist auf eine voranschreitende Verwurzelung im Reich hin; Vertrauen ins Reich war bei manchem der Volksvertreter gewachsen. Dennoch darf nicht eins zu eins von der Politik auf die Einstellung geschlossen werden: Eine Distanz zum Reich bestand nach wie vor, sie hatte sich nur abgeschwächt. Damit korrespondierten die Konstanten in ihrer Einstellung: Erstens änderte sich die Vorstellung davon, was reichsfeindlich sei, nicht. Zweitens war der Begriff des nationalen Gedankens auch in den achtziger Jahren nicht positiv belegt. Preußen an sich wurde, drittens, meist negativ erwähnt und die Haltung Bismarck gegenüber schwankte bei den einzelnen Politikern wie zwischen denselben. Viertens blieb die Einstellung der Vertreter der ersten bayerischen Massenpartei gegenüber Bayern als geliebtem Heimatland beständig – ihr Wunsch zu einer starken Stellung Bayerns im Reich, der sich nach dem Bruch der Reichsgründung gebildet hatte, erfuhr ebenfalls keine Veränderung. In einer schwachen Stunde formulierte Konrad Graf Preysing in einem Privatbrief denn auch: „Innerhalb des Rahmens der Verfassung stehe ich zum Kaiser – zwischen zwei Stühlen, das geht nicht. [...] Bayerns Untergang will ich nicht überleben.“¹³⁰³

Angemerkt sei, dass es sich bei der großen politischen Linie mit drei Phasen im Bismarckreich auch um die Linie der gesamten Reichstagsfraktion handelte, da das Zentrum bei all den genannten Entscheidungen gemeinsam handelte oder das – nur in zwei Fällen – gespaltene Votum keine oder nicht nur eine bayerische Komponente aufwies. Auch die

¹³⁰³ Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1887-1890 – vornehmlich Graf Konrad Preysing, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 27. September 1888.

dezidiert bayerisch-patriotischen Aktivitäten und auch Motive trug der Rest der Fraktion mit. Gerade diese bedingen es allerdings, dass die zeitliche Abgrenzung der Phasen auf andere einzelstaatliche Gruppen nicht einfach übertragen werden kann. Das Untersuchungsergebnis von drei Phasen kann in seinem politischen Teil also durchaus als Ergebnis für die Zentrumsfraktion des Reichstages Geltung beanspruchen, nur wurde bei Analyse und Darstellung der Blick auf die bayerischen Abgeordneten gerichtet.

Für die Jahre zwischen 1871 und 1889 kristallisieren sich kontinuierlich angewandte Entscheidungskriterien und Handlungsmotive im Reichstag heraus, die mit denen der patriotischen Fraktion in der Kammer der Abgeordneten korrespondieren:

Als *Conditio sine qua non* der patriotischen Politik gegenüber dem Reich stellt sich Föderalismus heraus. Dieser Föderalismus der Patrioten traf sich mit Windthorst; jedoch stellte Föderalismus für viele andere Fraktionskollegen keine *Conditio sine qua non* dar. Dabei ging es den Abgeordneten nicht nur um Bayern, sondern Föderalismus wurde mehr und mehr auch als Lebensquell des Kaiserreiches betrachtet. Der Status quo der Reichsverfassung von 1871 in Bezug auf das Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten war lange Zeit nicht verhandelbar – 1873 so sehr, dass sich die Patrioten für das Prestige des bayerischen Eisenbahnreservates und gegen die Abschaffung des für Bevölkerung und Wirtschaft hinderlichen Tarif- und Fahrplanwirrwarrs entschieden. Aber in Bezug auf die Erhaltung der bayerischen Reservat- und Sonderrechte stellte sich eine Entwicklung ein: Zwar lehnte ein Teil der bayerischen Zentrumsmitglieder 1887 das Branntweinsteuergesetz ab, aber nur das Branntweinreservat gewährleistete den Schutz der bayerischen Branntweinwirtschaft auf Dauer: In diesem Fall handelte es sich folglich um sinnvolle Wirtschaftspolitik für den eigenen Einzelstaat aber auch für das Reich als Ganzes. Die insgesamt große Anzahl von bayerischen Zentrumsabgeordneten in Reichs- und Landtag, die für das Branntweinsteuergesetz stimmten und damit das besondere Hoheitsrecht zugunsten einer Vereinheitlichung fallen ließen, legten den Schutz der bayerischen Branntweinwirtschaft und damit vieler kleiner Existenzen in die Hände des Reiches.

Angesichts dieser Entwicklung, noch mehr aber angesichts des kleinen Ausschnittes, den die von den Reservat- und Sonderrechten betroffenen Materien in der Reichspolitik ausmachten, zudem angesichts anderer bedeutender Handlungsmotive, wurde ihre Bedeutung für die Politik der Bayerischen Patrioten- und Zentrumspartei bis 1889 überschätzt.¹³⁰⁴

¹³⁰⁴ Mit Bezugnahme nur auf den Landtag und die Presse: Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, S. 328. Eine Ausnahme in Bezug auf das stete isolierte Herausgreifen und Betonen des patriotischen Beharrens auf Reservat- und Sonderrechten stellt Körner dar, so zum Beispiel: Körner, Staat und Geschichte, S. 319.

Wesentlich bedeutender für Konsolidierung und Ausgestaltung des Reiches war das von der Forschung bislang übersehene Handlungsmotiv der positiven Mitarbeit am Reich. Die Bayerische Patriotenpartei beziehungsweise Bayerische Zentrumsparlei war keine politische Kraft, die an einem Auseinanderbrechen des Reiches arbeitete, sie arbeitete vielmehr an einer inneren Gestaltung des Reiches gemäß ihren politischen Überzeugungen mit, sei es durch erfolgreich abgeschlossene Gesetzgebungsverfahren oder durch Opposition. Die positive Mitarbeit erstreckte sich auf die prägenden ab 1871 für das Reich vorgenommenen Weichenstellungen, auf die Bewilligung von für das Reich oder seine Leitung Notwendigem sowie auf den konkret arbeitenden Parlamentarismus: Bereits in der Eingewöhnungsphase arbeiteten die Patrioten erfolgreich an Details selbst der von ihnen abgelehnten Gesetze mit und sie gewährleisteten durch ihre Mitarbeit, auch im Präsidium des Reichstages oder der Geschäftsordnungskommission, die Funktionsfähigkeit von Parlament und Parlamentarismus. Folglich wirkten die bayerischen Patrioten am Aufbau des Deutschen Kaiserreiches mit.¹³⁰⁵

Weitere kontinuierlich angewandte Handlungsmotive und Entscheidungskriterien waren die Verteidigung der Rechte des Parlamentes, die Verhinderung eines Ausbaus der Reichsregierung und eines Machtzuwachses für das Reichskanzleramt, die Verhinderung von Staatsmonopolen, die Vertretung ihrer Wählerinteressen und die Begrenzung von Militarismus.

Welche Rolle spielte nun der Kulturkampf, der von politischen Gegnern der Patrioten und der Zentrumsfraktion sowie von Historikern gerne als Grund für die politische Linie wie für Ablehnungen oder gar Zustimmungen zu Gesetzen gesehen wurde und wird? Bei den Untersuchungsgegenständen, die nach den eingangs gestellten Fragen ausgewählt wurden und somit Entscheidungen über staatstragende Politikfelder oder Verfassungsänderungen darstellten, tritt der Kulturkampf als Handlungsmotiv kaum in Erscheinung.¹³⁰⁶ Lediglich über drei Entscheidungen zur Rechtseinheit fällt der Kulturkampf das Urteil, da Teile dieser Gesetzesvorlagen zu den Kulturkampfgesetzen gerechnet werden müssen: Zur Hemmung des Kulturkampfes beziehungsweise als Zeichen dafür, dass sie mit der Mehrheit des Reichstages nicht d'accord gingen, lehnten die Patrioten und das Restzentrum die Übertragung der Kompetenz für das bürgerliche Recht auf das Reich in der ersten Legislaturperiode ab. Ebenso zwei der vier vereinheitlichenden Reichsjustizgesetze 1876. Der Kulturkampf

Angemerkt sei, dass für die innerbayerische Politik der Patriotenpartei bereits ein Gestaltungspotential erkannt wurde, das aber auf Grund ihrer Oppositionsrolle nicht zum Tragen kommen konnte.

¹³⁰⁵ Dagegen: Braun, Reichsverhältnis, S. 96.

¹³⁰⁶ Für die Finanz- und Schutzzölle mit Franckensteinscher Klausel belegt ein neuer Quellenfund, dass die positive Haltung unabhängig von päpstlichen Wünschen vorhanden war: Ullstadt, FamA Franckenstein, Politische Korrespondenz 1879-1880, Brief Konrad Preysing an Franckenstein vom 12. Januar 1879.

vernebelt in diesen Fällen die Sicht darauf, wie die Patrioten diesen drei Reichsgesetzen gegenübergestanden hätten, wenn nicht Teile der Gesetze Kulturkampfgesetze gewesen wären. Anders gelagert war der Fall bei der zweiten Entscheidung über das Septennat 1887, denn die katholischen Politiker entschieden sich fast ausnahmslos nicht für ein „Nein“ oder ein „Ja“, sondern für Stimmenthaltung. Zudem verursachte nicht der Inhalt des Gesetzes die Enthaltung, sondern der von Bismarck veröffentlichte Wille des Papstes, der daraus entstandene öffentliche Druck sowie der Versuch, die Zentrumsfraktion zusammenzuhalten. Diese Übersicht führt vor Augen, dass der Kulturkampf auf Reichsebene nicht die Reichspolitik der Bayerischen Patriotenpartei als ausschlaggebendes Kriterium mitbestimmte, sondern auf einem unteren Rang rangiert – entscheidend für das Gros der Initiativen und Beschlüsse zu für das Reich wichtigen Weichenstellungen waren die anderen zu Tage getretenen, rein politisch-sachlichen Motive ihres Handelns.¹³⁰⁷ Der Föderalismus der Bayern als *Conditio sine qua non* war vom Kulturkampf unabhängig.¹³⁰⁸

Das Motiv der positiven Mitarbeit begründete es, dass die bayerischen Patrioten am Aufbau des Deutschen Kaiserreiches und somit an seiner Konsolidierung mitwirkten. Um die Politik der Bayerischen Patrioten- und Zentrumsparlei – nicht wie bislang an überkommenen Richtwerten aus der Bismarckzeit, sondern – im Kontext ihrer Zeit beurteilen zu können, wurde stetig der Vergleich zu den politischen Intentionen und Entscheidungen der anderen maßgeblichen Kräfte gesucht. Diese Synopse zeigt, dass von einem gemeinsamen Wollen bei der deutschen Frage und der Gestaltung des Reiches nicht gesprochen werden kann. Die negative oder positive Stellung der Bayerischen Patriotenpartei zu einem Gesetz teilten maßgebliche politische Kräfte häufig, wenn auch zum Teil aus anderen Gründen. Damit standen auch sie auf Grund ihrer Überzeugung und ihrer eigenen Interessen Bismarcks Plänen, die lange als Messlatte galten, im Wege oder beförderten Unitarisierung und Zentralisierung des Reiches nicht, obwohl diese dem Zeitgeist entsprachen. Objektiv betrachtet, wird selbst für die Nationalliberalen, aber auch für andere Parteien und insbesondere die einzelstaatlichen Regierungen offenkundig, dass sie häufig nicht bereit

¹³⁰⁷ Körner, Staat und Geschichte, S. 320, lässt die Frage nach dem „Wechsel- und Abhängigkeitsverhältnis“ zwischen der „Opposition gegen den Reichsunitarismus“ und dem „Kampf gegen die Bedrohungen des Kulturkampfes“ bewusst offen. Diese Frage ist nunmehr geklärt, indem sich der Kulturkampf als Grund gegen den Reichsunitarismus nur bei Kulturkampfgesetzen herausstellte.

¹³⁰⁸ Die Handlungsmotive und Entscheidungskriterien, die nicht als spezifisch bayerisch gekennzeichnet sind, stellen ebenfalls ein Forschungsergebnis für die Politik der gesamten Zentrumsfraktion dar. Inwieweit Einzelmeinungen bei den Nicht-Bayern hinter oder sogar vor den Kulissen abwichen, war allerdings im Rahmen dieser Untersuchung sowie ihres darstellenden Teiles nur insoweit von Interesse, als sie als Vergleichsobjekt dienen konnten oder – wie bei maßgeblichen Abgeordneten – für die Entscheidungsfindung innerhalb der Gesamtfraktion wichtig waren.

waren, eigene Interessen zugunsten des Reichsgedankens zurückzustellen. Auf diese Art in den Kontext ihrer Zeit gestellt, erweist sich die konkrete politische Arbeit der Patrioten noch viel mehr als das übliche Ringen einer politischen Kraft um eine Gestaltung gemäß ihrer politischen Grundsätze.

Ein weiterer Vergleich sei erlaubt: Beförderte Bismarck mit dem Kulturkampf die Konsolidierung des Reiches oder wirkte er dieser vielmehr mit seinem innenpolitischen Präventivkrieg – bewusst oder unbewusst – entgegen? Letzteres war der Fall, denn der Reichskanzler vertiefte mit seinem Vorgehen einen der bestehenden Gräben in der Gesellschaft des Kaiserreiches erheblich und erschwerte einem Teil der Bevölkerung durch die Deklaration als Reichsfeind eine Identifikation mit dem Reich. Bismarcks Leistungen für das Deutsche Kaiserreich sind unbestritten, aber er trennte in den ersten Jahren seiner Kanzlerschaft viel mehr, als eine Vereinheitlichung, verzögerte Vereinheitlichung oder Nicht-Vereinheitlichung durch Gesetze es konnten. Auch daran gemessen ist die – wenn auch auf Grund ihrer Distanz zum Reich erstaunliche – Mitarbeit und Konsolidierungsarbeit der bayerischen Patrioten respektive Zentrumsmitglieder positiv einzuschätzen.

Diese Mitarbeit vollzog sich in Zusammenarbeit mit den nicht-bayerischen zwei Dritteln der Zentrumsfraktion.¹³⁰⁹ Dabei stellt sich der Anteil der – von der Zentrumsforschung fast gänzlich übersehenen und somit kaum erforschten – bayerischen Zentrumsmitglieder an der konkreten politischen Arbeit der Zentrumsfraktion als ihrem Mandatsanteil entsprechend heraus. Dies gilt auch für ihre Bedeutung innerhalb der Fraktion. Erheblich ergänzt werden um ein bayerisches Kontingent muss die Liste der Abgeordneten, die zum engen Führungszirkel oder zum inneren Kreis der Zentrumsfraktion gehörten. Bislang ist diese Liste gemäß der Forschungsschwerpunkte preußenzentriert, Windthorst-zentriert sowie zeitlich unausgewogen. Aus den bayerischen Reihen gehörten den innerhalb der Zentrumsfraktion hervorgehobenen Abgeordneten an: Dr. Andreas Freytag, Dr. h. c. Thomas (Ritter von) Hauck, Dr. Max Theodor Mayer, Dr. Joseph Edmund Jörg, Karl Freiherr von Ow, (Peter) Karl Freiherr von Aretin, Konrad Graf von Preysing, Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein, Maximilian Maria Freiherr von Soden-Fraunhofen, Sigmund Freiherr von Pfetten, Friedrich Balduin Freiherr von Gagern, Joseph Egid Geiger, Dr. Georg (Ritter von) Orterer, Friedrich Karl Graf von Schönborn-Wiesentheid und gegen Ende des Untersuchungszeitraumes dieser Arbeit Magnus Anton Reindl und (Karl) Josef Senestrey.

¹³⁰⁹ Nur ein Patriot, Schäffler, trat der Zentrumsfraktion nicht bei. Bei einem weiteren, Sazenhofen, ist die Zugehörigkeit nicht klärbar.

Franckenstein ragte in seiner Bedeutung aus dem Kreis sowohl seiner bayerischen als auch seiner übrigen Fraktionskollegen heraus. Er hatte nicht nur ab 1874 den Fraktionsvorsitz inne, sondern die Zeitgenossen nahmen ihn zu Recht auch als den einen Teil einer Doppelspitze wahr: „Bei keinem Anlaß ist bisher der zwischen den beiden Führern der Partei, Fran[c]kenstein und Windthorst, seit Jahren bestehende Antagonismus so sehr nach außen hervorgetreten wie diesmal.“¹³¹⁰ Darüber hinaus ist die Leistung und Bedeutung des langjährigen Reichstagsvizepräsidenten als Politiker auf innerdeutscher Ebene, die auch an den untersuchten, das Reich prägenden Weichenstellungen klar hervortritt, hoch anzusetzen.¹³¹¹ In Bezug auf die Entscheidungskriterien und Handlungsmotive, die Patrioten und Restzentrum im Reichstag verbanden, waren Franckenstein und der Kreis um ihn schon früher, im Gegensatz zu anderen Teilen der Fraktion nämlich bereits 1881, vorsichtig kompromissbereit. Es drängt sich die Vermutung und offene Forschungsfrage auf, dass das System Bismarck für Windthorst und seinen Anhang eine andere Bedeutung hatte als für Franckenstein, Aretin und andere bayerische Führungspersönlichkeiten.

Die Gruppe der Bayern unterlag in ihrem Verhältnis zur Zentrumsfraktion in der Zeit von 1871 bis 1889 einem bedeutenden Wandel. Bei Eintritt in die Fraktion 1871 brachte ein Teil der Patrioten sein Vertrauen der Zentrumsfraktion nur „versuchsweise entgegen“¹³¹², der andere Teil mit Überzeugung. Trotz der Vorbehalte gegen das Reich und die gemeinsame Fraktion schafften es die frühen bayerischen Führungspersönlichkeiten, das bayerische Kontingent in die Zentrumsfraktion hineinzuführen. Das lange Zeit gut befreundete Führungsduo Franckenstein und Windthorst, das sich Mitte der siebziger Jahre aus der „noch nicht verfestigten Führungsgruppe“¹³¹³ heraus etabliert hatte, führte die Fraktion sicher durch zahlreiche Stürme. In den achtziger Jahren entwickelte sich langsam aber stetig ein Graben in der Zentrumsfraktion, der unabhängig von der einzelstaatlichen Herkunft war: der Gegensatz zwischen adeligen und bürgerlichen Fraktionskollegen. Dabei darf diese sich entwickelnde Trennlinie, wie auch die Abstimmung über das Alters- und Invaliditätsgesetz erweist, nicht als glatte soziale Grenze angesehen werden. Ein Indiz für den sich in den achtziger Jahren ausbildenden Gegensatz stellt auch die beschriebene rein adelige Arbeitsgruppe der Bayern

¹³¹⁰ BayHStA, MA Nr. 77461, Bericht des bayerischen Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim vom 6. April 1889; zitiert nach: Haerendel, Quellensammlung, S. 636. Dieser Quellenbeleg stellt ein schlagendes Argument gegen die These Andersons und für die Sicht Aretins auf Franckensteins Position innerhalb der Fraktion dar. Anderson, Windthorst, bes. S. 245 und S. 382. Aretin, Franckenstein.

¹³¹¹ Aretin, Franckenstein, S. 299, ist zu folgen, wenn er formuliert: „Windthorst war von beiden der bedeutendere Parlamentarier. [...] Franckenstein war sicherlich der bedeutendere Politiker.“

¹³¹² Anderson, Windthorst, S. 197.

¹³¹³ Diese treffende Umschreibung bei: Mittmann, Fraktion und Partei, S. 279.

Soden, Pfetten, Gagern und nachgeordnet Gise dar. Der adelig-bürgerliche Gegensatz sowie persönliche Gräben und das gezielte Ausgreifen Windthorsts auf den bürgerlichen bayerischen Flügel seit 1887, das an den Kalendernotizen der jungen bayerischen Führungskraft Orterer nachvollziehbar ist und Franckenstein einen großen Teil seiner bayerischen Hausmacht kostete, manifestierten sich beim Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz in einer Trennlinie gemäß der „Parole ‚Hie Franckenstein‘“¹³¹⁴, wie Pfetten es für sich definierte, eine Trennlinie mit einer geographischen und einer sozialen Komponente. Die bayerischen Bürgerlichen waren unter der Führung Orterers bei der Entscheidung 1889 fast ausnahmslos eingegliedert in die Restfraktion unter Führung Windthorsts – was eine markante Veränderung darstellte. Dem Hannoveraner Windthorst entglitten nach Franckensteins Tod jedoch die bürgerlichen Bayern anlässlich der Militärvorlage 1890, also drei Jahre nach der mehr für die Landtagsfraktion gemachten anlehrenden Umbenennung in Bayerische Zentrumsparlei. Diese Entwicklung bis einschließlich 1889, insbesondere auch der von Windthorst gut vorbereitete Schritt Orterers bei der Abstimmung über das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz, stellt sich damit als eine Ursache für die gesonderte Stellung der Bayern in der Zentrumsfraktion ab 1890 heraus, die zu den bislang bekannten Gründen hinzutritt.¹³¹⁵

Die eingangs gestellten zentralen Fragen zur Reichspolitik der Bayerischen Patriotenparlei und Bayerischen Zentrumsparlei bis 1889 sowie zur Binnengliederung der Zentrumsfraktion des Reichstages aus bayerischer Sicht können nun also beantwortet werden. Das bisherige Bild der Forschung wurde differenziert und vertieft, berichtigt oder empirisch untermauert – und bietet so die Basis für weitere Studien: Bis auf Franckenstein harren alle bayerischen Führungspersönlichkeiten einer ausführlichen biographischen Würdigung, fast ausnahmslos sogar jeder wissenschaftlichen Kurzwürdigung. Die mit Eckpfeilern skizzierte und punktuell tiefergehende Analyse der Zusammenarbeit zwischen den bayerisch-patriotischen Landtagsabgeordneten und den Reichstagsabgeordneten sowie die kaum ins Auge gefasste Zusammenarbeit von bayerischen Reichsräten und Abgeordneten für Landtagsentscheidungen lassen sich tiefergehend erforschen und mit mehr Politikernamen versehen. Interessant wäre es auch, den Föderalismus der Nicht-Bayern der Zentrumsfraktion genauer zu erforschen und damit das Gewicht der Bayern und Windthorsts für diese Linie der Fraktion noch deutlicher

¹³¹⁴ BayHStA, FamA Soden-Fraunhofen, vorl. Nr. 614, Brief Pfetten an Soden vom 30. Mai 1889.

¹³¹⁵ Siehe zu diesen Ursachen: Albrecht in: Spindler, bayerische Geschichte IV/1, S. 342-344. Eine Trennlinie, auch bei Abstimmungen, zwischen den bayerischen Bürgerlichen und dem bayerischen Zentrumsadel blieb.

fassen zu können.¹³¹⁶ Auf der anderen Seite ist die Bedeutung der Bayern für den Minderheitenschutz, der für die Zentrumsfraktion immer hervorgehoben wird, noch nicht untersucht. Ausgehend von dem Ergebnis, dass die Kommissionsbesetzung – anders als in der Forschung bislang angenommen – in der Mitte des Untersuchungszeitraumes demokratisch erfolgte oder erfolgen konnte, und zwar in ihrer Besetzung auch entgegen dem Wunsch der Fraktionsführung, sollte die These der Forschung, wonach die Führungsriege alle wichtigen Entscheidungen traf, überprüft und spezifiziert werden.¹³¹⁷ Darüber hinaus bietet diese Arbeit auch methodische Impulse für Biographien zu Reichstagsabgeordneten sowie für die Erforschung der Binnenstrukturen von Fraktionen durch ihren gezielten quantitativen wie qualitativen Zugriff auf die Parlamentsakten einschließlich ihrer Register sowie auf die lange vernachlässigten, zum großen Teil noch unedierte Kommissionsakten des Reichstages.

„Hie Bayern, hie Preußen“¹³¹⁸? Ja und Nein. Die Entwicklungslinie der bayerisch-patriotischen Politik, das Handlungsmotiv der positiven Mitarbeit und die erfolgreichen wie nicht erfolgreichen Gestaltungsversuche im Deutschen Kaiserreich sprechen für eine Integration der bayerisch-patriotischen Abgeordneten in das Reich, dessen Schaffung durch preußische Machtpolitik sie abgelehnt hatten. Auch die Integration in die Zentrumsfraktion des Reichstages und die Umbenennung der Bayerischen Patriotenpartei 1887 zeigen, wie weit sich die ursprünglichen Patrioten dem Reich zu dieser Zeit angenähert hatten. Anlässlich der Umbenennung sprach die Presse ganz selbstverständlich davon, dass man „ein weiteres Band um die Katholiken des ganzen [!] Reiches geschlungen“¹³¹⁹ habe. Doch das Einfinden in das Reich und in die gesamtdeutsche Fraktion hatte Grenzen und diese Grenzen zogen die Grundhaltung der Abgeordneten gegenüber dem Reich, nämlich Distanz, und die Grundhaltung gegenüber Bayern: Liebe und Heimatgefühl.

¹³¹⁶ Laut der These von Dorothea Steffen wurde der Föderalismus im Laufe der Jahre „mit über die Verfassung hinausgehenden Fragen verknüpft und zunehmend zu einem zentralen Begriff der Identität des politischen Katholizismus“. Steffen, *Bürgerliches Recht*, S. 90.

¹³¹⁷ Anderson, Windthorst, S. 141 und 243.

¹³¹⁸ AP 34 vom 8.2.1868, 259.

¹³¹⁹ BK 284 vom 13.10.1886. Vgl. Hartmannsgruber, *Patriotenpartei*, S. 339.

ANHANG

Liste der Reichstagsabgeordneten der Bayerischen Patriotenpartei, ab 1887 Bayerischen Zentrumspartei, von 1871 bis zum Ende der siebten Legislaturperiode 1890

Die folgende Aufstellung erfasst alle Reichstagsabgeordneten der Bayerischen Patriotenpartei, ab 1887 Bayerischen Zentrumspartei, von 1871 bis zum Ende der siebten Legislaturperiode 1890. Die Angaben zu den Abgeordneten beruhen fast ausschließlich auf Haunfelder, Reichstagsabgeordnete. Vereinzelt sind die Datumsangaben der Mandate den *Stenographischen Berichten über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages* entnommen. Die Mandatszeiten werden in Jahreszahlen erfasst, wenn der Abgeordnete mit der regulären Wahl gewählt wurde beziehungsweise zum Ablauf der Legislaturperiode ausschied. Bei Nachwahl oder Mandatsniederlegungen (N), Ausscheiden durch Beförderung oder Tod werden Tag, Monat und Jahr angegeben.

Abt, Friedrich August (1811–1882): MdR: 20. Mai 1880 (für Krätzer) – 1. Mai 1882 (Tod) WK Passau. MdL: 13. Juli 1880 (für Krätzer) – 1881.
Appellationsgerichtsrat in Passau; 1879–1881 Oberlandesgerichtsrat in München; 1872–1878 Kommissar bei der Staatsprüfung der Staatsdienstaspiranten in Landshut; ab 1881 Ruhestand.

Aichbichler, Joseph (1845–1912): MdR: 1884–1890 WK Wasserburg, 1890–1907 WK Ingolstadt. MdL: 1881–1912.
1897–1907 Mitglied im Vorstand der Reichstagsfraktion; 1883–1911 Mitglied im Vorstand der Landtagsfraktion
Brauereibesitzer und Ökonom in Wolnzach; Ökonomierat; Mitglied des bayer. Landwirtschaftsrates; 1883–1897 ebd. Direktoriumsmitglied; 1889–1907 Bürgermeister von Wolnzach.

Aretin, Karl Peter Frhr. von (1814–1887): MdR: 1871 – 24. April 1887 (Tod) WK Ingolstadt. 1871–1887 Mitglied im Vorstand der Reichstagsfraktion; 1845 – 24. April 1887 Reichsrat (auf Lebenszeit).
Gutsbesitzer auf Haidenburg/Ndb.; Kgl. bayer. Kämmerer.

Aretin-Illertissen, Ludwig Frhr. von (1845–1884): MdR: 1874 – 4. Oktober 1880 (N wegen Krankheit).
Gutsbesitzer auf Haidenburg/Ndb.; Kavallerieoffizier.

Bauch, Georg (1820–1886): MdR: 1874–1877 WK Schweinfurt.
Privatier in Würzburg; ab 1868 Stellv. Vorsitzender des Patriotischen Vereins in Würzburg; ebd. Stadtverordneter.

Biehl, Georg (1845–1895): MdR: 1884–1893 WK Augsburg. MdL: 1881–1893.
Bildhauer und Stukkateur in München; Kgl. bayer. Hofstukkateur; ab 1882 Magistrat in München.

Brückl, Johann Evangelist (1812–1882): MdR: 1874–1881 WK Regensburg. MdL: 1866 – 5. März 1882 (Tod).
Brauereibesitzer in Mintraching.

Burger, Franz (1836–1920): MdR: 1884–1890 und 1893–1898 WK Schweinfurt. MdL: Mai 1869–1918.
1886 „Zwölf-Männer-Ausschuß“ des bayer. Landtages zur Begutachtung der Entmündigung König Ludwig II. von Bayern; 1882–1918 Mitglied im Vorstand der Landtagsfraktion.
Ökonom; 1876–1905 Bürgermeister in Zeil bei Schweinfurt; 1912 Ökonomierat; 1893 Mitbegründer des unterfränkischen Christl. Bauernvereins in Würzburg, 1893–1920 dort Vorsitzender.

Buxbaum, Engelbert (1831–1911): MdR: 1884–1890 WK Kaufbeuren. MdL: 1887–1893.
Fabrikant in Augsburg, Sonthofen und Wels (Oö.); führende Rolle im kath. Casino Augsburg.

Datzl, Michael (1821–1898): MdR: 1874–1881 WK Neunburg v. W. MdL: 1875–1881.
1867–1898 Bürgermeister und Brauereibesitzer in Furth i. W.; ebd. Magistratsmitglied; Privatier.

Deuringer, Michael (1828–1908): MdR: 1887–1890 WK Dillingen, 1893–1898 WK Augsburg. MdL: 1875–1899.
1893–1899 Mitglied im Vorstand der Landtagsfraktion.
Landwirt und Bürgermeister in Gersthofen.

Diendorfer, Johann Evangelist, Dr. (1833–1909): MdR: 20. Juli 1882 (für Abt) – 1890 WK Passau. MdL: 19. Februar 1872 (für Wolf) – 1881.
Priester und Kgl. Lycealprofessor für Kirchenrecht; 1888–1904 ebd. Rektor; 1894 Bischöfl. Geistl. Rat.

Fichtner, Gregor (1828–1901): MdR: 1878–1884 WK Rosenheim.
Papierfabrikant, Ökonom und Sägemühlenbesitzer in Gmund, später Privatier in München.

Franckenstein, Georg Arbogast Frhr. von und zu (1825–1890): MdR: 24. Mai 1872 (für Löwenstein) – 22. Januar 1890 (Tod) WK Lohr.
24. Mai 1879 – 3. März 1887 I. Reichstagsvizepräsident; 1874 Stellvertr. Vorsitzender der Reichstagsfraktion; Februar 1875 – 22. Januar 1890 Vorsitzender der Reichstagsfraktion; 11. September 1881 – 22. Januar 1847 – 22. Januar 1890 Reichsrat (erblich); 1881–1890 Präsident des Reichsrates.
Gutsbesitzer auf Ullstadt/Mfr.; Kgl. bayerischer Kämmerer; 1879–1890 Großkanzler des bayer. Hausordens vom hl. Georg; 1872 Präsident des Dt. Katholikentages in Breslau.

Frank, Friedrich, Dr. (1832–1904): MdR: 1877–1878 WK Kronach. MdL: 1875–1899.
Dr. theol.; Pfarrer in Wiesen/Ufr.

Freyberg, Rudolf Frhr. von (1817–1887): MdR: 27. November 1883 (für v. Sigmund) – 1887 WK Dillingen. MdL: 1869 – 30. Januar 1871 (N).
Gutsbesitzer auf Haldenwang/Schw.; 1868 schwäbischer Landrat; bis 1872 Direktoriumsvorsitzender der (landwirtschaftl.) Zentralversuchsstation in München.

Freytag, Andreas, Dr. (1818–1905): MdR: 1871–1874 WK Amberg, 1878–1884 WK Augsburg. MdL: 1869–1881.

1871–1874 und 1875–1879 Vorsitzender der Landtagsfraktion; 1871–1874 und 1878–1884 Mitglied im Vorstand der Reichstagsfraktion.

Advokat in München; ab 1868 Mitglied des Zentralkomitees des Dt. Katholikentages.

Fugger von Kirchberg und Weißenhorn, Hartmann Graf von (1829–1899): MdR: 1877–1881 WK Dillingen. MdL: 1875–1881.

Regierungsrat in Speyer, danach in München.

Gagern, Friedrich Balduin Frhr. von (1842–1910): MdR: 1881–1893 WK Kronach. MdL: 18. Februar 1884 (für v. Berg) – 1893.

Gutsbesitzer zu Neuenburg; Kgl. bayer. und Großhzgl. hess. Kammerherr; 1876–1882 Landrat von Oberfranken.

Geiger, Joseph Egid (1833–1912): MdR: 1881–1887 WK Weilheim. MdL: 1881–1911.

1887–1891 I. Schriftführer in der Zweiten Kammer des Landtages; 1883–1911 Mitglied im Vorstand der Landtagsfraktion; 1887–1891 ebd. Fraktionsvorsitzender.

1879 Landgerichtsrat in München; 1887 ebd. Oberlandesgerichtsrat.

Gise, Maximilian August Frhr. von (1850–1913): MdR: 1882 – 17. Januar 1888 (N) WK Amberg. MdL: 1881 – 11. Januar 1888.

Gutsbesitzer auf Schloss Teublitz; Kgl. bayer. Kammerjunker; Kgl. bayer. Kämmerer und Oberhofmeister.

Gleißner, Sebastian (1829–1890): MdR: 1884–1887 WK Neumarkt/Opf.

Stadtpfarrer in Neumarkt i. d. Oberpfalz.

Gravenreuth, Maximilian Freiherr von (1851–1928): MdR: 1884–1887 WK Aichach.

Kgl. Bezirksamtsassessor in Garmisch; Kgl. bayer. Kammerherr.

Greil, Franz Xaver (1819–1871): MdR: 1871 – 14. Dezember 1871 (Tod) WK Passau. MdL: Mai 1869 – 14. Dezember 1871 (Tod).

Kgl. Lycealprofessor für Philologie und Geschichte; Mitbegründer des Bayerisch-Patriotischen Bauernvereins in Deggendorf; Priester in Passau.

Gruben, Franz Joseph Frhr. von, Dr. (1829–1888): MdR: 1881 – 23. Oktober 1888 (Tod) WK Regensburg. MdL: 1881 – 23. Oktober 1888 (Tod).

Gutsbesitzer; Chef der Fürstl. Thurn und Taxisschen Gesamtverwaltung a. D. in Regensburg.

Haberland, Georg (1830–1910): MdR: 1884–1893 WK Pfarrkirchen. MdL: 29. März 1886 (für Schels) – 1893.

Maler und Vergolder in Eggenfelden; 1869 ebd. Gemeinderat.

Habermann, Gustav Frhr. von (1818–1878): MdR: 1874 – 23. September 1878 (Tod) WK Neustadt/S.

Gutsbesitzer in Unsleben b. Neustadt/Saale.

Hafenbrädl, Alois Frhr. von (1817–1883): MdR: 1871–1881 WK Deggendorf. MdL: Mai 1869–1881.

Kgl. bayer. Bezirksgerichtsrat in Regensburg; Mitbegründer des Bayerisch-Patriotischen Bauernvereins zu Deggendorf.

Hauck, Thomas (1823–1905): MdR: 1971 – 13. Dezember 1879 (Verzicht auf Wiederwahl nach Beförderung) WK Aschaffenburg. MdL: Mai 1869 – September 1879 (Verzicht auf Wiederwahl nach Beförderung), 1887–1893.

Bezirksamtmann in Scheinfeld in Mittelfranken; 1879 Oberstaatsanwalt am Verwaltungsgerichtshof in München.

Haus, Adam (1836–1895): MdR: 30. November 1886 (für v. Papius) – 17. März 1895 (Tod) WK Aschaffenburg. MdL: 1881 – 17. März 1895 (Tod).

1883–1895 Mitglied im Vorstand der Landtagsfraktion.

Pfarrer in Wörth a. Main.

Horneck von Weinheim, Heinrich Alexander Frhr. von (1843–1896): MdR: 1877–1884 WK Bamberg.

Gutsbesitzer auf Thurn bei Forchheim; Ritter des bayer. Hausordens vom hl. Georg; K. K. österreich. Kämmerer und Oberleutnant a. D.

Huber, Michael (1841–1911): MdR: 1874–1877 WK Neustadt/WN. MdL: 1887–1899.

1893–1899 Mitglied im Vorstand der Landtagsfraktion.

Pfarrer in Rothenstadt bei Neustadt a. d. Waldnaab.

Jörg, Joseph Edmund, Dr. (1819–1901): MdR: 1874–1878 WK Augsburg. MdL: 24. April 1865 – 1881.

1874–1878 Mitglied im Vorstand der Reichstagsfraktion; 1875–1881 I. Schriftführer im Landtag.

Vorstand des Kgl. bayer. Kreisarchivs Landshut und Redakteur auf Burg Trausnitz.

Kirchner, Matthäus Friedrich (1826–1912): MdR: 1874–1877 WK Kronach.

Stadtpfarrer in Scheßlitz/Ofr.; Päpstl. Geh. Kämmerer; Ritter des Franz-Joseph-Ordens; Erzbischöfl. Geistl. Rat.

Köllerer, Franz Seraphim (1839–1879): MdR: 1874–1877 WK Rosenheim. MdL: 1875 – 14. Juli 1877.

Brauereibesitzer und Ökonom in Schönrain bei Laufen.

Krätzer, Adolph, Dr. (1812–1881): MdR: 1874 – 8. März 1880 (N. Laut Generalregister der Stenographischen Berichte des Reichstages: infolge Krankheit; laut Hartmannsgruber: Verzicht auf Wiederwahl nach Beförderung) WK Passau. MdL: Mai 1869 – 19. Februar 1880 (Verzicht auf Wiederwahl nach Beförderung).

1875 Appellationsgerichtsrat in Passau, 1881 Oberlandesgerichtsrat in München.

Landes, Johann Georg (1831–1894): MdR: 1887–1890 WK München II. MdL: 1881–1887.

Maschinenfabrikant in München; ebd. 1878–1893 Gemeindebevollmächtigter.

Lang, Carl Anton (1815–1890): MdR: 1874–1887 WK Kelheim. MdL: 1875–1887.

Gutsbesitzer bei Ihrlersstein bei Kelheim.

Lehner, Johann Baptist (1827–1897): MdR: 24. April 1884 (für Schäfler) – 21. Juli 1897 (Tod) WK Neustadt/WN. MdL: Mai 1869–1881.

Ökonomiebesitzer und Kgl. Amtsgerichtssekretär zu Erbendorf/Opf.

Lerzer, Johann Baptist (1833–1917): MdR: 1887–1898 WK Neumarkt: MdL: Mai 1869 – 1905.

Ökonom und Bürgermeister in Thannhausen bei Neumarkt/Opf.; ab 1869 Distriktsrat in Neumarkt; ab 1894 Privatier in Freystadt; 1895–1902 Begründer und 1. Vorsitzender des oberpfälzischen Christl. Bauernvereins.

Lindner, Joseph, Dr. (1825–1879): MdR: 1877 – 16. Juni 1879 (Tod) WK Neustadt/WN. MdL: Mai 1869 – 16. Juni 1879 (Tod).

Stadtpfarrer und Kgl. Distriktsschulen-Inspektor in Erbendorf.

Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, Karl Heinrich Fürst zu (1834–1921): MdR: 1871 – März 1872 (N) WK Lohr.

1871/72 Mitglied im Vorstand der Reichstagsfraktion.

Gutsbesitzer in Heubach/Ufr.; 1868–1872 Präsident der Dt. Katholikentage; Präsident des Zentralkomitees der kath. Vereine Deutschlands.

Lugscheider, Matthäus (1824–1897): MdR: 1871–1874 WK Wasserburg. MdL: 30. Januar 1871 (für Westermayer) – 1. Juli 1876 (N).

Pfarrer von Lohkirchen/Obb.; Schulinspektor und Dekan.

Mayer, Max Theodor, Dr. (1817–1886): MdR: 1871–1884 WK Donauwörth. MdL: 1875–23. April 1883 (N).

Ab 1871 zeitweise Mitglied im Vorstand der Reichstagsfraktion.

Rat am Kgl. bayer. Appellationsgericht von Schwaben und Neuburg in Augsburg; 1879 Oberlandesgerichtsrat.

Merkle, Matthias, Dr. (1816–1881): MdR: 1874–1881 WK Kaufbeuren. MdL: 1875–30. September 1879 (N).

Geistlicher und Lycealprofessor am Lyceum in Passau; Bischöfl. Geistl. Hausprälat.

Miller, Ferdinand von (1813–1887): MdR: 1874–1881 WK Weilheim. MdL: Mai 1869 – 1875.

Inspektor der Kgl. Erzgießerei und Besitzer der Kgl. Erzgießereianstalt in München; 1875 Nobilitierung; Gemeindebevollmächtigter in München; Gründer des Deutschen Museums in München.

Müller, Joseph (1839–1898): MdR: 1884–1887 WK Bamberg. MdL: 1887–1893.

Privatier und Magistratsrat in Bamberg.

Obermayr, Franz Xaver (1817–1891): MdR: 1871–1874 WK Rosenheim.

Pfarrer in Feichten bei Wiesmühl/Obb.; Bischöfl. Geistl. Rat.

Orterer, Georg, Dr. (1849–1916): MdR: 1884 – 17. Dezember 1886 (wg. Beförderung) und 1887–1890 WK Deggendorf, 1890 – 26. September 1892 (N wg. Beförderung) WK Kaufbeuren. MdL: 1. März 1883 (für Sickenberger) – 6. Oktober 1916 (Tod).

1883–1899 Mitglied im Vorstand der Landtagsfraktion; 1891–1899 ebd. Stellv. Fraktionsvorsitzender.

1876–1886 Kgl. Studienlehrer und Lehrer der Hebräischen Sprache am Kgl. Ludwigsgymnasium in München; 1886–1892 Gymnasialprofessor in Freising; 1892–1902 Gymnasialrektor in Eichstätt; 1902 bis zum Tod dsgl. in München; 1896–1916 Mitglied des Obersten Schulrates; 1901 Nobilitierung als Ritter von Orterer; 1914 Geh. Rat; ab 1890 Vorstandsmitglied des Volksvereins für das katholische Deutschland; 1894 und 1903 Präsident des Katholikentags in Köln; 1883–1886 Stadtverordneter in München; ab 1882 Landrat von Oberbayern.

Ow, Karl Frhr. von (1818–1898): MdR: 1871–6. Juni 1882 (Verzicht auf Wiederwahl nach Beförderung) WK Landshut. MdL: 1863–1893.

Regierungsrat bei der Kreisregierung von Niederbayern zu Landshut; 1888 Direktor des Verwaltungsgerichtshofs in München; Kgl. bayer. Kammerherr; 1895 2. Präsident des Deutschen Katholikentags in München.

Papius, Philipp Heinrich Frhr. von, Dr. (1839–1924): MdR: 20. Januar 1880 (für Hauck) – 1886 (N) WK Aschaffenburg. MdL: 1881–1887.

1881/82 II. Schriftführer im Landtag.

Kaufmann und Privatier in Aschaffenburg; Päpstl. Geheimkämmerer; Mitglied der Marianischen Sodalität und des III. Ordens.

Pezold, Friedrich (1838–1899): MdR: 1884–1898 WK Forchheim.

Bierbrauer, Gast- und Landwirt in Hollfeld/Ofr.; ebd. Bürgermeister.

Pfahler, Joseph (1826–1887): MdR: 1881–1884 WK Deggendorf. MdL: Mai 1869 – 9. Dezember 1887 (Tod).

Stadtpfarrer und Kapitelsdechant in Deggendorf; 1869 Mitbegründer und Wortführer des Bayerisch-Patriotischen Bauernvereins zu Deggendorf.

Pfetten-Arnach, Sigmund Frhr. von (1847–1931): MdR: 1877–1884 und 1887–1893 WK Aichach.

Gutsbesitzer in Niederarnach/Obb.; Kgl. bayer. Kammerherr.

Ponschab, Georg (1829–1890): MdR: 6. Juni 1887 (für Aretin) – Februar 1889 WK Ingolstadt. MdL: 1869 – 29. Dezember 1890 (Tod).

Brauerei- und Gutsbesitzer in Ingolstadt; 1868/69, 1872/73, 1878–1890 Stadtverordneter in Ingolstadt; 1878–1890 dessen 1. Vorstand.

Preysing-Lichtenegg-Moos, Kaspar Graf von (1844–1897): MdR: 20. Juli 1882 (für Ow)–1890 WK Landshut.

Gutsbesitzer auf Kronwinckl/Ndb.; Rittmeister a. D.; 1885 2. Präsident des Dt. Katholikentags in Münster.

Preysing-Lichtenegg-Moos, Konrad Graf von (1843–1903): MdR: 1871–1893 WK Straubing, 1900 – 6. Juni 1903 (Tod) WK Deggendorf. Reichsrat (erblich) 1881 – 6. Juni 1903.

1890–1893 Mitglied im Vorstand der Reichstagsfraktion; 1892/93 Stellv. Vorsitzender der Reichstagsfraktion.

Gutsbesitzer auf Moos/Ndb.; Kgl. bayer. Kämmerer; 1874 Kapitularkomtur des bayer. Hausordens des hl. Georg; ab 1896 dessen Großkanzler; ab 1882 Vorsitzender des kath. Casino in München; 1892 2. Präsident des Dt. Katholikentags in Mainz; ab 1890 Vorstandsmitglied des Volksvereins für das kath. Deutschland.

Quadt-Wykradt-Isny, Friedrich Graf von (1818–1892): MdR: 1874–1877 WK Eichstätt, 1881–1884 WK Immenstadt.

Gutsbesitzer auf Schloss Moos bei Lindau; Kgl. bayer. Legationsrat und Gesandter a. D. in München; Kapitularkomptur des Kgl. bayer. St. Georg-Ordens.

Ratzinger, Georg (1844–1899): MdR: 1877–1878 WK Rosenheim, 1898 – 3. Dezember 1899 (Tod) WK Deggendorf. MdL: 1875 – 6. November 1877 (N); 1893 – 3. Dezember 1899 (Tod).

Priester, Redakteur und Sozialtheoretiker in München.

Reichert, Karl Josef (1834–1912): MdR: 29. November 1878 (für Habermann) – 1881 und 1887–1893 WK Neustadt/S. MdL: 1887–1893.

Ökonom zu Großenbrietzen bei Saal a. d. Saale; 1875–1881 Bürgermeister in Großenbrietzen; danach Privatier.

Reichert, Ludwig Philipp (1840–1909): MdR: 1881–1887 WK Neustadt/S.

Landwirt und Bürgermeister in Herbstadt.

Reichlin-Meldegg, Hermann Frhr. von (1832–1914): MdR: 1871–1874 WK Neumarkt.

Privatier in Regensburg; Rittmeister a. D.

Reindl, Magnus Anton (1832–1896): MdR: 24. Januar 1881 (für Aretin-Illertissen) – 7. April 1896 (Tod) WK Illertissen. MdL: 1881 – 7. April 1896 (Tod).

1887–1896 (Tod) Mitglied im Vorstand der Reichstagsfraktion; 1893–1896 Stellv. Vorsitzender der Reichstagsfraktion; 1893–1896 (Tod) Mitglied im Vorstand der Landtagsfraktion.

Stadtpfarrer und Bezirkskammerer in Günzburg; Distriktschulinspektor und Kapitelskammerer; 1892–1896 Domkapitular, Dompfarrer und 1894 Domdekan in Eichstätt; bischöfl. Geistl. Rat;

Rosenberger, Franz Xaver (1820–1895): MdR: 15. April 1872 (für Greil) – 1874 WK Passau. MdL: 1875–1887.

Kaufmann und Bergwerksbesitzer in Passau; 1882 Kommerzienrat, Hauptmann der Artillerie a. D.; ab 1863 Stadtverordneter und ab 1864 Magistratsrat in Passau.

Ross, Josef (1836–1923): MdR: 1884–1890 WK Würzburg.

Gräfl. Schönburgischer Hofrat in Glauchau, Königreich Sachsen; ab 1879 zugleich Friedensrichter; Mitbegründer und Vorsitzender der kath. Gesellschaft „Union“.

Ruppert, Kaspar (1827–1895): MdR: 1878–1884 WK München I. MdL: 1875–1893.
1885/86 Vizepräsident der Zweiten Kammer des bayerischen Landtages.
Rechtskundiger Magistratsrat in München; 1888 Nobilitierung.

Rußwurm, Franz Anton (1831–1881): MdR: 1874 – 10. August 1881 (Tod) WK Amberg.
MdL: Mai 1869 – 10. August 1881 (Tod).
Pfarrer, Dechant und Kgl. Distriktsschulinspektor in Theuern bei Amberg/Opf.; 1880/81
Domkapitular in Regensburg; Bischöfl. Geistl. Rat.

Sazenhofen, Eduard Frhr. von (1831–1907): MdR: 1871–1874 WK Neustadt/WN.
Gutsbesitzer auf Rothenstadt bei Weiden.

Schäfler, Joseph, Dr. (1843–1891): MdR: 14. Juli 1879 (für Lindner) – 1884 WK
Neustadt/WN. MdL: 25. Juli 1879 (für Lindner) – 7. März 1882.
Pfarrer in Ramspau.

Schelbert, Josef (1834–1887): MdR: 1884–1887 WK Immenstadt.
Pfarrer in Maria-Rain bei Kempten.

Schels, August (1829–1886): MdR: 1871–1874 WK Neunburg v. W. MdL: 1875 – 4. März
1886 (Tod).
Kgl. Bezirks- und Handelsgerichtsrat in Regensburg.

Schmid, Joseph Anton, Dr. (1827–1881): MdR: 1871–1877 WK Aichach. 1863 – 9. März
1881 (Tod).
Domkapitular; Kgl. Lycealprofessor und Festprediger in Bamberg.

Schmidt, Franz Xaver (1828–1914): MdR: 1881–1890 WK Eichstätt. MdL: 1887–1899.
Kgl. Landgerichtsrat in Amberg/Opf.

Schönborn, Clemens Graf von (1810–1877): MdR: 1874 – 24. August 1877 (Tod);
Reichsrat (erblich) 1865 – 24. August 1877 (Tod).
Gutsbesitzer auf Wiesentheid/Ufr.; Major à la suite der Kgl. bayer. Armee.

Schönborn, Friedrich Graf von (1847–1913): MdR: 27. November 1877 (für Schönborn) –
1893 WK Kitzingen. Reichsrat (erblich) 1877–1913.
1887–1890 Schriftführer im Reichstag.
Gutsbesitzer auf Wiesentheid.

Schüttinger, Jakob, Dr. (1816–1877): MdR: 1871–1877 WK Bamberg. MdL: Mai 1869 –
21. September 1877 (Tod).
1871–1875 Stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion; 1874/75 ebd.
Fraktionsvorsitzender.
Kgl. Advokat in Bamberg; 1873–1877 Vereinssekretär und führender Kopf des kath. Casino
in Bamberg.

Seinsheim-Grünbach, Maximilian Graf von (1811–1885): MdR: 1871–1874 WK Traunstein. MdL: Mai 1869 – 22. Januar 1874 (N wg. Ernennung zum Reichsrat). 1869–1872 II. Präsident der Zweiten Kammer des bayerischen Landtages; 1874–1885 Reichsrat (erblich). Gutsbesitzer in Grünbach/Obb.; Kgl. bayer. Kammerherr; Kapitularkomptur des Kgl. bayer. St. Georg-Ordens.

Senestrey, Karl Josef (1820–1901): MdR: 1874–1890 WK Traunstein. MdL: 1855–1881. Kgl. Bezirksgerichtsrat in Traunstein/Obb.

Sigmund, Joseph Hugo Frhr. von (1820–1901): MdR: 1881 – 22. August 1883 (N) WK Dillingen. Gesandter a. D. in München.

Soden-Fraunhofen, Maximilian Maria Frhr. von, (seit 1916) Graf von (1844–1922): MdR: 1874–1884 WK Wasserburg. MdL: 1875–1893; Reichsrat: 1895–1918. Gutsbesitzer auf Schloss Neufraunhofen bei Landshut; Kgl. bayer. Kämmerer; 1893 2. Präsident des Dt. Katholikentags in Würzburg; 1912–1916 bayer. Innenminister.

Stöckl, Albert, Dr. (1823–1895): MdR: 1877–1881 WK Eichstätt. Geistlicher und Lycealprofessor für Philosophie in Eichstätt; 1872–1895 Domkapitular ebd.; ordentliches Mitglied der philosophisch-medizinischen Akademie in Rom; 1879–1882 Vorsitzender des kath. Casino in Eichstätt.

Tänzl von Trazberg, Maximilian Ignaz Kajetan (1838–1921): MdR: 20. Februar 1888 (für Gise) – Februar 1890 WK Amberg. MdL: 1888–1893. Gutsbesitzer in Dietldorf; Kgl. bayer. Kammerherr; Oberleutnant a. D.

Triller, Johann Michael (1825–1902): MdR: 1874–1884 WK Neumarkt. MdL: Mai 1869 – 1893. Pfarrer in ; 1892 Bischöfl. Geistl. Rat.

Vequel-Westernach, Theodor Frhr. von (1853–1940): MdR: 1881–1884 WK Kaufbeuren. Gutsbesitzer auf Schloss Kronburg b. Memmingen; Kgl. bayer. Kammerherr.

Wagner, Wolfgang (1834–1912): MdR: 1884–1893 WK Rosenheim. MdL: 1881–1893 und 1907–1912. Gutsbesitzer und Posthalter in Glonn; Mitglied des Distriktrats und Kirchenpfleger.

Walderdorff, Adolf Wilderich Graf von (1835–1919): MdR: 1871–1874 und 5. Februar 1889 (für Gruben) – 1893 WK Regensburg. Gutsbesitzer in Kürn bei Regensburg; Kgl. bayer. Kämmerer.

Weber, Franz Seraph (1835–1904): MdR: 1887 – Juni 1898 WK Weilheim. MdL: 1887 – 31. Januar 1904 (Tod). Ökonomiebesitzer in Landsberg a. Lech; 1881–1893 Magistratsmitglied in Landsberg; 1876–1887 oberbayer. Landrat.

Weiß, Rudolf (1823–1903): MdR: 1874–1877 WK Dillingen, 1890–1893 WK Passau. MdL: Mai 1869–1875.

Pfarrer in Wallerstein/Schw.; Dekan des Landkapitels Wallerstein; ab 1882 Domkapitular und Domdekan in Passau.

Wenzel, Johannes (1843–1911): MdR: Februar 1887 – Juni 1898 WK Bamberg.

Ab 1878 Domvikar in Bamberg; Erzbischöfl. Registrator und Revisor; Erzbischöfl. Geistl. Rat; Mitbegründer des Vinzenzvereins in Bamberg; führende Rolle im kath. Casino in Bamberg.

Westermayer, Anton, Dr. (1816–1894): MdR: 1874–1884 WK München II. MdL: Mai 1869 – 16. Januar 1871 (Mandat niedergelegt).

Stadtpfarrer bei St. Peter in München; Kgl. Geistl. Rat; 1889 Päpstl. Geheimkämmerer.

Wildegger, Michael (1826–1912): MdR: 1884–1898 WK Donauwörth. MdL: 1875–1881 und 29. September 1885 (für Hafenmair) – 1899.

Stadtpfarrer in Nördlingen; Bischöfl. Dekan.

Winkelhofer, Benedikt (1820–1894): MdR: 1874–1877 und 1881–1884 WK Pfarrkirchen. MdL: Mai 1869 und 9. Juni 1870 (für Bucher) – 1887.

Gutsbesitzer und Ökonom bei Münzing.

Witzlsperger, Josef (1838–1907): MdR: 1881–1907 WK Neunburg v. W. MdL: 1881–1906. Ökonom mit Brauerei in Cham; Privatier; 1876–1900 ebd. Magistratsrat.

Zach, Joseph (1829–1898): MdR: 1887–Februar 1890 WK Kelheim. MdL: 1875–1896.

Stadtpfarrer in Neustadt/Donau; Kgl. Distriktsschulinspektor und Dekan des Kapitels Kelheim; Bischöfl. Geistl. Rat; Stiftskanonikus in Regensburg; ab 1874 Landrat von Niederbayern.

ZuRhein, Ludwig Frhr. von (1833–1914): MdR: 1874–1881 WK Würzburg. MdL: Mai 1869 – 1875.

Privatier; Kgl. bayer. Kammerherr in Würzburg; Kapitulargroßkomtur des bayer. Hausordens vom hl. Georg.

Abkürzungsverzeichnis:

ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
AKKR	Archiv für katholisches Kirchenrecht
AP	Augsburger Postzeitung
AZ	Allgemeine Zeitung
BArch	Bundesarchiv Berlin Lichterfelde
BA Friedrichsruh	Bismarck Archiv Friedrichsruh
BAT	Bistumsarchiv Trier
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München
BK	Bayerischer Kurier
BSB HA	Bayerische Staatsbibliothek München, Handschriftenabteilung
BV	Das Bayerische Vaterland
DoZ	Donau-Zeitung
DVP	Deutsche Volkspartei
FamA	Familienarchiv
FV	Fränkisches Volksblatt, Würzburg
Gbl.	Gesetzblatt für das Königreich Bayern, München 1818-1872
GBBE	Große Bayerische Biographische Enzyklopädie
GStA	Geheimes Staatsarchiv München
GVbl.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Bayern, München
HJb	Historisches Jahrbuch
HPB	Historisch-Politische Blätter für das katholische Deutschland, München
HStA Stgt	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
HZ	Historische Zeitschrift
LThK	Lexikon für Theologie und Kirche
LV KdA	Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtages in den Jahren 1868 bis 1886, München 1868-1887
LV KdR	Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Königreiches Bayern 1868-1886, München 1868-1886
MDA	Mainzer Dom- und Diözesanarchiv
MdL	Mitglied der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtages
MdR	Mitglied des Deutschen Reichstages

MdRR	Mitglied der Kammer der Reichsräte des Bayerischen Landtages
MdZP	Mitglied des Zollparlaments
MF	Münchner Fremdenblatt
MInn	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Akten des Innenministeriums
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
N	Mandatsniederlegung
NB Orterer	Notizbuch Orterer
NMZ	Neue Münchener Zeitung
NL	Nachlass
PA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
RGG	Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft
RM	Regensburger Morgenblatt
RV	Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages 1871-1889, Berlin 1871-1889. [Die Bandzahlen richten sich nach der Nummerierung des Online-Pdf-Angebotes der Bayerischen Staatsbibliothek.]
SBLG	Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte
SchlossA	Schloss Archiv
SHLB	Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek Kiel
Sprechregister	Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages 1871-1889, Berlin 1871-1889. Online-Suche der Bayerischen Staatsbibliothek in den Registern und Anlagen der Reichstagsprotokolle: http://www.reichstagsprotokolle.de/suche.html ; letzter Zugriff: 28. September 2010.
StaLa	Staatsarchiv Landshut
VB	Der Volksbote für den Bürger und Landmann, München
vorl.	vorläufige
WK	Wahlkreis
ZBLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins
ZV	Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Zollparlaments in den Jahren 1868-1870, 3 Bde., Berlin 1868-1870

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Ungedruckte Quellen

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München

Familienarchiv Ludwig Graf von Arco-Zinneberg

vorl. Nr. 9 [1.7.2], 15 [1.8.1], 102 [3.3.8], 103 [3.3.9], 105 [3.3.11], 108 [3.3.14]

Familienarchiv Aretin

vorl. Nr. 49/30/I, 49/30/II , 49/33

Familienarchiv Soden-Fraunhofen

vorl. Nr. 10, 316, 356, 503, 504, 505, 506, 508, 510, 512, 600, 603, 604, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 617

Bundesarchiv Berlin Lichterfelde

R 101/1193-1200 (Filmsign: 31032-31034) Protokolle der Budgetkommission (Kommission für den Reichshaushaltsetat)

R 101/1193 (Filmsign: 31032) Protokolle der Budgetkommission (Kommission für den Reichshaushaltsetat) - Abschriften - von 1871-1877

R 101/1194 (Filmsign: 31033) Protokolle der Budgetkommission (Kommission für den Reichshaushaltsetat) Bd. 1

R 101/1195 (Filmsign: 31033) Protokolle der Budgetkommission (Kommission für den Reichshaushaltsetat) Bd. 2

R 101/1196 (Filmsign: 31033) Protokolle der Budgetkommission (Kommission für den Reichshaushaltsetat) Bd. 3

R 101/1197 (Filmsign: 31033) Protokolle der Budgetkommission (Kommission für den Reichshaushaltsetat) Bd. 4

R 101/1198 (Filmsign: 31034) Protokolle der Budgetkommission (Kommission für den Reichshaushaltsetat) Bd. 5

R 101/1199 (Filmsign: 31034) Protokolle der Budgetkommission (Kommission für den Reichshaushaltsetat) Bd. 6

R 101/1176 (Filmsign: 31029) Protokolle der Kommission für die Geschäftsordnung Bd. 1

R 101/1184 (Filmsign: 31031) Protokolle der Kommission für Petitionen Bd. 5

R 101/1576 (Filmsign: 31177) Manuskripte der Anträge der Mitglieder der auf Grund des Gesetzes vom 23. Dezember 1874 niedergesetzten Justizkommission Bd. 1

- R 101/1577 (Filmsign: 31177) Manuskripte der Anträge der Mitglieder der auf Grund des Gesetzes vom 23. Dezember 1874 niedergesetzten Justizkommission Bd. 2
- R 101/1578 (Filmsign: 31177) Manuskripte der Anträge der Mitglieder der auf Grund des Gesetzes vom 23. Dezember 1874 niedergesetzten Justizkommission Bd. 3
- R 101/1579 (Filmsign: 31177) Geschäftsverkehr der Justizkommission
- R 101/1580 (Filmsign: 31178) Protokolle der Justizkommission Bd. 1
- R 101/1590 (Filmsign: 31180) Protokolle der Justizkommission Bd. 11
- R 101/1591 (Filmsign: 31180) Protokolle der Justizkommission Bd. 12
- R 101/1665 (Filmsign: 31209) Verhandlungen der freien wirtschaftlichen Vereinigung Bd. 1
- R 101/1667 (Filmsign: 31209) Verhandlungen der Subkommission für Industrie

Familienarchiv des Freiherrn von und zu Franckenstein, Ullstadt

NL Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein

- Korrespondenz ‚Reichstag‘ 1872-1878
- Korrespondenz ‚Reichstag‘ 1879 bis 89
- Reichstag I, II, 75/76/1874/76
- Reichstag III 1877 und 78
- Reichstag 1879-89
- Reichstag 1882/83
- Reichstag 1879-89
- Politische Korrespondenz 1874 75 77 78
- Politische Korrespondenz 1879 80
- Politische Korrespondenz 1880 83
- Politische Korrespondenz 1887 90

Private Sammlung Dr. Leonhard Lenk

Kalendernotizen Orterer, Januar 1881 bis Dezember 1902, masch. Abschrift
„Arbeitsexemplar“.

Staatsarchiv Landshut

Schlossarchiv Moos, NL Konrad Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos

Nr. 739, 740, 740a, 742, 751, 833, 920, 922, 925

Auskünfte über

Hartmann Graf von Fugger-Kirchberg vom Fürstlich und Gräflich Fuggerschen Familien- und Stiftungsarchiv in Dillingen.

II. Zeitungen

Augsburger Postzeitung

Allgemeine Zeitung, Augsburg, ab 1882 München

Bayerischer Kurier, München

Das Bayerische Vaterland, München

Donau-Zeitung, Passau

Fränkisches Volksblatt, Würzburg

Germania. Zeitung für das deutsche Volk, Berlin

Historisch-Politische Blätter für das katholische Deutschland, München

Münchener Fremdenblatt

Münchener Neueste Nachrichten

Neue Münchener Zeitung

Regensburger Morgenblatt

Der Volksbote für den Bürger und Landmann, München

III. Gedruckte Quellen

Bismarck, Otto Fürst von, Werke in Auswahl. Jahrhundertausgabe zum 23. September 1862, hg. v. Gustav Adolf Rein u. a., 9 Bde., Darmstadt 1962, ND hg. v. Alfred Milatz, Darmstadt 2001.

Bismarck, Otto Fürst von, Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen, Bd. 2, Stuttgart 1901.

Doeberl, Anton, Aus Senestrey's Familienbriefen, in: HPB 167, 1920, S. 471-483 und S. 550-559.

Franckenstein, Georg Arbogast Freiherr von und zu, Aufzeichnung über die Verhandlungen, die wirtschaftlichen Gesetze im Reichstage im Frühjahr 1879 betreffend, datiert Ullstadt 18.7.1879, ed. bei Wolfram Pyta, Landwirtschaftliche Interessenpolitik im deutschen Kaiserreich. Der Einfluß agrarischer Interessen auf die Neuordnung der

- Finanz- und Wirtschaftspolitik am Ende der 1870er Jahre am Beispiel von Rheinland und Westfalen, Stuttgart 1991, S. 125-143.
- Generalregister zu den stenographischen Berichten über die Verhandlungen und den amtlichen Drucksachen des konstituierenden Reichstages, des Reichstages des Norddeutschen Bundes, des Deutschen Zollparlaments und des Deutschen Reichstages vom Jahre 1867 bis einschließlich der am 24. Mai 1895 geschlossenen III. Session 1894/95. Nebst Anlagen: A. Uebersicht über die Etatverhandlungen. B. Namentliche Abstimmungen, hg. v. Reichstagsbureau, Berlin 1896.
- Geschäfts-Ordnung für den Deutschen Reichstag, Berlin 1874.
- Geschäfts-Ordnung für den Deutschen Reichstag. Berichtigt am 10. Februar 1876, Berlin 1878.
- Hertling, Georg Graf von, Erinnerungen aus meinem Leben, 2. Bde., hg. v. Karl Graf von Hertling, Kempten/München 1919/1920.
- Hirth, Georg (Hg.), Deutscher Parlaments-Almanach, 9. Ausgabe: 9. Mai 1871, Berlin 1871.
- Hirth, Georg (Hg.), Deutscher Parlaments-Almanach, 14. Ausgabe: November 1881, Leipzig/München 1881.
- Hirth, Georg (Hg.), Deutscher Parlaments-Almanach, 16. Ausgabe: März 1887, München/Leipzig 1887.
- Hohenlohe-Schillingfürst, Chlodwig Fürst zu, Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingfürst, hg. v. Friedrich Curtius, Bd. 2. (2 Bde), Stuttgart/Leipzig 1907.
- Huber, Ernst Rudolf (Hg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1 (3 Bde.), Stuttgart ²1961.
- Jörg, Joseph Edmund, Briefwechsel 1846-1901 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 41), bearb. v. Dieter Albrecht, Mainz 1988.
- Jörg, Joseph Edmund, Geschichte der socialpolitischen Parteien in Deutschland, Freiburg i. Br. 1867.
- Lill, Rudolf (Hg.), Der Kulturkampf (Beiträge zur Katholizismusforschung A 10), Paderborn u. a. 1997.
- Reden der verfassungstreuen Patrioten in der bayerischen Kammer über die Versailler Verträge. Getreu nach stenographischen Berichten nebst Vorwort und Anhang, München 1871. ND unter dem Titel: Wider Kaiser und Reich, hg. v. Elmar Roeder, München 1977.
- Richter, Eugen, Im alten Reichstag. Erinnerungen, Berlin 1894.

- Salomon, Felix, Die deutschen Parteiprogramme I, Leipzig/Berlin ¹1907.
- Savigny, Karl Friedrich von, Karl Friedrich von Savigny 1814-1875. Briefe, Akten, Aufzeichnungen aus dem Nachlaß eines preußischen Diplomaten der Reichsgründungszeit (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 53/I), ausgewählt und hg. von Willy Real, Bd. 1 (2. Bde), Boppard a. R. 1981.
- Schultheß, Heinrich, Europäischer Geschichtskalender 1871, Nördlingen 1872.
- Schultheß, Heinrich, Europäischer Geschichtskalender 1867, Nördlingen 1868.
- Schultheß, Heinrich, Europäischer Geschichtskalender 1882, Nördlingen 1883.
- Spitzemberg, Hildegard Baronin von. Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg, geb. Freiin v. Varnbüler. Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Hohenzollernreiches, hg. v. Rudolf Vierhaus, 5. Auflage, Göttingen 1989.
- Stein, August, Unsere Volksvertretung wie sie ißt und trinkt, in: ders., Es war alles ganz anders. Aus der Werkstatt eines politischen Journalisten 1891-1914, 2. verm. Aufl. Frankfurt a. M. 1922 [August Stein, Irenaeus, ¹1921], S. 95-103.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages 1871-1889, Berlin 1871-1889. [Die angegebenen Bandzahlen richten sich nach der Nummerierung des Online-Pdf-Angebotes der Bayerischen Staatsbibliothek.].
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages 1871-1889, Berlin 1871-1889. Online-Suche der Bayerischen Staatsbibliothek in den Registern und Anlagen der Reichstagsprotokolle: <http://www.reichstagsprotokolle.de/suche.html>; letzter Zugriff: 28. September 2010.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Zollparlaments in den Jahren 1868-1870, 3 Bde., Berlin 1868-1870.
- Vatikanische Akten zur Geschichte des deutschen Kulturkampfes, Rudolf Lill (Hg.), Tübingen 1970.
- Weber, Karl, Neue Gesetz- und Verordnungen-Sammlung für das Königreich Bayern mit Einschluß der Reichsgesetzgebung, (42 Bde.) VI, München/Nördlingen 1880-1919.
- Wentzcke, Paul, Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung, Bd. 2: Im Neuen Reich 1871-1890. Politische Briefe aus dem Nachlaß liberaler Parteiführer, Bonn/Leipzig 1926.
- Windthorst, Ludwig, Briefe 1834 – 1880 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 45), bearb. v. Hans Georg Aschoff/Heinz-Jörg Heinrich, Mainz 1995.

Windthorst, Ludwig, Briefe 1881 – 1891 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 47), bearb. v. Hans Georg Aschoff u. Mitwirkung v. Heinz-Jörg Heinrich, Mainz 2002.

IV. Literatur

Albrecht, Dieter, Einleitung, in: Joseph Edmund Jörg, Briefwechsel 1846-1901 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 41), bearb. v. Dieter Albrecht, Mainz 1988, S. XXIV-XXXVIII.

Albrecht, Dieter, Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1871-1918), in: Max Spindler (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. VI/1: Das neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart. Staat und Politik, München 1974, S. 283-386.

Albrecht, Dieter, Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1871-1918), in: Alois Schmid (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, begr. v. Max Spindler, Bd. IV/1: Das neue Bayern von 1800 bis zur Gegenwart, 2., völlig neu bearb. Aufl., München 2003, S. 318-438.

Allgemeine Deutsche Biographie (ADB), hg. v. d. Historischen Kommission bei der Königlich Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 55 Bände und 1 Registerband, München/Leipzig 1875-1912.

Amann, Freya, Steil, aber steinig. Die Anfänge der politischen Karriere Georg Ratzingers und sein Verhältnis zu Ludwig Graf Arco-Zinneberg, in: Johann Kirchinger/Ernst Schütz (Hg.): Georg Ratzinger (1844-1899). Ein Leben zwischen Politik, Geschichte und Seelsorge, Regensburg 2008, S. 125-152.

Anderson, Margaret Lavinia, Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 14), Düsseldorf 1988.

Aretin, Karl Otmar Freiherr von, Franckenstein. Eine politische Karriere zwischen Bismarck und Ludwig II., Stuttgart 2003.

Aretin, Karl Otmar Freiherr von, Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein. Der Freund und Gegenspieler Windthorsts, in: Christof Dipper u. a. (Hg.), Krieg, Frieden und Demokratie. Festschrift für Martin Vogt zum 65. Geburtstag, Frankfurt a. M. u. a. 2001, S. 91-102.

Arsenscheck, Robert, Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich. Zur parlamentarischen Wahlprüfung und politischen Realität der Reichstagswahlen 1871-1914 (Beiträge

- zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 136), Düsseldorf 2003.
- Ayaß, Wolfgang (Bearb.), Arbeiterschutz (Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, II. Abt, Bd. 3), Darmstadt 1998.
- Ayaß, Wolfgang, „Wir müssen anfangen, dann werden wir sehen...“. Franz Hitze, das Zentrum und die Sozialpolitik bis zum Ende der Bismarckära, in: Karl Gabriel/Herman-Josef Große Kracht (Hg.), Franz Hitze (1851-1921). Sozialpolitik und Sozialreform. „Beginnen wir einmal praktisch...“, Paderborn u. a. 2006, S. 37-56.
- Bachem, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung, sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815-1914, 9 Bde., Köln 1927-1932, ND Aalen 1968.
- Best, Heinrich/Wilhelm Heinz Schröder, Biographisches Handbuch der Abgeordneten des Norddeutschen Reichstages, des Zollparlaments und der Deutschen Reichstage 1867-1918. Köln: Zentrum für Historische Sozialforschung 1992 (Mimeo). Online-Kurzfassung für die Zeit des Deutschen Kaiserreiches: http://biosop.zhsf.uni-koeln.de/ParlamentarierPortal/biorabkr_db/biorabkrrecherche.php; letzter Zugriff: 26. September 2010.
- Becker, Winfried, Otto von Bismarcks Rolle bei Ausbruch, Verschärfung und Beilegung des preußischen Kulturkampfes, in: Rudolf Lill/Francesco Traniello (Hg.), Der Kulturkampf in Italien und den deutschsprachigen Ländern (Schriftenreihe des Italienisch-Deutschen Historischen Institutes in Trient 5), Berlin 1993, S. 57-85.
- Becker, Winfried, Die Zentrumspartei im Bismarckreich, in: ders. (Hg.), Die Minderheit als Mitte. Die Deutsche Zentrumspartei in der Innenpolitik des Reiches 1871-1933, Paderborn u. a. 1986, S. 9-45.
- Binder, Hans-Otto, Reich und Einzelstaaten während der Kanzlerschaft Bismarcks 1871-1890. Eine Untersuchung zum Problem der bundesstaatlichen Organisation (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 29), Tübingen 1871.
- Birke, Adolf M., Nation und Konfession. Varianten des politischen Katholizismus im Europa des 19. Jahrhunderts, in: Historisches Jahrbuch 116/2, 1996, 395-416.
- Blackbourn, David, Friedrich Hartmannsgruber, Die Bayerische Patriotenpartei 1868-1887. (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte, Bd. 82.), in: HZ 247, 1988, S. 449f.

- Blackbourn, David, Die Zentrumspartei und die deutschen Katholiken während des Kulturkampfes und danach, in: Otto Pflanze/Elisabeth Müller-Luckner (Hg.), Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 2), München/Wien 1983, S. 73-94.
- Blessing, Werner K., Konfession und Nation. Zur politischen Identität in Bayern vor der Reichsgründung, in: Joseph Schröder/Rainer Salzmänn (Hg.), Beiträge zu Kirche, Staat und Geistesleben. Festschrift für Günter Christ zum 65. Geburtstag am 20. März 1994 (Beiträge zur Geschichte der Reichskirche in der Neuzeit 14), Stuttgart 1994, 209-226.
- Böckenförde, Ernst Wolfgang, Der Verfassungstyp der deutschen Konstitutionellen Monarchie im 19. Jahrhundert, in: ders./Rainer Wahl (Hg.), Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815-1918), Köln 1972, 147-170.
- Botzenhart, Christof, „Ein Schattenkönig ohne Macht will ich nicht sein“. Die Regierungstätigkeit König Ludwigs II. von Bayern (SBLG 142), München 2004.
- Braun, Heinrich, Die parlamentarische Entwicklung des bayerischen Reichsverhältnisses. Nach den Verhandlungen des bayerischen Landtages und des deutschen Reichstages von 1871-1890, phil. Diss. Darmstadt 1930.
- Buchheim, Karl, Ultramontanismus und Demokratie. Die Wege der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert, München 1963.
- Conzemius, Victor, Vom liberalen zum ultramontanen Katholizismus – Weg der Forschung. Roger Aubert zum 90. Geburtstag, in: Gisela Fleckenstein/Joachim Schmiedl (Hg.): Ultramontanismus. Tendenzen der Forschung (Einblicke. Ergebnisse – Berichte – Reflexionen aus Tagungen der Katholischen Akademie Schwerte, Bd. 8), Paderborn 2005, S. 23-45.
- Damnitz, Michael, Bürgerliches Recht zwischen Staat und Kirche. Mitwirkung der Zentrumspartei am Bürgerlichen Gesetzbuch, Baden-Baden 2001.
- Deuerlein, Ernst, Der Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten 1817-1918, Regensburg 1955.
- Doeberl, Michael, Ein Jahrhundert bayerischen Verfassungslebens, München 1918.
- Dowe, Christopher, Auch Bildungsbürger. Katholische Studierende und Akademiker im Kaiserreich, Göttingen 2006.
- Eggert, Matthias, Die bayerischen Reservatrechte im Spannungsfeld zwischen bundesstaatlichem Föderalismus und nationalstaatlichem Zentralismus, phil. Magisterarbeit [masch.] München 2002.

- Fenske, Hans: Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn/München/Wien 1994.
- Fleckenstein, Gisela/Schmiedl, Joachim: Ultramontanismus in der Diskussion. Zur Neupositionierung eines Forschungsbegriffs, in: Dies. (Hg.): Ultramontanismus. Tendenzen der Forschung (Einblicke. Ergebnisse – Berichte – Reflexionen aus Tagungen der Katholischen Akademie Schwerte, Bd. 8), Paderborn 2005, S. 7-19.
- Fleckenstein, Gisela/Schmiedl, Joachim (Hg.): Ultramontanismus. Tendenzen der Forschung (Einblicke. Ergebnisse – Berichte – Reflexionen aus Tagungen der Katholischen Akademie Schwerte, Bd. 8), Paderborn 2005.
- Fox, Angelika, Die wirtschaftliche Integration Bayerns in das Zweite Deutsche Kaiserreich. Studien zu den wirtschaftspolitischen Spielräumen eines deutschen Mittelstaates zwischen 1862 und 1875 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 131), München 2001.
- Fränkel, Ludwig: Ratzinger, Georg, in: ADB Bd. 53, Leipzig 1907, S. 215-218.
- Franke, Harald: Vom Seniorenkonvent des Reichstages zum Ältestenrat des Bundestages, Berlin 1987.
- Eisfeld, Gerhard, Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland 1858-1870, Hannover 1969, S. 30-33 und S. 125-137.
- Gall, Lothar, Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung, Wiesbaden 1868.
- Gall, Lothar, Die partei- und sozialgeschichtliche Problematik des badischen Kulturkampfes, in: ZGO 113, 1965, 151-196.
- Gall, Lothar, Europa auf dem Weg in die Moderne 1850-1890 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 14), 3., überarb. u. erw. Aufl., München 1997.
- Götten, Josef, Chrisoph Moufang. Theologe und Politiker 1817-1890, Mainz 1969.
- Götschmann, Dirk, Wirtschaftsgeschichte Bayerns. 19. und 20. Jahrhundert, Regensburg 2010.
- Goldberg, Hans-Peter, Bismarck und seine Gegner. Die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 112), Düsseldorf 1998.
- Goldschmidt, Hans, Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung, Berlin 1931.
- Grohs, Winfried: Die Liberale Reichspartei 1871-1874. Liberale Katholiken und föderalistische Protestanten im ersten Deutschen Reichstag, Frankfurt am Main u. a. 1990.

- Große Bayerische Biographische Enzyklopädie (GBBE), Hans-Michael Körner (Hg.), 4. Bde., München 2005.
- Hänlein, Andreas/Tennstedt, Florian/Winter, Heidi, Die gesetzliche Krankenversicherung und die eingeschriebenen Hilfskassen (Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, Abt. II, Bd. 5), Mainz 2009.
- Haerendel, Ulrike: Die Anfänge der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland. Die Invaliditäts- und Altersversicherung von 1889 im Spannungsfeld von Reichsverwaltung, Bundesrat und Parlament (Speyerer Forschungsbericht 217), Speyer 2001.
- Haerendel, Ulrike u. Mitarb. v. Margit Peterle (Bearb.): Die Gesetzliche Invaliditäts- und Altersversicherung und die Alternativen auf gewerkschaftlicher und betrieblicher Grundlage (Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, II. Abt, Bd. 6), Mainz 2004.
- Hartmannsgruber, Friedrich: Die Bayerische Patriotenpartei 1868-1887 (SBLG Bd. 82), München 1986.
- Hartmannsgruber, Friedrich, Die christlichen Volksparteien 1848-1933. Idee und Wirklichkeit, in: Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegung in Deutschland, (2 Bde.) I (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 216), Bonn 1984, 219-324.
- Hattenkofer, Peter, Regierende und Regierte, Wähler und Gewählte in der Oberpfalz 1870-1914. Eine Strukturanalyse der öffentlichen Meinung dargestellt anhand der Wochenberichte der Regierungspräsidenten der Oberpfalz und von Regensburg (Miscellanea Bavarica Monacensia 81), München 1879.
- Hehl, Ulrich von, Ludwig Windthorst als Parlamentarier, in: Landkreis Emsland und Ludwig-Windthorst-Stiftung (Hg.), Ludwig Windthorst 1812-1892. Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks. Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß des 100. Todestages, Meppen 1991, S. 26-34.
- Hehl, Ulrich von, Ludwig Windthorst als Parlamentarier. Eine Skizze, in: Winfried Becker/Werner Chrobak (Hg.), Staat, Kultur, Politik. Beiträge zur Geschichte Bayerns und des Katholizismus. Festschrift zum 65. Geburtstag von Dieter Albrecht, Kallmünz/Opf. 1992, S. 257-271.
- Hehl, Ulrich von, Vom Honoratioren- zum Berufspolitiker? Das Zentrum im Kaiserreich, in: Lothar Gall (Hg.), Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks. Politikstile im Wandel, Paderborn u. a. 2003, S. 151-183.

- Herde, Peter, Der Heiliger Stuhl und Bayern zwischen Zollparlament und Reichsgründung (1867/68-1871), in: ZBLG 45, 1982, S. 589-662.
- Hesse, Horst, Die sogenannte Sozialgesetzgebung Bayerns Ende der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Strukturanalyse der bürgerlichen Gesellschaft (Miscellanea Bavarica Monacensia 33), München 1971. Hochberger, Anton: Dr. Georg Ratzinger: Priester, Sozialtheoretiker und Politiker (1844-1899), in: Winfried Becker – Werner Chrobak (Hg.), Staat, Kultur, Politik. Beiträge zur Geschichte Bayerns und des Katholizismus, München 1992, S. 249-256.
- Hubbauer, Ludwig, Die geschichtliche Entwicklung des bayerischen Landtagswahlrechts mit Beschränkung auf die Kammer der Abgeordneten, Erlangen/Leipzig 1908.
- Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3: Bismarck und das Reich, 3. Aufl., Stuttgart u. a. 1988.
- Kaufmann, Erich, Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung, Berlin 1918.
- Kesper-Biermann, Sylvia, Einheit und Recht. Strafgesetzgebung und Kriminalrechtsexperten in Deutschland vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Reichsstrafgesetzbuch von 1871 (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte Bd. 245), Frankfurt a. M. 2009.
- Kirchinger, Johann/Schütz, Ernst (Hg.): Georg Ratzinger (1844-1899). Ein Leben zwischen Politik, Geschichte und Seelsorge, Regensburg 2008.
- Kistler, Helmut, Der bayerische Landtag 1871/1872, phil. Diss. [masch.] München 1957.
- Kloeber, Wilhelm von, Die Entwicklung der deutschen Frage 1859-1971 in großdeutscher und antiliberaler Beurteilung. Die Zeitläufe Dr. Jörgs in den Historisch-Politischen Blättern für das katholische Deutschland, München 1932.
- Körner, Hans-Michael, Ministerium und Landtag im Königreich Bayern seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Walter Ziegler (Hg.), Der Bayerische Landtag vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Probleme und Desiderate historischer Forschung. Kolloquium des Instituts für Bayerische Geschichte am 20. Januar 1995 im Maximilianeum in München, München 1995, S. 165-173.
- Körner, Hans-Michael, Parlamentarisierung und Eigenstaatlichkeit. Gibt es um 1900 eine Wende in der bayerischen Politik?, in: Winfried Becker/Werner Chrobak (Hg.), Staat, Kultur, Politik. Beiträge zur Geschichte Bayerns und des Katholizismus. Festschrift zum 65. Geburtstag von Dieter Albrecht, Kallmünz/Opf. 1992, S. 287-299.
- Körner, Hans-Michael, Staat und Geschichte in Bayern im 19. Jahrhundert (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 96), München 1992.

- Körner, Hans-Michael, Staat und Kirche 1886-1918 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte B 20), Mainz , 1977.
- Kotowski, Albert S., Zwischen Staatsräson und Vaterlandsliebe. Die Polnische Fraktion im Deutschen Reichstag 1871-1918 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 150), Düsseldorf 2007.
- Kraus, Kläre, Der Kampf in der bayerischen Abgeordnetenversammlung um die Versailler Verträge. 11.-21. Januar 1871, phil. Diss. [masch.] Köln 1935.
- Kremer, Willy, Der soziale Aufbau der Parteien des Deutschen Reichstages von 1871-1918, Emsdetten 1934.
- Lang, Berthold, Katholische Männer. Eine Apologie in Lebensbildern, München 1834.
- Langewiesche, Dieter, Föderativer Nationalismus als Erbe der deutschen Reichsnation. Über Föderalismus und Zentralismus in der deutschen Nationalgeschichte, in: ders./Georg Schmidt (Hg.), Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg, München 2000, S. 215-242.
- Langewiesche, Dieter, Kulturelle Nationsbildung im Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: Manfred Hettling/Paul Nolte, Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays, München 1996, S. 46-64.
- Lenk, Leonhard, Bauern im bayerischen Landtag 1819-1970, in: Günther Franz (Hg.): Bauernstand und Bauernstand 1500-1970. Bündinger Vorträge 1871-1972, Limburg 1975, S. 245-264.
- Lenk, Leonhard, Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein (1825-1890), in: Sigmund von Pölnitz (Hg.), Lebensbilder aus Franken, Bd. 4, Würzburg, 1960, S. 171-196.
- Lill, Rudolf, Die Wende im Kulturkampf, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 50, 1971, S. 227-283, und 52, 1972, 657-730.
- Löffler, Bernhard, Die Bayerische Kammer der Reichsräte 1848 bis 1918. Grundlagen, Zusammensetzung, Politik (SBLG 108), München 1996.
- Lönne, Karl-Egon, Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1986.
- Löppenberg, Ingo, „Wider Raubstaat, Großkapital und Picekhaube“. Die katholische Militarismuskritik und Militärpolitik des Zentrum 1860 bis 1914, Frankfurt a. M. 2009.
- Martin, Hans, Von der ständischen Sozialreform zur staatlichen Sozialpolitik. Die Stellung der Historisch-Politischen Blätter zur Lösung der sozialen Frage, München 1965.

- Mayershofer, Ingrid, Bevölkerung und Militär in Bamberg 1860-1923. Eine bayerische Stadt und der preußisch-deutsche Militarismus, Paderborn u.a. 2010.
- Mergel, Thomas, Rezension von: Siegfried Weichlein, Nation und Region. Integrationsprozesse im Bismarckreich (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 137), Düsseldorf 2004, in: sehepunkte 6 (2006), Nr. 1 [15.01.2006], ULR: <http://www.sehepunkte.de/2006/01/4972.html>, letzter Zugriff: 30.06.2009.
- Meyer, Gertrud, Unitarismus und Föderalismus im Spiegel der Münchner Presse zur Zeit des ersten Kanzlers, phil. Diss. [masch.] München/Leipzig o. J.
- Mittmann, Ursula, Fraktion und Partei. Ein Vergleich von Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserreich (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 59), Düsseldorf 1976.
- Möckl, Karl: Die Prinzregentenzeit. Gesellschaft und Politik während der Ära des Prinzregenten Luitpold in Bayern, München/Wien 1972.
- Mommsen, Wolfgang J., Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches, Frankfurt a. M. 1990.
- Morsey, Rudolf, Bischof Ketteler und der politische Katholizismus, in: Werner Pöls (Hg.), Staat und Gesellschaft im politischen Wandel, Stuttgart 1879, S. 203-223.
- Morsey, Rudolf, Bismarck und das Zentrum, in: Lothar Gall (Hg.), Otto von Bismarck und die Parteien (Otto-von-Bismarck-Stiftung, wissenschaftliche Reiche 3), Paderborn u. a. 2001, 43-72.
- Morsey, Rudolf, Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg, in: Historisches Jahrbuch 90, 1970, S. 31-64.
- Morsey, Rudolf, Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867-1890, Münster 1957.
- Morsey, Rudolf, Ernst Lieber (1838-1902), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 4, Mainz 1980, S. 64-78.
- Morsey, Rudolf, Franz Hitze – Sozialreformer und Sozialpolitiker. Eine Einführung in Vita und Werk, in: Karl Gabriel/Herman-Josef Große Kracht (Hg.), Franz Hitze (1851-1921). Sozialpolitik und Sozialreform. „Beginnen wir einmal praktisch...“, Paderborn u. a. 2006, S. 15-36.
- Morsey, Rudolf, Probleme der Kulturkampf-Forschung, in: HJb 83 (1964), S. 217-245.
- Müller-Dreier, Armin, Konfession in Politik, Gesellschaft und Kultur des Kaiserreiches. Der Evangelische Bund 1866-1914 (Religiöse Kulturen der Moderne 7), Gütersloh 1998.

- Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, 3., durchges. Aufl., München 1993.
- Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, 3., durchges. Aufl., München 1995.
- Nipperdey, Thomas, Die Organisation der deutschen Parteien von 1918 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 18), Düsseldorf 1961.
- Pastor, Ludwig, August Reichensperger (1808-1895). Sein Leben und sein Wirken auf dem Gebiet der Politik, der Kunst und der Wissenschaft, 2. Bd. (2 Bde.), Freiburg i. Br. 1899.
- Pflanze, Otto, Bismarck. Der Reichsgründer, München 1997.
- Pflanze, Otto, Bismarck. Der Reichskanzler, München 1998.
- Poschinger, Heinrich Ritter von, Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Bd. 1 (3 Bde.), Breslau ²1894-1896.
- Pröve, Ralf, Militär, Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte 77), München 2006.
- Pyta, Wolfram, Landwirtschaftliche Interessenpolitik im deutschen Kaiserreich. Der Einfluß agrarischer Interessen auf die Neuordnung der Finanz- und Wirtschaftspolitik am Ende der 1870er Jahre am Beispiel von Rheinland und Westfalen, Stuttgart 1991.
- Raab, Heribert: Ultramontan, in: Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 10, Freiburg i.Br. 1965, Sp. 460.
- Rall, Hans, Die politische Entwicklung von 1848 bis zur Reichsgründung 1871, in: Max Spindler (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. VI/1, München 1974, S. 228-282.
- Real, Willy, Karl Friedrich von Savigny 1814-1875. Ein preußisches Diplomatenleben im Jahrhundert der Reichsgründung, Berlin 1990.
- Reytier, Marie-Emmanuelle: Die zeremonielle Gestaltung der Katholikentage als Herbstparaden des Zentrums, in: Andreas Biefang (Hg.), Das politische Zeremoniell im deutschen Kaiserreich 1871-1918, Düsseldorf 2008, S. 305-325.
- Ritter, Gerhard A.: Der Reichstag in der politischen Kultur des Kaiserreiches, in: Richard H. Helmholz u.a. (Hg.), Grundlagen des Rechts. FS für Peter Landau zum 65. Geburtstag, München u.a. 2000 (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Neue Folge, Bd. 91), S. 901-921.

- Ritter, Gerhard A.: Föderalismus und Parlamentarismus in Deutschland in Geschichte und Gegenwart (Bayerische Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-historische Klasse. Sitzungsberichte Jg. 2005 H. 4), München 2005.
- Ritter, Gerhard A., u. Mitarbeit v. Niehuss, Merith: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918, München 1980.
- Rottsahl, Roland, Bismarcks Reichseisenbahnpolitik, phil. Diss. [masch.] Frankfurt a. M. 1936.
- Rummel, Fritz Frhr. von, Das Ministerium Lutz und seine Gegner 1871-1882. Ein Kampf um Staatskirchentum, Reichstreue und Parlamentsherrschaft in Bayern (Münchner Historische Abhandlungen 9), München 1935.
- Sauer, Thomas: Anton Ruland (1809-1874). Ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Restauration in Bayern (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 103), München 1995.
- Schauff, Johannes: Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Untersuchung aus dem Jahre 1928, hg. u. eingeleitet v. Rudolf Morsey, Mainz 1975 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 18).
- Schieder, Theodor, Die kleindeutsche Partei in Bayern in ihren Kämpfen um die nationale Einheit 1863-1871 (Münchner Historische Abhandlungen I 12), München 1936.
- Schloßmacher, Norbert, Entkirchlichung, Antiultramontanismus und „nationalreligiöse Orientierungen“ im Liberalismus der Kulturkampffära. Der Deutsche Verein für die Rheinprovinz, in: Olaf Blaschke/Frank-Michael Kuhlemann (Hg.), Religion im Kaiserreich. Milieus – Mentalitäten – Krisen, Gütersloh 1996, S. 474-502.
- Schmid, Alois (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/2: Das neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart. Die innere und kulturelle Entwicklung, begr. v. Max Spindler, 2., völlig neu bearb. Aufl., München 2007.
- Schmidt, Jochen, Bayern und das Zollparlament. Politik und Wirtschaft in den letzten Jahren vor der Reichsgründung 1866/67 – 1870. Zur Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, phil. Diss. [masch.] München 1873.
- Schmidt-Volkmar, Erich, Der Kulturkampf in Deutschland 1871-1890, Göttingen u. a. 1962.
- Schübelin, Walter, Das Zollparlament und die Politik von Baden, Bayern und Württemberg 1866-1870, Berlin 1936.
- Schwarz, Max, MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965.

- Sellin, Volker, Nationalbewußtsein und Partikularismus in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Jan Assmann/Tonio Hölscher (Hg.), Kultur und Gedächtnis, Frankfurt a. M. 1988, 241-264.
- Sieferle, Rolf Peter: Nachhaltigkeit in universalhistorischer Perspektive, in: Wolfram Siemann (Hg.): Umweltgeschichte. Themen und Perspektiven, München 2003, S. 39-59.
- Siebertz, Paul, Karl Fürst zu Löwenstein. Ein Bild seines Lebens und Wirkens nach Briefen, Akten und Dokumenten, München – Kempten 1924.
- Siemann, Wolfram, Das ‚lange‘ 19. Jahrhundert. Alte Fragen und neue Perspektiven, in: Nils Freytag/Dominik Petzold (Hg.): Das ‚lange‘ 19. Jahrhundert. Alte Fragen und neue Perspektiven, München 2007, S. 9-26.
- Siemann, Wolfram, Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849-1871 (Moderne deutsche Geschichte Bd. 6), Frankfurt a. M. 1990.
- Siemann, Wolfram, Reichsgründung 1871: die Schaffung des ersten deutschen Nationalstaates, in: Alexander Gallus, Deutsche Zäsuren. Systemwechsel vom Alten Reich bis zum wiedervereinigten Deutschland, München 2006, S. 105-130
- Soderini, Edouardo Graf, Leo XIII. und der deutsche Kulturkampf. Nach den römischen Archiven bearbeitet. Dt. Bearbeitung von Richard Bauersfeld, Innsbruck 1935.
- Spielhofer, Hans, Bayerische Parteien und Parteienpublizistik in ihrer Stellung zur deutschen Frage 1866-1870, in: Oberbayerisches Archiv für vaterländische Geschichte 63, 1922, S. 143-233.
- Southern, Gilbert E., The Bavarian Kulturkampf. A Chapter in Government, Church and Society in the Early Bismarckreich, Ann Arbor/Michigan 1977.
- Spenkuch, Hartwin, Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages 1854-1918 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 110), Düsseldorf 1998.
- Stache, Christa, Bürgerlicher Liberalismus und katholischer Konservatismus in Bayern 1867-1871. Kulturkämpferische Auseinandersetzungen vor dem Hintergrund von nationaler Einigung und wirtschaftlich-sozialem Wandel (Europäische Hochschulschriften III 148), Frankfurt a. M./Bern 1981.
- Stalman, Volker, Die Partei Bismarcks. Die Deutsche Reichs- und Freikonservative Partei 1866-1890 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 121), Düsseldorf 2000.
- Steffen, Dorothea, Bürgerliche Rechtseinheit und Politischer Katholizismus, Paderborn u. a. 2008.

- Stürmer, Michael: Militärkonflikt und Bismarckstaat. Zur Bedeutung der Reichsmilitärgesetze 1874-1890, in: Gerhard A. Ritter (Hg.): Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974, S. 225-248.
- Tennstedt, Florian/Winter, Heidi (Bearb.): Von der zweiten Unfallversicherungsvorlage bis zum Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 (Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, II. Abt, Bd. 2,1), Stuttgart/Jena/New York 1995.
- Ullrich, Norbert, Gesetzgebungsverfahren und Reichstag in der Bismarck-Zeit unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Fraktionen (Beiträge zum Parlamentsrecht 35), Berlin 1996.
- Umbach, Meiken, Reich Region und Föderalismus als Denkfiguren in politischen Diskursen der Frühen und der Späten Neuzeit, in: Dieter Langewiesche/Georg Schmidt (Hg.), Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg, München 2000, 191-214.
- Unterburger, Klaus: Ultramontanismus, in: RGG, Bd. 8 (9 Bde.) vierte, völlig neu bearb. Aufl., Tübingen 2005, Sp. 705- 708.
- Veit-Brause, Irmline, Partikularismus, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), Bd. IV, Stuttgart 1978, 735-766.
- Vogel, Detlef, Der Stellenwert des Militärischen in Bayern (1849-1875). Eine Analyse des militär-zivilen Verhältnisses am Beispiel des Militäretats, der Heeresstärke und des Militärjustizwesens (Militärgeschichtliche Studien 28), Boppard 1981.
- Volkert, Wilhelm, Die Bayerische Patriotenpartei und das Zentrum 1871-1898. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Bayerischen Volkspartei, in: Klaus Hildebrand/Udo Wengst/Andreas Wirsching (Hg.), Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller, München 2008, S. 83-98.
- Volkert, Wilhelm, Die politische Entwicklung von 1848 bis 1871, in: Alois Schmid (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. VI/1, 2. überarb. Aufl., München 2003, S. 237-317.
- Wattler, Theo, Sozialpolitik der Zentrumsfraktion zwischen 1877 und 1889 unter besonderer Berücksichtigung interner Auseinandersetzungen und Entwicklungsprozesse, phil. Diss. [masch.] Köln 1978.

- Wehler, Hans-Ulrich, Bonapartismus oder charismatische Herrschaft? Zur Herrschaftstypologie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: *Der Aquädukt*, S. 455-469, S. 463.
- Wehler, Hans-Ulrich, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2003.
- Weichlein, Siegfried, *Nation und Region. Integrationsprozesse im Bismarckreich* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 137), Düsseldorf 2004.
- Weis, Eberhard, Die Begründung des modernen bayerischen Staates unter König Max I. (1799-1825), in: Alois Schmid (Hg.), *Handbuch der bayerischen Geschichte*, Bd. IV/1: Das neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart. Staat und Politik, begr. v. Max Spindler, 2. völlig neu bearb. Aufl., München 2003, S. 3-126.
- Weiß, Otto, Ultramontanismus als Lebensforschungsprojekt, in: Gisela Fleckenstein/Joachim Schmiedl (Hg.): *Ultramontanismus. Tendenzen der Forschung* (Einblicke. Ergebnisse – Berichte – Reflexionen aus Tagungen der Katholischen Akademie Schwerte, Bd. 8), Paderborn 2005, S. 47-73.
- Westermayer, Jörg, *Politik als Beruf. Der Parlamentarier Moritz Mohl 1802-1888* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 111), Düsseldorf 1998.
- Wilhelm, Rolf, *Das Verhältnis der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund, 1867 – 1870* (Historische Studien, Bd. 431), Husum 1978.
- Wilhelm, Uwe, *Das Deutsche Kaiserreich und seine Justiz. Justizkritik – politische Strafrechtssprechung – Justizpolitik* (Historische Forschungen, Bd. 93), Berlin 2010.
- Wright, Frank Deedmyr, *The Bavarian Patriotic Party 1868-1871*, phil. Diss. [masch.] Urbana-Campaign/Ill. 1975, Ann Arbor/Mich. 1976.
- Wünschel, Hans-Jürgen, Anmerkungen zum pfälzische-bayerischen Verhältnis 1866-1914, in: Hans Fenske (Hg.), *Die Pfalz und Bayern 1816-1956*, Speyer 1998, S. 131-161.
- Ziegler, Hannes, *Das pfälzisch-bayerische Verhältnis zwischen Revolution 1849 und Reichsgründung*, in: Hans Fenske (Hg.), *Die Pfalz und Bayern 1816-1956*, Speyer 1998, S. 113-130.